# Der Totalitäre Staat

## Die Steuerung der Gesellschaft durch BND und Verfassungsschutz unter besonderer Berücksichtigung technischer und illegaler Aspekte

von
Martin Bott,
Markus Bott

ISBN 3-00-013321-6

2.Auflage
Januar 2005
Version2.3





Martin Bott



Markus Bott


Kantstraße 8
75334 Straubenhardt-Langenalb
Tel.: 07248-1888
**http://www.totalitaer.de**








Diesem Buch liegt eine CD bei. Auf der CD finden sie das Buch zum ausdrucken und als Internetseite. Auf der Internetseite sind auch Messungen aus vielen Orten Deutschlands und die Bilder in besserer Qualität.

# Inhalt

## Arbeitsweise



## Technik

## Einbruch



## RF Technik

## Radar



## Radiometrie



## Röntgen



## Abschirmung

## RF Hören



## Waffen

### Allgemeines

## Wie´s gemacht wird



## Wissenschaftliche Veröffentlichungen nach 1945

## Wissenschaftliche Veröffentlichungen vor 1945

## Weitere Veröffentlichungen



# Weiteres

# Vorwort

Das wichtigste Merkmal geheimdienstlicher Aktivitäten ist zugegebenermaßen das plausible Abstreiten ( plausible denial ) derselben. Daraus folgt natürlich, daß auf Stellungnahmen der Geheimdienste, ja des ganzen Staates mit allen seinen Behörden in dieser Hinsicht kein Verlaß ist. Die Lüge wird, das ergibt sich ja aus dem Ausdruck plausible denial, offen zugegeben. Und fragen sie einen Lügner, ob er lügt. Was wird er wohl Antworten?

Eine Klärung der Aktivitäten der Geheimdienste kann also nur in einer breiten und vor allem öffentlichen Diskussion erfolgen, in der vor allem auch die Betroffenen und Opfer zu Wort kommen. Sofern man sie, nach den erlittenen „Maßnahmen“ und den damit verbundenen Drohungen überhaupt dazu überreden kann, über das Erlebte zu reden oder gar in der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen.

Wenn die Maßnahmen der Geheimdienste gerechtfertigt wären, dann bräuchte man sie ja nicht geheim zu halten. Wie heißt es doch immer? Wer nichts zu verbergen hat, braucht Überwachung, Kontrolle und letztlich die Öffentlichkeit nicht zu scheuen. Und in einer Demokratie ist die letzte Instanz der Kontrolle immer die Öffentlichkeit, die diese Funktion aber naturgemäß nur dann wahrnehmen kann, wenn sie wahrheitsgemäß und umfassend Informiert wird. Ein Versuch, der hiermit unternommen wird. Und gleichzeitig der Beweis, daß man sich trotz Gewalt, Terror und Drohungen nicht zum Schweigen bringen lassen muß.

Warum kann man die Aktivitäten der Geheimdienste nicht in breitester Öffentlichkeit diskutieren? Der Apparat scheut offensichtlich bereits, daß auch nur geringe Informationen über „aktive Maßnahmen“ andeutungsweise an die Öffentlichkeit dringen. Weil diese Aktivitäten nicht einmal von einem geringen Prozentsatz der Bevölkerung geduldet würden. Damit es nachher nicht wieder heißt: Das haben wir alles nicht gewusst, wird hier für jedermann zugänglich gemacht, was zwar in Fachbüchern und der wissenschaftlichen Literatur bereits veröffentlicht wurde, aber in den Massenmedien, bis auf sehr vereinzelte Ausnahmen, der breiten Öffentlichkeit vorenthalten wurde.

Die Gründe dafür ergeben sich aus den folgenden Artikeln. Naturgemäß wird auch hier wieder versucht werden, mit Hilfe von Desinformation, Zersetzung und Lüge dafür zu sorgen, daß diese Informationen nicht geglaubt werden, also geheim bleiben. Deshalb wird großer Wert auf das Zitieren wissenschaftlich fundierter Arbeiten gelegt. So hat jeder die Möglichkeit, sich weitergehend zu informieren und die Plausibilität der Angaben selber zu überprüfen. Die genannten Bücher und Artikel können in Bibliotheken ohne Kosten eingesehen oder, falls dort nicht vorhanden, über die Fernleihe gegen einen geringen Betrag bestellt werden.

Aber aufgepaßt! Wer sich über technische Zusammenhänge informiert, und damit die erzwungene selektive Wahrnehmung durchbricht, ist bereits ein Sicherheitsproblem. Denn die Paranoia des Systems duldet nur dumme und feige Untertanen. Nun ja, jeder darf eben nur das wissen, was er zur Erfüllung seiner Aufgaben unbedingt wissen muß....und das ist bei auf Befehl und Gehorsam gestützten paramilitärischen Organisationen wie es die Geheimdienste sind, die unter konspirativen Bedingungen gegen die Bevölkerung arbeiten, nicht viel.

Die Geheimdienste finanzieren ihre Operationen, wie es auch bei Guerillaoperationen üblich ist, auf Kosten der im Operationsgebiet lebenden Bevölkerung. Durch die zur Verfügung stehenden Informationen können sie in finanzkräftige Firmen eindringen und die benötigten Gelder abzweigen. Auch bei kriminellen Machenschaften wie Drogenhandel, Prostitution und ( illegalem ) Waffenhandel kann in der Regel eine Nähe zu Geheimdiensten angenommen werden (Opportunitätsprinzip).

Betroffene sollten sich immer wieder klar machen, daß nachrichtendienstliche Mittel keine Hexerei sind, auch wenn es sich bei den Aktionen der Geheimdienste um den „Krieg der Gaukler“ handelt. Alles läßt sich mit Hilfe der Naturwissenschaften erklären. Auch wenn man als Zielperson zuerst über die heutigen technischen Möglichkeiten erstaunt ist. Das liegt vor allem daran, das die entsprechenden Erkenntnisse der Wissenschaft der breiten Öffentlichkeit, ja selbst den meisten Technikern und Naturwissenschaftlern, nicht bekannt sind. Dieses Unwissen ist eine Folge von Geheimhaltung, Druck gegen Wissenschaftler und Medien sowie letztlich Desinformationskampagnen, mit denen an die Öffentlichkeit gelangte Gerüchte und Informationen unglaubwürdig und lächerlich gemacht werden.

Die wichtigste Waffe im Kampf gegen eine Geheimpolizei, die konspirativ und verdeckt vorgeht, weil ihre Ziele und Methoden niemals toleriert würden, ist die Information der Bürger. Dazu ist es notwendig, offen und damit für jeden sichtbar aufzutreten um eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erreichen. Auch wenn der Gegner naturgemäß mit Hilfe von Desinformation und Zersetzung versuchen wird, diese Informationen geheimzuhalten.

Im „freiesten Staat, den es je auf deutschem Boden gegeben hat" handelt der entscheidende Teil der staatlichen Behörden, nämlich der Sicherheitsapparat, zum Teil unter absolutem Ausschluß der Öffentlichkeit. Er stellt sich also außerhalb des offiziell propagierten Rechtsstaates und der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Und damit außerhalb der Gesellschaft.

Die statt dessen geltenden Regeln sind einfacher Natur: Das Recht des Stärkeren und das mit einem solchen Recht des Stärkeren verbundene Willkür- und Gewaltsystem. Die Geheimdienstler umschreiben dieses Willkürsystem mit dem Wort Opportunitätsprinzip. Und Opportun ist einzig das, was demjenigen nützt, der über durchzuführende Maßnahmen in letzter Instanz entscheidet. In einem in einzelne Zellen aufgeteilten und konspirativ arbeitenden System wie es die Geheimdienste sind, findet keine Kontrolle statt. Auch nicht durch die Öffentlichkeit, die ja nicht informiert wird.

Dezember 2003

# Vorwort zur zweiten Auflage

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,
Vielen Dank für Ihr Interesse an unserem Buch „Der Totalitäre Staat". Nach unserer Kenntnis gibt es kaum Bücher die halbwegs umfassend darstellen, wie der deutsche Staat wirklich gesteuert wird. In diesem Buch wird zumindest der wichtigste Teil des Staates, die verdeckten Aktionen der Geheimdienste gegen die Bevölkerung teilweise erläutert. In der Bevölkerung ist inzwischen so einiges Gerüchteweise bekannt. Aber kaum jemand traut sich über die kriminellen Aktivitäten der Geheimdienste zu reden. Die Gründe dafür liegen vor allem in der ungeheuren Brutalität staatlicher Maßnahmen. Ich bin 1965 Geboren und werde seit dem Winter 1971/1972 vom deutschen Staat gefoltert. Damals war ich sechs Jahre alt. Die Gründe dafür sind mir gegenüber bis heute nicht genannt worden. 1999 bin ich im Ausland gefoltert worden mit der Forderung nach Deutschland zu fahren und dort einen Wohnsitz anzumelden. Seit dieser Zeit werde ich ebenso wie mein Bruder offen von den deutschen Geheimdiensten gefoltert. Im Januar 2004 erschien die erste Auflage dieses Buches. Am 15.2.2004 hat mein Bruder die ISBN Nummer für dieses Buch beantragt. Seit dieser Zeit wird er noch schwerer gefoltert. Seit Ostern so schwer, dass er lange Zeit kaum aus dem Haus kam. Gleichzeitig wird er massiv mit Gehirnwäsche bearbeitet. Auch während der Versuche zur biologischen Wirkung von Mikrowellen auf den menschlichen Körper im Sommer diesen Jahres sind wir beide sowie unsere Eltern über mehrere Wochen sehr schwer gefoltert worden. Mein Vater hat bereits um Ostern eine präzise Morddrohung erhalten, dass er Ostern 2005 nicht erleben wird. Diese Drohung ist in letzter Zeit wiederholt worden. Auch wir haben über lange Zeit hinweg Morddrohungen bekommen, die oft mit Folter verbunden waren. Auch viele andere Personen in unserer Umgebung werden unter Druck gesetzt und bedroht. Die meisten trauen sich natürlich nicht darüber zu reden. Wegen der ständigen Folter durch die deutschen Geheimdienste leidet natürlich auch die Arbeit an diesem Buch. Trotzdem haben wir einen neuen Artikel zur Vorführung der biologischen Wirkung von Mikrowellen aufgenommen ( Seite 428 ff. ). Mit Hilfe dieser Schaltung kann sich jeder selber von der biologischen Wirksamkeit entsprechend aufbereiteter Radiofrequenzstrahlung überzeugen.

Dezember 2004,

Martin Bott

# Die Vorgeschichte zu diesem Buch

Ich bin am 2. Dezember 1965 geboren. Das erste Mal wurde ich im Herbst 1971 vom deutschen Staat gefoltert. Ich bin damals erst 5 Jahre, höchstens gerade 6 gewesen. Ich war gezwungen wegen sehr starker Kopfschmerzen verbunden mit Übelkeit mehrere Stunden im Bett zu liegen. Das hatte ich bis dahin nicht gekannt, und auch in den folgenden 6 oder 7 Jahren nicht wieder erlebt. Deshalb ist mir dieser Vorfall ganz besonders in Erinnerung. Wir waren zu Besuch bei Verwandten von denen einer während des 3. Reiches nach seinem Jura Studium während seiner Referendariatszeit aus der SA ausgetreten ist, und als Folge seinen Beruf als Jurist nicht ausüben durfte. Er ist dann zur Luftwaffe eingezogen worden und war dort Zahlmeister. Das dürfte so ziemlich der ruhigste Platz in der ganzen Wehrmacht gewesen sein, und es hat keine weiteren Probleme gegeben, obwohl die Familie wegen ihres christlichen Hintergrundes sich erkennbar dem System verweigerte. Aber nach dem Krieg ist es dann zu ganz offenen Verfolgungen von Familienmitgliedern gekommen. 1958 wurden die Schwester und die Nichte des Juristen bei einem 8 wöchigen Aufenthalt in der Hauptstadt eines anderen europäischen Landes mehrere Wochen ganz offen verfolgt, belästigt und bedroht. Wie offen dabei vorgegangen wurde kann man daran erkennen, daß beispielsweise von einer Gruppe von ungefähr 20 Personen das Horst Wessel Lied, also „SA marschiert...“ gesungen worden ist.
Diese offene Verfolgung führte dazu, dass die Polizei eingeschaltet wurde. Jeden Morgen warteten nun 2 Polizisten vor der Unterkunft und begleiteten diese 2 Frauen zu ihrer Sicherheit mehrere Wochen lang. BND Mitarbeiter lieben es offensichtlich zu provozieren und anderen auf der Nase herumzutanzen, auch wenn es sich um die Polizei eines fremden Staates handelt. Innerhalb Deutschlands kam es damals aber nicht zu offen erkennbaren Maßnahmen. 1961 wurde von der Nichte ein weiterer Verwandter, ein Bruder des Juristen der Missionar in Brasilien war, bis zur Abreise mit einem Schiff in ein anderes europäisches Land begleitet. Auch auf dieser Reise fanden wieder Belästigungen, Verfolgung und auf der Rückreise eine schwere Straftat statt. 1968 landete dann diese Frau für 3 Monate im Krankenhaus. Sie hatte sehr schwere Schmerzen. Auffällig ist, dass diese Schmerzen schwächer wurden, wenn leitfähige Körper, insbesondere die Wasserleitung berührt wurden. Im Krankenhaus wurde dann eine schwere Entzündung festgestellt. Es ist nicht vorstellbar, dass bei einer Entzündung oder auch bei anderen Krankheiten das Berühren einer Wasserleitung zu einer Verringerung der Schmerzen führt. Falls die Schmerzen aber durch den Einsatz von Radiofrequenzstrahlung zur Übertragung von Elektroschocks in den Körper hervorgerufen wurden, ist es sehr gut erklärbar, dass die Schmerzen bei Berührung der Wasserleitung geringer wurden. Da das Metall der Wasserleitung den Strom leitet ist offensichtlich ein Teil des Stromes aus dem Körper abgeleitet worden, so dass die Stromstärke innerhalb des Körpers verringert und damit die Schmerzen schwächer wurden. Vor fast 40 Jahren war die Technik offensichtlich noch nicht so ausgereift. Eigentlich sind solche Effekte heute nicht mehr zu erwarten. Allerdings habe ich bei zwei verschiedenen Gelegenheiten erlebt, dass schmerzende Flächen im Körper ihre Form und Größe verändern, wenn man beispielsweise eine Hand vor der schmerzenden Stelle bewegt. Bei beiden Malen war allerdings die Situation und die Umgebung zum Einsatz von Radiofrequenzstrahlung oder auch Laserstrahlung wenig geeignet. Die Schmerzen waren zwar stark aber auf eine kleine Fläche beschränkt, so dass eine geringe örtliche Verschiebung leicht zu erkennen war.
Ich bin also bereits gefoltert worden, bevor ich in die Schule kam. Aus der oben beschriebenen Vorgeschichte ergibt sich, dass in der Umgebung von Menschen die sich dem deutschen Staat während des 3. Reiches verweigert haben, Foltergeräte installiert wurden. Mit diesen Foltergeräten sind dann auch Verwandte oder Besucher bis hin zu kleinen Kindern gefoltert worden.
Als ich mich ab 1999 mit dem Thema Folter durch die deutschen Geheimdienste beschäftigen musste stellte sich heraus, dass ich einige der Foltermethoden, die von den RAF Terroristen bereits Anfang der 70er Jahre beschrieben wurden, selber im Alter von 12 oder 13 Jahren des öfteren erlebt hatte. Auf Nachfragen stellte sich dann nach 1999 heraus, dass meine Geschwister um diese Zeit die gleichen Erfahrungen gemacht haben. Und die waren jünger als ich. Vor allem wurde das Gleichgewichtsorgan bei uns gestört, so dass wir das Gefühl hatten, dass sich das Bett unter uns über den Kopf oder die Füße wegdreht. Oder der Raum wurde verzerrt wahrgenommen. Oder man hat das Gefühl als ob man kleiner oder größer wird beziehungsweise die Ecken oder Wände des Raumes sich von einem entfernen oder auf einen zukommen. Oder man hatte das Gefühl, dass man wenn man regungslos im Bett lag, über die Oberfläche des Bettes rutschte, so als ob man gezogen würde. Erklären lassen sich die Drehempfindungen beispielsweise durch elektrische Reizung der Nervenzellen im Gleichgewichtsorgan des Ohres. Ich hatte aber nie das Gefühl, dass diese Empfindungen in irgend einer Form bedrohlich sein könnten. Ich habe sie einfach so hingenommen, und da ich sie immer nur dann erlebte wenn ich alleine war, auch nur beiläufig gegenüber anderen Personen erwähnt.

Um diese Zeit ist dann ein entfernter Verwandter an Herzversagen gestorben. Kurz nach dem Anruf mit der Nachricht begann eines meiner Knie schlagartig ungeheuer stark zu schmerzen, so dass ein Arzt gerufen wurde. Ich glaube die Diagnose war rheumatische Entzündung oder etwas ähnliches. Allerdings verschwanden dann die Schmerzen innerhalb weniger Stunden und sind dann auch nie wieder aufgetreten. Über die Hintergründe dieser Maßnahmen der Geheimdienstler, vor allem wohl des BNDs kann man im Nachhinein nur spekulieren. Was immer bezweckt wurde ist offensichtlich nicht erreicht worden, denn diese Maßnahmen wurden dann eingestellt. Statt dessen litt ich ungefähr ab dieser Zeit an schweren Kopfschmerzen, oft verbunden mit einer schrecklichen Übelkeit, die manchmal bis zum Erbrechen ging. Das führte dazu, dass ich mehrmals im Monat, gelegentlich sogar jede Woche ein oder sogar zwei mal die Schule nicht besuchen konnte. Diese häufigen Kopfschmerzen traten über einen Zeitraum von vielleicht 5-6 Jahren auf. In den ersten Jahren, also mit ungefähr 12-15 Jahren vor allem während der Schulzeit. Später, mit 16 oder 17 Jahren vor allem an den Wochenenden und hier bevorzugt an Samstagen und bei schönem Wetter. Ich hatte also mit 16 bis 17 Jahren an fast jedem Samstag mit schönem Wetter Kopfschmerzen. Da kann sich jeder an einer Hand abzählen welches Ziel der BND damit verfolgte. Kopfschmerzen entstehen übrigens dadurch, dass sich die Adern im Gehirn ausdehnen und dann wieder zusammenziehen. Insbesondere das Zusammenziehen der Adern soll nach der Literatur Schmerzen verursachen. Radiofrequenzstrahlung wurde früher und wird auch heute noch gelegentlich in der Medizin verwendet um die Durchblutung zu fördern, indem die Blutgefäße erweitert werden. Dabei wird also genau die Wirkung auf die Adern ausgeübt, die Kopfschmerzen verursacht. Seit mindestens den 30er Jahren ist bekannt daß Radiofrequenzstrahlung Kopfschmerzen verursachen kann. Solche Kopfschmerzen lassen sich auch durch gefäßerweiternde Mittel wie das Blutdruckmittel Nifedipin hervorrufen. Auch Kopfschmerzen wurden von RAF Terroristen als Teil der Folter beschrieben. Ich war damals zwischen 12 und 17.
Seit ich 15 oder 16 war hatte ich weniger Kopfschmerzen, aber dafür bekam ich ab dieser Zeit jede Nacht nur noch 6 Stunden Schlaf. Und das ist in diesem Alter entschieden zu wenig. Offensichtlich wollten die BND Beamten keine so offensichtlichen Spuren hinterlassen. Und die vielen Fehlstunden als Folge der Kopfschmerzen sind natürlich für alle erkennbar gewesen. Im Nachhinein ist auch klar, dass viele in meiner Umgebung, vor allem in der Schule gewusst haben, dass da was gegen mich läuft. Und bei den vielen Fehlstunden hätten dann ja manche die Verbindung hergestellt. Vor allem weil mir mindestens ein weiterer ähnlicher Fall in der gleichen Stadt bekannt geworden ist wo ein Schüler über lange Zeit unter schweren Kopfschmerzen litt und auch in diesem Fall den Umständen nach eine Maßnahme des BNDs oder des Verfassungsschutzes nicht ausgeschlossen werden kann. Schlafentzug, wenn er über eine längere Zeit anhält und dann auch am Tage zur Leistungseinschränkung führt, ist auf jeden Fall Folter. Es ist seit langem bekannt, dass das EEG ( Elekroencephalogramm ) ein Maß für den Wachzustand des Gehirns ist. Je höher die Frequenz der Gehirnwellen, desto wacher ist man. Wenn man die Frequenz des EEGs beeinflussen kann, kann man also auch den Wachzustand des Gehirns steuern. Daß Radiofrequenzstrahlung die Frequenz des EEGs beeinflussen kann ist vielfach gezeigt worden. Dazu finden sich in diesem Buch auch ein oder zwei wissenschaftliche Beiträge aus der Literatur. Das heißt also man kann den Wachzustand des Gehirns durch Radiofrequenzstrahlung von außen beeinflussen.
Der Schlafentzug lief bei mir folgendermaßen ab. Da wir nur wenige 100 Meter von der Schule entfernt wohnten, stand ich erst gegen halb 8 auf und ging um 10 vor 8 aus dem Haus. Gegen halb 11 Uhr abends wurde ich dann müde, was ganz natürlich ist, denn 9 Stunden Schlaf bis halb 8 Uhr Morgens ist vollkommen normal mit 15 oder 16 Jahren. Aber jeden Abend gegen halb 11 Uhr passierte folgendes: Ich wurde etwas müde und nach ganz kurzer Zeit, sagen wir nach 1 bis 2 Minuten war ich wieder hellwach. Dieser Vorgang war oft unmerklich, manchmal aber auch sehr ausgeprägt, so dass es mir damals schon auffiel. Wenn ich mit anderen darüber geredet habe, haben wir uns gesagt: Wenn man einen bestimmten Müdigkeitspunkt überschritten hat wird man wieder Wach. Aber das trifft so wohl kaum zu. Interessant ist in diesem Zusammenhang folgendes: wenn man hellwach ist benötigt man zwischen 2 und 3 Stunden um so müde zu werden, dass man einschläft. Wenn man unter massivem Schlafmangel leidet geht es etwas schneller und dauert dann ungefähr anderthalb Stunden. Und bei mir hat es ziemlich genau 3 Stunden gedauert um wieder so müde zu werden, dass ich schlafen konnte, nämlich von halb 11 bis halb 2 Uhr nachts.
Ich musste also während der letzten 5 Jahre meiner Schulzeit mit 6 Stunden Schlaf pro Nacht auskommen. Entsprechend müde und kaputt war ich dann jeden Morgen. Und es fiel mir oft ungeheuer schwer aufzustehen. Ich war manchmal tagsüber so müde dass ich mich nachmittags 1 oder 2 Stunden hinlegen musste. Ich bin aber während dieser Zeit praktisch nie vor halb 2 Uhr nachts eingeschlafen, egal wie müde ich tagsüber war. In den Jahren nach 1999 bin ich dann ganz offen gefoltert worden. Übrigens habe ich nach meiner Schulzeit praktisch keine Kopfschmerzen mehr gehabt. Das hängt offensichtlich damit zusammen, dass ich öfter und auch längere Zeit im Ausland war. Anscheinend wird es von den ausländischen Geheimdiensten ungern gesehen wenn BND

Beamte in ihrem Land Foltern. Insbesondere wenn diese ohne Sinn und Zweck Schmerzen zufügen. So wie ich es selber erlebt habe. Denn ich habe Jahrzehnte lang nicht gewusst woher die Schmerzen kamen und es wurden mir gegenüber auch keinerlei Forderungen gestellt. Ein solches Vorgehen ist in jedem anderen Geheimdienst der Welt, egal wie brutal er ansonsten sein mag, unvorstellbar. Schon alleine wegen der mit solchen Maßnahmen verbundenen Kosten. Die würden einfach kein Geld von der Verwaltung ihres Landes dafür bekommen.
Aber in Deutschland haben solche Geheimdienstmethoden eine lange Tradition. Alleine die massive Verfolgung einer großen Zahl von Menschen während der Zeit des 3.Reiches zeigt wie unglaublich arrogant und letztlich selbstzerstörerisch dieser Staat oft vorgeht. Millionen Menschen die man auf Grund der Kriegslage dringend gebraucht hätte, wurden damals aus rassistischen Gründen zu Untermenschen erklärt. Heute mögen es nicht mehr ausschließlich rassistischen Gründe sein nach denen selektiert wird. Aber offensichtlich reicht es aus, daß jemandem ihre Nase nicht passt. Dann kann es passieren dass sie für den Rest ihres Lebens gefoltert werden. Oder wie es gelegentlich heißt: Man war zur falschen Zeit am falschen Ort. Manche Staaten mögen Polizeistaaten sein. Deutschland fällt bestimmt nicht darunter. Deutschland ist ein Gestapo-Staat, denn hier hatte die Gestapo und dann deren Nachfolgeorganisation, der BND das Sagen.
So um das Jahr 1980 herum sind dann meine beiden Geschwister ganz offen über längere Zeiträume in der Schule und auf dem Weg von ihrer Schule nach Hause belästigt und auch geschlagen worden. Da beide unterschiedliche Schulen besuchten und auch einen anderen Weg nahmen muß man wohl von einer gezielten Aktion ausgehen. Ich selber habe so etwas aber nur ein einziges Mal erlebt.
Es ist ganz offensichtlich, dass die BND Beamten im Ausland nicht so offen und langanhaltend Foltern können, wie sie es im Inland selbstverständlich gewohnt sind. Immer wenn ich mich für einige Wochen im Ausland aufgehalten habe, fühlte ich mich deutlich besser als innerhalb Deutschlands, ohne dass irgend ein spezieller Grund dafür erkennbar gewesen sein könnte. Als Erklärung blieb dann nur das Wetter übrig. Ich entschied mich dann im Sommer 1988 dafür Deutschland endgültig zu verlassen. Innerhalb kürzester Zeit bin ich dann von allen Seiten bequatscht worden. Das wäre ja viel zu gefährlich, nach 2 Wochen würde man mich im Ausland umbringen und ähnlichen Blödsinn. Auf jeden Fall war ich in den nächsten Wochen nur noch mit solchen Diskussionen beschäftigt. Jeden Tag gab es Streit. Und dann lief offensichtlich nach kurzer Zeit ein Hinhalte- und Folterprogramm an, was ungefähr ein Jahr dauerte. Unter anderem wurde massiver Schlafentzug angewendet, so dass ich mich zeitweise nicht um eine Auswanderung kümmern konnte.
Wir sind dann nach diesem Jahr innerhalb Deutschlands umgezogen. In den folgenden Jahren bin ich die meiste Zeit gefoltert worden, wenn ich in Deutschland war. Die Folterfolgen wiederum haben dazu geführt, dass ich nicht auswandern konnte. Ich muß noch einmal darauf hinweisen, dass ich nicht gewusst habe, dass diese Behörden Menschen Foltern und anderweitig offen verfolgen. Ich wusste nicht einmal, welche Foltermittel zur Verfügung stehen. Da ich mich immer für Naturwissenschaften interessiert habe, waren mir aber die physikalischen und technischen Grundlagen bekannt nach denen solche Geräte funktionieren. Es fehlten nur einige aber entscheidende Bausteine. Vor allem eben der Hinweis dass Deutschland heute einer der schlimmsten Folterstaaten ist. Wenn man in einem solchen Staat aufwächst und man jeden Tag gefoltert und verfolgt wird, ohne dass man das weiß weil es einem nicht gesagt wird, dann hat man zwar oft Schmerzen und ist nicht Leistungsfähig, aber trotzdem erscheint das normal, denn man kennt es ja nicht anders.
Als ich dann das erste mal im Ausland war ist mir sofort, nämlich innerhalb der ersten 24 Stunden klar geworden, dass mit Deutschland irgend etwas nicht stimmt. Diesen Eindruck habe ich dann an jedem Tag und in jedem Land bestätigt bekommen. Ich kann eine große Zahl von Einzelpunkten benennen die zu diesem Eindruck führten. Aber entscheidend ist eigentlich das Gesamtbild. Und das hat mir gezeigt, dass die Menschen in jedem anderen europäischen Land das ich besucht habe, sehr viel mehr Freiheit haben als die Menschen in Deutschland. Das hat mich wie ein Schlag ins Gesicht getroffen.
In den 90er Jahren bin ich dann über längere Zeiträume gefoltert worden, wenn ich mich in Deutschland aufgehalten habe. So bin ungefähr ein Jahr lang jede Nacht wachgehalten worden, offensichtlich um zu verhindern dass ich ausreise oder auch nur das Haus verlasse. Ich habe während dieser Zeit wiederholt versucht in einen normalen Tag-Nacht Rhythmus zu kommen. Ich bin dann jeden Morgen 1 bis 2 Stunden länger aufgeblieben und habe abends entsprechend länger geschlafen. Nach vielleicht 10 Tagen hatte ich dann meinen Rhythmus an den normalen Tagesablauf angepasst. Das heißt, ich bin morgens aufgestanden und abends schlafen gegangen. Während dieses Anpassungsvorganges habe ich ausreichend lange geschlafen und hatte deswegen auch keinen Schlafmangel.
Aber nach 1 oder 2 Tagen im richtigen Rhythmus passierte etwas mir damals vollkommen unerklärliches: Innerhalb eines Tages war ich wieder im selben falschen Wach und Schlaf Rhytmus wie vorher. Das heißt ich war nachts wach und habe tagsüber geschlafen. Und das ohne dass ich mich müde gefühlt hätte, was bei so einer schnellen Umstellung ja zu erwarten ist. Ich habe natürlich

versucht dagegen anzukämpfen, aber das war so direkt nicht möglich. Statt dessen habe ich dann kurz darauf wieder den Rhythmus stundenweise verschoben. Als ich dann im natürlichen Rhythmus war bin ich wieder innerhalb von einem Tag in den falschen Rhythmus gezwungen worden. Das habe ich 4 oder 5 mal hintereinander erlebt, und war mir und auch anderen, die das mitbekommen haben, absolut unerklärlich. Während der 90er Jahre ist aber auch vor allem mein Bruder jahrelang sehr schwer gefoltert worden, wobei natürlich die ganze Familie betroffen war. Am schlimmsten war es wohl in den Jahren 1994 und 1995. Ich musste aus diesen Gründen immer längere Zeit in Deutschland bleiben. 1997 bin ich dann über Monate hinweg gefoltert worden, bis ich so schwere körperliche Folgen hatte, dass ich ins Krankenhaus musste. Dort stellte man eine massive Herzerweiterung fest. Das heißt die Herzkammern waren stark vergrößert und die Pumpleistung des Herzens war massiv eingeschränkt. Ich hatte bei Ankunft im Krankenhaus eine Überlebenschance von 20 Prozent wie ich später aus der medizinischen Literatur erfahren habe.
Eine solche Herzerweiterung kann zum Beispiel durch bestimmte Chemikalien entstehen die bei der Chemotherapie eingesetzt werden. Daß herzschädigende Chemikalien von Geheimdiensten verwendet werden wird in einem Buch mit einem etwas langen Titel beschrieben: Obrigkeitlich Verfolgung mit kriminellen Mitteln im demokratischen Rechtsstaat: Report über einen authentischen Fall, erschienen in Stuttgart 1995. Der Author heißt Wolfgang Bülow. Die ISBN Nummer lautet: 3-931408-00-0. Das Buch scheint allerdings nicht mehr erhältlich zu sein, ist aber in einigen Bibliotheken vorhanden, so dass man es per Fernleihe bestellen kann. Sicherlich lassen sich solche Schäden auch mit Radiofrequenzstrahlung hervorrufen.
Offensichtlich war das Ziel, mich tot zu foltern. Aber aus irgendeinem Grund war das dann nicht möglich. Da haben dann wohl zu viele gebremst. Insbesondere kam wohl Widerstand von den Ärzten gegen einen offenen Mord. Auch meine vielen Auslandsaufenthalte in denen ich offensichtlich massiv vom BND überwacht worden bin hätten einen solchen Mord problematisch gemacht, denn durch die Überwachung habe ich sicherlich auch in diesen Ländern eine entsprechende Papierspur hinterlassen.
Ich habe dann das ganze Jahr 1998 unter massiven körperlichen Leistungseinbußen gelitten. Unter anderem musste ich beim Treppen steigen nach 5 Stufen erst einmal anhalten und habe mich dann die restlichen Stufen ganz langsam, Stufe für Stufe nach oben gekämpft. Im Winter 1998 war ich dann wieder halbwegs handlungsfähig. Ich bin dann am 23. Dezember ausgereist. Das Ziel war vor allem, mich im Ausland zu erholen. Auch auf dieser Reise bin ich offensichtlich von Anfang an mehr oder weniger offen überwacht worden, was mir damals aber nicht aufgefallen ist. Einige Begebenheiten lassen im nachhinein darauf schließen, dass die Geheimdienste der Länder in denen ich mich aufhielt besorgt waren, dass mir etwas zustoßen könnte. Die haben mich offensichtlich vor BND Beamten beschützt und sei es nur aus eigenem Interesse. Denn welcher Staat möchte schon dass auf seinem Territorium Menschen sterben, von denen in vielen Ländern bekannt ist, dass sie und ihre Familie jahrzehntelang verfolgt worden sind.
Im Mai 1999 wurde die Überwachung dann so offen, dass selbst mir klar wurde, dass etwas im Gange war. Ich habe dann bei verschiedenen Behörden versucht herauszufinden, was eigentlich los sei. Die haben sich aber dumm gestellt und mir gesagt, dass es kein Problem gäbe. Also habe ich meinerseits die vom BND veranlassten Aktionen ignoriert. Und das hat wiederum die Geheimdienstler, vor allem wohl auch die örtlichen genervt. Das lässt darauf schließen, dass solche BND Aktionen sich auch gegen die örtlichen Geheimdienste richten indem diese zu Reaktionen veranlasst werden, aus denen man dann wieder Rückschlüsse ziehen kann. So bieten sich Gelegenheiten örtliche Sicherheitsstrukturen kennen zu lernen und sogar Kontakte zu knüpfen. Interessant ist nämlich dass viele Aktionen gegen mich vor allem in kleinen abgelegenen Städten gelaufen sind. Es ist zu vermuten, dass bei dem Umfang und dem Wirbel den diese Aktionen des BNDs ersichtlich verursacht haben dieser in der Lage war innerhalb von 1 oder 2 Tagen, unter Umständen sogar innerhalb weniger Stunden einen Überblick über das Spitzelnetz einer nicht zu großen Stadt zu bekommen. Und die örtlichen Geheimdienstler waren sich anscheinend darüber im Klaren, dass ihre Strukturen, die ja in anderen Ländern im Gegensatz zu Deutschland nur einen geringen Teil der Bevölkerung umfassen, vom BND innerhalb kürzester Zeit ausspioniert wurden. Die waren dann auch sehr gestresst während die BND Beamten zu diesem Zeitpunkt offensichtlich ganz entspannt das getan haben, was sie ihre Arbeit nennen.
Ich habe dann nach einigen Tagen dieses Land gegen Ende Mai verlassen. Im nächsten Land hat es dann 2 oder 3 Tage eine relativ offene Überwachung durch Deutsche gegeben, was ich wiederum ignoriert habe. Im Juli wurden die Aktionen dann wieder offensichtlich, wobei die örtlichen Geheimdienstler und auch andere Behörden teilweise recht unzufrieden mit der Lage waren. Einer hat mir gesagt: „Auch wenn Nachrichtendienste befreundeter Länder nicht immer einer Meinung sind, so hilft man sich doch." Ein anderer hat an 2 oder 3 Tagen hintereinander den Dummen gespielt. Ich habe trotzdem normal mit ihm geredet. Plötzlich hat er seine Aktion abgebrochen, wir haben uns eine Viertelstunde lang vernünftig und normal unterhalten und dann ist er gegangen. Das ist mir in

Deutschland noch nie passiert. Hier tanzt keiner aus der Reihe. Ich bin dann während dieser Zeit bereits einen Tag lang vom BND gefoltert worden. Es ist mir dann von den örtlichen Geheimdienstlern dringend empfohlen worden, nicht nach Deutschland zurückzufahren, sondern mich möglicherweise sogar in der Gegend niederzulassen. Daraufhin sagte ein BND Beamter, dass „Man" mich in Europa nicht mag. Ich sollte also wohl nach Übersee auswandern. Warum hat er nicht gesagt. Dieser BND Beamte und ein anderer ihn begleitender sind später in Karlsruhe identifiziert worden, obwohl die oben beschriebene Aktion 1000 km von der deutschen Grenze entfernt stattfand. Aber für den Rat der örtlichen Geheimdienstler gab es ja nach der mehrmonatigen offenen Verfolgung durch den BND tatsächlich einen guten Grund. Ich habe dann in Deutschland angerufen und gebeten, dass jemand aus der Familie vorbeikommt um die Angelegenheit zu besprechen. Meiner Mutter wurde dann in Deutschland empfohlen auf jeden Fall zu fahren.
Es war also nach diesem Anruf klar, dass ich vorhatte Deutschland endgültig zu verlassen. Und das nachdem ich durch Folter auch von Familienangehörigen seit 1988 daran gehindert worden war. 1 oder 2 Tage später, am 1. August 1999, fingen die BND Beamten dann an mich ganz massiv zu foltern und verlangten, dass ich nach Deutschland zurückfahre. Das lief folgendermaßen ab: In der 1. Nacht war ich plötzlich, nachdem ich vielleicht 3 Stunden geschlafen hatte, auf einen Schlag hellwach. Dieses Wachschießen aus dem Tiefschlaf hat weniger als eine Sekunde gedauert. Die verwendeten Elektroschocks waren in diesem Fall deutlich im Kopf zu spüren. In der 2. Nacht habe ich 90 Minuten und in der 3. Nacht dann gar nicht geschlafen.
Nach meiner durch Folter erzwungenen Rückkehr bin ich dann in Deutschland weitergefoltert worden. In den nächsten 6 Wochen habe ich dann praktisch nicht geschlafen, bis auf jeden Morgen ungefähr 2 Stunden. Die braucht man, damit sich das Gehirn regenerieren kann. Ansonsten fängt man an zu halluzinieren. Ich hatte auch Schmerzen an verschiedenen Stellen des Körpers. Nach 4 Wochen, also Ende August oder Anfang September bin ich wieder ausgereist und dann in 2 weiteren europäischen Ländern von BND Beamten gefoltert worden, wobei immer wieder verlangt wurde, dass ich nach Deutschland fahre und da bleibe. Auffällig war, dass ich in der Nähe von Städten immer nur kurz wachgeschossen wurde, während ich auf dem Land die ganze Nacht über in einem Halbschlaf gehalten wurde, wie ich es teilweise auch in Deutschland erlebt hatte. Offensichtlich besteht also prinzipiell die Möglichkeit den Einsatz solcher Strahlenwaffen durch Messungen, möglicherweise auch über eine gewisse Entfernung, festzustellen. Vorausgesetzt man weiß in welchem Frequenzbereich man messen muß. In Gegenden in denen die BND Beamten Messversuche der örtlichen Geheimdienste nicht ausschließen konnten, bin ich immer nur kurz wachgeschossen worden. Ich war dann nach einigen Tagen wegen der Folter wieder gezwungen, nach Deutschland zurückzufahren. Nach diesen 6 Wochen Schlafentzug wurde ich dann weiter gefoltert.
Auch mein Bruder Markus ist dann ganz offen gefoltert worden. Ich bin im Dezember 1999 und dann wieder im Januar 2000 nach Berlin gefahren und habe versucht mit zuständigen Personen zu reden und andere Menschen zu erreichen. Interessant ist mein Erlebnis im Januar 2000 bei dem Versuch mit der parlamentarischen Kontrollkommission für die Geheimdienste zu reden. Aber wo findet man die? Also bin habe ich mich einfach an den Pförtner eines Gebäudes im Regierungsviertel gewandt. Der sagte mir ich sollte durch die Einfahrt gehen und mich an den dortigen Pförtner wenden, was ich dann auch tat. Ich sagte diesem ebenfalls, dass ich mit der Parlamentarischen Kontrollkommission sprechen wolle. Dieser Pförtner rief darauf hin irgendwo an, und gab mir, nachdem er kurz mit der Person am anderen Ende der Leitung gesprochen hatte, den Telefonhörer. Es meldete sich jemand, natürlich ohne seinen Namen zu nennen und sagte, dass dort die Parlamentarische Kontrollkommission sei. Aber sie hätten gerade keine Zeit da sie eine Sitzung hätten.
Damit war dann also klar, dass die Verwaltung der Bundesrepublik Deutschland es prinzipiell und aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnt, sich an die Gesetze und Vorschriften dieses Staates oder auch nur an ihre Dienstanweisungen zu halten. Dafür lügen sie ihren Untertanen frech ins Gesicht. Weitere Versuche dieser Art habe ich mir dann erst einmal gespart. Es war nun klar dass wir die Öffentlichkeit erreichen müssen. Ich habe in Berlin dann bei verschiedenen Gelegenheiten einige kopierte Zettel mit Informationen über Geheimdienste und Radiofrequenzwaffen an einzelne Personen gegeben. In der Regel habe ich dann auch meine Adresse und Telefonnummer von Hand daraufgeschrieben. Ich habe insgesamt wohl 5 mal meine Adresse hinterlassen, und auch gesagt, man könne mich ruhig anrufen. Nach meiner Rückkehr hat es dann tatsächlich im Verlaufen von vielleicht 2 Wochen 5 bis 10 anonyme Anrufe spät abends gegeben, wobei sich niemand meldete, aber auf der anderen Seite auch nicht aufgelegt wurde. Also die Drohung mit Telefonterror falls ich meine Adresse verteilen würde.
Mein Bruder und ich haben dann beschlossen eine Internetseite, nämlich www.totalitaer.de zu machen um so die Öffentlichkeit zu erreichen. Um möglichst schnell möglichst viele Menschen zu erreichen, haben wir dann T-Shirts machen lassen wie wir sie auf den Bildern auf der letzten Seiten dieses Buches tragen. Selbstverständlich war unsere Adresse und Photos von uns von Anfang an auf der Internetseite angegeben. Es hat daraufhin bis heute keinen anonymen Anruf mehr gegeben. Das

lässt darauf schließen, dass wohl die Internetseite manipuliert wurde. Außerdem ist offensichtlich, dass wir telefonisch nicht unbedingt für jedermann erreichbar sind.
Ich bin dann Anfang Mai wieder nach Berlin gefahren und länger geblieben. In der ganzen Zeit sind wir ständig mehr oder weniger stark gefoltert worden. Im Jahre 2001 bin ich dann über mehrere Wochen hinweg sehr schwer gefoltert worden. Als Folge der Muskelkrämpfen durch die übertragenen Elektroschocks kam es zu Gewebszerreißungen in der Halsschlagader. Ich musste deswegen mehrere Wochen im Krankenhaus verbringen. Ich habe als Folge dieser Folter einen bleibenden Schaden an der Netzhaut.
In den Jahren 2000 bis 2004 waren wir oft für mehrere Monate in Berlin. 2000 ich allein, dann wir beide zusammen Wir waren dann auch in der Lage Radiofrequenzstrahlung mit einem Oszilloskop zu messen. Die gemessenen Signale bestanden aus ganz kurzen Pulsen, wie sie beispielsweise von Radargeräten zur Überwachung verwendet werden. Im Dezember 2003 beschlossen wir, dass wir die Internetseite auch als Buch herausbringen sollten. Im Januar und Februar war ich dann in Berlin. Mein Bruder beantragte Anfang Februar die ISBN Nummer für unser Buch „Der Totalitäre Staat". Mitte Februar wurde die ISBN Nummer dann erteilt. Ziemlich genau ab dem Tag der Erteilung der ISBN Nummer begann der BND meinen Bruder so massiv zu Foltern, dass ich aus Berlin zurückkommen musste.
Ich habe seitdem, also in den Jahren 2004 und 2005 ungefähr 4000 Stunden damit verbracht mich um meinen Bruder zu kümmern. Das sind 2 volle Arbeitsjahre. Auch unsere Eltern haben sich mehrere 1000 Stunden, zusammen vielleicht 6000 Stunden um meinen Bruder gekümmert. Mein Bruder ist für 2 Jahre durch bestialische Folter handlungsunfähig gewesen. Wir beide haben in den Jahren vor 2004 16 und mehr Stunden am Tag damit verbracht haben, Informationen zu sammeln, die Internetseite zu machen, Menschen zu erreichen und so weiter. Also hat mein Bruder durch die fast ununterbrochene Folter in den Jahren 2004 und 2005 so viel Arbeitszeit verloren wie sie 4 normalen Arbeitsjahren entspricht, also mindestens 8000 Stunden. Das heißt durch die Folter meines Bruders haben wir alleine seit Februar 2004 zusammen 18000 Stunden verloren. Natürlich bin ich während dieser Zeit auch gefoltert worden. Mein Vater ist nach einem Jahr Morddrohungen mit einem schweren Herzinfarkt im Krankenhaus gelandet. Im Januar 2005 ist dann die 2. Auflage unseres Buches erschienen. Mein Bruder wurde dann im Frühjahr 2005 gezwungen, die Internetseite www.totalitaer.de abzuschalten. Er sagte: „Ich will nicht mehr gefoltert werden". Natürlich ist er nach dem Abschalten der Internetseite genauso bestialisch weitergefoltert worden wie zuvor.
Zugleich mit dem Buch haben wir Hefte zusammengestellt, die Auszüge aus unserem Buch enthalten. Bis jetzt ( April 2006 ) haben zuerst mein Bruder und ich, dann ich alleine insgesamt mehr als 50 000 Stück dieser Hefte verteilt, davon alleine seit Mai 2005 ca. 25000 in Berlin. Außerdem 3300 in Karlsruhe, 13000 in Pforzheim ( kein Druckfehler. Es waren wirklich 13000 ), in Mannheim 1400 und in Heidelberg 1000 sowie 2200 Hefte bei der Frankfurter Buchmesse im Jahre 2005. Wir haben offensichtlich eine sehr große Zahl von Menschen erreicht. Und jedes Heft enthielt unsere Anschrift und unsere Telefonnummer sowie unsere Bilder. Auch daraufhin gab es keine anonymen Anrufe.
Anfang 2005 habe ich dann Beamten des Baden-Württembergischen Innenministeriums bei einem Termin die Radarsignale im Eingang des Ministeriums in Stuttgart vorgemessen. Ich habe daraufhin nicht einmal eine Nachricht von ihnen bekommen. Normalerweise hätten sie sofort eine Nachmessung von ihren Sicherheitsfachleuten durchführen lassen müssen, um zu klären, ob das Ministerium tatsächlich abgehört wird. Aber als Folge hätten sie sich dann ja wohl als Auftraggeber und Dienstherr des Verfassungsschutzes selber anzeigen müssen. Auch für den Fall dass die Anlagen dem BND gehören, denn die Verfassungsschutzämter sind ja nun auch deutsche Geheimdienste und haben sicherlich Zugriff auf die Radarüberwachung. Einige Wochen später habe ich dann die Messungen des Überwachungsradars im Regierungspräsidium in Karlsruhe ebenfalls vorgeführt. Auch hier gab es natürlich, wie zu erwarten war, keinerlei Reaktion.
Da die Maßnahmen gegen mich und meine Familie ausschließlich von den Geheimdiensten der Bundesrepublik Deutschland ausgehen und im Ausland oft gegen den erkennbaren Unwillen der örtlichen Geheimdienste durchgeführt wurden, habe ich die betroffenen Länder nicht genannt. Im Übrigen bin ich im Ausland von den dortigen Geheimdiensten, vor allem in Anbetracht der schwierigen Umstände, immer korrekt behandelt und teilweise sogar geschützt worden.

# Politische Verfolgung

Immer wieder wird gegenüber Menschen die von den deutschen Geheimdiensten gefoltert und anderweitig verfolgt werden, behauptet, dass es überall, also in allen Ländern der Welt gleich wäre. Das ist ganz offensichtlich gelogen. Selbst Aussagen von BND Mitarbeitern belegen, dass es westeuropäische Staaten gibt, die es prinzipiell ablehnen gegen Oppositionelle im eigenen Land mit kriminellen Methoden vorzugehen. Auch eigene Erfahrungen belegen diese Aussagen. Es gibt sogar Erkenntnisse, dass im Jahre 1999 ein kleines europäisches Land sich dagegen zur Wehr gesetzt hat, dass der BND auf seinem Gebiet bis hin zur Folter tätig geworden ist. Nach einigen Monaten ist dieses Land dann mit einer Lügen- und Hetzkampagne überzogen worden, die offensichtlich vom BND durchgeführt wurde. Interessanterweise gibt es auch aus der DDR keinerlei Berichte über Folter durch die Stasi. Im Gegenteil gibt es in amerikanischer Literatur Hinweise darauf, dass die DDR Folter und Gehirnwäsche prinzipiell abgelehnt hat.
Und in der Jungen Welt vom 1./2./3. Oktober 2005 finden wir in der Beilage Fauheit & Arbeit auf den Seiten 1 und 2 ein Interview mit zwei Buchautoren von denen Hannes Sieberer als Österreicher für den amerikanischen Militärgeheimdienst spioniert hat und Herbert Kierstein Untersuchungsführer des MfS für Spionagedelikte und für diesen Fall zuständig war. Beide erklären übereinstimmend, dass das MfS nicht gefoltert hätte, und dass sie auch von anderen verurteilten Spionen bis heute keine Aussage über Folter durch Behörden der DDR kennen. Ich selber habe in der ehemaligen DDR, vor allem im Osten Berlins, oft gezielt nach Folter durch Behörden der DDR nachgefragt, aber nie einen verlässlichen Hinweis in dieser Richtung bekommen. Vor allem habe ich niemanden gefunden, der eine solche Aussage machen konnte.
Erschreckend ist in diesem Zusammenhang, wie schnell die ehemalige Opposition der DDR von den Geheimdiensten der BRD abgeschaltet wurde. Schon vor der Wiedervereinigung liefen 1990 offensichtliche Zersetzungsmaßnahmen an. Viele bekannte Oppositionelle wurden plötzlich als Spitzel bezeichnet, wobei sicherlich die meisten „Enttarnungen“ von den Foltergeheimdiensten der BRD eingefädelt wurden und Personen betrafen die nicht vollständig mit BND und Verfassungsschutz kollaborieren wollten. Offensichtlich sind die Geheimdienste der BRD mit einer Brutalität und mit so dreisten Lügen vorgegangen, wie es sich der gelernte Ossi nicht hat vorstellen können. Spätestens 1992 wurde jedem politisch Denkenden in der ehemaligen DDR klargemacht, dass man in der BRD nicht seinen Mund aufmachen kann, ohne mit aller Brutalität zum Schweigen gebracht zu werden. Denn 1992 kam es in Bad Kleinen zu der Schießerei zwischen der Polizei und Terroristen, wobei ein Polizist und ein Terrorist starben. Für uns ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung, dass es Aussagen von 2 oder 3 Zeugen gab, dass schwarz gekleidete und mit Maschinenpistolen bewaffnete Personen vor der Schießerei gesehen worden waren. Während der Schießerei ist nach diesen Aussagen aus einer Maschinenpistole geschossen worden, obwohl weder die Polizei noch die Terroristen Maschinenpistolen bei sich hatten. Außerdem sind viel mehr Patronenhülsen und Geschosse gefunden worden, als die Polizei verbraucht hat. Diese Aussagen der Zeugen sind damals von der Presse veröffentlicht worden. Aber nach 3 Tagen waren diese Zeugen nicht mehr bereit ihre Aussagen aufrecht zu halten. Sie werden schon ihre Gründe gehabt haben den Mund zu halten...
Spekulationen darüber welcher der Geheimdienste der BRD für den Tod des Polizisten und des Terroristen verantwortlich ist überlasse ich dem Leser. Auf jeden Fall war der betreffende Geheimdienst in der Lage die Polizei, die Justiz, die Presse und die Bevölkerung der ehemaligen DDR, die ja gerade Ihren eigen Staat abgeschafft hatte, also schlagkräftig und handlungsfähig sein sollte, innerhalb einiger weniger Tage zum Schweigen zu bringen. Das Ergebnis lässt auch für den unbeteiligten Betrachter erkennen wie außerordentlich brutal und verlogen die Geheimdienste der BRD im Vergleich mit dem MfS und anderen Geheimdiensten in aller Welt vorgehen.
Während einer Veranstaltung zum 40 Jahrestages im Tränenpalast ( Berlin) wurde aus dem Publikum darauf hingewiesen, dass man nun für diejenigen sammeln müsse, die 1989 die DDR abgeschafft haben und nun alles verloren haben. Es war natürlich aus der Sicht der Westgeheimdienste notwendig die DDR mit allen möglichen Mitteln zu bekämpfen. Aber natürlich dürfen es die an der Abschaffung der DDR Beteiligten nie mehr zu etwas bringen, denn sie haben ja ihre Illoyalität gegenüber ihrem Staat bewiesen.
Und wie es der Gründer des BNDs, General Gehlen gesagt hat: Einmal Verräter, immer Verräter. Er selber hat übrigens seine gesamten Unterlagen auf Mikrofilm an die Amerikaner übergeben, nachdem er sich 3 Wochen vor Kriegsende abseits von Chaos und Untergang in Sicherheit gebracht hat. Einfache Soldaten und auch Offiziere sind um diese Zeit massenhaft aus nichtigeren Anlässen wegen

Feigheit aufgehängt worden. Es ist sicher nicht abwegig, anzunehmen, dass Kopien dieser Akten des General Gehlen der ja als Leiter der Abteilung Fremde Heere Ost der Wehrmacht für Russland zuständig war, von den Amerikanern an die verbündeten Russen weitergegeben worden sind. Denn die Alliierten haben ja auch alle Russen die auf deutscher Seite gekämpft haben, an die russische Armee übergeben, wo sie dann sofort als Verräter hingerichtet wurden. Was dass für die beim Rückzug der Wehrmacht zurückgelassenen Agenten bedeutet hat kann sich jeder selber ausmalen. Aber beim BND zählt ein Menschenleben ja nichts, denn dieser ist ja bereits 1946 gegründet worden und bestand zu diesem Zeitpunkt je nach verwendeter Quelle zu 10 Prozent oder sogar zu einem Drittel aus Gestapobeamten und SS Leuten, also aus den Personen die für die Verbrechen Ende der 30er / Anfang der 40er Jahre verantwortlich waren. In der Folge sind dann vor allem die Personen von den Geheimdiensten der BRD verfolgt worden, die vor und während des Krieges nicht eifrig genug mitgemacht haben. Hunderttausende haben in den 50er Jahren aus politischen Gründen, aber sicherlich auch weil Geheimdienstmitarbeiter sie persönlich nicht mochten, ihre Arbeitsstelle in der BRD verloren. Seine erschreckendste Leistung ist dem BND bereits in den ersten Jahren seiner Existenz gelungen. Bereits vor Kriegsende ist die Parole ausgegeben worden, mit den Alliierten gemeinsam gegen die Russen kämpfen zu wollen. Und tatsächlich ist es dem BND innerhalb kürzester Zeit gelungen, die Alliierten gegeneinander zu hetzen. Dabei ist offensichtlich ganz massiv gelogen worden. Es sollte nicht verwundern, wenn dabei auch Gehirnwäsche mit technischen Mitteln zum Einsatz gekommen wäre. Denn es lügt sich natürlich leichter und effektiver, wenn der Gegner nicht bemerkt, dass man ihm Flausen in den Kopf setzt. Und die technischen Mittel standen mit Sicherheit damals schon zur Verfügung.
Ein interessanter Hinweis auf die Aufgaben der deutschen Geheimdienste findet sich in: Las sombras del poder: Los Servivios Secretos de Carrero a Roldán, Francisco Medina, Madrid 1995 auf Seite 167. „Die deutschen Geheimdienste waren seit langer Zeit in fast allen südamerikanischen Staaten tätig, einerseits um die großen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in dieser Region zu schützen, aber auch um ein Auge auf die großen Gruppen Deutscher oder Personen deutscher Abstammung zu haben, die es in vielen lateinamerikanischen Staaten gibt."

Da viele Täter des dritten Reiches in Südamerika untergetaucht sind ist offensichtlich, dass der BND für deren Sicherheit und Lebensunterhalt gesorgt hat. Denn wie oben bereits festgestellt, bestand der BND ja zur Gründungszeit zu bis zu 30 Prozent aus SS Leuten und Gestapobeamten. Und die haben zusammengehalten

# Warum werden Personen vom Geheimdienst angeworben?

Offiziell wird immer eine plausible Begründung gegeben. Zum Beispiel: „Sie kennen doch viele Personen oder verstehen etwas von wirtschaftlichen oder politischen Zusammenhängen. Wir sind an ihrer Sicht der Dinge interessiert". Aber ein wichtiger Aspekt besteht offensichtlich darin, daß sich jemand, der eine Verpflichtungserklärung unterschreibt, sich eben dazu verpflichtet, über alles, was er im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Geheimdienst erfährt, absolutes Stillschweigen zu bewahren. Wenn er dieser eingegangenen Verpflichtung nicht nachkommt, kann er mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden. Und das unter Umständen nur für eine Meinungsäußerung.

Das heißt, daß er auf einen großen Teil seiner Menschenrechte verzichtet. Als Gegenleistung wird allenfalls ein möglicher Vorteil durch die Mitarbeit im System in Aussicht gestellt. Und dabei handelt es sich natürlich um einen ungedeckten Scheck, denn es gibt in der Regel keine konkreten Versprechen, die über kleinste Vorteile und Bezahlungen für die Mitarbeit hinausgehen, während die Nachteile aus naheliegenden Gründen nicht erwähnt werden. In der Regel **meinen** Mitarbeiter der Geheimdienste, daß sie einen Vorteil durch ihre Mitarbeit im System haben.

Wenn nun jemand von einem Geheimdienst angesprochen wird, so sollte er sich darüber im Klaren sein, daß vorgetragenen Gründe für die Anwerbung oft nur ein Vorwand sind, und man ihm die tatsächlichen Hintergründe verschweigt. Hintergründe können sein, daß man jemanden aus der Umgebung des Angesprochenen, also einen Freund, Arbeitskollegen oder sogar jemanden aus der Familie in die Zange nehmen will. In einem solchen Fall geht es also in erster Linie darum, Personen aus der Umgebung der Zielperson in die Hand zu bekommen. Denn egal, was der Geheimdienst mit der Zielperson macht, die Angeworbenen müssen stillhalten, denn sie können ja zu bis zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt werden Oder man behandelt sie ebenfalls mit nachrichtendienstlichen Mitteln.

Weiterhin unterliegen die von den Geheimdiensten Verpflichteten einer ganz massiven psychologischen Bearbeitung, die ja auch nötig ist, um diese Mitarbeiter zu stabilisieren. Auch ist es erstaunlich, wie wenig die gesellschaftlichen Mitarbeiter über die Arbeit der Geheimdienste wissen. Denn jeder darf nur das wissen, was er zu Erfüllung seiner Aufgaben unbedingt wissen muß. Und das ist nicht viel. In der Regel wird sich der Führungsoffizier darauf beschränken, seinen gesellschaftlichen Mitarbeitern kurze Befehle zu erteilen, die diese dann ohne Diskussion, automatisch und ohne nachzudenken auszuführen haben, ohne die Zusammenhänge und Hintergründe zu kennen. Und viele wollen es auch gar nicht so genau wissen. Denn sonst könnte es ja sein, daß sie nicht mehr mitmachen würden.

Außer diesen gezielten Anwerbungen, um jemanden in der Umgebung des Angeworbenen in die Mangel nehmen zu können, gibt es mit Sicherheit viele Fälle, in denen der Angeworbene selber die Zielperson ist. Durch die Unterschrift unter die Verpflichtungserklärung bindet man sich ja an den entsprechenden Geheimdienst. Man ist damit dem Staat zu einer Loyalität in allen Bereichen verpflichtet, die über das normale Beachten der Gesetze weit hinausgeht.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß nach Meinung von Geheimdienstfachleuten bis zu 50% der Rechtsextremisten, die ja für obrigkeitliche Maßnahmen naturgemäß besonders anfällig sind, „freie" Mitarbeiter des Verfassungsschutzes sind. Aber interessanterweise sind auch die Linken, insbesondere die „Autonomen" trotz ihrer Abneigung gegen den Staat, ganz massiv unterwandert.

Wer die Arbeit der Geheimdienste erlebt hat, ist erstaunt darüber, unter welch strenger Überwachung und Führung auch gerade die Mitarbeiter der Geheimdienste stehen. Denn sie sind ja Geheimnisträger. Und der Eine weiß vom Anderen nicht, daß er ebenfalls angeworben wurde. Man bespitzelt sich also gegenseitig. Es gibt Berichte, nach denen die Geheimdienste 80% ihrer Zeit und Ressourcen für die Überwachung der eigenen Mitarbeiter aufwenden. Das heißt, daß jemand, der sich einem Geheimdienst verpflichtet hat, sein ganzes Leben lang unter Überwachung stehen wird, und daß er bei weitem weniger Rechte hat, als irgendjemand sonst in der Gesellschaft.

Im übrigen verbringen die Mitarbeiter 15% ihrer Zeit mit der Bespitzelung freiheitlich denkender Politiker, und nur 5% mit wirklich sachlicher Tätigkeit.

Mitarbeiter der Geheimdienste **glauben**, daß sie einen Vorteil haben. Aber es ist offensichtlich, daß zumindest die gesellschaftlichen Mitarbeiter draufzahlen. Denn der Geheimdienst hat sie ja

vollkommen in der Hand. Und zieht sie immer weiter in die Abhängigkeit hinein. Sicherlich wird auch oft „Gelegenheit“ zum Begehen von Straftaten unter dem „Schutz“ des Geheimdienstes gegeben. Aber jede kleine Unregelmäßigkeit im Verhalten des gesellschaftlichen Mitarbeiters wird registriert, und dem Betreffenden bei Bedarf vorgehalten, um ihn unter Druck zu setzen. Die beamteten Geheimdienstler dagegen sind in der Regel peinlichst darauf bedacht, sich keine Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen zu lassen, denn sie kennen ja die Konsequenzen, die Erpreßbarkeit mit sich bringt. Sie vermeiden es, wo immer es geht, sich die Hände schmutzig zu machen. Man bedient sich lieber der „nützlichen Idioten“.

Erschreckend ist allerdings, daß gesellschaftliche Mitarbeiter mit längerer Erfahrung ständig in einem Gefühl der Angst und Unsicherheit gehalten werden. Und es wird von erfahrenen gesellschaftlichen Mitarbeitern durchaus bestätigt, daß es sich bei den Geheimdiensten um ein echtes Terrorsystem handelt, mit dem die eigenen Mitarbeiter diszipliniert und gleichgeschaltet werden, wenn sie mit der Zeit dahinter kommen, daß die Mitarbeit in den Geheimdiensten schwerwiegende Nachteile für die Freiheit des Betreffenden mit sich bringt. Denn Geheimdienste sind militärisch, also auf Befehl und Gehorsam aufgebaut. Das heißt, man tritt sozusagen in eine Armee, ja in eine Söldnertruppe ein. Und da herrschen rauhe Sitten gegenüber dem kleinen Mitarbeiter, wenn er meint, sich eine eigene Meinung leisten zu können.

Wer sich einem Geheimdienst anschließt, stellt sich außerhalb der Gesellschaft. Er wird zu einem Outlaw. Denn er unterliegt, wie die Geheimdienstler sagen, einem anderen Rechtssystem. Sofern man bei einem solchen Willkürsystem noch von einem „Rechtssystem“ sprechen kann. Das Ziel ist einzig und allein die erzwungene Unterordnung unter das System des Geheimdienstes. Erreicht wird dieses Ziel zuerst durch Täuschung, später durch Drohungen und Terror.

Bei Kenntnis dieser Zusammenhänge sollte es sich jeder genau überlegen, ob er eine Verpflichtungserklärung unterschreibt. Selbst wenn vom Geheimdienst Druck ausgeübt wird, um die entsprechende Person zur Mitarbeit zu zwingen, so sollte man sich möglichst nicht erpressen lassen. Denn nichts wird so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Und Erpressung, auch zur Mitarbeit in einem Geheimdienst, ist eine Straftat. Niemand braucht sich zur Mitarbeit pressen zu lassen.

Und bei *jeder* versuchten Anwerbung ist es ratsam, jedes Familienmitglied und jeden Bekannten darüber zu informieren. Denn es kann ja sein, daß sich darunter jemand befindet, den man in die Mangel nehmen will. Deshalb sollte man auch auf diesen möglichen Zusammenhang hinweisen. Solche Maßnahmen würden jeden Versuch einer Anwerbung für die Geheimdienste zu einem unkalkulierbaren Risiko machen.

Wenn man sich aber doch, aus Unwissenheit oder unter Zwang zur Mitarbeit hat überreden lassen, so kann man sich doch so verhalten, daß man für den Geheimdienst uninteressant wird. Das heißt: Dienst nach Vorschrift. Schlecht gemachte Arbeit oder Arbeitsunlust kann auch im Geheimdienst nicht bestraft werden. Aber dadurch verliert der Geheimdienst das Interesse an dem entsprechenden Mitarbeiter, der dann nur noch unnützer Ballast ist. Man wird ihn also möglichst in Ruhe lassen oder ganz abschalten. Wobei natürlich die Überwachung fortgesetzt wird..

Die Entscheidung liegt natürlich letztlich beim Einzelnen, ob er sich anwerben lassen will oder nicht. Aber immer sollten sich die Mitarbeiter der Geheimdienste so viel Wissen wie möglich über ihre Auftraggeber und deren Methoden aneignen. Und zwar auf allen Gebieten. Denn je mehr jemand über die Arbeit der Geheimdienste weiß, desto höher steigt sein Wert. Wer die von oben verordnete Unwissenheit akzeptiert, hat jedenfalls persönlich Nachteile. Denn: „Wissen ist Macht“. Nur Geheimdienstler können die dumme Desinformation: „Nichts wissen macht auch nichts“ in Umlauf gesetzt haben.. Denn das nützt ihren Zielen. Darum müssen Informationen weitergegeben, nicht unterdrückt werden.

# Die Folgen der Anwerbung

Wer sich von einem Geheimdienst anwerben läßt, ist sich oft über die Folgen für sich und seine Umgebung nicht im Klaren. Denn er wird ebenso wie seine Familie und seine Bekannten sein Leben lang überwacht werden, damit sichergestellt ist, dass er keine aus der Sicht seiner Auftraggeber geheimzuhaltenden Informationen weitergibt.

Bei dem geringsten Zweifel an seiner Zuverlässigkeit wird diese Überwachung sofort verstärkt und der Betroffene durch das Verbreiten von Lügen, die Geheimdienste nennen diese Lügen Desinformation, von der Öffentlichkeit isoliert, um die Geheimhaltung aufrechtzuerhalten. Denn wer will schon mit jemandem reden, über den getratscht wird...

Gelegentlich liest man, dass es bei Anwerbungen heißt, dass man „für den Staat“ angeworben wird. Und in der Tat versuchen gelegentlich gesellschaftliche Mitarbeiter der Geheimdienste herauszufinden, für wen sie eigentlich arbeiten, indem sie die Zielpersonen danach fragen, was diese meint, wer es denn sei der da aktiv wird.

Ein wichtiger Aspekt der Anwerbung besteht in der Isolation der angeworbenen Personen von ihrer Umgebung. Denn ab dem Beginn der Zusammenarbeit mit einem Geheimdienst ist man ja der Spitzel. Auch dann, wenn man nur von seinen Auftraggebern abgeschöpft wird, also keine Berichte liefert, sondern nur in Informationsgesprächen Details aus seiner Umgebung ausplaudert. Oder wenn man versucht als Einflußagent die Personen in seiner Umgebung zu manipulieren.

Es spielt auch keine Rolle ob man dabei nur „das Beste“ will. Über seine Tätigkeit kann man mit niemandem reden, auch wenn man den Verdacht oder sogar die Erkenntnis hat, daß andere, einem nahestehende Personen ebenfalls angeworben worden sind. Denn es ist ja nicht gestattet, mit anderen über seine Tätigkeit zu reden. Und dieser Andere könnte einen ja verraten, wenn nicht sowieso die Auftraggeber zufällig mithören. Die würden dafür wenig Verständnis haben und massiven Druck ausüben, oder ihren Mitarbeiter mit Gewalt zum Schweigen bringen.

Und wenn der Andere nicht angeworben wurde, dann hat sich der Mitarbeiter gegenüber jemandem, der nicht angeworben wurde als Spitzel enttarnt. Und wer möchte schon gerne vor Bekannten als Spitzel dastehen. Also bleibt den Mitarbeitern nur, den Mund zu halten.

Daraus ergibt sich, dass die höchste Loyalität eines Mitarbeiters der Geheimdienste in aller Regel seinen Auftragebern gilt. Denn von ihnen erhält er Geld, so wenig das auch oft ist, Informationen, die meistens bewusst vage gehalten sind, in aller Regel der Manipulation des betreffenden Mitarbeiters dienen und die oft absichtlich so formuliert sind, dass der Mitarbeiter falsche Schlüsse ziehen muß. Was so ja auch beabsichtigt ist... So lassen sich die gesellschaftlichen Mitarbeiter isolieren, manipulieren und führen, während sie sich immer tiefer in die Machenschaften ihrer Auftraggeber verstricken lassen. Und je mehr sie sich kompromittieren lassen, desto mehr erfahren sie über die Arbeitsweise ihrer Auftraggeber, denn sie sind ja nun an sie gebunden und erpressbar.

Aus diesem Blickwinkel erscheint der gelegentlich veröffentlichte Grundsatz der Geheimdienste: „Jeder darf nur das wissen, was er zur Erfüllung seiner Aufgaben unbedingt wissen muß“ in einem neuen Licht. Richtiger muß es heißen: „Jeder darf nur so viel wissen wie er auf Grund seiner Erpressbarkeit geheimhalten muß.“

Das bedeutet aber, dass nur kriminelle und feige Personen in so einem System Karriere machen können. Denn die anderen wären nicht so erpressbar, dass man von ihnen erwarten kann, dass sie die ihnen anvertrauten Geheimnisse geheimhalten. Daraus folgt direkt, dass das System der geheimen Überwachung der Bevölkerung nur durch die gemeinsam begangenen Verbrechen zusammengehalten wird.

Im Übrigen stellt bereits die Bespitzelung durch den gesellschaftlichen Mitarbeiter eine Straftat da, denn er bricht ja das Vertrauen seiner Mitmenschen. Auch das Beschaffen von internen Informationen an seinem Arbeitsplatz ist natürlich strafbar, ebenso wie die nebenberufliche Tätigkeit, die beim Arbeitgeber natürlich nicht angegeben werden kann. Problematisch wird es dann vor allem, wenn die Arbeitszeit oder das Telefon der Firma dazu benutzt wird, die eigene Firma zu bespitzeln. Das würde zu einer fristlosen Kündigung und beträchtlichen Schadenersatzforderungen führen, sollten diese Aktivitäten bekannt werden. Ganz davon abgesehen, dass man als Spitzel von Jedem gemieden würde.

Daraus ergibt sich, dass jeder Mitarbeiter auf Gedeih und Verderb an seine Auftraggeber gebunden ist und aus eigenem Interesse das System am Leben erhalten muß. Damit ihm nicht dasselbe passiert wie vielen Mitarbeitern der Stasi, deren Mitarbeit in ihrer Umgebung bekannt geworden ist.

Übrigens sind der Stasi zwei Drittel der Anwerbeversuche fehlgeschlagen, obwohl auch dort die Vorbereitung für eine Anwerbung vor dem ersten offiziellen Kontakt sicher sehr intensiv war. Man hat in der DDR eben nicht gerne gespitzelt. Es muß allerdings befürchtet werden, dass Anwerbeversuche der Geheimdienste im Westen weitaus erfolgreicher sind. Es wäre schön, wenn wir zumindest die Quote der DDR erreichen könnten, und zwei Drittel der Anwerbeversuche erfolglos verlaufen würden. Jeder sollte es sich genau überlegen, ob er sich anwerben lässt. Auch dann, wenn er im Moment der Meinung ist, dass es eine gute Idee sei, „beim Staat“ mitzumachen, mehr Vorteile zu haben, oder zumindest keine weiteren Nachteile.

Wenn man angesprochen wird, sollte man allein seinem Verstand folgen und nicht aus irgendeinem Gefühl heraus entscheiden. Und eine vernünftige Entscheidung kann immer nur heißen: Ich will meine Umgebung nicht bespitzeln und manipulieren, also arbeite ich nicht für irgendjemanden, der sagt, er komme vom „Staat“. Auch dann nicht, wenn er tatsächlich, was wohl selten vorkommt, den Dienstausweis eines Geheimdienstes vorzeigt.

Zum Schluss noch die Aussage eines Mitarbeiters der Geheimdienste: „Aus einem Geheimdienst steigt man nicht aus.“ Das kann wohl kaum heißen, dass die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen so gut sind. Wohl eher, dass Mitarbeiter die unzuverlässig sind, mit Hilfe des internen Bestrafungssystems auf Linie gebracht werden. Die Aussage eines anderen Mitarbeiters im Zusammenhang mit einer versuchten Anwerbung lautete: „Bleib frei“. Das sagt schon alles. Und alleine für diese Aussage bekam der entsprechende Mitarbeiter bereits schwere Probleme.

# Angeworben! Was nun?

Eine Verpflichtungserklärung ist juristisch gesehen ein freiwillig abgeschlossener Vertrag zwischen zwei Parteien. Auf diesen finden also die allgemeinen Gesetze Anwendung. Insbesondere das Bürgerliche Gesetzbuch bietet demjenigen, der aus einem solchen "Knebelvertrag" heraus will eine Vielzahl von Möglichkeiten:

*§ 119 ( Anfechtbarkeit wegen Irrtums ) (1) Wer bei Abgabe einer Willenserklärung über deren Inhalt im Irrtume war oder eine Erklärung dieses Inhalts überhaupt nicht abgeben wollte, kann die Erklärung anfechten, wenn anzunehmen ist, daß er sie bei Kenntnis der Sachlage und bei verständiger Würdigung des Falles nicht abgegeben haben würde. (2) Als Irrtum über den Inhalt der Erklärung gilt auch der Irrtum über solche Eigenschaften der Person oder der Sache, die im Verkehr als wesentlich angesehen wird.*

Wer weiß schon vor seiner Verpflichtungserklärung auf was er sich dabei einläßt? Denn das ist es ja gerade, was geheimgehalten wird. Auch durch die Verpflichtungserklärung.

*§ 120 ( Anfechtbarkeit wegen falscher Übermittlung ) Eine Willenserklärung, welche durch die zur Übermittlung verwendete Person oder Anstalt unrichtig übermittelt worden ist, kann unter den gleichen Voraussetzungen angefochten werden wie nach § 119 eine Irrtümlich abgegebene Willenserklärung*

Dieser § kann Hilfsweise als Ersatz für § 123 dienen.

*§ 121 ( Anfechtungsfrist ) (1) Die Anfechtung muß in den Fällen der §§ 119, 120 ohne schuldhaftes Zögern ( unverzüglich ) erfolgen, nachdem der Anfechtungsberechtigte von dem Anfechtungsgrunde Kenntnis erlangt hat. Die einem Abwesenden gegenüber erfolgte Anfechtung gilt als rechtzeitig erfolgt, wenn die Anfechtungserklärung unverzüglich abgesendet worden ist. (2) Die Anfechtung ist ausgeschlossen, wenn seit der Abgabe der Willenserklärung dreißig Jahre verstrichen sind.*

*§ 123 ( Anfechtbarkeit wegen Täuschung und Drohung ) (1) Wer zur Abgabe einer Willenserklärung durch arglistige Täuschung oder widerrechtlich durch Drohung bestimmt worden ist, kann die Erklärung anfechten. (2) Hat ein Dritter die Täuschung verübt, so ist eine Erklärung, die einem anderen gegenüber abzugeben war, nur dann anfechtbar, wenn dieser die Täuschung kannte oder kennen mußte. Soweit ein anderer als derjenige, welchem gegenüber die Erklärung abzugeben war, aus der Erklärung unmittelbar ein Recht erworben hat, ist die Erklärung ihm gegenüber anfechtbar, wenn er die Täuschung kannte oder kennen mußte.*

Täuschung und/oder Drohung sind bei den Geheimdiensten immer Bestandteil einer Anwerbung. Insofern sind diese Anwerbungen immer nichtig. Wenn beispielsweise in der Umgebung einer Zielperson alle anderen, insbesondere aber alle Familienmitglieder soweit wie möglich angeworben werden, so handelt es sich bei diesen Anwerbungen immer um arglistige Täuschung. Denn über den tatsächlichen Grund für die Anwerbung wird der Angeworbene natürlich getäuscht.

*§ 124 ( Anfechtungsfrist ) (1) Die Anfechtung einer nach § 123 anfechtbaren Willenserklärung kann nur binnen Jahresfrist erfolgen. (2) Die Frist beginnt im Falle der arglistigen Täuschung mit dem Zeitpunkt, in welchem der Anfechtungsberechtigte die Täuschung entdeckt, im Falle der Drohung mit dem Zeitpunkt, in welchem die Zwangslage aufhört. Auf den Lauf der Frist finden die für die Verjährung geltenden Vorschriften des § 203 Abs. 2 und der §§ 206, 207 entsprechend Anwendung. (3) Die Anfechtung ist ausgeschlossen, wenn seit der Abgabe der Willenserklärung dreißig Jahre verstrichen sind.*

Bei Erkennen der arglistigen Täuschung hat der Geheimdienst den Angeworbenen in der Regel bereits fest im Griff. Das heißt, er wird von seinen Auftraggebern ab dem Moment erpreßt in dem er die Täuschung erkennt. Sicherlich ist dieser § so aufzufassen, daß in diesem Falle des Überganges von der Täuschung zur Drohung ebenfalls die Jahresfrist unterbrochen wird und erst mit dem Ende der Drohung beginnt. Natürlich kann der unter Druck gesetzte jederzeit die Anwerbung anfechten, wenn er sich stark genug fühlt, mit der Drohung fertig zu werden.

*§ 125 ( Nichtigkeit wegen Formmangels ) Ein Rechtsgeschäft, welches der durch Gesetz vorgeschriebenen Form ermangelt, ist nichtig. Der Mangel der durch Rechtsgeschäft bestimmten Form hat im Zweifel gleichfalls Nichtigkeit zur Folge.*

*§ 126 ( Gesetzliche Schriftform ) (1) Ist durch ein Gesetz schriftliche Form vorgeschrieben, so muß die Urkunde von dem Aussteller eigenhändig durch Namensunterschrift oder mittels notariell beglaubigten Handzeichens unterzeichnet werden. (2) Bei einem Vertrage muß die Unterzeichnung der Parteien auf derselben Urkunde erfolgen. Werden über den Vertrag mehrere gleichlautende Urkunden aufgenommen, so genügt es, wenn jede Partei die für die andere Partei bestimmte Urkunde unterzeichnet. (3) Die schriftliche Form wird durch die notarielle Beurkundung ersetzt.*

Diese Paragraphen sind der Vollständigkeit halber mit aufgeführt, da sie eventuell zutreffen könnten.

*§ 133 ( Auslegung eine Willenserklärung ) Bei der Auslegung einer Willenserklärung ist der wirkliche Wille zu erforschen und nicht an dem buchstäblichen Sinne des Ausdruckes zu haften.*

Das trifft insbesondere auf das immer tiefere Verstricken von Mitarbeitern in Geheimdienstangelegenheiten, die von den Betreffenden bei der Unterzeichnung sicher nicht gewollt waren

*§ 134 ( Gesetzliches Verbot ) Ein Rechtsgeschäft, das gegen ein gesetzliches Verbot verstößt, ist nichtig, wenn sich nicht aus dem Gesetz ein anderes ergibt.*

Also kann auch illegale Bespitzelung nicht verlangt werden.

*§ 138 ( Sittenwidriges Rechtsgeschäft; Wucher ) (1) Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig. (2) Nichtig ist insbesondere ein Rechtsgeschäft, durch das jemand unter Ausbeutung der Zwangslage, der Unerfahrenheit, des Mangels an Urteilsvermögen oder der erheblichen Willensschwäche eines anderen sich oder einem Dritten für eine Leistung Vermögensvorteile versprechen oder gewähren läßt, die in einem auffälligen Mißverhältnis zu der Leistung stehen.*

Ein Vertrag zur Bespitzelung und Hintergehung anderer ist immer sittenwidrig. So wurde bereits in den fünfziger Jahren von einem deutschen Gericht entschieden, daß eine solche Verpflichtungserklärung nichtig ist.

*§ 139 ( Teilnichtigkeit ) Ist ein Teil eines Rechtsgeschäfts nichtig, so ist das ganze Rechtsgeschäft nichtig, wenn nicht anzunehmen ist, daß es auch ohne den nichtigen Teil vorgenommen sein würde.*

*§ 142 ( Wirkung der Anfechtung ) (1) Wird ein anfechtbares Rechtsgeschäft angefochten, so ist es als von Anfang an nichtig anzusehen.*

*§ 143 ( Anfechtungserklärung ) (1) Die Anfechtung erfolgt durch Erklärung gegenüber dem Anfechtungsgegner. (2) Der Anfechtungsgegner ist bei einem Vertrage der andere Teil, im Falle des § 123 Abs. 2 Satz 2 derjenige, welcher aus dem Vertrag unmittelbar ein Recht erworben hat. (3) Bei einem einseitigen Rechtsgeschäft, das einem Anderen gegenüber vorzunehmen war, ist der Andere der Anfechtungsgegner. Das gleiche gilt bei einen Rechtsgeschäfte, das einem Anderen oder einer Behörde gegenüber vorzunehmen war. Auch dann, wenn das Rechtsgeschäft der Behörde gegenüber vorgenommen worden ist. (4) Bei einem einseitigen Rechtsgeschäft anderer Art ist ein Anfechtungsgegner jeder, der auf Grund des Rechtsgeschäfts unmittelbar einen rechtlichen Vorteil erlangt hat. Die Anfechtung kann jedoch, wenn die Willenserklärung einer Behörde gegenüber abzugeben war, durch Erklärung gegenüber der Behörde erfolgen; die Behörde soll die Anfechtung demjenigen mitteilen, welcher durch das Rechtsgeschäft unmittelbar betroffen worden ist.*

Wie man sieht spricht eine Vielzahl von Gesetzen in Wortlaut und Sinn gegen die Gültigkeit von Verpflichtungserklärungen gegenüber den Geheimdiensten, so daß sich niemand daran gebunden fühlen muß, es sei denn, daß der Geheimdienst ihn erpreßt. Und das wäre wiederum eine Straftat, die die Geheimdienstler begehen würden.

Wenn also Geheimdienstinformation weitergegeben wird, sei es an die Öffentlichkeit, die Justiz oder den Ehepartner, so kann, bei entsprechender Aussage des Opfers, immer davon ausgegangen werden, daß eine Erpressung oder der Versuch einer Erpressung durch den Geheimdienst vorangegangen ist.

Und Nötigung, auch der Versuch dazu, kann nach § 240 Strafgesetzbuch mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe, in besonders schweren Fällen mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft werden. Natürlich auch dann, wenn die Drohung nicht offen ausgesprochen

wird, sondern dem Opfer auf andere Weise klar gemacht wird. Es bleibt nur das Problem des Beweises. Aber bei derart übel beleumundeten Gestalten, wie es Spitzel und Spione sind, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben gegen jedes nur erdenkliche Gesetz verstoßen, sollte auch das kein unüberwindliches Hindernis sein.

Diese juristischen Punkte gelten natürlich nur für gesellschaftliche Mitarbeiter, die tatsächlich eine Verpflichtungserklärung unterschrieben haben. Für die vielen kleinen Spitzel, die für jemanden Arbeiten ausführen, der sagt er käme "vom Staat", ohne genau zu wissen, welche Behörde damit gemeint ist, gelten diese Ausführungen natürlich nicht. Auch nicht für die, die einem "Freund" "gefällig" sind. In diesen Fällen zählt dann wohl das Recht des Stärkeren.

# Wer ist´s?

Der Bürger will nur in Ruhe gelassen werden, und greift deshalb nur im äußersten Notfall zuerst zu innerer Immigration, später zum ( symbolischen ) Widerstand. Wer sich aber in die Position gekämpft hat, in der er Entscheidungen über andere treffen kann, ist naturgemäß ein sehr aggressiver Mensch, der beim geringsten Widerstand oder sogar bereits wenn Widerspruch nicht auszuschließen ist, mit aller Gewalt vorgeht. Denn nur eine solche aggressive Einstellung hat es ihm ermöglicht, seine Position zu erreichen. Heutzutage wird jeder Untertan bereits beim geringsten Verdacht des Dissenses rücksichtslos mit nachrichtendienstlichen Mitteln abserviert. Den friedlichen, weil nicht nach Macht strebenden Bürgern werden die ( auch intellektuellen ) Waffen aus der Hand geschlagen, während man denen, die bereits durch das Erreichen einer gewissen Position in der Gesellschaft ihre aggressive Einstellung bewiesen haben, jedes Recht zur Entfaltung eben dieser überaus aggressiven Persönlichkeit ohne jede rechtliche oder soziale Kontrolle zugesteht.

Deutschland ist unregierbar, nachdem man den Bürger aus der Entscheidungsfindung ausgeschlossen hat. Dieser Staat ist also weder eine Republik, noch ist er demokratisch. Die Lösung für dieses Problem liegt allerdings nicht im Ruf nach dem starken Mann, wie es im Interesse des Staatsapparates liegt, sondern in der Wiedereinsetzung des Bürgers in die ihm zustehende Position als Souverän des Staates.

Symptomatisch für die undemokratischen und totalitären Zustände ist die Macht des Sicherheitsapparates, vor allem der Geheimdienste, die ohne irgendeine politische oder öffentliche Kontrolle handeln können. Eine wirksame Kontrolle durch das Parlament findet, entgegen der verbreiteten Desinformation, nicht statt. Abgeordnete der parlamentarischen Kontrollkommission dürfen, zumindest offiziell, nicht einmal mit Geheimdienstmitarbeitern sprechen. Auskunft gibt alleine ein Beamter des Bundeskanzleramtes oder des für den jeweiligen Geheimdienst zuständigen Ministeriums. Warum werden die Aktivitäten der Geheimdienste nicht in breiter Öffentlichkeit diskutiert, wie es in einer Demokratie vorgesehen ist? Die Antwort ist offensichtlich: Weil das Verhalten dieser Geheimdienste von der Öffentlichkeit niemals toleriert würde, von Zustimmung ganz abgesehen.

Die Geheimdienste führen sich auf wie in einem besetzten Land. Sie haben eine Marionettenregierung eingesetzt, bespitzeln die ganze Bevölkerung und gehen mit ungeheurer Brutalität gegen jede Äußerung von Dissens vor. Und zwar in der Regel präventiv, also bevor diese Äußerung eine Wirkung entfalten kann. Dabei ist es den Geheimdienstlern vollkommen gleichgültig, ob ihre Aktionen illegal sind. Auf die Bemerkung: "Das ist illegal." bekommt man dann von Mitarbeitern der Geheimdienste gelegentlich die zustimmende Antwort: "Ja, genau." Das ist alles. Also bewußter Einsatz krimineller Mittel um die eigenen Ziele durchzusetzen.

Zum Beispiel auch die großflächige Versorgung der Jugend mit Drogen, um sie ruhig zu stellen und einzelne vollständig auszuschalten. Dazu paßt das in offiziösen Veröffentlichungen der Geheimdienste benutzte Stichwort: "Politisch erwünschte Verbrechen." Allerdings handelt es sich hier bereits wieder um eine Lüge, denn die politische Führung und das Parlament sind nicht umfassend über die Aktivitäten der Geheimdienste informiert. Auch wenn die Geheimdienste sie in diesem Glauben lassen. Und wenn die Politik nicht richtig und umfassend informiert ist, kann sie auch nicht zugestimmt haben. Da hilft auch nicht die äußerst bedenkliche Konstruktion der "stillschweigenden Zustimmung". Denn auch die stillschweigende Zustimmung setzt ja voraus, daß der Zustimmende zumindest weiß, wozu er seine stillschweigende Zustimmung gibt.

Mangelnde echte Legitimierung der Obrigkeit, in diesem Falle des Geheimdienstapparates, bedingt natürlich geheimes Handeln. Denn was der Untertan nicht weiß, macht ihn nicht heiß. Der Verlust der demokratischen oder auch moralischen Legitimierung einer Regierung stellt diese natürlich in Frage. Insbesondere dann, wenn man davon ausgeht, daß die Existenz einer demokratischen , also durch das Volk legitimierten Regierungen für eine Demokratie konstituierend ist. Diese Überlegungen betreffend die Regierung und den Grad ihrer Informiertheit sollen nichts entschuldigen. Die Politiker wissen viel mehr, als sie in der Öffentlichkeit zugeben. Sie sind natürlich für die Kontrolle des Apparates zuständig und damit für seine Verfehlungen. Ganz davon abgesehen, dass der Apparat für einzelne Politiker oder auch Parteien "Arbeiten" ausführt um sich bei diesen beliebt, ja unentbehrlich zu machen.

# Der BND: Das faktische Weiterbestehen von Gestapo und SS nach 1945

Seit Jahrzehnten wird immer wieder darauf hingewiesen, dass die deutschen Geheimdienste von Anfang an zu einem großen Teil aus leitenden Funktionären und Tätern des 3. Reiches bestanden. Das trifft insbesondere auf den BND zu, der ja bereits 1946 als Organisation Gehlen gegründet wurde. Die meisten dieser Täter wären viele Jahre im Gefängnis verschwunden oder gehängt worden, wenn sie erwischt und wegen ihrer Verbrechen vor Gericht gestellt worden wären. Um das zu verhindern mussten sie sich für die Alliierten unentbehrlich machen. Also begann die Organisation Gehlen damit, den Amerikanern Informationen über Osteuropa zu liefern. Und diese Informationen mussten für die Amerikaner interessant sein. Da die Amerikaner nicht in der Lage waren, diese Informationen nachzuprüfen, wurden ihnen eine Vielzahl von Lügen über die Stärke und die Absichten der Russen untergeschoben. Nach Kriegsende haben die Russen gezielt nach Reinhard Gehlen gesucht, da er in der Wehrmacht die Abteilung Fremde Heere Ost geleitet hatte. Gehlen hatte die Akten dieser Abteilung vor Kriegsende auf Film kopieren und an verschiedenen Stellen vergraben lassen und hat sich dann abgesetzt und mehrere Wochen versteckt. Diese Akten gab er dann an die Amerikaner weiter. Der BND ist also von einem Deserteur gegründet worden und durch einen massiven Verrat entstanden. Es ist gut vorstellbar, dass die Amerikaner Kopien dieser Akten an die damals noch verbündeten Russen weitergegeben haben, was dann möglicherweise zur Zerschlagung des deutschen Spitzelnetzes im Osten geführt hat.
Auch rein formal ist der BND ein Geheimdienst des 3. Reiches, da sich Reinhard Gehlen gleich nach Kriegsende im Mai oder Juni 1945 im Kriegsgefangenenlager in Wiesbaden die Genehmigung des Hitlernachfolgers Karl Dönitz zur Gründung eines Geheimdienstes holte.
Die Organisation Gehlen, die später in BND umbenannt wurde, hat sich in erheblichem Ausmaß durch den Verkauf von Waren auf dem Schwarzen Markt finanziert. Diese Waren, vor allem wohl Zigaretten und Konserven, wurden aus den Beständen der amerikanischen Armee gestohlen. Aber auch Care-Pakete, die von den Amerikanern für den hungernden ehemaligen Gegner gepackt wurden, sind von den Gründern des BNDs gestohlen und weiterverkauft worden. Während die deutsche Bevölkerung hungerte, fehlte es den für den Krieg Verantwortlichen weiterhin an nichts. Sie haben sich einfach genommen, was sie wollten. Zu diesen Ursprüngen des BNDs findet sich in: „Der Spiegel“, Nr. 13, 2006 folgender Beitrag:

## *„Schweinehunde“ willkommen*

*Jüngst freigegebene US-Akten belegen, dass im Bundesnachrichtendienst weit mehr NS-Schergen beschäftigt waren als bisher bekannt. Das führte anfangs zu Verwerfungen zwischen konkurrierenden amerikanischen Geheimdiensten.*

*Agent V-616 hatte eine bewegte Vergangenheit. Er war Sturmbannführer der SS, leitete in den besetzten Niederlanden die Gestapo und befehligte kurzzeitig das Lager Westerbork nahe Groningen – von wo aus Juden in die Gaskammern deportiert wurden.*
*Der Mann hieß Erich Deppner. Oder auch Egon Dietrich. Oder Ernst Borchert. Heinrich Himmler, der SS-Chef, hatte ihn während des Krieges für höhere Aufgaben empfohlen. Ein solches Avis war für manche NS-Kämpfer zeitlos, auch für Deppner: Er heuerte im neuen Deutschland beim Bundesnachrichtendienst ( BND ) an, der in der Frühphase „Organisation Gehlen“ hieß und dem US-amerikanischen Geheimdienst CIA unterstand.*
*Deppner alias Dietrich / Borchert alias V-616 – jetzt erst wird sein deutsches Doppelleben enttarnt. Zeitlich passend zum 50. Gründungstag des Bundesnachrichtendienstes am Samstag dieser Woche hat die CIA schubweise Tausende Seiten Akten freigegeben, die in bislang ungekannter Detailfülle den Geburtsfehler des nach dem Zweiten Weltkrieg auferstandenen deutschen Nachrichtendienstes dokumentieren: Er war durchsetzt mit ehemaligen Nazi-Kadern. (...)*
*Da gab es (...) SS-Standartenführer wie Willi Krichbaum oder Franz Six, der eine der gefürchteten Einsatzgruppen geleitet hatte.*
*Bekannt war auch, dass SS-Obersturmführer Hans Sommer, der 1941 im besetzten Paris sieben Synagogen sprengen ließ, Unterschlupf beim BND fand, ebenso wie Eichmann-Adjutant Alois Brunner, der immer noch weltweit wegen hunderttausendfachen Judenmords gesucht wird – Brunner soll als illegaler BND-Resident in Damaskus operiert haben.*
*„Wir wussten, was wir taten“, sagte der CIA-Russland-Experte Harry Rositzke. „Es war unbedingt notwendig, dass wir jeden Schweinehund verwendeten. Hauptsache er war Antikommunist.“*
*In welchem Ausmaß dies geschah, wird erst allmählich offenkundig. Neue, bislang unbekannte Namen tauchen in den CIA-Akten auf, quer durch alle Repressionsapparate der Nazis, ob*

*Reichssicherheitshauptamt und Militärpolizei, Feldgendarmerie oder Gestapo. Karl Guse beispielsweise, der verdächtigt wurde, Kriegsverbrechen in Russland begangen zu haben. Veteranen aus Einsatzgruppen wie Walter Kurreck oder Konrad Fiebig; Letzterem wurde später die Ermordung von 11 000 Juden in Weißrussland angelastet. Alexander Dolezalek hatte in Posen sowie in Lodz Kleidung und Wertgegenstände aus den polnischen Vernichtungslagern versilbert. Historiker wie der amerikanische Spezialist Kevin C. Ruffner gehen davon aus, dass etwa zehn Prozent aller Gehlen-Mitarbeiter der Frühphase in Machenschaften der SS verwickelt waren, bis hin zum Jahrtausendverbrechen Holocaust. Bei einer vermuteten Stärke der Organisation Gehlen von 4000 Mann im Sommer 1949 wären das etwa 400 Mann gewesen.*
*Der Berufsoffizier Gehlen war einst in Hitlers Wehrmacht zum Leiter der Abteilung Fremde Heere Ost im Oberkommando des Heeres aufgestiegen; ihr oblag es, die sowjetische Kampfkraft in „Feindlageberichten“ zu analysieren.*
*Als die russischen Panzer und das Ende Großdeutschlands nahten, hatte sich Gehlen Anfang April 1945 mitsamt Stab und seinem einzigartigen Schatz an Informationen über die Rote Armee in die bayerischen Alpen abgesetzt. Dort begab er sich in amerikanische Gefangenschaft.*
*Der US-Armee schienen Gehlens Wissen und Kontakte so wertvoll zu sein, dass sie ihn bereits 1946 autorisierten, seine alte Dienststelle unter dem Decknamen „Operation Rusty“ wiederzubeleben, einschließlich angeblicher Agentennetze im Osten. Bezahlt wurde das Unternehmen zum Teil auf ungewöhnliche Art – nämlich mit Naturalien aus den schier unerschöpflichen Beständen der US-Armee. „Nie gab es finanzielle Probleme“, heißt es in einem Report. „Waren aller Art, angefangen von Nylonstrümpfen, Seife und Care-Paketen bis hin zu unzähligen Millionen Zigaretten und Konserven“ habe die Organisation Gehlen auf dem Schwarzmarkt verkauft – und damit viel Geld verdient.*
*Die Existenz des neuen Nachrichtendienstes sprach sich schnell bei jenen herum, die wegen ihrer Nazi-Vergangenheit „gezwungen waren, in der Illegalität zu leben“ ( US-Geheimdienstbericht ). Ihnen bot die Organisation etwas Unbezahlbares: Falsche Ausweispapiere und eine neue Identität. Einmal eingestellt, bestand kaum mehr Entdeckungsgefahr, denn registriert wurden die Mitarbeiter nur unter einer Nummer. (...)*
*Bald betrachteten die amerikanischen Militärs Gehlens Dienst als „die zuverlässigste Quelle an Informationen über die russische militärische Stärke“. Als aber der Schwarzmarkt nach der Währungsreform 1948 zusammenbrach, war für Gehlen die Zeit gekommen, sich nach einem neuen Geldgeber umzusehen.*
*Die kurz zuvor geschaffene CIA war bereit einzuspringen, vor allem weil Gehlen plötzlich auftrumpfen konnte: Seine Angaben über die Anzahl und Standorte der sowjetischen Abfangjäger in der Ostzone während der Berlin Krise erwiesen sich als unersetzlich, US-Luftwaffengeneral Curtis LeMay nannte sie „ein grundlegendes Element für den Erfolg der Luftbrücke“.*
*Critchfield, der neue CIA-Kontrolleur in Pullach, verlangte schärfer als seine Army-Vorgänger Aufklärung über alle Operationen Gehlens und sämtliche Beschäftigte. Gehlen gewährte ihm nach heftigem Sträuben Einblick in die Personalakten seiner 150 hochrangigsten Mitarbeiter, vornehmlich frühere Wehrmachts- und Abwehroffiziere. Genauer hinschauen wollten die CIA-Leute dann aber nicht.*
*Misstrauen kam dagegen vom früheren Arbeitgeber, der US-Armee. Deren Abwehrtruppe CIC beobachtete den deutschen Dienst zunehmend voller Argwohn. So hielt das damit beauftragte Team um Thomas Wesley Dale es für „einen der größten nachrichtendienstlichen Fehler der USA“, den Gehlen-Dienst je übernommen zu haben. Gehlens Methoden seien veraltet, „sein System der Nachrichtenübermittlung ist primitiv, und seine Sicherheitsvorkehrungen sind gleich null. Die Gefahr, dass sein Dienst penetriert würde, bestand vom ersten Tag.“*
*Wie richtig das Dale-Team lag, zeigte sich bald. Als ein in die Organisation Gehlen eingeschleuster DDR-Spion im Oktober 1953 aus Furcht vor Enttarnung nach Ostberlin floh, wurden innerhalb weniger Stunden etliche westdeutsche Agenten in der DDR verhaftet. Später bat das Ministerium für Staatssicherheit zu Pressekonferenzen, in denen mehr Informationen über Gehlens Dienst präsentiert wurden, als die Verhafteten hätten verraten können. Seither war klar, dass es weitere Spione in der Organisation geben musste.*
*Gehlens politischer Ehrgeiz und sein mangelndes Risikobewusstsein drohten darüber hinaus, das gesamte westdeutsche Staatswesen verwundbar zu machen. Denn wie ein Krake streckte seine Organisation ihre Arme in den Sicherheitsapparat und die Machtzentren der Bundesrepublik aus.*
*Der Oberagent sei „machthungrig, karrieresüchtig und ähnlich wie Ignatius von Loyola dazu fähig, Personen, die er heute als politische und persönliche Freunde bezeichnet, morgen zu ermorden“. Diese Charakterisierung stammt zwar aus der Feder eines Ostspions, wurde vom CIC aber interessiert zur Kenntnis genommen. Denn auch das CIC zeichnete das Bild eines besessenen nationalistischen Geheimdienstchefs, der sich entgegen allen Abmachungen nicht an die in Demokratien übliche Trennung von Staatsschutz im Innern und Spionageoperationen nach außen*

*halten wollte. Stattdessen erstrebte er einen Supergeheimdienst, der alle Dienste in einer Hand, nämlich seiner Hand, vereinen sollte.*

Soweit der Spiegel Artikel. Alexander Dolezalek habe ich übrigens noch persönlich in den 80er Jahren kennengelernt. Während Reinhard Gehlen sich in den Alpen versteckte, wurden eine große Zahl von Soldaten aufgehängt, weil sie nicht mehr weiterkämpfen wollten. Übrigens sind Deserteure auch noch nach Kriegsende vor Gericht gestellt und verurteilt worden! Für diejenigen die das nicht glauben wollen ist hier ein Leserbrief von Axel Springer wiedergegeben, der 1947 in der Zeitung „Die Welt" erschienen ist. Dieser Leserbrief ist in der Beilage zum 60jährigen Bestehen der Zeitung „Die Welt", Seite WR 4, Samstag 1.4.2006, wiedergegeben.

## *Der Fall Garbe*

*3. April 1947: Lob dem Deserteur / Von Axel Springer*
*Herz und Verstand drohen einem stillzustehen: Das Urteil gegen den in Lübeck zu fünf Monaten Gefängnis verurteilten „fahnenflüchtigen" Karl-Ernst Garbe wurde von der nächsthöheren gerichtlichen Instanz in Kiel bestätigt!*
*Den Herren Richtern sei gesagt, dass es in Deutschland Gott sei Dank eine ganze Reihe von Menschen gab, die den letzten Krieg nicht als eine Auseinandersetzung zwischen Nationen ansahen, sondern als einen Kampf auf Leben und Tod zwischen Nazis und Nichtnazis. In diesem internationalen Bürgerkrieg hatte sich Garbe offensichtlich für die Partei der Nichtnazis entschieden. Als Folge dieser Entscheidung wurde er „fahnenflüchtig", nachdem die Nazis aus praktischen Erwägungen nicht nur ihre Anhänger, sondern auch deren erbittertste Feinde unter die Fahnen gerufen hatten. Das Lübecker Urteil drängt zur Kernfrage vor. War der gegen die Antinazis im In- und Ausland angezettelte Krieg rechtens oder nicht? Er war es nicht. Er war verbrecherisch, und Garbe hatte recht sich seiner Haut zu wehren.*
*Ich kenne Garbe nicht, aber die Sache ist klar und das Urteil ungeheuerlich. Man scheint in Lübeck und Kiel nie davon gehört zu haben, dass es Deutsche gab, die ihr Land mit mehr Verstand und Vorstellungskraft liebten, als dass sie ohne Zögern im Dienste der NS-Allgemeinheit ihre sogenannte Pflicht taten. Überzeugte Deserteure waren keine vaterlandslose Gesellen.*
*Axel Springer, Verleger*
*Der spätere Eigentümer der Welt schreibt diesen Leserbrief 1947 an die Redaktion; er wird veröffentlicht.*

Daß sich der Gründer des „Springer Konzerns" damit in gewissen Kreisen ein wenig unbeliebt gemacht hat, kann wohl kaum ausgeschlossen werden.
Auch die „Junge Welt" berichtete am 11./12.3.2006 über die Entstehung des BNDs als Organisation Gehlen. Hier werden ebenfalls eine Reihe von Namen ehemaliger Funktionäre und Täter des 3. Reiches aufgezählt, die zum Kern des BNDs gehörten. In diesem Beitrag wird auch darauf verwiesen, dass die Folterer des Regimes von Saddam Hussein vom BND ausgebildet wurden, was man übrigens Mitte der 80er Jahre bereits in der Zeitung lesen konnte. Auch die Vorgehensweise der irakischen Geheimdienstmitarbeiter bei der Folter zeigt klar den Einfluß des BNDs. So gehörten auch systematische Vergewaltigungen von Familienangehörigen zum Standard bei der Verfolgung durch den irakischen Geheimdienst. Es wäre sicherlich keine große Überraschung, wenn sich herausstellen sollte, dass die vom BND ausgebildeten irakischen Geheimdienstler, die ja heute offensichtlich den Widerstand gegen die amerikanischen Soldaten organisieren, immer noch Kontakt mit ihren ehemaligen deutschen Ausbildern haben.
Auch der folgende Artikel aus der Jungen Welt vom 11./12. März 2006 zeigt deutlich, dass der BND gegründet wurde um Nazis zu schützen, die von den Nazis Verfolgten zum Schweigen zu bringen, die Alliierten gegeneinander zu hetzen und vor allen seinen Mitgliedern ohne Arbeiten zu müssen ein sorgloses Leben zu ermöglichen

## *Alarm in Gehlens Klo*

*Wie der BND aus Wehrmacht und SS erstand, und was die ARD für uns daraus macht.*
*Von Otto Köhler*
*(...) Als sich die deutsche Niederlage abzeichnete, wollte er ( Anmerkung: Gehlen ) weiterarbeiten. Er beschloß, >>so aussichtslos und widersinnig dies im Frühjahr 1945 auch erschien, dass der Versuch gemacht werden müsse – wenn möglich ohne wesentliche Unterbrechung - , den Kern für einen neuen deutschen Nachrichtendienst zu schaffen.<<*
*Und da er Wert legte auf >>einen gewissen legalen Hintergrund für unsere Zukunftspläne<<, holte er gleich nach Kriegsende, im Mai 1945, die Genehmigung des Hitlernachfolgers Karl Dönitz ein. Dönitz und sein Vorgänger Hitler allerdings wussten mutmaßlich nichts davon, dass Gehlen schon seit März*

1945 das gesamte Geheimdienstmaterial über die Sowjetunion auf Mikrofilm kopieren, und auf einsamen Almwiesen in den Alpen vergraben ließ.
Zwei Tage vor Hitlers Tod, am 28.April 1945, erstieg General Gehlen selbst die Berge. (...)
Während Deutschland, während Europa – nicht ohne seine Mitwirkung – in Trümmern lag, frohlockte der deutsche General auf der Elendsalm, die nur so hieß: >>Hier fand ich die Kameraden und Mitarbeiter ... versammelt, die mich freudig begrüßten. Sechs Offiziere und drei Stabshelferinnen.<<
Sie erlebten alle zusammen eine >>Idylle<< - wie der General später schriftlich bestätigte: >>Diese Tage des Lebens in der freien Natur waren wirklich bezaubernd. Wir hatten uns daran gewöhnt, uns sehr ruhig zu verhalten; so schärften sich die Sinne für die Geräusche in der Natur<<. Gehlen weiter: Wenn nicht die Ungewissheit der Zukunft auf uns gelastet hätte, so wäre dieser Gebirgsaufenthalt ein schöner, vielfach anregender Urlaub gewesen, nicht zuletzt durch die Gespräche, die wir – in der Sonne sitzend – miteinander führten.<< (...)
Doch dann stieg man hinab ins Tal. Der dreiwöchige Almurlaub zwischen dem Heißen alten und dem neuen Kalten Krieg, den der deutsche General kunstgerecht anzuheizen gedachte, war zu Ende. (...)
Der General wurde mit seinen Almgenossen in die USA geflogen. Und die Amerikaner rekrutierten den Spionagechef ihres Feindes zu Aufträgen gegen den eigenen Verbündeten, die UdSSR. Zu verlockend schien, was er zu bieten hatte: ein ganzes Netz von Spionen hinter den sowjetischen Grenzen und Zehntausende von Vernehmungsprotokollen sowjetischer Kriegsgefangener. Daß an Gehlens Papieren Blut klebte, dass die Kriegsgefangenen, die er hatte verhören lassen, gefoltert, ermordet oder dem Hungertod in den Lagern ausgeliefert worden waren, störte nicht.
In den USA einigte man sich in monatelangen Verhandlungen, und am 1. Juli 1946 kam Reinhard Gehlen zurück nach Deutschland. Die Organisation Gehlen – wie sie genannt wurde – nahm ihren Dienst auf, untergebracht in Pullach bei München in einem ehemaligen Ausbildungszentrum der SS. (...)
Gehlen musste sein Geld verdienen, indem er eine Bedrohung schuf, vor der wir Angst hatten, so dass wir ihm weiteres Geld gaben, damit er uns mehr darüber erzählte<<. Das erklärte der ehemalige CIA-Chefauswerter Victor Marchetti 1984, und er fuhr fort: >>Meiner Ansicht nach lieferte die Organisation Gehlen nichts, das zum Verständnis oder zur richtigen Einschätzung des politischen und militärischen Potentials in Osteuropa oder sonst wo beitrug. Statt dessen wurde jetzt behauptet, dass die Sowjets in der Lage wären, in Europa, im Nahen und im Fernen Osten gleichzeitig große Offensiven zu starten.<<
Mit Gehlen zogen die USA in den Kalten Krieg. Arthur Macy Cox, Auswerter bei der CIA und im US-Außenministerium: >>Die Organisation Gehlen war die einzige Gruppierung, die über Netze in Osteuropa verfügte, und deshalb haben wir sie angeheuert. Doch dass wir Gehlen angeworben haben, war der größte Fehler, den die USA je begangen haben. Unsere Verbündeten warfen uns vor: Ihr stellt Nazis auf der obersten Ebene eures Geheimdienstes ein, und sie hatten damit recht. Dadurch wurden die Vereinigten Staaten unglaubwürdig.<<
Das störte nicht. >>Er steht auf unserer Seite, und nur darauf kommt es an.<< So stellte sich CIA-Chef Allen Dulles hinter Gehlen. Und Park Armstrong, der Geheimdienstchef im Außenministerium, erkannte: >>Die Beiträge unseres deutschen Verbündeten zu unserem Wissen über das sowjetische Militär waren zeitweise der Maßstab für unsere Anstrengungen.<<
Der Selbsterhaltungseinfall hatte funktioniert. Und Gehlen musste sogar den Betrieb ausweiten, seine alten Kameraden von Fremde Heere Ost, die ja alle hocherfahren im Umgang mit dem Kommunismus waren, reichten nicht mehr aus. Er brauchte noch mehr Fachleute.
Und diese neuen Mitarbeiter kamen aus dem Reichssicherheitshauptamt. Emil Augsburg, zuvor SS-Standartenführer und SS-Oberführer Franz Alfred Six, beide Leiter von mobilen Mordkommandos im Osten, widmeten sich jetzt bei Gehlen den Ostemigranten. Und sie brachten ihre alten Leute mit. Andere frühere SS-Größen waren auch dabei: Obersturmführer Hans Sommer, der sieben Pariser Synagogen hatte in Brand stecken lassen, Standartenführer Willi Kriechbaum, oberster Gestapochef in Südosteuropa, Sturmbannführer Fritz Schmidt, Gestapochef von Kiel, sie alle fanden sich – natürlich im Gesamtinteresse des Westens – auf verantwortlichen Posten in der Organisation Gehlen wieder.
Und von da agierte er dann auch in aller Welt. In Südafrika unterstützte er das Regime der Apartheid, in Mocambique die Terroristen von Renamo. Und Saddam Hussein hatte seine Folterknechte beim BND ausbilden lassen, lange bevor der BND die Koordinaten des Bagdader Geheimdienstquartiers der US-Army übermittelte zwecks gefälliger Bombardierung. Für die Ausbildung sorgte ausgerechnet der spätere Bundesaußenminister Klaus Kinkel als zeitweiliger Präsident des BND. (...)
Der Anteil von erfahrenen Massenmördern an der Organisation Gehlen wäre übrigens im Verborgenen geblieben, wenn nicht Historiker in den USA Zugang zu den einschlägigen Akten gefunden hätten aufgrund des >>Freedom of Information Act<< - für uns ein Fremdwort. Während die Stasi Akten im Osten frei zugänglich sind, haben wir im Westen nicht einmal die Möglichkeit, BND-Akten einzusehen, die die sonst übliche Sperrfrist von dreißig Jahren überschreiten. (...)

*Vor einiger Zeit standen Esther Schapira und Georg M. Hafner von der ARD in Frankfurt vor sorgfältig abgedichteten Archiven in Pullach  Sie waren Alois Brunner auf der Spur, dem ehemaligen SS-Sturmbannführer und Stellvertreter von Adolf Eichmann.*
*Gehlen hatte den bewährten Massenmörder, der auch unzählige Kinder in den Tod schickte, unter dem Decknamen Georg Fischer als Residenten in Damaskus in seinen Dienst genommen. Wie so viele Tötungsspezialisten aus der SS, deren klarer Antisemitismus der Organisation Gehlen im Nahen Osten Tür und Tor öffnete. Brunner hat in Syrien auch Folterspezialisten ausgebildet zum Nutzen Deutschlands und des BND. Jetzt konnte unser demokratisch kontrollierter Bundesnachrichtendienst die Früchte aus Brunners Saat ernten. Der syrische Geheimdienst stellte Folteropfer bereit, damit sie von eigens eingeflogenen BND Beamten verhört werden konnten. Aber Brunners Akten beim BND sind nicht aus Rosenholz, sie blieben der ARD fest verschlossen. Denn die SS war die Vorschule der Organisation Gehlen. Und die wurde die Vorschule des BND. (...)*
*Am 5. März 1948 telegrafierte der Militärgouverneur Lucius D. Clay nach Washington: >>In den letzten Wochen habe ich eine unmerkliche Veränderung der sowjetischen Haltung gespürt, die mir jetzt das Gefühl gibt, dass der Krieg mit dramatischer Plötzlichkeit ausbrechen könnte.<< Das Gefühl stammte von Hitlers General. Gehlen behauptete, dass 175 voll ausgerüstete Divisionen der Roten Armee in der Sowjetzone ungeduldig darauf warteten, bis zu Atlantik vorzustoßen*
*Geheimdienstforscher Christopher Simpson, dessen grundlegende Studie aus US-Aktenmaterial >>Der amerikanische Bumerang – NS-Kriegsverbrecher im Sold der USA<< 1988 gleich nach ihrem Erscheinen in den USA nicht in der westdeutschen Bundesrepublik, wohl aber im österreichischen Ueberreuter Verlag erschien, vermerkt in seinem umfangreichen Gehlen-Kapitel: >>Die früheren Einschätzungen der US Army bezüglich der Transport- und Nachschubprobleme der Roten Armee verschwanden aus den geheimen Beurteilungen des sowjetischen Potentials. Statt dessen wurde jetzt behauptet, dass die Sowjets in der Lage wären, in Europa, im Nahen und im fernen Osten gleichzeitig große Offensiven zu starten.<<*
*Gehlens Zahlen waren falsch, aber sie waren nützlich. Nützlich für die Kräfte in den USA, die auf kalten Krieg und eine Veränderung der Fronten setzten. Und nützlich für Gehlen selbst: er machte sich und seine Organisation unentbehrlich. Die Berichte des eigenen Geheimdienstes der US-Army waren plötzlich bedeutungslos. Keiner fragte mehr, warum die Sowjets ein Drittel des ostdeutschen Schienennetzes, darunter strategisch wichtige Strecken, demontiert hatten, wenn sie doch einen Blitzkrieg gegen den Westen planten. (...)*
*Jetzt machte der von Gehlen gegründete Bundesnachrichtendienst aus Deutschland, dessen Regierung sich im Wahlkampf 2002 eindeutig zum Frieden bekannte, einen heimlichen Kombattanten der USA im Krieg gegen den Irak. Damals trieb Gehlen mit seiner frisch von den Nazis übergewechselten Organisation durch seine Erfindung von 175 Sowjet-Divisionen, die zum Angriff bereitstünden, die USA tief in den Kalten Krieg. Das muß heute wissen, wer ergründen will, woher der Bundesnachrichtendienst kommt und wohin er uns mit seiner anscheinen geduldeten, wenn nicht geförderten Sabotage der offiziellen Friedenspolitik treiben kann.*

So weit der Artikel der „Jungen Welt“.
Der BND hat auch die schlimmsten Verbrecher des 3. Reiches beschäftigt, mit dem Notwendigen versorgt, sie vor Strafverfolgung geschützt und notfalls ihre Flucht organisiert. Vermutlich leben auch heute noch Nazitäter unter dem Schutz des BNDs. In diesem Zusammenhang ist es eine ungeheure Unverschämtheit, wenn deutsche Geheimdienste und vormachen wollen, dass sie gegen Neonazis vorgehen. Ein kurzer Blick ins Internet gibt zum Beispiel Aufschluß über den langjährigen BND Residenten in Damaskus ( Syrien ), Alois Brunner. So z.B. unter
http//de.wikipedia.org/wiki/Alois_Brunner

*Zuerst als Mitarbeiter Eichmanns in der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“, dann ( ab 1941 ) als deren Leiter, organisierte Brunner die Deportation der Wiener Juden in Ghettos und Vernichtungslager im Osten. Am 9. Oktober 1942 meldete er Vollzug: Wien war „judenfrei“ ( 180 000 Wiener wurden in den sicheren Tod geschickt ).*
*Von Oktober 1942 bis Januar 1943 unterstützte er Eichmann in Berlin und sorgte für die Deportation von 56 000 Berliner Juden.*
*Im Februar 1943 wechselte er den Tatort. Von Eichmann in das besetzte Griechenland geschickt, organisierte er den Transport von 50 000 Juden aus Saloniki in die Todeslager.*
*Neben seiner Menschenjagd fand er immer wieder Zeit, sich an dem Hab und Gut der Verfolgten zu bereichern. Der systematische Raub von Wohnungen, Möbeln und Kunstwerken begleitete sein Wirken von Anfang bis zum Ende. Schon 1938 zog er mit seiner Verlobten in eine beschlagnahmte Villa im Wiener Nobelbezirk Döbling*
*Sein nächster Einsatz erfolgte in Paris: Im Juli 1943 wurde in Drancy ( Vorort von Paris ) ein Durchgangs- und Sammellager für die Vernichtung errichtet. 22 Transporte jüdischer Menschen*

*gingen unter Brunners Kommando nach Auschwitz. In einem dreitägigen Verhör nach seiner Ankunft erfuhr er die Namen von weiteren Verwandten der Inhaftierten. Er sorgte für die „Verhaftung der ganzen Familien“. Er war der Hauptverantwortliche der SS und organisierte den „Nachschub“ für die Vernichtungslager. Brunner leitete die Jagdkommandos, die versteckt lebende Jüdinnen und Juden aufspürten.*
*Im Herbst 1943 verrichtete er seine Jagd auf Jüdinnen und Juden in Südfrankreich, in Kooperation mit Judengegnern. Pro Juden waren 1000 Franc Belohnung ausgesetzt. Aktiv war hier auch „Judensachbearbeiter“ und SS-Obersturmführer Heinz Röthke. Die Verhaftungen fanden meistens nachts statt, Folter und Gewalt dienten der Erpressung weiterer Namen.*
*Obwohl die Wehrmacht bereits auf dem Rückzug aus Paris war, ließ Brunner in der Zeit vom 20. bis 24. Juli 1944 noch 1327 jüdische Kinder in Paris verhaften und deportieren. Als Brunner Paris im August 1944 verließ, hat er 23500 Jüdinnen und Juden jeden Alters aus Frankreich deportiert.*
*Vom September 1944 bis Februar 1945 sorgte er für die Zerschlagung der jüdischen Untergrundbewegung in der Slowakei und deportierte 12000 Menschen zur Vernichtung nach Auschwitz. (...)*
*Der prominentste Fluchthelfer Brunners wurde Reinhardt Gehlen, der ehemalige General und Chef der „Abteilung Fremde Heere Ost“ ( Ostspionage ), der im Auftrag des US-amerikanischen Geheimdienstes den westdeutschen Geheimdienst aufbaute ( „Organisation Gehlen“ ). Gehlen wurde später Chef des BND und blieb dies bis 1968. (...)*
*Alois Brunner hatte zwei weitere Fluchthelfer: Dr. Rudolf Vogel, ehemaliges Mitglied der Propagandastaffel in Saloniki und späterer Bundestagsabgeordneter der CDU sowie Dr. Georg Fischer, früherer SS-Kamerad aus Pariser Zeiten. Von ihm bekam Brunner im Frühling 1954 dessen Paß und gelangte als Dr. Georg Fischer nach Syrien. Brunner wurde dort im Auftrag von Reinhard Gehlen Geheimdienstexperte für diese Region des nahen Ostens.*
*(...) 1960 kam es zu einem Verhör Brunners durch die syrische Geheimpolizei. Durch diesen Kontakt wurde er eine Art „Berater für Judenfragen“ bei einem der syrischen Geheimdienste.*
*1961 wurde auf Alois Brunner ein Anschlag verübt: Er verlor ein Auge. Im Juli 1980 erhielt Alois Brunner / Georg Fischer in Damaskus Post vom „Verein Freunde der Heilkräuter“ aus Österreich: Die Briefbombe zerfetzte ihm vier Finger der linken Hand. Den Anschlägen folgten keine Bekennerschreiben, sie werden jedoch dem Mossad zugeschrieben, der vergeblich versuchte, seiner habhaft zu werden.*
*In den siebziger Jahren wird Syrien von der österreichischen Außenpolitik hofiert, kleinlaut vorgetragene Erkundigungen nach Brunner werden von den Behörden abgetan, der Gesuchte sei nicht in Syrien. In Wirklichkeit lebt „Dr. Georg Fischer“ unangefochten in Damaskus. Er lebt so geheim, dass es ohne weiteres möglich ist, ihn telefonisch – auch aus dem Ausland – zu erreichen.*
*Am 10. Oktober 1985 gab Fischer alias Brunner der Zeitschrift Bunte ein Interview in dem er betonte: „Israel wird mich nie bekommen.“ Das Interview strotzt derart vor antisemitischen Ausfällen, dass die Bunte nur eine zensierte Fassung veröffentlicht.*
*Der Journalist, der Brunner interviewte, berichtete einige Jahre später: „Er ist immer noch stolz darauf, dass er, wie er sich wörtlich ausdrückte, geholfen hat, dieses Dreckszeug wegzuschaffen. Damit meinte er die Juden, die er hat deportieren lassen.“ Er sei mit seinem Leben zufrieden und würde, bestünde die Möglichkeit, alles noch einmal so machen. Nur eines ärgerte ihn: Dass noch immer Juden in Europa lebten.*
*1992 forderte das Bundeskriminalamt von dem Journalisten, der Alois Brunner 1985 interviewte, die Fotos und kam nach langer Zeit zu dem Ergebnis, dass es sich „vermutlich um die Aufnahmen von Alois Brunner handelt“. Mehrere Auslieferungsanträge Deutschlands und andere Staaten sowie ein Interpol-Haftbefehl und Aktivitäten des Simon-Wiesenthal-Zentrums blieben erfolglos.*

Auch andere Täter des 3. Reiches arbeiteten nach dem Krieg für den BND. Besonders aufschlussreich ist der folgende Beitrag der Zeitung „Die Welt“ vom 8.4.2006. Walther Rauff sollte mit einer kleinen Gruppe von 24 Mann nach dem erwarteten Einmarsch deutscher Truppen in Ägypten und Palästina die dortigen Juden ermorden. Offensichtlich sollten dazu palästinensische Hilfskräfte rekrutiert werden. Zum Beispiel sollten nach Aussage des Großmuftis von Jerusalem, Amin el-Husseini, „bandenartige arabische Kräfte“ gebildet werden um „im Inneren des Landes Aufstände zu entfalten“. Dieser Großmufti war übrigens ein Onkel Yassir Arafats. Walther Rauff ging dann 1948 als Nachrichtenoffizier nach Syrien. Dort soll er Juden gefoltert haben.

## *SS-Mordkommando stand für Palästina bereit*

*Deutsche Historiker: Der Kriegsverbrecher Walther Rauff sollte den Holocaust im Nahen Osten organisieren.*
*Von Sven Felix Kellerhoff*

*Ludwigsburg – Im Sommer 1942 hat die SS die Ausweitung des Judenmordes auf Ägypten und vor allem auf Palästina vorbereitet. Ein eigens dafür gebildetes Kommando von Mordspezialisten reiste am 20.Juli 1942 in die nordafrikanische Stadt Tobruk, um offiziell beim Stab der deutschen Panzerarmee Afrika seinen Dienst anzutreten. Wenige Tage später verlegte die Einheit aus sieben SS-Offizieren und 17 Unteroffizieren unter Leitung des SS-Obersturmbannführers Walther Rauff ihren Sitz nach Athen, um hier die erwartete Eroberung Ägyptens durch den Panzergeneral Erwin Rommel abzuwarten. (...)*
*Vor allem wegen der gemeinsamen Feindschaft gegen Juden und Briten gehörte auch der Großmufti von Jerusalem, Amin el-Husseini, zu den Verbündeten des Dritten Reiches; 1941 bis 1945 lebte er sogar im Berliner Exil.*
*Wesentlich auf die Untertsützung el-Husseinis Anhänger sollte sich auch das Einsatzkommando Rauff stützen. Denn natürlich hätten 24 SS-Männer allein die rund halbe Millionen Juden, die seinerzeit unter britischen Mandat in Palästina lebten, nicht verfolgen können. Geplant war vielmehr, „bandenartige arabische Kräfte“ aufzustellen, unter anderem, um „im Inneren des Landes Aufstände zu entfalten“, sagte der Großmufti im August 1942 zu seinem Berliner SS-Betreuer. Ähnlich wenn auch weniger geplant liefen zahlreiche Massenmordaktionen der „Einsatzgruppe“ hinter der Ostfront ab, wo einheimische Antisemiten den deutschen SS- und Polizeikräften einen Teil der Mordarbeit abnahmen.*
*Wie wichtig der Nazispitze das Einsatzkommando für Palästina war, zeigt sich an der Person seines Leiters: Walther Rauff, geboren 1906, gehörte zu den wichtigsten Organisatoren des Massenmordes. Während der ranggleiche Adolf Eichmann die „Erfassung“ der Juden betrieb und ihren Transport in Vernichtungslager organisierte, war Rauff 1941/42 verantwortlich für den Einsatz von mindestens 20 mobilen Gaskammern in den besetzten Gebieten der Sowjetunion und in Serbien.(...)*
*Direkt verantwortlich war Rauff für die Ermordung von mindestens 100 000 Menschen. (...)*
*Als nach der Niederlage Rommels gegen Montgomery klar war, dass die Eroberung Ägyptens und Palästinas nicht stattfinden würde, zog das Reichssicherheitshauptamt sein hochkarätiges Mordkommando im September 1942 aus Athen ab. Seine nächste Aufgabe war, die Judenverfolgung im besetzten Tunesien zu organisieren.*
*Über seinen weiteren Lebensweg informiert eine Akte der CIA, die im Mai 2002 von den National Archives in Washington D.C. freigegeben wurde. (...) Laut der Akte war Rauff später, gegen Ende des Krieges, in Norditalien verwickelt in die vorzeitige Kapitulation der deutschen Truppen. Er wurde interniert, flüchtete aber aus dem US-Lager für mutmaßliche Kriegsverbrecher und ging 1948 als Nachrichtenoffizier nach Syrien. Dort soll er Juden gefoltert haben. Nach einem Staatsstreich musste Rauff Damaskus verlassen und siedelte nach Südamerika über. Einmal, 1963, wurde er dort kurzfristig festgenommen, aber bald wieder freigelassen. Simon Wiesenthal versuchte 1972 erfolglos, den Massenmörder ausliefern zu lassen. Rauff lebte bis zu seinem Tod 1984 unbehelligt in Chile. Gebüßt hat er für seine Verbrechen nie.*

Offensichtlich war der Kampf gegen den Staat Israel von Anfang an ein wichtiges Ziel des BNDs. Denn nachdem was SS und Gestapo mit den Juden gemacht haben, dürfen die es aus der Sicht der Täter natürlich nie mehr zu etwas bringen. Auch Ägypten wurde von Deutschland aus unterstützt. Hier ist vor allem bekannt, dass in Ägypten deutsche Waffenfachleute und Militärberater gearbeitet haben. Und in dieses Bild passt auch der Hinweis, dass kurz nach dem Krieg, bis ungefähr 1947 einige wenige Juden in Deutschland Jagd auf Kriegsverbrecher gemacht haben. Nach 1947 war das dann wohl nicht mehr möglich. Ab 1947 war dann der deutsche Staat offensichtlich wieder halbwegs handlungsfähig, wie man ja auch aus dem oben wiedergegebene Leserbrief von Axel Springer erkennen kann. Und im Januar 1949, also ungefähr ein halbes Jahr vor der Gründung der Bundesrepublik, heißt es im Vorwort eines Buches über die deutsche Radartechnik im Krieg, dass man die versteckten Forschungsunterlagen wieder hervorholen könne, denn Deutschland sei nun wieder Souverän.

# Maßnahmen gegen andere Staaten

Staatlich geförderter Terrorismus hat in Deutschland eine lange Tradition. Deutschland hat während des 1.Weltkrieges unter anderem die irische Unabhängigkeitsbewegung gefördert, aus der dann die IRA entstanden ist. Das Ziel war England als Weltkriegsgegner unter Druck zu setzten. Diese Auseinandersetzungen halten bis heute an. Interessant ist dass die IRA immer einen sehr guten Nachschub an militärischen Waffen hatte. Unter anderem ist einmal ein Schiffstransport mit ungefähr 50 Tonnen Waffen aus Libyen an die IRA gestoppt worden. Und Libyen ist seit den Kämpfen des deutschen Afrikakorps gegen die Engländer deutsches Einflussgebiet.
Lenin ist mit Geld ausgestattet worden und nach Russland geschickt worden, was dazu führte dass Russland wegen der Revolution von 1917 aus dem ersten Weltkrieg ausscheiden musste. Und Lenin war sicher nur einer von vielen Revolutionären die nach Russland geschickt wurden. Diese Methode des Deutschen Staates den Gegner durch Volksverhetzung und Unterstützung von Freiheitskämpfern oder, je nach Ansicht, Terroristen zu bekämpfen lässt sich auch für den zweiten Weltkrieg zeigen. Trotz der nach außen rassistischen Ideologie wurden Nationalisten und Revolutionäre aus vielen Ländern in Deutschland indoktriniert und militärisch ausgebildet, darunter der Inder Bose und der Großmufti von Jerusalem, Amin el-Husseini, der übrigens ein Onkel von Jassir Arafat war. In der Wehrmacht gab es eine eigene Truppe für Soldaten aus anderen Ländern. Sie war Teil der Division Brandenburg die für spezielle verdeckte Einsätze eingesetzt wurde. Und noch Anfang 1945 wurden über dem Irak von dort stammende Personen als Einflussagenten mit Fallschirmen abgesetzt.
Der heutige Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Tom Königs, hat übrigens während des Vietnamkrieges 800 000 DM aus einer Erbschaft an die Nordvietnamesen weitergegeben. Interessant ist, dass die Amerikaner das so hingenommen haben. Es gibt keinen Hinweis darauf dass er in irgend einer Form dadurch Nachteile gehabt hätte, obwohl eine so große Summe sicher für den Tod von vielen amerikanischen Soldaten gesorgt hat. Er ist nicht einmal in seiner politischen Karriere behindert worden. Im Gegensatz zum deutschen Staat sind die Amerikaner gar nicht so mächtig wie immer behauptet wird. Hingegen werden noch heute Menschen vom deutschen Staat gefoltert, weil ihre Großeltern oder Urgroßeltern während des 3. Reiches sich dem System gegenüber ablehnend gezeigt haben, ohne direkt Widerstand geleistet zu haben.
Übrigens gibt es in den Medien viele Hinweise darauf, dass Gewalttaten gegen andere Staaten auch heute noch von deutschen Geheimdiensten gesteuert werden. Einige der Attentäter des 11. September lebten längere Zeit in Deutschland. Die CIA hat versucht vor dem Attentat in deren Umfeld eine Person anzuwerben, was ihr aber vom Verfassungsschutz untersagt wurde.
Und Ali Agca der auf Papst Johannes Paul II. geschossen hat, lebte längere Zeit illegal in Deutschland. Zu diesem Thema lesen wir in: „Wie der Terrorismus bekämpft wird“ von H.-Eberhardt Schultz, im Internet unter http://www.vegesack.de/kunden/schultz/down/1056191578/index_html auf den Seiten 52ff:

*„Auf dem Petersplatz in Rom schoß am 13.05.81 ein junger Mann mehrmals auf den Papst Johannes Paul II. und verletzte ihn. Der sofort festgenommene Täter, ein Türke, verheimlichte und verschleierte seine Identität. Er gab sich zunächst als Linker aus, aber seine anfänglichen Behauptungen erwiesen sich bald ebenso falsch wie der Paß, den er bei sich trug. In Wahrheit war Mehmet Ali Agca – so sein richtiger Name – ein Ultrarechter, Mitglied der faschistischen Terrororganisation „Graue Wölfe“. Er war international zur Fahndung ausgeschrieben, weil er am 01. Februar 1979 in Istanbul den Chefredakteur der Tageszeitung „Milliyet“ Abdi Ipekci, auf offener Straße erschossen hatte; dieser hatte zuvor Recherchen über Auslandsverbindungen der „Grauen Wölfe“ und in diesem Zusammenhang auch über US-amerikanische Finanzierung der türkischen Faschisten angestellt und war deswegen mit dem langjährigen Chefpräsidenten der CIA in der Türkei, Paul Henze aneinandergeraten.*
*Nach diesem ersten Attentat wurde Agca schnell als Täter identifiziert. Mit Hilfe seiner Terrorbande konnte er sich jedoch monatelang verborgen halten, bevor er im Juli 1979 in Istanbul festgenommen wurde. Ein erster Ausbruchsversuch scheiterte, später wurden zwei Pistolen, die in seine Zelle geschmuggelt worden waren, entdeckt, der zweite Ausbruchsversuch gelang dann mit Hilfe der „Grauen Wölfe“. Im Frühjahr 1980 wurde Agca in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Inzwischen hatte er in einem Brief an „Milliyet“ bereits ein Attentat auf den Papst angekündet, den er von türkisch-nationalistischem Ressentiment und islamisch-religiösem Eifer erfüllt, als „Anführer der modernen Kreuzritter“ bezeichnete.*
*Trotz Interpol-Fahndung konnte Agca nach seinem Ausbruch aus der Haft zwölf Länder besuchen. Am längsten hielt er sich in Westdeutschland auf. Aber selbst die Veröffentlichung der Zeitschrift „Türkei-Information“ im November 1980 daß der steckbrieflich gesuchte Terrorist hier Unterschlupf*

*gefunden habe, blieb folgenlos.*
*Agca dankte vielmehr dem Chef der türkischen Faschisten, Alpaslan Türkes brieflich für dessen „väterliche Fürsorge“, die er auch im Ausland spüre. Mit Unterstützung von „Grauen Wölfen“, die ihm auch wieder eine Waffe besorgten, bereitet er den Anschlag auf den Papst vor. Kurz nach seiner neuen Bluttat wurden seine Helfer in der Bundesrepublik und der Schweiz festgenommen und nach Italien ausgeliefert. (...)*
*Im November 1982 nahm die italienische Polizei in Anwesenheit vieler rechtzeitig herbeizitierter Reporter und Kamerateams den Bulgaren Sergej Antonoff, der bei der Fluggesellschaft „Balkan Air“ in Rom beschäftigt war, als angeblichen Mittäter Agcas beim Anschlag auf den Papst publikumswirksam fest. (...)*
*Sergej Antonoff, der in fast dreieinhalb Jahren seit seiner Verhaftung kaum Beistand im Westen gefunden hatte, auch nicht von der Gefangenenhilfsorganisation „Amnesty International“, musste noch fast ein Jahr lang auf der Anklagebank verbringen, obwohl die Staatsanwaltschaft außer ihrem „Kronzeugen“ Agca nichts aufzubieten hatte und obwohl dessen Aussagen längst entwertet waren. Ein Beispiel für Agcas Unglaubwürdigkeit: Er hatte die Behauptung, vor dem Anschlag Antonoff in dessen Wohnung besucht zu haben, mit Angaben über dessen Mobiliar zu untermauern versucht und dabei peinlicherweise Möbelstücke genannt, die Antonoff nachweisbar erst gekauft hatte, als der Attentäter schon in Haft war. (...)*
*Außer dem unbehelligten langen Aufenthalt des Papstattentäters in Westdeutschland ( siehe oben ), gibt es weitere Verbindungen, auch zu Geheimdiensten.*
*Im November 1982 stellte der italienische Richter Martella einen Haftbefehl gegen einen türkischen Staatsangehörigen namens Bekir Celenk mit der Beschuldigung aus, er habe den Papstattentäter Ali Agca unterstützt. Er ist als Reeder Eigentümer einer Flotte von Schiffen, einer Hotelkette und mehrerer Handelsunternehmen in München, von der türkischen Polizei wurde er als Mafiaboss beschrieben, gegen den ein internationaler Haftbefehl vorliegt. Trotzdem erhielt er ein Einreisevisum für Westdeutschland und erklärte in einem Interview: „Ich blieb dort nach Ablauf meines Visums weitere 20 Tage, da ich meine Geschäfte nicht abgeschlossen hatte. Am 14. Juni war ich in München wo ich meine Firma gründete. Das Visum, die Genehmigung dafür, erhielt ich von der dortigen Regierung. Wußten denn die bundesdeutsche Polizei und die bundesdeutschen Behörden nicht, dass ich gesucht werde?“*

Interessant ist dazu folgende Information, zu finden unter
http://www.heute.de/ZDFheute/Inhalt/19/0,3672,2058227,00.html

*„Eines der zahlreichen Gerüchte lautete, der Geheimdienst des einst kommunistischen Bulgariens sei in das Attentat verwickelt gewesen. Drei Bulgaren waren damals der Mittäterschaft angeklagt, wegen mangelnder Beweise aber freigesprochen worden.*
*Bei seinem Besuch in Bulgarien im Mai 2002 äußerte sich Johannes Paul II. erstmals öffentlich dazu. Er sagte zu Präsident Georgi Parvanov: „Ich habe nie an die so genannte bulgarische Verbindung geglaubt, weil ich das bulgarische Volk sehr schätze und respektiere“.*
*Unklar ist bis heute, welchen Kenntnisstand der Vatikan über das Komplott hat. Es wird vermutet, dass dort einige bisher unveröffentlichte Informationen der Ermittlungsbehörden bekannt sind, die man aber aus diplomatischen Gründen nicht preisgeben konnte und wollte.“*

Soweit diese Quelle. Es ist also offensichtlich, dass der bulgarische Geheimdienst an diesem Attentat nicht beteiligt war. Damit scheiden dann auch die anderen ehemaligen Ostblockstaaten aus. Nun kann sich jeder selber an einer Hand abzählen welcher Geheimdienst in Frage kommt. Nur um eines klarzustellen: Es waren mit Sicherheit weder die Amerikaner, noch die Türken oder die Italiener. Dafür gibt es ja auch keinerlei ernstzunehmende Hinweise. Am verdächtigsten sind die, die den wegen Mordes an einem Chefredakteur in der Türkei verurteilten Ali Agca vor dem Attentat über lange Zeit geschützt haben. Und zwar auch dann noch als sein Aufenthaltsort schon bekannt und sogar Veröffentlicht war und die Türkei auf seiner Auslieferung bestand, ohne dass die zuständigen Behörden tätig geworden sind.
Und dann war da noch der Tod von Uwe Barschel. Dieser war bekanntermaßen Ministerpräsident in Schleswig Holstein. Im Wahlkampf hatte es einen Skandal um Überwachungsmaßnahmen seines Medienreferenten Reiner Pfeiffer gegen seinen Herausforderer Björn Engholm gegeben. Uwe Barschel stritt ab, dass er von diesen Maßnahmen gewusst hat und drohte damit auszupacken, wenn man ihm in dieser Angelegenheit nicht helfen würde. Kurze Zeit später reiste er nach Genf um sich dort mit einer Person zu treffen, die ihm in dieser Angelegenheit bei seiner Entlastung angeblich helfen wollte. Uwe Barschel wurde dann von einem Stern Reporter tot aber mit einem Anzug bekleidet in der Badewanne eines Hotels in Genf aufgefunden. Es hat keine vernünftige Untersuchung dieses Todesfalles gegeben. Ein von der Familie Uwe Barschels beauftragter Detektiv ist vor Abschluss

seiner Arbeit an einem Herzinfarkt gestorben. Offensichtlich falsch ist die Behauptung, dass Uwe Barschel durch Agenten des Mossad ermordet worden sei. Die haben wahrlich nicht genug Personal und auch keine Zeit den Ministerpräsidenten eines deutschen Bundeslandes zu ermorden. Der Mossad wäre auch nicht in der Lage einen solchen offenen Mord an einem deutschen Ministerpräsidenten zu vertuschen und eine rechtsstaatliche Untersuchung effektiv zu verhindern. Andere Geheimdienste schon. Als Beispiel für den geringen Spielraum der Israelis sei die versuchte Abhöraktion des Mossad am 19. Februar 1989 bei einem in die Schweiz eingebürgerten Libanesen erwähnt von dem angenommen wurde dass er zur Hisbollah gehört. Die Mitarbeiter des Mossad wurden dabei von der Kantonspolizei im Keller des betreffenden Hauses erwischt. Eine Person trug einen Koffer aus dem Klemmen und Drähte herausragten. Diese Person gab an, dass es sich um diplomatisches Gepäck für die israelische Botschaft in Bern handelte und konnte auch ein entsprechendes Schreiben der Botschaft vorweisen. Trotzdem wurde der Koffer geöffnet. Diese Person, deren tatsächlicher Name nicht festgestellt werden konnte, wurde nach ungefähr 2 Monaten Untersuchungshaft gegen eine Kaution von 3 Millionen Franken die der israelische Staat gezahlt hatte auf freien Fuß gesetzt und reiste nach Israel aus. Sie kehrte dann für den Prozeß in die Schweiz zurück (!!!) und wurde am 7. Juli 2000 zu 12 Monaten auf Bewährung verurteilt. Vier weitere Beteiligte wurden aus der Schweiz ausgewiesen. Diese Affäre war auch den Schweizern peinlich. Es ist gut vorstellbar, dass ein anderer Geheimdienst ein kleines bisschen nachgeholfen hat. Einer der sich in der deutschsprachigen Schweiz ohne aufzufallen frei bewegen und so die Absicherung von Palästinensern übernehmen kann. Beispielsweise ein Geheimdienst der wegen seiner Vergangenheit ein ganz besonderes Interesse an der Behinderung Israels hat. Übrigens musste der Mossad Chef daraufhin seinen Posten räumen. Und die Anklageschrift wurde von der damaligen Schweizer Bundesanwältin Carla Del Ponte verfasst, die jetzt in Den Haag Chefanklägerin gegen Slobodan Milosewitsch ist.

# Der BND und der nahe Osten

In den arabischen Ländern sind Täter des 3. Reiches untergetaucht. Insbesondere die Staaten um Israel herum wurden von Deutschland aus unterstützt. Das Militär, die Rüstungsindustrie und natürlich auch die Geheimdienste dieser Länder wurden von deutschen Fachleuten aufgebaut, ausgebildet und unterstützt, offensichtlich um den israelischen Staat von der Landkarte verschwinden zu lassen. Denn nachdem was der deutsche Staat mit den Juden gemacht hat, dürfen die es nie mehr zu etwas bringen. Daß dabei die betroffenen arabischen Staaten selber schwerste Nachteil erleiden, ist dem BND natürlich gleichgültig, denn auch die Araber sind ja keine Arier... Und niemand sollte sich vormachen, daß der BND heute nach anderen Prinzipien handelt als in den 40er und 50er Jahren.
Nach der Wiedervereinigung ist die Ausrüstung der Nationalen Volksarmee der DDR fast vollständig an ausländische Staaten verkauft, teilweise auch verschenkt worden. So konnte man unter anderem im Fernsehen afrikanische Soldaten in DDR Uniformen sehen. Die Weitergabe dieser Waffen einer ganzen Armee hat fast vollständig unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden. Richtig bekannt geworden ist eigentlich nur eine Lieferung nach Israel. Anfang der 90er Jahre ging die Meldung durch die Medien, daß im Hamburger Hafen eine Lieferung von Waffen der NVA an Israel stände und diese wahrheitswidrig als landwirtschaftliches Gerät deklariert sei. Offensichtlich sollte so eine Situation geschaffen werden, die dem israelischen Staat schaden würde. Dafür spricht vor allem, dass dieser Fall veröffentlicht wurde. Die Waffen waren Eigentum der DDR und sind in das Eigentum der Bundesrepublik Deutschland übergegangen. Wenn in einem deutschen Hafen Waffen von einer deutschen Behörde oder deren Beauftragten als landwirtschaftliche Geräte deklariert werden, dann sind es für alle anderen deutschen Behörden selbstverständlich landwirtschaftliche Geräte. Es ist schon erstaunlich, dass trotz dieser „Rechtslage" aus den landwirtschaftlichen Geräten wieder Militärtechnik werden konnte. Übrigens handelte es sich bei diesen Waffen um Einzelstücke zur Erprobungszwecken. Die Lieferung bestand überwiegend oder sogar ausschließlich aus Militärtechnik die nicht direkt als Waffe eingesetzt wird sondern der Unterstützung dient. So war zum Beispiel ein Minenräumpanzer dabei.
Auffällig ist auch, dass es in den USA vor einigen Jahren mehrere Verhaftungswellen gegeben hat, die Personen betrafen die angeblich Informationen für Israel gesammelt hätten. Daß Personen aus anderen Ländern in den USA spionieren wird selten bekannt. Wenn nun jemand behaupten würde, dass der BND bei diesen Verhaftungswellen durch verdeckte Maßnahmen an entscheidender Stelle maßgeblich beteiligt war, könnte man diese Person wohl kaum als Lügner bezeichnen.
Und niemand kann abstreiten, dass der BND auch heute noch fremde Geheimdienste gegen Israel aufhetzt. Denn in der Tageszeitung Die Welt vom 12. August 2004 findet sich ein interessanter Beitrag über ein Gespräch mit dem Chef des mächtigsten Geheimdienstes der Palästinenser unter dem Titel „Raschid die Sphinx". Im folgenden sind die wichtigsten Passagen wiedergegeben:

*(...) Raschid Abu Schpak ist der Leiter der Preventive Security im Gazastreifen, dem mächtigsten Geheimdienst dort. Nichts von Bedeutung geschieht im Gazastreifen, ohne dass er es weiß. Oft genug schon, bevor es geschieht. (...)*
*„Ob ich ein Terrorist bin? Daß ist eine Frage des Standpunktes. Fragen sie doch meine lieben Kollegen in Pullach. Die haben uns beim Ausbau der Preventive Security sehr geholfen. Wir sind ihnen ewig dankbar dafür. Bildet Pullach etwa Terroristen aus?"*
*Raschid Abu Schpak reicht in formvollendeter Höflichkeit die Dokumente zurück. Rechnungen und Zahlungsanweisungen der Preventive Security und der palästinensischen Autonomiebehörde, die die israelische Armee in den letzten zwei Jahren bei Kommandounternehmen in seinem Hauptquartier in Gaza-Stadt beschlagnahmt hat. Sie legen nicht nur nahe, dass fest angestellte und wohlbestallte Mitarbeiter seines Geheimdienstes seit Jahren bei der Durchführung von Terroranschlägen gegen israelische Ziele in den besetzten Gebieten, aber auch innerhalb Israels selbst maßgeblich beteiligt sind. Sie zeigen, dass es ein Zusammenspiel des palästinensischen Geheimdienstes mit Terrorgruppen wie dem Volkswiederstands-Komitee gibt.*
*Mitarbeiter der Preventive Security tauchen in Personalunion ab und zu auch als Mitglieder des Volkswiederstands-Komitees auf. Das Komitee ist eine knapp drei Jahre alte Organisation aus Fatah-Mitgliedern, Hamas-Aktivisten und Kämpfern des palästinensischen Islamischen Dschihad und für viele Anschläge im Gazastreifen und in Israel verantwortlich.*
*Aus den Unterlagen geht auch hervor, dass Raschid Abu Schpak als Leiter der Preventive Security massiv in die Finanzierung der Terroristen und ihrer Attentate sowie in die Alimentierung der Familien von „Märtyrern" und hochrangigen Führungskadern des Volkswiderstands-Komitees involviert war. (...)*
*Die Belege der Preventive Security zeigen, dass nicht nur soziale Fürsorge deren Leitung umtrieb. Ihrem Offizier Rahmi wird am 19. Juli 2001 vom palästinensischen Finanzministerium ein Scheck mit*

*der Nummer 075358 übergeben – über 15 000 Dollar. Stunden vorher hat Rahmi schon einen Scheck mit der Nummer 075333 erhalten – über 2500 Dollar. Eingelöst werden beide Schecks am 8. August 2001.*
*„Safwat Rahmi ist ein enger persönlicher Freund von Ihnen. Er hat Anschläge geplant. Er soll in den Waffenhandel involviert gewesen sein. Wofür war das Geld?“*
*Die Antwort von Raschid Abu Schpak kommt routiniert höflich. „Ich weiß nicht was meine Mitarbeiter in ihrer Freizeit alles treiben. Ich weiß aber, daß sie Palästinenser sind. Ich könnte verstehen, wenn sie so sehr an der Besatzung unserer Heimat leiden, dass sie etwas dagegen unternehmen.“ (..)*
*„Woher kam das Geld? Etwa aus dem Topf der zehn Millionen Dollar Direktzahlungen monatlich, die die Autonomiebehörde 2001 und 2002 von der EU bekam?“*
*Der Oberst verharrt in der Attitüde des Gelassenen. Als sei es erst gestern gewesen, wiederholt er die Antwort, die er auf dieselbe Frage schon einmal gab - vor zwei Jahren: „Die EU hat uns diese Gelder zur Verfügung gestellt. Für Gehaltszahlungen und Versorgungsleistungen. Ich bin nicht in der Lage den Weg jedes einzelnen Euro nachzuvollziehen.“*
*„Also ist es theoretisch möglich, dass dieses Geld für terroristische Anschläge gegen israelische Zivilisten verwendet wurde?“ Raschid Abu Schpak lässt die Frage im Raum hängen, nimmt sich Zeit mit seiner Antwort. „Ich persönlich verurteile jede Attacke auf unschuldige Zivilisten. Auch auf israelische.“ Wie er das sagt, voller Entschiedenheit, ist man versucht, ihm zu glauben.*
*„Sind israelische Siedler Zivilisten?“*
*Er hört die Frage, und nun scheint es als müsse er seine Stimme doch im Zaum halten „Die Siedler“, sagt er scharf, „sind wie Krebsgeschwür im Körper eines Menschen. Krebs kann man nur bekämpfen, indem man ihn radikal herausschneidet. Manchmal überlebt ein solcher Körper eine solche Operation nun mal nicht.“*

Soweit der Artikel in der Welt. Wenn die „lieben Kollegen“ in Pullach der Preventive Security sehr geholfen haben, dann schließt das sicherlich auch die Lieferung von moderner Technik zur Gehirnwäsche ein. Das würde erklären, auf welche Weise sichergestellt wird, dass sich die Attentäter bei Anschlägen in Israel immer mit in die Luft sprengen. Offensichtlich wollen die Auftraggeber der Attentäter um jeden Preis verhindern, dass diese gefangen genommen werden. Ein so massiver Einsatz von Selbstmordattentätern ist vernünftigerweise eigentlich nur durch Gehirnwäsche erklärbar. Zeitweise ist in Israel jede Woche ein solcher Anschlag durchgeführt worden. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass Mitte der 80er Jahre in den Medien darüber berichtet wurde, dass auch irakische Geheimdienstler in Deutschland ausgebildet worden sind. Und im Irak haben die Amerikaner zur Zeit ebenfalls schwere Probleme mit Selbstmordattentätern. Auch hier würde es nicht verwundern wenn bei der Vorbereitung dieser Selbstmordattentate Gehirnwäschetechnik des BNDs eingesetzt würde.
Allgemein bekannt ist wohl dass die von dem BND gegen die Israelis aufgehetzten Araber selber die größten Verluste haben, also die eigentlich Leidtragenden sind. Wie dabei gezielt junge Menschen, ja sogar Kinder geopfert werden um Martyrer zu schaffen wird in dem oben genannte Welt Artikel ebenfalls beschrieben:
„Drei Stunden vorher ist er ( Abu Hussein ) mit seinen Kollegen wie aus dem Nichts aufgetaucht – fünf Sanitäter des palästinensischen Roten Halbmondes. Sie haben sich an dieser Kreuzung in Chan Junis postiert, hinter Mauern Schutz gesucht und vorsichtig nach vorne gespäht. Und es war nicht klar, warum.
200 Meter weiter ist der israelische Checkpoint, der dem Schutz von Kfar Darom dient, der jüdischen Siedlung, die wie ein Messer weit nach Chan Junis hineinschneidet. Ein Panzerwagen steht wie verloren quer auf der Straße. Schemenhaft sind in der gleißenden Mittagshitze Soldaten zu erkennen. Schlagartig verstummt der Lärm der Stadt. Kein Autohupen, kein Motorengedröhn. Zwei Polizisten stoppen 300 Meter von dieser Kreuzung entfernt denn Verkehr, leiten Taxen und Pkws um. Die alten Männer, die eben noch auf Bänken plauschten, scheinen sich in Luft aufgelöst zu haben. Als wüssten sie, dass jetzt die Zeit der Kinder gekommen ist.
Raed, der Fahrer treibt zur Eile an. „Lass uns verschwinden. Jetzt. Sofort.“ – „Warum?“ Raed hat Angst und will doch den Coolen spielen: „It´s show time. Und dabei können wir unseren Kopf verlieren.“
Er zeigt auf die Gräben links und rechts der Straße. Ein Dutzend vermummte Hamas- und Al-Aksa-Kämpfer haben dort Deckung gesucht. Und nun sprinten sie hinter den Häusern hervor – die Jungen. Vielleicht 50 oder 60. Zehn, zwölf, 14 Jahre alt. Sie stürzen im wilden Pulk auf den Checkpoint zu. Ein Hagel Steine geht auf die israelischen Soldaten nieder. Dann fliegen Flaschen. Molotowcocktails. Schüsse fallen. Scharfe. Die Vermummten sind aus ihren Gräben aufgesprungen, gebückt zu den Jungen hingelaufen und eröffnen aus deren Deckung heraus das Feuer auf die Soldaten. Die Buben scharen sich wie auf ein Kommando um die Kämpfer. Dann spritzt der Pulk der Kinder und vermummten Kämpfer auseinander, alle verschwinden blitzartig zwischen den Häuserreihen.

Die Soldaten haben erst mit Tränengas geantwortet, bilden dann Greiftrupps, bewegen sich vorsichtig nach vorn. Aus dem Häusergewirr wird geschossen, und wieder taucht die Jungschar auf und bildet menschliche Schutzschilder. Schreien, Lachen, obszöne Gesten, ihre hellen Stimmen brüllen den Soldaten „Juden sind Schweine" entgegen. Es mögen 150 Kinder sein, die das bizarre Schauspiel aufführen. Über ihre Köpfe feuern nun die israelischen Soldaten scharf zurück.
Es geht drei Stunden so. Wogt hin. Tobt her. Die Soldaten ziehen sich zurück, rücken vor, dann sticht aus der Kinderschar ein langer, lauter Schrei heraus, bleibt in der Luft hängen: ein nicht endendes Wimmern. Einer liegt im Sterben, und was Sekunden dauert, scheint ewig nachzuhallen.
Die Soldaten haben sich jetzt ganz zurückgezogen. Die Kinder umringen einen der Vermummten. Stumm und starr. Und Abu Hussein kniet neben dem Leib, drückt wie wild auf den Brustkorb. Irgendwann steht er auf. Müde. Ein alter Mann. Er ist 24. Das war´s für heute, sagt er. Und geht. Die Kinder trotten von dannen."
Soweit wieder der Welt Artikel.
Viele Leser werden sich erinnern, dass in den 70er und 80er Jahren eine Vielzahl von Demonstrationen in der BRD genau nach diesem Muster abliefen. Aus der Masse der friedlichen und gutgläubigen Demonstranten heraus wurden immer wieder Polizisten ohne ersichtlichen Grund provoziert, angegriffen und zum Teil schwer verletzt. Daraufhin kam es dann ebenfalls zu Verletzungen auf Seiten der Demonstranten, die sicherlich oft auch Unbeteiligte und Unschuldige trafen, was so ja wohl auch erwünscht war. Wer Mitte der 80er Jahre bei der Bundeswehr seinen Wehrdienst abgeleistet hat, ist übrigens genau für diese in dem Welt Artikel beschriebene Situation, nämlich Schusswaffeneinsatz durch einzelne Gewalttäter aus einer Gruppe von Kindern und Frauen heraus ausgebildet worden. Das Verhalten in solchen Situationen wurde während der kurzen Ausbildung zur Bewachung von Kasernen und Munitionslagern angesprochen. Es besteht wohl kaum ein Zweifel daran, dass die Palästinenser diese Provokationsmuster von BND-Ausbildern gelernt haben. Daß diese dabei nicht das Wohl der Araber im Blick hatten ist offensichtlich wenn man bedenkt wie viele Tote und Verletzte es auf der Seite der Palästinenser als Folge dieser Angriffe gibt. Diese Form des Kampfes gegen einen schwer bewaffneten und mit Panzern ausgerüsteten Gegner ist offensichtlich vorne herein sinnlos und dient nur dazu Martyrer zu schaffen und den Haß gegen die Israelis zu fördern.
Bemerkenswert ist übrigens daß Abu Schpak von einem Krebsgeschwür redet, das herausgeschnitten werden muß. Diese Metapher wurde in den 70er Jahren in Westdeutschland in Bezug auf den Terrorismus durch die RAF verwendet und scheint also von den Ausbildern des BND verwendet worden zu sein um das Operationsziel klar zu machen. Auf dem Photo zu dem Artikel ist übrigens zu erkennen, dass ein Leibwächter des Geheimdienstchefs mit einer Maschinenpistole aus westdeutscher Produktion bewaffnet ist. Dabei ist der Export von Kriegswaffen in Spannungsgebiete doch streng untersagt.

# Wir Bürger als Sicherheitsrisiko

Aus: „Wir Bürger als Sicherheitsrisiko: Berufsverbot und Lauschangriff – Beiträge zur Verfassung unserer Republik“, Wolf – Dieter Narr, Reinbek, 1977

(S.78f) Vor Jahren fragte ich ( Freimut Duve ) einen Landesminister bei einer eher fröhlichen Gelegenheit in Bonn, ob er auch das Gefühl habe, abgehört zu werden. Er habe dies Gefühl nicht, hätte jedoch nichts dagegen einzuwenden; erstens habe er ein reines Gewissen und zweitens müßten *die* auch hin und wieder wissen, woran sie mit ihm und anderen Politikerkollegen seien. So ganz könne man sich halt auf niemanden verlassen. (...)

Dieser Mann war von der Bevölkerung über die Umwege der repräsentativen Demokratie gewählt worden, war dem Parlament verantwortlich – war gewiß für den Wähler der Inbegriff des Staates: Identitätskern der demokratisch verfaßten Staatlichkeit. (...) Und doch hatte jener Mann ein anderes – sozusagen Über – Ich, Neben – Ich, Unter – Ich außerhalb seiner selbst und seiner Gremien, dem er Informationsrecht und Zugriffsmöglichkeit zubilligte. Es war ihm recht, wenn er gegenüber einer anderen Stelle als potentielles Sicherheitsrisiko galt, dessen tägliche Unschuld überprüft werden dürfe. Wen meint er, wenn er sagt "*die* müssen doch wissen..."? Wer ist das? Wer ist der Staat?

In der Frage nach dem letzten Identitätskern des Staates, sozusagen dem "Allerheiligsten", spielt die Sicherheitsbürokratie stets eine Zentrale Rolle. In Ein – Mann – Diktaturen unterliegt das Sicherheitsamt vermutlich einer wirklichen Kontrolle durch den Staatschef. Die Gefahr, daß der Sicherheitsapparat frei schalten und walten kann, ist potentiell größer in Demokratien als in Ein – Mann – Diktaturen. (...)

In der Demokratie gibt es Experten für Staatsfeindschaft. Die gewählten Minister und politischen Beamten beeilen sich, ihren untergebenen Fachleuten zu versichern, daß sie selbst beileibe keine Experten sein wollen. Das gilt für den Verteidigungsminister, der seinen Generalen nicht ins Handwerk pfuschen will, das gilt für die Innenminister, die von Polizei und Staatsschutz nur eben das verstehen wollen, was ihre Fachleute ihnen aufschreiben. In Demokratien bestimmt der Staatsschutz seine Feindbilder weitgehend selber. Er holt sie sich aus der Geschichte, aus den eigenen Amtstraditionen oder aus der publizierten vorherrschenden Meinung.

(S. 79f) Im Sicherheitsbereich mindert sich automatisch parlamentarische Kontrolle. Das gilt für die Grenz*sicherung*, die Energie*sicherung*, ja inzwischen auch für die Arbeitsplatz*sicherung*. Sicherheit ist kein Grundwert – sie wird aber so behandelt, als stünde sie über den Grundwerten. Bei Sicherheitsfragen will niemand hintanstehen; Sicherheitsfragen werden zumeist von der allergrößten Koalition behandelt. Der Kritiker im Sicherheitsbereich ist schon rasch ein Dissident, ja möglicherweise ein suspekter Saboteur.

Aus dem Sicherheitsbereich erreicht den Bürger kaum wirkliche Information. Er weiß nur, daß für seine Sicherheit gesorgt ist durch gute Ausbildung und Ausrüstung und reichliche finanzielle Ausstattung der Sicherheit. Selbst die Information, die er allmontäglich im Spiegel über des Kanzlers vergangene Woche erfährt, mag durchaus realistisch sein, aus dem Sicherheitsbereich jedoch dringt selten etwas in die Institution "Presse" und wenn, dann ist es schändlicher Aktendiebstahl.

Im Sicherheitsbereich gibt es keine vorurteilsfreie neutrale Forschung. Wissenschaft wird aus der Interessenlage heraus schon im Ansatz korrumpiert.

Im Sicherheitsbereich werden alle normalen Markt- und Budgetgesetze der Bilanzierung außer Kraft gesetzt. Für die Sicherheit ist nichts zu teuer, und das beste ist gerade gut genug, eine Form der staatlichen Expansionsgarantie, die die Leiter anderer Beschaffungsämter stets erblassen lassen.

(S.83) Jens Feddersen, ein Chefredakteur aus dem Ruhrgebiet, schrieb in seinem Kommentar zum Fall Traube denn auch folgenden Satz: "Eine andere...Frage ist die, wer unter welchen Umständen dem *Spiegel die geheimsten aller geheimen Akten* zugespielt hat."

Die geheimsten aller geheimen Akten! Da ist es, das fast religiös umschriebene Allerheiligste des Staates. Das geheimste Aktenstück unseres Staates ist nicht etwa das Verhandlungsprotokoll über ein Vier – Augen – Gespräch zwischen Regierungschefs, militärische Sicherheitsvorkehrungen oder anderes, sondern die Beschreibung eines banalen Einbruchs in ein Vorstadthaus. Der kleine Privatpolizist unseres auf den Sicherheitsstaat gedrillten Bewußtseins gibt seine Formulierungsbefehle

auch an einen Chefredakteur, den Fernsehgesellschaften gern als linkes Gegengewicht zu Johannes Groß bei ausgewogene Fernsehdiskussionen einladen. Als die Welt seinerzeit aus dem sogenannten "Bahr" - Papier veröffentlichte und damit immerhin Schritte von zwischenstaatlichen Verhandlungen preisgab, da galt der Opposition dies als nationale Tat, heute interessiert Helmut Kohl und Jens Feddersen vor allem, wie die geheimste aller geheimen Geheimnisse haben an den Spiegel gelangen können.

# Juristische Wertung der flächendeckenden Überwachung durch die deutschen Geheimdienste

In Deutschland haben wir in den Jahren seit 2001 mit einem Oszilloskop, an das eine 1 Meter lange Antenne angeschlossen war, flächendeckend kurze Funkpulse gemessen. Die gemessenen Signale bestehen aus Breitbandpulsen. Das heißt während des einzelnen Pulses ändert sich die Frequenz des Signals. Solche Signale werden im Englischen als Spread Spectrum Signal bezeichnet und sind bereits seit den 40er Jahren zur Tarnung von Funkübertragungen verwendet worden. In Deutschland wurden sie während des Krieges als Streuwellen bezeichnet und bei Radargeräten verwendet um diese störsicher zu machen. Die von uns gemessenen Signale haben eine untere Frequenz zwischen 6 und 15 MHz. Unser Oszilloskop kann nur Signale bis 30 MHz darstellen. Vermutlich haben die gemessenen Funksignale auch deutlich höherfrequentere Anteile, um eine bessere Auflösung zu erreichen. Andererseits verwendet das militärische Carabas Radar aus Schweden den militärischen Funkbereich zwischen 37,5 und 90 MHz.
Die Funkpulse haben immer, gemessen mit der 1 Meter langen Antenne eine Stärke um die 40 Millivolt gehabt. Seit Mitte 2005 ist die Stärke der Signale reduziert und beträgt nur noch ca. 25 Millivolt. Egal wo man innerhalb Deutschlands misst, findet man immer mindestens 3, selten auch mehr durch ihre unterschiedliche Pulsform leicht zu unterscheidende Signale. Oft hat man dann noch einige schwächere Pulse auf dem Bildschirm, die offensichtlich von weiter entfernten Geräten stammen, was so ja auch zu erwarten ist. Von jedem der 3 unterschiedlichen Pulse werden ca. 50000 pro Sekunde abgestrahlt, das heißt insgesamt 150000 sehr kurze Pulse pro Sekunde. Eine Pulswiederholrate von 50000 Pulsen pro Sekunde ist typisch für Radargeräte. Die einzelnen Pulse ändern ihre Form nicht. Das heißt die Pulse sind nicht verschlüsselt, offensichtlich damit man sie mit relativ einfachen mobilen Geräten auswerten kann. Der Grund dafür liegt vermutlich darin, dass man mit mobilen Geräten näher an das Ziel heran kann und dadurch eine höhere Auflösung erreicht. Das heißt dann aber auch, dass Geheimdienste andere Staaten diese Signale ebenfalls auswerten können, sofern sich im Überwachungsbereich der Anlagen befinden. Und das trifft in der Nähe von Botschaften und Konsulaten sowie entlang der Grenzen immer zu. Daß mobile Anlagen im Inland von ausländischen Personen mitgeführt werden ist wohl eher unwahrscheinlich. Allerdings ist wohl anzunehmen, dass eine Vielzahl von Staaten in Passagierflugzeugen inzwischen Abhöranlagen einbauen, die die Radarsignale auswerten oder zumindest speichern können. Und man kann wohl annehmen, dass diese Staaten dann ihre erlangten Informationen untereinander austauschen. Übrigens wurde in der Vergangenheit mindestens ein koreanisches Passagierflugzeug von der damaligen Sowjetunion abgeschossen, weil es in ein Sperrgebiet eingeflogen war und Angeblich Spionageanlagen an Bord hatte. Die amerikanischen Geheimdienste haben vermutlich im allgemeinen keinen Zugriff auf zivile Passagierflugzeuge. Sie verwenden wohl vor allem Satelliten oder militärische Überwachungsflugzeuge. Bemerkenswert ist hier vor allem, dass die amerikanischen Abhörsatelliten Antennen mit Durchmessern bis zu 180 Metern haben. Diese bestehen aus dünner metallbeschichteter Folie die mit einem Gas aufgeblasen wird und so ihre Form erhält. Um den üblichen Funkverkehr abzuhören würden Antennen von wenigen Metern Durchmesser genügen. Um aber die gemessenen relativ niederfrequenten Radarsignale zu bündeln benötigt man wegen der großen Wellenlängen im Bereich um die 10 Meter sehr große Antennendurchmesser. Diese Satelliten sind also wohl dafür optimiert die Signale von bereits vorhandenen örtlichen Überwachungsradars noch einmal auszuwerten. In Zeitungen konnte man des öfteren lesen, dass die Amerikaner alles abhören können. Wenn sie und andere Staaten dazu in der Lage sind, dann nur deshalb, weil sie die hier stattfindende Überwachung ebenfalls noch einmal auswerten. Das Problem liegt also darin, dass der BND und wohl auch der Verfassungsschutz das ganze Land abhörbar machen.
Zu dem gemessenen Frequenzbereich passende Antennen sind inzwischen in weiten Teilen Deutschlands für jedermann sichtbar aufgestellt. Meistens auf eigenen Türmen, gelegentlich, vor allem in Städten aber auch auf Gebäuden. Diese Anlagen sind fast immer von den Mobilfunkanlagen getrennt, da die Industrie mit dieser Überwachung nicht in Zusammenhang gebracht werden möchte. Mobilfunkanlagen sind in aller Regel markiert, dass heißt man findet die Anschrift des Betreibers oder zumindest eine Telefonnummer und den Namen der Firma. Bei den anderen Anlagen handelt es sich um Stabantennen mit Längen zwischen 1 und 3 Metern. Diese sind manchmal alleine, meistens aber zu zweit oder zu dritt montiert. An den Anlagen findet sich nie ein Hinweis auf den Betreiber oder auf den Hersteller. Dafür sind diese Anlagen aber in aller Regel eingezäunt. Da die Anlagen heimlich aufgestellt werden und eine Diskussion über diese Anlagen unterdrückt wird, handelt es sch also um Anlagen der deutschen Geheimdienste.
Die Anlagen sind offen aufgestellt, also benötigt man eigentlich kein Messgerät mehr zum Nachweis der illegalen Bespitzelung der Bevölkerung. Die sichtbaren Antennen entsprechen in Ihrer Art den von

Kurzwellenradars verwendeten Antennen. Möglicherweise gibt es außer den sichtbaren und messbaren Anlagen noch weitere flächendeckende Überwachungssysteme. Mit Radaranlagen lassen sich die beobachteten Orte und Personen als Bild darstellen. Außerdem kann Sprache abgehört werden. Auch verschiedene Körperfunktionen wie Herzschlag und Atmung lassen sich damit überwachen.
Es ist also offensichtlich für jedermann zu erkennen, dass die Bundesrepublik von ihren Geheimdiensten vollständig abhörbar gemacht wurde und das daß dazu führt dass andere Staaten in der Regel auch mithören und zusehen können.
Nun kommen wir zu der juristischen Wertung.
Illegales Abhören wird mit bis zu 5 Jahren Gefängnis bestraft, wenn man keine gute Ausrede wie zum Beispiel bei der Dokumentation von Straftaten hat. Eine flächendeckende Überwachung der ganzen Bevölkerung ( nach dem Prinzip: „Die“ müssen ja wissen, mit wem sie es zu tun haben ) um diese dann entsprechend ihrer Ansichten zu bearbeiten ist die denkbar schlechteste Ausrede.
Da das ganze Land durch die Überwachung für andere Staaten flächendeckend abhörbar gemacht wird, verraten die deutschen Geheimdienste Dienstgeheimnisse, Firmengeheimnisse und Privatgeheimnisse flächendeckend an fremde Mächte, was jeweils strafbar ist. Insgesamt handelt sich hier also um schweren Landesverrat. Schwerer Landesverrat wird mit Gefängnis nicht unter 10 Jahren bestraft. Diese Zusammenhänge sind den Geheimdiensten offensichtlich bereits vor dem Aufstellen der Anlagen bekannt gewesen. Trotzdem haben sie diese Anlagen in Betrieb genommen. Es ist also auch von vorne herein geplant gewesen, Kritiker zum Schweigen zu bringen. Oder zum Beispiel Menschen, die nicht wissen, was man ihnen für eine Anlage ins Dorf gesetzt hat, und die einfach mal darüber reden wollen und sich natürlich wundern, wenn sie dann ganz offen belogen, bedroht oder gefoltert werden.
Im übrigen kommt zu den bereits genannten Straftaten auch noch der Etatbetrug. Oder haben sie schon einmal von einem einen Etatpunkt „Illegale Überwachung“ gelesen der gehört? Die sichtbaren Anlagen sind ziemlich aufwendig gebaut. Man ist wohl auf der sicheren Seite, wenn man davon ausgeht, dass das Geld aus den Etats legaler Behörden in die Etats illegaler Behörden umgeleitet, also das Geld gestohlen wird. Infrage kommen hier als unfreiwillige Geldgeber wohl vor allem die Bundeswehr, vielleicht auch die Polizei.
Außerdem ist es natürlich verboten Funksignale abzustrahlen die nicht den international vereinbarten Standards entsprechen. Die gemessenen Breitbandfunksignale verwenden nach unseren Messungen zumindest den gesamten Bereich des Kurzwellenfunks der aber in internationalen Abkommen streng auf die verschiedensten Funkdienste wie Rundfunk, Amateurfunk, Schiffs- und Flugfunk und so weiter aufgeteilt ist. Es ist also nicht zulässig diese Breitbandfunksignale überhaupt abzustrahlen. Es gibt hier nur eine Ausnahme, nämlich die Freiheit der Forschung und der Wissenschaft nach dem Grundgesetz. Eine Spitzelbehörde wie der BND ist natürlich keine Forschungsanstalt. Das Militär hält sich offensichtlich, wie das Beispiel des schwedischen Carabas Radars zeigt, an die dem Militär zugewiesenen Frequenzbänder. Übrigens hat es bereits einen Präzedenzfall zu solchen nach internationalen Abkommen illegalen Funksignalen gegeben. In den 70er Jahren betrieb die damalige Sowjetunion einige weitreichende Radaranlagen, zum Beispiel bei Minsk, die ebenfalls den Kurzwellenbereich verwendeten. Die Radarsignale sind damals wegen ihrer niedrigen Pulswiderholrate von 10 bis 20 Pulsen pro Sekunde als Woodpecker bezeichnet worden. Gegen diese Anlagen ist von einigen westlichen Staaten bei der ITU in Genf, der zuständigen Organisation der Vereinten Nationen protestiert worden.

# Überwachung und Folter

Offensichtlich ist der BND von einem Deserteur auf der Grundlage eines schwerwiegenden Verrates an den kleinen Mitarbeitern gegründet worden. Und heute sorgt die illegale flächendeckende Überwachung Deutschlands durch den BND mit Radar dafür dass fremde Staaten ( nach Zeitungsberichten ) ebenfalls das ganze Land abhören können. Diese fremde Überwachung wertet die Radarsignale die vom BND zur Bespitzelung verwendet werden mit Hilfe passiver Radargeräte, beispielsweise von Satelliten ebenfalls aus. Dadurch bekommen diese fremden Staaten Informationen über eine Vielzahl von Privat-, Geschäfts- und Dienstgeheimnissen.
Diese illegale Überwachung ist also nicht nur strafbar wegen der Illegalität der Überwachung an sich ( bis zu 5 Jahre ), sondern vor allem auch wegen des damit verbundenen schweren Landesverrats ( Höchststrafe lebenslänglich, mindestens aber 10 Jahre ). Hinzu kommt das Delikt des Etatbetruges, denn diese Anlagen werden ja wegen ihrer Illegalität verdeckt beschafft. Es gibt offensichtlich in keinem Etat der BRD einen Punkt illegale Überwachung mit Radaranlagen. Das lässt nur den Schluss zu, dass zur Finanzierung dieser Überwachung der Etat von anderen Behörden, beispielsweise der Bundeswehr, geplündert wird und die Gelder umgeleitet werden. Im übrigen ist auch die Verwendung von Radarpulsen, wie wir sie überall in Deutschland messen können, illegal, da ihre Frequenz bis in den Kurzwellenbereich reicht. Militärische Überwachungsradars wie das schwedische Carabas beschränken sich strikt auf den dem Militär zugewiesenen Frequenzbereich.
Trotz unsere einfachen Meßmethode kann man feststellen, dass die einzelnen Pulse offensichtlich nicht einmal verschlüsselt sind um ein Abhören zu erschweren, denn die Pulsform ändert sich nicht von Puls zu Puls. Erst wenn man an einem anderen Ort misst erkennt man eine andere Pulsform.
Aber natürlich hat eine solche flächendeckende Überwachung auch Vorteile für die Untertanen. Für eine Urlaubsreise in die USA benötigt ein Deutscher im Gegensatz zu Bürgern fast aller anderen Staaten der Welt kein Visum. Da die Beantragung eines Visums vor allem verlangt wird um die betreffende Person vor der Reise zu überprüfen, läßt das eigentlich nur folgenden Schluß zu: Die Amerikaner haben bereits über jeden Einwohner Deutschlands eine so umfangreiche Akte, dass keine weiteren Nachforschungen sinnvoll sind. Und eine solche Akte kann nur zusammengestellt werden, wenn eine halbwegs flächendeckende Überwachung möglich ist.
Eine weitere Schlussfolgerung drängt sich auf: Die örtliche Überwachung in den allermeisten anderen Ländern ist bei weitem nicht ausreichend damit die Amerikaner ihre Akten ausreichend füllen können um von der Visumspflicht absehen zu können. Das kann daran liegen, dass diese Staaten ihre Bevölkerung nicht mit Radar überwachen, daß sie bei einer solchen Überwachung verschlüsselte Radarsignale verwenden oder dass sie die Radarüberwachung nur so lange einschalten wie es unbedingt notwendig ist.
Zur drahtlosen Übertragung von Elektroschocks auf große Entfernung, also zur Folter ist prinzipiell fast jede elektromagnetische Strahlung geeignet. Traditionell bekannt ist die elektrische Wirkung von Radiofrequenzstrahlung im Kurzwellenbereich ( Kurzwellenkater ) sowie im Mikrowellenbereich. Daß auch mit Röntgenstrahlung biologisch wirksame elektrische Ströme im menschlichen Körper hervorgerufen werden können, war zumindest unter Fachleuten bereits in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts bekannt. Allerdings ist Röntgenstrahlung an sich bereits gefährlich und auch relativ einfach nachweisbar. Interessanter ist der Einsatz von Mikrowellen sehr hoher Frequenz. Bekanntermaßen sind in den Konzentrationslagern eine Vielzahl von Versuchen an Menschen durchgeführt worden. Allerdings gibt es darüber nur wenige und unvollständige Informationen. Offensichtlich unterliegen diese Forschungen immer noch der Geheimhaltung. Vor allem vom Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar ist bekannt, dass dort Menschenversuche durchgeführt wurden. Da nicht allzu weit von Buchenwald entfernt, nämlich in Jena die biologische Wirkung von Radiofrequenzstrahlung erforscht worden ist, liegt es nahe, dass die Menschenversuche in Buchenwald auch Versuche mit Strahlenwaffen einschließlich Folter und Gehirnwäschetechniken umfassten. Bekannt ist ja dass die Propaganda des dritten Reiches immer wieder auf völlig neuartige Waffen verwiesen hat, die kurz vor der Einsatzfähigkeit ständen. Diese Propaganda bezieht sich offensichtlich zum Teil auch auf Strahlenwaffen auf der Basis von Radiofrequenzstrahlung. Denn Ende der 30er / Anfang der 40er Jahre wurden Magnetron Röhren entwickelt die eine hohe Leistung von vielen tausend Watt im Mikrowellenbereich lieferten. Dadurch wurde erstmalig die Entwicklung von tragbaren Mikrowellenwaffen möglich. Solche nach dem damaligen Stand der Technik gebauten Waffen hätten aber nur von gut ausgebildeten Personen eingesetzt werden können.
Mit Gyrotronen können sehr hohe Leistungsdichten erzeugt werden die dann stark gebündelt abgestrahlt werden können. Diese Radiofrequenzstrahlung ist allerdings auf Grund der hohen Frequenz nicht ohne weiteres in der Lage Hindernisse wie beispielsweise Wände zu durchdringen. Um Hindernisse zu durchdringen erzeugt man im Bereich des Hindernisses durch Überlagerung zweier Wellen mit geringfügig unterschiedlicher Frequenz eine so niederfrequente Welle dass sie das

Hindernis überwinden kann. Wenn diese niederfrequente Welle in Form und Stärke einem natürlichen Nervenpuls entspricht, erhält man natürlich eine direkte Wirkung auf den menschlichen Körper. Da bereits auch Phasenschieber für Hochleistungslaser hergestellt werden, kann mit einem Laserstrahl ebenfalls durch eine oder mehrere Wände geschossen werden, ohne dass die Wand ein Hindernis wäre oder bei hoher Leistung zerstört würde. Dazu wird der Laserstrahl geteilt und die eine Hälfte über einen Phasenschieber geleitet . Eine kontinuierliche Änderung der Phasenlage verursacht auch eine Frequenzänderung dieses Strahls. Man erhält so zwei Laserstrahlen mit etwas unterschiedlicher Frequenz die man parallel so abstrahlt, daß sie sich überlagern und in einem eventuellen Hindernis beziehungsweise in der betroffenen Person ein niederfrequentes elektrisches und magnetisches Feld hervorruft. Ein solches niederfrequentes Feld kann Hindernisse durchdringen da es sich schwerer als Mikrowellen oder Laserstrahlung abschirmen lässt und dann in der Zielperson elektrische Ströme hervorrufen. Da Laserstrahlen sich sehr gut Bündeln lassen, kann sich die Wirkung einer solchen Waffe auf sehr kleine Bereiche des Körpers beschränken. Die Wirkung findet ja nur in dem Bereich statt, der vom Laserstrahl erfasst wird.
Und in Ländern in denen der BND selber nicht tätig werden kann weil Europäer dann doch zu sehr auffallen lässt er durch die örtlichen Geheimdienste Foltern. Wo auch das nicht möglich ist, entführt man die zu folternden und bringt sie zur Folter in benachbarte Länder. Dazu lesen wir in der Vlothoer Zeitung / Westfalenblatt vom 21.4.2006:

*Neue Foltervorwürfe erhoben*

*Ex-Diplomat: Informationen aus Verhören an den deutschen Geheimdienst*

*Im CIA-Untersuchungsausschuß des Europäischen Parlaments sagte Ex-Botschafter Craig Murray gestern in Brüssel, deutscher und usbekischer Geheimdienst hätten eng zusammengearbeitet. >>Deutschland hat sicherlich auch Erkenntnisse von den Usbeken bekommen, auch unter Folter gewonnen<<, sagte Murray den Abgeordneten. (...)*
*Murray sagte vor dem EU-Parlamentsausschuß in Brüssel, er wisse, dass der US-Geheimdienst CIA und der britische MI 6 von usbekischen Folterern erpresste Geständnisse von Gefangenen erhalten hätten.*
*Auf Fragen von EU-Abgeordneten nach Kontakten anderer europäischer Geheimdienste zu den Usbeken antwortete er: >>Die einzige Botschaft, von der ich weiß, dass sie dort voll geheimdienstlich zusammenarbeitet, ist die deutsche Botschaft.<< Zu seiner Zeit als Botschafter in Taschkent in den Jahren 2002 und 2003 seien >>viele Beamte der deutschen Botschaft sehr unglücklich<< über diese Kooperation gewesen.*
*Der CIA habe Gefangene aus Afghanistan gezielt nach Usbekistan gebracht: >>Weil man Aussagen haben wollte, die durch Folter erwirkt wurden, gab es dieses Überstellungsprogramm<<, sagte Murray. Seines Wissens seien aber weder Europäer nach Usbekistan gebracht worden, noch hätten westliche Geheimdienstler selbst an den brutalen Verhören teilgenommen. Er habe aber >>viele schlimme Fälle von Folter mitbekommen in Usbekistan<<. (...)*
*Er wisse von einem Gefangenen, der bei einem Verhör durch siedendes Wasser zu Tode gekommen sei. Anderen seien die Genitalien verstümmelt worden oder sie seien im Beisein Angehöriger mit Gegenständen >>homosexuell vergewaltigt<< worden, sagte Murray. >>Ich habe die Wunden gesehen. Ich habe mit Menschen gesprochen, die gefoltert wurden<<, sagte der Ex-Diplomat. Usbekische Sicherheitskräfte seien bekannt für ihre brutalen Verhörmethoden. Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen hätten diese beschrieben.*

Der BND arbeitet also voll geheimdienstlich mit den Usbeken zusammen. Aber diese Zusammenarbeit geht nicht so weit, dass der BND seine moderne Foltertechnik den Usbeken zur Verfügung stellt. Vermutlich weil dann innerhalb kürzester Zeit jeder Usbeke darüber reden würde, denn in solchen Ländern funktioniert die Gesellschaft in der Regel noch. Das heißt die Bevölkerung redet offen über alles was wichtig ist. Das ist in Deutschland natürlich nicht möglich. Überraschend ist, dass die Usbeken auch heute noch foltern um Aussagen und Geständnisse zu bekommen. Das ist in Deutschland schon seit Jahrzehnten nicht mehr üblich. Bereits die Vorgängerorganisation des BNDs, also die Gestapo hat keine Geständnisse mehr aus den Leuten herausgefoltert. Die Gestapo hat gefoltert um Informationen über andere Personen zu bekommen. Und der BND foltert nicht mehr um Informationen zu bekommen, sondern um die Bevölkerung zu Schweigen zu bringen. Informationen sind für den BND offensichtlich nebensächlich. Wenn man Vorwürfe benötigt um Menschen zu foltern, schreibt man diese einfach in die Akten und zwingt Menschen dann durch Gehirnwäsche zu diesen Lügen passende Aussagen zu machen. Und wer will schon in einem Staat widersprechen, der Millionen Menschen verfolgt und foltert.
Eine weitere interessante Information findet sich in folgendem Artikel aus der Zeitung „Die Welt“ vom 21.4.2006.

*BND soll durch Folter erpresste Geständnisse erhalten haben*
*Einstiger britischer Botschafter in Usbekistan sagt vor CIA-Untersuchungsausschuß des Europaparlaments aus – Was wussten deutsche Diplomaten?*
*(...) Der Anti-Terrorismus-Koordinator der EU, Gijs de Vries, verfügt dagegen nach Aussage vor dem Ausschuß über „keinerlei geheimdienstliche Informationen, die unter Folter erpresst wurden". Auch habe es innerhalb von Europa seines Wissens nach keine CIA-Aktivitäten gegeben, die „außerhalb des internationalen Rechtsrahmens lagen". Der österreichische Abgeordnete Hubert Pirker ( ÖVP ) hatte de Vries danach gefragt, ob es Beweise für eine Rechtsverletzung durch die Amerikaner gebe. Das verneinte der Koordinator klar. (...)*

Sofern man den Aussagen des Herrn de Vries glauben kann handelt die CIA mehr oder weniger rechtsstaatlich. Dagegen foltern BND Beamte nach eigener Erfahrung in fast jedem Land Europas.

# „Die“ Foltern nicht nur kleine Kinder, Rentner, Kranke, Behinderte und Ausländer sondern manchmal sogar Terroristen

Diese Überschrift beschreibt genau das, was für Außenstehende der Fehler des Systems ist. Die Tatsache daß sich das System der deutschen Geheimdienste angemaßt hat während der letzten 30 Jahre vielleicht 60 echte Terroristen zu foltern rechtfertigt natürlich die Verfolgung, Folter und Ausbeutung von Millionen Menschen. Denn wo gehobelt wird da fallen Späne und bei der Sicherheit kann man keine Kompromisse eingehen. Gefoltert wurden und werden diese Terroristen übrigens nicht um wertvolle Informationen zu gewinnen. Es geht nicht um eine versteckte Atombombe im Berliner Olympiastadion. Es geht auch nicht um die Erlangung von Geständnissen, denn es ist den Behörden ja bereits bekannt sowie in den Medien veröffentlicht wer welche Taten begangen hat. Teilweise waren die Terroristen ja auch schon verurteilt als sie gefoltert wurden. Terroristen werden von den deutschen Geheimdiensten aus genau den gleichen Gründen gefoltert wie Kinder, Rentner, Kranke, Behinderte und Ausländer. Nämlich um ihre Persönlichkeit zu zerstören. Um sie handlungsunfähig zu machen. Um sie zu beschäftigen damit sie auf keine, also auch auf keine dummen Gedanken kommen.
Aber da 20 Terroristen in Isolationshaft in diesem Staat immer noch mehr Öffentlichkeit herstellen können als Millionen von verfolgten und bedrohten Arbeitern, Schülern, Müttern und so weiter, greifen wir eben auf die Berichte der RAF Terroristen zurück und geben hier wieder, auf welche Weise diese Anfang der 70er Jahre gefoltert wurden. Einige der beschriebenen Foltermethoden habe ich ab Mitte der 70er Jahre, also während meiner Schulzeit, ebenfalls erlebt. Andere aus dieser Liste habe ich dann später kennen gelernt, oder sie sind mir von anderen Folteropfern beschrieben worden.
Aber die richtig brutalen Foltermethoden mit denen der BND die Menschen, die keine öffentliche Plattform haben, foltert bis sie fast tot sind, und an deren bleibenden körperlichen Folgen sie oft bis an ihr Lebensende leiden und die dann trotzdem weitergefoltert werden, sind den Terroristen erspart geblieben. Ich selber bin 2 mal jeweils über viele Wochen hinweg so schwer gefoltert worden, dass ich halb tot im Krankenhaus gelandet bin. Beim 1. Mal hatte ich nach der Literatur eine Chance von 20 Prozent die ersten fünf Jahre zu überleben. Da besteht dann wohl auch kein Zweifel dass hiervon den Geheimdiensten Menschen so lange gefoltert werden, bis sie tot sind.
Alle weiter unten von Ulrike Meinhof beschriebenen Wirkungen lassen sich durch elektrische Reizung von Nerven hervorrufen. Und Elektroschocks lassen sich durch speziell aufbereitet Radiofrequenzstrahlung aber auch durch Laserstrahlung drahtlos übertragen.
Aber nun zu den von Ulrike Meinhof beschriebenen Foltermethoden. Dieser Beitrag stammt aus: Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte: Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF), GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte, 1. Auflage Köln Oktober 1987, und ist auch zu finden unter: http://www.sozialistische-klassiker.org/diverse/Div07.html

***Ulrike Meinhof***

*Ein Brief Ulrike Meinhofs aus dem Toten Trakt*
*Aus der Zeit: 16.6.72 bis 9.2.73:*

*das Gefühl, es explodiert einem der Kopf (das Gefühl, die Schädeldecke müßte eigentlich zerreißen, abplatzen) -*
*das Gefühl, es würde einem das Rückenmark ins Gehirn gepreßt,*
*das Gefühl, das Gehirn schrumpelte einem allmählich zusammen, wie Backobst z.B.*
*das Gefühl, man stünde ununterbrochen, unmerklich, unter Strom, man würde ferngesteuert -*
*das Gefühl, die Assoziationen würden einem weggehackt -*
*das Gefühl, man pißte sich die Seele aus dem Leib, als wenn man das Wasser nicht halten kann -*
*das Gefühl, die Zelle fährt. Man wacht auf, macht die Augen auf: die Zelle fährt; nachmittags, wenn die Sonne reinscheint, bleibt sie plötzlich stehen. Man kann das Gefühl des Fahrens nicht absetzen. Man kann nicht klären, ob man vor Fieber oder vor Kälte zittert -*
*man kann nicht klären, warum man zittert -*
*man friert.*
*Um in normaler Lautstärke zu sprechen, Anstrengungen, wie für lautes Sprechen, fast Brüllen -*
*das Gefühl, man verstummt -*
*man kann die Bedeutung von Worten nicht mehr identifizieren, nur noch raten -*

*der Gebrauch von Zisch-Lauten - s, ß, tz, z, sch - ist absolut unerträglich -*
*Wärter, Besuch, Hof erscheint einem wie aus Zelluloid -*
*Kopfschmerzen -*
*flashs -*
*Satzbau, Grammatik, Syntax - nicht mehr zu ko ntrollieren. Beim Schreiben: zwei Zeilen - man kann am Ende der zweiten Zeile den Anfang der ersten nicht behalten -*
*Das Gefühl, innerlich auszubrennen -*
*das Gefühl, wenn man sagen würde, was los ist, wenn man das rauslassen würde, das wäre, wie dem anderen kochendes Wasser ins Gesicht zischen, wie z.B. kochendes Tankwasser, das den lebenslänglich verbrüht, entstellt -*
*Rasende Aggressivität, für die es kein Ventil gibt. Das ist das Schlimmste. Klares Bewußtsein, daß man keine Überlebenschance hat; völliges Scheitern, das zu vermitteln; Besuche hinterlassen nichts. Eine halbe Stunde danach kann man nur noch mechanisch rekonstruieren, ob der Besuch heute oder vorige Woche war -*
*Einmal in der Woche baden dagegen bedeutet: einen Moment auftauen, erholen - hält auch für paar Stunden an -*
*Das Gefühl, Zeit und Raum sind ineinander verschachtelt -*
*das Gefühl, sich in einem Verzerrspiegelraum zu befinden -*
*torkeln -*
*Hinterher: fürchterliche Euphorie, daß man was hört - über den akustischen Tag-Nacht-Unterschied -*
*Das Gefühl, daß jetzt die Zeit abfließt, das Gehirn sich wieder ausdehnt, das Rückenmark wieder runtersackt - über Wochen.*
*Das Gefühl, es sei einem die Haut abgezogen worden.*

Soweit die Beschreibung der verschiedenen Foltermethoden in deutschen Gefängnissen durch Ulrike Meinhof aus den Jahren 1972/1973 die ja sicherlich auch bereits damals veröffentlicht worden sind. Das heißt weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung ist seit nunmehr fast 35 Jahren aus Veröffentlichungen bekannt, dass in diesem Staat systematisch gefoltert wird. Und seit diesen Veröffentlichungen ist eine lange Zeit vergangen. Es scheint inzwischen sogar so zu sein, dass ein großer Teil der Bevölkerung aus eigener Anschauung mitbekommen hat dass Menschen gefoltert werden. Oder sie sind sogar selber gefoltert worden. Die Funktionäre dieses Staates können zwar den Menschen Lügen erzählen. Aber niemand sollte davon ausgehen, dass die Bevölkerung diese Lügen noch glaubt. Wer aus Angst vor diesem Staat schweigt hat damit nicht seine Zustimmung gezeigt. Denn wer möchte sich schon mit dem mächtigsten Saat der Welt anlegen? Das trauen sich nicht einmal andere Staaten. Selbst die müssen eine ungeheure Zahl von Unverschämtheiten der deutschen Geheimdienste schlucken.

# Lesen zwischen den Zeilen: Wie viele Menschen werden vom Staat verfolgt?

Wenn man die Zustände in Deutschland mit denen in anderen Ländern vergleicht, stellt sich die Frage wie viele Menschen verfolgen die deutschen Geheimdienste und wie sieht das in anderen Ländern aus. Zuerst einmal sollte man vergessen, was man oft zu hören bekommt, nämlich dass es in allen Ländern gleich sei. Das ist für jedermann erkennbar offensichtlich falsch. Allerdings scheint es so zu sein, dass die von den deutschen Medien beschriebenen Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern in gleicher oder ähnlicher Weise auch bei den deutschen Geheimdiensten zum Einsatz kommen. Oft allerdings mit weitaus modernerer Technik als der beschriebenen. Der Umkehrschluss, dass alle anderen Staaten diese Techniken ebenfalls systematisch anwenden ist aber auf Grund eigener Erfahrungen, auf Grund von Aussagen von BND-Mitarbeitern sowie auf Grund der sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnisse mit Sicherheit falsch. So ist es in fast allen Ländern unvorstellbar, dass Menschen in aller Öffentlichkeit gefoltert werden. Dort wird nur heimlich in Gefängnissen oder Lagern gefoltert. In Deutschland ist vielen inzwischen bekannt, dass systematisch gefoltert wird.
Wie weit verbreitet dieses Wissen über die Maßnahmen von BND und Verfassungsschutz sind, kann man daran erkennen, dass seit vielleicht 15-20 Jahren fast im ganzen Land Antennen offen aufgestellt werden, wie sie von Radaranlagen verwendet werden. An diesen Anlagen finden sich keinerlei verwertbare Hinweise darauf wer sie betreibt. Zur gleichen Zeit wurden auch die verschiedenen Mobilfunknetze aufgebaut. An diesen Anlagen steht in aller Regel wer sie betreibt. Oft findet sich auch eine Telefonnummer, die man im Störungsfall anrufen kann. Die Mobilfunkanlagen und die Radaranlagen sind fast ausschließlich voneinander getrennt angebracht. Ständig wurde nun vor den Gefährdungen durch Mobilfunk hingewiesen und auch, teilweise mit Erfolg, vor Gericht gegen diese Anlagen geklagt. Aber die Radarantennen wurden nicht zur Kenntnis genommen, obwohl sie jeder sehen kann. Denn natürlich will sich niemand mit den Nachfolgern der Gestapo anlegen. Dieses Wissen um die Gefährlichkeit der deutschen Geheimdienste hat dann auch offensichtliche Folgen:
In Frankreich gingen Hunderttausende auf die Straße um gegen ein Gesetz ( CPE ) zu demonstrieren. Das Ergebnis: Das Gesetz wird wieder zurückgezogen. In Deutschland absolut unvorstellbar, wie man bei den Demonstrationen gegen die sogenannten Hartz 4 Gesetze gesehen hat, an denen nur maximal einige Hundert, in der Regel weitaus weniger Menschen teilgenommen haben.
In Italien sind 2005 Hunderttausende auf die Straße gegangen um für die Freilassung von 2 Journalistinnen zu demonstrieren, die im Irak als Geiseln festgehalten wurden. In Leipzig gehen Anfang 2006 ungefähr 200-300 Demonstranten auf die Straße um für 2 Ingenieure zu demonstrieren, die ebenfalls im Irak als Geiseln festgehalten werden. Nur zur Erinnerung: 1989 sind in Leipzig noch Hunderttausend Demonstranten auf die Straße gegangen um gegen Bevormundung und für Freiheit zu demonstrieren.
Dass der Deutsche Staat und seine Anordnungen prinzipiell nicht kritisiert werden dürfen bekommen die allermeisten Menschen bereits in ihrer Jugend beigebracht. Eine Kritik ist in der Regel selbst dann unzulässig, wenn Behörden gegen geltendes Recht oder die offizielle Propaganda handeln. Und wer sich an diese Wünsche nicht halten will oder aus anderen Gründen wie zum Beispiel private Rache auf die Schwarzen Listen von BND oder Verfassungsschutz gesetzt wird, muß dann eben bis zum Ende seines Lebens mit den Folgen leben.
Aber nun zurück zur Frage wie viele Menschen betroffen sind. Vor wenigen Jahren, vermutlich im Herbst 2003 konnte man in der Zeitung „Die Welt" lesen, dass ein Drittel der Einwohner Deutschlands im Laufe des Lebens eine oder mehrere paranoide Phasen erlebt. Das heißt also, dass ein Drittel der Einwohner so offen verfolgt werden, dass sie keine andere Wahl haben, als daran zu glauben, dass der freieste Staat den es je auf deutschem Boden gegeben hat, sie mit kriminellen Mitteln verfolgt oder sogar foltert. In Mayers Enzyklopädischem Lexikon aus dem Jahre 1975 heißt es, dass 1 Prozent der Bevölkerung paranoide Phasen hat, also die Aussage machen, dass sie verfolgt werden. Und Anfang der 70er Jahre fand bekanntermaßen eine sehr massive Verfolgung statt. Diese Verfolgung war teilweise so offen dass sie sogar zu Berufsverboten führte. In den allermeisten Ländern, die Menschen aus nicht strafrechtlichen Gründen verfolgen, werden sicher auch heute noch weitaus weniger als 1 Prozent der Bevölkerung von den Geheimdiensten verfolgt.
Und nun zu einem Zeitungsartikel der am 7.4.2006 in der Tageszeitung „Die Welt" erschienen ist.

*Studie: Jeder dritte Gymnasiallehrer ist ausgebrannt*
*Berlin – Rund ein Drittel der Gymnasiallehrer zeigt nach einer Studie des Freiburger Medizinprofessors und Psychotherapeuten Joachim Bauer Anzeichen für das Burn-Out-Syndrom.*

*„Das ist ein untragbarer Zustand", sagte Bauer der Welt. Die Situation dieser Lehrer ( rund 35 Prozent ) sei durch eine hohe Verausgabung, Erschöpfung und Resignation gekennzeichnet. Der Mediziner sprach von einem „signifikant erhöhten Risiko, psychosomatisch krank zu werden".*
*Bei rund 20 Prozent der insgesamt 400 untersuchten Lehrkräfte an Freiburger Gymnasien konnten die Experten sogar stressbedingte Belastungssymptome diagnostizieren, „die in ihrer Schwere einer medizinisch relevanten gesundheitlichen Beeinträchtigung entsprechen". „Diese Lehrer brauchen eigentlich eine medizinisch-psychosomatische Behandlung, sagte Bauer.*
*Auch die Arbeitsmarktstatistiken weisen nach, dass ein großer Anteil der Lehrer aus gesundheitlichen Gründen frühzeitig aus dem Beruf scheidet. 2004 quittierten 28 Prozent krankheitsbedingt den Dienst. Häufig leiden die Lehrer unter Angst- und Paniksymptomen, Depressionen, Herz- und Kreislaufstörungen sowie schweren Schlafstörungen.*
*Die Hauptbelastungsfaktoren sind zu große Klassen und destruktives Schülerverhalten. (...)*
*Scharf kritisierte Bauer, dass sich nur sehr wenige Pädagogen auf Hilfs- und Beratungsangebote einließen.*

Soweit der Welt Artikel.
Wir sehen, dass also auch ein Drittel der Gymnasiallehrer so mitgenommen sind, dass sie erkennbare Symptome der Erschöpfung und Resignation zeigen.
20 Prozent der in Freiburg untersuchten Lehrer sind so massiv betroffen, dass sie in ihrer Gesundheit deutlich beeinträchtigt und behandlungsbedürftig sind.
Die körperlichen Symptome die sich bei den betroffenen Lehrern zeigen, umfassen Angst- und Paniksymptome, Depressionen, Herz- und Kreislaufstörungen sowie schwere Schlafstörungen. Diese Symptome werden typischerweise von den Menschen beschrieben die mit Radiofrequenzstrahlung oder Techniken auf der Basis von Laserstrahlung gefoltert werden indem drahtlos Elektroschocks übertragen werden. Eine schwere körperliche Erkrankung die die beschriebenen Symptome hervorruft liegt in diesen Fällen offensichtlich nicht vor. Jeder wird einsehen, dass solche Symptome ohne eine erkennbare akute Einwirkungen auf den Körper nicht auftreten können.
Zu große Klassen und destruktives Schülerverhalten ist wohl kaum in der Lage, bei einem Lehrer solche Symptome hervorzurufen. Allenfalls wird er einsehen, dass es in bestimmten Klassen unmöglich ist, einen effektiven Unterricht durchzuführen. Er wird in diesem Fall vielleicht resignieren und sich wünschen, einen anderen Beruf gewählt zu haben, aber dadurch wird er weder schwere Schlafstörungen oder Herz- und Kreislaufprobleme noch Angst- oder Paniksymptome bekommen.
Jeder der in Deutschland die Schule besucht hat wird wohl im Laufe der Jahre erlebt haben, dass einzelne Lehrer das Ziel von offenen oder verdeckten Angriffen bestimmter Schülergruppen sind. Es werden abfällige Bemerkungen gemacht, der Unterricht wird gezielt gestört oder es wird einfach nicht daran teilgenommen, und alle finden das ungeheuer lustig. Oder es werden Lügen verbreitet. Also genau das, was die erwachsenen Spitzel auch machen. Ich kann mich an mindestens einen Lehrer sowie eine Lehrerin erinnern gegen die solche Aktionen lang anhaltend und offensichtlich in mehreren Klassen gelaufen sind.
Der Lehrer war beliebt und wurde von den Schülern auf Grund seiner Persönlichkeit respektiert. Dann hat er Informationen darüber weitergegeben, dass ein bestimmter Schüler auf der Abschussliste steht. Danach ist offensichtlich eine gezielte Aktion gegen ihn in Gang gesetzt worden. Sein Unterricht ist gestört worden und die Schüler haben ihn nicht mehr respektiert. Aber dabei scheint es wohl geblieben zu sein.
Schlimmer erging es der Lehrerin. Diese wurde ganz massiv und auf unverschämte Weise belästigt. Später hörte ich dann, dass sie ihren Beruf hat aufgeben müssen und sich wohl ärztlich hat behandeln lassen. Die Gründe dafür liegen sicher nicht nur im Verhalten der Schüler. In diesen beiden Fällen steht eigentlich aufgrund der Abläufe außer Zweifel, dass gezielte und geplante Aktionen gegen diese beiden Lehrer gelaufen sind. Und diese wurden natürlich nicht von den Schülern gesteuert. Das war dann wohl eher die verdecke Dienstaufsicht von BND oder Verfassungsschutz.
Auch über einen weiteren Lehrer sind gelegentlich Dinge erzählt worden, die zumindest unverschämt, vermutlich sogar gelogen waren. Aber es lässt sich zur Zeit nicht klären, ob es sich um eine länger anhaltende gezielte Aktion gehandelt hat.

# Das Verschwindenlassen im Ausland: Murat Kurnaz

Seit Anfang 2002 wird der in Bremen geborene und aufgewachsene Murat Kurnaz in Guantánamo festgehalten. Dieser Fall ist außerordentlich bemerkenswert, da die Amerikaner bereits im Herbst 2002 seine Freilassung vorhatten. Von den zuständigen deutschen Behörden ist dann aber ein Einreiseverbot gegen ihn verhängt worden, so dass er weiterhin in Guantánamo festgehalten wurde. Interessant ist, wie das Einreiseverbot zustande kam. Dazu lesen wir in der „Jungen Welt" vom 27.3.06 unter dem Titel „Humanisten des Tages:
Steinmeier & Co.":
*„Die USA jedenfalls (...) seien (...) zunächst durchaus bereit gewesen, Kurnaz zu entlassen. Pustekuchen, der Unschuldige sitzt immer noch. Und das hat er keinem geringeren zu verdanken als August Hanning, dem damaligen Leiter des Bundessicherheitshauptamtes ( BND ). Der SPD-Mann plädierte dafür, dass der gebürtige Bremer nicht wieder nach Deutschland einreisen darf. Gehorsam verfügte das zuständige Ausländeramt eine Einreisesperre, die ein Verwaltungsgericht allerdings schnell wieder aufhob.*
*Kanzleramt und Innenministerium (...) schlossen sich Hannings Wunsch sofort an. Sie befürchteten offenbar, das Image der USA könne Schaden nehmen, falls Kurnaz über seine Haftzeit auspacke. Verantwortlich dafür, dass der unschuldige Kurnaz nach dreieinhalb Jahren immer noch in Haft sitzt, ist letztlich der damalige Minister im Kanzleramt, Frank Walter Steinmeier ( SPD )."*
Interessant ist, dass deutsche Behörden sich um das Ansehen der USA sorgen während die Amerikaner selber keinerlei Probleme sehen und ihn, wie andere Festgehaltene auch, einfach gehen lassen wollten. So zum Beispiel nach einem Bericht von Spiegel Online vom 11. März 2004, nachzulesen unter: http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,289983,00.html
*„Fünf Briten ohne Auflagen freigelassen*
*Zwei Jahre lang saßen sie unter strengsten Sicherheitsbedingungen im US-Gefangenenlager Guantanamo auf Kuba ein. Der Verdacht: Taliban-Sympathisanten oder al-Qaida-Anhänger. Nun sind fünf Briten wieder auf freiem Fuß. Ohne irgendwelche Auflagen - dafür sahen die britischen Behörden keinen Anlass."*
Zu diesem Zeitpunkt saß Murat Kurnaz ebenfalls bereits 2 Jahre in Guantanamo fest.
Auch im Jahre 2005 wurden Gefangene freigelassen wie man aus dem folgenden Bericht der Netzeitung vom 21. Juli 2005 unter http://www.netzeitung.de/spezial/kampfgegenterror/349414.htm entnehmen kann.
*„Sieben Männer aus Guantanamo entlassen*
*(...)Die USA haben nach eigenen Angaben sieben Häftlinge aus Guantanamo freigelassen. Ein achter, aus Marokko stammender Gefangene sei an die spanische Justiz übergeben worden, teilte das Pentagon mit. Bei den Freigelassenen handele es sich um zwei Afghanen, einen Jordanier, einen Sudanesen und drei Männer aus Saudi-Arabien.*
*Die beiden Afghanen berichteten nach ihrer Ankunft in Kabul am Mittwoch, rund 180 afghanische Gefangene auf Guantanamo befänden sich seit etwa zwei Wochen im Hungerstreik. Ein Sprecher des US-Verteidigungsministerium sagte, ihm sei nichts von einem Hungerstreik bekannt, er werde die Angelegenheit jedoch prüfen lassen. Auch die Menschenrechtsorganisation Amnesty International in London wusste nichts von einem Hungerstreik."*
Wie man sieht lassen die Amerikaner Gefangene aus vielen Ländern frei, ohne dass diese dann besonders bewacht würden um zu verhindern, dass sie über ihre Behandlung berichten. Und diese Freigelassenen geben dann sogar Interviews. Der deutsche Journalist Roger Willemsen hat fünf Lagerinsassen – einen Jordanier, einen Palästinenser, zwei Russen und einen Afghanen für sein Buch „Hier spricht Guantánamo" befragt.
Inzwischen ( Frühjahr 2006 ) sollen insgesamt bereits 242 Gefangene aus den verschiedensten Ländern wieder freigelassen worden sein, 510 Sitzen weiterhin fest. Von den Freigelassenen sollen 10-15 sogar wieder bei Kämpfen aufgegriffen worden sein.
An den Amerikanern kann es ja dann wohl nicht liegen, dass Murat Kurnaz nicht freikam. Denn das Einreiseverbot für Murat Kurnaz wurde erst am 17. Januar 2006 vom Innenministerium aufgehoben. Und sofort hieß es aus den USA wieder, er werde in Kürze freigelassen, wie man in Spiegel Online vom 1. März 2006 unter http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,403706,00.html nachlesen kann:
*„Guantanamo: Bremer Kurnaz soll bald freigelassen werden*
*Die US-Behörden wollen den im Gefangenenlager Guantanamo festgehaltenen Bremer Türken Murat Kurnaz "in Kürze" freilassen. Es gebe keine Beweise für terroristische Aktivitäten.*
*Leipzig - Über die bevorstehende Freilassung berichtet die "Leipziger Volkszeitung" unter Berufung auf deutsche Regierungsmitglieder. (...)*

Das Bundesinnenministerium hatte das für Kurnaz bestehendes Einreiseverbot am 17. Januar 2006 aufgehoben.(...)"
In dieses Bild passt auch die Aussage von Murat Kurnaz die er gegenüber seinem amerikanischen Anwalt Baher Azmy gemacht hat: Die deutschen Geheimdienstbeamten sollen ihm gesagt haben *„Wir wollen Sie nicht zurück in Deutschland",(...). Er solle aufhören sich zu beschweren, schließlich sei er doch in der Karibik".*
Nachzulesen in einem längeren Artikel unter dem Titel „Falsche Zeit, Falscher Ort" zu finden in „Der Spiegel", Nummer 13, 2006, Seiten 38-42, aus dem hier die wichtigsten Stellen wiedergegeben sind.

*„Falsche Zeit, Falscher Ort*
*In Washington verhandeln deutsche Diplomaten derzeit über die Freilassung von Murat Kurnaz, der seit vier Jahren in Guantanamo sitzt. Geheime Protokolle zeigen: Kurnaz galt schon früh als unschuldig, Ende 2002 boten die USA sogar seine Freilassung an – doch die Deutschen wollten ihn nicht.*
*(...) Die Freilassung des gebürtigen Bremers mit türkischem Paß wäre ein diplomatischer Triumph für die Merkel Regierung – aber auch eine politische Blamage für den heutigen Außenminister und früheren Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier (SPD). Zudem dürfte sie den jetzigen Innenstaatssekretär und Ex-Geheimdienst-Präsidenten August Hanning unter Rechtfertigungsdruck bringen. Denn bis heute als geheim eingestufte Protokolle zeigen, dass die rot-grüne Bundesregierung bereits Ende 2002 eine große Chance verstreichen ließ, den jungen Bremer freizubekommen: Die Amerikaner hatten seine Freilassung angeboten – die Deutschen aber wollten seine Rückkehr verhindern, sie hielten Kurnaz für eine Gefahr. (...)*
*Kurnaz, darauf legt das Kanzleramt bis heute Wert, besitzt nicht die deutsche Staatsbürgerschaft, deshalb muss sich die Regierung formal gesehen nicht um ihn kümmern. Aber dass er zu einem politischen Problem werden würde, zu einem, um das man sich mit Hochdruck kümmern musste, das verstand auch das Kanzleramt, als der Bundesnachrichtendienst (BND) am 9. Januar 2002 in einer kurzen Notiz erstmals mitteilte, dass ein Heranwachsender aus Bremen in Kandahar festgehalten werde, Murat Kurnaz sei sein Name.*
*Im Kanzleramt wanderte der Vorgang nach dieser Information schnell bis ganz nach oben. Die Abteilung 6, zuständig für die Geheimdienste, informierte Steinmeier, des Kanzlers Mann für diskrete Dinge. Es geht um die Frage, ob BND-Leute nach Guantanamo fliegen sollen, wohin Kurnaz von Kandahar aus gebracht wurde. Das könne „sehr wertvoll" sein, notierte das Kanzleramt. (...)*
*Der CIA-Mann ( Anmerkung: Steve H. ) sitzt am 21 September 2002 mit im Flugzeug, als deutsche Geheime erst nach Washington und dann weiter nach Guantanamo fliegen. Die Delegation besteht aus einem Referatsleiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), der als guter Analytiker gilt, und einem profilierten Sachgebietsleiter des BND, einem Pakistan-Experten, der prädestiniert scheint, Kurnaz´ Story zu bewerten. Er wird begleitet von einem psychologisch geschulten Auswerter – in Pullach fand man, das könne nicht schaden.*
*Die Deutschen empfangen Kurnaz hinter einem schlichten Bürotisch im Camp Delta, die US-Militärs haben ihm schwere Ketten angelegt, falls der Häftling widerspenstig sein sollte. Aber Kurnaz ist nicht widerspenstig, im Gegenteil: Er begrüßt die Deutschen, als seien sie Freunde, „erleichtert" und „sehr kooperativ" wie sich die Beamten erinnern. „Ich gehöre nicht an diesen Platz", sagt er, es sprudelt nur so aus ihm heraus: „Ich bin unschuldig."*
*Und er fühlt sich schlecht behandelt: Die Zellen seien „zu klein", der Hofgang „zu kurz", zweimal die Woche nur für jeweils 15 Minuten. Die Deutschen nehmen die Beschwerden kommentarlos auf, im Hintergrund surrt eine Videokamera.*
*Auch der CIA-Mann lauscht der Geschichte des Gefangenen, er sitzt inkognito im Raum. Kurnaz soll nicht wissen, dass die CIA mithört, er soll sich den Deutschen offenbaren. Aber was er zu erzählen hat, offenbart nur eines: seine Bedeutungslosigkeit.*
*Zwei Tage lang redet Häftling „JJJFA", wie Kurnaz in Guantanamo heißt: Er berichtet, wie er von Lahore nach Karatschi und weiter nach Islamabad gefahren sei, dann nach Peshawar. Auf der Suche nach seiner eigenen Identität wollte der junge Muslim aus Deutschland in einer Missionsschule den Koran lernen. Doch die Glaubensbrüder wiesen ihn ab, er war schließlich nicht angemeldet. Nun irrte er durchs Land.*
*Ein junger englischsprachiger Mann habe ihn in Peschawar angesprochen und mitgenommen in ein Dorf, ein paar Freunde suchen, sagte er. Einen Tag seien sie vergeblich herumgelaufen. Auf der Rückfahrt habe ihn das pakistanische Militär festgenommen, sie hätten ihm die Augen verbunden und ihn in ein Gefängnis gebracht. Afghanistan habe er das erste Mal gesehen, als ihn das US-Militär nach Kandahar ausflog.*
*Das Urteil, das die Geheimdienst-Delegation nach Deutschland überbringt, ist vernichtend. Kurnaz, davon sind die Auswerter fest überzeugt, sei unschuldig. In dem bis heute als „geheim" eingestuften*

*Protokoll, das der BND dem Kanzleramt zuleitet, heißt es: Die Experten seien „zu der Überzeugung gelangt, dass Kurnaz lediglich zur falschen Zeit am falschen Ort war, jedoch nichts mit Terrorismus, geschweige denn mit al-Qaida zu tun hat".*
*Bei Kurnaz, resümieren die beiden BND-Auswerter, handele „es sich um einen durchschnittlich intelligenten und eher unterdurchschnittlich gebildeten" jungen Mann, der „teilweise einen unreifen beziehungsweise von naiven Ansichten geprägten Eindruck" hinterlassen habe. Ermittlern gilt der Mann allenfalls als Sympathisant der Taliban.*
*Seine fehlenden Kontakte sind es auch, die die Dienste Abstand nehmen lassen von einer Idee, die Deutsche und Amerikaner gemeinsam geboren hatten: Dass Kurnaz nach seiner Freilassung als Informant arbeiten könnte. Die Beamten fragen den ehemaligen Schiffsbaulehrling während der Vernehmung danach, sie haben den Eindruck, er wäre bereit dazu. Das Projekt wird nach der Rückkehr der Delegation von Hanning und Verfassungsschutzchef Heinz Fromm gestoppt: Wer niemanden kennt, kann auch nichts berichten.*
*Ähnlich schätzen auch die Amerikaner seine Rolle ein, jedenfalls die CIA. Noch auf der Rückreise, bei einem Zwischenstopp in Washington, überbringt der US-Auslandsgeheimdienst gute Nachrichten. Kurnaz, heißt es in einem fünfseitigen Verfassungsschutz-Vermerk vom 8. Oktober 2002, könne „damit rechnen, zur ersten Gruppe zu zählen, die freigelassen wird. Dies könnte bereits in naher Zukunft erfolgen". Ähnliches hat am 2. Oktober 2002 bereits der BND dem Kanzleramt berichtet: „Die Bitte des Leiters der Befrager an die US-Seite, Kurnaz möglichst bald freizulassen", notieren die Pullacher optimistisch, „wurde offensichtlich positiv aufgenommen. Noch am letzten Tag des Aufenthaltes wurde den BND-Vertretern mitgeteilt, dass die Vorentscheidung gefallen sei, Kurnaz bis November dieses Jahres nach Deutschland zurückzubringen."*
*Für die an der Befragung beteiligten deutschen Agenten spricht nichts gegen dessen Rückkehr. „Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit", urteilt der zuständige BND-Beamte, „besitzt Kurnaz bei einer Freilassung kein Gefährdungspotential hinsichtlich deutscher, amerikanischer oder israelischer Sicherheitsinteressen."*
*Es sieht so aus als könnte es jetzt ganz schnell gehen.*
*Der Eindruck verfestigt sich durch eine baldige Nachfrage der Amerikaner, wohin der Gefangene denn eigentlich abgeschoben werden soll: nach Deutschland oder lieber in die Türkei?*
*Die Türken haben sich bis dahin kaum um Kurnaz gekümmert, sie haben wenig Interesse an einem De-facto-Deutschen, der in der Türkei womöglich ein Problemfall würde. Sie haben den Amerikanern signalisiert, dass sie den jungen Mann aus Bremen nicht unbedingt haben wollen.*
*Jetzt kommt es also auf die Deutschen an. Die Entscheidung über Kurnaz´ Zukunft fällt am 29. Oktober 2002, gut einen Monat nach der Bundestagswahl.*
*An diesem Dienstag geht es um die Anfrage aus Amerika: Wohin soll Kurnaz ausgeflogen werden? (...) Als Erster ergreift der BND-Präsident das Wort. Er plädiert für eine Abschiebung in die Türkei, nicht nach Deutschland, mehr noch: Er regt eine Einreisesperre für Kurnaz an. Damit soll sichergestellt werden, dass Kurnaz nicht mehr zurück in sein altes Umfeld kann. Das Kanzleramt und das Innenministerium schließen sich dieser Meinung an: Ein Guantanamo-Heimkehrer könnte als Märtyrer ein Sicherheitsproblem, vielleicht auch ein Propaganda-Desaster werden.*
*Die negative Entscheidung wird alsbald der CIA mitgeteilt, in einem Schreiben des Verfassungsschutzes mit Datum vom 8. November 2002. Die Bundesregierung räumt heute ein, das BfV habe mitgeteilt, „aus deutscher Sicht bestehe der Wunsch, dass nach einer eventuellen Freilassung Murat Kurnaz nicht nach Deutschland zurückkehre".*
*Die Amerikaner können es zunächst gar nicht glauben: Die „Entscheidung der Bundesregierung", dass Kurnaz nicht nach Deutschland abgeschoben werden solle, heißt es in einem internen BND-Vermerk, stoße „bei US-Seite auf Unverständnis. Freilassung sei wegen seiner nicht feststellbaren Schuld sowie als Zeichen der guten Zusammenarbeit geplant gewesen".*
*Während die Sicherheitsexperten damit offenbar über Kurnaz´ nähere Zukunft entschieden haben, läuft offiziell ein diplomatisches Ringen um die Freilassung, denn im Auswärtigen Amt hat sich das Veto der Präsidentenrunde nicht herumgesprochen. Am 19. November 2003 spricht Fischer den Fall bei seinem amerikanischen Kollegen Colin Powell in Washington an. Powell und Fischer mögen sich. Aber für Guantanamo, sagt Powell, sei Pentagon-Chef Donald Rumsfeld zuständig, sein Rivale. Eine neue Haltung sei nicht erkennbar.*
*Warum die US-Behörden offiziell plötzlich auf stur schalten, darüber können die Diplomaten nur spekulieren. Vielleicht haben sich Hardliner im Pentagon durchgesetzt, vielleicht ist man in Washington einfach enttäuscht von dem Nein aus Berlin. Jedenfalls gilt die frühere Offerte nicht mehr, im Gegenteil: Vorwand um Vorwand präsentieren die Amerikaner, um die andauernde Haft zu rechtfertigen. Mal werfen sie Kurnaz bei einem Militärhearing im September 2004 vor, mit einem türkischen Selbstmordattentäter namens Gökhan Elaltuntas befreundet zu sein – ein dummer Irrtum, den daß Bundeskriminalamt schnell aufklären kann. Dann behauptet das „Büro für Gefangenenfragen" im Pentagon, Kurnaz sei ein überzeugter Qaida-Anhänger, einer derjenigen, von*

*denen Rumsfeld sagt, sie seien die „bestausgebildeten Killer der Welt“.*
*Und als Anfang 2006 die Gespräche in Washington beginnen, lässt John Bellinger, der Rechtsberater im US-Außenministerium fallen, der Bremer habe in der Schlacht um Tora Bora gekämpft, um Osama Bin Laden die Flucht zu ermöglichen. Das ist offenbar Unsinn, die Geschichte taucht in den Gesprächen nie wieder auf.*
*Auf der amerikanischen Seite führen Offiziere aus dem Pentagon die Verhandlungen, sie präsentieren Anfang Februar eine als „Top Secret“ eingestufte Gefährdungseinschätzung zu Kurnaz. Sie liest sich, als habe man es mit Bin Ladens Bremer Statthalter zu tun. Dazu überreicht die US-Delegation ein neueres Foto des Häftlings.*
*Seitdem stellen sich die Deutschen die Frage, ob sich der Westen auf Guantanamo nicht erst den Feind geschaffen hat, den er zu bekämpfen meinte. Denn Kurnaz trägt auf dem Bild einen gewaltigen Bart, der den mächtigen Brustkorb bedeckt. Die Augen blicken finster. Sein US-Anwalt Baher Azmy, der ihn gerade wieder besuchen durfte, erzählt, dass Kurnaz die endlosen Tage mit zwei Dingen füllt: Religion und Sport. (...)*
*Azmy kennt auch Kurnaz´ Meinung über die Deutschen, von denen sich der Häftling schlecht behandelt fühlt. „Wir wollen Sie nicht zurück in Deutschland“, hätten die Beamten angeblich bei ihrem Besuch gesagt. Er solle aufhören sich zu beschweren, schließlich sei er doch in der Karibik“. Ob die Vorwürfe stimmen, ist fraglich, aber sie geben wohl das Deutschlandbild wieder, das der Mann inzwischen entwickelt hat. Ist aus einem orientierungslosen Azubi aus Bremen, der offenbar Schwierigkeiten mit Frauen und Alkohol hatte und die Taliban wohl aus der Ferne bewunderte, also ein gefährlicher Radikaler geworden, wie es das Pentagon behauptet? (...)*
*Das Pentagon will Kurnaz deshalb nur gegen Sicherheitsgarantien übergeben, der Gefangene dürfe „keine Gefahr für die internationale Gemeinschaft“ darstellen. Er könne diese Leute doch „nicht einfach laufen lassen“, hat Bush der Bundeskanzlerin im Oval Office erklärt.*
*Wie Schulbuben müssen die deutschen Beamten in Washington deshalb vortragen, auf welche Art sie den Freigelassenen unter Kontrolle halten wollen. Lückenlose Observation wäre den USA am liebsten, dazu das Versprechen, ihn aus Deutschland nicht ausreisen zu lassen. Das Kanzleramt lehnt das ab, Kurnaz soll nicht noch einmal bestraft werden. Im Innenministerium hat die zuständige Abteilung schon einmal überschlagen, wie viel Personal wohl eine Observation rund um die Uhr binden würde. Ergebnis: Zu viel, vor allem vor der Fußball-Weltmeisterschaft.*
*Deshalb haben es die Unterhändler auch nicht übermäßig eilig. Jede Woche, die verstreicht, ohne dass Kurnaz freikommt, ist eine Woche ohne Probleme. Da würde es nicht stören, wenn er erst nach dem WM-Finale im Juli in Deutschland einträfe.“*

# Rechtsfreier Raum

In seinem Buch Demokratie und Geheimdienste ( Eichstädt 1995) schreibt der ehemalige Präsident des Bundesnachrichtendienstes ( 1985-1990 ) auf Seite 47 :

„Hinsichtlich nachrichtendienstlich zulässiger Mittel gilt, daß aus ethischen und politischen Gründen nur solche Maßnahmen geduldet werden können, die bei ihrer Bekanntgabe von der Öffentlichkeit akzeptiert würden. Das ist eine pragmatische Antwort auf eine schwierige Frage. Auszuschließen sind: Tötung ( Mord ), Folter, Entführung, Diebstahl, also praktisch alle kriminellen Handlungen. Das entspricht der deutschen Rechtsauffassung, Rechtslage und Praxis. In Deutschland sind nur solche nachrichtendienstlichen Mittel zulässig, die im Anschluß an die jüngste Gesetzgebung durch die Regierung genehmigt werden. Die Internationale Diskussion verdeutlicht das Dilemma, einerseits im Interesse der Arbeitsfähigkeit und der Aufgabenerfüllung der Dienste, also der Durchführung ihrer Aufgaben, die Dienste vor den Augen der Öffentlichkeit abzuschirmen, andererseits aber auch dem Anspruch der demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen gerecht zu werden, keinen rechtsfreien und keinen straffreien, keinen politisch kontrollfreien Raum entstehen bzw. fortbestehen zu lassen."

Wenn jemand sich versteckt und die Öffentlichkeit scheut, so hat er etwas zu verbergen. Wir leben nicht mehr im kalten Krieg, der zugegebenermaßen besondere Maßnahmen zur Abschirmung erforderlich gemacht hat, damit die Nachrichtendienste effektiv arbeiten konnten. Das trifft auf den im Ausland tätigen Bundesnachrichtendienst auch heute noch zu. Aber das Bundesamt und die Landesämter für Verfassungsschutz, dessen einzige Aufgabe darin besteht, die Regierung zu informieren, benötigen keine besondere Tarnung. Es sei denn, die Ämter für Verfassungsschutz haben etwas zu verbergen, sei es eine Überwachung solchen Ausmaßes, daß es von den Bürgern nicht mehr akzeptiert würde, sei es Verschwendung von Steuergeldern in ungeheurem Ausmaß, oder „ aktive Maßnahmen" zu denen sie nicht befugt sind, denn der Verfassungsschutz darf nicht innenpolitisch tätig werden.

Man achte auch auf die Formulierung: „keinen rechtsfreien und keinen straffreien, keinen politisch kontrollfreien Raum entstehen bzw. fortbestehen zu lassen." Also ist Herr Wieck mit mir einer Meinung, daß die Nachrichtendienste sich in einem rechtsfreien, straffreien, und kontrollfreien Raum bewegen. Ein Zustand der nach unserer beider Meinung nicht *fortbestehen* darf. Es besteht wohl kein Zweifel daran, daß Herr Wieck als ehemaliger Präsident des BND mit nachrichtendienstlichen Tätigkeiten vertraut ist. Wenn die Bundesrepublik tatsächlich ein demokratischer Rechtsstaat ist, dann darf es auch keine terroristische Geheimpolizei geben, die die politische Meinung der Bürger überwacht. Im übrigen ist auch Psycho*terror* Terror. Wenn es denn bei *Psycho*terror bleibt...

# Fragen ohne Antworten

Aus: “Geheimdienst ohne Maske“, Richard Meier, Bergisch Gladbach, 1992 (S.30ff) Fragen ohne Antworten

„Fast acht Jahre auf dem Sessel des Präsidenten eines deutschen Geheimdienstes gehen nicht spurlos an einem vorüber. Von führenden Politikern der Bundesrepublik wird man gekannt, geschätzt, geduldet, angefeindet, aber auch gefürchtet. Ein Präsident, was mag der alles gewußt haben? Was mag er alles heute noch wissen? Was muß er vergessen "können"? Was muß ihm in Erinnerung bleiben? So lauten die häufigsten Fragen, die mir gestellt werden. Journalisten – bemüht, einen Mythos bestätigt zu sehen – stellen diese Fragen, die nicht beantwortet werden können, nicht beantwortet werden dürfen. Obwohl es die Antworten gibt.

Etwa: Kennen sie Politiker, die heute noch Agenten eines osteuropäischen Nachrichtendienstes sind? Warum sind sie nie enttarnt worden? Wer hält die Hand über sie? Welche Beweise liegen vor? Oder sind es Agenten, von deren Spionagetätigkeit sie wissen, die sie indes nicht beweisen können?

Kennen sie Politiker, die für einen westlichen Nachrichtendienst arbeiten? Sogar gegen die Bundesrepublik? Wo arbeiten sie und für welchen Nachrichtendienst? Arbeiteten deutsche Politiker für den amerikanischen Nachrichtendienst CIA? Oder für den französischen Dienst?

Es wird so viel von der unzulässigen heimlichen Tätigkeit etwa beim Bundesamt für Verfassungsschutz gesprochen. Konnten sie als dessen ehemaliger Präsident wichtige Personalentscheidungen in Bonn beeinflussen? Haben sie Karrieren von Politikern beendet? Oder andere erst möglich gemacht? Und wessen Karrieren waren das? Welche die Öffentlichkeit möglicherweise erschütternden Tatsachen sind dabei vertuscht worden? Bei wem? Mit welchen Behauptungen? Ist dabei wirklich immer die ganze Wahrheit vorgetragen worden? Wenn nicht, warum dann – vielleicht – nur die halbe? Wie viele von diesen halben Wahrheiten sind ihnen heute noch gegenwärtig? Sind die Belasteten heute noch einflußreich? Wäre es nicht möglich, heute noch etwas gegen sie zu unternehmen?

Oder: Wie war das mit den zahlreichen Ministerrücktritten? Sind die "normalen" Gründe nur eine öffentliche Lüge gewesen? Gab es ganz andere Hintergründe? Besteht bei solchen Persönlichkeiten heute noch die Sorge, daß etwas von der Wahrheit ans Licht kommen könnte? Warum geschieht nichts? Oder wollen sie gar nicht, daß etwas geschieht?

Haben sie auch Material gegen Landesminister und Landes – Senatoren erhalten? Etwa durch ihren eigenen Dienst? Haben sie den entsprechenden Sachverhalt der zuständigen Bundespartei vorgetragen? Waren das Dinge, die die Lebensführung der Betroffenen berührten?

Wie hat dann die zuständige Bundespartei auf die jeweilige Landespartei eingewirkt? Oder haben sie als Präsident Parteikarrieren verhindert? Gelten nach ihren Erfahrungen bei Politikern andere Maßstäbe, als sie etwa bei ihnen selbst gegolten haben? Sie sind als politischer Beamter in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden, weil bei einem Autounfall eine "Bekannte" fahrlässig getötet wurde? Gibt es solche Verwicklungen auch in der Politik? Bei vielen Politikern? Welche Verwicklungen sind das? Sind diese Politiker bekannt oder unbekannt?

Gibt es politische Beamte, die noch heute im gleichen, ja vielleicht höheren Rang tätig sind, obwohl sie der bis 1982 amtierenden Regierung damals schon besonders gedient haben? Wenn ja, wer ist das?

Gibt es auch Staatssekretäre, die davon betroffen sind? In welcher Weise haben diese Beamten ganz besonders gedient? Mit welchen Politikern standen sie auf besonders gutem Fuß? Wußten sie als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz wirklich so wenig über die terroristische Szene? Oder hatten sie andere Gründe, diesen Eindruck zu erwecken?

Vor langer Zeit, vor über zwanzig Jahren, war zu lesen, daß deutsche Nachrichtendienste Geld an Journalisten fließen ließen, um gut "behandelt" zu werden? Sind dies immer noch bekannte Journalisten? Oder haben sie sogar eine bundesweite Karriere gemacht? Welche Entscheidungen sind über diese Journalisten beeinflußt worden? Wie ist das Bild in der Öffentlichkeit verzerrt worden? Haben deutsche Nachrichtendienste nie gegen die eigenen Politiker gearbeitet? Sind nie Dossiers über deutsche Politiker von deutschen Nachrichtendiensten angelegt worden? Über Politiker welcher

Parteien? Oder etwa nur einer ganz bestimmten? Sind Politiker bespitzelt worden? Von den eigenen Nachrichtendiensten? Haben Nachrichtendienste auf diesem Weg Politik gemacht?

Angenommen, die Bundesrepublik wäre durch einen Sieg der Kommunisten in die DDR eingegliedert worden – was hätte eine "Sonderbehörde" zur Aufarbeitung der "BRD – Vergangenheit" in den Akten der westdeutschen Geheimdienste alles finden können?

Dinge, die Gegenstand obiger Fragen sind? Oder noch viel schlimmeres? Wären sogar Erkenntnisse über Morde westlicher Geheimdienste zu lesen gewesen? Morde, von denen auch heute noch bedeutende Politiker westlicher Staaten wissen müßten? Weil sie sogar früher selbst zu dem betreffenden Geheimdienst gehörten? Oder könnte diese "Sonderbehörde" gar etwas über Folterungen bei westlichen Diensten erfahren, die uns besonders nahe stehen? Über die Morddrohungen, mit denen man die Folteropfer zum Schweigen bringt? Über Waffenlieferungen und andere Formen der Einmischung nach Art der Iran –Contra – Affäre? Oder über Staatsstreiche, die von diesen Diensten initiiert wurden? Wo? Unter welchen Umständen? Und was würde die "Sonderbehörde" daraus machen, mit ihrer kommunistischen Pflicht zur Wahrheit? Mit ihrer Pflicht zur Agitation? Gerade um zu zeigen, wie verlogen die freiheitliche Demokratie nach ihrer Meinung ist? Der Traum von der Wiedervereinigung – wäre er nicht zum Alptraum geworden?

All diese Fragen können nicht beantwortet werden. Sie beschäftigen mich aber ganz besonders."

Welche *Eindrücke* soll wohl der Leser gewinnen? Diese Fragen ohne Antworten sind sicher nicht ohne Grund geschrieben worden.

Die Antworten ergeben sich aus dem Zusammenhang.

# Totalitär?

Im Aufsatz „Von der alten zur neuen Totalitarismustheorie“ von Karl Heinz Roth, zu finden in: Johannes Klotz, Schlimmer als die Nazis?, Köln 1999, finden wir auf Seite 110 die von Carl Joachim Friedrich genannten Merkmale totalitärer Diktaturen in folgender Form: Ideologie mit Ausschließlichkeitsanspruch, monolithischer Machtapparat, Massenmobilisierung durch eine Einheitspartei, Propaganda und Kommunikationsmonopol, politischer Terror und Zentralverwaltungswirtschaft. Nun sehen wir uns an, was C.J.Friedrich in seinem Buch Totalitäre Diktatur, Stuttgart 1957, auf Seite 19/20 tatsächlich als Merkmale totalitärer Staaten anführt:

Eine offizielle Ideologie, eine Massenpartei, eine terroristische Geheimpolizei, das Monopol aller Nachrichtenmittel, das Waffenmonopol und die zentrale Lenkung und Beherrschung der Wirtschaft. Wir sehen, daß das totalitäre Merkmal des Waffenmonopols des Staates einem verschwommenen „monolithischern Machtapparat“ weichen mußte. Denn in der Bundesrepublik hat der Staat ja das Waffenmonopol. Nicht nur das, er maßt sich sogar das *Gewalt*monopol an, und das obwohl nach dem Grundgesetz alle Macht vom Volk ausgeht und dem Volk ein Widerstandsrecht gegen Unrecht und totalitäre Bestrebungen zugestanden wird. Wie wir gesehen haben nutzt der staatliche Machtapparat dieses „Gewaltmonopol“ exzessiv aus, um seine Interessen durchzusetzen. Und zwar mit Hilfe der Geheimdienste, die insofern alle Merkmale einer terroristischen Geheimpolizei erfüllen, die sogar die Parteien und die Politiker überwachen, die ja eigentlich die Verwaltung kontrollieren sollen. Und welcher Politiker will sich schon mit dem Geheimdienst anlegen? Er würde mit einer Desinformations- und Zersetzungskampagne überzogen werden, so daß er bei der nächsten Wahl nicht mehr anzutreten braucht.

Vor zwanzig Jahren wurde noch über das „Primat der Politik“ diskutiert. Also, daß die Politik in einer freien und demokratischen Gesellschaft letztlich die Entscheidungen trifft. Diese Diskussion ist offensichtlich zu Gunsten des Beamtenapparates ausgegangen, denn eine Kontrolle durch die Politik findet nicht mehr statt. Jedenfalls nicht im Geheimdienstbereich. Der Leser wird sich vielleicht noch daran erinnern, daß die Grünen im Bundestag die Frage gestellt haben, wie viele gesellschaftliche Mitarbeiter für das Bundesamt für Verfassungsschutz arbeiten. Darauf gab es keine Antwort, da die meisten Abgeordneten das offensichtlich nicht so genau wissen wollten. Aber es muß wohl eine so hohe Zahl sein, daß es in der Öffentlichkeit nicht geduldet würde. Denn warum muß man solche Zahlen geheimhalten, wenn man nichts zu verbergen hat?

Apropos Politik. Wie sieht es mit einer Massenpartei aus? Nun es gibt die großen Volksparteien. Auch dabei handelt es sich also um Massenparteien, die alle politisch Aktiven für sich vereinnahmen, einbinden und gleichschalten wollen. „Volksparteien“ entsprechen, auch wenn sie sich beim Regieren abwechseln, doch trotzdem den Massenparteien in totalitären Systemen. Vor allem in der Konsensgesellschaft. Ein Begriff, der die komplette Gleichschaltung aller Parteien mit den staatlichen Behörden, mit Presse und Rundfunk und den „gesellschaftlich relevanten Gruppen“ ja ganz offen ausspricht. Da bleibt kein Platz für Leute, die ihre politischen Rechte in Anspruch nehmen wollen. Denn das würde ja an die Wurzeln dieses Konsenses gehen.

Es hat in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Parteineugründungen gegeben, die auch zu den Wahlen angetreten sind. Helmut Kohl sagte im Herbst 1999, dass er sich mit Franz Josef Strauss und Helmut Schmidt immer einig war, daß keine demokratisch legitimierten Parteien neben den etablierten geduldet werden könnten. Und andere führender Politiker, insbesondere der CDU, wiederholten: „Außer den etablierten großen Volksparteien darf es keine demokratisch legitimierten Parteien geben“. Warum eigentlich nicht? In einer Demokratie? Im freiesten Staat den es je auf deutschem Boden gegeben hat? Und an wen ist diese Aufforderung gerichtet? Sicherlich auch an die Mitarbeiter der Geheimdienste, der geheimen Polizei für das politische.

Wenn sich dieser Aufruf also an die Nachrichtendienste richtet, dann kann man damit rechnen, daß diese Nachrichtendienste darauf mit nachrichtendienstlichen Mitteln reagieren. Also Desinformation, Zersetzung und Terror bis zur offenen, politisch motivierten Gewalt. Das heißt nicht unbedingt, daß Beamte selber tätig werden. Man hat seine nützlichen Idioten und Kleinkriminellen, die für etwas Anerkennung oder einen kleinen finanziellen Vorteil gerne einmal eine Straftat begehen. Beispielsweise die Auslieferung unliebsamer Zeitungen behindern. Oder dem einen oder anderen Oppositionellen eine blutige Nase verpassen. Das kommt vor. Aber die Hintergründe bleiben ja geheim. Und manchmal wissen die Schläger gar nicht, daß man sie benutzt und manipuliert.

Oder man hetzt die Mitglieder der unerwünschten Partei mit Hilfe von Einflußagenten gegeneinander, so daß sie beschäftigt sind. Auch ist man schnell mit einer Hetzkampagne behilflich. Und das geht nur, wenn es das totalitäre Monopol der Nachrichtenmittel in der Hand der Volksparteien beziehungsweise des Staates gibt. Offiziell haben wir ja Pressefreiheit. Aber auch die Presse und deren Mitarbeiter unterliegen wirtschaftlichen Zwängen. Also ist man darauf angewiesen, sich bei staatlichen Stellen, insbesondere wenn sie mit Sicherheitsaufgaben betraut sind, sowie bei der Politik nicht unbeliebt zu machen. Das wäre schlecht für das Geschäft. Und für die Karriere. Es bedarf also einer gewissen Vorsicht beim Umgang mit Staat und Politik. Was ja nicht so schlimm ist, denn wenn die Presse nicht berichtet, dann merkt es ja keiner. Und was der Bürger nicht weiß, das macht ihn nicht heiß. Aber man läßt sich natürlich nicht von „oben“ unter Druck setzen. Denn man berichtet aus eigenem Entschluß nicht. Denn man ist ja frei. So frei, daß man jedem potentiellem Konflikt freiwillig, sozusagen in vorauseilendem Gehorsam, aus dem Wege geht. Das erspart dann nachher unangenehme Diskussionen oder gar Streit mit dem Vorgesetzten, der ja auch wieder Sachzwängen unterliegt, also auch nicht so ganz frei in seiner Entscheidung ist.

Dieser Mechanismus ist unter Journalisten als die Schere im Kopf bekannt. Das heißt, man benötigt die unschöne und für alle Beteiligten so überaus peinliche Zensur nicht mehr, wenn alle diszipliniert ihre Aufgabe erfüllen. Wie ein Uhrwerk. Eine praktische Konfliktvermeidungsstrategie. Das ist gut für das Betriebsklima. Allerdings nicht für die Demokratie. Aber das bleibt ja, wenn nicht darüber berichtet wird, geheim.

Und wie sieht es mit einer offiziellen Ideologie aus? Auch damit kann gedient werden: Es werden immer wieder Schlagwörter gepredigt, die unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt ständig wiederholt werden. Beispiel gefällig?

**Die freiheitlich demokratische Grundordnung.** Was nicht heißt daß es wirkliche Freiheit und Demokratie auch im Einzelfall gibt, nur die Grundordnung ist freiheitlich demokratisch. Aber die Realität besteht nun mal aus einer Anhäufung von Einzelfällen!
**Der freieste Staat, den es je auf deutschem Boden gegeben hat.** Warum das wohl immer wiederholt werden muß? Offensichtlich wird diese Lebenslüge jetzt auch schon intern als solche erkannt. Und wenn sogar die Katholische Kirche bereits Fürbitten für die Mächtigen und die Regierenden verlesen lässt, oder gar, bis jetzt zwar nur andeutungsweise, die Legitimierung von Herrschaftsstrukturen in Frage stellt, nun dann haben wir *wirklich* ein Problem!
**Der Rechtsstaat.** Wenn man sich manche Urteile deutscher Richter ansieht, dann stehen einem die letzten Haare zu Berge. Geht es vor Gericht nur noch um die Disziplinierung einzelner Untertanen? Man kann den Eindruck nicht mehr verdrängen, daß unbekannte Faktoren in die Urteilsfindung einfließen. Zum Beispiel der Inhalt der Geheimdienstakten. Das könnte so manches überaus merkwürdige Urteil oder exzessives Strafmaß erklären, während andere mit einer sehr milden Strafe davon kommen. Wir wollen doch hoffen, daß es sich dabei nicht um Richterwillkür handelt. Dann schon lieber eine Entscheidung auf Grund der Geheimdienstakten. Das wäre zwar Rechtsbeugung, aber es bliebe ja geheim. Und wenn in den Akten falsche Informationen stehen, dann wäre auch das nicht so schlimm, denn auch das bliebe ja geheim. Pech für den Verurteilten, der sich nicht wehren kann. Schon deshalb nicht, weil er die Zusammenhänge nicht kennt.
**Die Konsensgesellschaft.** Vor 1000 Jahren hieß es gleichgeschaltet, ein kleiner, unbedeutender Wechsel in der Bezeichnung für ein deutsches Grundphänomen, sozusagen die Ideologie des „ewigen Deutschen“. Den einzelnen Deutschen gibt es ja nicht. Er tritt immer nur in der Masse auf. Denn: Du bist nichts, dein Volk ist alles. Oder moderner: Wo kommen wir hin, wenn jeder das macht, was er will.

Nun, in der Demokratie ist ja jeder sozusagen verpflichtet das zu tun, was er für richtig hält. Nicht, was ihm befohlen wird. Insofern ist also das Deutsche Volk in gewisser Weise demokratieunfähig und deshalb massiv anfällig für alle Arten von totalitären Diktaturen, seien sie nun absolutistisch wie das Kaiserreich, nationalsozialistisch wie das dritte Reich, oder einfach nur sozialistisch wie die DDR. Irgendwie kann man den Eindruck gewinnen, daß die Deutschen mit deutscher Gründlichkeit sogar aus der Demokratie eine Diktatur machen können. Sozusagen die Demokratische Diktatur.

Denn irgendwie muß ja trotz allem regiert werden. Und in einer Demokratie regiert es sich mit Sicherheit viel schwerer. Also bedarf es besonderer Anstrengungen und eines erhöhten Aufwandes. Denn man kann ja in einer Demokratie nicht einfach anordnen. Aber man kann manipulieren. Und erpressen. Und lügen. Die Öffentlichkeit würde solche Aktionen natürlich nicht tolerieren. Aber dafür hat man ja den Geheimdienst. Und die halten absolut dicht. Also bleibt es geheim.

Und wenn manipuliert wird, dann erfährt selbst das Opfer nicht, daß es unter Sonderbehandlung steht. Es läuft halt die eine oder andere Sache nicht so ganz wie sie laufen sollte. Pech gehabt. Das kommt nun mal vor.

Auch die political correctness mit ihren von oben vorgeschriebenen obligatorischen Sprachregelungen und Verhaltensvorschriften ist eindeutig ein Element totalitärer Ideologie.

Ebenso wie die vielen Geßlerhüte, die jeder täglich zu grüßen hat. Da fällt uns die hungrige Parkuhr ein. Oder die überflüssigen Schilder. Und die Vernichtung von Parkplätzen. Wir erinnern uns auch immer wieder gerne an die offenherzigen Aussagen von Politikern und Bürokraten, daß man den „mündigen Bürger" erziehen muß. Das schluckt der Deutsche ohne Murren. In anderen Ländern würde mancher bei dem bloßen Gedanken daran, daß die Obrigkeit ihn erziehen will nach dem Abschleppseil suchen. So daß man es bei Bedarf zur Hand hat. Bäume und Laternen gibt's ja genug. Übrigens, sortieren Sie auch schön ihren Müll? Nicht vergessen, die Joghurtbecher auszuspülen. Denn hier kommt die Müllabfuhr in manchen Gemeinden nur alle sechs Wochen. Das glaubt einem in Frankreich oder Spanien niemand. Denn dort wird der Müll mehrmals in der Woche, wenn nicht sogar jeden Tag, abgeholt.

Aber es kommt nicht auf den Inhalt der Vorschriften an. Hauptsache ist, daß der Untertan sich jeder, von oben angeordneten Maßnahme, und zwar ohne nachzudenken, unterordnet. Also den Hut auf der Stange grüßt. Und wer das nicht tut, der ist ein potentieller Unruhestifter, denn er will sich ja nicht einfügen. Und mit dem Hut auf der Stange kann man solche Problemfälle ausfindig machen und präventiv die nötigen Maßnahmen ergreifen. Bevor es zu Problemen kommt. An unsinnigen Vorschriften kann das Volk Untertänigkeit üben. Dann hat man es leichter, neue Ideologien ohne Diskussion durchzusetzen. Ich bin davon überzeugt, daß man, mit den bereits installierten Herrschaftsinstrumenten, in Deutschland innerhalb von maximal 5 Jahren jede noch so verrückte Ideologie durchsetzen kann. Selbst wenn es sich um die Wiedereinführung des Nationalsozialismus inklusive der Verfolgung der Minderheiten handeln sollte. Möglicherweise reichen auch 2 bis 3 Jahre. Das ist sicher für den Leser eine erschreckende und überraschende Vorstellung. Es erscheint auf den ersten Blick sicher auch unmöglich. Und doch haben wir eine komplette Kehrtwende innerhalb kürzester Zeit gerade erlebt. Und den wenigsten ist sie aufgefallen. Es handelt sich um den Einsatz der Bundeswehr in Jugoslawien. Es hieß immer die Bundeswehr sei eine reine Verteidigungsarmee. Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen. Aber von einem Tag auf den anderen waren alle guten Vorsätze vergessen. Heute trainiert die Bundeswehr in Jugoslawien den Einsatz gegen Zivilisten.

Wie sieht es nun mit der Wirtschaft aus? Ist die frei oder gleichgeschaltet? Da sehen wir uns an, wer in den großen Konzernen die Entscheidungen trifft. Es ist auch dort die Nomenklatur am Werke. Die Parteien haben sich den gesamten Staat zur Beute gemacht. In den Aufsichtsräten sitzen aktive Politiker. Ausgediente Parteibonzen, für die keine Verwendung mehr besteht, werden mit Direktorenposten abgefunden und so versorgt und ruhiggestellt. Und im übrigen ist es eine unverschämte Lüge, wenn man bei einem Steuersatz von zum Teil über 50 % ( Natürlich plus Mehrwertsteuer! ) von einer freien Wirtschaft spricht. Noch nie in der Geschichte hat ein Staat seinen Untertanen so viel von ihrem Einkommen gestohlen. Es wäre ja auch nicht möglich gewesen. Aber bei der heutigen Produktivität, ermöglicht durch den technischen Fortschritt fällt dieser Diebstahl nicht so leicht auf. Aber vielleicht finden wir hier die Erklärung für das Phänomen, daß der Fortschritt in der Produktivität, den es in den letzten 2 Jahrzehnten gegeben hat, spurlos an einem großen Teil der Bevölkerung vorbeigegangen ist. Das Volk ist von der Staats- und Parteienmafia enteignet worden.

Zum Waffenmonopol des Staates, als sechstem Merkmal eines totalitären Systems, finden wir im Handbuch der Faustfeuerwaffen von Gerhard Bock, Melsungen 1962, auf Seite 454: „Zur Zeit befindet sich ein neues Waffengesetz für die Bundesrepublik in Vorbereitung, daß das strenge Gesetz des totalitären Staates ablösen soll, das im Jahre 1938 beschlossen wurde und heute wieder gilt." Heute haben wir ein noch viel schärferes Waffenrecht, als das totalitäre dritte Reich. Und weiter schreibt Gerhard Böck: „Zeige mir dein Waffengesetz und ich will dir sagen, ob du als freier Bürger in einem souveränen Staat lebst." Warum hat der staatliche Apparat Angst vor bewaffneten Bürgern? Vielleicht befürchtet man „oben", daß der Untertan eines Tages herausfindet, wie er wirklich belogen und betrogen wird.

Da ist es sicherer, wenn man das Gewaltmonopol für sich selber in Anspruch nimmt. Denn die Macht sitzt auch heute noch auf den Bajonettspitzen und kommt aus den Läufen der Gewehre ( Rosa Luxemburg ). Und überall auf der Welt und zu allen Zeiten definierte man einen freien Mann

folgendermaßen: Ein freier Mann ist jemand, der in der Öffentlichkeit Waffen tragen darf. Es kommt natürlich nicht darauf an, daß man dieses Recht in Anspruch nimmt, denn es wäre ja auch lästig, den ganzen Tag über Waffen mit sich herumzuschleppen. Aber wer jetzt meint, sich mittels illegaler Bewaffnung zu einem freien Mann machen zu können, hat den Punkt nicht erfaßt. Es geht um das *Recht* Waffen zu tragen. Auch wenn totalitäre Systeme einen ungeheuren propagandistischen Aufwand betreiben, um die Untertanen vom Gegenteil zu überzeugen.

In: „Die Insider“, Gary Allen, Wiesbaden 1974, finden wir auf Seite 177f folgendes:

Terror und Willkür sind zur Aufrechterhaltung einer Diktatur unerläßlich – Beispiele erhärten diese Behauptung. Es kann niemand im Ernst darauf spekulieren, wer sich nicht mit Politik abgebe, bleibe von allen ihren Folgen unberührt. (...)

Der Historiker Dr. Warren Carroll und ein Flüchtling vor dem Kommunismus Jugoslawiens, Mike Djordjewich, haben vor einigen Jahren vierzehn Meilensteine auf der Straße zum Totalitarismus zusammengestellt. (...)

1. Einschränkung bei der Ausfuhr von Geld und beim Eröffnen oder Beibehalten von Bankkonten amerikanischer Bürger
2. Abschaffen des Privatbesitzes von Handfeuerwaffen
3. Inhaftieren von Bürgern ohne Gerichtsverfahren
4. Die Vorschrift, private finanzielle Transaktionen mit Sicherheitskennziffern zu versehen, so daß Daten darüber gespeichert werden können
5. Anwendung von Schulpflicht – Bestimmungen und Verbot der noch existierenden Privatschulen
6. Nichtmilitärische ( Arbeits- ) Dienstpflicht
7. Psychologische Zwangsbehandlung
8. Bezeichnung aller antikommunistischen Organisationen als umstürzlerisch und deren Unterdrückung
9. Gesetz zur Begrenzung der Personenzahl bei privaten Zusammenkünften
10. Eine entsprechende Änderung der Paß – Ordnung, die das Erhalten und den Gebrauch von Pässen erschwert
11. Lohn- und Preiskontrollen, insbesondere zu Nicht – Kriegszeiten
12. Zwangsregistrierung von Arbeitsverhältnissen
13. Einschränkung der Bewegungsfreiheit innerhalb der Vereinigten Staaten
14. Gesetze in Kraft zu setzen, ohne durch eine gesetzgebende Instanz die Ermächtigung zu haben

Auch anhand dieser Punkte kann der Leser überprüfen, welchen Status sein Land einnimmt. Übrigens kommt es bei der Einstufung von Gesellschaftsformen nicht darauf an, ob diese totalitären Mechanismen in der Öffentlichkeit bekannt sind. Denn entscheidend ist die Realität, nicht das, was veröffentlicht ist oder was die Propaganda als Realität darstellt.

# Politische Polizei

Zu diesem Thema lesen wir in: Wir Bürger als Sicherheitsrisiko: Berufsverbot und Lauschangriff - Beiträge zur Verfassung unserer Republik, Wolf - Dieter Narr, Reinbek, bereits 1977:

*Dem SPD - Abgeordneten Wolfgang Pennigsdorf gelingt es, der niedersächsischen Landesregierung im Landtag (...) Erklärungen zu entlocken, durch die offenkundig wird, daß nicht nur Organisationen, die bei den Behörden als „verfassungsfeindlich" abgestempelt sind, nicht nur Bürgerinitiativen, nicht nur Amnesty International, sondern auch alle erdenklichen anderen Vereinigungen, einschließlich der großen Parteien, jederzeit überwacht werden. Die Landesregierung verlautbart: "Nach dem Grundsatz der Einheit der Staatsgewalt hat die Polizei Nachrichten oder Unterlagen, deren Kenntnis auch für andere Behörden zur Erfüllung ihres Aufgabenbereichs notwendig sein könnte, an diese Behörden weiterzuleiten. Aus diesem Grunde übermittelt die Polizei selbstverständlich Berichte über Aktionen von Organisationen oder anderen Gruppierungen mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung an die Verfassungsschutzbehörde. Es werden aber auch Berichte über Veranstaltungen demokratischer Organisationen oder Gruppierungen an die Verfassungsschutzbehörde weitergeleitet. Denn bekanntlich versuchen links- oder rechtsextremistische Organisationen oder Gruppierungen immer wieder, Veranstaltungen demokratischer Organisationen zu stören oder in ihrem Sinne ´umzufunktionieren´... Ebenso ist es für die Verfassungsschutzbehörde wichtig, von der Polizei zu erfahren, ob Veranstaltungen demokratischer Parteien oder Organisationen störungsfrei verlaufen sind." Kurz: Kein Demokrat ist vor geheimdienstlicher Beobachtung sicher.*

Das war vor fast einem viertel Jahrhundert. Heute ist man da schon weiter: Bei den Geheimdiensten handelt es sich um die Polizei für das Politische. Da es eine Polizei, die sich um die politische Meinung der Bevölkerung kümmert, im „freiesten Staat, den es je auf deutschem Boden gegeben hat", nicht geben darf, denn das würde ja gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung verstoßen, werden die Aktivitäten der Geheimdienste naturgemäß geheimgehalten. Worin besteht nun aber die Aufgabe dieser „politischen Polizei"?

Nun, in jeder Gesellschaft gibt es unterschiedliche Meinungen und Dissens über allgemeine politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Themen. Eine natürliche Erscheinung, die dazu führt, die jeweiligen Zustände in der Öffentlichkeit zu diskutieren und, in einem demokratischen System, eine Lösung zu finden, die der Mehrheitsmeinung entspricht. Das heißt nicht notwendigerweise, daß die Mehrheit immer die richtige Entscheidung treffen muß. Aber jeder kann in der Diskussion seine Meinung einbringen, und versuchen, den anderen mit Argumenten zu überzeugen.

Diese ständige Diskussion und Anpassung der Politik ist notwendig, um einen Stillstand, eine Versteinerung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu vermeiden. Denn eine solche Blockade führt zu einer Anhäufung von ungelösten Problemen. Das kann man am Schicksal des Ostblocks sehen, in dem ja über Jahrzehnte die große Mehrheit der Bevölkerung von der Entscheidungsfindung ausgeschlossen war. Man hat Dissidenten in Lagern und psychiatrischen Anstalten verschwinden lassen, anstatt sich inhaltlich mit ihnen auseinanderzusetzen.

Naturgemäß empfindet der Apparat jede politische Diskussion als Bedrohung der etablierten Verhältnisse, auch wenn diese Diskussion und die damit verbundene Form der Entscheidungsfindung ausdrücklich in der herrschenden Ordnung vorgesehen, ja vorgeschrieben ist. Eine Entscheidungsbefugnis des Verwaltungsapparates ist dagegen, systembedingt, in einer Demokratie ausgeschlossen. Trotzdem ist es so, daß die Verwaltung die Entscheidungskompetenz praktisch an sich gezogen hat.

Die Politiker sind auf ihre Verwaltung angewiesen. Gegen seine Verwaltung kann kein Politiker Entscheidungen treffen. Zeitweise kann man den Eindruck gewinnen, daß viele Politiker nur noch der Pressesprecher ihres Beamtenapparates sind. Sie müssen die Entscheidung der Verwaltung der Bevölkerung gegenüber vertreten und werden so in das System eingebunden. Und diese Verwaltung beschäftigt die Politiker, hetzt sie von einem Termin zum anderen und schirmt sie von der Bevölkerung ab. Ein Minister mit einem 18 Stunden Tag hat naturgemäß wenig Zeit, wichtige Entscheidungen zu überdenken, mit anderen zu diskutieren, und eine ausgewogene Entscheidung zu treffen. Es bleibt oft nur die Zeit, einen vorbereiteten Text zu unterzeichnen und dann zum nächsten Termin zu eilen. Hier wäre weniger mit Sicherheit mehr.

In gewisser Weise besteht zwischen Verwaltung und Politik ein Verhältnis wie zwischen Geiselnehmer und Geisel. Sie sind, trotz der entgegengesetzten Interessen, aneinander gebunden. Der

Geiselnehmer hat die volle Gewalt über seine Geisel, entscheidet über Leben und Tod, das heißt, über Erfolg oder Mißerfolg des Politikers. Und gemeinsam haben sie Angst vor der Polizei im einen und der Bevölkerung im anderen Fall.

Aber auch in der Bevölkerung regt sich bei schwindender demokratischer Legitimierung von Herrschaftsstrukturen politisches Interesse. Und da gilt es nun den Anfängen zu wehren. Da man keine offenen politischen Prozesse durchführen kann, geht man verdeckt vor. Dazu steht eine große Palette an Maßnahmen zur Verfügung, um Dissens abzuwürgen. Beliebt ist die Kriminalisierung. Man gibt Gelegenheit zur Begehung von Straftaten. Damit kann man die Zielperson entweder Erpressen oder vor Gericht stellen.

Junge Leute werden zum Drogen- und Alkoholkonsum geführt. Das stellt ruhig und beschäftigt. Und bei Bedarf kann man sie immer tiefer in ihre Sucht treiben. Diese Verfahren sind wenig aufwendig. Anfällige Personen kann man damit innerhalb kürzester Zeit ausschalten.

Wer sich aber nicht kriminalisieren oder anderweitig ruhigstellen läßt, wird isoliert. Dazu bedient man sich der Zersetzung, um diese Personen aus ihrer bisherigen Umgebung zu vertreiben. Gleichzeitig baut man einen Kreis aus neuen „Freunden“ auf. Diese sind sehr liebenswürdig, und man kann mit ihnen seine Ansichten in der Gruppe besprechen. Damit ist die unerwünschte Meinung isoliert, also kein Problem für das System. Gleichzeitig versucht man fortgesetzt die Zielperson zu radikalisieren, damit sie sich in der Öffentlichkeit unmöglich macht. Es ist dabei natürlich ohne Belang, in welche Richtung diese Radikalisierung vorangetrieben wird.

Gleichzeitig bauen sich die Geheimdienste auf diese Weise radikalisierte Gruppen auf, die als Bürgerschreck benutzt werden. So kann man mehr Personal und Geld fordern, denn man muß dieser „Bedrohung“ ja irgendwie begegnen. Wer sich von diesen Maßnahmen der Geheimdienste nicht „abschalten“ läßt, läuft Gefahr, daß man ihm schwerwiegende Probleme bereitet. Das geht von allgemeiner Zersetzung, also dem Verbreiten von Gerüchten, dem Gegeneinanderhetzen von Nachbarn, Arbeitskollegen und Familienmitgliedern, Drohungen aller Art bis zu Sabotage und verdeckter und offener Gewalt. Dabei geht man natürlich immer so vor, daß keinerlei verwertbare Spuren zurückbleiben.

Ein sicheres Zeichen für das Wirken der Geheimdienste kann man darin sehen, wenn andere Behörden „stillhalten“, das heißt darauf verweisen, daß es keinerlei Beweise gibt. Gerade dieses Stillhalten ist der offensichtliche Beweis, daß diese Behörden einem Geheimdienst Amtshilfe leisten. Denn ein Tätigwerden ausländischer Geheimdienste oder privater Organisationen würden staatliche Behörden natürlich nicht dulden. So findet politische Verfolgung verdeckt statt. Und manch einer, der sich in kriminelle Machenschaften oder Drogenkonsum verstrickt hat, kennt die wahren Hintergründen für sein „Verschwinden“ im Gefängnis, in der Sucht oder in der Psychiatrie nicht. Und wer in dauernden Auseinandersetzungen mit seinen Nachbarn, Arbeitskollegen oder seiner Familie aufgerieben wird, sollte sich ernsthaft die Frage stellen, ob er nicht ein klein wenig zu demokratisch ist. Oder das eine oder andere Mal seine Meinung gesagt hat. Denn Ruhe ist die erste Bürgerpflicht.

Und dann gibt es noch die persönlichen Rachefeldzüge von Mitgliedern des Apparates, die ihren Mitmenschen falsche Berichte in die Akten setzen. Oder sie zum Abschuß freigeben. Denn menschliche Schwächen gibt es überall. Auch beim Geheimdienst. Und manche Autoren sind der Meinung, daß die Mitgliedschaft in einem Geheimdienst wegen des zweifelhaften Umganges den Charakter verdirbt. Aber das macht ja nichts. Das merkt ja keiner. Denn es bleibt ja geheim. Und die Geschichte mit der demokratischen Kontrolle ist offensichtlich eine Desinformation der Geheimdienste. Denn nicht die Politik kontrolliert. Sie wird kontrolliert. Und zwar offensichtlich sehr effektiv.

Vielleicht ist dem einen oder anderen Leser im oben zitierten Text die Formulierung „Einheit der Staatsgewalt“ aufgefallen. Eine interessante Rechtskonstruktion. Länder die keine Gewaltenteilung besitzen, also die Einheit der Staatsgewalt verwirklicht haben, nennt man Totalitär. Offensichtlich eine alte deutsche Krankheit...

# Der Spitzelstaat oder: Es steht mehr in der Zeitung als man meint...

Im Folgenden werden wir einen besonderen Aspekt des Spitzelstaates betrachten. Wie aus den Berichten in Presse und Rundfunk Anfang 2002 wieder einmal deutlich wurde, sind insbesondere nationale Kreise in Deutschland ganz besonderer Bespitzelung und Einflussnahme durch den Staat unterworfen. Immer wieder werden Unschuldige zum Ziel von Gewalt der Geheimdienstspitzel. Interessant ist, daß sogar die Opfer des 3. Reichs heute wieder von Mitarbeitern des Staates terrorisiert werden. Dazu findet sich in der Zeitung Junge Welt am 13.2.2002 folgender Beitrag:

***Klage gegen Bundesrepublik***
*Opfer des Neonaziüberfalls auf Gedenkfeier im KZ Kemna fordern Aufklärung über beteiligte V-Männer*
*Die Opfer des brutalen Überfalls von Neonazis auf eine Gedenkveranstaltung in der KZ-Gedenkstätte Kemna bei Wuppertal haben sich am Dienstag mit einem Schreiben an das Bundesverfassungsgericht, an die Mitglieder der parlamentarischen Kontrollgremien im Bundestag und in den Landtagen und an den Innenausschuß des Bundestages gewandt. Hintergrund: Unter den im NPD-Verbotsantrag der Bundesregierung als Zeugen genannten, nachträglich in der Presse jedoch als V-Leute des Verfassungsschutzes benannten Mitglieder der Partei waren auch zwei maßgeblich am Überfall beteiligte und dafür verurteilte Neonazis.*
*Während der erwähnten Gedenkveranstaltung hatten am 9. Juli 2000 am Mahnmahl der Gedenkstätte des KZ Kemna etwa 15 zum Teil vermummte Täter die Teilnehmer angegriffen, sie mit Steinen beworfen und mit Stöcken auf sie eingeschlagen. Unter den Opfern war eine Frau mit einem kleinen Kind und hochbetagte Verfolgte des Naziregimes. Als Täter konnten später Neonazis aus Duisburg, Schwelm und Wuppertal gefasst werden. Zehn der Täter waren zum Tatzeitpunkt Mitglieder der NPD bzw. von deren Jugendorganisation JN. Das Landgericht Wuppertal verurteilte Thorsten Crämer, Bundesschulungsleiter der JN und Beisitzer im Landesvorstand der NPD Nordrhein-Westfalen, am 10. Januar 2001 als »Rädelsführer« des Überfalls zu einer Haftstrafe von zwei Monaten. Auch der stellvertretende Vorsitzende des JN-Landesverbandes NRW, Nico Wedding, gehörte zu den verurteilten Tätern.*
*Im NPD-Verbotsverfahren gilt die Tatbeteiligung von zehn NPD-Mitgliedern an dem Überfall als wichtiger Nachweis für die erhebliche Gewalttätigkeit der Partei.*

Anmerkung: Da kommt der Verdacht auf, daß der Staat durch den Einsatz von gewalttätigen Provokateuren Beweise für die Verfassungsfeindlichkeit unerwünschter Organisationen zu bekommen versucht. Man schafft, wie es in offiziösen Veröffentlichungen heißt ein fait accompli, also vollendete Tatsachen:

*Die beiden Kemna-Angreifer Thorsten Crämer und Nico Wedding werden jedoch unter anderem von dem CDU-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Bosbach als V-Leute benannt. Die Bundesregierung warf Bosbach daraufhin »Geheimnisverrat« vor.*

Nur als Erinnerung: Der Herr Bosbach kann keinen Geheimnisverrat begangen haben, denn der Verrat illegaler Staatsgeheimnisse ist keine Straftat. Es handelt sich hier also um eine böswillige Unterstellung, vermutlich mit dem Ziel den Abgeordneten des deutschen Bundestages Bosbach zum Schweigen zu bringen.

Aber folgen wir dem Beitrag der Jungen Welt:
*In dem Schreiben der Interessengemeinschaft Kemna-Überfall heißt es unter anderem: »Wenn der Einsatz von V-Leuten in der NPD soweit geht, daß unter ( maßgeblicher ) Mitwirkung der V-Leute auch brutale Überfälle auf Verfolgte des Naziregimes durchgeführt werden, werden wir diese V-Leute und ihre Auftraggeber in den Landes- und Bundesämtern für Verfassungsschutz auf Schadenersatz und Schmerzensgeld verklagen«.*
*Stephan Stracke, einer der Betroffenen des Überfalls, betonte am Dienstag gegenüber jW, obwohl die Opfer bereits vor zwei Wochen während einer Pressekonferenz an Landesregierung und Bundesinnenministerium entsprechende Fragen zur möglichen Arbeit der maßgeblichen Täter als V-Männer gerichtet hatten, habe es bis heute keine eindeutige Antwort darauf gegeben.*

Natürlich gibt es ohne entsprechenden Druck keinerlei Kommentar zu Geheimdienstaktionen. Denn die Auftraggeber "wissen von nichts..." Für dieses "wissen von nichts..." gibt es sogar einen Fachbegriff: Plausible denial, also plausibles Abstreiten. Worin die Plausibilität des Abstreitens liegt, wenn der entsprechende Vorgang von vielen Quellen bestätigt wird und die Medien darüber berichten, ist eines der größten Geheimnisse dieses Staates.

Aber die Opfer des Überfalls auf die Gedenkfeier versuchen wenigstens den Staat zur Rechenschaft ziehen zu lassen:

*Daher werde die Interessengemeinschaft am heutigen Mittwoch die Schadenersatzklage gegen die Bundesrepublik Deutschland und die zuständigen Bundesländer beim Amtsgericht Köln einreichen, so Stracke. Wenn die Klage zugelassen werde, seien Bundesregierung und zuständige Länder gezwungen nachzuweisen, ob die Täter von Kemna auf den Gehaltslisten des VS gestanden haben oder nicht.*

Aber auch die nationale Szene wehrt sich gegen den Einsatz von Provokateuren. Dazu findet sich am 25.2.2002 ebenfalls in der Jungen Welt:

***Pack schlägt sich***
*Verfassungsschutz zeigt Kölner Neofaschisten wegen Verleumdung an*
*Das Bundesamt für Verfassungsschutz ( BfV ) hat am Freitag bei der Staatsanwaltschaft Köln Strafanzeige gegen Manfred Rouhs erstattet. Der Neofaschist hatte den Inlandsgeheimdienst bezichtigt, einen Naziüberfall auf Antifaschisten an einer KZ-Gedenkstätte arrangiert zu haben. Via die von ihm herausgegebene Zeitschrift Signal hatte Rouhs die NPD-Funktionäre Thorsten Crämer und Nico Wedding als »Mitarbeiter der Behörde« bezeichnet und sich dabei auf Aussagen des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach, berufen. Der Ennepetaler Crämer hatte im Juli 2000 gemeinsam mit Kameraden eine Gruppe von Antifaschisten an der Wuppertaler KZ-Gedenkstätte Kemna attackiert. Rouhs geht davon aus, daß der Verfassungsschutz bei dem Übergriff die Finger im Spiel gehabt hat. Für die Behörde ist das eine Lüge und »ehrverletzend«.*

So ist das also. "Die" rufen nach der Justiz... Und bezichtigen ihre Opfer, aber auch den Abgeordneten des Bundestags Bosbach von dem die Information ja stammt, als Lügner. Dabei ist doch eines der wichtigsten, wenn nicht überhaupt das wichtigste nachrichtendienstliche Mittel die Lüge! Rätselhaft bleibt auch, wie man die Ehre von Spitzeln und deren Auftraggebern verletzen kann. Aber folgen wir dem Zeitungsartikel.

*Rouhs äußerte den Vorwurf im Zusammenhang mit Aufrufen der »Bürgerbewegung Pro Köln«. Die Gruppe »grundgesetztreuer Bürger« fordert die »sofortige Auflösung« des »sogenannten Verfassungsschutzes« und will am 9. März unter dem Motto »Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit« vor dem BfV aufmarschieren.*
*Der Kölner Rouhs - ehemaliger Ratsherr der Republikaner, und neben der Verlegertätigkeit auch Betreiber eines Versandhandels für rechte Musik und Literatur - hatte sich am 22. Januar direkt nach den ersten Agenturmeldungen zum vorläufigen Aussetzen des NPD-Verbotsverfahrens geäußert. Das »Pro Köln« Vorstandsmitglied schrieb in der Signal-Onlineausgabe, das BfV habe in den 50er Jahren »selbst eine politische Partei auf neonazistischen Kurs gebracht, die dann vom Bundesverfassungsgericht verboten wurde: die Sozialistische Reichspartei ( SRP)«.*

Sicherlich war die Sozialistische Reichspartei nicht die einzige Partei, die von den "Diensten" im Auftrag des Staates unterwandert und manipuliert worden ist. Und nicht nur das: Man setzt sich, wie man in Geheimdienstkreisen sagt, "an die Spitze der Bewegung". Denn von dort führt es sich ja am leichtesten. In diesem Zusammenhang: Adolf Hitler ist vom Reichswehrgeheimdienst in die NSDAP eingeschleust worden.

Weiter heißt es in der Jungen Welt:

*Anfang Februar rief dann die "Bürgerbewegung Pro Köln" zu einer Demonstration gegen das BfV auf. "Freie Kameradschaften" schlossen sich dem Aufruf an und fordern das Verbot des BfV als "kriminelle Vereinigung". Das Aktionsbüro Norddeutschland des Neonazis Christian Worch schrieb, die Behörde "diffamiert und kriminalisiert" mittels V-Männern "kritische Bürgerpotentiale und oppositionelle Bewegungen".*

Wir wollen einmal sehen, wie sich ein Geheimdienst in einer solchen Situation zur Wehr setzt. Nach dieser Demonstration fand sich in der Tageszeitung Die Welt folgende Notiz:

***Rechtsextremismus***
*44 Festnahmen bei Krawallen in Köln*
*Die Welt, 11.3. 2002*
*Bei Zusammenstößen von Rechtsextremisten und Gegendemonstranten sind am Wochenende in Köln insgesamt 44 Menschen festgenommen worden. Gegen 37 Demonstranten aus dem linken Lager wurde Anzeige erstattet. Sie hatten die knapp 50 Angehörigen der rechtsextremen "Bürgerbewegung pro Köln" mit Steinen und Flaschen beworfen und sich den Polizisten widersetzt, so die Polizei.*

Interessant ist, daß Teile der linken Opposition einer staatlichen Organisation zur Hilfe kommt, obwohl doch gerade die Linke ganz besonders unter politischer Verfolgung zu leiden hatte. Und auch heute noch unterliegen linke Kreise einer massiven Bespitzelung und Bearbeitung. Man sollte meinen, daß von denen niemand dem Geheimdienst zur Hilfe kommt. Und dafür auch noch Schläge von der Staatsgewalt, vertreten durch die Polizei, riskiert.

In diesem Zusammenhang interessiert natürlich, was über den Einsatz von Spitzeln veröffentlicht ist Auch dazu findet sich, zeitnah zum Spitzelskandal, wieder einmal ein interessanter Beitrag in der Zeitung Die Welt.

***Verfassungsschutz: V-Mann-Straftaten sollen offenbar toleriert werden***
*Die Welt, 11.2.2002*
*Frankfurt/Main - Beim Einsatz von V-Leuten ist der deutsche Verfassungsschutz offenbar dazu bereit, auch eine Verstrickung der von ihm geführten und bezahlten "Quellen" in Straftaten zu akzeptieren. Dies geht aus einem internen Vorschlagspapier der Amtsleiterkonferenz der Verfassungsschutzbehörden an die Innenministerkonferenz ( IMK ) hervor. Es handelt sich dabei um den rechtsstaatlich brisantesten Aspekt eines umfangreichen Maßnahmepakets, das die obersten Verfassungsschützer nach dem Terroranschlag auf die Vereinigten Staaten von Amerika der politischen Führung zur Verbesserung der Bekämpfung des islamistischen Extremismus empfohlen haben.*
*Die Überlegungen der Staatsschützer: Eine "Infiltrierung" militanter islamistischer Gruppierungen mit "menschlichen Quellen" könnte dazu führen, dass V-Leute in stärkerem Umfang als bisher Kenntnis von Straftaten anderer erhalten oder "selbst in Tathandlungen eingebunden werden". Zur Aufklärung gefährlicher konspirativer Tätergruppierungen werde dies "in Kauf genommen werden müssen, um solche Strukturen effizient aufklären zu können", ließen es die deutschen Spitzengeheimdienstler wörtlich im Protokoll festhalten.*

Der Geheimdienstler an sich spricht vom gläsernen Ausländer. Da bleibt dann ja wohl nicht mehr viel zu bespitzeln. Der Freibrief der Spitzel für die Begehung von Straftaten dient ja wohl in erster Linie dazu das Spitzelnetz zu finanzieren und die "Gesellschaftlichen Mitarbeiter" erpressbar zu machen. Interessant ist auch, wie jetzt "die Ausländer" unter Generalverdacht gestellt werden, obwohl sie einer ganz besonders strikten Überwachung unterliegen.

*Es blieb der Ebene der Fachreferenten vorbehalten, darauf hinzuweisen, dass es bei den von den Behördenleitern offenbar für tolerabel gehaltenen kriminellen Aktivitäten von "freien Mitarbeitern" des demokratischen Rechtsstaates eine Grenze geben müsse.*

Der Aufstand der Anständigen in der staatlichen Bürokratie? Immerhin halten nicht alle Beamten die von Oben gewünschten kriminellen und verbrecherischen Taten für akzeptabel.

*"Wo hier die Grenze für V-Leute liegt, und wie ihnen hinreichender Schutz zuteil werden kann, wird zu klären sein. Rechtsstaatlich wäre es am besten, wenn dies gesetzlich geregelt würde." Jedoch könnten sich gerade daraus Risiken für V-Leute ergeben. Im Übrigen, so schwante es den Beamten, eigne sich dieser Punkt nicht für eine nähere offene Erörterung.*

Nein, die Machenschaften des Staates stehen nicht zur Diskussion. Wo kommen wir denn hin, wenn jeder Beamte sich vor hergelaufenen Bürgern rechtfertigen muß. Das würde ja das Fundament des Staates erschüttern.

*Der Verfassungsschutz-Arbeitskreis IV der Innenministerkonferenz hat jedoch die an ihn gerichteten entsprechenden Vorschläge der Amtsleiterkonferenz des deutschen Verfassungsschutzes "als geeignete Grundlage für das weitere Vorgehen zustimmend zur Kenntnis genommen". Daher dürfte es eine öffentliche und ausführliche Erörterung wohl geben.*
*Die Einblicke in die vom Verfassungsschutz vorgenommene Bewertung krimineller Aktivitäten ihrer Zuarbeiter dürfte freilich auch für die aktuelle V-Mann-Debatte im NPD-Verbots-Verfahren Konsequenzen unvermeidlich machen. So stellt sich nämlich im Lichte der neuen Erkenntnisse über die V-Mann-Praxis nicht mehr nur die Frage nach der politischen Verantwortung für eine mögliche Verletzung von Behördenvorschriften bei der Führung von V-Leuten, die in zentralen Vorstandspositionen "Zielsetzung und Tätigkeit" der NPD entscheidend mitbestimmt haben. Inzwischen muß außerdem geprüft werden, ob und in welchem Umfang die bisher bekannten, bei der NPD platzierten und bezahlten "Quellen" des Verfassungsschutzes in Straftaten verstrickt waren oder selbst aktiv und möglicherweise sogar mit Billigung des Verfassungsschutzes Straftaten begangen haben.*

Das schreit nach brutalstmöglicher Aufklärung. Schade nur, daß die Geheimdienste nicht der Kontrolle durch Parlament, Presse oder Justiz unterliegen. Denn nach ihrem Selbstverständnis muß es einen staatlichen Kernbereich geben, der jeder Kontrolle oder gar Öffentlichkeit entzogen ist. Und dieser Kernbereich dehnt sich bis in die Wohnzimmer und Schlafzimmer der Leute aus. Also keine Kontrolle durch, sondern Kontrolle der Öffentlichkeit. Oder wissen Sie, wo sich die nächstgelegene Dienststelle oder konspirative Wohnung von Verfassungsschutz oder BND befindet? Die liegt meist näher, als man denkt...
Daß die rechte Szene massiv unterwandert worden ist, und zwar interessanterweise mit dem Nachwuchs der Polizei, ist auch berichtet worden:

***Polizisten schrieben NPD-Reden***
*Verdeckt ermittelnde Beamte fürchten um Enttarnung - Zahl der V-Männer steigt auf zehn*
*Die Welt, 16.2.2002*
*Berlin - Im Skandal um das NPD-Verbots-Verfahren geraten jetzt erstmals auch ermittelnde Polizeibeamte ins Zwielicht. Sie sollen Reden verfasst haben, die in den Verbotsanträgen beanstandet werden. In dem Zusammenhang übt der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft in Baden-Württemberg, Dieter Berberich, scharfe Kritik am Vorgehen des Verfassungsschutzes. "In vielen Bundesländern ist die NPD in den letzten Jahren massiv und gezielt mit jungen Beamten aus der Bereitschaftspolizei unterwandert worden", sagte Berberich der Welt. Er habe zahlreiche Hinweise von Polizisten bekommen, die Angst haben, jetzt im Rahmen des NPD-Verfahrens enttarnt zu werden. Die Beamten arbeiteten entweder als verdeckte Ermittler oder waren für ihren Einsatz kurzzeitig beurlaubt.*

In einer solchen Umgebung wird man wohl nur dann akzeptiert, wenn man die entsprechenden Sprüche von sich gibt und sich der Gruppe anpasst. Wir wollen doch hoffen, daß die jungen Polizisten nicht tatsächlich rechtsradikal sind. Das würde dann aber wiederum zu der Frage führen, ob diese Polizisten Lügner sind.

*In einem bis heute unbeantworteten Brief hat die Gewerkschaft Innenminister Otto Schily vor zehn Tagen gebeten, die Anträge zu überarbeiten und so die Beamten zu schützen. Zudem wurde bekannt, dass insgesamt zehn V-Leute Material für die Verbotsanträge und das Verfahren geliefert haben. Die Innenministerien von Niedersachsen und Bayern haben mitgeteilt, dass Zitate eines zum damaligen Zeitpunkt noch aktiven Verbindungsmannes des Verfassungsschutzes genutzt wurden. Darüber hinaus seien Zitate von drei weiteren, nicht aktiven V-Leuten verwendet worden.*

Die Formulierung nicht aktiver Verbindungsmann kann ja wohl nicht erst gemeint sein. Aus einem Geheimdienst steigt man nicht aus. Jedenfalls nicht in Deutschland.

*Aus dem Schreiben geht hervor, dass die Namen der Verfassungsschutzinformanten den Karlsruher Richtern bis dahin nicht mitgeteilt worden waren. Das bayerische Innenministerium teilte mit, dass im Antrag des Bundesrats insgesamt 100 Personen zitiert werden.*
*Die Bundesregierung kündigte an, trotz der weiteren bekannt gewordenen V-Mann-Fälle unverändert an den NPD-Verbots-Anträgen festzuhalten. Die NPD-Verbots-Anträge für das Bundesverfassungsgericht ( BVerfG ) seien nach wie vor gut begründet. Das Innenministerium kritisierte die Länder, die wenige Tage nach einer umfangreichen Stellungnahme zu den V-Leuten in den Verbotsanträgen noch einmal einen Schriftsatz beim Bundesverfassungsgericht nachreichen mussten.*

Und zum Schluss noch ein weiterer Bericht aus der Zeitung Die Welt vom 4.3.2002 Beim lesen sollten die oben angeführten Zeitungsartikel berücksichtigt werden.

***Systematische Schändung von NS-Gedenkstätten im Norden***
*Belohnung soll zu Tätern von Wöbbelin führen*
*(...) Die Täter hatten in Wöbbelin ( bei Ludwigslust ) ein großflächiges Sandsteinrelief beschädigt. Einzelne Szenen, die KZ-Häftlinge während der Todesmärsche zeigen, wurden herausgeschlagen und ein riesiges Hakenkreuz in roter Leuchtfarbe auf das Steinbild gesprüht. Auf einer Säule mit einer Feuerschale fand sich ein weiteres gesprühtes Hakenkreuz samt den Worten "Jud" und "Lüge". In die Schale wurde ein abgetrennter Schweinekopf gelegt. (...)*
*Zeitgleich mit dem Anschlag in Wöbbelin wurden in der Nacht zum Montag voriger Woche die Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus in Raben-Steinfeld bei Schwerin und der jüdische Friedhof in Boizenburg geschändet. Auch hier ließen die Täter Schweineköpfe zurück. Die Polizei hat für Hinweise auf die Täter eine Belohnung von 1000 Euro ausgesetzt. Doch auch eine Woche nach den Anschlägen gibt es offenbar keine heiße Spur. (...)*

Eine abgesprochene Aktion. An drei verschiedenen Orten. Zur gleichen Zeit. Mit der gleichen Vorgehensweise. Eine zeitaufwendige Aktion. Eine Aktion unter Beteiligung vieler. Da bleiben Fragen...

***Geheimdienste abwickeln***
*Hans-Christian Ströbele 26.10.2000*
*Zum 50. Jahrestag des Bundesamtes für Verfassungsschutz*
*(...) In den neunziger Jahren wurden V-Leute angeworben, die wegen rassistischer Gewalttaten bis hin zum versuchten Mord vorbestraft sind. Solche Leute haben dann militante Aktionen propagiert und angeleitet unter dem Motto: "Wir müssen uns bewaffnen !" und den "Kampfbund Nord" oder die Gruppen der "Nationalistischen Front" gegründet. V-Leute haben sich selbst an der Verbreitung der "Ausschwitzlüge" beteiligt oder am Werfen eines Schweinekopfes in eine Synagoge. (...)*

Und was sagen die Auftraggeber dazu?

Aus: Der Verfassungsschutz: Organisation, Spitzel, Skandale, von Claus Nordbruch, Tübingen, 1999
*(S.42f) Der ehemalige niedersächsische Innenminister und Landesvorsitzende der CDU Wilfried Hasselmann (...) war nämlich der Auffassung, daß Verfassungsschützer sehr wohl Straftaten begehen können, ohne sich strafbar zu machen, da ihre Rechtsbrüche vom Gesetz gedeckt seien. Hierunter zähle ausdrücklich die Einschleusung von V – Leuten in verbotene Organisationen, in denen die Mitgliedschaft strafbar ist. Dem Spiegel zufolge gehören zu den von Hasselmann sanktionierten Ordnungsvergehen und Straftaten Friedens-, Hoch-, und Landesverrat, Sabotage, Wahlfälschung, Bildung bewaffneter Haufen und krimineller Vereinigungen, Amtsanmaßung, Geld und Urkundenfälschung und einige mehr.*

**Hans-Christian Ströbele 26.10.2000**

# Geheimdienste abwickeln

**Zum 50. Jahrestag des Bundesamtes für Verfassungsschutz**
Der Verfassungsschutz ist, wie sein Name nicht sagt, ein Geheimdienst. Geheimdienste sind mit einer offenen demokratischen Gesellschaft nicht zu vereinbaren.

Die Geschichte des Verfassungsschutzes ist auch eine Geschichte von Skandalen. In der Regel wurden diese nicht durch die parlamentarischen Kontrollgremien aufgedeckt, sondern durch die Presse. Eine wirklich wirksame parlamentarische Kontrolle ist nicht möglich. Die Gremien werden grundsätzlich erst im Nachhinein von besonderen Vorgängen unterrichtet, wenn das Kind im Brunnen liegt. Eine weitergehende laufende Kontrolle scheitert schon an der Unzulänglichkeit der Kontrollmittel und Personen. Vor allem aber die absolute Geheimhaltungspflicht der Gremienmitglieder verhindert, dass problematische Vorgänge rechtzeitig öffentlich problematisiert werden können.

Der Verfassungsschutz wurde immer wieder auch politisch gebraucht oder missbraucht, sogar zur Wahlkampfhilfe für Regierende. Die Grünen waren nach ihrem Erscheinen im politischen Wettkampf um Wählerstimmen nicht nur über viele Jahre Objekt der Begierde und Beobachtung des Geheimdienstes. Häufig mehrere Agenten besuchten nicht nur die Pressekonferenzen der Grünen. Mitglieder der konkurrierenden CDU ließen sich vom Verfassungsschutz Dossiers über Kandidaten der Grünen anfertigen. So hatte sich der Verfassungsschutz Anfang der achtziger Jahre - wenn auch nach anfänglichem Zögern - dazu hergegeben, auf Anweisung des damaligen Innenstaatssekretärs Spranger für den CDU-Abgeordneten Todenhöfer Daten und Unterlagen über den Kandidaten Schily für den Bundestagswahlkampf zusammenzustellen.

Insbesondere der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel, wie der von V-Leuten, ist häufig kontraproduktiv und brandgefährlich. Die Grenze von Zuschauen, Provozieren und Mitmachen auch bei Gewalttaten und militanten Aktionen war immer fließend und wird dies bleiben trotz aller Abgrenzungsbemühungen. Die ersten Waffen und Sprengkörper, die bei der Neuen Linken der sechziger Jahre auftauchten, stammten von Geheimdiensten. In den neunziger Jahren wurden V-Leute angeworben, die wegen rassistischer Gewalttaten bis hin zum versuchten Mord vorbestraft sind. Solche Leute haben dann militante Aktionen propagiert und angeleitet unter dem Motto: "Wir müssen uns bewaffnen !" und den "Kampfbund Nord" oder die Gruppen der "Nationalistischen Front" gegründet. V-Leute haben sich selbst an der Verbreitung der "Ausschwitzlüge" beteiligt oder am Werfen eines Schweinekopfes in eine Synagoge. Verfassungsschutzgelder wurden für rassistische Werbung und Propaganda der rechten Szene ausgegeben. Das sind keine Einzelfälle oder Ausrutscher.

V-Leute müssen sich bewähren und Vertrauen gewinnen, sonst werden sie nichts erfahren und berichten können. Die Grenze zwischen Mitläufertum und Antreiber oder Provokateur ist zuverlässig nicht zu ziehen und schon gar nicht zu überwachen. V-Leute werden vom Geheimdienst danach bezahlt, was sie liefern. Wenn sie klamm sind, werden sie sich allerhand einfallen lassen, um über die Runden zu kommen und mehr Geld und Anerkennung zu kriegen. Wenn zu wenig passiert, muss Mann eben nachhelfen. Selbst erfinden oder selber machen. Das kennen wir auch von IMs der Stasi.

Der Schutz der Verfassung soll sein. Aber Geheimdienste sind dafür ein schlechtes und ungeeignetes Mittel. Ein Beispiel, dass besonders gewichtige oder sensationelle Informationen, die für die Regierungsarbeit unverzichtbar gewesen sind, nur aus geheimen nachrichtendienstlichen Quellen erlangt werden konnten, kennen wir nicht.

Öffentliche Stellen, die Informationen über politische Parteien und Gruppierungen, über gesellschaftliche Situationen und Entwicklungen aus allgemein zugänglichen Quellen sammeln, zusammenstellen und aufarbeiten, können beim Schutz der Verfassungsordnung helfen. Die Informationen müssen der Politik, der Regierung und der Opposition, aber auch Journalisten und anderen Interessierten zur Verfügung stehen. Geheimdienste sind dafür nicht erforderlich, das Geheime gehört abgewickelt.

Strafverteidiger Hans-Christian Ströbele ist Bundestagsabgeordneter der Bündnisgrünen.
Quelle: http://www.telepolis.de/deutsch/inhalt/te/4130/1.html
*Anmerkung: Herr Ströbele hat bei der Aufstellung der Kandidaten für die Bundestagswahl 2002 im Gegensatz zu den vorhergegangenen Wahlen keinen sicheren Listenplatz mehr bekommen...*

# Wieviele Spitzel?

Wieviele Spitzel benutzt der freieste Staat, den es je auf deutschem Boden gegeben hat? Eine Frage, die trotz aller Versuche, zum Beispiel durch die Grünen mit einer Anfrage im Bundestag, bis heute nicht geklärt ist. Sie ist von großer Bedeutung für die Einordnung der Bundesrepublik unter die demokratischen oder totalitären Staaten.

Dazu hat es bis heute keine befriedigende Antwort gegeben. Nicht einmal befriedigende Schätzungen. Hier soll versucht werden, diese Zahl abzuschätzen. Das Ergebnis dieser theoretischen Überlegungen deckt sich durchaus mit weit verbreiteten Erkenntnissen. Die veröffentlichte Zahlen ( in der Größenordnung von 10.000-20.000 Personen ), sind offensichtlich falsch und dienen ausschließlich dazu, die Öffentlichkeit zu täuschen.

Da Geheimdienste konspirativ aufgebaut sind, also jeder Geheimdienstler sein eigenes Netz, und jedes Mitglied dieses Netzes wiederum seine Zuträger hat, ist es möglicherweise selbst für den Geheimdienst schwierig, die Übersicht zu behalten. Andererseits kann es sich ein Inlandsgeheimdienst leisten, weniger konspirativ zu arbeiten als ein in der Spionage tätiger Auslandsgeheimdienst. Das läßt den Schluß zu, daß nur gesellschaftliche Mitarbeiter in entsprechend wichtigen Positionen in den Genuß der Konspiration, also der Geheimhaltung der "Nebentätigkeit" kommen, während der kleine Spitzel auf der Straße in einem entsprechenden Verzeichnis aufgeführt und sozusagen bei den Geheimdienstlern stadtbekannt ist. Worüber er sich allerdings in der Regel nicht im Klaren sein dürfte. Wer einmal von aktiven Maßnahmen der Geheimdienste betroffen war, ist in der Regel sehr erstaunt darüber, welchen enormen Aufwand diese betreiben können. Dieser Aufwand und das Erstaunen der Zielpersonen darüber wird bereits bei einer verdeckten Aktion aus dem Jahre 1958 berichtet. Aus diesem Aufwand läßt sich für den Betroffenen Rückschlüsse auf das Ausmaß der geheimdienstlichen Überwachung ziehen. Folglich gibt es zwei Gruppen von Personen, die dieses Ausmaß einschätzen können, nämlich Betroffene und Geheimdienstmitarbeiter, die bereits eine bestimmte Position erreicht haben. Die Mitarbeiter der Geheimdienste sind zum Schweigen verpflichtet. So bleiben nur die Zielpersonen der aktiven Maßnahmen.

Zuerst einmal muß man sich darüber im Klaren sein, wie viele gesellschaftliche Mitarbeiter man benötigt, um eine gegebene Zahl von Personen effektiv zu überwachen. Effektive Überwachung bedeutet, daß jede Person von mindestens zwei gesellschaftlichen Mitarbeitern "überprüft" wird, also Kontakt zu ihnen hat. Denn jede Information und jeder Bericht eines Geheimdienstlers bedarf ja der Bestätigung. Bei widersprüchlichen Berichten kann dann eine weitere Überprüfung durch anderen gesellschaftliche Mitarbeiter durchgeführt werden. Gesellschaftliche Mitarbeiter sind nun, das liegt in der Natur der Sache, in der Regel kontaktfreudig, kennen also viele Personen. Ein Bekanntenkreis von 100 bis 200 Personen dürfte nicht übertrieben sein. Wenn also jeder im Bereich eines Inlandsgeheimdienstes Kontakt zu mindestens zwei gesellschaftlichen Mitarbeitern hat und diese wiederum einen Bekanntenkreis von, sagen wir 200 Personen haben, dann kommt also auf 100 Personen ein gesellschaftlicher Mitarbeiter. Es würde also ein Prozent der Bevölkerung ihre Mitmenschen im Namen des Staates überwachen. Da eine Zahl von 200 Bekannten bewußt hoch angesiedelt ist, und sicherlich viele gesellschaftliche Mitarbeiter, zum Beispiel als Einflußagenten in den "gesellschaftlich relevanten Gruppen" und den Medien sitzen sowie in politisch aktiven Kreisen ( damit sind nicht nur die "Radikalen" und "Extremisten" gemeint, sondern natürlich jeder politisch denkende Einwohner ), und eine sehr viel dichtere Überwachung stattfindet, kann man davon ausgehen daß diese Zahl um einiges größer ist. So kommt man zwangsläufig bei einer Einwohnerzahl von 83 Millionen auf eine Anzahl der gesellschaftlichen Mitarbeiter in der Größenordnung von mindestens einer Million. Unter dieser Zahl ist eine effektive, also halbwegs flächendeckende Überwachung nicht machbar.

Da aber die Verpflichtung der Einwohner zu besonderer Loyalität sowie zum Schweigen, die mit einer Verpflichtungserklärung verbunden ist, einen besonderen Reiz für die Obrigkeit darstellt, kann wohl davon ausgegangen werden, daß Personen auch alleine deshalb angeworben werden, um ihnen den Mund zu verbieten. Diese "Mitarbeiter" des Staates haben dann natürlich einen sehr begrenzten Bekanntenkreis, denn sie sollen ja isoliert werden. Auch ist die Dichte der gesellschaftlichen Mitarbeiter bei aus der Sicht des Staates problematischen Gruppen sehr viel größer. Dies trifft in erster Linie auf rechtsextreme Gruppen zu, die teilweise zu 50% aus von Verfassungsschützern Angeworbenen bestehen sollen. Bei Linken und Autonomen wird man von einer Größenordnung von 10 - 15%, vielleicht sogar bis 25%, ausgehen können. Aber auch die Jugend im allgemeinen steht mit

Sicherheit unter besonderer Beobachtung. Diese Zahlen beziehen sich nur auf den Inlandsgeheimdienst, also den Verfassungsschutz. Aber auch vom BND ist bekannt, daß er, entgegen seinem Auftrag, ein eigenes Spitzelnetz im Inland unterhält. Der Militärische Abschirmdienst bleibt bei diesen Überlegungen unberücksichtigt, da er sich, vermutlich, in der Regel auf sein Arbeitsgebiet, also die Bundeswehr, beschränkt.

Auf Grund dieser Überlegungen würde es mit Sicherheit niemanden mit dieser Materie Vertrauten überraschen, wenn die Zahl der gesellschaftlichen Mitarbeiter beträchtlich über der Zahl von einer Million liegen würde. Und tatsächlich sprach ein Fachmann von Millionen, nicht einer Million, als er sich auf die Zahl der Mitarbeiter bezog. Auch die Zahl 5 Millionen ist genannt worden. Sie erscheint auf jeden Fall, selbst für deutsche Verhältnisse sehr hoch. Andererseits kann man ein Mitglied eines Geheimdienstes folgendermaßen definieren: "Jeder der ein Dienstgeheimnis wahren muß ist Mitglied eines Geheimdienstes." Zur Wahrung des Dienstgeheimnisses ist jeder Beamte verpflichtet. Und zur Amtshilfe. Auch gegenüber den Geheimdiensten. Und bei einer Zahl von mehreren Millionen Beamten treibt das die Zahl der potentiellen Geheimdienstmitarbeiter hoch. Vielleicht liegt darin des Rätsels Lösung, daß viele Behörden nur relativ wenige Stunden in der Woche dem Bürger zur Verfügung stehen.

Und auf die Frage, ob viele Lehrer für den Geheimdienst arbeiten kam die Antwort: "Bei den Naturwissenschaften ist es nicht so schlimm." Das läßt tief blicken. Natürlich kann ein Lehrer, der seinen Schülern naturwissenschaftliche Zusammenhänge vermittelt und in den Arbeiten dieses Wissen überprüft, keine Berichte über deren politische und sonstige Einstellung liefern. Aber in den anderen Fächern? Das reicht von Politik und Geschichte bis zu den Sprachen. Offensichtlich besteht die Aufgabe der angeworbenen Lehrer aber nicht nur im Überwachen ihrer Schüler, sondern sie betätigen sich natürlich auch als Einflußagent des Staates, in der Beeinflussung der nächsten Generation von "Untertanen" im Sinne der Obrigkeit. Übrigens gibt es natürlich auch unter den Schülern gesellschaftliche Mitarbeiter, die wiederum ihre Lehrer überwachen...

# Aktive Gegenmaßnahmen

Gegenmaßnahmen bei aktiven Maßnahmen der Geheimdienste soll natürlich nicht heißen, daß man tatsächlich eine Chance hat, gegen den Apparat zu gewinnen. Was erreicht werden kann ist, möglichst viele Gegner zu binden, damit andere politisch verfolgte Dissidenten, die weniger gut mit dieser Situation zurechtkommen, in Ruhe gelassen werden. Denn soviel ist klar: Wenn ein „Fall" erledigt ist, wird man mit den freigewordenen Kapazitäten sofort den Nächsten bearbeiten. Also sollte sich jeder, der die Nerven dazu hat, verpflichtet fühlen die „andere Seite" solange wie möglich hinzuhalten. Und jemand mit starken Nerven kann unter Umständen viele Leidensgenossen vor Verfolgung schützen. Und das ist auf jeden Fall als Erfolg zu werten.

Um die eigenen Nerven zu schonen, kann es manchmal von Vorteil sein, eine kleine Pause einzulegen. Während dieser Zeit sollte dem Gegner aber klar sein, daß man jederzeit und ohne Vorwarnung eigene Aktionen startet. Das zwingt den Gegner entsprechend viel Personal bereitzuhalten. Wichtig ist, daß man den Gegner möglichst im unklaren über seine nächsten Schritte läßt, damit er nicht im voraus planen kann. Der Aufwand den man bei eigenen Aktionen betreibt kann sehr gering sein, indem man einem Passanten ein Flugblatt in die Hand drückt.

Oder man erzwingt mobile Überwachung über einen längeren Zeitraum ( bis zu mehreren Monaten ) indem man mit dem Auto unterwegs ist und vielleicht aus Kostengründen im Auto oder Zelt übernachtet. Dabei ist es nicht unbedingt nötig große Entfernungen zurückzulegen. Wer sparsam ist kann so mit einem Etat von 15 oder 20 DM pro Tag auskommen, während der Gegner einen sehr hohen Aufwand betreiben muß. Und zwar zusätzlich zu der normalen Überwachung zuhause, denn die läuft ja weiter. Und während dieses „Urlaubs" kann man mit vielen Personen in Kontakt kommen.

Auch wenn diese Personen mit Desinformation und Zersetzung bearbeitet werden, so wird sich doch auf die Dauer herumsprechen, daß es ein Sonderverfahren der Geheimdienste gibt. Und spätestens wenn das dritte Opfer vorbeikommt wird sich der eine oder andere seine Gedanken machen. Und man sollte eines immer bedenken: Öffentlichkeit ist der Feind des *Geheim*dienstes.

Wichtig ist, daß man als Opfer, auch wenn es schwerfällt, seinen Humor nicht verliert. Denn ohne Humor hat man schon verloren. Und man sollte den Gegner vor allem im System sehen, weniger im einzelnen Geheimdienstler, auch wenn manche von denen keinen Humor haben. Aber das ist deren Problem. Bei aktiven Maßnahmen des Gegners sollte man sich vor Augen halten daß diese ganzen Aktionen illegal sind und man selber als Opfer der moralische Sieger ist.

Wenn man nicht weiß, daß man auf der Abschußliste steht, kann man sich nicht wehren. Es ist dann praktisch unmöglich sich gegen Zersetzung zu wehren, denn man weiß ja nicht, wer die niedlichen kleinen Geschichten erzählt und bewußt die falschen Eindrücke erweckt. Und selbst wenn man es herausfindet ist es praktisch unmöglich, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Aber man kann natürlich allen Bekannten mitteilen, daß man unter Sonderbehandlung eines Nachrichtendienstes steht.

Wenn man versucht solche Geschichten vor Gericht auszutragen, hat man schon verloren, denn dann ist man auf lange Zeit mit nervenaufreibendem Papierkrieg beschäftigt, anstatt den Rücken frei zu haben für kreative und für den Gegner nervenaufreibende, weil überraschende Aktionen und Gegenmaßnahmen. Man muß sich auch davor hüten sich in kleine Streitereien oder auch nur lange Gespräche mit den Mitarbeitern des Geheimdienstes einzulassen. Das zehrt nur an den Nerven. Erfolgreicher ist es, den Gegner möglichst oft in die Leere laufen zu lassen.

Diese Taktik darf natürlich nicht dazu führen, daß man sich zu Hause verkriecht, denn dann hat der Gegner sein Ziel erreicht, nämlich unbequeme Personen aus der Öffentlichkeit verschwinden zu lassen und zu isolieren. Statt dessen ist es wichtig, ständig Druck auf den Gegner auszuüben, indem man die Öffentlichkeit sucht, auch wenn die Leute aufgrund der Kampagnen glauben, daß man ein böser Junge ist. Diesem absichtlich erweckten falschen Eindruck begegnet man am besten mit sehr viel Humor und einem seeeehr langen Atem. Und es ist wichtig, daß man immer wieder die Leute aufsucht, die einen schlechten Eindruck gemacht bekommen haben. Man ist zu ihnen trotzdem freundlich und zuvorkommend.

Wenn diese Besuche über einen längeren Zeitraum erfolgen, dann wird sich jeder dieser ja nicht an dem Spiel beteiligten, die im Grunde auch Opfer der Kampagne sind, feststellen, daß an den Verleumdungen nichts dran ist. Und dann kann man beiläufig einfügen, daß man unter „Sonderbehandlung" steht.

Solche Aktionen über einen langen Zeitraum sind für den Gegner außerordentlich peinlich, denn das System beruht ja gerade darauf, daß man nicht mehr zurückkommt, also das Verschwindenlassen funktioniert. Und aus den Augen, aus dem Sinn. Dabei ist es nicht erforderlich, unter Umständen sogar kontraproduktiv, wenn man sich auf zu lange Gespräche und Diskussionen einläßt. Es ist vollkommen genug, kurz und dafür öfter einen guten Eindruck zu hinterlassen, auch wenn es manchmal wegen der „widrigen Umstände“ schwer fällt.

Ein erfolgreiches, weil für den Gegner nicht vorausplanbares Handeln erfordert vom Opfer eine größtmögliche Mobilität. Das bindet gegnerische Kräfte und treibt den Aufwand und die Kosten hoch. Dabei muß vor allem ein für den Gegner erkennbares Muster vermieden werden. Also öfter mal was neues. Der Gegner versucht natürlich die Zielperson zu isolieren, was mehr oder weniger gut gelingt ( Die sogenannte „Observationsglocke“, nachzulesen in Krieg der Gaukler von Hans Halter, Göttingen 1993 ). Aber solche Verfahren sind außerordentlich aufwendig und deshalb für den Gegner ein Problem.

Das Ziel ist, den Gegner zu erschöpfen und an seine Kapazitätsgrenzen zu bringen. Was bei dem Aufwand den Geheimdienste treiben können nicht so einfach ist. Aber auch wenn man nicht unbedingt viele Leute erreicht, so bindet man doch gegnerische Kräfte. Und zwar sehr viele. Natürlich muß man zumindest ab und zu einige Leute ansprechen, und ihnen zum Beispiel erzählen, womit sich die Geheimdienstler so die Zeit vertreiben. Natürlich kommt es auch dabei darauf an, einen guten Eindruck zu hinterlassen und nicht zu viel zu erzählen. Wenn die angesprochene Person den Eindruck erhält, daß man unglaubwürdig ist, kann man zum Beispiel sagen, daß man diese an sich ja unglaublichen Vorgänge selbst nicht geglaubt hätte, wenn man sie früher gehört hätte. Aber man erzählt sie trotzdem, denn wenn das Gegenüber von jemand anderem die gleiche Geschichte hört, wird sie glaubwürdiger. Hilfreich ist oft auch ein selbst hergestelltes Flugblatt mit aus Büchern oder Zeitungen herauskopierten Texten, die erzähltes glaubwürdig oder zumindest technisch möglich erscheinen lassen. Dabei ist es besser, mit den Angesprochenen ein kurzes Gespräch zu führen, als ihnen wortlos ein Papier in die Hand zu drücken, das dann im nächsten Papierkorb landet. Solche Aktionen machen dem Gegner Probleme, denn nichts fürchtet ein Geheimdienst mehr als die Öffentlichkeit.

# Geheimdienstarbeit: Beispiel 11. September 2001

Nach einem Bericht der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (FASZ) waren deutsche Geheimdienste im Vorfeld der Anschläge des 11. September 2001 besser informiert als sie behaupten:

"Reinhard Wagner, bis August 2002 Präsident des Hamburger Verfassungsschutzes, beteuerte nach den Anschlägen vom 11. September, sein Dienst habe von den Attentätern nichts gewußt. Und er fügte hinzu: "Es ist schwer, einen Informanten in der Szene anzuwerben". ( FASZ, 2.2.2003, "Unser Mann in der Moschee" )

Besonders schwer war es für die CIA, denn das Landesamt für Verfassungsschutz verwehrte ihr die Anwerbung eines Spitzels im Umfeld der Attentäter.

"Der US-Geheimdienst CIA hat nach einem Bericht der "Chicago Tribune" vergeblich versucht, in Hamburg einen Spion zu rekrutieren, der mit den Terroristen des 11. September verkehrte. Die CIA habe den in Hamburg lebenden Syrer Mamoun Darkazanli schon 1999 verdächtigt, von einem geplanten Terroranschlag zu wissen und habe versucht, ihn als Informanten anzuheuern, berichtet die Zeitung.

Das Landesamt für Verfassungsschutz habe das Ansinnen des CIA-Agenten vor Ort abgewiesen. Ausländische Dienste dürften in Deutschland nicht tätig werden." ( ... ) "Wenn die Informationen korrekt sind, ist dies der erste Hinweis, daß die USA radikale Moslems in Hamburg lange vor den Anschlägen im Visier hatten" ( Die Welt, 18. 11. 2002, "CIA wollte Syrer als Spion werben" )

Über einen Spitzel im Umfeld der Attentäter ist nun doch bekannt geworden, daß er für das Landesamt für Verfassungsschutz arbeitete.

"Das LfV verfügte über einen Mitarbeiter, der das Amt mit detaillierten Informationen über die Al-Quds-Moschee und ihre radikalen Stammgäste versorgen konnte. Die Unterlagen widersprechen außerdem der oft kolportierten These, wonach es sich bei den Terroristen um sogenannte Schläfer gehandelt habe, die auf ein Signal hin lediglich hätten "aktiviert" werden müssen. Vielmehr schlossen sich die drei Hamburger Todespiloten und ihre Helfershelfer unter den Augen diverser Nachrichtendienste zu einer Terrorgruppe zusammen und planten den wohl spektakulärsten Terroranschlag in der Geschichte - während sie beobachtet wurden." ( FASZ, 2.2.2003, "Unser Mann in der Moschee" )

Obwohl nach den Attentaten des 11. September 2001 deutsche Geheimdienste die Lüge verbreiteten, sie hätten von nichts gewußt, waren sie doch imstande einen mutmaßlichen Täter zu präsentieren. Dazu lesen wir in der Neuen Zürcher Zeitung ( NZZ ) vom 14.11.2001:

"4000 FBI Beamte und einige tausend Polizisten sind mit den Ermittlungen gegen mögliche Täter und Hintermänner beschäftigt" ( ... ) "Tatsache ist, daß die deutschen Antiterror-Behörden klare Anhaltspunkte für eine Täterschaft bin Ladins nach Washington geliefert haben." ( "Amerika sucht die Attentäter" )

und weiter in derselben Ausgabe der NZZ:

"Der Hamburger Innensenator Scholz teilte mit, man habe in der Stadt nach Hinweisen des FBI in der Nacht auf Donnerstag acht Wohnungen durchsucht" ( .. ) "im Zuge der Polizeiaktion sei ein am Flughafen arbeitender Ausländer festgenommen worden" ("Deutschland als Ruheraum für Terroristen")

Man konnte das FBI wohl nicht einfach ignorieren. Dennoch wurde der Festgenommene, Mohammed Raji, schnell wieder auf freien Fuß gesetzt. Er wurde seit langem von deutschen Geheimdiensten überwacht. Raji warnte nach seiner Freilassung seinen Bekannten Shahid Nickels und floh ins Ausland.

"Raji wurde unmittelbar nach dem 11. September 2001 in Hamburg festgenommen - er arbeitete damals am Flughafen. Weil für einen Haftbefehl aber zunächst nicht genügend Beweise zusammengetragen werden konnten, kam er wieder frei. Schnell setzte Raji sich nach Marokko ab,

nachdem er zuvor noch einen Insider der Hamburger Islamisten-Szene, der alle Attentäter gut kannte, dazu aufgefordert hatte, Telefonnummern und Kontaktadressen verschwinden zu lassen.
Raji war nicht nur den Hamburger Verfassungsschützern lange vor dem 11. September als radikaler Islamist bekannt. Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln hatte ihn im Visier - wie vermutlich fast alle Mitglieder der Hamburger Terrorzelle" ( .. ) "Das BfV hatte aber nicht nur Raji auf dem Radar, sondern auch andere Islamisten, die zum inneren Zirkel der Terrorzelle gehörten" ( FASZ, 2.2.2003, "Unser Mann in der Moschee" )

Die Verdächtigen wurden vom Bundesamt für Verfassungsschutz auch unter Anwendung der Radartechnik überwacht. Radar ermöglicht eine visuelle und akustische Überwachung von Wohnungen von außen, also durch die Wände hindurch.

Auch der mutmaßliche Helfer der Attentäter, Mounir Al Motassadeq, gegen den vor dem Hamburger Oberlandesgericht wegen Beihilfe zu mehrtausendfachem Mord verhandelt wurde, wurde schon 1999 vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet, ebenso Said Bahaji. Das BfV mußte durch einen Vertreter vor dem Oberlandesgericht aussagen.

"So reiste Motassadeq mit Kenntnis des BfV über Istanbul nach Pakistan und von dort weiter in ein Trainingscamp der Al Qaida, wo er sich zum Terroristen ausbilden ließ" ( .. ) "Ein "instruierter Vertreter" des BfV, "Jürgen Lindweiler", sagte dazu am vergangenen Mittwoch lapidar: Auch Said Bahaji habe man beim BfV im Auge gehabt. Bahaji war einer der wichtigsten Unterstützer der Hamburger Piloten und deshalb mit der Dramaturgie des Anschlags wohlvertraut - zumindest wußte er genau wann es an der Zeit war, um unterzutauchen. Schon im August 2001 buchte Bahaji seine Flugtickets und floh knapp eine Woche vor den Anschlägen von Hamburg nach Afghanistan." ( FASZ, 2.2.2003, "Unser Mann in der Moschee" )

Das Bundesamt für Verfassungsschutz behauptet natürlich, von nichts gewußt zu haben.

"Von Bahajis Flucht müßte das BfV eigentlich per Fax informiert worden sein. Denn wie der BfV-Beamte vor Gericht aussagte, wurde Bahaji im Zuge der "Grenzfahnung" beobachtet. Dabei werden die Daten einer verdächtigen Person in einem Fahndungssystem gespeichert. Und zwar mit dem Vermerk: nicht verhaften, aber Reisedaten umgehend dem BfV melden. Das heißt konkret: Wann immer Bahaji aus Deutschland ausgereist ist, hätte der Bundesgrenzschutz das BfV mit einem Fax darüber in Kenntnis setzen müssen." ( ... ) "dem Bundesamt für Verfassungsschutz liegen laut Angaben von "Lindweiler" keine Faxe über Reisebewegungen vor. Stutzig macht noch eine andere Aussage "Lindweilers": und zwar jene, wonach die 3 Hamburger Todespiloten und ihr Helfer Binalshibh vor dem 11. September nicht ins Fahndungsraster des BfV geraten waren. ( FASZ,2.2.2003, "Unser Mann in der Moschee" )

Die Los Angeles Times widerlegt die Aussage des Bundesamtes für Verfassungsschutz, indem sie über das Ausmaß der Überwachung Binalshibhs, des Terrorpiloten Mohammed Atta und ihrer Umgebung berichtet:

"Mehr als 8400 Telefonanrufe an 1400 verschiedenen Telefonanschlüsse wurden innerhalb von 3 Jahren aus dem Hamburger Appartement Binalshibs, das Atta und andere sich geteilt haben, gemacht, was die Probleme der Ermittler erhöht, Zufall von kriminellen Aktivitäten zu unterscheiden." ( LA Times, Onlineausgabe, 30.1.2003, "Witnesses in Terror Trial Threatened, Germany Says" )

Aber was die Los Angeles Times im Detail berichtet, darf ein deutsches Gericht offiziell ebensowenig wissen wie den Inhalt von den Angeklagten wahrscheinlich entlastenden Akten. Dazu lesen wir in der "Welt":

"Im Hamburger Terrorprozeß gegen den mutmaßlichen Terrorhelfer Mounir el Motassadeq stellen das Bundeskriminalamt und der Bundesnachrichtendienst dem Gericht keine Unterlagen zur Verfügung. Das Oberlandesgericht präsentierte am Mittwoch so genannte Sperrerklärungen von Bundeskanzleramt und Innenministerium, wonach vorliegende Aussageprotokolle des in den USA inhaftierten mutmaßlichen Terrorhelfers Ramzi Binalshibh dem Gericht nicht zur Verfügung gestellt werden.

Eine Weitergabe der vertraulichen Aussagen Binalshibhs, der in den USA in Haft sitzt, beeinträchtige die Zusammenarbeit zwischen den Nachrichtendiensten und würde "dem Wohl des Bundes Nachteile einbringen", hieß es in den Erklärungen des Bundeskanzleramtes für den BND und des

Innenministeriums für das BKA. Außerdem hätten die US-Behörden die Verwendung der Protokolle ausdrücklich nicht gestattet.( "Die Welt", 23.1.2003, "Terrorprozess: BND und BKA verweigern Unterlagen!" )

Vor allem ist es dem Wohl der Geheimdienste abträglich wenn öffentlich diskutiert wird, in welchem Umfang sie kriminellen Aktivitäten nachgehen und mit welchen Mitteln sie ihre Vorgehensweise geheimhalten.

Es verwundert doch, daß trotz der umfassenden Überwachung der Attentäter durch deutsche Behörden das Gericht auf Verhörprotokolle aus den USA angewiesen ist.

Deutsche Geheimdienste verweigern offensichtlich die offizielle Weitergabe der Ergebnisse ihrer Überwachungsmaßnahmen an die Justiz. Das liegt wohl daran, daß fast alle Überwachungsmaßnahmen der Geheimdienste illegal sind und bei offizieller Verwendung der Ergebnisse die Justiz die Pflicht hätte, gegen die Geheimdienste vorzugehen.

Wie wir später sehen werden, verteilen deutsche Geheimdienste jedoch Geheimdienstakten unter der Hand an Vertreter der Justiz um Gerichtsverfahren in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Auch die Aussagen des mutmaßlichen Terrorhelfers Mohammed Haydar Zammar sollen nicht zur Entlastung von Motassadeq vorgebracht werden dürfen:

"Am Mittwoch hatten Motassadeqs Verteidiger beantragt, Zammar, der sich in syrischer Haft befinden soll, als Zeugen zu vernehmen. Zammar, der als Hamburger Werber der Al-Qaida gilt, könne aussagen, dass er El Motassadeq nicht angeworben habe. Beamte von BKA und BND, so die Verteidiger, hätten Kenntnisse über die Vernehmungen Zammars.

In den Sperrerklärungen, die gestern verlesen wurden, hieß es, Aussagen über den Aufenthaltsort Zammars oder dessen Vernehmungen gefährdeten die Zusammenarbeit von BND und BKA mit Partnerdiensten.

Mit dieser Aussage wollte sich Richter Mentz nicht zufrieden geben" ( ... ) "Es sei nicht einsichtig, so Mentz weiter, warum nicht wenigstens das Land genannt werden könne, in dem Zammar sich aufhalte." ( "Die Welt", Onlineausgabe, 1.2.2003, "Terrorprozeß: Gericht will Geheimprotokolle einsehen" )

Der Staat will Informationen nicht nur vor der Bevölkerung strikt geheimhalten, sondern auch vor Vertretern der Justiz in laufenden Verfahren. Obwohl sie in den Zeitungen stehen und für jeden zugänglich sind. In der Washington Post wurde Zammars Aufenthaltsort bereits im Dezember 2002 genannt:

"In mindestens einem Fall leiteten US-Agenten die Gefangennahme und den Transport eines Al-Qaida-Verdächtigten nach Syrien, das seit Jahren ganz oben auf US-Listen von Menschenrechtsverletzern und Unterstützern des Terrorismus steht. Die deutsche Regierung hat vehement gegen die Verbringung protestiert. Der Verdächtige, Mohammed Haydar Zammar, hat sowohl die deutsche als auch die syrische Staatsbürgerschaft. Es konnte nicht herausgefunden werden, wie viel von Zammars Vernehmungsprotokoll Syrien der CIA übergeben hat." ( Onlineausgabe, 26.12.2002, "U.S. Decries Abuse but Defends Interrogations - 'Stress and Duress' Tactics Used on Terrorism Suspects Held in Secret Overseas Facilities" )

Ein Häftling der in dem selben Gefängnis wie Zammar einsaß, berichtete über die Umstände von Zammars Haft:

"In dem Gefängnis sprachen Insassen von einem deutschen Bürger der in einem von Ratten heimgesuchten Kellergeschoß, einem Labyrinth aus Zellen ohne Licht, jede knapp drei Fuß lang, drei Fuß breit und weniger als sechs Fuß hoch, festgehalten wurde, sagte Lakoul. Laut Mitgefangenen wurde der Gefangene nur zu Verhören und zur Folter aus der Zelle geholt. Der Deutsche, sagte bin Lakoul, war Mohammed Haydar Zammar ( ... )" (Washington Post, Onlineausgabe, 31.1.2003, "Al Qaeda Recruiter Reportedly Tortured" )

Anstatt Zammar nach Syrien zu bringen, wo er mit brutalen Methoden verhört wird, hätte die CIA auch das Bundesamt für Verfassungsschutz fragen können. Denn:

"Im Herbst 1997 startete das BfV eine aufwendige Überwachung, die "Operation Zartheit". Im Visier: Mohammed Haydar Zammar." ( .. ) "Unter Observation baute Zammar das europäische Netzwerk der Al Qaida mit auf. Jedesmal, wenn Zammar dafür zu Hause in Hamburg zum Telefon griff und mit europäischen Gesinnungsgenossen sprach, hörte das BfV mit. Zur Überwachung Zammars stand das gesamte nachrichtendienstliche Repertoire bereit, abgesegnet von einem Kontrollgremium des Bundestags: Grenzfahndung, Telefonüberwachung, Observation. Dennoch sei Zammar "nicht extremistisch" aufgefallen - behauptete zumindest "Lindweiler" vor Gericht in Hamburg.

Tatsächlich hätte Zammar das BfV auf die Spur der Todespiloten bringen müssen. Denn während der Gespräche, die das BfV abhörte, fiel zweimal Mohammed Attas vollständiger Familienname, "Mohammed Atta Al Amir".

Vom zweiten Hamburger Todespiloten, Marwan Al Shehhi, wurde sogar die Telefonnummer registriert: Al Shehhi telefonierte allein zweimal mit Zammar, beide Male 1999, als die Planung der Anschläge in die heiße Phase eintrat.

Ob über den dritten Hamburger Todespiloten, Ziad Jarrah, ebenfalls Aufzeichnungen bei deutschen Nachrichtendiensten vorliegen, ist nicht bekannt. Allerdings hat sich Jarrah regelmäßig mit überwachten Personen getroffen." ( ... )

"Es ist deshalb nur schwer vorstellbar, daß der 26 Jahre alte Libanese nicht auch in das Raster der Nachrichtendienste geraten ist.

In Hamburg, wo Jarrah in den Moscheen am Steindamm verkehrte, hatte er auch alle anderen getroffen, die von den deutschen Diensten beobachtet wurden: Motassadeq, Zammar, Bahaji, Raji - und Binalshibh, der schon ins Blickfeld der CIA geraten war. Über genügend Anhaltspunkte und Hinweise auf die späteren Attentäter sowie ihre Helfer verfügten die Nachrichtendienste also schon Jahre vor den Anschlägen." ( FASZ,2.2.2003, "Unser Mann in der Moschee" )

Offensichtlich ist einer der Partnerdienste, mit dem der Bundesnachrichtendienst die Zusammenarbeit nicht gefährdet sehen will, der syrische Geheimdienst. Weniger die CIA, denn die stellte der Bundesregierung einen Bericht über die Aussagen Binalshibhs, der in Pakistan gefasst wurde und an einem nicht genannten Ort verhört wird, zur Verfügung.

Laut der Los Angeles Times beharren die Vereinigten Staaten darauf dass die Akten geheim sind. Die Akten wurden von der Bundesregierung an Staatsanwälte zur Einsicht weitergegeben. Die Washington Post berichtet:

"Die deutsche Regierung hat den Bericht von der CIA erhalten und hat ihn Staatsanwälten in dem Verfahren gezeigt. Aber die Regierung widersetzt sich den Versuchen der Anwälte der Verteidigung ihn zu bekommen." ( ... )

"Die Anwälte von Mounir Motassadeq, 28, gegen den wegen 3000facher Beihilfe zum Mord verhandelt wird, argumentierten daß Aussagen die Binalshibh gegenüber der CIA gemacht hat zeigen werden, daß ihr Klient nichts von den Plänen zur Entführung der US-Flugzeuge wußte, die daraufhin in das World Trade Center und das Pentagon geflogen wurden. Das würde bedeuten daß er der angeklagten Beihilfe nicht schuldig ist, sagten sie." ( ... )

"Die deutsche Regierung behauptet daß die Abschriften geheim sind und daß es eine Abmachung mit den Vereinigten Staaten verletzen würde sie freizugeben. "Sie wurden durch einen Geheimdienst in den Vereinigten Staaten zur Verfügung gestellt , aber mit der strikten Einschränkung, daß sie nur durch Geheimdienste und Sicherheitsbeamte ausgewertet werden können," sagt eine Note des Büros des Deutschen Kanzlers Gerhard Schröder." ( ... )

"Aber die Anwälte der Verteidigung argumentierten daß, weil die Abschriften den Staatsanwälten des Gerichtsverfahrens zur Prüfung ausgehändigt wurden, sie gesetzmäßige Teile des Gerichtsverfahrens sind und kein geschütztes Geheimdienstmaterial. Sie haben auch angemerkt daß Staatsanwälte zugegeben haben ihre Kopien der Abschriften nach dem Lesen vernichtet zu haben, eine potentiell illegale Handlung." ( Onlineausgabe, 29.1.2003, "CIA Report Sought in 9/11 Trial" )

Auch der Richter Albrecht Mentz hat offensichtlich Einsicht in Geheimdienstakten bekommen:

"Später legte Mentz einen Brief der Bundesregierung an das Gericht dar - ihre letzte Verweigerung Material über Zammar auszuhändigen. "Ich kann ihre Aufregung betreffend Binalshibh verstehen", sagte Mentz zu Motassadeq. "Aber bezüglich Zammar, da ist nichts in den Dokumenten was ( ... ) ihren Standpunkt unterstützen würde." Mentz sagte nicht wieso er das weiß." ( Washington Post, Onlineausgabe, 5.2.2003, "9/11 Suspect Could Face Reduced Charges" )

Mounir El Motassadeq ist am 19.2.2003 zu 15 Jahren Haft verurteilt worden.

Die Vorgehensweise von Vertretern der Justiz, der Geheimdienste und der Regierung zeigt, daß in Deutschland aufgrund von Geheimdienstakten Gerichtsverfahren geführt werden und daß diese Geheimdienstakten zum Nachteil von Angeklagten benutzt werden. Der Angeklagte und seine Verteidiger bekommen sie nicht zu Gesicht. Es ist schon ungewöhnlich, daß sie in diesem Fall überhaupt erfahren haben, daß solche Akten von der Justiz verwendet werden.

Der Inhalt solcher Akten kann nicht überprüft werden und soll auch nicht überprüfbar sein, denn ihr einziger Zweck ist die Beeinflussung der Justiz durch Lügen. Könnten diese Lügen von Angeklagten widerlegt werden, würden sie ihren Zweck, nämlich die willkürliche Verurteilung von Angeklagten, nicht mehr erfüllen. So bleiben die Gründe für so manches an den Haaren herbeigezogene, unverhältnismäßig harte Urteil geheim.

Geheim bleibt aber auch, wenn ein Geheimdienst in die Justiz eingreift um Spitzel und Mitarbeiter zu decken. Es verwundert doch immer wieder wenn Täter trotz schwerer Verbrechen wie Mord, organisierter Kriminalität einschließlich Waffen- und Drogenhandel, Erpressung, Zuhälterei oder bei Vergewaltigung ein minimales Strafmaß erhalten oder sogar ganz freigesprochen werden.

Die deutschen Geheimdienste versuchen mit Lüge und Vertuschung die Vorgänge, die zum Attentat auf das World Trade Center und das Pentagon geführt haben, geheimzuhalten. Das Umfeld der Attentäter wurde jahrelang überwacht und es ist, obwohl vieles dagegen spricht, noch zu hoffen, daß es nur bei der Überwachung geblieben ist. Die Geheimdienste hätten dann bewußt weggesehen und so ein politisch erwünschtes Verbrechen möglich gemacht.

Ist es zum Einsatz aktiver Maßnahmen, also zur Beeinflussung und Bearbeitung der Attentäter gekommen, wie es allgemeine Praxis der Geheimdienstarbeit ist, so sind die Drahtzieher der Attentate des 11.9.2001 bei den Geheimdiensten zu finden.

# Die Geschichte der Postöffnung

Über die Geschichte der heute sogenannten strategischen Postkontrolle, also das Herumschnüffeln in fremden Briefen um die Macht des Staates zu mehren finden sich in dem Buch: "Der österreichische Geheimdienst: Das zweitälteste Gewerbe der Welt." von Manfred Fuchs, Wien 1994 folgende Informationen:

*(Seite19ff) Das System der Brieflogen hatte im Zeitalter des Absolutismus eine neue Blütezeit erfahren. Ausgehend von Spanien und Frankreich, wo "Schwarze Kabinette" ( "cabinets noirs" ) mit der Entzifferung und Dechiffrierung vertraulicher Nachrichten beschäftigt waren, trat die Einrichtung einer zentralen Nachrichtenbehörde ihren Siegeszug auch nach Wien an, denn die immer raffinierteren Methoden der Chiffreure machten eine zentrale Stelle mit Spezialisten zur Entschlüsselung brisanter Briefsendungen notwendig. Die geheimen Brieflogen an den wichtigsten Punkten des Postnetzes in Frankfurt, Regensburg, Augsburg, Nürnberg und Eisenach hatten die Aufgabe, verdächtige Sendungen zu öffnen, ihren Inhalt zu kopieren, die Briefe wieder sorgfältig zu verschließen und die Kopie nach Wien zu senden. Da die Arbeit als Logist einiges Können und vor allem Verschwiegenheit verlangte, wurde meist der Sohn des Logisten in die Geheimnisse der Briefüberwachung eingeführt und übernahm nach dem Tod des Vaters dessen Amt. Gewissenhaften und talentierten Logisten winkten zur Belohnung sogar Adelstitel oder Posten im diplomatischen Korps.*

*Briefsendungen, die besonders geschickt versiegelt worden waren oder bei denen zu befürchten war, daß ihr Empfänger außergewöhnliche Kontrollmaßnahmen zur Überprüfung ihrer Unversehrtheit anwenden würde, wurden ungeöffnet nach Wien geschickt. In der Stallburg, einem eigenen Flügel der Hofburg zu Wien, hatte sich schon 1711 (...) die "Geheime Kabinettskanzlei" etabliert. (...) Die Mitarbeiter des Kabinetts (...),konnten meist auf einige Erfahrung in anderen Schwarzen Kabinetten zurückblicken. Bewerber ohne entsprechende Grundkenntnisse durchliefen nach Abnahme des Verschwiegenheitseides durch den Kaiser eine Probezeit, in der sie das Öffnen und Kopieren der Briefe, das Nachfertigen von Siegeln und die Grundkenntnisse im Entschlüsseln der Botschaften erlernten. Verlief die Probezeit zur Zufriedenheit der Vorgesetzten, so erhielt der Aspirant eine feste Anstellung im Kabinett. Nach einer zweiten Vereidigung weihten erfahrene Kabinettsmitglieder ihren neuen Kollegen in die Kunst, Handschriften zu kopieren und mit Geheimtinten und Chemikalien aller Art umzugehen, ein.*

Aber es wurden nicht nur die Briefe gelesen und ausgewertet, sondern es wurde bereits Desinformation und Zersetzung betrieben:

*(Seite 19ff) Ein ausgebildeter Beamter der Kabinettskanzlei verstand es nicht nur, mit viel mathematischem Geschick geheime Nachrichten aus Briefen zu entschlüsseln oder sie mit Hilfe von chemischen Prozessen sichtbar zu machen, es gelang ihm auch, abgefangene Briefe durch Kopien zu ersetzen, deren Schriftzug sich kaum vom Original unterschied und einige Verwirrung beim Absender und Empfänger der Nachrichten hervorrief. (...)*

Und bereits damals wurden die technischen Fachleute vollständig von der übrigen Bevölkerung isoliert, damit geheim bleibt, was geheim bleiben soll. Mit allen damit verbundenen Folgen. Sicherlich bediente man sich auch dazu bereits der Methoden der Zersetzung.

*(Seite 20)Der Kaiser ließ sich seine Geheime Kabinettskanzlei einiges kosten, und die Beamten der Kanzlei konnten mit ihrer Entlohnung mehr als zufrieden sein. Doch allzuviel Freude bescherte ihnen der erworbene Wohlstand nicht: Einige von ihnen hielten der Belastung ihrer Arbeit, die immer unter Zeitdruck und enormer geistiger Anspannung stattfand, nicht stand und verloren den Verstand. Um zu verhindern, daß Geheimnisse aus der Reichskanzlei an die Öffentlichkeit drangen, hatte der Kaiser befohlen, die Beamten und ihre Familien von der Bevölkerung außerhalb des Hofes fernzuhalten. Die Polizei überwachte die Familien rund um die Uhr, und selbst Freunde oder Spielkameraden der Kinder entgingen dieser Beaufsichtigung nicht. (...)*

Auch die Tarnbezeichnung für diese Organisation wurde des öfteren gewechselt.

*(Seite 20) Das Kabinett erfuhr einige Namensänderungen ( von "Geheimes Ziffernwesen; "Ziffernsekretariat", "Kabinettsekretariat" bis "Visitations- und Interzeptionsgeschäft" ), bis sich die Bezeichnung "Geheime Kabinettskanzlei" eingebürgert hatte.*

Auch nach der Verstaatlichung der Post ging die Bespitzelung weiter.

*(Seite 21) Während sich die Post der Taxis zu Beginn des 19. Jahrhunderts aus dem Geschäft der Briefkontrolle und Spionage zurückzog, blieb die verstaatlichte Post in Österreich ihrer nachrichtendienstlichen Nebenbeschäftigung im Dienste des österreichischen Kaisers bis zum Ende der Habsburgermonarchie treu.*

Auch im Deutschen Reich wurde die Post routinemäßig geöffnet. Zum Beispiel wurde der für die Russen arbeitende Spion Oberst Redl, der eine hohe Stellung in der österreichischen geheimen Polizei inne hatte, auf diese Weise enttarnt. Allerdings wurde ein an ihn gerichteter Brief in Preußen geöffnet. Aus diesem Vorgang ergibt sich bereits eine enge Zusammenarbeit der geheimen Polizei verschiedener Länder am Anfang dieses Jahrhunderts. Interessanterweise wurde Oberst Redl nicht von Preußen zur Mitarbeit erpresst, sondern die Informationen nach Wien weitergeleitet.

*(Seite 77) Ein Zufall führte schließlich zu Redls Enttarnung. Seine Bezahlung wurde auf dem Postweg nach Wien an "Herrn Nikon Nizetas, Österreich, Wien, postlagernd" gesandt. Zu Anfang des Jahres 1913 wurden einige Briefe nicht abgeholt und nach Ablauf der Wartefrist als unzustellbar an den Absender zurückgeschickt. Der Absender wohnte laut Aufgabestempel in Eydtkunen, einer kleinen deutschen Provinzstadt nahe der russischen Grenze. Die Briefe gelangten somit ins Hauptpostamt Berlin, wo sie routinemäßig geöffnet wurden. Neben einem kurzen Schreiben befanden sich darin 6000 österreichische Kronen.*

Natürlich will auch unser Staat im Zeitalter massiver Überwachung nicht auf das Öffnen von Briefen verzichten. Dazu findet sich im Neuen Deutschland auf der ersten Seite folgender Artikel vom 14. Juni 1979:

***Achtung Bürger der DDR***
***BRD-Spionagedienst kontrolliert millionenfach Briefe aus der DDR***

*Millionen Briefe aus der DDR werden jährlich vom Bundesnachrichtendienst der BRD ( BND ) geöffnet und kontrolliert. Dies wurde am Dienstag in einer Sendung des BRD-Fernsehens mit Staatssekretär Manfred Schüler bestätigt, der im Bundeskanzleramt für die Koordinierung und Kontrolle der Geheimdienste verantwortlich ist. Mehrere hundert BND-Beamte sind Tag und Nacht an Kontrollstellen damit beschäftigt, Briefe aus der DDR in die BRD zu öffnen, zu lesen und daraus zu kopieren. Das spezielle Interesse des Spionagedienstes BND gilt, wie es heißt, der Überwachung besonderer Gebiete im Osten, zum Beispiel Manöverzonen, Militärobjekten aller Art der Nationalen Volksarmee sowie der in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte. Durch die "Lektüre der Privatpost" aus solchen Gebieten wie in der Sendung weiter gesagt wurde, erhofft man sich in der Zentrale des BND und im Bundeskanzleramt "Erkenntnisse die zur Einschätzung der Lage wichtig" seien. Andere Einheiten des BND sind mit der gezielten Kontrolle von Postsendungen aus der BRD in die DDR beauftragt. Die Ergebnisse werden in der BND Zentrale gespeichert.*

Und mit den so gewonnenen Informationen kann man dann im Bedarfsfall Personen zur Mitarbeit erpressen. Denn auch die Erpressung ist ja ein nachrichtendienstliches Mittel. Gelegentlich werden Briefe oder Sendungen auch absichtlich beschädigt um den Empfänger auf seine Überwachung hinzuweisen und damit unter Druck zu setzen.

# Die nachrichtendienstlichen Mittel

Überwachung, Einbruch, Manipulation, Desinformation, Diffamierung, Streuen von Gerüchten, Agitation, Verleumdung, Lüge, Geheimhaltung, das Unterdrücken von Nachrichten, Zersetzung, Erpressung, das Beschäftigen der Untertanen, das gegeneinander Ausspielen der Untertanen, Unterwanderung von Organisationen und Gruppen, gesellschaftliche Mitarbeiter, Rollenspiele, Einflußagenten, Korrumpierung, das Anfüttern, sich an die Spitze der Bewegung stellen, diese Bewegungen selber gründen, Agents Provocateurs, Propaganda, Gleichschaltung der Medien, Perspektivagenten, Sabotage, Terror, Gewalt, Gehirnwäsche, Umerziehung, Verschwindenlassen, Ausweisung, Morddrohung, Mord und das Beschaffen des für die geheimdienstlichen Operationen benötigten Geldes.

Das offensichtlichste nachrichtendienstliche Mittel ist die Überwachung, sei es durch technische Mittel, wie das Anzapfen des Telefons, das Abhören mittels Wanze oder Richtmikrofon, das durchleuchten von Wohnungen und Häusern mittels Radar oder das Observieren von Zielpersonen. Zur Informationsbeschaffung oder zur Installation von Abhörgeräten brechen Geheimdienstler in die entsprechenden Räume ein.

Aber es gibt natürlich auch die aktiven Maßnahmen. Aktive Maßnahmen beginnen bereits mit der Observationsglocke. Diese Bezeichnung enthält auch schon das Ziel der Maßnahme. Es soll die Zielperson, sozusagen in einer Glocke abgeschirmt werden, damit sie von der Umwelt möglichst perfekt getrennt wird, weil sie zum Beispiel zu viel weiß oder Ansichten vertritt, die man lieber nicht an die Öffentlichkeit dringen lassen will, die aber auch nicht falsch sind, so daß man ihnen nichts entgegensetzen kann. Denn dann könnte man ihnen ja argumentativ begegnen.

Das erfordert natürlich einen ungeheuren Aufwand. Die Geheimdienste setzen zu diesem Zweck in Einzelfällen bis zu hundert Mitarbeiter gleichzeitig auf die Zielperson an (nachzulesen in „Krieg der Gaukler von Hans Halter, Göttingen 1993 ). Das geht so weit, daß man der Zielperson Gesprächspartner stellt, so daß sie sich aussprechen kann, wenn ihr danach ist. Dabei imitiert man auch real existierende Personen. Es kommt sogar vor, daß Geheimdienstler sich als Landtagsabgeordnete ausgeben. Möglicherweise sogar als Bundestagsabgeordnete. Und natürlich geben sie sich als alle Arten von Beamten aus. Auch als Polizisten, obwohl das Amtsanmaßung, also illegal ist. Man muß dafür sorgen, daß unbeabsichtigte Kontakte, die natürlich nicht immer verhindert werden können, ohne Folgen für die Geheimhaltung bleiben.

Wenn trotzdem die zu überwachende Person mit Unbeteiligten spricht und diesen etwas erzählt, was nicht an die Öffentlichkeit soll, dann wird die Glaubwürdigkeit der Zielperson unterminiert. Dazu bedient man sich der Zersetzung und der Desinformation. Beispielsweise sagt man: „Er ist ein Besserwisser." Nun weiß der Betreffende tatsächlich besser, was genau zum Beispiel die Nachrichtendienste machen. Deshalb muß man ihn ja gerade isolieren. Aber dem Unbeteiligten wird so natürlich der (bewußt falsche) Eindruck erweckt, daß es sich um einen „Besserwisser" handelt. Oder man sagt, der Betreffende glaubt, daß er verfolgt wird. Auch hier ist es so wie die Geheimdienstler sagen. In der Tat glaubt der Betroffene, daß er verfolgt wird. Denn dieser Eindruck läßt sich beim besten Willen nicht mehr verdrängen, wenn ein Geheimdienst ein Programm zur Einschüchterung unliebsamer Untertanen durchzieht. Aber der unbeteiligte Gesprächspartner des Opfers gewinnt den Eindruck, daß das Opfer der Kampagne eben nur *glaubt*, daß es verfolgt wird.

Und dann steht natürlich noch eine ganze Palette von Sprüchen zur Auswahl, die dafür sorgen, daß das Opfer nicht ernst genommen wird: „Der spinnt ja, Der ist ja schon wieder besoffen / bekifft / zu, was hat er denn jetzt schon wieder?", und so weiter. Es bedarf keiner besonderen Intelligenz, um eine solche Kampagne in Gang zu setzen. Das kann jeder, und solche diffamierenden Sprüche machen schnell, nach Art der stillen Post, die Runde. Oft auch ohne daß der Betreffende etwas merkt. Bestenfalls wundert er sich, daß alle Leute sich auf einmal anders verhalten. Kraß wird es allerdings, wenn Personen, mit denen man vorher ein gutes Verhältnis hatte, plötzlich bissige Bemerkungen machen. Dann weiß man, daß etwas im Busch ist. Manchmal kann man dann auch aus diesen Bemerkungen Rückschlüsse auf die Art der benutzten Zersetzungskampagne ziehen. Übrigens scheint auch ein jetziger Bundesminister das Opfer einer solchen Kampagne gewesen zu sein. Denn jeder in Frankfurt hat ja in den siebziger Jahren gewußt, daß man bei ihm besonders günstig teure Fachbücher bekommen kann. Soll wohl heißen, daß die Bücher irgendwie „besorgt" worden sind.

Vom Wahrheitsgehalt einmal abgesehen stellt sich hier natürlich die Frage, warum das wohl jeder gewußt hat. Da hat wohl jemand niedliche kleine Geschichten in Umlauf gesetzt, weil ihm derjenige

unsympathisch war. Und es war sicherlich kein privater Rachefeldzug, sondern die Aktion einer Behörde mit Sicherheitsaufgaben. Denn wenn man fortgesetzt über lange Zeit Probleme hat, dann ist meistens der staatliche Apparat in der einen oder anderen Form beteiligt. Also möglicherweise eine gezielte Verleumdungskampagne.

Auch der Agitation bedienen sich die Geheimdienste. So kann es vorkommen, daß einem ein Geheimdienstler sagt, das man alle Politiker mit der Maschinenpistole umlegen müsse. Irgendwie sollte man doch meinen, das sich der Beamtenapparat inzwischen damit abgefunden hat, daß er von Politikern kontrolliert wird. Offensichtlich hat es sich aber noch nicht bis zu den Geheimdiensten herumgesprochen, daß wir in einer Demokratie leben. Oder ist die Geschichte mit der Demokratie nur eine Desinformation der Geheimdienste? Und wir leben tatsächlich im 4. Reich? Das wäre dann totalitärer Pluralismus.

Geheimdienstler reden selten offen. Sie beschränken sich bei ihrer Arbeit in der Regel darauf Eindrücke zu machen. Und zwar auch bewußt falsche. Sie brauchen dann nicht *direkt* zu Lügen. Wenn der Gesprächspartner solche Eindrücke schluckt, sein Problem. Das öffnet natürlich die Türe zu allen Arten von Manipulationen. Und manipulieren ist das hauptsächliche Werkzeug eines Geheimdienstlers. Man läßt zum Beispiel Unbeteiligte für sich arbeiten, wenn man sie durch Desinformationskampagnen in die eine oder andere Richtung manipuliert. Wenn ein solcher Unbeteiligter nun die eigentliche Zielperson unfreundlich behandelt oder Gerüchte weiter verbreitet, deren Wahrheitsgehalt er nicht selber nachprüfen kann, dann macht er sich, natürlich unfreiwillig und ohne bösen Willen, zum Werkzeug einer Organisation, deren Ziele und Methoden er sicherlich niemals tolerieren würde. Nur, er weiß es ja nicht, daß er sich mißbrauchen läßt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, das die eigentliche Aufgabe von Nachrichtendiensten, entgegen weitverbreiteter Meinung nicht in der Weitergabe, sondern im Unterdrücken von Nachrichten besteht. Eher selten informieren Nachrichtendienste, indem sie Nachrichten weitergeben. In so einem Fall handelt es sich dann jedoch oft um die Verbreitung von Desinformation. Unberührt von dieser Unterdrückung von Nachrichten bleibt natürlich, das Nachrichtendienste möglichst *alles* wissen wollen. Dieser Anspruch ist natürlich illusorisch, auch wenn die westlichen Nachrichtendienste, nach eigenen Angaben, besser sind als die Östlichen. So sind die Geheimdienste der Bundesrepublik stolz darauf, besser als die Stasi zu sein.

Wer etwas geheimhält muß geheimhalten daß er etwas Geheimes geheimhalten muß. Warum eigentlich, wenn es sich bei dem angeblich „freiesten Staat der je auf deutschem Boden existierte“ um eine Demokratie handelt, in der das Volk der Souverän ist? Ein bewährtes Mittel der Geheimhaltung mittels Desinformation ist das Streuen von Gerüchten, so daß der Gegner ( beim Inlandsgeheimdienst naturgemäß der Untertan ) aus der Vielzahl der Veröffentlichungen und umlaufenden Gerüchte nicht das Wesentliche herauslesen kann. Also bleiben die wichtigen Themen hinter einer Wand von Scheinproblemen, wie sie zum Beispiel auch die vielen täglichen Talkshows mit ihren so merkwürdig überflüssigen Themen vorgeben, verborgen.

Obwohl Geheimdienstler sehr darauf achten, daß man sie nicht bei einer Lüge erwischt, so lügen sie doch oft schon, wenn sie nur den Mund aufmachen. Sie erzählen nämlich eine Tarngeschichte, eine sogenannte Legende, die mit der Wahrheit wenig, unter Umständen absolut nichts zu tun hat und einzig dazu dient, sich das Vertrauen der Zielperson zu erschleichen. Und wenn schon am Anfang eine Lüge steht, kann man davon ausgehen, daß Geheimdienstler oft lügen. Sie sind dabei nur sehr geschickt, damit man sie nicht erwischt und so der Anschein der Sauberkeit erhalten bleibt. Fragen Sie einen Lügner, ob er lügt...was wird er Ihnen antworten?

Desinformation, Lüge, Zersetzung und Manipulation sind den Verfassungsschützern zwar ausdrücklich verboten, aber der Nachweis einer gesteuerten Kampagne, die ja schwerwiegende Nachteile für die Betroffenen haben kann, und zwar bis hin zur gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, psychischen oder gar physischen Vernichtung ( z.B. Selbstmord ), fällt bei allen Geheimdienstaktivitäten schwer. Oft wird vom Betroffenen ja noch nicht einmal bemerkt, daß er in „Sonderbehandlung“ ist. Denn er kennt ja nur sein Leben, so daß er alles, was ihm passiert für normal hält. Und wenn es Probleme gibt, na, dann ist das eben Zufall. Jemand anders hat den begehrten Arbeitsplatz bekommen? Oder die Beförderung?

Das muß ja nicht daran liegen, daß ein Herr vom Geheimdienst dem Arbeitgeber so merkwürdige Fragen gestellt hat. Oder etwa doch? Das Ziel dieser Fragen ist natürlich nicht die Beschaffung von Informationen. Die lassen sich viel diskreter erlangen. Sondern der Arbeitgeber *soll* den Eindruck gewinnen, daß es sich bei dem Betroffenen um eine gefährliche Person handelt, die vom

Geheimdienst überwacht wird. Und das sicher auch am Arbeitsplatz. Und wer will schon den Geheimdienst in seiner Firma haben? Das wäre den meisten Arbeitgebern sehr unangenehm. Also ist es sicherer, man löst das Problem durch eine Entlassung zum nächst möglichen Termin. Pech gehabt. Und der Geheimdienst ist unschuldig, denn er hat ja nur einige Informationen eingeholt. Niemand hat die Entlassung verlangt oder auch nur angeregt. So läuft das mit der Manipulation.

Wenn man jemanden manipuliert, dann ist es bis zur Erpressung nicht mehr weit. Das ist zwar schwer kriminell, aber auch hier bleibt es ja naturgemäß geheim. Denn welches Opfer von Erpressung wendet sich schon an die Polizei oder die Öffentlichkeit? Es ist auch hier nicht unbedingt erforderlich, die Erpressung auszusprechen. Es genügt vollkommen, wenn man durchblicken läßt, daß entsprechendes Material vorhanden ist. Das Opfer denkt sich dann den notwendigen Rest. Man sucht also kompromittierende Informationen, mit denen man das Opfer unter Druck setzen kann. Wenn nichts vorliegt, dann kann man versuchen, die Zielperson in eine entsprechende Lage zu manipulieren, so daß sie nach jedem rettenden Strohhalm greift. Wenn man also durch Manipulation dafür gesorgt hat, daß jemand seinen Arbeitsplatz verloren hat, dann kann man ihm die Gelegenheit bieten, sich bei einer nicht ganz legalen Tätigkeit ein paar Mark dazu zu verdienen. Oder man macht bei entsprechender Neigung kompromittierende Fotos. Und nun kann man die Mitarbeit oder das Schweigen erzwingen.

Die Untertanen werden auch von den Geheimdiensten gerne mit neutralen Themen und Aktivitäten beschäftigt, um zu verhindern, daß sie sich mit Aktivitäten beschäftigen, mit denen sie sich nach Meinung der Obrigkeit nicht beschäftigen sollen. Gerne werden dazu auch Sprüche verbreitet wie: „Das Denken soll man den Pferden überlassen, die haben die größeren Köpfe.“ Oder: „Wissen ist Macht, nichts Wissen macht auch nichts.“

Insbesondere fällt die ungeheure Technikfeindlichkeit der den Geheimdiensten verbundenen Personen auf. Erwünscht ist offensichtlich aus der Perspektive der Obrigkeit eine Herde von dummen und feigen Untertanen, die sich leicht steuern und führen lassen. Offensichtlich wird auch deshalb das Wählen von Laberfächern in der Schule mit wenig Arbeit und leicht erreichbaren guten Noten belohnt und damit gefördert. Wer Fächer mit Substanz wählt, weil er etwas lernen will, hat in der Regel automatisch bereits einen schlechteren Notendurchschnitt, obwohl er eine bessere Ausbildung hat. Dieses System setzt sich an den Universitäten fort. Das Lernziel ist erklärtermaßen „soziale Kompetenz“, also das formvollendete Verbeugen vor dem Hut auf der Stange. So kommt es, daß das Land der Dichter und Denker Fachleute für Technik aus der Dritten Welt importieren muß. Wo diese Beschäftigungstherapie nicht ausreicht, hetzt man die Bevölkerung gegeneinander. Symptomatisch ist dafür der künstlich aufrechterhaltene Gegensatz von Rechts und Links. Wenn man keine Feinde hat, dann schafft man sie sich eben selber, wie die Entwicklung der rechtsradikalen Szene zeigt, die zum großen Teil aus Mitarbeitern der Geheimdienste besteht.

Um Informationen zu gewinnen werden Organisationen durch gesellschaftliche Mitarbeiter unterwandert, um an interne Informationen zu gelangen. Da deutsche Geheimdienste der Meinung sind, daß das ganze Leben ein Rollenspiel sei, kann man wohl davon ausgehen, daß sie möglichst alle irgendwie erreichbaren Organisationen unterwandern. Man sammelt also alle irgendwie erreichbaren Informationen. Denn wenn man keine großflächige Überwachung, zumindest im politischen Bereich, durchführt, macht das Konzept des Rollenspiels ja keinen Sinn.

Rollenspiele werden aber auch durchgeführt, um herauszufinden, wie einzelne Personen reagieren. Durch die Auswertung der Rollenspiele meinen die Geheimdienste Rückschlüsse auf Charakter und Verhalten der Zielpersonen ziehen zu können. Also benutzt man zweifelhafte Psychotechniken, wie sie den Sekten vorgeworfen werden. Das nennt man Kaffeesatzleserei. Da aber die Psychologie sehr spekulativ ist, trauen die Geheimdienstler ihren eigenen Auswertungen keine große Aussagekraft zu. Das äußert sich in folgender Aussage: „Man kann ja niemandem in den Kopf sehen.“ Trotzdem meint man aufgrund von Spekulationen schwerwiegende Eingriffe in das Leben der Untertanen durchführen zu dürfen. Auch hierbei bedient man sich zweifelhafter Psychotechniken, die zu ebenso zweifelhaften Ergebnissen führen. Denn man kann sicherlich Zielpersonen kurzfristig anleiten, manipulieren und führen. Aber das langfristige Ergebnis von fortgesetzten Eingriffen in das Leben von Personen läßt sich nicht planen oder vorhersagen.

Es wird dann im Laufe der Zeit immer wieder nötig, entsprechende weitergehende Korrekturen durchzuführen um die bereits verursachten Probleme wieder auszugleichen. Ein Mechanismus, der klar ersichtlich wird, wenn man Personen durch Manipulation und Zersetzung des normalen Umfeldes

in zweifelhafte Bekanntschaften treibt. Denn durch den Umgang mit Personen zweifelhaften Charakters wird natürlich das Niveau der Zielperson gesenkt, was so wohl auch erwünscht ist.

Und wenn man bereits eine, zumindest im politischen Bereich, flächendeckende Überwachung durchführt, ist es nur ein kleiner Schritt zur Einflußnahme. Dazu bedient man sich der Einflußagenten, die in politischen Versammlungen oder auf Demonstrationen hervortreten und versuchen Einfluß im Sinne ihrer Auftraggeber zu nehmen. Diese Einflußnahme kann unter anderem auch durch die Vorgabe von zu diskutierenden Themen geschehen. Auch allgemein wird in der Bevölkerung Stimmung für oder gegen Themen und Meinungen gemacht.

In großen, gesellschaftlich relevanten Organisationen und Parteien wird man versuchen, Einfluß im Sinne der Geheimdienste und des Beamtenapparates zu nehmen. Dazu ist es vorteilhaft, wenn sich gesellschaftliche Mitarbeiter, falls möglich, an die Spitze der Bewegung stellen, um diese zu führen. Und bei Führen fällt uns ein, daß Adolf Hitler vermutlich ein gesellschaftlicher Mitarbeiter des Reichswehrgeheimdienstes war, den man in die NSDAP eingeschleust hat. In diesem Fall wäre die unbedeutende NSDAP erst durch eine Geheimdienstoperation zu der entsprechenden Macht gelangt. Bis die Bewegung zum Selbstläufer geworden ist und von niemandem, auch nicht von den Auftraggebern, aufgehalten werden konnte.

In kleinen Organisationen oder Parteien bedient man sich neben der Einflußagenten auch der Agents Provocateurs ( Lockspitzel ). Es handelt sich hierbei um Personen meist zweifelhafter Herkunft und ohne Gewissen und Charakter, die für Geld ( fast ) alles machen. Die Geheimdienste bedienen sich Agents Provocateurs um die von ihnen unterwanderten Gruppen zu diskreditieren. Das funktioniert über das Radikalisieren dieser unliebsamen Gruppen. Man kann wohl davon ausgehen, daß die „autonomen“ Gruppen, die bei Demonstrationen der Linken auftreten und Krawall machen, von den Geheimdiensten besonders gründlich unterwandert sind und so keineswegs autonom sind. Und wer den ersten Stein wirft, läuft Gefahr, sich als Agent Provocateur verdächtig zu machen. Zumindest wenn er es offen vor allen anderen tut. Denn dann könnte man vermuten, daß er unter dem Schutz einer Behörde mit Sicherheitsaufgaben arbeitet. Sonst wäre er wohl vorsichtiger.

Auch bei den Rechten ist der Agent Provocateur schnell enttarnt: Es ist immer derjenige, der als erster den rechten Arm hebt. Darüber hinaus werden Agents Provocateurs verwendet um generell Probleme in der Gesellschaft zu schaffen. Denn „man“ mag es nicht, wenn Untertanen zu viele Bekannte haben. Also muß man, nach dem bereits aus der Antike bekannten Prinzip „Teile und Herrsche“, vorbeugend zersetzend tätig werden. Dazu werden kleine Geschichten erzählt um einzelne Personen, Gruppen, Organisationen und Parteien schlecht zu machen und damit die Gesellschaft zu atomisieren. Es ist schon erstaunlich, daß für die Geheimdienste Individuen arbeiten, die generell Probleme in der Gesellschaft machen. Diese Personen erkennt man unter Umständen daran, daß sie oft herumstänkern, ohne sich jedoch jemals zu tatsächlich objektiv vorhandenen gesellschaftlichen Problemen zu äußern. Diese Mischung aus Agent Provokateur und Einflußagent soll der Gesellschaft auch Themen vorgeben, über die sich der Einzelne aufregen darf, ohne das System selbst zu belasten. Denn zur Diskussion der wirklichen Probleme kommt es ja nicht mehr, da man mit der Diskussion von Scheinproblemen beschäftigt wird.

Wir erinnern uns hier insbesondere an die Umweltschutzhysterie, mit der die Linken beschäftigt wurden, und dadurch von ihrem eigentlichen Ziel, der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft, abgelenkt wurden. Statt dessen machten sich die aus der 68er Bewegung hervorgegangenen Grünen bei der Mehrheit der Bevölkerung unbeliebt, indem sie einen Benzinpreis von 5.- DM pro Liter forderten, oder darüber diskutierten, wie man seinen Müll ordnungsgemäß sortiert und ob man die Joghurtbecher nun auswaschen muß oder nicht, bevor man sie in die Grüne Tonne wirft. Und im übrigen hat weder der Supergau noch das Waldsterben stattgefunden. Und der eine oder andere wartet sicher vergebens auf die fest versprochene Klimaerwärmung. Übrigens versucht man zur Zeit die PDS in die grüne Richtung zu drängen, um sie ebenfalls mit Scheinproblemen zu beschäftigen und so ebenfalls zu entschärfen. Und so den Grünen bei den Wahlen Stimmen zu nehmen.

So wurde aus einer antiautoritären, ja anarchischen Bewegung, ein Klub von intoleranten Dogmatikern, der seine die Öffentlichkeit eigentlich nicht interessierenden Themen in einer Art Selbsterfahrungsgruppe diskutiert, und die die unter Anleitung von „Gruppentherapeuten“ einer „Behörde mit Sicherheitsaufgaben“ erarbeiteten Lösungen nicht vorhandener Probleme der widerstrebenden Bevölkerung aufzwingen wollte. Und zu diesem Zweck sogar nach dem Staat rief.

Besonders problematisch sind für Geheimdienste naturgemäß Familien, da diese nur mit beträchtlichem Aufwand zu unterwandern und zu zersetzen sind. Denn aus der Sicht der

Sicherheitsbehörden ist es ja vorteilhaft, wenn sich die ganze Gesellschaft aus Einzelpersonen, möglichst Singles ohne jeden Rückhalt in Familie oder Freundeskreis, zusammensetzt. Denn mit solchen Einzelpersonen wird man dann bei Bedarf schnell und unbürokratisch fertig.

Auch die Propaganda ist ein wichtiges nachrichtendienstliches Mittel. Von besonderer Bedeutung ist deshalb für die Geheimdienste die Gleichschaltung der Medien. Wenn man Einflußagenten in die Medien einschleust, wird deren Arbeit viel effektiver, da sie ja als Multiplikatoren wirken. Es ist heute nicht mehr so, daß man sich gezwungen sieht, altgediente Journalisten als gesellschaftliche Mitarbeiter anzuwerben. Vielmehr spricht man die in Frage kommenden Personen schon frühzeitig an, verpflichtet sie dem System, unterstützt sie bei der Ausbildung und schleust sie dann in die entsprechenden Medien ein. So vermeidet man peinliche Berichte über gescheiterte Versuche der Anwerbung von Journalisten durch die Geheimdienste. Solche Perspektivagenten werden bereits in der Schule von ihren für die Geheimdienste arbeitenden Lehrern ausgemacht und ihrer vorgesetzten ( geheimdienstlichen ) Behörde vorgeschlagen und entsprechend in Schule und Studium gefördert. Unter Anleitung und Manipulation durch ihre Führungsoffiziere dürfen sie dann „frei“ berichten. Und wenn sie aus der Reihe tanzen, verlieren sie alle ihre durch das System gewährten Vorteile und verschwinden wieder in der Masse der unbedeutenden Untertanen, oder werden zumindest auf eine weniger einflußreiche Position manipuliert oder abgeschoben. Es werden also Personen von Geheimdiensten korrumpiert Man wird dabei aber sehr vorsichtig vorgehen. Zuerst werden diese Zielpersonen „angefüttert“, indem man ihnen Geld oder andere Vorteile verschafft. Dann wird man diese Personen immer weiter in die Abhängigkeit hineinziehen und verstricken, bei Bedarf unter Druck setzen oder gar offen erpressen.

Auch Sabotage ist ein altbewährtes nachrichtendienstliches Mittel. Wer jetzt aber an verdeckte Einsätze von mutigen Frauen und Männern hinter feindlichen Linien denkt, die ihrem Land aufopferungsvoll dienen und dabei ihr Leben riskieren, der kennt unsere Geheimdienstler schlecht. Denn das wäre ja irgendwie illegal und vor allem gefährlich. Zu solchen Aktionen lassen sich vielleicht die Franzosen und Amerikaner hinreißen. Greenpeace kann ihnen dazu nähere Auskunft geben. Aber es kommt doch hin und wieder vor, daß die Autos von politisch aktiven Mitbürgern überraschend beschädigt werden. Wahrscheinlich bedient man sich hierbei, wenn irgendwie möglich, der Mithilfe nützlicher Idioten, die die Drecksarbeit übernehmen. Denn welcher Beamte macht sich schon gerne die Finger schmutzig!

Wenn man unter den beschriebenen Sonderbehandlungen steht, dann wird man bereits terrorisiert. Aber es gibt auch da natürlich noch weitere Methoden des ( Psycho- ) Terrors. Es fängt schon damit an, daß die Zielperson unvermittelt offen fotografiert wird. Obwohl es absolut unnötig ist, jemanden zu fotografieren, der bereits unter Überwachung steht. Denn es existieren mit Sicherheit schon viele Fotos, die verdeckt aufgenommen wurden. Man kann wohl auch davon ausgehen, daß die zum Erlangen eines Passes oder Ausweises eingereichten Paßbilder den entsprechenden Behörden zur Verfügung stehen.

Oder man spielt der Zielperson vor, daß man annimmt sie sei ein gefährlicher Verbrecher. So kann es vorkommen, daß man von der Polizei kontrolliert wird. Der Polizist geht zum Streifenwagen und kontrolliert die Papiere. Er kommt zurück und sagt „Danke, alles in Ordnung.“ Natürlich, warum auch nicht. Man bemerkt aber, daß die Pistolentasche jetzt geöffnet ist. Vorher war sie geschlossen. Gleichzeitig hat der Polizist ein kaum merkbares Grinsen im Gesicht. Also ist doch nicht alles in Ordnung. Oder es werden alle möglichen Unterstellungen gemacht. Allerdings immer nur in Form von Eindrücken. Es soll so aussehen, daß Gelegenheit zum Begehen von Straftaten gegeben wird, um zu testen, ob die Zielperson ein Krimineller ist. Man läßt Handtaschen liegen, stellt Autos mit geöffnetem Fenster ab, bietet offen Gelegenheit zum Konsum von Haschisch und bestätigt auf Nachfrage gerne und mit einem breiten Grinsen, daß man als Provokateur für die Polizei arbeitet. Ein bewährtes Mittel um Druck zu erzeugen ist, Aussagen zu wiederholen, die das Opfer einige Zeit vorher selber gegenüber anderen gemacht hat.

Oder, jemand macht ungewöhnliche Faxen, die dann jemand anders einige Tage später wiederholt. Es wird ein ungeheurer personeller und materieller Aufwand betrieben sowie eine ganz massive Überwachung vorgespielt. Zeitweilig ist immer jemand in Sichtweite, der auffällig mit seinem Handy telefoniert. Der Aufwand geht manchmal so weit, daß sogar die Luftwaffe eingesetzt wird. Auch bekommen die Zielpersonen ständig Morddrohungen.

Und dann gibt es natürlich noch die Anwendung von Gewalt. Dazu benutzt man einerseits Schläger, die nach dem Prinzip der Kapos im Konzentrationslager auf unliebsame Personen losgelassen

werden. Allerdings wird man heutzutage natürlich eine direkte Vergabe von Aufträgen vermeiden. Aber wenn man nun seinen gesellschaftlichen Mitarbeitern zu verstehen gibt, daß diese wiederum ihre Zombies nicht daran zu hindern brauchen, ihren gewalttätigen Trieben nachzugeben, wenn sie sich in die richtige Richtung entladen, dann erreicht man das Ziel sozusagen auf Umwegen. In so einem Falle kennt das Opfer in der Regel die Hintergründe nicht. Es handelt sich eben um eine Schlägerei.

Es gibt auch die Möglichkeit, direkte Gewalt gegen das Opfer auszuüben, ohne daß andere Personen davon betroffen werden.

Elektromagnetische Wellen haben bei bestimmten Frequenzen und Impulsstärken Wirkungen auf den menschlichen Körper. Die entsprechenden Sender arbeiten im Frequenzbereich der Radiosender und tragen deshalb den treffenden Namen Radiofrequenzwaffen. Die genauen technischen Daten dieser Geräte sind natürlich nicht veröffentlicht. Die Effekte, die durch die Einwirkung von Elektromagnetischen Wellen auf den Körper hervorgerufen werden können, sind in der wissenschaftlichen Literatur beschrieben. Selbst die Existenz von Mikrowellenpistolen wurde einmal in der TAZ erwähnt. Juristisch gesehen handelt es sich bei der absichtlichen Einwirkung auf einen menschlichen Körper mit Hilfe von Werkzeugen um diesen zu beeinträchtigen, um gefährliche Körperverletzung, auch wenn die Grenzwerte vielleicht nicht überschritten werden. Da diese Einwirkung über längere Zeiträume stattfinden, handelt es sich also um wiederholte gefährliche Körperverletzung, wobei jede Tat einzeln zu werten ist (Tatmehrheit). Fortgesetzte gefährliche Körperverletzung über einen längeren Zeitraum ist als Folter einzustufen. Und das natürlich unabhängig davon, ob Schäden zurückbleiben oder die Tat nachweisbar ist. Übrigens ist Folter auf der ganzen Welt ein anerkanntes und oft angewendetes nachrichtendienstliches Mittel. In Israel wird sogar relativ offen darüber diskutiert, wann und wie der Geheimdienst foltern darf. Wenn man also die Möglichkeit hat zu Foltern, ohne daß es nachweisbar ist, warum sollte es ein Geheimdienst dann nicht machen?

Auch die Verwendung von Drogen, Psychopharmaka und Giften gehört zu den nachrichtendienstlichen Mitteln. Deren Verwendung läßt sich seit der Antike durchgängig belegen. Und auch in diesem Jahrhundert sind genügend Fälle veröffentlicht. So wurden mehrere Bischöfe in Ostblockstaaten unter Drogen gesetzt um deren Willen zu brechen, oder sie in der Öffentlichkeit lächerlich zu machen. Wie sagte noch ein Geheimdienstler: „Wenn etwas gemacht werden kann, dann wird es gemacht.“

Auch Gehirnwäsche ist ein bewährtes nachrichtendienstliches Mittel. Das Prinzip der Gehirnwäsche beruht auf dem Zerbrechen des Opfers durch Terror, Gewalt und Drogen. Wenn der Wille des Opfers und damit die Widerstandskraft gebrochen ist, werden neue Verhaltensmuster oder Werte vom Opfer angenommen. Da man das Opfer nach der Umerziehung in Ruhe läßt, lernt es, daß das neue Verhalten oder die neu „erworbenen“ Ansichten belohnt werden, also zu seinem Vorteil sind.

Ein weiteres nachrichtendienstliches Mittel ist das Verschwindenlassen von Dissidenten, wie man es zum Beispiel gerade mit dem russischen Journalisten Andrej Babitzki versucht hat, der als Korrespondent für Radio Liberty in Tschetschenien gearbeitet hat, und der trotz gültiger Papiere bei der Ausreise aus Grosny verhaftet wurde. Geheimdienst, Innen- und Justizministerium wußten angeblich von nichts. Da ist halt wieder einer verschwunden, lautete der Kommentar. Erst als die Medien nachfragten, „entdeckte“ der Kreml den Gefangenen. Und so geht es unzähligen, den Regierungen unliebsamen Personen überall auf ganzen Welt. Verschwindenlassen kann man Dissidenten auch in der Psychiatrie. Denn wer mit der bestehenden Ordnung, und sei es nur in kleinen Details, nicht einverstanden ist, der muß ja verrückt sein. Alleine schon deshalb, weil er sich mit dem ganzen Staatsapparat anlegt. Das machen ja nur Verrückte. Oder Selbstmörder. Verschwindenlassen kann man aber auch Personen, indem man sie durch Desinformation, Zersetzung und Terror, also mit nachrichtendienstlichen Mitteln aus der Öffentlichkeit vertreibt.

Staaten vermeiden durch das Verschwindenlassen eine inhaltliche Auseinandersetzung, der sie sich nicht gewachsen fühlen. Ausländer kann man sehr einfach verschwinden lassen, indem man sie ausweist. Aber auch Personen, die im Besitz der örtlichen Staatsangehörigkeit sind, kann man ausweisen. Man bedient sich dabei der nachrichtendienstlichen Mittel, um diesen Personen Probleme zu bereiten. Oft werden sie es nicht einmal bemerken, daß sie aus dem eigenen Land wegmanipuliert oder absichtlich wegterrorisiert wurden. Und es ist schon erstaunlich, wie viele Deutsche „ausgewandert“ werden.

Auch durch Morddrohungen werden Personen von Geheimdiensten gefügig gemacht, oder zum Schweigen gebracht. Um jemanden verschwinden zu lassen ist es nicht unbedingt notwendig, eine

„Endlösung“ zu finden, aber auch das kommt natürlich vor, wie wir aus Chile und anderen südamerikanischen Staaten wissen, wo man dann nach Jahren die Gräber von unliebsamen Personen gefunden hat. In diese Kategorie fällt auch die Bestrahlung von Dissidenten in der DDR, an deren Spätfolgen unter anderem Jürgen Fuchs 1999 gestorben ist.

Das führt uns zum Thema Mord. Also dem endgültigen Verschwindenlassen von unliebsamen Zeitgenossen. Der Mord an einem bulgarischen Dissidenten in London durch eine Giftinjektion mittels einer aus einem Regenschirm abgeschossenen kleinen, hohlen Metallkugel ist dem einen oder anderen Leser sicher noch bekannt. In den fünfziger oder sechziger Jahren wurde in Deutschland ein russischer Dissident mit einem radioaktiven Präparat vergiftet. Die Stasi hat im Westen Personen vergiften lassen, zum Beispiel mit Thalliumpräparaten. Also ist Mord eindeutig ein nachrichtendienstliches Mittel. Und der Tod von Uwe Barschel ist immer noch nicht aufgeklärt. Der ehemalige Mossad-Agent Viktor Ostrovski ist der Meinung, daß es der Mossad gewesen sei und liefert eine genaue Beschreibung der Aktion. Aber warum sollte sich der Mossad nach Genf bemühen, um einen deutschen Landespolitiker aus dem Weg zu räumen? Die haben genug damit zu tun, ihre Botschaften und Synagogen in aller Welt zu schützen. Lassen sie sich trotzdem zur Sicherheit von Israelis kein Handy schenken. Es könnte ja immerhin sein, daß es eine Sprengladung enthält. Und wer möchte schon am Flugplatz mit einem geladenen Handy erwischt werden! Vielleicht war es doch ein anderer Nachrichtendienst. Einer, der in der Schweiz weniger auffällt als der Mossad, der doch das eine oder andere mal von der tüchtigen Kantonspolizei beim Verwanzen von Wohnungen erwischt wurde.

Ein wichtiger, ja entscheidender Punkt bei Geheimdienstoperationen ist die Finanzierung derselben. Da Geheimdienstoperationen geheim bleiben sollen, kann man nur einen geringen Teil aus dem offiziellen Etat finanzieren. Also ist man darauf angewiesen, andere Quellen zu erschließen. Dazu werden Firmen angezapft. Diese Firmen stellen dann Logistik und Personal zur Verfügung. Man kann wohl davon ausgehen, daß alle großen Konzerne in dieses Netz eingebunden sind. Aber auch kleinere Firmen werden gerne als Tarnung benutzt. Da bekommt das Wort Außendienstmitabeiter eine ganz neue Bedeutung. Denn der eine oder andere Vertreter verdient sich ohne Zweifel mit leichter Überwachungstätigkeit ein paar Mark dazu. Und viele haben sich sicher schon gewundert, daß die großen Konzerne kaum Steuern zahlen. Vielleicht dienen sie dem Staat auf andere Weise?

Interessant sind insbesondere Versicherungen. Denn deren Außendienstmitarbeiter kommen weit herum und können Fragen stellen, ohne daß diese Neugier auffällt. Und der Apparat revanchiert sich mit der Anordnung von Zwangsversicherungen. In diesem Zusammenhang kann man wohl davon ausgehen, daß die im Kaiserreich eingeführten Zwangsmitgliedschaften der Arbeiter in zentralisierten Kranken- und Rentenversicherungen unter anderem auch der Überwachung der Arbeiter diente. Eine interessante Vorstellung, daß die Überwachten ihre eigene Überwachung finanzieren. Und in der letzten Zeit wurden die noch vorhandenen Lücken geschlossen. Denn die Pflegeversicherung ist ja für *alle* Einwohner verbindlich. So ergibt sich ein vielschichtiges Netz der Kontrolle der Untertanen bestehend aus Meldebehörden, Finanzverwaltung und einer Vielzahl unterschiedlicher Versicherungen, die ständig ihre Daten abgleichen, um ein möglichst vollständiges Bild der Bevölkerung zu erhalten.

Geheimdienste arbeiten nach dem Opportunitätsprinzip. Das heißt, sie verfolgen Straftaten nur dann, wenn sie ihren Zielen zuwider laufen. Straftaten, die aus politischen Gründen oder zur Finanzierung von Operationen benötigt werden, verfolgen sie nicht. Das Ermöglicht die Finanzierung der eigenen Operationen mit aus kriminellen Aktivitäten erlangten Geldern. Dazu bedient man sich des Drogenhandels, der Prostitution, des illegalen Waffenhandels und so weiter.

Das soll natürlich nicht heißen, daß die Beamten sich selber betätigen, obwohl man auch das natürlich nicht ausschließen kann. Denn es bliebe ja geheim. Und es ist erstaunlich, wie diese „Geheimhaltung“ funktioniert. Denn eigentlich finden Straftaten in aller Öffentlichkeit statt, ohne daß eingeschritten wird.

Als Beispiel kann man den Drogenhandel und den Drogenkonsum anführen, der teilweise, wie vor einigen Jahren in Frankfurt, in aller Öffentlichkeit stattfindet. Jeder Polizeibeamte oder Staatsanwalt ist verpflichtet, selbstständig gegen so offensichtliche Straftaten vorzugehen. Bei einem offenen Drogenmarkt liegt die Vermutung nahe, daß es sich, im weitesten Sinne, um eine Geheimdienstoperation handeln könnte. Denn wenn der Geheimdienst zuerst von den Straftaten weiß, bleiben sie geheim, selbst wenn sie in aller Öffentlichkeit stattfinden. Und der Drogenhandel wirft viel inoffizielles Geld ab. Das wäre ideal, um verdeckte Operationen zu finanzieren.

Ein anderer interessanter Wirtschaftszweig ist die Prostitution. Förderung der Prostitution ist illegal. Auch hier sind also die entsprechenden Behörden verpflichtet, einzuschreiten. Diese Etablissements werden aber ziemlich offen betrieben. Vermutlich werden sogar rechtswidrig entsprechende Genehmigungen ausgestellt. Auch hier kann man wohl davon ausgehen, daß die Geheimdienste in der einen oder anderen Weise verwickelt sind. Interessant ist in diesem Zusammenhang der ungeheure Umsatz, den diese Einrichtungen versteuern. Im Gegensatz dazu fällt auf, daß diese Einrichtungen, wie sich jeder selber überzeugen kann, so selten in Anspruch genommen werden, daß sich die Frage stellt, wie sie überleben können. Es wäre in diesem Zusammenhang sicherlich interessant, die tatsächliche Anzahl der Kunden mit den erwirtschafteten Gewinnen zu vergleichen. Es erscheint sicher nicht zu weit hergeholt, wenn man annimmt, daß es sich hier teilweise um Geldwaschanlagen handelt. Es wird zu diesem Zweck einfach ein entsprechend höherer Umsatz angegeben und die Gelder auf das Konto des Betreibers eingezahlt. Und da dadurch Steuern gezahlt werden, wollen staatliche Behörden auch gar nicht so genau wissen, wie das Geld tatsächlich erwirtschaftet wurde. In Frage kommen vor allem Gewinne aus dem illegalen Drogen- und Waffenhandel, die so versteuert und in den offiziellen Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden oder zur Finanzierung von verdeckten Operationen verwendet werden könnten. Aber auch andere am Finanzamt vorbei eingenommene Gelder können so legalisiert werden.

Der entscheidende Punkt ist, daß die Geheimdienste sich durch das Opportunitätsprinzip außerhalb der Gesellschaft gestellt haben, daß es sich also im wahren Sinne des Wortes um Outlaws handelt. Diese Tatsache beschönigen sie selber folgendermaßen: „Es ist ein anderes Rechtssystem“. Wenn es so wäre, würde es sich aber um ein Willkürsystem handeln, denn genau das besagt ja das Opportunitätsprinzip. Natürlich kann es in einem Staat nur *ein* Rechtssystem geben, sonst verliert dieser Staat seine Souveränität in einem Teil seines Territoriums und hört so auf, ein Staat zu sein. In diesem Falle könnte man nur noch von verschiedenen, um Teilbereiche der Macht konkurrierenden Gruppen sprechen, die sich von Fall zu Fall arrangieren, und unter Ausschluß der Allgemeinheit eine für diese Gruppen genehme Entscheidung treffen. Und die geht dann naturgemäß zu Lasten der an der Entscheidung unbeteiligten Mehrheit.

Da aber verschiedene Behörden sich Amtshilfe leisten, kommt es dazu, daß Behörden, die dem Rechtsstaatsprinzip verpflichtet sind, zu Zuträgern eines Willkürsystems werden. Bei all dem ist es natürlich kein Wunder, daß man über die nachrichtendienstlichen Mittel nicht gerne in der Öffentlichkeit spricht. Die allermeisten Deutschen hätten für deren Anwendung sicherlich kein Verständnis.

# Die Senkung des Niveaus

Jeder Staatsapparat sieht in freiheitlichen oder demokratischen Ideen und Ansichten eine Gefährdung seiner Macht. Dabei kommt es nicht darauf an, wie oft in der Öffentlichkeit betont wird, daß man ein freiheitlicher oder demokratischer Staat ist. Wir erinnern uns dabei vielleicht an die Deutsche *Demokratische* Republik. Wenn nun also einzelne Personen tatsächlich Freiheit und Demokratie verlangen, dann sieht sich das System bedroht. Und sieht sich veranlaßt zu handeln. Wie werden nun aber Personen, die dem System unangenehm sind, weil sie die nach Ansicht der Obrigkeit falschen Ideen haben, isoliert und unschädlich gemacht?

Da das Sein nun einmal das Bewußtsein bestimmt, kann man also durch Manipulation des Seins das Bewußtsein, also zum Beispiel den Charakter einer Person verändern. Dazu verhindert man den Kontakt dieser Person zu anständigen Menschen durch zersetzende Maßnahmen. Nun bleiben dem Opfer zwei Möglichkeiten. Entweder es nimmt die angebotenen Kontakte nicht wahr. Dann ist das Problem gelöst, weil isoliert. Die zweite Möglichkeit ist, daß das Opfer in Kontakt mit den ihm angebotenen Personen bleibt, die aber geistig und moralisch unter seinem Niveau stehen. Denn sie sollen ihn ja gerade auf ihr niedriges Niveau herunterziehen. Und vielleicht sogar kriminalisieren. Der Umgang färbt ja in den meisten Fällen ab, auch wenn es Personen gibt, die sich jahrelang in zweifelhafter Gesellschaft bewegen, ohne sich kriminalisieren oder auf das Niveau der Umgebung herunterziehen zu lassen. Dann aber besteht aus der Sicht des Apparates die Gefahr, daß die auf das Opfer angesetzten Personen, statt dieses auf ihr Niveau herunter zu ziehen, selber durch dessen Ideen und überzeugende Argumentation beeinflußt werden. Einen solchen Fall kann man vermuten, wenn man seine Bekannten im Gespräch überzeugen kann, diese aber bei der nächsten Begegnung offensichtlich wieder „umgedreht“ und auf die offiziell propagierte Linie eingeschworen worden sind. In so einem Fall kann vermutet werden, daß sie mit ihren Auftraggebern gesprochen haben. Also mit dem Geheimdienst. Und in Deutschland hat im Zweifel immer der Staat recht. Die Zielperson kann natürlich nicht richtig auf diese Situation reagieren, da sie ja nicht weiß, daß sie in Sonderbehandlung ist. Sie versucht also Personen zu überzeugen, die man nach Lage der Dinge nicht überzeugen kann. Und ist damit natürlich beschäftigt und isoliert. Aber es kommt auch selbst in so einem Fall vor, daß es nachher von Seiten der gesellschaftlichen Mitarbeiter heißt: „Du hast ja eigentlich immer recht gehabt.“

In diesem Zusammenhang fällt auch auf, daß die ganze Gesellschaft von den eigentlichen Problemen abgelenkt wird, indem man die zu diskutierenden Themen vorgibt. Die Produktion von Scheinproblemen ist offensichtlich zu einer wichtigen Herrschaftstechnik geworden. Politisch Interessierte können dann darüber streiten, wie man den Müll richtig sortiert. Oder ob man zum Zigaretten holen mit dem Auto fahren darf. Oder sich darüber aufregen, daß absichtlich Parkplätze vernichtet werden. Der Apparat baut also, bildlich gesehen, die ersten Verteidigungslinien zur Stabilisierung seiner Macht weit vor der eigenen Festung auf. Unterstützend wirkt dabei auch, daß allgemein die Spaßgesellschaft propagiert wird. Also „Brot und Spiele“, wie die alten Römer gesagt haben. So ist es aus der Sicht des Staates nicht mehr notwendig, sich mit naturwissenschaftlich - technischen Zusammenhängen auseinanderzusetzen. Denn wer sich auf naturwissenschaftlich - technischem Gebiet einigermaßen auskennt, der läßt sich nicht so leicht manipulieren oder desinformieren.

Aber den Gefallen sollte man seinen Ausbeutern natürlich nicht tun. Diese Technikfeindlichkeit führt so weit, daß viele Personen, insbesondere Mitarbeiter der Nachrichtendienste, die ja naturgemäß einer besonderen Indoktrination unterliegen, einen Text, der leicht verständliche technische Zusammenhänge enthält, nach dem ersten Absatz leicht angewidert aus der Hand legen. Oder ein Geheimdienstler auf die Aussage, daß die naturwissenschaftliche Bildung gefördert werden muß, nur ein unvergleichliches starres Gesicht aufsetzt. Wenn man dieses Gesicht sieht, weiß man, daß man den richtigen Punkt getroffen hat.

Diese Technikfeindlichkeit geht so weit, daß Mitarbeiter der deutschen Nachrichtendienste offen sagen, daß sich Personen technisches Wissen nicht aneignen dürfen, wenn sie das entsprechende Fach nicht studieren. Und selbst wenn man ein Fach studiert, kann man schwere Probleme bekommen, wenn man sich mit Fachrichtungen befaßt, die nach Ansicht der Obrigkeit unerwünscht ist. Freiheit der Wissenschaft findet im Land der Dichter und Denker nur noch begrenzt statt. Auf jeden Fall ist es durchaus gefährlich, sich im „freiesten Staat, den es je auf deutschem Boden gegeben hat“ umfassend zu bilden.
Was allenfalls noch geduldet wird sind „Fachidioten“ mit Scheuklappen, die sich naturgemäß leicht führen lassen, da sie von der Realität um sich herum keine Ahnung haben und „nur ihre Arbeit

machen“. Denn wenn sich jemand in Technik *und* Politik auskennt, durchbricht er die vorgegebene erwünschte Einseitigkeit. Dann besteht die Gefahr, daß die Techniker auch die Entscheidungen treffen wollen, weil sie ja das Wissen dazu haben und den unnützen Verwaltungsapparat entmachten und in die Wüste schicken.

# Manipulation und Ausweisung

Wenn jemand bemerkt, daß mit dem Staat etwas nicht stimmt, er also unzufrieden ist, dann versucht der Geheimdienst regelmäßig ihn in eine politische Ecke zu manipulieren oder gar abzudrängen, die radikal, sei es links oder rechts, ist. Zum Beispiel in dem man ihn mit gesellschaftlichen Mitarbeitern umgibt, die zweifelhafte politische Ansichten vertreten. Oder die zumindest den Radikalen spielen. Man kann davon ausgehen, daß auch diese Personen von ihren Auftraggebern massiv manipuliert werden und natürlich nicht wissen, warum sie der Zielperson das eine oder andere sagen oder vorspielen sollen. Denn sonst würden viele ja nicht mitspielen. Aber Nachrichtendienste arbeiten ja nach dem Prinzip, daß jeder nur das wissen darf, was er zur Erfüllung seiner Aufgaben unbedingt wissen muß. Denn totalitäres Verhalten würde auch von vielen Mitarbeitern nicht toleriert. Also muß man diese totalitäre Struktur geheimhalten. Es ist immer wieder erstaunlich, wie wenig gesellschaftliche Mitarbeiter der Geheimdienste über das Funktionieren der eigenen Organisation wissen. Jeder meint von sich, daß er unheimlich wichtig sei, denn er ist ja jetzt beim Geheimdienst. Aber tatsächlich wird er von seinen Auftraggebern verachtet und als nützlicher Idiot betrachtet, den man aber natürlich unter strikter Kontrolle und Überwachung halten muß, denn er ist ja, wegen seiner Herkunft und seines Umganges, in hohem Maße unzuverlässig und insofern ein Sicherheitsrisiko für die Organisation.

Also strikte Überwachung. Sozusagen ein Netzwerk von Spitzeln, deren wichtigste Aufgabe darin besteht, sich gegenseitig zu bespitzeln. Und zu manipulieren. Aber Richtung Demokratie ist mit Sicherheit noch niemand vom Geheimdienst manipuliert worden. Die Gründe hierfür liegen darin, daß bürokratische Organisationen einen außerordentlichen Drang zum totalitären haben. Denn sie wollen alles wissen und alles entscheiden. Und sie wollen sich immer weiter ausdehnen und ihren Einfluß vergrößern. Das liegt in der Natur der Sache. Und dazu muß man die eigene Arbeit wichtig und unentbehrlich machen. Notfalls schafft man sich bei Bedarf eben die Probleme, die man nachher zu lösen vorgibt. Wenn nun aber diese Manipulation außer Kontrolle gerät, wie es den Geheimdiensten schon das eine oder andere mal passiert ist, dann in eine Richtung, die der Verwaltung gefällt. Nämlich in Richtung mehr Staat. Man denke da an die Reise Lenins durch das deutsche Reich nach Rußland, um dort die Diktatur des Proletariats zu schaffen und generell Unruhe zu stiften. Nun das hat er in der Tat getan, wie wir wissen. Die Folge war eine totalitäre Diktatur mit den bekannten Folgen.

Der Aufbau der IRA in Irland kam übrigens auch nur durch massive Hilfe des deutschen Reiches während des 1. Weltkrieges zustande. Es sollte eine zweite Front gegen England aufgebaut werden, um Truppen zu binden, die der Front dann gefehlt haben. Übrigens sind diese Truppen bis auf den heutigen Tag gebunden. Kleine Ursache, große Wirkung. Mit deutscher Gründlichkeit. Schlecht für die Opfer. Man muß aus der Sicht der Bürokratie nur aufpassen, daß der Drang in Richtung Demokratie nicht außer Kontrolle gerät. Denn dann könnte es ja geschehen, daß der Souverän, also der, den die Bürokratie ja als überaus lästigen Untertanen sieht, zu viel Einfluß nimmt. Und das würde das Regieren doch außerordentlich erschweren und behindern. Und Regiert muß werden. In einer Demokratie natürlich viel mehr als in Diktaturen. Denn in einer Diktatur kann man jederzeit einschreiten und eine, für das System bedrohliche Demokratisierung verbieten. Das geht in einer, zumindest nach außen propagierten, Demokratie nicht.

Also muß man den Anfängen der Demokratisierung wehren. Und das geht natürlich nur im geheimen, denn es würde ja in der Öffentlichkeit nicht toleriert. Man benutzt dazu also die „nachrichtendienstlichen Mittel“. Es handelt sich dabei neben der üblichen Überwachung unliebsamer Personen vor allem um Manipulation, Desinformation, Zersetzung, Erpressung, Sabotage, Terror und Gewalt gegen Personen, bis hin zum „Verschwindenlassen“. Ein Mitarbeiter eines Geheimdienstes hat einmal gesagt: „Wenn etwas gemacht werden kann, wird es gemacht“. Und man kann natürlich, technisch gesehen, unliebsame Personen ermorden lassen. Aber ob es auch moralisch gemacht werden kann? Immerhin ist der Tod von Uwe Barschel noch nicht aufgeklärt. Bei jenem Hacker, dessen Leiche man vor einigen Jahren mit Benzin übergossen aufgefunden hat, wurde die offizielle Version vom Selbstmord in den Medien angezweifelt. Ebenso wird die Selbstmordthese bei einem anderen Hacker angezweifelt, der 1998 erhängt in einem Waldstück aufgefunden wurde.

Man kann auch Dissidenten durch Terror und Gewalt aus der Öffentlichkeit vertreiben, um sie zu isolieren. Oder sie mit nachrichtendienstlichen Mitteln aus dem Land entfernen. Nicht jeder wandert wegen des Wetters aus. Übrigens hat diese Vertreibung aus politischen Gründen eine lange Tradition. So lebten um 1848 alleine 20.000 Deutsche in Paris.
Und heute findet man über die ganze Welt verstreut Deutsche. Das muß doch irgendwie damit zusammenhängen, daß der Apparat gehörig nachhilft. Man braucht schließlich nur den Mund

aufzumachen, schon heißt es: „ Dann wander doch aus!“. Es gibt wohl niemanden in Deutschland, der das nicht schon mal gehört hätte. So vermeidet das System jede notwendige inhaltliche Auseinandersetzung. Vielleicht ist es an der Zeit eine Insel zu suchen auf die man die Bürokraten ausweisen kann. Dort können sie sich dann gegenseitig verwalten, überwachen und bespitzeln. Natürlich muß man sie weiterhin versorgen, denn sie sind ja unfähig, eigenständig eine überlebensfähige Wirtschaft zu betreiben. Und von Akten kann man nicht leben. Aber zumindest würden sie dann nicht mehr im Leben ihrer Mitmenschen herumpfuschen.

# Eindrücke schaffen

Geheimdienstler sind darauf angewiesen, ihren Mitmenschen „Eindrücke“ zu machen, denn es soll ja geheim bleiben, daß es sich um eine Operation eines Geheimdienstes handelt. Sie sind der Meinung, daß sie dann nachher abstreiten können, daß eine Operation stattgefunden hat. Da diese Geheimdienstler aber ein Ziel erreichen wollen, werden sie so deutlich in ihren Eindrücken, daß die Zielperson beim besten Willen nicht mehr verdrängen kann, daß sie in „Sonderbehandlung“ ist. Geheimdienstler geben sich zum Beispiel dadurch zu erkennen, daß sie im Verlauf eines Gespräches mehrere Themen ansprechen, die mit dem Leben der Zielperson im Zusammenhang stehen, obwohl sie die Zielperson eigentlich nicht kennen, und so diese Kombination von Themen nicht selber zusammenstellen können.

Eine zufällige Anhäufung kann man ausschließen, da diese Anhäufung von Bemerkungen wegen ihrer Anzahl und in der vorgebrachten Kombination nicht zufällig auftreten kann. Manchmal wird in diesen Gesprächen von dem Geheimdienstler kein Thema angesprochen, das sich *nicht* auf die Zielperson bezieht. Gerne werden auch Aussagen, die die Zielperson gemacht hat, später von anderen Geheimdienstlern wiederholt. Nachdem sich die Geheimdienstler durch die gemachten Eindrücke „Ausgewiesen“ haben, können sie, ebenfalls mittels Eindrücken, Forderungen stellen oder Angebote machen. Aber wie gesagt, es handelt sich hier jeweils nur um Eindrücke, niemals werden Forderungen offen gestellt. Mit dem Mittel der Eindrücke ist es auch möglich, einzelne Personen in größeren Gruppen anzusprechen, ohne daß es von den Unbeteiligten bemerkt wird. Dazu wird auch zuerst eine Kombination von Themen oder Wörtern in einem allgemein gehaltenen Gespräch oder Vortrag benutzt, um die Aufmerksamkeit des Betreffenden zu erzielen.

Wenn dann sichergestellt ist, daß die Zielperson aufmerksam geworden ist, werden dann Forderungen gestellt oder Mitteilungen gemacht. Wenn der Redner geschickt ist, kann er so Nachrichten übermitteln, ohne daß die Unbeteiligten etwas mitbekommen. Allenfalls wundern sie sich über kleine Unregelmäßigkeiten oder Sprünge im Vortrag. Dieses Verfahren beherrschen auch die Kirchen, so daß es vorkommen kann, daß einem Gläubigen eine nur für ihn bestimmte Predigt gehalten wird, ohne daß die anderen Zuhörer es bemerken

# Tarngeschichten

Mitarbeiter von Geheimdiensten benutzen Tarngeschichten, sogenannte Legenden. Bei Geheimdienstlern, die im Ausland Informationen sammeln muß diese Legende möglichst wasserdicht sein, damit sie nicht enttarnt werden. Sie benutzen Dokumente mit Tarnnamen oder komplett gefälschte Papiere. Andere wiederum, die nur frei zugängliches Material sammeln und allgemeine Berichte schreiben, können auch unter ihrem eigenen Namen auftreten ( gesellschaftliche Mitarbeiter ). Im eigenen Land ist es oft nicht nötig, eine perfekte Legende aufzubauen, da man ja die Unterstützung aller Behörden hat. Mitarbeiter der Geheimdienste treten, vor allem wenn sie nur zur Bespitzelung der Mitbürger eingesetzt werden, oft unter ihrem eigenen Namen auf. Trotzdem benutzen auch sie eine Geschichte, die aber dazu dient, sich untereinander zu erkennen zu geben.

Dazu wird dem Gesprächspartner ein Eindruck gemacht. Der gesellschaftliche Mitarbeiter erzählt eine kleine Geschichte aus seinem Leben die, obwohl ungewöhnlich, oberflächlich betrachtet eigentlich hätte passieren können. Wenn man dann aber über die Geschichte nachdenkt, kommt man zu der Überzeugung, daß sie so aber nicht passiert sein kann, da die Details nicht zueinander passen. Die hier wiedergegebenen Geschichten sind auf das Wesentliche gekürzt. Folgende Geschichte habe ich 3 mal gehört, zuerst gleichzeitig von zwei Lehrerinnen, denen das gleiche passiert (!) ist, später von einer anderen Lehrerin (!). Diese Lehrerinnen stammten alle aus der DDR. Kurz vor dem Mauerbau war die betreffende Person aus Ostberlin nach Westberlin gefahren und hat auf dem Kudamm eingekauft. Dabei ist sie von anderen DDR Einwohnern gesehen worden. Diese haben die betreffende Person denunziert. Daraufhin ist die betreffende Person gewarnt worden, daß man sie verhaften wollte, und ist in der letzten Minute noch in den Westen geflüchtet.

Nun, warum ist diese Geschichte auffällig? Zuerst einmal erscheint es unwahrscheinlich, daß man drei mal die gleiche Geschichte, und zwar jeweils von Lehrerinnen, zu hören bekommt. Wenn man sich diese Geschichte genau ansieht kommt man zu der Überzeugung, daß sie sich so nicht, oder allenfalls nur ein oder zwei mal zugetragen haben kann. Denn wenn jemand bei der Volkspolizei oder der Staatssicherheit denunziert worden wäre, wäre er sicherlich in der Regel nicht gewarnt, sondern überraschend verhaftet worden. Interessant ist, daß es sich hier um eine Standardgeschichte handelt, die offensichtlich von Lehrern benutzt wird.

Eine weitere Geschichte lautet folgendermaßen:

Ein im Ostblock lebender Deutscher hat Anfang der 70er Jahre in seinem Land eine in Deutschland lebende deutsche Frau geheiratet. Da er zuvor nur die dortige Staatsangehörigkeit hatte, konnte er nicht einfach ohne Genehmigung ausreisen. Man ist gemeinsam zur deutschen Botschaft gefahren und hat nach langen Hin und Her erreicht, daß dem Mann ein deutscher Paß ausgestellt wurde, auf den er ja wegen seiner Herkunft einen Anspruch hatte. Und mit diesem Paß ist er dann ausgereist.

Eine Geschichte, die wiederum auf den ersten Blick möglich erscheint. Wenn man aber weiß, welche strikten Kontrollen damals bei der Ein- und Ausreise aus Ostblockländern stattgefunden haben, erscheint es absolut unmöglich, mit einem Paß, der weder Stempel noch Visum enthält, auszureisen. Selbst heute noch ist es schwer vorstellbar, aus diesem Land mit einem Paß ohne Visum oder Einreisestempel ohne Probleme und Nachfragen auszureisen. Zusätzlich bekommt man auch heute noch bei der Einreise ein spezielles Einlageblatt in den Paß, das man bei der Ausreise wieder zurückgeben muß. Dieses dient offensichtlich der Kontrolle, ob die betreffende Person auch wieder ausgereist ist. Ohne dieses Einlageblatt war es mit Sicherheit nicht möglich, ohne genaue Untersuchung, unter Festhalten der Person bis zur Klärung, auszureisen. Das scheint selbst heute noch so zu sein. Und die Rede war nicht davon, daß man Visum, Stempel und Einlagezettel gefälscht hatte. Auch ist die betreffende Person nicht bei Nacht und Nebel über den Grenzzaun geklettert, sondern an einem Grenzübergang ausgereist.

Eine Geschichte aus neuerer Zeit lautet folgendermaßen:

Ende der 70er Jahre versuchte eine junge Frau mit ihrem Freund aus der DDR über die Grenze in den Westen zu flüchten. Sie wurden überrascht, der Freund erschossen und sie zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Die Haft war entsprechend schwer und wurde auch noch verlängert, weil sie wohl aufsässig war. Später, nach verbüßter Haft ist sie dann entkommen indem sie durch die Donau schwamm.

Unwahrscheinlich an dieser Geschichte ist, daß jemand, der einmal bei dem Versuch der Republikflucht verhaftet worden ist, ein Visum zur Reise in die Tschechoslowakei bekommen hat. Und

die Donau ist nur auf ungefähr 10 Kilometer bei Preßburg die Grenze zwischen der Tschechoslowakei und Österreich, und war zu dieser Zeit sicher gut bewacht, so daß man sicherlich leichter an einer anderen Stelle die Grenze überqueren konnte.

Das Muster dieser Geschichten ist folgendermaßen aufgebaut: Zuerst erweckt man die ungeteilte Aufmerksamkeit des Zuhörers, indem man anfängt, eine spannende Geschichte aus seinem Leben erzählen. Danach erzählt man dann die entsprechenden, für den Eingeweihten erkennbar unglaubwürdigen Teile, die dieser dann natürlich erkennt. Er bekommt dann den *Eindruck*, daß der Erzähler ebenfalls „dazugehört". Danach kann er, falls nötig auch seine Tarngeschichte erzählen. So gibt man sich zu erkennen, ohne daß unbeteiligte Zuhörer etwas mitbekommen. Und man verhindert, daß man wegen Geheimnisverrat bis zu 5 Jahre in Haft kommt, denn man darf natürlich niemandem mitteilen, daß man für den Geheimdienst arbeitet. Aber so hat man ja nur eine kleine Geschichte erzählt. Und: Man sagt ja nichts, man redet ja nur. Aber man versteht sich.

Außer diesen Geschichten scheint es auch noch andere Erkennungszeichen zu geben. Viele Mitarbeiter der Geheimdienste waren nicht bei der Bundeswehr oder dem Zivildienst, sondern beim Technischen Hilfswerk.

Sicherlich gibt es noch viele andere Tarngeschichten und Erkennungszeichen, die aber, das liegt in der Natur der Sache, für den Außenstehenden schwer zu entdecken sind.

# Desinformation

Die Desinformation ist eine Manipulation der öffentlichen Meinung zu politischen Zwecken mittels einer durch Ablenkung, Unterschlagung und Verdrehung veränderten Information. Aus Vladimir Volkoff: Petite histoire de la Désinformation, Éditions du Rocher 1999 s. 33.

Nun, wir wollen mal sehen, wie so eine Desinformation in der Realität abläuft. Nehmen wir an, jemand erzählt gerne eine Anekdote aus den 20er Jahren, um dem Zuhörer klar zu machen, daß der Verfall des Rechtsstaates, der zu der nationalsozialistischen Diktatur führte, bereits früh zu erkennen war:

„In der Weimarer Republik wurde ein Sozialist für die Beleidigung der staatlichen Symbole zu einer Haftstrafe von mehreren Monaten verurteilt. Ein Monarchist oder Nationalsozialist aber bekam für folgenden Spruch nur eine Geldstrafe von 20 Reichsmark: Einst war die Fahne Schwarz Weiß Rot, der stahlen sie das Weiße, und wischten sich den Arsch damit, da war es Schwarz Rot Scheiße.“

Daraus läßt sich leicht eine Desinformation machen: Man verbreitet, daß der Betreffende den obengenannten Spruch erzählt, ohne die ganze Anekdote zu erzählen. Und schon entsteht der Eindruck, daß er die Bundesdeutsche Fahne verunglimpft. So erweckt man bewußt einen falschen Eindruck beim Leser oder Zuhörer, ohne *direkt* zu lügen.

Oder, was man immer wieder in Zeitungen lesen oder in den Nachrichten hören kann: „Bei einer Demonstration oder einer Hausdurchsuchung sind Waffen gefunden worden.“ Jeder *glaubt*, daß es sich bei den Betreffenden um gefährliche Personen handelt. Aber rechtlich gesehen wird schon ein Tränengasspray, ein Messer, ein Schreckschußrevolver oder ein Baseballschläger als Waffe gewertet. Diese Waffen sind frei verkäuflich. Und in welchem Haushalt findet sich kein Messer? Aber selten sehen wir auf den Bildern in der Zeitung oder im Fernsehen *illegale* Waffen.

Auch kann man aus dem Besitz weniger Gramm Haschisch bereits einen internationale Rauschgiftbande machen. Unglaubwürdig? Nun, wenn jemand seinem Freund 2 Gramm Haschisch aus Amsterdam mitbringt oder gar zuschickt, dann kann man beide als Mitglied einer kriminellen Vereinigung bezeichnen, die sich im Drogenhandel betätigt. Und wer einige Gramm Haschisch zum Selbstkostenpreis abgibt, ist ein Drogendealer. Wer etwas zu schnell fährt ist ein Raser. Wer für die Abschaffung der Parkuhren eintritt ist ein Anarchist. Und wer zu Neujahr trotz aller Ermahnungen Feuerwerk kauft oder gar aus dem Ausland einführt, weil die dort lautere Kracher haben, ist ein Terrorist, denn er plant die Herbeiführung einer Explosion.

Und da fragt man sich doch, wofür der Geheimdienst so viele kleine, eigentlich belanglose Informationen über die Untertanen zusammenträgt. Dazu lesen wir in: Der Verfassungsschutz: Organisation, Spitzel, Skandale, von Claus Nordbruch, Tübingen, 1999 auf Seite 148 folgendes:

„Der Journalist Herbert Riehl - Heyse meinte vor einigen Jahren, daß jeder, der schon einmal eine Akte des Verfassungsschutzes in den Händen gehalten habe, wisse, welch teilweise intimen personenbezogenen Privatangelegenheiten in diesen Berichten, deren "einziges Gestaltungsprinzip die Unterstellung" sei, erschienen. Außerdem wisse derjenige auch, wie dieses "Gift, in amtliche kleine Phiolen ( "streng vertraulich" ) abgepackt, unter die Leute gebracht wird".

Nun, offensichtlich sind die Verfassungsschutzakten eine ergiebige Quelle, wenn man jemanden mittels kleiner Geschichten in seiner politischen Arbeit behindern will. Wie glücklich können sich die freien Schweizer schätzen, daß es dort nur von einem Drittel der Einwohner eine Akte des Geheimdienstes gibt. Und das hat beim Bekanntwerden schon zu einem Aufschrei geführt. Was würde wohl passieren, wenn jeder in Deutschland eine Kopie seiner Geheimdienstakten bekäme? Nun ja, die Deutschen sind ja in der Regel ein friedliches Volk. Aber trotzdem...

Übrigens wird die Desinformation bereits seit langer Zeit von deutschen Behörden verwendet. In der Zeit des dritten Reiches wurde der Bevölkerung als Erklärung für das Verschwinden von Juden, Zigeunern, Sozialisten, Anarchisten und anderen dem System unbequemen Personen verbreitet, daß diese in den Osten umgesiedelt werden. In der Tat lagen viele Konzentrationslager in den besetzten Gebieten des Ostens.

Und in gewisser Weise wurden die Betroffenen vor der Ermordung auch umgesiedelt, selbst wenn dieser Mord direkt nach ihrer Ankunft geschah. Eine offensichtliche Verdrehung der Tatsachen, eine Desinformation.

Aber die Wahrheit zu diskutieren hat man sich nicht getraut. Denn man wußte ja, daß man für Meinungsäußerung und Defaitismus nach Dachau kommt. Und die Deutschen haben nun einmal das Rückgrad nicht erfunden, was wohl vor allem daran liegt, daß der Staat, also der Beamtenapparat, bereits beim ersten Anzeichen von Dissens mit aller Gewalt dieses Rückgrat zerbricht. Und zwar möglichst bevor politische Opposition entsteht. Denn so meint man, politische Verfolgung vermeiden zu können.

Man verfolgt die betreffenden Personen bereits bevor sie offen politisch auftreten. Jedenfalls dann, wenn die Geheimpolizei für das Politische der Meinung ist, daß man diese Personen nicht durch Manipulation und Desinformation in den Griff bekommen kann. Und natürlich gleichzeitig die von den betreffenden Personen vertretenen Meinungen und Ansichten richtig sind, so daß man ihnen nicht argumentativ begegnen kann. Wer unsinnige Ansichten vertritt, die ihm unter Umständen von den Geheimdiensten vermittelt wurden, ist natürlich kein Problem für den Beamtenapparat, denn er macht sich dadurch selber unglaubwürdig.

Dazu kann man vor allem die Personen zählen, die auf die entsprechenden Desinformationen der Geheimdienste hereingefallen sind und die Schuld für die vom Beamtenapparat verschuldeten gesellschaftlichen Mißstände bei den Freimaurern, Juden, Faschisten, Zigeunern, Politikern, Skinheads, den Kirchen oder kleinen Sekten suchen. Wenn diese, gesellschaftlich in der Regel unbedeutenden Gruppen tatsächlich die ihnen zugesprochene Macht hätten und so bösartig wären, wie man ihnen vorwirft, könnte man sie naturgemäß nicht ungestraft beschuldigen.

Aber wenn man dem staatlichen Beamtenapparat gegenüber nur ein noch so geringes Mißfallen ausdrückt, läuft man Gefahr, über Jahre hinweg massive Probleme bis hin zur offenen Gewalt auf sich zu ziehen. Dazu braucht man diesem Beamtenapparat nicht einmal seine Verfehlungen, sein totalitäres Verhalten, seinen Mangel an demokratischer Gesinnung und seine vollkommene Mißachtung des Grundgesetzes vorzuhalten. Es genügt in der Regel schon seine Meinung zu sagen. Auch wenn diese Meinung im Einklang mit den Gesetzen steht.

# Desinformation: Ein Beispiel

Vom Bundesministerium des Innern, Berlin in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e.V., Wiesbaden wurde ein Propagandamittel mit dem Titel „Demokratie Live“ herausgegeben. Sie lag im Bundespresseamt in Berlin in der ersten Hälfte des Jahres 2000 aus.

Anhand dieser Publikation kann man ersehen, wie sich der Staat der Desinformation bedient, um seine Ziele, also die Unterwerfung der Bevölkerung, zu erreichen. Im folgenden wird die verwendete Desinformation erläutert.

Auf Seite 2 heißt es:
*Wo auch immer Demokratie existierte, versuchten ihre Feinde sie zu zerstören. Das 20. Jahrhundert hat bis in unsere Tage entsetzliche Formen von Gewaltanwendung und Unterdrückung gesehen. Besonders wir Deutschen dürfen nie vergessen, woran die erste Demokratie in unserem Land, die Weimarer Republik, gescheitert ist.*

Es wird aber nicht weiter ausgeführt, wo denn die Ursachen für die Erfolglosigkeit der Weimarer Republik liegen. Tatsächlich ist die Weimarer Republik zugrunde gegangen, weil der totalitäre Beamtenapparat das Parlament, also die politische Führung, mißachtet hat. Sie wollten sich in die demokratische Ordnung nicht einfügen.

*Gewalt - nein danke! „Im Sport geht es um Sieg oder Platz, in der Politik um Regierung oder Opposition. Mit beiden Rollen muß man zufrieden sein und daher fair bleiben. Aus gegenseitigem Verständnis und Fairness entwickeln sich Sportsgeist und Demokratie. Die Welt braucht beides.“ ( Sabine Spitz, Deutsche Meisterin 1999 im Mountain-Biking )*

Hier wird die Unwissenheit und Gutgläubigkeit einer Sportlerin mißbraucht. Dadurch wird der Eindruck hervorgerufen, daß der Staat sich des Mittels der Gewalt enthält. Tatsächlich aber unterdrückt der staatliche Apparat jeden Ansatz von Opposition in einem ungeheuren Exzeß von Terror und Gewalt. Dabei treffen diese Exzesse vor allem diejenigen, die sich nicht kriminalisieren lassen, die also nicht mit den Mitteln der Justiz ausgeschaltete werden können. Auch wer sich radikalisieren läßt, ist in der Regel kein Opfer staatlicher Gewaltexzesse, denn diese Personen sind durch ihre Radikalität isoliert. Diese Personen nutzt der Beamtenapparat, vertreten durch seine terroristische Geheimpolizei, aber gerne als Bügerschreck, wie man es bei den Autonomen und bei den Rechtsradikalen sehen kann.

Auf Seite 6 finden wir folgenden Absatz:
*Aus dem Verfassungsschutzbericht*
*Extremisten von links und rechts mißachten in ihren Zielen und in ihrer Agitation die Würde des Menschen. Bezeichnend für diese die Würde verletzende fremdenfeindliche Agitation ist die Verwendung des Begriffs „Neger“ für alle Farbigen oder die Gleichsetzung von Ausländern und Tieren, wie hier in einem Text der Partei „Die Republikaner“: „Die Deutschen werden verunfähigt und als Extremisten abgestempelt. Auf ihnen wird herumgetrampelt und aus der Mitte des Volkes geekelt, um Ausländern, Asylanten und Tieren Platz zu machen.“*

Dieser Absatz enthält eine schlecht gemachte, für jeden sichtbare Desinformation. Es wird behauptet, daß in dem zitierten Text der Republikaner Ausländer und Tiere gleichgesetzt werden, was für jeden ersichtlich nicht der Fall ist, denn gemeint ist die Aufnahme von Tierrechten in das Grundgesetz. Insofern würde der Staat Menschen, also auch Ausländer, und Tiere gleichsetzen. Die Republikaner sprechen sich aber offensichtlich gegen einen besonderen Schutz von Tieren im Grundgesetz, also gegen die Gleichsetzung von Menschen und Tieren, aus.

Seite 7:
*Es gibt keine nur individuelle Freiheit. Frei können wir nur gemeinsam sein.*

Eine interessante Vorstellung, daß nur die Einbindung, die Mitgliedschaft in der „Volksgemeinschaft“ oder im „Kollektiv“ frei macht! Das muß dann wohl die spezifisch deutsche Interpretation eines Begriffes sein, der in jedem anderen Land einzig und allein die Freiheit des Einzelnen, also die Unabhängigkeit von äußerer Beeinflussung, bedeutet.

So wird ein dem Staat suspekter und unangenehmer Begriff, der ja seine totale Autorität in Frage stellt, entschärft, ins Gegenteil verdreht und ein in der Öffentlichkeit positiv besetzter Begriff benutzt, um das Gegenteil seiner ursprünglichen Bedeutung zu fördern.

Seite 10:
*Wenn sich jemand in seinen Grundrechten verletzt fühlt, steht ihm der Rechtsweg bis hin zum Gang vor das Bundesverfassungsgericht offen. Und wer politische Verhältnisse verändern will, hat gute Chancen, dies auf friedlichem Weg zu erreichen.*

In einem Staat, in dem es die Rechtskonstruktion der „Einheit der Staatsgewalt“ gibt, es also keine Gewaltenteilung gibt, ist das Beschreiten des Rechtsweges gegen staatliche Behörden von zweifelhaftem Wert. Denn eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.

Ein fester Bestandteil staatlicher Willkür ist auch die Konstruktion des „Stillhaltens“ der Gerichte. Beispielsweise wurde einem Kläger vor dem obersten Gericht in einer Erbschaftssteuersache Recht gegeben. Da aber der Staat das Geld bereits eingeplant habe, darf er die bisherige verfassungswidrige Praxis sogar in der Zukunft fortsetzen. Die Frist zur Änderung des Gesetzes wurde außerordentlich großzügig bemessen. Und Opfer geheimdienstlicher, also staatlicher Gewalt, haben keine Möglichkeit diese Gewalttaten vor Gericht aufarbeiten zu lassen, auch wenn die „Lebenserfahrung“ dafür spricht, daß diese Gewalttaten ein fester Bestandteil dieses Staates sind. Im übrigen wird diese Konstruktion der „Lebenserfahrung“ von Richtern gerne gegen Angeklagte benutzt, wenn die Beweiskette zu einer Verurteilung nicht ausreicht. Da wird dann auf Grund von Vermutungen, nicht Beweisen, verurteilt.

Wer im übrigen politische Verhältnisse auf friedlichem Wege verändern will, riskiert die volle Behandlung mit nachrichtendienstlichen Mitteln einschließlich massiver Gewalttaten. Auch dann, wenn er nur die Einhaltung der Verfassung durch staatliche Behörden verlangt.

Seite 10:
*Aus dem Verfassungsschutzbericht Vor allem Skinheads wenden sich mit brutaler Gewalt und menschenverachtender Agitation gegen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Die Äußerung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der „Republikaner“ ist typisch für die Szene: „Wenn man von Bedrohungen Deutschlands spricht, kommt man an einer keinesfalls vorbei. Ich meine die Überfremdung...Ich fühle mich auf den Straßen eben nicht wohl, wenn ich mitten in Deutschland den Eindruck habe, in Afrika zu sein...Wir haben nur ein Land, in dem wir die Herren sind! Deshalb muß Deutschland den Deutschen bleiben!*

Auch hierbei handelt es sich eindeutig um Desinformation. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Republikaner wird der Skinheadszene zugerechnet. Im übrigen sind die wenigsten Skinheads gewalttätig, wenn man mal von den Agents provocateurs der Geheimdienste absieht. Was natürlich nicht ausschließt, daß einzelne Skinheads sich im betrunkenen Zustand prügeln oder unverschämt benehmen.

Im übrigen sind die Äußerungen des genannten Republikaners überaus maßvoll, wenn man sie am Verhalten staatlicher Behörden gegenüber Ausländern ( Stichwort: Gläserner Ausländer ) mißt. Auch das Auftreten deutscher Beamter und Politiker gegenüber ausländischen Regierungen grenzt gelegentlich an Nötigung. So reiste Helmut Kohl vor einigen Jahren in der ersten Woche nach der Wahl des neuen spanischen Präsidenten Aznar nach Madrid, um diesem seine Forderungen mitzuteilen, zu denen unter anderem die Beibehaltung der Wehrpflicht in Spanien gehörte. Ein solches Verhalten offizieller Stellen schadet dem deutschen Ansehen außerordentlich. Und zwar mehr als die Meinungsäußerung einzelner Privatpersonen.

Seite 11:
*Als äußeres Zeichen ihrer freien Entfaltung wählen viele Menschen oft Kleidung und Frisur. Dabei tendieren sie zu Grenzüberschreitungen.*

Welche Grenzen kann man wohl durch die Auswahl von Kleidung und vor allem durch die Frisur überschreiten? Offensichtlich werden immer wieder bestimmte Kleidungsstile von staatlichen Behörden aufgegriffen und daran Zersetzungskampagnen festgemacht, um unliebsame Gruppen auszugrenzen.

Solche Kampagnen sind offensichtlich nur dann notwendig, wenn man dem Gegner argumentativ nicht begegnen kann. Zum Beispiel weil er die besseren Argumente hat oder aber die eigenen Leute unfähig sind eine intellektuelle Diskussion zu führen. Dabei ist es natürlich ohne Belang, ob die Haare des Gegners nun lang, kurz oder bunt gefärbt sind...

Seite 16:
*An jedem Kiosk viele Angebote. Für jeden Geschmack etwas. Wenn ein Blatt nicht gefällt, nimmt man eben ein anderes. Garantiert unzensiert.*

Das Fachwort in Deutschland ist wohl: „Gleichgeschaltet“. Und: „Die Schere im Kopf.“. Beliebte Argumentationslinien von Journalisten sind: „Die Sachzwänge.“, „Es gibt keine Beweise.“. Und: „Darüber will ich ja gar nicht schreiben.“.

Bei entsprechendem Druck von „Oben“ oder Angst um die eigene Karriere vergeht natürlich vielen Journalisten die Lust, über bestimmte Themen zu berichten. Und für diejenigen, die sich davon nicht beeindrucken lassen, stellen der Vorgesetzte und der Herausgeber sicher, daß geheim bleibt, was geheim bleiben soll.

Seite 16:
*So sieht Freiheit aus: Wir können denken, sagen, lesen, was wir wollen. In Zeitungen und anderen Medien wird nicht nur das berichtet, was der Regierung gefällt. Da ist jede Menge Platz für Kritik. Skandale werden nicht unter den Teppich gekehrt, sondern kommen in die Schlagzeile.*

Aber nur dann, wenn der betreffende Text von der Regierung oder den betroffenen Behörden authorisiert worden ist. Denn sonst ist der Journalist aus dem Geschäft, denn er erhält nie wieder Informationen, wenn er sich nicht der Staatsraison unterordnet. Nicht umsonst lernen Journalisten in ihrer Ausbildung, daß immer erst die staatliche Version einzuholen ist, und daß bei widersprüchlichen Darstellungen immer die des Staates die richtige ist. So steht es jedenfalls in einschlägigen Lehrbüchern.

Seite 18:
*„Es wird immer schwieriger, mehr als 20 Länder auf der Erde zu finden, in denen Presse- und Meinungsfreiheit besteht.“ Dies war im Jahre 1982 die deprimierende Bilanz des internationalen Presse-Instituts, die bis heute ihre Gültigkeit nicht eingebüßt hat. Um so eindrucksvoller erscheint die Vielfalt an Medien in Deutschland.*

Auch die Gleichsetzung von Pressefreiheit und Pressevielfalt ist eine Desinformation. Denn es wird vieles thematisiert, um von den eigentlichen Nachrichten abzulenken und eine Meinungsvielfalt vorzuspielen. Die wirklich gesellschaftlich relevanten Themen gehen dann in dem selber produzierten Hintergrundrauschen unter. Oder werden erst gar nicht thematisiert. Aber: Das macht ja nichts, das merkt ja keiner... Denn was nicht in der Zeitung steht, findet nicht statt.

Seite 20f:
*Ehe und Familie sind Privatsache. Daß das so ist, verdanken wir dem „Schutz von Ehe und Familie“ im Grundgesetz. Das bedeutet zunächst Schutz gegen jeden Eingriff von außen! (...) Dem Staat wird in Sachen Familie noch eine wichtige Grenze gezogen: Die Erziehung der Kinder ist Recht der Eltern*

Diese Information kollidiert natürlich mit der Mitteilung deutscher Geheimdienstler: „Das Leben ist ein Rollenspiel.“ Es kann sich jeder seine eigenen Gedanken machen, was diese Aussage für Auswirkungen auf das Leben der Untertanen hat. Und welche Konsequenzen eine schlechte Bewertung in diesem Rollenspiel in Anbetracht der „nachrichtendienstlichen Mittel“ mit sich bringt.

Es handelt sich also auch hier wieder um eine Desinformation, die zwar der Gesetzeslage, aber nicht der Realität in Deutschland entspricht. Denn Deutschland ist ein Rechtsstaat. Das heißt: Der Staat hat immer Recht...

Und im übrigen ist der Geheimdienst auch ein Heiratsinstitut. Wenn man dann die Ehen oder auch Freundschaften so anbahnt, daß es später zu Problemen kommt, dann haben die Betreffenden zwar Pech gehabt, sind aber miteinander beschäftigt und reiben sich im täglichen Streit gegenseitig auf.

Da die Schule „Bildung“, also wohl ideologische Ausrichtung, nicht Wissen vermitteln soll, ist auch die Erziehung in der Realität kein Recht der Eltern. Es sei denn die staatliche Bildung versagt. Dann sind natürlich die Eltern verantwortlich.

Seite 22:
*Was schützt Jugendliche am besten davor, in den Bann politischer Rattenfänger zu geraten?*

Die Obrigkeit bezeichnet das Volk, also den Souverän des Staates, als Ratten. Dann kann es ja nicht mehr lange dauern, bis diese Ratten vergast werden. Und den Ratten ist es wirklich egal, von wem sie totgeschlagen werden.

Seite 24:
*Glücklicherweise können wir sicher sein: Kein anderer öffnet, liest oder kontrolliert unsere Post. Am Telefon hört niemand mit. Was wir schreiben oder besprechen, ob es um intime Dinge geht oder um geschäftliche - es bleibt unter uns.*

Ja, genau. Es hört und liest nur der Geheimdienst mit. Stichwort: Strategische Telefon- und Postüberwachung. Und natürlich hören die Geheimdienste befreundeter Länder mit. Und natürlich der Feind. Aber diese Informationen gelangen weder an die Öffentlichkeit noch an die Justiz. Auch nicht an die eigene Familie.

Es sei denn, man benötigt ein Druckmittel, um jemanden zu etwas zu Überreden. Oder um ihn in der Öffentlichkeit schlecht zu machen. Oder um ihn davon zu überzeugen, daß die terroristische Geheimpolizei allwissend ist. Es ist zwar nicht unbedingt nötig, daß der Staat alles weiß, denn auch die Lüge ist ja ein nachrichtendienstliches Mittel. Aber schaden kann eine möglichst breite Überwachung aus der Sicht des Staates auch nicht.

Eine solche Aussage kann nicht mehr als Desinformation, sondern muß als bewusste Lüge bezeichnet werden, denn die oben genannten Abhörgewohnheiten der Geheimdienste wurden bereits mehrmals in großen, seriösen Tageszeitungen veröffentlicht.

Seite 26:
*Der Staat darf nur in wenigen Fällen und sehr eingeschränkt in das Brief-, Post- oder Fernmeldegeheimnis eingreifen. Dies hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zur Überwachung des satellitengestützten Fernmeldeverkehrs betont. Die Kontrolle des Fernmeldeverkehrs sei grundsätzlich mit dem Artikel 10 des Grundgesetzes vereinbar, entschieden die Richter. Sie betonten die Verantwortung des Staates für den Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger sowie seine gleichzeitige Verpflichtung, die Grundrechte seiner Bürgerinnen und Bürger im Kernbereich zu gewährleisten.*

Wo sich eine terroristische Geheimpolizei zum Schutz des Beamtenapparates über Recht und Gesetz hinwegsetzt, hat die Macht des Staates kein Ende! Und bei der Durchleuchtung der Wohnung mit den darin befindlichen Personen mittels Radar durch den Geheimdienst gibt es keinen „Schutz der Grundrechte im Kernbereich“. Denn „wenn etwas gemacht werden kann, wird es gemacht“ sagen die Geheimdienstler. Es findet also keine wirksame Kontrolle statt. Die Geheimdienste kontrollieren verdachtsunabhängig und handeln auch und gerade bei Personen, die keine Straftaten begehen.

Seite 29:
*Jeder von uns muß den Platz selbst finden, an dem es ihm am besten gefällt. Das sichert das Grundgesetz mit dem Recht auf Freizügigkeit. Wenn wir wegziehen oder verreisen, brauchen wir keine Genehmigung. Wir müssen weder Anträge stellen noch Formulare ausfüllen.*

Auch hier handelt es sich um eine Desinformation, denn es kommt gelegentlich vor, daß der Geheimdienst Personen mit nachrichtendienstlichen Mitteln nach Deutschland zurückholt oder sie aus dem Land vertreibt. Und selbstverständlich verlangt der Beamtenapparat, daß Formulare ausgefüllt werden, daß man sich an- und abmeldet.

Seite 31:
*Wir alle werden spüren, wie wichtig offene Grenzen sind, an denen wir keine Papiere mehr vorzeigen müssen.*

Hier handelt es sich um die klassische Desinformation. Die Darstellung ist zwar nicht vollkommen falsch, aber sie vernebelt, möglicherweise bewußt, das tatsächliche Problem.

Heute findet eine flächendeckende Überwachung statt. Nummernschilder der Autos werden über Funk und Computer ständig abgefragt und überprüft. Durch das neue maschinenlesbare Nummernschild ist eine automatisierte Überwachung möglich. Früher wurde nur an den Grenzen der Paß kontrolliert, ohne jedoch sofort Zugriff auf weitergehende Informationen zu haben. Dadurch ist heute ein ständiger Verfolgungsdruck auf Personen möglich, die politisch unliebsam sind, oder denen ein Beamter aus

persönlichen Gründen Probleme bereiten will und der ihnen eine entsprechende Bemerkung ( z.B. Renitent, Querulant, schreibt Leserbriefe oder schlimmeres ) in die Akten geschrieben hat.

Seite 35:
*Die freie Berufswahl oder die freie Wahl des Arbeitsplatzes - im Mittelalter war das undenkbar. Gilden und Zünfte regelten mit Zustimmung der Obrigkeit streng, was in ihrem Einflußbereich erlaubt war und was nicht. Dazu gehörte, daß die Arbeit in einem Gewerbe oder schon alleine der Verkauf entsprechender Waren für Handwerker, die nicht der Zunft angehörten, schlicht verboten war.*

Ja, Ja, die gute alte Zeit, als man nur in der Zunft sein mußte und damit von der Obrigkeit in Ruhe gelassen wurde. Heute wird verlangt: Zwangsmitgliedschaft in der Berufsgenossenschaft, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Pflegeversicherung, Rentenversicherung, Industrie und Handelskammer, ein Konto bei einer Bank, fester Wohnsitz, Ausbildung und Meisterbrief, wenn man sich selbständig macht, Gewerbeschein, Bescheinigung der Zuverlässigkeit bei vielen Berufen ( warum wohl ein Wirt zuverlässig sein muß? Und wem gegenüber? Damit ist sicher nicht gemeint, daß er die Hygienevorschriften einhält, sondern das was man gelegentlich als politische Zuverlässigkeit bezeichnet ).

Auch verschiedene privaten Organisationen regeln heute mit Zustimmung der Obrigkeit streng, was in ihrem Einflußbereich erlaubt ist und was nicht: VDE, VDI, TÜV, Berufsgenossenschaft. Aus dieser Sicht ist es heute so schlimm, wie es noch nie in der Geschichte gewesen ist. Auch in Anbetracht der Steuern. 50% plus Mehrwertsteuer. Früher wurde der Zehnte verlangt und konnte doch oft nur gegen Widerstand eingetrieben werden.

Wie man sieht ist es heutzutage notwendiger denn je, zwischen den Zeilen zu lesen. Denn dort sind die eigentlichen Informationen versteckt.

# Beeinflussung von Personen und Personengruppen.

Um die Meinungen und Einstellungen von Personen und Personengruppen in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen, geht man folgendermaßen vor: Zuerst schätzt man ab, wie weit sich die betreffende Person oder Gruppe beeinflussen lassen könnte. Dann wird der Zielperson- oder Gruppe eine über das eigentliche Ziel weit hinausgehende Extremposition vorgesetzt, die so auf keinen Fall durchgesetzt werden könnte. Dadurch wird die Aufmerksamkeit auf das Thema gelenkt und ein emotionales Engagement der Zielperson oder Gruppe herbeigeführt. Dann wird eine Gegenposition gegenüber der extremen Meinung aufgebaut, im Sinne von: "Ja, aber so kann man das nicht sagen...".

Dadurch kann man eine Reaktion der Zielperson oder Gruppe hervorrufen. Diese Reaktion der Zielgruppe bildet dann die Grundlage für eine Feinabstimmung der Einschätzung der erreichbaren Meinungsbildung oder Meinungsänderung. Natürlich findet eine nochmalige Überprüfung des erreichbaren Ziels nur bei auf längere Zeiträume angelegten Maßnahmen statt, die bei vorhandener Zeit und entsprechender Bedeutung der Aktion einen solchen Aufwand ermöglichen. Nach dem Aufbau von Position und Gegenposition versucht man dann in der aufgeregten Stimmung durch eine Scheindiskussion, die dann als Rollenspiel bezeichnet wird, einen Konsens herbeizuführen, der die Meinung der Zielperson oder Gruppe so weit wie irgend möglich in die gewünschte Richtung lenkt. Diese Scheindiskussion findet, so weit es sich machen lässt, natürlich unter Ausschluß der Zielperson oder der Zielgruppe statt.

Das heißt die Äußerungen der Betroffenen werden übergangen, lächerlich gemacht oder einfach niedergeredet. Die im Konsens erreichte Zielmeinung steht aber tatsächlich bereits außerhalb der von den Betroffenen aufgrund eigener Erfahrungen oder neutraler weil vielfältigerer Informationen vorhandenen oder im Bedarfsfall selber gebildeten eigenen Meinung. Solche Psychotechniken sind natürlich bereits eine Form der Gehirnwäsche, da sie eine Meinungsänderung nicht durch eine offene, auf Fakten beruhende Diskussion herbeiführen, sondern die Zielgruppe oder Person unter Umgehung sachlicher Meinungsbildung in ihrer Meinung beeinflussen sollen. Offensichtlich ist, dass die Grundlage solcher Aktionen die Lüge ist, denn die Betroffenen werden ja absichtlich über die tatsächlichen Hintergründe der Diskussion getäuscht, während gleichzeitig eine objektive Meinungsbildung verhindert wird.

# Die Bearbeitung von Zielpersonen

Das Ziel nachrichtendienstlicher Bearbeitung ist die aus Sicht der Geheimdienste oppositionellen Einflüsse von Personen zu unterbinden. Oppositionell sind Einflüsse, die der ungehinderten Machtausübung des Staates oder seiner Mitarbeiter und Spitzel im Wege stehen. Welche Einflüsse das sind und wer zur Bearbeitung freigegeben wird, entscheidet der zuständige Beamte des jeweiligen Geheimdienstes.

Über die Mentalität dieser Geheimhalter heißt es in "Geheim" von Wolfram Kowalesky, Köln 1987 auf Seite 92: *"Er ist ständig mit den Problemen und Ritualen der sekundären (und tertiären usw.) Geheimhaltung beschäftigt. Dadurch lassen seine Kreativität, sein Einfallsreichtum und seine Beweglichkeit immer mehr nach. Es ist erschütternd festzustellen, welches Ausmaß an stereotypen Schwachsinn, also an deutlichem Intelligenzabbau sich bei Menschen entwickelt, die beruflich längere Zeit mit Geheimhaltung und Beobachtung anderer Menschen zu tun haben. Die Blickwinkel dieser geheimen "Profis" verengt sich außerordentlich(...)."*

Zielpersonen werden unter Überwachung gestellt, die Ergebnisse werden benutzt um Einfluß auf das Leben der Betroffenen zu nehmen. Die Bundesregierung vermeldet, die Speicherung von Daten bei Verfassungsschutzämtern könne *"auch dann einschneidende Folgen für den Lebensweg (...) haben, wenn die Betroffenen (...) nicht mehr auffällig werden"* (in "Die Welt" vom 8.12.2001, "Koalition lehnt Verschärfung von Sicherheitspaket ab").

Was auffällig ist, entscheiden die "Sicherheitsbeamten", welche Maßnahmen ergriffen werden sagen sie frei heraus:
*"Heribert Hellenbroich schließt in die Intelligence Community inzwischen auch die Kameraden der Stasi ein. Die ostdeutsche nachrichtendienstliche Tätigkeit habe sich von der westdeutschen, rein professionell betrachtet, doch überhaupt nicht unterschieden: "Was haben wir, der BND, denn anders gemacht?""*(in: Krieg der Gaukler: Das Versagen der deutschen Geheimdienste, Hans Halter, Göttingen 1993, S.156f)

Es wird versucht, durch verdecktes Vorgehen die Überzeugungen und Einstellungen von Personen zu verändern und gleichzeitig ihren Wirkungskreis zu verringern. Dazu bedarf es eines Planes der Zersetzung, für den heutzutage ein ganzer Stab von sogenannten Sicherheitsleuten zuständig ist. Dieser soll bei Zielpersonen zur Zerstörung ihrer Persönlichkeit führen. Dabei wird besonderer Wert auf das Erreichen von Teilzielen gelegt. Ständige Überwachung und Auswertung der Reaktionen auf nachrichtendienstliche Maßnahmen bilden die Grundlage für die weitere Bearbeitung. Die Grenze zwischen verdecktem und offenem Terror ist fließend, da dieselben Maßnahmen angewendet werden, nur in unterschiedlicher Intensität. Phasen starker Bearbeitung wechseln mit ruhigeren Phasen ab in der die Opfer sich dann vormachen können, das was geschehen ist, sei nur Zufall gewesen.

Es wird versucht, systematisch das Selbstvertrauen zu untergraben.
Einzelne Verhaltensweisen oder Merkmale der Zielperson werden herausgepickt und Unsicherheit verstärkt oder erzeugt. Das können körperliche Merkmale wie Größe, Gewicht, bestimmte Bewegungen und Ausdrucksweisen sein. Beliebt ist auch die Thematisierung von intimen Details, die durch die umfassende akustische und visuelle Überwachung des privaten Bereichs bekannt sind.

Die Zielperson wird von verschiedenen Seiten auf vermeintliche persönliche Defizite hingewiesen und kommt zu der Annahme, dass da ja, wenn viele verschiedene Leute es sagen, was dran sein muß. Tatsächlich sind es aber Spitzel, die sie im Auftrag darauf hinweisen und die Reaktion registrieren. Zeigt die Verunsicherung in einem Punkt Erfolg, wird sie in diesem verstärkt.

Eine besondere Bedeutung kommt hier den Rollenspielen zu. Eine Gruppe von Spitzeln thematisiert dabei mehrere Details die auf die Zielperson passen und redet in Hörweite darüber. Es werden die Personalpronomen gewechselt, "ich" anstatt "du" oder "wir" anstatt "ihr" benutzt und dann eine Geschichte erzählt. In solchen Geschichten können ganze Passagen von kurz zuvor abgehörten Gesprächen wortwörtlich wiedergegeben werden oder Erlebnisse des Opfers werden genauestens nacherzählt. Das kann in der Öffentlichkeit, in der Schule, bei der Arbeit, im Verein oder bei "Freunden" stattfinden. Wie deutlich diese Rollenspiele ausfallen hängt davon ab, was man erreichen will. Möchte man eine Verunsicherung erzielen ist man weniger deutlich, eine meistens negative

Wertung wird an die nacherzählten Verhaltensweisen angehängt. Das Opfer soll sich erkennen, peinlich berührt sein und sehen, wie schlecht seine Handlungsweise doch angeblich ist.

Aber auch von einzelnen Spitzeln werden gezielt persönliche Details und Themengebiete, die das Opfer besonders beschäftigen, im Gespräch erwähnt. In der Anfangsphase der Bearbeitung reagiert die Zielperson, indem sie gesprächig wird und sich mit dem Spitzel, der diese Technik als eine Form des Aushorchens sieht, angeregt unterhält. Tatsächlich aber soll die Zielperson dadurch terrorisiert werden, denn dieses Vorgehen wird mit der Zeit immer weiter gesteigert, die Zielperson kann nicht verstehen, wieso plötzlich viele Leute "so komisch reden".

Oder es wird das, was man einer Person im persönlichen Gespräch gesagt hat, mitgeschnitten. Die Inhalte des Gesprächs werden von Spitzeln wiedergegeben und in Umlauf gesetzt. Durch solche Maßnahmen wird Misstrauen gesät, Freundschaften und Beziehungen werden zerstört. Wer glaubt schon, dass er überwacht wird, das kann ja schon deshalb nicht sein weil man sich nie etwas hat zuschulden kommen lassen. Also kann es sich nur um einen Vertrauensbruch handeln.

Auch am Arbeitsplatz findet politische Verfolgung mit solchen Methoden statt. Die Betroffenen trauen sich nicht den Sachverhalt offen darzulegen. Wer würde ihnen schon glauben, wenn sie z.B. erzählen, dass sie jeden Tag durch Rollenspiele vorgekaut bekommen was sie ihrem Ehepartner nachts ins Ohr flüstern. Die Spitzel wissen die Hintergründe dessen, was sie erzählen in der Regel nicht, sie geben nur das wieder was man ihnen sagt, würden jeden Vorwurf weit von sich weisen und die Gelegenheit nutzen, das Opfer ins lächerliche zu ziehen. Früher oder später wird man dem Druck schon nicht mehr standhalten und freiwillig gehen. Tut man das nicht und ignoriert alle Maßnahmen, wird sabotiert, gestohlen, der Verdacht auf das Opfer gelenkt oder es kommt jemand vom "Staatsschutz" um mit dem Chef ein streng vertrauliches Informationsgespräch zu führen. Sobald es irgendwie machbar ist, wird die Kündigung auf dem Tisch liegen.

Systematisch werden Personen isoliert. Es werden Differenzen in ihrem Umfeld geschaffen und verstärkt, um sie aus dem Bekanntenkreis herauszubrechen. Der Kontakt zu Personen wird gezielt unterbunden. So geschieht es den Opfern regelmäßig, dass neue Bekannte, mit denen sie sich gut verstehen, plötzlich ohne Grund feindselig sind und den Kontakt abbrechen. Es werden konsequent Lügen verbreitet.

Die im Folgenden aufgeführten offensiven Maßnahmen sind nur ein kleiner Ausschnitt aus dem was gemacht wird. Bei ihrer zerstörerischen Arbeit sind dem Einfallsreichtum von Geheimdienstlern keine Grenzen gesetzt.

**Schikane** Fortwährende schlechte Behandlung insbesondere durch Mitarbeiter aller Arten von Behörden, Justiz, Polizei und Ordnungskräfte. Zielpersonen werden bei jeder Gelegenheit belogen, es werden Informationen vorenthalten, sie werden in die Irre geführt, ohne Grund schikaniert. Es kann zu fortgesetzten Schikanen durch Polizei und Ordnungskräfte kommen. Aber auch das jahrelange ausbleiben von solchen kommt vor. In so einem Fall will man Zielpersonen in falscher Sicherheit wiegen und sie in kriminelle Machenschaften verwickeln. Aber nicht in jeder Polizeiuniform steckt auch ein Polizist, es findet eine Mischung aus Amtsanmaßung der Geheimdienstler und Amtshilfe der Polizei statt.

**Einbruch** Dabei werden Gegenstände verlegt oder gestohlen. Es kommt vor, dass sie beim nächsten Einbruch wieder zurückgelegt werden (auch die Stasi hat so etwas gemacht, z.B. hat man bei einer Zielperson zuerst die einfarbigen Handtücher mitgehen lassen, beim nächsten mal nur die bunte Bettwäsche. Nachzulesen in "Zersetzung der Seele-Psychologie und Psychiatrie im Dienste der Stasi", Klaus Behnke, Jürgen Fuchs, Hamburg 1995, Seite 33.)
Es werden Veränderungen vorgenommen, z.B. stehen vorher abgeschlossene Türen offen, Möbel wurden bewegt, Einstellungen am PC geändert usw. Ziel ist es Streit, Misstrauen und Verwirrung unter den Bewohnern zu schaffen. Oder das Auto ist, wenn man vom Einkaufen zurückkehrt, nicht mehr abgeschlossen. Und zwar regelmäßig. Man kann sich dann darüber ärgern wie vergesslich man doch ist.

**Sabotage** Fahrzeuge, Geräte und Gegenstände aller Art werden beschädigt oder sabotiert. Besonders elektronische Geräte (Fernseher, Videorekorder, Handy, Peripheriegeräte) sind Ziel von Angriffen. Durch die Anwendung elektromagnetischer Strahlung es möglich, auf größere Entfernung Schaden anzurichten (siehe „The future battlefield: a blast of gigawatts?“ in Kapitel „Waffen“). Es kostet Geld und Nerven, wenn ein technisches Gerät nach dem anderen zerstört wird.

**Gewalt** Regelmäßiges anpöbeln in der Öffentlichkeit und Provokation von Schlägereien. Will die Zielperson sich nicht gegen übelste Beleidigungen wehren, wird einfach zugeschlagen. Das geht soweit, dass Opfern im Vorbeigehen von Fremden volle Bierflaschen auf den Kopf geschlagen werden. Die Kriminellen in der Gesellschaft dürfen für den Staat arbeiten und ihren gewalttätigen Neigungen nachgeben um Druck auf Zielpersonen auszuüben. Frauen werden sexuell genötigt und auch vergewaltigt. Besonderes Merkmal dieses Vorgehens ist das Nichttätigwerden und die Vertuschung seitens der Behörden. Anzeigen werden nicht aufgenommen oder nicht bearbeitet. Kommt es zum Gerichtsverfahren werden die Täter, wenn überhaupt, überaus milde bestraft. Die Opfer werden lächerlich gemacht, besonders Opfer sexueller Gewalt eingeschüchtert. Von Geheimdienstlern hört man zudem Sprüche wie: "Die muß erst mal richtig hergenommen werden damit sie rund läuft"

**Diebstahl** Spitzel bekommen die Gelegenheit, Zielpersonen zu bestehlen. Das ist einer der vielen Vorteile die man im "System" hat. Man kann sich auf Kosten anderer bereichern. Aber in der Welt der Geheimdienste ist nichts umsonst. Der Spitzel wird dadurch erpressbar gemacht.
Es werden Diebstähle begangen oder vorgetäuscht. Der Verdacht wird auf die Zielperson, sehr oft sogar auf Unbeteiligte oder andere Zielpersonen gelenkt, sodaß Streit provoziert wird.

**Post, Telefon Datenverkehr** Briefe lässt man verschwinden. Die mit vertraulichem Inhalt kommen zerknüllt und halb aufgerissen an. Telefonische Gespräche werden gestört (Geräusche werden eingespielt, es macht einfach "klick" in der Leitung, Funktelefonverbindungen werden unterbrochen). Übrigens ist es für niemanden mehr feststellbar ob man abgehört wird, denn seit der Erfindung des Verstärkers zu Anfang des letzten Jahrhunderts wird die Telefonleitung mit sehr großen Widerständen angezapft.
Telefonterror wird ausgeübt, auch wird angerufen und am anderen Ende meldet sich niemand, aber es wird auch nicht aufgelegt. E-mails erreichen regelmäßig ihre Empfänger nicht. In den Post- und Datenverkehr wird mit Fälschungen eingegriffen, Nachrichten werden abgefangen und beantwortet ohne den Empfänger erreicht zu haben. Telefongespräche von Zielpersonen werden umgeleitet und von Mitarbeitern der Geheimdienste entgegengenommen. Oder Anrufer werden umgeleitet und meinen mit der Zielperson geredet zu haben. Solche Eingriffe finden jedoch in der Regel nur statt, wenn es sich um einen einmaligen Kontakt zwischen der Zielperson und Fremden handelt und keine Gefahr besteht, dass die Manipulation auffliegt. Oder man sorgt durch die Manipulation dafür, dass es bei diesem einmaligen vermeintlichen Kontakt belassen wird.

**offene Überwachung** Zielpersonen werden bis in jede Nische des privaten Lebens überwacht. Sie bemerken die Überwachung aber nur wenn sie offen wird, sie die Überwachung also bemerken sollen um damit terrorisiert zu werden. Der Umgebung darf dieser Terror nicht auffallen, nur der Zielperson. Also benutzt man auch dazu Rollenspiele und lässt besonders private Details der Überwachungsergebnisse ständig gegenüber den Opfern durchblicken. Oder man lässt die Spitzel bestimmte Mätzchen genauestens einstudieren, die sie dann bei jeder Gelegenheit den Opfern vorführen. Mätzchen als wichtiges Nachrichtendienstliches Mittel. Das allein zeigt mit wem man es zu tun hat und wie dieser Staat geführt wird. Da es eine Weile dauert bis solche Mätzchen auffallen, beschleunigt man den Vorgang indem man die Opfer gezielt nachäffen lässt. Das fällt eher auf. Allerdings nur den Opfern, da sie nur dann in die Zange genommen werden wenn sie alleine sind. Bei der offenen Überwachung bedient man sich oft gängiger Klischees. "Gefährlich" aussende Personen laufen und fahren den Opfern hinterher, haben den berühmten Knopf im Ohr, filmen und fotografieren sie offen etc.. Man versucht den Verdacht gezielt von deutschen Geheimdiensten weg und auf ausländische zu lenken, meistens auf den CIA, aber auch FSB (KGB) oder sonstige. Sogar auf den Mossad.

**Folter** Es werden gezielt gesundheitliche Beeinträchtigungen hervorgerufen. Insbesondere Radiofrequenzwaffen kommen hier zum Einsatz. Es kann unter anderem verursacht werden: Störungen des Wachzustands, erkennbar an Veränderungen des EEG (z.B. Schlafentzugsfolter), Autoimmunerkrankungen (z.B. Allergien), nekrotische Entzündungen der inneren Organe, Beeinflussung des Blutdrucks und des Pulsschlags (Herzkrankheiten), Veränderung der Blutgerinnungszeit (Schlaganfall) gehören dazu. Aber auch Befindlichkeitsstörungen wie starkes Schwitzen, Schwindelgefühle, Konzentrationsschwäche, Aggressivität, Lethargie, Ohnmachtsanfälle, Sehstörungen und Koordinationsschwierigkeiten.
Die Waffenwirkung elektromagnetischer Strahlung wird ausführlich unter der Rubrik "Waffen" erläutert. Findet offener Terror statt, werden die Zielpersonen auf die gezielte Verursachung der Beeinträchtigungen hingewiesen. Obwohl man vom tatsächlichen Sachverhalt versucht abzulenken und den Opfern vormacht, dass sie unter Drogen und Psychopharamaka gesetzt werden, kann auch

deren gelegentlicher Einsatz nicht ausgeschlossen werden. Auch versucht man den Eindruck zu erwecken dass es sich bei den gesundheitlichen Beeinträchtigungen um psychische Folgen des erlebten Terrors handelt (Post traumatic stress disorder). Das ist natürlich nicht der Fall.

**Drohungen** Versucht eine Zielperson über die erlittenen Maßnahmen zu reden, wird ihr sofort mit Morddrohungen begegnet. Solche Drohungen werden im Gespräch mit Spitzeln mehr oder weniger offen ausgesprochen ( "was wäre wenn du vor der Haustüre erschossen würdest", "hast du keine Angst im Wald aufgehangen gefunden zu werden", "auch junge Leute haben heutzutage schon Schlaganfälle" "du guckst so traurig, du wirst doch keinen Selbstmord begehen wollen?" usw.). Meistens wird indirekt gedroht. Fremde machen in der Öffentlichkeit demonstrativ Kehledurchschneiden-Gesten mit dem Finger oder ähnliches. Auch Kranken- und Leichenwagen werden benutzt.

Aus: Im Schatten des Rechts: Methoden einer neuen Geheim-Polizei, Rolf Gössner, Uwe Herzog, Köln 1984:
*"Peter Klingebiel, 34jähriger V-Mann der Polizei, hatte am 29. Februar 1980 vor zwei Staatsanwälten gegen korrupte Polizisten ausgesagt. Danach wurde er vor seiner Haustür von Unbekannten zusammengeschlagen, später wurde auf ihn geschossen. Am 31. März 1980 fiel er auf dem Hamburger U-Bahnhof Borgweg vor einen Zug. Obwohl er lediglich leicht verletzt wurde, starb er. Im Obduktionsbericht - der übrigens nie veröffentlicht wurde - heißt es, daß die Verletzungen - Hautabschürfungen und Blutergüsse - "den Tod nicht erklären". Wenige Tage vor diesem Ereignis hatten Unbekannte Peter Klingebiel einen Leichenwagen vors Haus geschickt, um seine "Leiche abholen zu lassen" - eine eindeutige Warnung."*

Läßt man sich nicht zum Schweigen bringen wird damit gedroht, der Familie der Zielperson zu schaden. Maßnahmen gegen Familienmitglieder, auch Gewalttaten, werden der Zielperson angekündigt und durchgeführt. Druck wird auf die Familie ausgeübt, Polizeiwagen fahren ihnen viele Kilometer hinterher usw.

**Abstreiten** Zielpersonen werden durch viele verschiedene Aktionen in ihrem Leben extrem beeinträchtigt. Die "Einheit der Staatsgewalt", also alle staatlichen Einrichtungen und Behörden, hält still bzw. vertuscht. Opfer werden diskreditiert und lächerlich gemacht. Es wird ständig behauptet, sie hätten ja keine Beweise. Obwohl einem großen Teil der Bevölkerung inzwischen klar ist, dass dieser Staat sich eine terroristische Geheimpolizei hält. Gerade das Nichttätigwerden, Abstreiten und Vertuschen des Staates ist aber der Hinweis auf aktive Maßnahmen eines Inlandsgeheimdienstes. Da man es in der Regel schafft, die Opfer zum Schweigen zu bringen, ist der Öffentlichkeit wenig über die aktiven Maßnahmen bekannt. Unbeteiligten werden Lügen über die Opfer erzählt und Spitzel streiten ab. Die Argumentationslinie der die Zielpersonen gegenüberstehen ist:
Das alles ergibt doch keinen Sinn
Warum sollte man dich bearbeiten, du hast doch niemandem was getan
Warum sollte man dich überwachen, so wichtig bist du nicht
Selbst wenn du bearbeitet wirst, übertreibst du mit dem was du erzählst
Das kann nicht sein dass du bearbeitet wirst, aber von so was lässt man besser die Finger sonst passiert einem noch was

Findet offener Terror statt, wird ein ungeheurer Aufwand getrieben um die Opfer schnellstmöglich zum Schweigen zu bringen, ins Ausland zu vertreiben oder endgültig auszuschalten. Dieser Aufwand ist mit militärischen Einsätzen vergleichbar. Der Apparat möchte lieber kurzzeitig großen Aufwand treiben als langfristig der Gefahr ausgesetzt sein, dass Informationen über die Arbeitsweise von Geheimdiensten an die Öffentlichkeit dringen.
Aber wer sich zum Schweigen bringen lässt, lebt äußerst gefährlich. Hat man nur wenigen Leuten das Erlebte erzählt ist praktisch niemand da der wüßte, wer für endgültige Maßnahmen gegen die Zielpersonen verantwortlich ist, geschweige denn bereit wäre sein Wissen öffentlich zu machen. Und selbst wenn es öffentlich gemacht wird, ist auf den Staat, der die nachrichtendienstlichen Maßnahmen ja durchführt, selbstverständlich kein Verlaß. Der folgende Fall eines eher unbekannten Oppositionellen aus der DDR, Domaschk, der Anfang der 90er Jahre vor einem Erfurter Gericht verhandelt wurde, verdeutlicht das.

Aus: Die DDR-Recht und Justiz als politisches Instrument, Heiner Timmermann, Berlin 2000 S.148:*"(...)Domaschk(...) soll, (...)durch Selbstmord in MfS-Untersuchungshaft umgekommen sein,*

*was seine Witwe bis heute energisch bestreitet. Die Staatsanwaltschaft hatte seinerzeit das Verfahren u.a. mit der Begründung eingestellt, es sei unwahrscheinlich, dass Domaschk ein Opfer der MfS-Vernehmer geworden sei, weil er innerhalb der Oppositionsszene Jenas eine eher untergeordnete Rolle gespielt habe und so die staatlichen Stellen kein "begründetes Interesse" an seiner Tötung gehabt haben könnten."*

Und dort wurde "nur" ein Fall aus DDR-Zeiten verhandelt, bei gesamtdeutschen Fällen würde ein Verfahren von vornherein verhindert werden. Es bleibt für Zielpersonen also nur die Möglichkeit, dafür zu sorgen, dass sehr viele Leute der Ansicht sind, dass der Staat ein Interesse daran hätte sie zu beseitigen. Und das tut man, in dem man Informationen über die Maßnahmen der Geheimdienste trotz ständigem Terror und Gewalt verbreitet.

Gelegentlich werden auch finanzielle Angebote gemacht. Aber Vorsicht: Mitarbeiter eines Geheimdienstes kann man noch am leichtesten aus dem Weg räumen. Denn wer würde schon ein "begründetes Interesse" darin sehen, dass der Staat seine eigenen Mitarbeiter beseitigt?

Auch wer sich ins Ausland vertreiben lässt, hat keine Garantie dafür, dass man von ihm abläßt. Das geheimdienstliche Motto "Wir kriegen sie alle" steht dem ebenso entgegen wie die Aussage eines Mitarbeiters eines ausländischen Geheimdienstes: "Auch wenn Geheimdienste befreundeter Länder nicht immer einer Meinung sind, so hilft man sich doch". Was man wohl so übersetzen muß: Wenn Deutsche im Ausland bearbeitet werden, sieht der örtliche Apparat weg. Vielleicht wegen der vielen Gelder, die der deutsche Staat im Ausland verteilt. Dazu eine Aussage einer ausländischen Geheimdienstlerin: " Es ist immer das Geld". Hinzu kommt, dass Zielpersonen im Ausland durch die neue Umgebung einer noch größeren Isolation unterliegen als im Inland. Deshalb ist die Versuchung, Zielpersonen im Ausland etwas zustoßen zu lassen oder sie zu bearbeiten, für Geheimdienste groß, sie meinen in so einem Fall jede Verantwortung für ein Tätigwerden abstreiten zu können.

Dazu lesen wir in "Las sombras del poder: Los Servivios Secretos de Carrero a Roldán", Francisco Medina, Madrid 1995:
(S.167) *"Die deutschen Geheimdienste waren seit langer Zeit in fast allen südamerikanischen Staaten tätig, einerseits um die großen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in dieser Region zu schützen, aber auch um ein Auge auf die großen Gruppen Deutscher oder Personen deutscher Abstammung zu haben, die es in vielen lateinamerikanischen Staaten gibt. Diese Interessen ergänzten sich gut mit den spanischen, was zu einer vorteilhaften Zusammenarbeit führte."*

Bleibe im Land und wehre dich täglich.

# Spitzel werden - Spitzel sein

Spitzel werden in jedem gesellschaftlichen Bereich eingesetzt, auf der Straße, in Bereichen mit Publikumsverkehr (Verkaufseinrichtungen, Kneipe, Restaurant, Hotel usw.), Berufsleben, Schule, Freundeskreis und natürlich in allen politisch orientierten Bereichen.
Bevor eine Person als Spitzel angeworben wird, geht eine längere Überwachung und Beeinflussung voraus. In dieser Zeit wird geklärt ob sie verwendbar ist oder es wird versucht sie verwendbar zu machen. Es kommt vor dass sie lange Zeit bearbeitet wird. Sie wird durch nachrichtendienstliche Maßnahmen ständig enttäuscht, isoliert, oft auch kriminalisiert. Es werden Bedürfnisse geweckt und ausgenutzt. Nach Anerkennung, materiellen Vorteilen oder dem Wunsch, es denen, die ihr immer so übel mitspielen, heimzuzahlen.
Natürlich ist es nicht immer notwendig eine Person verwendbar zu machen.
Aus: "Schöne Grüße aus Pullach", Helmut Wagner, Berlin 2000 (S. 173)"Auf der anderen Seite spielten "Egoismus, Überheblichkeit, Geldgier, Konsumdenken, Schulden, kriminelle Delikte, außereheliche Beziehungen, andere Fehlverhalten, disziplinarische Maßnahmen" eine Rolle. Solche Verhaltensweisen bedeuteten persönliche Schwachstellen, die auch der BND gern nutzte, um Mitarbeiter zu rekrutieren."
Wer leicht beeinflussbar ist, eine genügende Portion Egoismus mitbringt und gerne alles mitmacht ohne zu hinterfragen, hat gute Karten "vom Staat" um Mitarbeit angegangen zu werden. Der kommt oft in Form eines Bekannten, eines "guten Freundes" oder Familienmitglieds. Man versucht die Anzuwerbenden so früh wie möglich in die Hand zu bekommen. Oft wird man schon mit weit unter 18 Jahren zum Spitzel. Insbesondere in den Fällen, in denen man für Mama und Papa "arbeitet". Leider gibt es Einzelfälle in denen ganze Familien angeworben sind.
In jungen Jahren ist man formbarer und kann einfacher für spätere Verwendungszwecke getrimmt werden. Da in den wenigsten Fällen jemand von einer Behörde kommt, seinen Dienstausweis zeigt und den Anzuwerbenden um eine Unterschrift angeht ist es möglich, auch junge Personen zur Mitarbeit zu bewegen. Es wäre ja illegal, Jugendliche offiziell anzuwerben. Die wenigsten Spitzel wissen ob sie für den Verfassungsschutz oder den Bundesnachrichtendienst arbeiten, sie wissen nur, es ist der Staat der dahintersteckt. Und der ist zu ihnen gekommen, hat sie zur Mitarbeit aufgefordert. Von nun an sind sie bei einer großen Sache dabei, sie sind wichtig, dieses Privileg bekommt nicht jeder. Der Staat bittet sie um Hilfe und vor allem hilft er nun ihnen. Meinen sie.
Auch Erpressung spielt bei der Anwerbung eine Rolle. Konflikte mit dem Gesetz oder vermeintliche gesellschaftliche oder moralische Verfehlungen werden benutzt um Druck auszuüben.
"Schöne Grüße aus Pullach", Helmut Wagner, Berlin 2000
(S. 27ff)"Eine andere Methode der Agentenrekrutierung bestand im Ausnutzen einer wirtschaftlichen Notlage oder charakterlicher Schwächen. Wer trank, war nicht minder erpreßbar wie ein finanziell Abhängiger." (S.113)"Und man sollte DDR-Bürgern, so sie im Ausland waren, entweder Hilfe bieten oder sie observieren. Eine probate Methode war die Vortäuschung eines Ladendiebstahls. Der BND trat dann auf den Plan und engagierte sich bei der Klärung, um im weiteren Teil den solcherart Kompromittierten für den BND anzuwerben."
In den neuen Bundesländern wurden viele Inoffizielle Mitarbeiter (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit dazu erpresst von nun an für den ehemaligen Klassenfeind zu arbeiten.
"Schöne Grüße aus Pullach", Helmut Wagner, Berlin 2000
(S173)"Oft wurden Personen damit erpresst, dass sie IM des MfS seien oder gegen DDR-Gesetze verstoßen hätten." (S.214)"Staatsschützer waren im Besitz von Personalakten ehemaliger MfS-Mitarbeiter, die sie aus Köln (BfV) erhalten hatten. Der BND operierte mit Adressenlisten von MfSlern und legte inoffiziellen Mitarbeitern (IM) Personalakten auf den Tisch, um sie anzuwerben."
Da konnte man sich einfach nicht weigern. Der Staat ist immer der Staat, sei es der Nationalsozialistische, Realsozialistische oder Freiheitlich-Demokratische. Und der Staat hat immer Recht. Hätte es einen Anschluß der Bundesrepublik an die DDR gegeben, böte sich wohl dasselbe Bild. Ein wichtiger Grund in der Anwerbung von Spitzeln besteht darin, sie in die Hand zu bekommen und dem Staat in allen Bereichen zu verpflichten. Auch für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR war dies ein Anwerbegrund, man nannte es "Wälzungsprozeß".
"30 Silberlinge", Karol Sauerland, Berlin 2000
(S.112ff)"Der Wälzungsprozeß ist, wie mir scheint, noch viel zu wenig bemerkt worden, denn er zeigt, dass es dem Sicherheitsdienst gar nicht so sehr um effektive Aufklärung ging, sondern vor allem darum, so viel Menschen wie möglich in Abhängigkeit zu bringen, zumal die Mitarbeit im Sicherheitsdienst allem Anschein nach nie als etwas Ehrenvolles angesehen wurde (...) Wenn einer der IM mit dem Gedanken spielte abzuspringen, konnte er damit drohen, dessen Tätigkeit publik zu machen. Mit solchen Drohungen arbeitete der Staatssicherheitsdienst regelmäßig."

Hat sich der Anzuwerbende bereiterklärt mitzumachen, wird er langsam an die Spitzeltätigkeit herangeführt. Sein(e) Führungsoffizier(e) (der Angeworbene wird ihn oder sie anders nennen) führt und lenkt ihn. Dazu ist es notwendig, ein enges Vertrauensverhältnis zum Spitzel aufzubauen, wohingegen der Führungsoffizier ihm niemals vertrauen darf. Er hört bei Problemen zu und gibt dem Angeworbenen das Gefühl, ernst genommen zu werden, er gibt Ratschläge, strahlt Zuversicht aus. Er verfügt durch die Überwachungsmaßnahmen über viele Details aus dem Leben seiner Untergebenen, kennt ihre Persönlichkeit mit Stärken und Schwächen. Psychologisches Feingefühl, Freude an der Manipulation von Menschen, die er zum einen in der Täuschung seiner Spitzel und zum anderen im Terror gegen Zielpersonen, zu dem er seine Untergebenen benutzt, auslebt, machen ihn aus.
"30 Silberlinge", Karol Sauerland, Berlin 2000
(S.118ff)*"Aussprachen über Probleme der Persönlichkeitsentwicklung des Inoffiziellen Mitarbeiters müssen psychologisch klug und mit pädagogischem Geschick geführt werden.* Der IM sei zu erziehen, wobei *mündliche Belobigung oder der Tadel Anwendung finden* können.(...) *Der operative Mitarbeiter muß es verstehen, die beständige politische Einflußnahme auf den IM so zu gestalten, dass sie ihm nicht vordergründig bewusst wird [...] Stets muß die erforderliche Wachsamkeit an den Tag gelegt werden."*
(S.122ff) "Eine der von Annette Maennel interviewten Frauen fand, nur von ihrem Führungsoffizier habe sie sich *als gleichberechtigt behandelt* gefühlt: *Da ich nie einen richtigen Gesprächspartner hatte, war mir das sehr wichtig. [...] nur bei diesem Verbindungsoffizier habe ich gespürt, dass er mich, so wie ich war, akzeptierte. Ich musste sonst immer um Anerkennung ringen. Bei ihm fühlte ich mich sicher und wichtig*." (...)
"Diese nutzten, könnte man hinzufügen, die Einsamkeitsgefühle und die sich daraus ergebene Anlehnungsbedürftigkeit ihrer IM skrupellos aus. Einige der Führungsoffiziere waren sogar psychologisch geschult worden, Vertrauen zu gewinnen und in die Psyche eines IM einzudringen. Jedem war eingeschärft worden, sich um deren persönlichen Nöte zu sorgen und deren Psyche ständig zu studieren."
Der Führungsoffizier entwickelt Verachtung für sie, denn er ist es gewohnt, sie steuern und täuschen zu können. Und sie merken es nicht einmal.
In Geheimdiensten weiß jeder nur das was er zur Ausübung seiner Tätigkeit wissen muß, auch der Führungsoffizier kennt meistens die Hintergründe des Terrors gegen Personen nicht. Am allerwenigsten wissen es seine Spitzel, sie wollen es oft auch gar nicht so genau wissen, es könnte sie ja belasten und viele ahnen wohl, dass sie, wenn sie die Hintergründe kennen würden, nicht mehr mitmachen wollten. Viele machen zumindest in den ersten Jahren im Glauben mit, eine gute Sache zu unterstützen. Das, was dem Spitzel gesagt wird, orientiert sich immer an seiner Persönlichkeit und nicht an den objektiven Gegebenheiten oder der Zielperson. Denn er soll dazu gebracht werden Einfluß zu nehmen. Oft reicht es aus, die Zielperson als etwas zu denunzieren, das dem Spitzel missfällt. Die Zielperson wird auf bestimmte Merkmale reduziert und man schiebt ihr irgendeine Gesinnung unter, sie wird stigmatisiert. Man nennt sie "Nazi", "Kommunist", "Frauenfeind", "Schwuler", "Schwulenhasser", etc., und in vielen Fällen reicht es wohl zu sagen, das sei "irgend so ein Arschloch". "Der war bei einer Nazi-Demonstration" (dort gibt es drei Seiten, die der Rechten, Linken und der Zuschauer- aber das interessiert in so einem Fall nicht weiter), guckt sich im Internet dieses und jenes an. Und außerdem erscheint er anders als er in Wirklichkeit ist, der tarnt sich nur gut - umso gefährlicher ist er. Man hinterfragt nicht, gibt sich mit wenig Informationen zufrieden. Man würde ja auch keine Antwort bekommen. In der Atmosphäre des Geheimen hat man Verständnis dafür, dass einem nicht alles gesagt werden kann und schafft damit die Grundlage zur eigenen Manipulierbarkeit. Der Staat wird es wissen, schließlich kommt die Weisung wie immer von oben und "die da oben" werden schon wissen was sie tun.
"30 Silberlinge", Karol Sauerland, Berlin 2000
(S.282)"Schon alleine durch den Auftrag ist er eines großen Teils der Verantwortung entledigt. Nicht er zwingt die Instanz zum Handeln, sondern diese wünscht sich seine Mithilfe, um Beweise in die Hand zu bekommen. Die ergriffenen Maßnahmen sind mithin das Werk des Auftraggebers - in neuerer Zeit eines ganzen Stabes von "Sicherheitsleuten" -, ihm kommt die eigentliche Verantwortung zu; trotzdem bleibt es dabei: die IM haben mitgewirkt, ihre Mithilfe kam oft einer Beihilfe gleich, luden somit Schuld auf sich."
(S.75) (...)"*es gibt für jeden Staatsbürger auch ein Pflicht, über den Charakter des Regimes, indem er lebt und das er durch seine Stimme, sein Schweigen oder sein sonstiges Verhalten unterstützt, sich zu unterrichten, nach Eintritt bestimmter rechtsbrechender, offener Tatsachen unterrichtet zu sein!*"
Schwieriger wird es wenn Bekannte, Freunde oder Familienmitglieder bearbeitet werden sollen. Da ist man auf Missbrauch der Gutmütigkeit des Spitzels angewiesen, denn alles geschieht nur zum Besten der Zielperson, so kann sie ja nicht weitermachen, sie bekommt dadurch nur Probleme, man muß sie auf Fehlverhalten aufmerksam machen etc. Und außerdem meint man, die Anwendung der

geheimdienstlichen Psychotechniken merke ja keiner, es falle der Zielperson gar nicht auf. Wiederholt erzählte Geschichten, die sich auf Details des Lebens des Bearbeiteten beziehen, die der Spitzel so nicht wissen kann und auch im Normalfall von niemandem erzählt bekommen haben kann, fallen sehr wohl auf. Man meint, durch solche Geschichten Zielpersonen manipulieren zu können. Im für den Spitzel besten Fall fällt er unangenehm auf und man wird ihm mit ständigem Misstrauen begegnen, in Zukunft möglichst meiden oder es ihm bei der nächsten Gelegenheit verbal heimzahlen. Kurz, der Spitzel macht sich mit solchen Spielchen überall unmöglich. Was so auch gewollt ist, die einzige Verbindung soll nach oben sein, zum Führungsoffizier. Der versteht einen, wenn alle anderen (vielleicht durch den eigenen Versuch sie zu beeinflussen oder durch Maßnahmen anderer Spitzel?) gemein sind. Dort bekommt man Informationen, die es so nirgendwo sonst gibt. Ab und zu werden unwichtige Informationen geliefert deren Wahrheitsgehalt nachprüfbar ist und die für den Spitzel von Bedeutung sind. Das dient der Manipulation und Führung, oft auch der Zersetzung des Umfelds. Der Lauscher an der Wand hört seine eigene Schand. Und die schürt die Wut beim Lauscher/Angeworbenen.
Im für den Spitzel schlechtesten Fall weiß oder ahnt die Zielperson, dass sie bearbeitet wird und "schlägt" im Sinne des Wortes zurück. Diese Gefahr besteht insbesondere bei Rollenspielen oder Provokationen gegenüber dem Angeworbenen unbekannten Personen, auch wenn man in einer Gruppe von mehreren Angeworbenen auftritt. Im Ernstfall hilft einem keiner. Erst Recht nicht der Staat und seine geheimen Vertreter. In der Presse ließt man gelegentlich dass jemand scheinbar ohne Grund gegenüber Nachbarn, Bekannten oder Fremden gewalttätig geworden ist. In vielen dieser Fälle wird es wohl genug Gründe geben.....Mancher Spitzel weiß gar nicht warum gerade er nun das Opfer ist, wo er doch nur dieselben Faxen (sinnlose Tätigkeiten von denen er meint, sie würden zur Beeinflussung dienen) wie oft zuvor gemacht hat. Geheimdienstarbeit bedeutet auch, Zielpersonen über Monate und Jahre hinweg ständig zu provozieren bis diese sich wehren und dann nach dem Gesetz zu rufen. Und der Spitzel ist der Prügelknabe.
Die meisten Tätigkeiten haben nur den Zweck den Spitzel zu beschäftigen und ihm das Gefühl zu geben etwas Wichtiges getan zu haben. Er kann ab und zu "dabei sein", wenn er gemeinsam mit vielen anderen, aus der anonymen Masse heraus, Menschen terrorisiert und aus der Öffentlichkeit vertreibt. Endlich kann man es "denen" mal richtig zeigen. Nur bemerken diese Menschen in den allermeisten Fällen gar nicht dass sie das Ziel von gezielten Aktionen sind, allenfalls kommt ihnen öfters etwas seltsam vor. Erst durch offenen Terror der Geheimdienste, der massiv technische Mittel (siehe Rubrik Waffen), Morddrohungen und Gewalttaten mit einbezieht, wird es der Zielperson klar worum es geht. Dann darf jeder mal zutreten und seinen Spaß haben. Aber im Normalfall ist das Ziel, Personen in der Sucht, in der Psychiatrie oder durch Hineinziehen in kriminelle Machenschaften im Gefängnis verschwinden zu lassen. Dabei geht man verdeckt vor, die Hintergründe sollen bis zum Schluß für die Zielperson und ihr Umfeld verborgen bleiben. Und ist man mit ihr fertig geworden, kann man sie immer noch anwerben indem man vorgibt ihr helfen zu wollen.
Klar wird dies dem Angeworbenen erst wenn er durch jahrelange Mitarbeit erpressbar gemacht worden ist. Es werden ihm genug Gelegenheiten gegeben es unter dem Schutz des Staates nicht ganz so genau mit den Gesetzen zu nehmen. Schließlich machen das doch alle. Von älteren Geheimdienstmitarbeitern hört man sie hätten schon so viele Menschen sterben sehen. Anscheinend meinen sie, daran mit Schuld zu sein. Man schafft für jeden, den man hat verschwinden lassen, eine Masse an Schuldigen und Erpressbaren. Die eigene Mitarbeit als Spitzel muß geheimbleiben, niemand würde Verständnis dafür aufbringen und dazu muß alles getan werden was nötig ist. Man lässt sich noch tiefer hineinziehen. Auch die erschreckende Erkenntnis, das man von den umfangreichen Überwachungsmaßnahmen selbst betroffen ist, diszipliniert und schafft beim Spitzel eine Atmosphäre der Angst und des Misstrauens.
"30 Silberlinge", Karol Sauerland, Berlin 2000
(S. 184ff) "*Das neue Machtsystem, die Disziplinarmacht, setzt sich dagegen durch, indem sie sich unsichtbar macht, während sie den von ihr Unterworfenen die Sichtbarkeit aufzwingt. In der Disziplin sind es die Untertanen, die gesehen werden müssen, die im Scheinwerferlicht stehen, damit der Zugriff der Macht gesichert bleibt. Es ist gerade das ununterbrochene Gesehenwerden, das ständige Gesehenwerden-Können, ... was das Disziplinarindividuum in seiner Unterwerfung festhält.*"
Man traut sich nicht einmal mehr innerhalb der eigenen 4 Wände offen zu reden, drückt vieles in Gleichnissen aus, um seinen Auftraggebern ja nichts verwertbares in die Hand zu geben. Und man kann mit niemandem außer dem Führungsoffizier und anderen persönlich bekannten Spitzeln über die Tätigkeit reden, isoliert sich von der Gesellschaft, weiß nicht wer noch alles in der Umgebung angeworben wurde.
"30 Silberlinge", Karol Sauerland, Berlin 2000
(S.129)"Manche leiten aus dieser Doppelexistenz ab, es sei *etwas ganz furchtbares passiert: Sie haben alle mit zwei Gesichtern leben müssen. Das habe bei ihnen auf die Dauer der Zeit zu einer erschreckenden und nicht zu begreifenden Schizophrenie geführt*"

# Einsatz des Spitzels

Gesellschaftliche Mitarbeiter, also jene Personen, die sich gegenüber den Geheimdiensten zur Mitarbeit und zur Geheimhaltung der aus dieser Tätigkeit erlangten Informationen verpflichtet haben, werden von den Geheimdiensten an der ganz kurzen Leine geführt. Während vor 2000 Jahren der Verrat an einem Freund 30 Silberlinge ( vielleicht vergleichbar mit einem heutigen Gegenwert von 30 000 DM ) einbrachte, und es früher hieß, daß jemand seine Großmutter für 50 Mark verkauft ( vergleichbar vielleicht mit 5000 DM nach heutigem Wert ), benutzen Geheimdienste heute Versprechen, die, bei genauerer Betrachtung für den Gesellschaftlichen Mitarbeiter keinen Vorteil bringen, sie stellen sozusagen einen ungedeckten Scheck aus. Aber der Gesellschaftliche Mitarbeiter muß in Vorleistung treten, also die Operation vorfinanzieren, indem er seine Arbeitskraft und oft sogar finanzielle Mittel bereitstellt. Aber dafür ist man nun beim Geheimdienst! Und das System beschützt einen, meint man. Und bietet Vorteile. Meint man.
Wie sehen nun diese Vorteile aus? Zum Beispiel besorgt der Geheimdienst ein Arbeitsstelle. Man braucht sich nur zu bewerben, alles ist schon abgesprochen und man wird sofort eingestellt. Der Gesellschaftliche Mitarbeiter ist zufrieden, daß man ihm geholfen hat. Deshalb fällt ihm nicht auf, daß diese Arbeit überaus schlecht bezahlt wird, und daß er eigentlich besser qualifiziert ist. Aus der Sicht der "Auftraggeber" hat man allerdings den Gesellschaftlichen Mitarbeiter in eine Firma eingeschleust um jemanden, der in dieser Firma arbeitet, zu bespitzeln. Um der Firma das Geschäft schmackhaft zu machen hat man seinen gesellschaftlichen Mitarbeiter zu einem Preis angeboten, der unter seinem Marktwert liegt. Das macht das Geschäft für den Arbeitgeber interessant.
Auf diese Weise werden Gesellschaftliche Mitarbeiter, die eigentlich aufgrund ihrer Qualifikation und Intelligenz zu einer besser bezahlten Arbeit fähig wären, von einem Hilfsarbeiterjob zum nächsten manipuliert. Sie dienen so ihren Auftraggebern und schaden sich selber. Aber das macht ja nichts, denn sie bemerken es ja nicht. Interessant ist auch, daß der Gesellschaftliche Mitarbeiter nicht weiß, wer in seiner Umgebung ebenfalls für den Geheimdienst arbeitet. So bespitzelt der eine den anderen. Das dient der gegenseitigen Kontrolle. Und jeder meint, daß er mehr weiß, als der andere, weil er von seinen Auftraggebern kleine, vielleicht spektakuläre, aber im Grunde unwichtige Details erzählt bekommt. Die Tatsächlichen Hintergründe und das tatsächliche Ausmaß der gegenseitigen Bespitzelung wird vor ihm verheimlicht. Außer den hauptamtlichen Geheimdienstlern kann nur jemand, der Zielperson einer aktiven Maßnahme geworden ist, dieses Ausmaß ungefähr einschätzen. Denn er hat ja naturgemäß Kontakt zu vielen Geheimdienstlern.
Ein interessantes Manöver der Geheimdienste besteht darin, einen kleinen Gesellschaftlichen Mitarbeiter auf einen wichtigeren anzusetzen. Der kleine Mitarbeiter meint nun, daß er jemanden überwachen soll. Tatsächlich ist es aber so, daß er selber die Zielperson ist und von seinem "Zielobjekt" überwacht, geführt und manipuliert wird. Aber das sich einzugestehen, selbst wenn es offensichtlich ist, bedeutet eine hohe psychologische Hürde zu überspringen. Im übrigen sorgen die Geheimdienste dafür, daß ihre Gesellschaftlichen Mitarbeiter möglichst nichts über die Arbeitsweise der Geheimdienste wissen. Sie sollen nur das wissen, was man ihnen sagt. Das schafft Abhängigkeiten gegenüber den Auftraggebern und erleichtert das Manipulieren. Und natürlich fragt kein Gesellschaftlicher Mitarbeiter seine Auftraggeber. Das wäre sowieso zwecklos, denn er würde keine vernünftige Antwort bekommen. Allenfalls eine Desinformation.
Dabei kann sich jeder über die Arbeitsweise der Geheimdienst informieren, denn es ist einiges veröffentlicht worden. Allerdings sind die relevanten Informationen über viele Bücher verteilt. Es ist also notwendig, aus vielen Veröffentlichungen das Relevante herauszufinden und in den Zusammenhang zu bringen. Aber dazu haben Gesellschaftliche Mitarbeiter keine Zeit. Denn sie werden von ihren Auftraggebern dauernd beschäftigt, damit sie nicht auf "dumme", das heißt für ihre Auftraggeber unbequeme Gedanken kommen. Dazu muß auch jeder offene Austausch von Gedanken und Erkenntnissen unter diesen gesellschaftlichen Mitarbeitern unterbunden werden. Nach dem alten Prinzip "teile und herrsche" werden diese angehalten, mit niemandem über ihre Tätigkeit zu reden. Das geht so weit, daß nicht einmal in Familien, in denen massiv angeworben worden ist, offen über diese Tätigkeit gesprochen wird.
Die höchste Loyalität eines Gesellschaftlichen Mitarbeiters gehört in den allermeisten Fällen seinen Auftraggebern, selbst wenn er nach langer Mitarbeit erkannt hat, welches miese Spiel gespielt wird. Denn dann weiß er ja bereits, welche Folgen Dissens oder gar offener Widerspruch nach sich zieht. Aber die meisten Gesellschaftlichen Mitarbeiter wollen diese Zusammenhänge nicht wahr haben. Denn dann müßten sie sich eingestehen, daß sie einen Fehler gemacht haben, als sie sich anwerben lassen haben. Und diese Anwerbung findet heutzutage in einem solchen Ausmaß statt, daß man bereits davon ausgehen kann, daß der Zweck der Anwerbung oft nicht in dem Sammeln von Informationen besteht. Ziel ist es vielmehr, die betreffende Person in den Griff zu bekommen, ihr mit

der Verpflichtungserklärung erfolgreich für immer den Mund zu verbieten und eine besondere Loyalität zum System herzustellen.

# Fotos die Lügen

*Desinformation mit Bildern*

„Aber unabhängig davon stößt man auf getürkte Fotos und historische Fälschungen überall dort, wo die Methoden der totalitären Propaganda Nachahmung finden, und in allen Ländern, wo Bilder um der politischen Einflußnahme, Steuerung, oder Erpressung willen verdreht werden: Und manchmal kann sogar für Journalisten oder Historiker, deren Hauptsorge nicht einmal unbedingt die Politik ist, die Versuchung verlockend sein, ein Bild "zurechtzumachen", um so die jeweils gewünschte Veranschaulichung hervorzubringen. Die Manipulation der Bilder wirft ebenso viele moralische Probleme auf wie die Manipulation der geschriebenen oder gesprochenen Sprache: Eine simple Ausschnittvergrößerung in der Presse kann die Bedeutung eines Bildes völlig verändern.“ ( Aus „Fotos, die lügen“ von Alain Jaubert, Frankfurt 1989, Seite 177 ).

Nun gibt es neben den bekannten Methoden zur Fälschung von Bildern, wie Retusche, Wahl eines entsprechenden Ausschnittes oder Fotomontage auch die Möglichkeit aus einer Vielzahl von vorhandenen Fotos, entsprechend dem Zweck, für den Betroffenen unvorteilhafte auszuwählen. Übler wird es, wenn man die Zielperson in Gegenwart von gesellschaftlichen Randgruppen wie zum Beispiel Punkern oder Rechtsradikalen fotografiert. Man kann diese Personen auf der Straße hinter dem Opfer herlaufen lassen, wobei ein zum deutschen Gruß erhobener Arm oder Steine in der Hand von Autonomen das Opfer in ein entsprechendes Licht rücken. Oder es stellt sich plötzlich heraus, daß ein Bekannter des Opfers ein alter Nazi ist, der auch den Drang verspürt, das Opfer mit deutschem Gruß zu begrüßen. Und schon hat man einschlägige Fotos.

Diese Fotos sagen natürlich nichts über das Opfer aus, sondern nur über die Mitarbeiter der Geheimdienste, denn die sind ja die Radikalen. Aber wenn diese Fotos jemandem vorgelegt werden, dann sieht er das Opfer in Begleitung entsprechender Randgruppen der Gesellschaft und es wird der (absichtlich) falsche Eindruck erweckt, daß die Zielperson zu ihnen gehört. Auch kann man dem Opfer ein einschlägiges Bild zeigen ( Hitler, Stalin oder auch unpolitische Bilder kompromitierenden Inhalts ) und sofort auf den Auslöser einer eigens zu diesem Zweck mitgeführten Kamera drücken. Solche Aktionen dauern, bei entsprechender Vorbereitung, und etwas Übung 2-3 Sekunden wie jeder selber ausprobieren kann. Dagegen kann man sich nicht wehren. Und schon wieder ein gelungenes Bild. Im Bedarfsfall zeigt man dann zwei oder drei dieser Bilder ( denn andere hat man dummerweise, leider, gerade nicht zur Hand... ). Also wenn selbst der Geheimdienst nur *solche* Bilder hat, dann muß es sich ja um einen ganz miesen Typen halten.

Man sieht also, daß es nicht unbedingt nötig ist, Bilder durch Fotomontage zu fälschen. Das Ziel kann eleganter erreicht werden, auch wenn das etwas mehr Arbeit macht und etwas Vorbereitung und Planung benötigt. Aber dafür erhält man ein „echtes“ Foto. Allerdings mit zweifelhaftem Aussagewert. Aber das muß man ja nicht jedem erzählen. Und wer fragt schon danach, wie ein Foto zustande gekommen ist. Denn was man selber gesehen hat, das existiert logischerweise auch. Denn seinen Augen kann man ja schließlich trauen.

# Verkürzung

In seinem Buch „ Demokratie und Geheimdienste „ (Otto von Freising Vorlesungen der Katholischen Universität Eichstädt , München 1995 ), schreibt Hans-Georg von Wieck ( Präsident des Bundesnachrichtendienstes von 1985 – 1990 ) auf Seite 41 :“ (...) sind die Nachrichtendienste meist unter einem Dach zusammengefaßt. Sie stellen einen ungeheuren machtpolitischen Komplex dar, der die Integrität und den persönlichen Schutzraum des Menschen unterminiert. Vielfach wird der Mensch der Willkür solcher integrierten Geheimdienste schutzlos ausgesetzt. Die (...) öffentlich bekannten Aktivitäten (...) belegen das.“ Eine Darstellung, die durchaus der Realität in der Bundesrepublik entspricht!

Trotzdem will ich an diesem verkürzt wiedergegebenen Zitat zeigen, wie Nachrichtendienstler absichtlich falsche Eindrücke hervorrufen. Der normale Bürger würde ein solches Verfahren sogar in den Bereich der Lüge einordnen. Das Vollständige Zitat lautet: „In totalitär, also monolitisch organisierten Staaten mit Einparteien-Regimen sind die Nachrichtendienste meist unter einem Dach zusammengefaßt. Sie stellen einen ungeheuren machtpolitischen Komplex dar, der die Integrität und den persönlichen Schutzraum des Menschen unterminiert. Vielfach wird der Mensch der Willkür solcher integrierten Geheimdienste schutzlos ausgesetzt. Die nun öffentlich bekannten Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in der DDR belegen das.“

Man sieht hier, daß durch Verkürzung ein ganz anderer Eindruck erweckt werden kann, und dem Gegner sozusagen das Wort im Mund herumgedreht werden kann. Ein typischer Fall von Desinformation.

# Überblick

## Quellenangaben

Die folgenden Darstellungen wurden, soweit nicht anders angegeben, den folgenden Büchern von Günter Wahl entnommen:

Minispione I, Frech-Verlag, Stuttgart 1969
Minispione II, Frech-Verlag, Stuttgart 1974
Minispione III, Frech-Verlag, Stuttgart 1976
Minispione IV, Frech-Verlag, Stuttgart 1978
Minispione V, Frech-Verlag, Stuttgart 1980
Minispione VI, Frech-Verlag, Stuttgart 1985
Minispione VII, Frech-Verlag, Stuttgart ?
Microspione, Frech-Verlag, Stuttgart 1977

Die vorstehenden Bücher sind als Nachdruck in einem Band unter dem Titel "Minispione: Technik und Abwehr des Lauschangriffs", Franzis Verlag, 1999 erschienen. Dieses Buch können Sie unter der ISBN-Nr. 3-7723-4933-1 zum Preis von 98,- DM in jeder Buchhandlung bestellen.

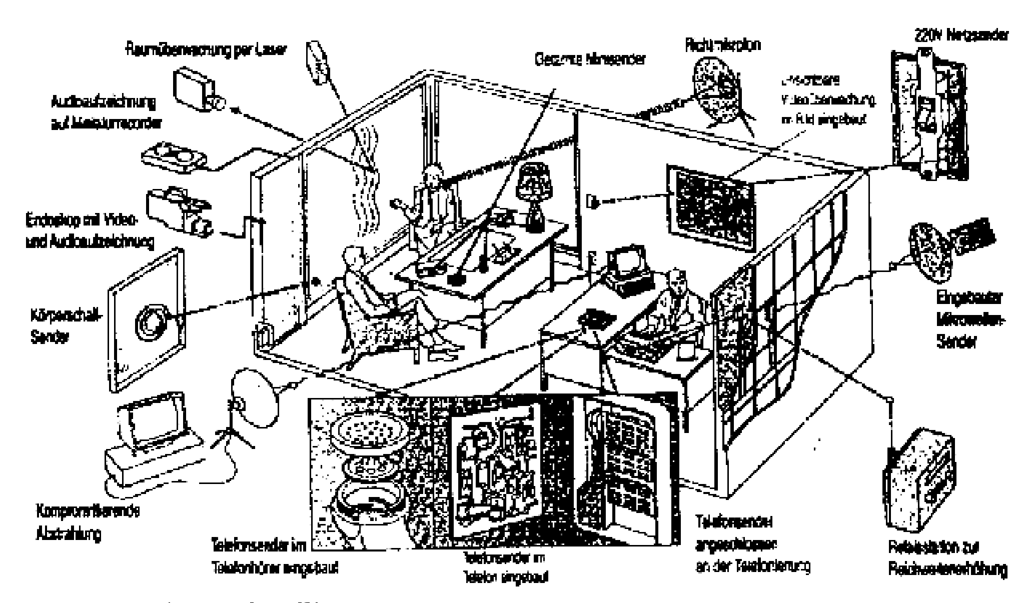
Minispione-Schaltungstechnik:
- Band 1, Verlag für Technik und Handwerk, Baden Baden 1993, ISBN-Nr. 3-88180-319-x
- Band 2, Verlag für Technik und Handwerk, Baden Baden 1993, ISBN-Nr. 3-88180-320-3
- Band 3, Verlag für Technik und Handwerk, Baden Baden 1996, ISBN-Nr. 3-88180-338-6
- Band 4, Verlag für Technik und Handwerk, Baden Baden 1997, ISBN-Nr. 3-88180-345-9
- Band 5, Verlag für Technik und Handwerk, Baden Baden 1999, ISBN-Nr. 3-88180-361-0

In allen diesen Büchern finden sich eine Vielzahl von Schaltungen, die von jedermann nachgebaut werden können. Wer diese Gebiet verstehen will, kommt um diese Bücher von Günter Wahl nicht herum.

Weitere Bücher zum Thema Geheimdienste und Technik:
Günter Wahl: Waffentechnische Kuriositäten, Journal Verlag, Schwäbisch Hall 1990
Günter Wahl: Kuriose Waffentechnik, Verlag Neumann-Neudamm, Melsungen

## Überblick

Das folgende Bild gibt einen Überblick über die konventionellen Abhörmaßnahmen. Es gibt aber sicherlich noch viele andere Überwachungsmöglichkeiten, z.B. den im ISDN-Netz vorgesehenen Befehl "off hook", der das Mikrofon des Telefons einschaltet. Denkbar ist auch, daß Hohlräume als Resonanzkörper für Radiofrequenzstrahlung benutzt werden. Da diese Hohlräume im Takt der Sprache schwingen, ergibt sich die Möglichkeit, die dadurch modulierte Strahlung auszuwerten und diese Information hörbar zu machen. Ein solcher Hohlkörper ist beispielsweise der menschliche Schädel, dessen Resonanzfrequenz im Bereich von 400 bis 500 MHz liegt, während die Resonanzfrequenz des ganzen Körpers bei ca. 80 MHz liegt.




*Big Brother lauert überall!*

Die Abwehr von professionell durchgeführten Lauschangriffen setzt ein großes Wissen und entsprechende Geräte voraus. Die im Handel angebotenen Geräte zum Aufspüren von Abhörsendern sind teuer und nur sehr beschränkt erfolgreich. Wenn beispielsweise ein Abhörsender mit einer Fernsteuerung ausgerüstet ist, kann man diese Sender während der Suche nach ihnen abschalten. Auch beim Einsatz von Mikrowellen- und Lasertechniken oder drahtgebundenen Abhörgeräten sind sie erfolglos.

Abgeschaltete Sender oder andere Geräte die Transistoren oder Dioden enthalten, wie z.B. Verstärker und Kameras, kann man mit einem Detektor für nichtlineare Bauelemente aufspüren. Im Gegensatz zu den handelsüblichen Geräten, die nur nach Hochfrequenzstrahlung suchen, arbeiten diese Geräte aktiv, indem sie von ihnen selbst ausgesandte Strahlung empfangen und auswerten. Unter Umständen ist auch ein gutes Metallsuchgerät hilfreich beim Aufspüren von Abhöranlagen, da alle elektronischen Schaltungen Metalle enthalten.

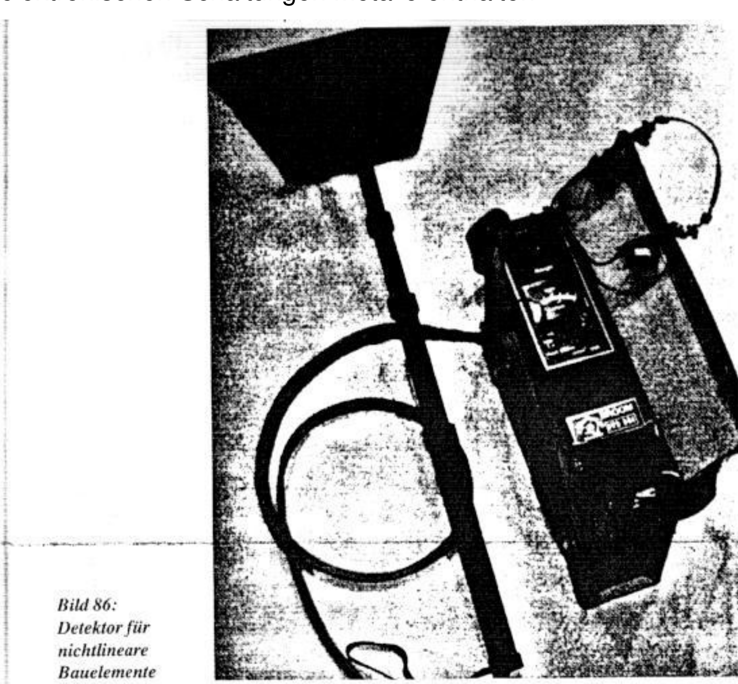


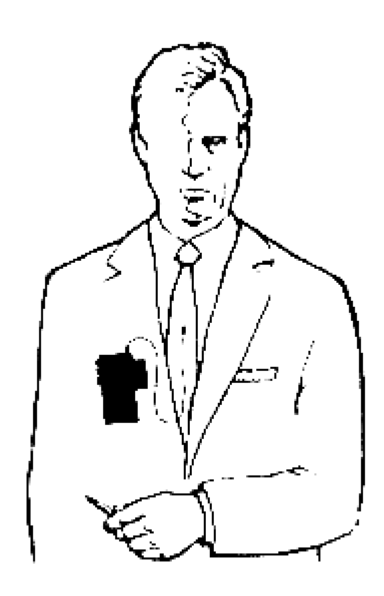
*Bild 86: Detektor für nichtlineare Bauelemente*

## Kommunikation

Bei ihrer konspirativen Tätigkeit benötigen die Geheimdienste ein Kommunikationssystem. Dadurch wird der kleine Mitarbeiter eng geführt und gleichzeitig in seiner Tätigkeit überwacht. Bei Kontakten zu Zielpersonen können sie so von Psychologen und Fachleuten in der Zentrale gesteuert werden. So werden sie zum Sprachrohr der Führungsoffiziere gemacht, ohne daß diese selbst in Erscheinung treten müssen. Wenn also Person und Ausdrucksweise nicht zusammenpassen oder ein gesellschaftlicher Mitarbeiter über besondere Informationen, z.B. über die Zielperson, verfügt, kann man dies unter Umständen auf dieses Kommunikationssystem zurückführen.

Die Verbindung zwischen den einzelnen Kommunikationsgeräten und der Zentrale wurde früher über Funk durchgeführt. Aufgrund der weiten Verbreitung der Mobiltelefone, deren unbegrenzter Reichweite und deren geringen Größekann man davon ausgehen, daß diese heute die Verbindung herstellen.

Der operativ tätige Mitarbeiter trägt ein Mikrofon das mit einem Funkgerät oder einem Mobiltelefon verbunden ist.



Zum Empfang der Anweisungen wird an das Funkgerät oder das Mobiltelefon ein kleiner Sender angeschlossen, der die Sprache zu einem Empfänger, eingebaut in ein Hörgerät, das sich auch unauffällig im Ohr befinden kann, sendet.

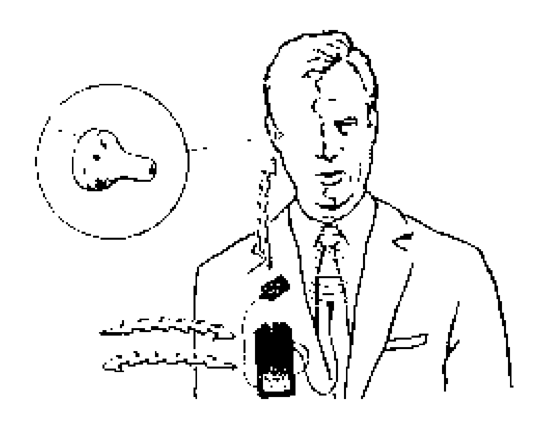
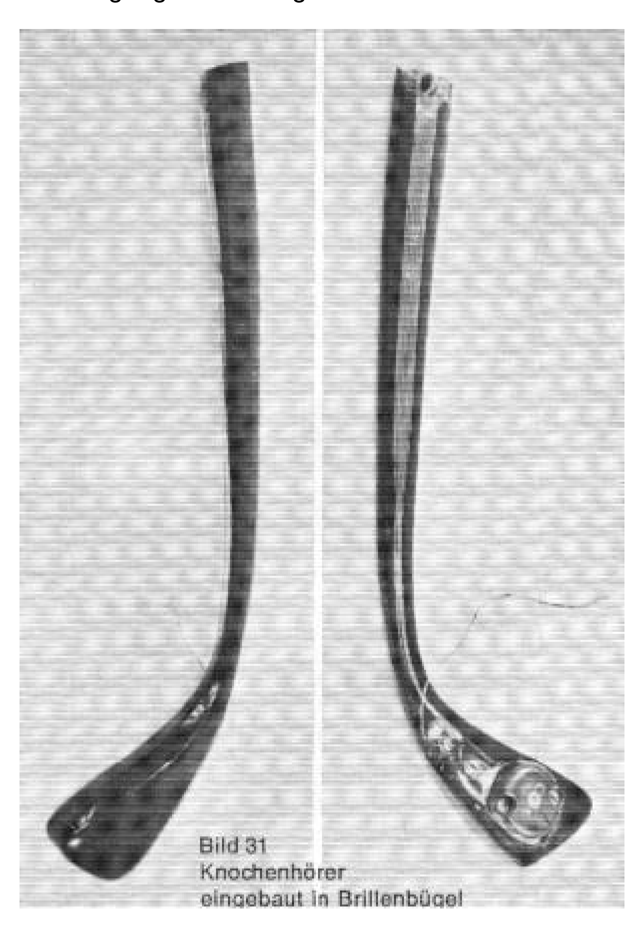


*Bild 66 (Foto: CCS)*
*Kommunikationseinrichtung mit drahtlosem Ohrhörer*

Eine weitere Möglichkeit der Übertragung besteht in der Nutzung eines Knochenhöhrers. Wenn dieser an einen Knochen des Schädels gedrückt wird, überträgt sich der Schall als Körperschall auf den Schädel und dadurch auf das Gehöhr. Diese Knochenhöhrer werden in Brillenbügel eingebaut. Die Übertragung vom Funkgerät oder Mobiltelefon findet ebenfalls drahtlos statt.


Bild 31
Knochenhörer
eingebaut in Brillenbügel

In Anbetracht dieser technischen Möglichkeiten kann man davon ausgehen, daß drahtgebundene Ohrhöhrer ausschließlich zur Demonstration der offenen Überwachung eingesetzt werden. Also Psychoterror.

# Ansichtssache

Jeder kennt die Überwachungskameras aus den Kaufäusern. Solche Kameras können auch verdeckt getragen werden. Dabei ist die Kamera mit einem Sender verbunden, der die Bilder auf einen Videorekorder oder Bildschirm überträgt. Auch in Fahrzeugen können solche Kameras eingebaut werden, sodaß verdeckt Aufnahmen gemacht werden können.

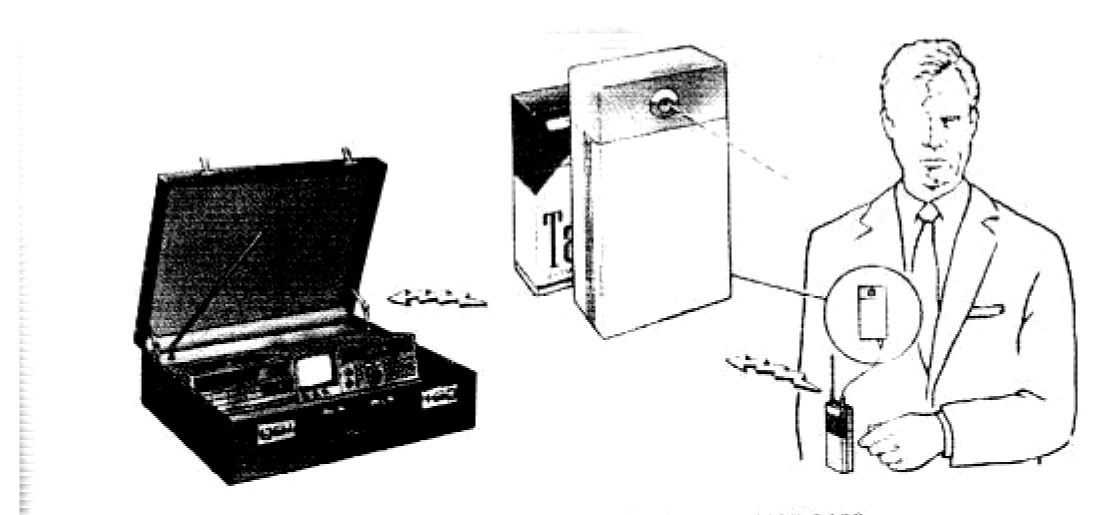


*Bild 83 (Foto: CCS) Drahtlose Miniatur-Videokamera STG 2108*

Der Einsatz von Endoskopkameras ermöglicht die Plazierung des Objektivs an schwer zugänglichen Stellen. So kann auch in den Endknopf einer Antenne eine ferngesteuerte Kamera eingebaut werden. Selbst die verdeckte Überwachung von Fahrzeuginnenräumen ist dadurch möglich. Ein solches Objektiv kann einen Durchmesser von weniger als einem Millimeter haben und ist dadurch nur mit hohem Aufwand zu entdecken. Auch das Aufspüren mit elektronischen Mitteln ist nicht möglich.

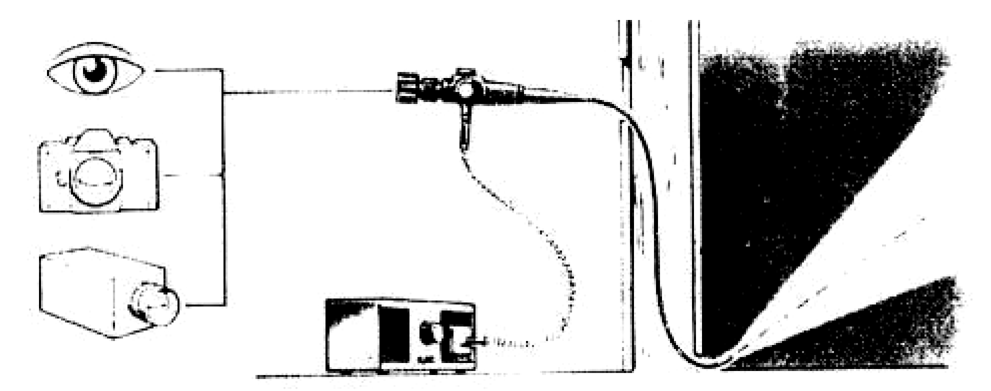


*Bild 84 (Foto: CCS) Optische Überwachungseinrichtung mit flexiblem Lichtwellenleiter*

Bei der Überwachung in der Dunkelheit benutzt man Nachtsichtgeräte, die entweder mit unsichtbarem Infrarotlicht oder als Restlichtverstärker arbeiten. Diese Geräte werden auch in Form von Brillen gebaut. Auch wenn man im dunkeln nichts sieht, heißt das noch lange nicht daß man nicht selber gesehen wird.

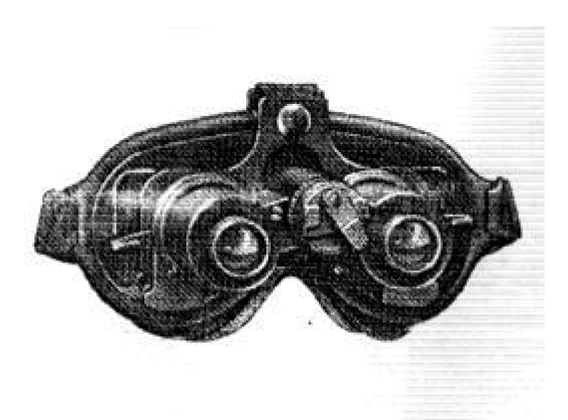


*Bild 77: (Foto: CCS)*
*Infrarot-Nachtsichtbrille*

Der Inhalt von Bildschirmen läßt sich ebenfalls aus größerer Entfernung sichtbar machen. Dazu werden die Abstrahlungen des Bildschirms aufgefangen, aufbereitet und auf einem Monitor dargestellt.

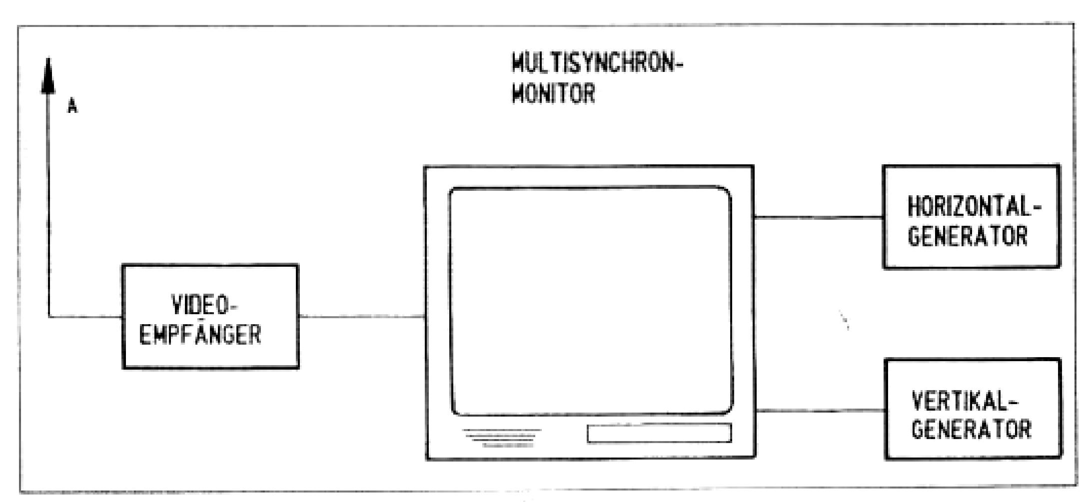



*Bild 50: PC-Bildschirminhalt-Mitlesemonitor*

# Telefone abhören

Einen Telefonabhörsender zeigt folgender Schaltplan. Er wird irgendwo zwischen dem Telefon und der Telefongesellschaft installiert. Dazu eignen sich beispielsweise das Telefon selber sowie alle Anschlußdosen und die verdeckt laufenden Telefonkabel. Da diese Sender ihre Energie aus dem Telefonnetz beziehen haben sie eine unbegrenzte Lebensdauer.

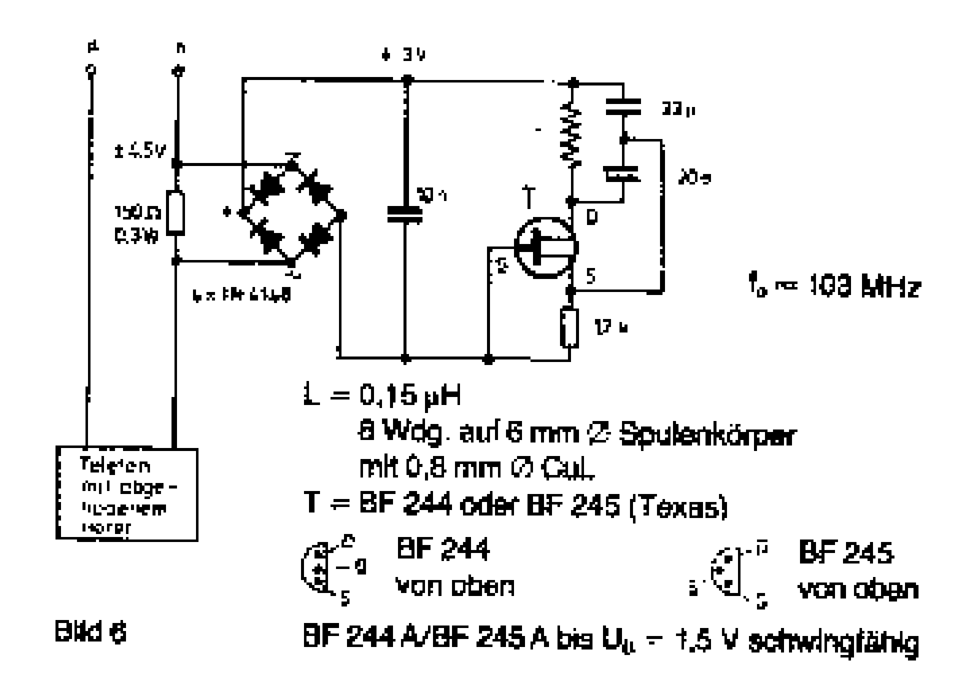



Bild 6

Eine Vorstellung von den geringen Abmessungen solcher Telefonsender bei entsprechendem Aufbau gibt folgendes Bild. Es ist also nicht so einfach, einen solchen Sender zu entdecken.

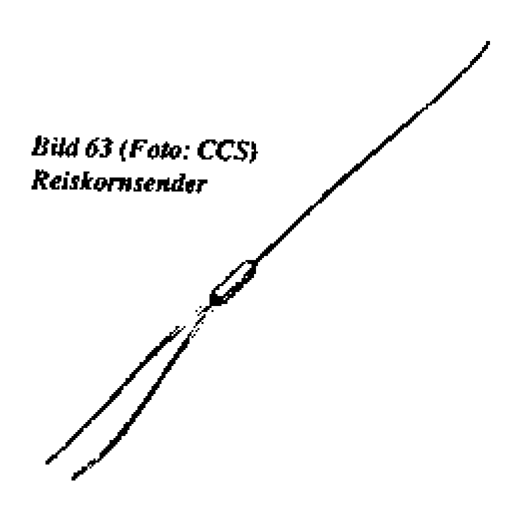


*Bild 63 (Foto: CCS)*
*Reiskornsender*

Das folgende Bild zeigt einen Telefonabhörsender mit Batterie für kurzzeitiges Abhören. Die Nadel wird einfach durch die Isolierung in einen Draht der Telefonleitung gesteckt, sodaß das Gerät in wenigen Sekunden installiert und wieder entfernt werden kann. Da das Kabel nicht aufgetrennt oder

abisoliert werden muß, läßt sich das stattgefundene Abhören nach dem Entfernen des Senders kaum noch feststellen.

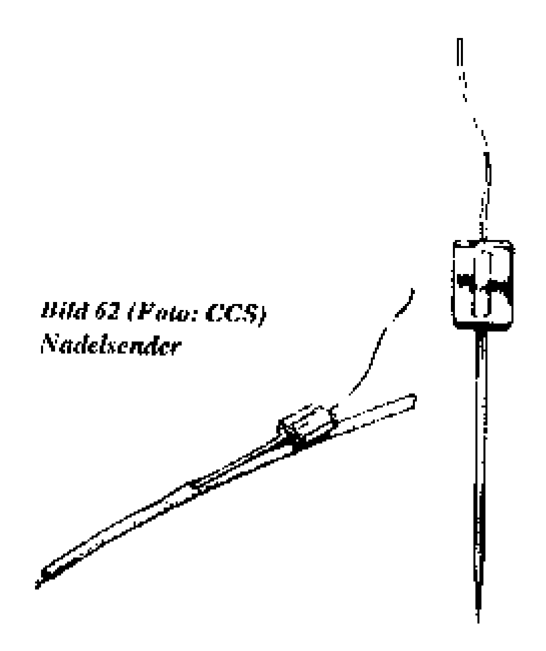


*Bild 62 (Foto: CCS)*
*Nadelsender*

Das von den Transformatoren der älteren Telefongeräten ausgestrahlte Magnetfeld läßt sich mit Hilfe einer Empfangsspule bis in eine Entfernung von einem Meter empfangen. Dieses Magnetfeld schwankt im Takt der Sprache, sodaß auf diese Art mit Hilfe eines Verstärkers das Telefongespräch abgehört werden kann.

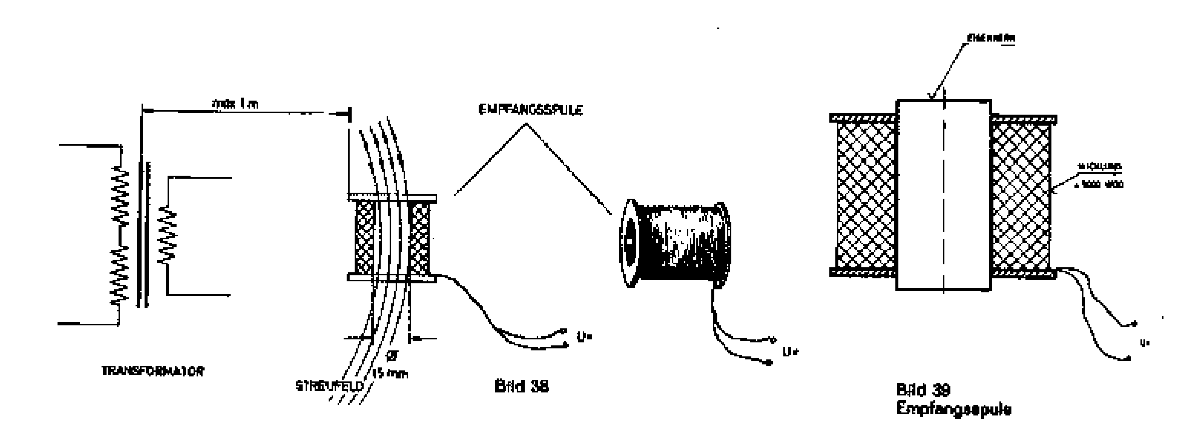



Bild 38

Bild 39
Empfangsspule

Auch das Telefonkabel bildet ein schwaches Magnetfeld aus, das mit einer Spule empfangen werden kann. An diese Spule kann ein Verstärker und ein Tonbandgerät angeschlossen werden. Nach dem Entfernen läßt sich dieses Abhören ebenfalls nicht mehr nachweisen, da das Kabel nicht durchtrennt werden muß. Auch durch Meßverfahren läßt sich die Installation eines solchen Gerätes kaum nachweisen.

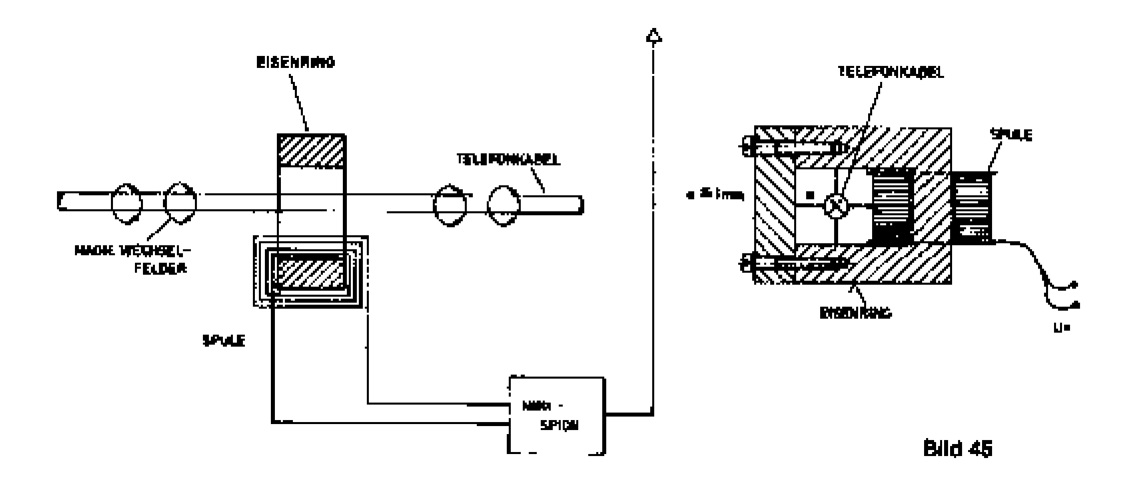



Bild 45

Eine solche Empfangsspule läßt sich auch mit einem Sender verbinden:

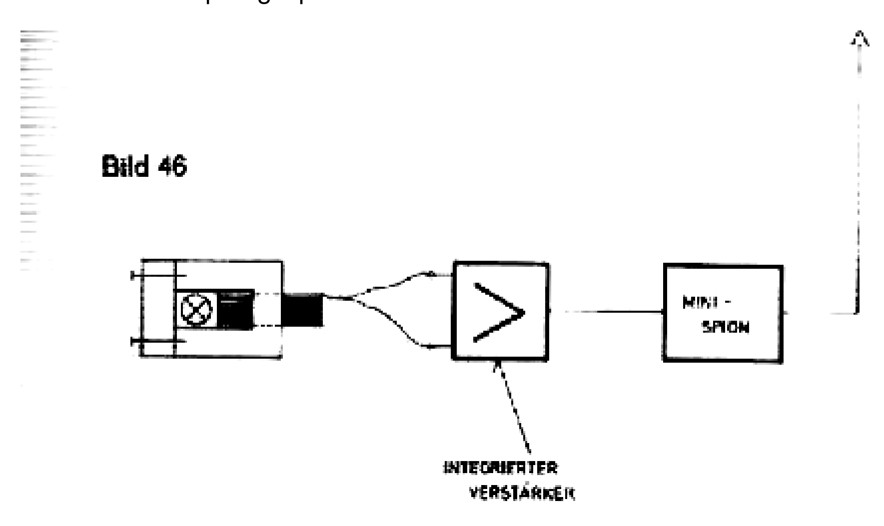
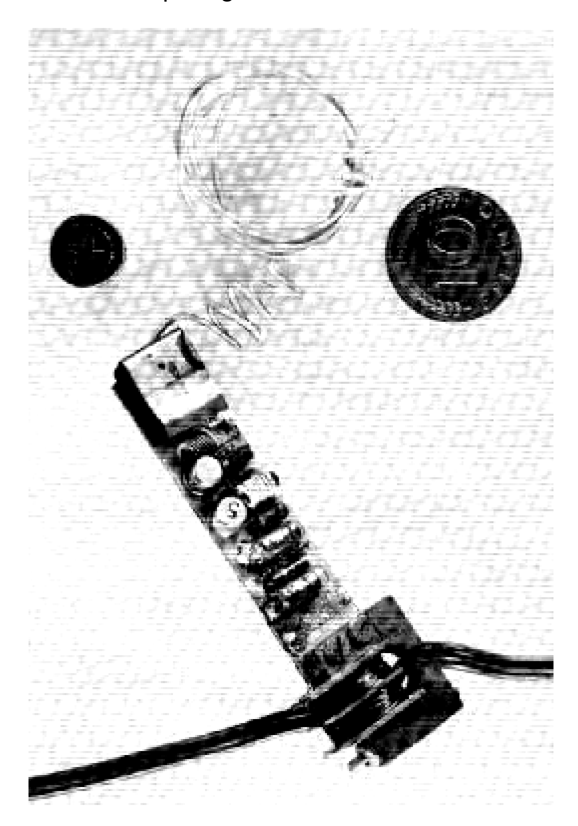



Bild 46

Den Aufbau und die Größe eines solchen Senders zeigt das folgende Bild. Am unteren Rand ist das durch die Spule geführte Telefonkabel zu sehen.



Auch das Telefon selbst kann zu einem Abhörgerät umfunktioniert werden. Wenn eine Zugangsmöglichkeit zum Telefon besteht, kann man den Gabelkontakt durch Parallelschalten eines Überspannungsableiters oder einer Z-Diode umgehen. Eine weitere Möglichkeit zur Überbrückung des Gabelkontaktes ist das Parallelschalten eines Widerstandes oder eines Kondensators. Auch die Klingel des Telefons kann, ohne Eingriff in das Telefon, in ein Mikrofon verwandelt werden.

Ein interessantes Verfahren ist das Hochfrequenzfluten des Telefons. Über die Telefonleitung wird Hochfrequenz in das Telefon eingekoppelt, die durch die Schwingung des Telefongehäuses im Takt der Sprache moduliert wird. Dadurch wird es möglich, jedes in der Nähe eines Telefons geführte Gespräch abzuhören. Auch dann, wenn nicht telefoniert wird.

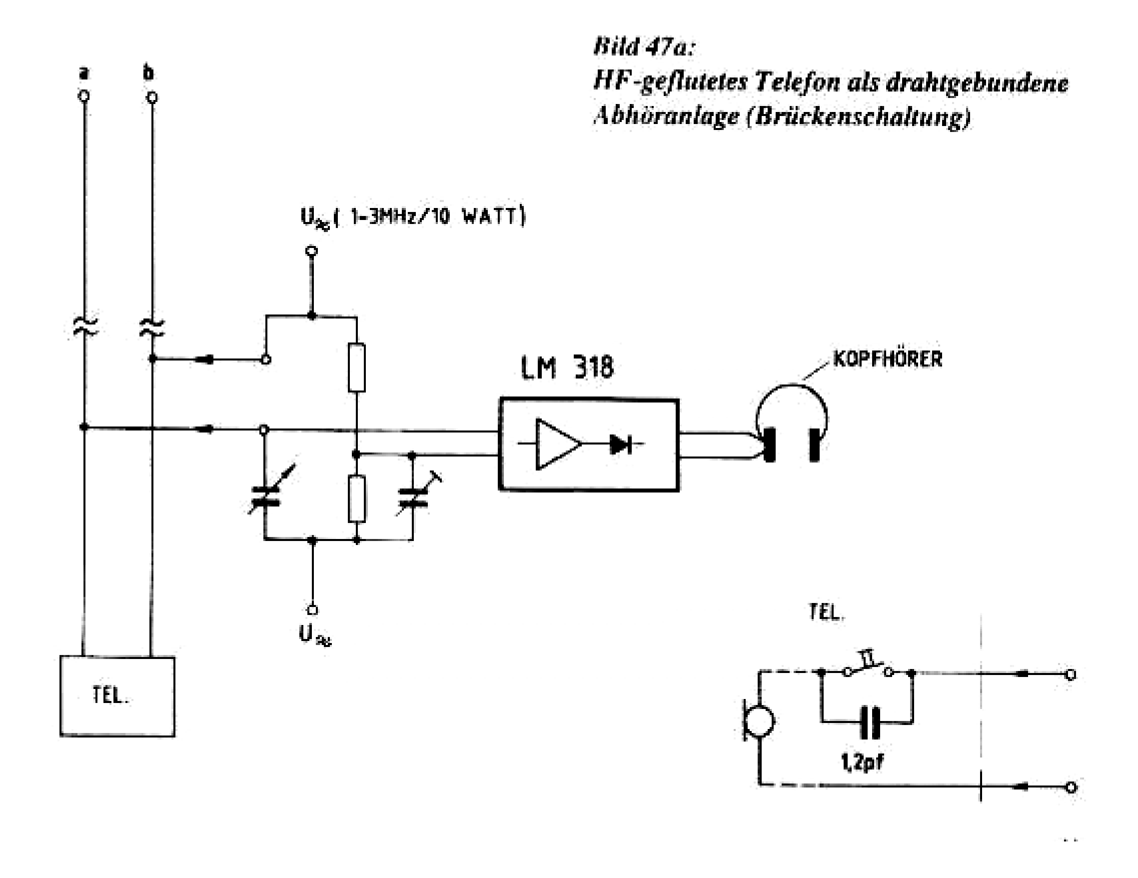



*Bild 47a:*
*HF-geflutetes Telefon als drahtgebundene Abhöranlage (Brückenschaltung)*

Wer nun glaubt, daß sein neues ISDN-Telefon abhörsicher ist, ist sich nicht darüber im klaren, daß es sich um ein computergesteuertes Kommunikationssystem handelt. In diesem System ist ein Befehl "off hook", also "Hörer abheben", vorgesehen. Das heißt, daß das Mikrofon von der Telefongesellschaft im Auftrag staatlicher Behörden eingeschaltet werden kann. Also kann jedes in der Nähe des Telefons geführte Gespräch abgehört werden. Diese abgehörten Gespräche werden direkt zu der anfordernden Stelle durchgeschaltet.
Um solche Abhöraktionen durchzuführen ist es nicht mehr nötig in das Telefonnetz einzugreifen. Die entsprechenden Steuerbefehle können in wenigen Sekunden in den Computer eingegeben werden.

Wenn ohne Genehmigung abgehört werden soll, kann man eine entsprechende ISDN-Abhöranlage einsetzen, oder einfach ein ISDN-Prüfgerät benutzen, daß das Mithören von Gesprächen ermöglicht.

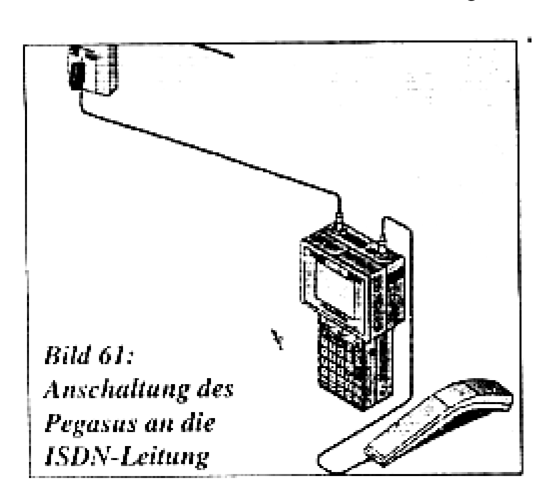


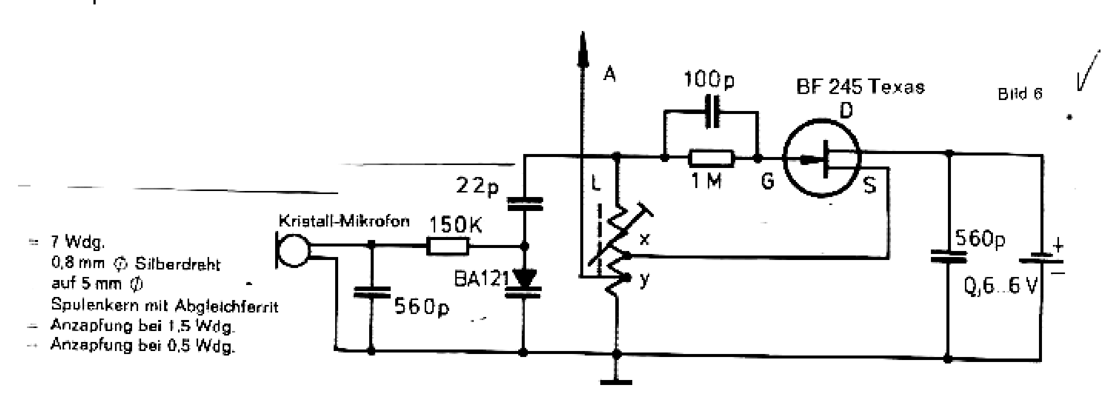
*Bild 61:*
*Anschaltung des Pegasus an die ISDN-Leitung*

# Sender

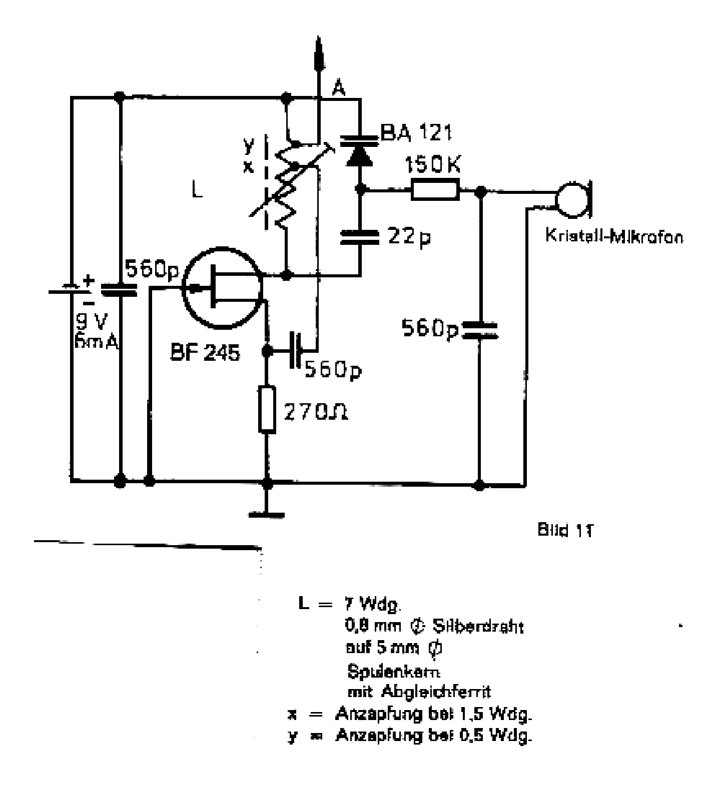
Abhörgeräte werden im Handel für sehr viel Geld angeboten, obwohl sie oft nur aus wenigen Bauteilen bestehen, die man für 2-3 DM kaufen kann. Jeder kann diese Bauteile selber zusammenbauen. So kann man unter Umständen davon ausgehen, daß die Tarnfirmen der Geheimdienste jeweils eine eigene technische Abteilung haben, oder diese Geräte von interessierten Geheimdienstlern in Heimarbeit hergestellt werden. So brauchen diese Geräte nicht auf dem Markt beschafft werden. Wenn ein solches Gerät gefunden wird, kann die Herkunft aus diesem Grund natürlich nicht festgestellt werden. Ein wichtiger Aspekt, wenn man Geheimdienstaktionen plausibel abstreiten will (plausible denial, wie der Amerikaner sagt).

Der folgende Sender arbeitet mit einer Spannung von 0.6 bis 6 Volt, d.h. er kann mit einer Knopfzelle betrieben werden, sodaß entsprechend kleine Abmessungen bei entsprechendem Aufbau erreicht werden können. Die Reichweite liegt im Bereich von 50 bis 100 Metern.

Schaltplan:




Ein leistungsfähigerer Sender mit größerer Reichweite von 100 bis 200 Metern zeigt folgender Schaltplan:




Eine Vorstellung vom Aufbau eines solchen Senders zeigt folgendes Bild:

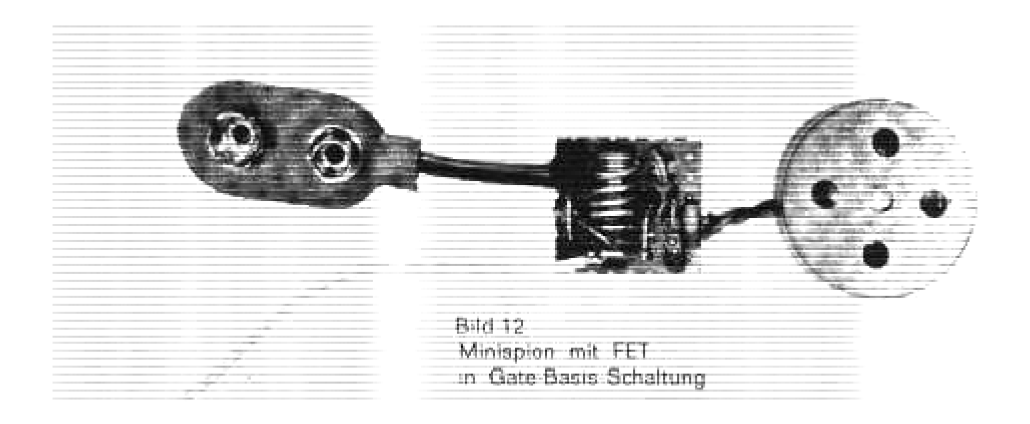


Bild 12
Minispion mit FET
in Gate-Basis Schaltung

Mehrere hundert Meter können mit folgender Schaltung erreicht werden. Aufgrund des hohen Stromverbrauchs ist aber die Sendedauer bei Verwendung einer Batterie beschränkt.

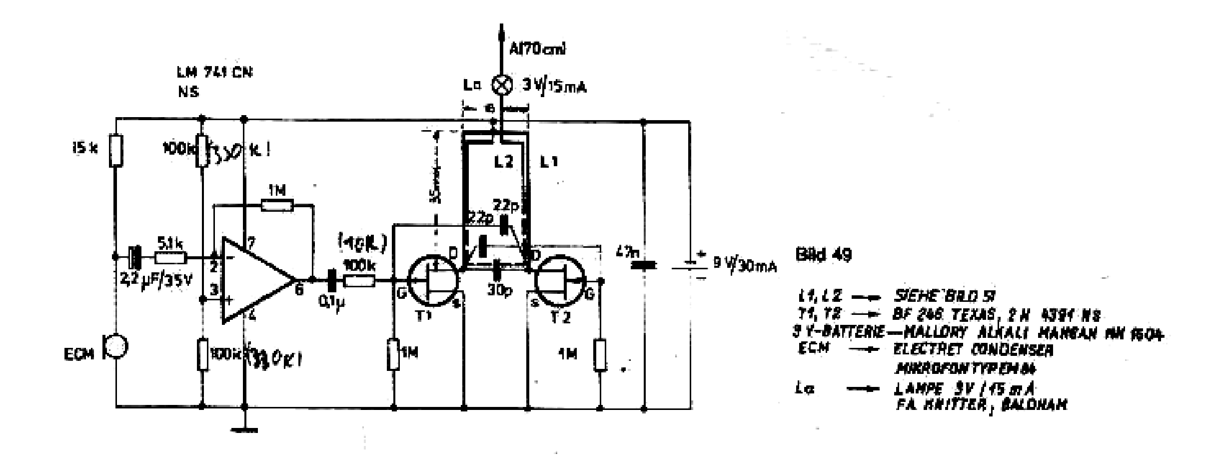



Bild 49

Beim Einbau in elektrische Geräte oder in Steckdosen und Schaltern kann man die Batterie durch ein Netzgerät ersetzen. Folgendes Netzgerät arbeitet ohne Transformator und benötigt dadurch weniger Platz. Eine Kombination von Abhörgerät und Netzgerät lässt sich ohne weiteres in einer Dreifachsteckdose unterbringen, und wird durch das Verbinden des Steckers mit dem Stromnetz eingeschaltet. Solche Sender können über Jahre hinweg ohne Wartung in Betrieb bleiben.

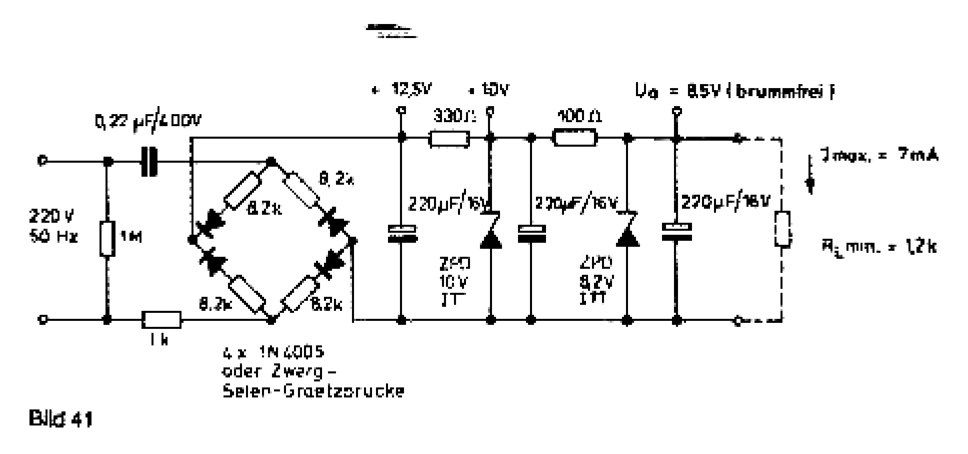
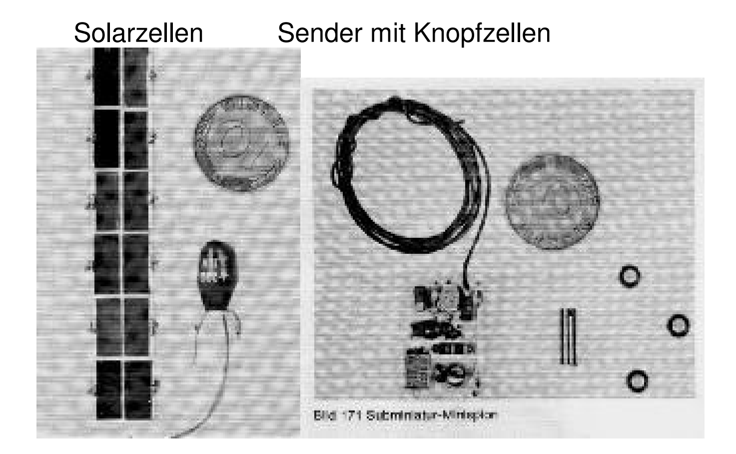



Bild 41

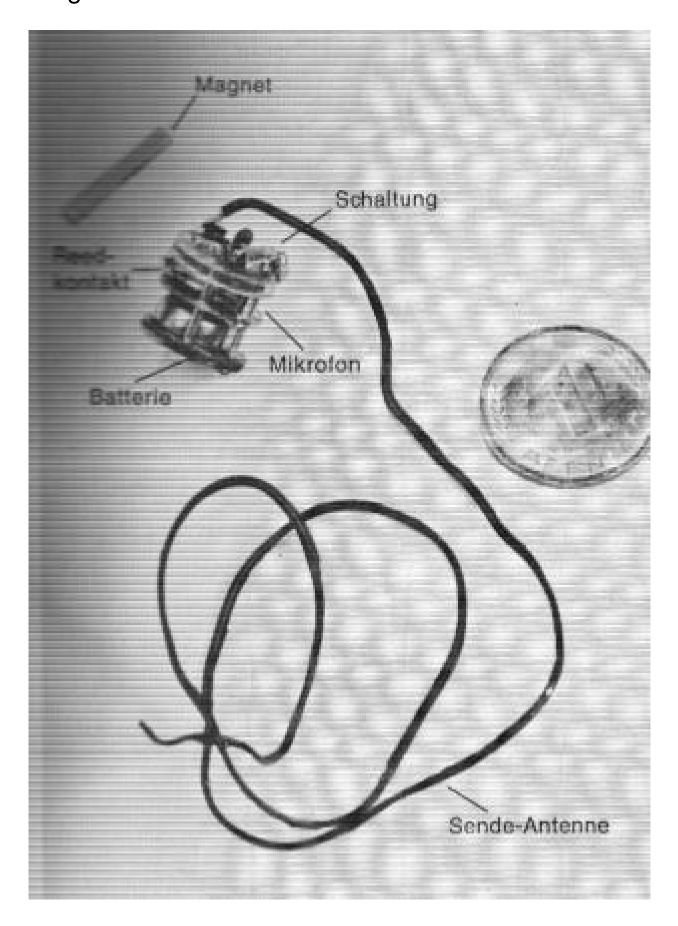
Abhörgeräte können die benötigte Energie auch aus Solarzellen beziehen. Die folgenden Bilder geben eine Vorstellung von der Größe eines solchen Senders und der entsprechenden Solarzellen.

Dunkelzeiten können durch wiederaufladbare Knopfzellen überbrückt werden. Auch ein solcher Sender kann jahrelang arbeiten.

Solarzellen Sender mit Knopfzellen



Auch das nächste Bild zeigt einen Miniatursender, der von jedem Bastler mit etwas Geduld selbst hergestellt werden kann.




Noch kleiner ist der folgende kommerzielle Abhörsender:

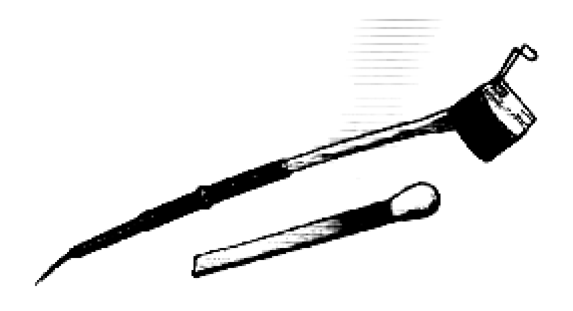


*Bild 52: (Foto: CCS)*
*Hybrid-Abhörsender*

Die Geheimdienste benutzen auch aufwendigere Sender mit Sprachverschlüsselung, Fernsteuerung, digitaler und spread spectrum Übertragung. Das bedeutet das sie sehr viel schwerer aufzuspüren sind, da sie abgeschaltet werden können oder zu ihrem Empfang Spezialempfänger benötigt werden.

Abhörsender können auch drahtlos mit Energie versorgt werden. Ein starker Sender wird auf das Abhörgerät gerichtet, welches diese Energie empfängt und damit den Sender betreibt.

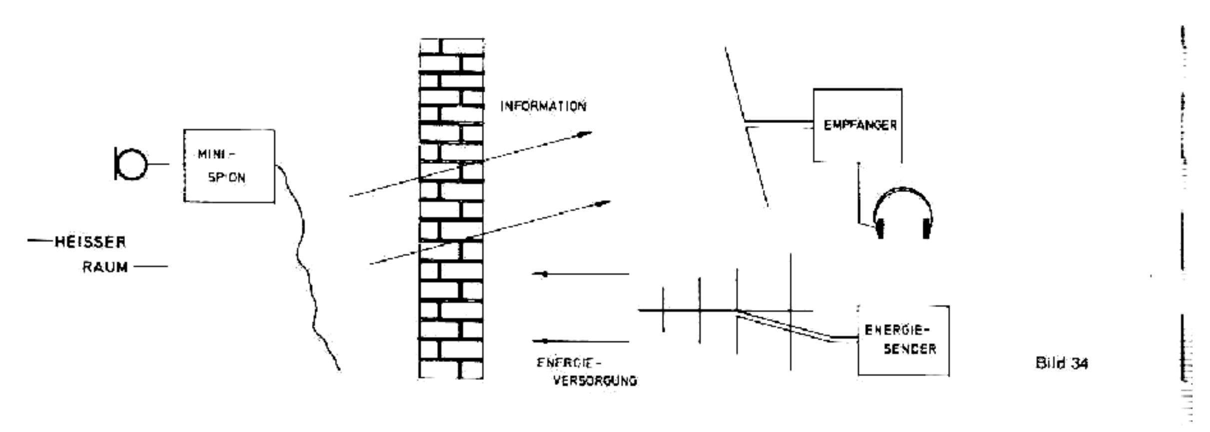



Bild 34

Eine interessante Methode wurde vom KGB in der amerikanischen Botschaft in Moskau angewandt. Sie bestrahlten ein entsprechend konstruiertes Mikrofon von außerhalb der Botschaft und werteten das reflektierte Signal aus:

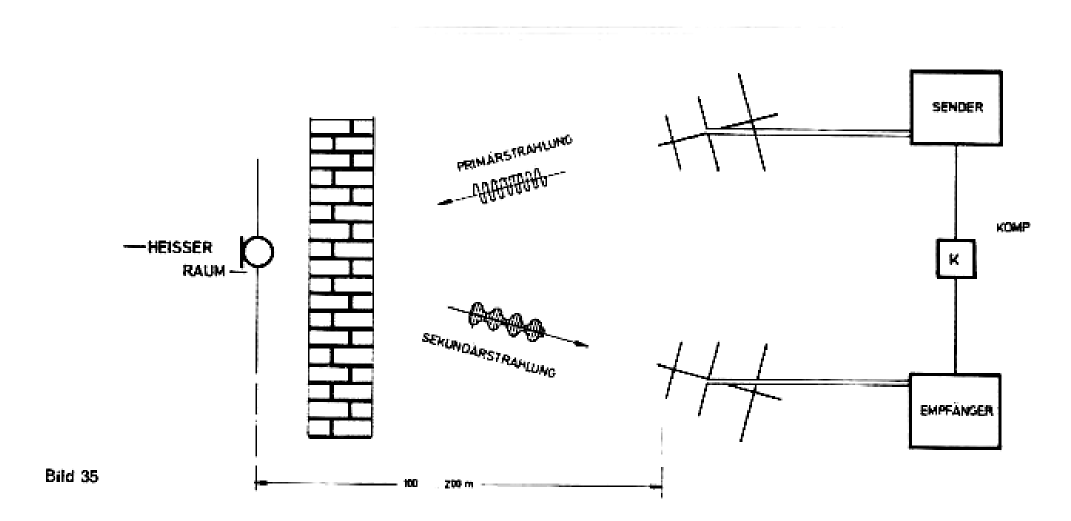


Bild 35

Das dazu benutzte Mikrofon bestand aus einem Metallgehäuse mit einer Membran und einer in das Gehäuse ragenden, auf die Frequenz des Energiesenders abgestimmte Antenne. Durch die Schwingungen der Membran im Takt der Sprache ändert sich die Größe des Resonanzraumes und dadurch wird die von der Antenne wieder abgestrahlte Energie moduliert. Diese Energie kann empfangen und ausgewertet werden.

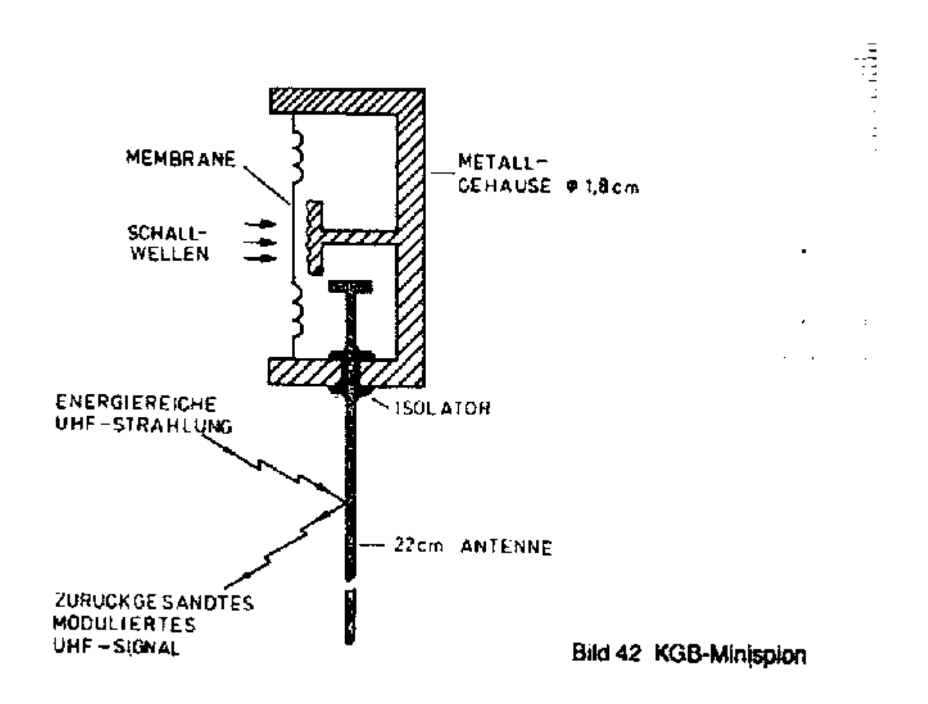


Bild 42 KGB-Minispion

Das tatsächliche Aussehen eines solchen Abhörgerätes zeigt folgendes Bild:

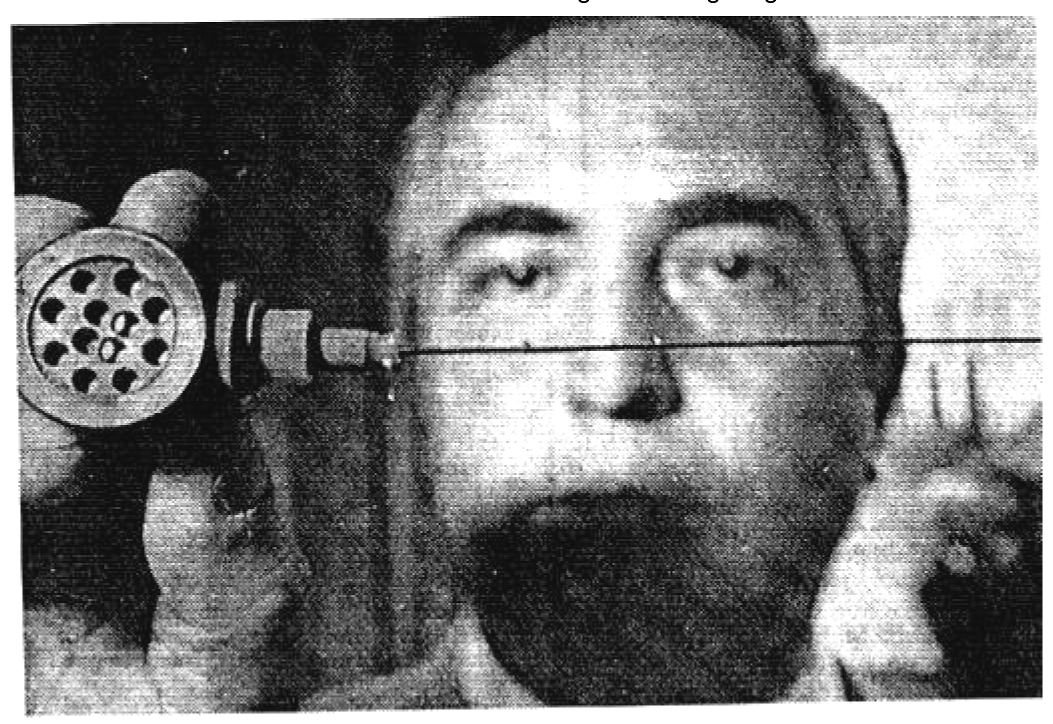
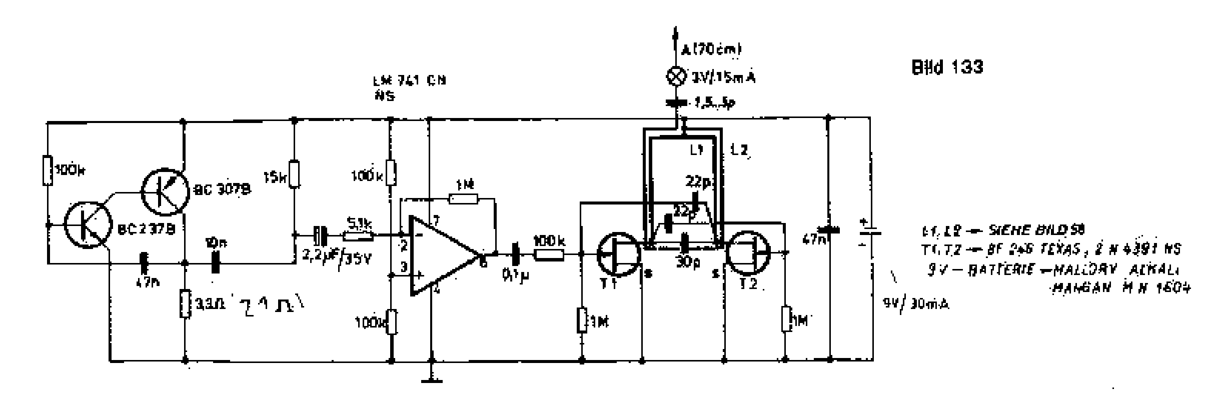


*Bild 24:*
*Kürzlich von den Russen entdeckter passiver Minispion englischer Herkunft.*

# Peilsender

Zur Verfolgung von Personen und Fahzeugen aller Art werden diese mit einem Sender versehen. Früher handelte es sich um einen mit einem Tonsignal modulierten Sender, zum Beispiel nach folgendem Schaltplan:




Empfangen wurde dieses Signal mit einem Empfänger nach folgendem Muster:

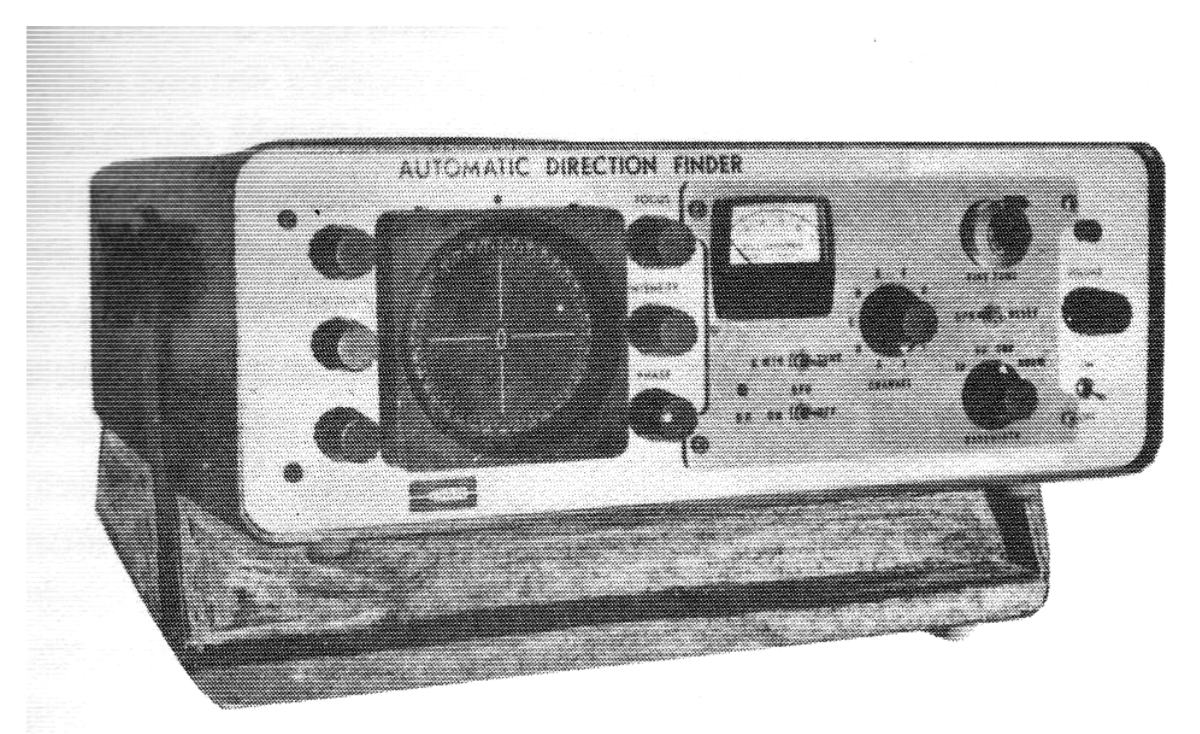



Bild 91 Peilempfänger ADFS-922 (OAFS)

Diese Empfänger konnten die Stärke des Senders und die Richtung mit Hilfe einer Peilantenne anzeigen. Die Peilantenne konnte getarnt auf der Hutablage untergebracht werden:

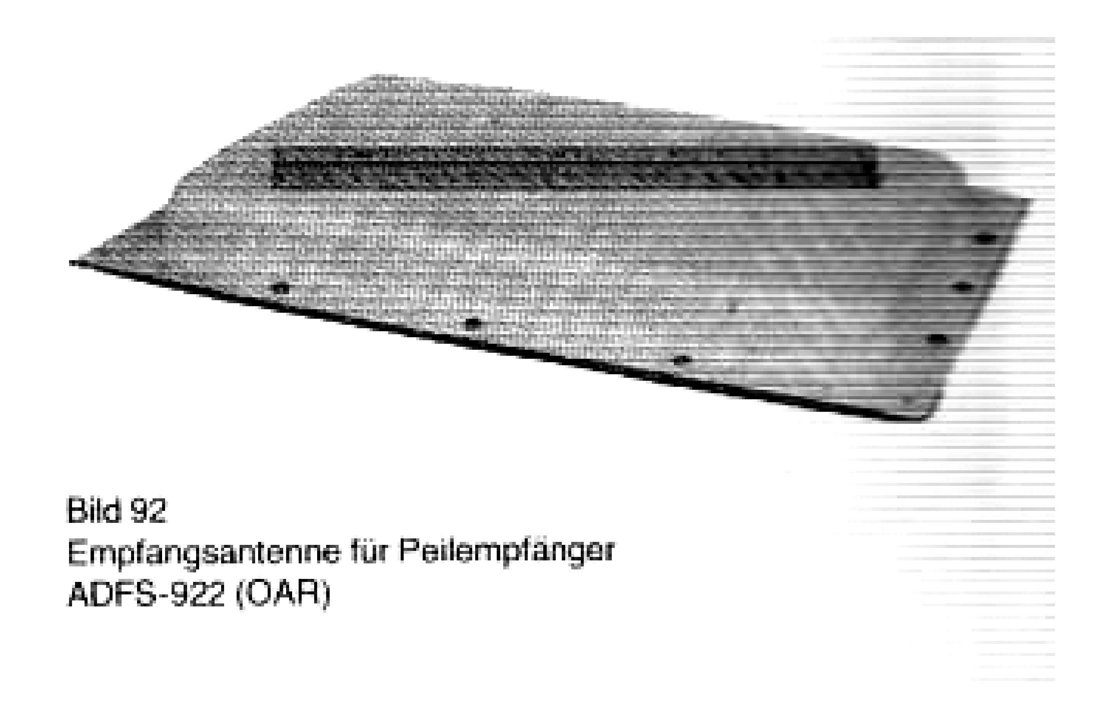


Bild 92
Empfangsantenne für Peilempfänger
ADFS-922 (OAR)

Diese Technik aus den 70er und 80er Jahren wird sicher auch heute noch eingesetzt. Für längerfristige Überwachung bedient man sich modernerer Technik. Modernere Sender stellen mit Hilfe des GPS-Systems den Standort fest und übertragen ihn entweder über Funk oder über das Mobilfunknetz an die Zentrale. Sicherlich sind sie auch in der Lage das im und am Beobachtungsobjekt gesprochene Wort zu übertragen. Die Stromversorgung erfolgt in diesem Fall aus einer eigenen Batterie oder der Batterie des Fahrzeugs. Prinzipiell ist also eine zeitlich unbegrenzte Überwachung möglich. Die verschiedenen Funktionen dieser Sender lassen sich fernsteuern. Bei dem Versuch, sie mit einem Empfänger aufzuspüren, können sie abgeschaltet werden. Untergebracht werden diese Geräte z.B. im Tank eines Fahrzeugs. Dort sieht man selten nach :-)) Die Stromversorgung ist durch die Kabel für die Tankanzeige gewährleistet.

Durch die Nutzung des GPS-Systems in Verbindung mit den handelsüblichen Navigationsgeräten ergibt sich ein weiterer Vorteil:
Die Darstellung kann auf einem Bildschirm erfolgen, der alle Straßen der Umgebung sowie das Zielfahrzeug und alle Verfolgerfahrzeuge anzeigt. Die Verbindung zwischen der Zentrale und den Verfolgern findet wiederum über das Mobilfunknetz statt, sodaß dieses Bild auch in jedem Verfolgerfahrzeug, beispielsweise mit einem Laptop, angezeigt werden kann.

Auch anderere, z.B. für die Wissenschaft zur Verfolgung von Tieren entwickelte Ortungssysteme, werden genutzt. Eine grobe, in Städten bis auf wenige hundert Meter genaue Standortbestimmung, kann auch durch den Aufenthaltsort eines Mobiltelefons im Netz des Betreibers vorgenommen werden. Diese Daten werden von den Betreibern der Mobilfunknetze über längere Zeiträume gespeichert, auch wenn keine Gespräche geführt wurden, aber das Gerät eingeschaltet war.

# Der Lauscher an der Wand...

Wenn eine Wand des abzuhörenden Raumes zugänglich ist, ist es nicht nötig, einen Sender einzusetzen. Ein Mikrofon kann durch ein in die Wand gebohrtes Loch in den Raum gebracht werden. Entweder man versucht das Mikrofon hinter einem Schrank oder der Fußleiste zu installieren oder man bohrt direkt bis unter die Tapete, ohne diese zu beschädigen.

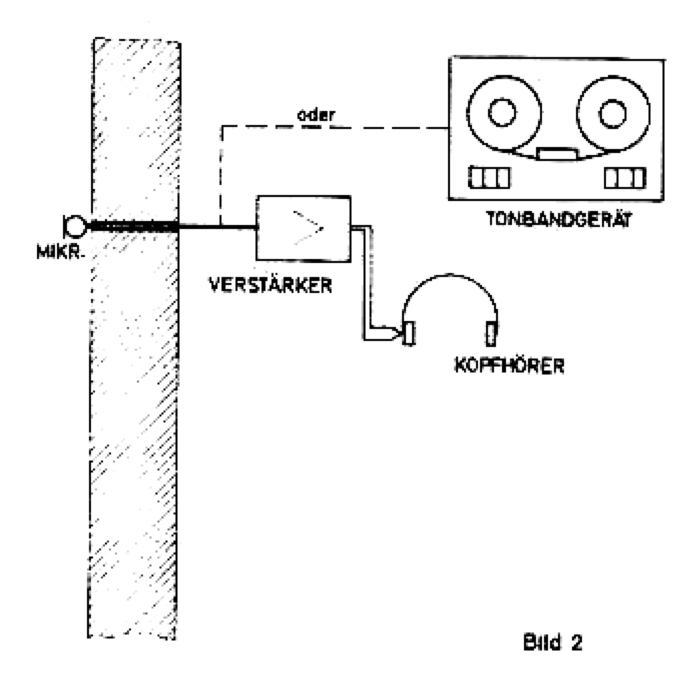
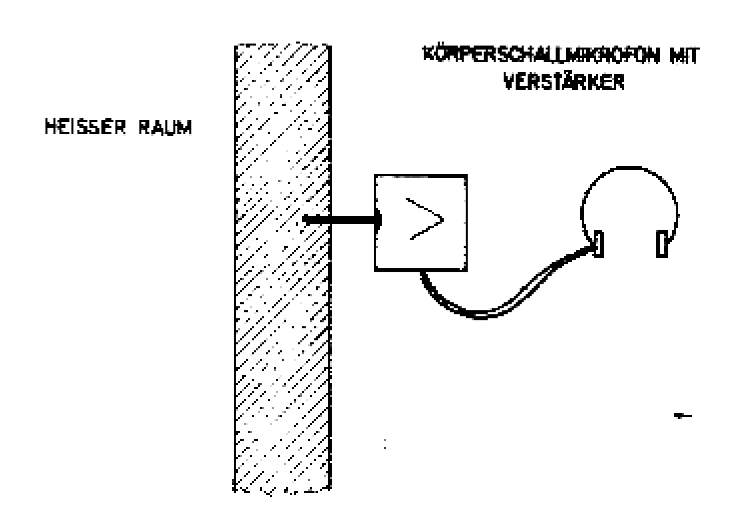



Bild 2

Da auch feste Körper den Schall leiten, ist es möglich mit einem Körperschallmikrofon einen Raum abzuhören, ohne in diesen einzudringen. Dabei beschränkt sich das Gehörte natürlich nicht nur auf den Raum sondern auf mehrere angrenzende Räume oder das ganze Gebäude.

Bild 3 Körperschallmikrofon mit Verstärker



Wenn zu dem abzuhörenden Gebäude kein Zugang besteht, kann man die Schwingungen der Fensterscheiben mit einem Laser oder mit einem Radar erfassen, auswerten und so das im Raum gesprochene Wort hörbar machen.

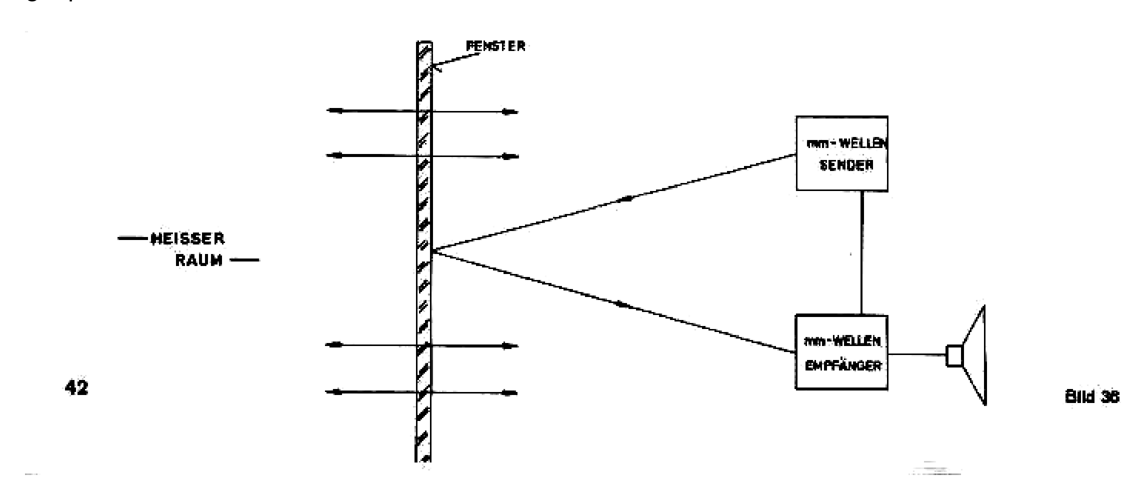


Bild 38

Wenn das Fenster geöffnet ist oder die Zielpersonen sich im Freien befinden, benutzt man ein Richtmikrofon. Es gibt 2 Konstruktionen. Das Parabolmikrofon ist aufgrund seiner Größe relativ auffällig. Es bündelt die einfallenden Schallwellen und leitet sie zu einem im Brennpunkt befindlichen Mikrofon.

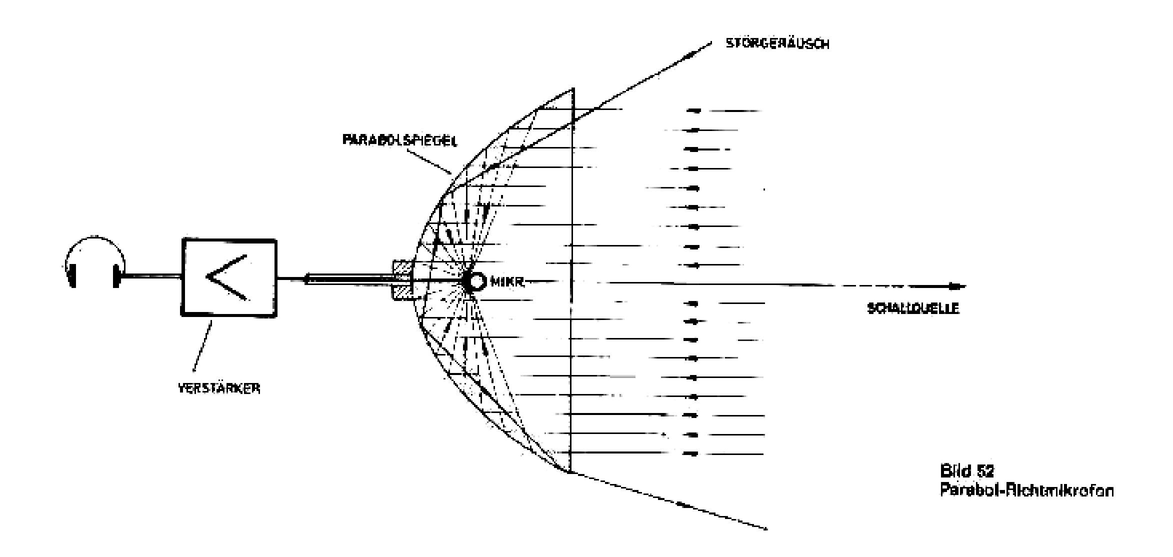


Bild 52
Parabol-Richtmikrofon

Das Röhrenmikrofon besteht aus einem Bündel verschieden langer Röhren. Die einzelnen Röhren haben jeweils eine andere Resonanzfrequenz. Jede Röhre verstärkt den Schall ihrer Resonanzfrequenz und durch die vielen verschieden langen Röhren mit jeweils anderer Resonanzfrequenz wird das ganze Sprachspektrum abgedeckt. Hinter den Röhren befindet sich ein Mikrofon mit einem Verstärker. Solche Geräte können relativ kompakt aufgebaut, und dadurch unauffällig eingesetzt werden. Die Verbindung vom Richtmikrofon zum Ohr des Lauschers wird u.U. durch einen drahtlosen Ohrhörer oder eine entsprechende Brille mit Knochenhörer hergestellt.

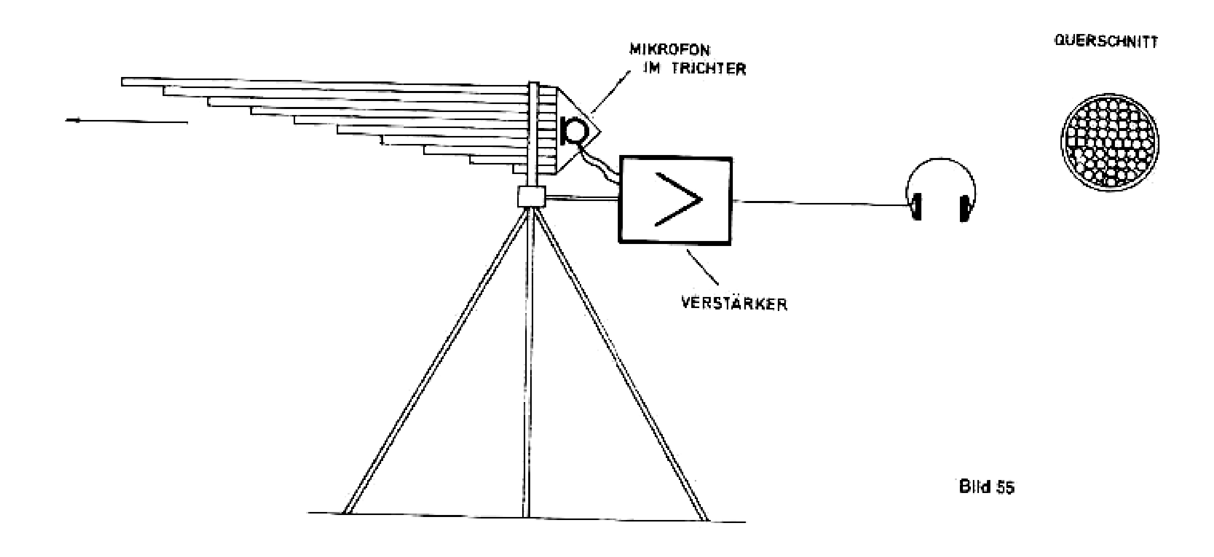
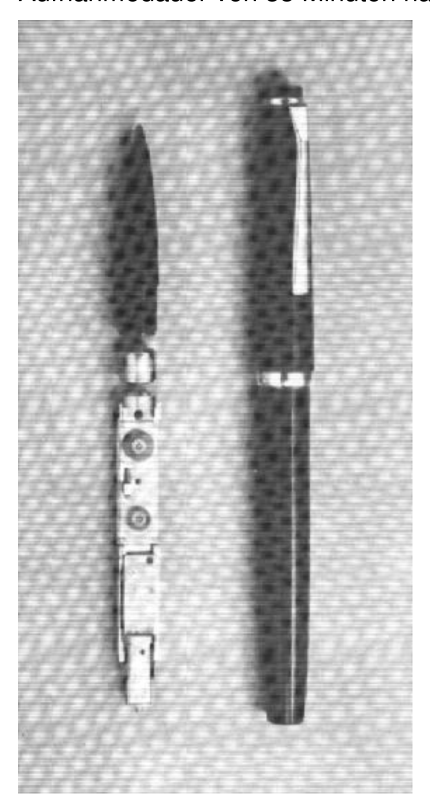



Bild 55

Zum Einsatz kommen auch Miniaturtonbandgeräte um Gespräche aufzunehmen. Folgendes Bild zeigt ein in einen Kugelschreiber eingebautes Tonbandgerät, daß verdeckt getragen werden kann und eine Aufnahmedauer von 33 Minuten hat.



# Visuelle Überwachung

Für Überwachungssysteme kommen passive und aktive Verfahren in Frage. Aktive Verfahren benutzen eine Strahlenquelle, sei es ein Scheinwerfer im sichtbaren Licht- oder unsichtbaren Infrarotbereich oder einen Hochfrequenzsender. Die reflektierte oder bei Durchleuchtungsverfahren ( ähnlich den Röntgengeräten ) die von den zu beobachtenden Objekten abgeschirmte Strahlung wird mit Hilfe einer Kamera empfangen und, eventuell mit Hilfe eines Computers sichtbar gemacht. Bei der Benutzung von hochfrequenter Strahlung, mit der ganze Häuser durchleuchtet werden können, um den Aufenthaltsort von Personen feststellen zu können, würde man einen Hochfrequenzstrahler, der beispielsweise im Frequenzbereich der Mikrowellenöfen ( 2450 Mhz ) arbeitet, benutzen.
Hochfrequente Wellen in diesem Bereich werden vom Wasser in Wärme umgewandelt. Darauf beruht die Funktion der Mikrowellen. Wenn aber diese Mikrowellen vom Körper in Wärme umgewandelt werden, entsteht sozusagen hinter dem Körper ein Mikrowellenschatten, der ausgewertet werden kann. Es wäre denkbar, daß in einem angrenzenden Haus oder einer über oder unter der Zielwohnung liegenden Wohnung die entsprechende Wand, Decke oder der Fußboden mit einer Tapete belegt ist, auf deren Rückseite kleine flache Antennen angebracht sind, die über Empfänger an einen Computer angeschlossen sind, der ein Bild erzeugt. Wenn ein oder mehrere Sender gepulst sind, kann man durch Auswertung der Laufzeit der Mikrowellen auch ein dreidimensionales Bild der Zielwohnung mit allen darin befindlichen Personen, Tieren und Gegenständen erhalten. Wenn keine an die Zielwohnung angrenzende Wand zugänglich ist wird man durch den Einsatz mehrerer an verschiedenen Orten aufgestellter und abwechselnd eingeschalteter Strahler durch Kombination der erhaltenen Bilder trotzdem ein Gesamtbild erhalten. Denkbar ist auch, daß man nur eine einzige Reihe horizontal oder vertikal angebrachter Empfangsantennen, zum Beispiel in der Fußleiste, und eine dazu im rechten Winkel angebrachte Reihe Sendeantennen auf der anderen Seite des zu durchleuchtenden Hauses benötigt. Durch Kombination von mehreren Sender und Empfängerleisten und Computerauswertung läßt sich wohl fast jedes Durchleuchtungsproblem lösen.
Der menschliche Körper ist, je nach Größe, eine Antenne für eine Frequenz von ca. 80Mhz, so daß auch dieser Frequenzbereich besonders interessant ist. Nicht ganz ausschließen kann man auch, daß es technisch möglich ist, auch reflektierte elektromagnetische Wellen in ein verwertbares Bild umzuwandeln, wie es beim Radar gemacht wird. Dann könnte man Häuser aus einem geparkten Auto heraus „durchsuchen“. Durch die Verwendung von Mikrowellen im Bereich der Mikrowellenöfen ergibt sich ein weiterer Vorteil, denn Strahlung in diesem Bereich ist nicht verdächtig, da es viele Mikrowellenöfen gibt. Aber die in einem solchen Verfahren benutze Hochfrequenzstrahlung wäre natürlich nicht ausschließlich auf die Frequenz von 2450 Mhz beschränkt, da auch Hochfrequenzfelder anderer Frequenzbereiche von in ihnen befindlichen Gegenständen beeinflußt werden. Die in einem solchen Verfahren benutzte Strahlung wäre natürlich viel schwächer, als die von den Mikrowellenöfen erzeugte, denn es kommt ja nicht auf die Erwärmung an, sondern auf die Erzeugung eines Mikrowellenschattens, der dann ausgewertet werden kann.
Auch ein rein passives Verfahren, beruhend auf dem Empfang und der Auswertung der von den Rundfunksendern ausgestrahlten elektronmagnetischen Wellen, wäre bei entsprechendem Rechenaufwand denkbar.
Insofern also ein (zumindest gesundheitlich) unbedenkliches Verfahren. Man sieht also, daß heute zur Durchsuchung eines Hauses kein Durchsuchungsbefehl eines Richters, der ja nur bei Vorlage entsprechender Beweise ausgestellt wird, oder gar eine illegale Durchsuchung in Abwesenheit der Bewohner ( rechtlich natürlich als Einbruch zu werten ) nötig ist. Die Sicherheitsbehörden sehen einfach durch die Wand!
Da lebende Zellen Millimeterwellen abstrahlen ist es auch möglich, Kameras herzustellen, die ohne Mikrowellensender auskommen, also passiv arbeiten. Diese Millimeterwellen durchdringen die Kleidung, so daß man also den Körper, der diese Mikrowellen abstrahlt auch durch die Kleidung hindurch sehen kann. Gegenstände, die die Zielperson beispielsweise in der Tasche trägt können dadurch, daß sie die Millimeterwellen abschirmen, also wieder ein Schatten entsteht, sichtbar gemacht werden. Diese Technik erlaubt also die Durchsuchung von Personen „bis auf die Haut“ auch auf größere Entfernung, ohne daß diese Personen es bemerken.
Oder die systematische, in Zukunft sicher auch durch Computereinsatz voll automatisierte Überwachung und Durchsuchung aller Personen in Räumen, auf Straßen und Plätzen. Die US-Firma Millivision ( zu finden im Internet unter http://millivision.com ) arbeitet an einem tragbaren batteriebetriebenen Gerät in der Größe einer Radarpistole mit einem auf der Rückseite angebrachten Bildschirm.

# Wanzen

Aus: "Fünf Vier ruft Monitor", WolfgangSchüler, Poing, 1999. Auf Seite 105 ff finden wir folgenden Vorgang beschrieben:

"Eine besonders spektakuläre Aktion spielte sich Anfang der achtziger Jahre in einer rheinischen Großstadt ab. Der Funkkontrollmeßdienst erhielt eine Mitteilung einer anderen Behörde, die auf den Betrieb eines Minispions in einem bestimmten Wohnblock hinwies. Mehrere Meßwageneinsätze verliefen negativ. Merkwürdig war die angegebene Frequenz bei ca. 170 MHz. Der letzte Einsatz sollte die Auflösung bringen. Es wurde tatsächlich ein unmodulierter Träger in unmittelbarer Nähe des Hauses aufgenommen."

Es findet dann eine hier weniger interessierende Beschreibung der Suche statt, als deren Ergebnis dann die "Wanze" in einem Dreifachstecker gefunden wird. Ein Photo der geöffneten Dreifachsteckdose auf dem der Sender und die dazugehörige transformatorlose Stromversorgung erkennbar ist, findet sich auf Seite109 des Buches. Wichtig ist hier die Schlußfolgerung, die auf Seite 110 gezogen wird:

"Völlig unklar war, warum die Wanze in einer Änderungsschneiderei plaziert war. Welche Erkenntnisse waren hier zu gewinnen? Inzwischen war der Ehemann der Inhaberin eingetroffen. Der ältere Herr war zunächst sprachlos, hatte dann aber eine logische Erklärung:

"Als wir vor ca. einem halben Jahr den Laden hier übernommen haben, war die Vormieterin von heute auf morgen abgehauen und blieb unauffindbar. Die soll mit ihrem Geschäft auch gar keinen Umsatz gemacht haben. Die Leute sagten schon, daß wäre hier ein Agententreff gewesen." Nun war es heraus. Schon zu Beginn der Ermittlungen war die Sendefrequenz im 2m " Band der Polizei auf Erstaunen gestoßen. Eine Abhörfunkanlage auf dieser Frequenz wurde nie zuvor der Funkkontrollmeßstelle Krefeld gemeldet. Hatte hier eine andere Behörde dem FuKMD nur einen Wink gegeben, damit dieser deren Wanze entsorgt? Dieser Verdacht drängte sich auf und war auch angesichts der extrem geringen Reichweite ( der gefundenen Wanze ) die einzige logische Erklärung. Ein entsprechendes Telex ging an das Zentralbüro. Von der Angelegenheit haben die Beteiligten nie mehr etwas gehört. Aber das war in solchen Angelegenheiten wohl auch nicht üblich."

Und im übrigen betreibt der Funkkontrollmeßdienst ein fast flächendeckendes Peilnetz ( Seite 132 )

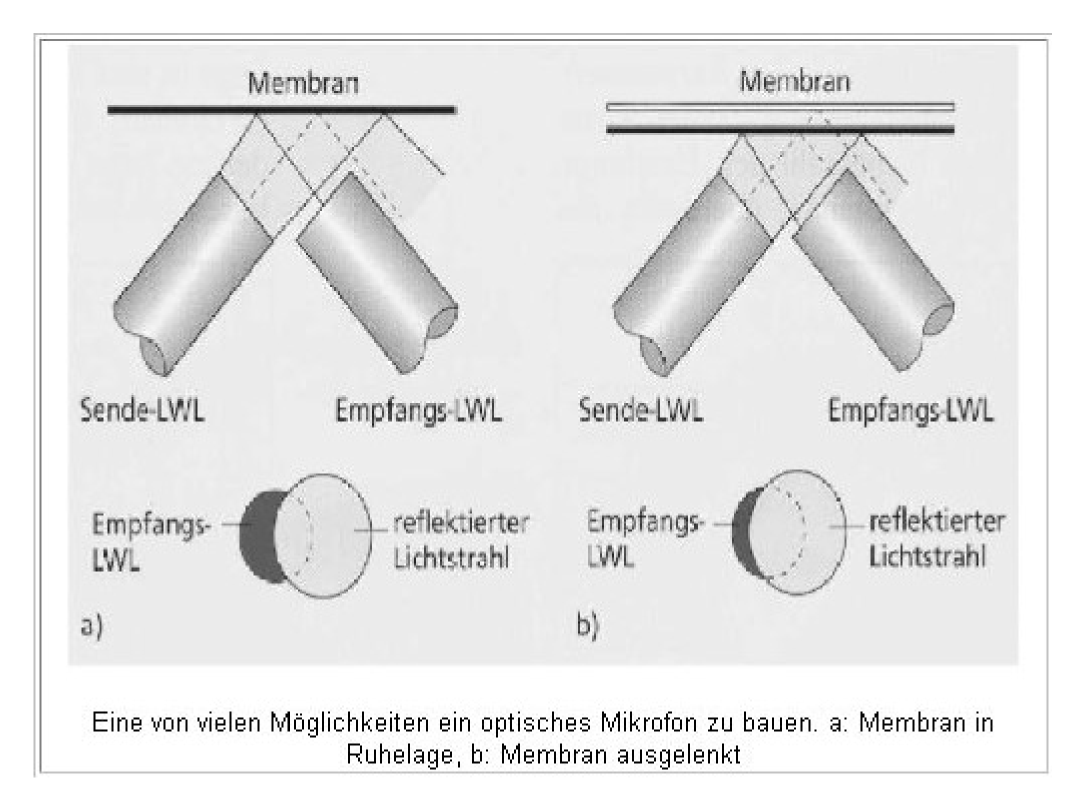
Interessant ist auch, daß der Autor berichtet, daß er von Zeit zu Zeit von Personen angesprochen wurde, die glaubten, daß man ihnen einen Sender oder gar eine Fernsteuerung implantiert hat. Die sind wohl auf das Theater einer "Behörde mit Sicherheitsaufgaben" hereingefallen. Solche Aktionen kann man schon deshalb ausschließen, weil man ein entsprechendes Gerät bei einer einfachen Röntgenuntersuchung entdecken würde.

# Glasfasermikrofon

Mit einem Laser ist es möglich besonders geringe Entfernungsunterschiede auszumessen, die im Bereich der Wellenlänge des verwendeten Lichtes liegt. Man verwendet hierzu die Interferometrie, das heißt, die vorlaufenden und die rücklaufenden Lichtwellen eines Lasers überlagern sich und verstärken sich oder löschen sich aus, wie wir es von der Lecherleitung her kennen. Natürlich haben die Punkte der stärksten Helligkeit wegen der kurzen Wellenlänge des Lichts nur einen Abstand von einigen hundert Nanometern. Wenn ein lichtempfindlicher Transistor an einem festen Punkt in die Glasfaserleitung eingefügt ist, kann man messen, wie viel Licht gerade an dieser Stelle vorhanden ist.

An dem in dem abzuhörenden Raum befindlichen Ende der Glasfaserleitung ist eine sehr kleine Membran befestigt, die sich im Takt der Geräusche im Raum vor und zurückbewegt wie es ja auch bei einem Mikrofon geschieht. Dadurch verlängert und verkürzt sich die Strecke die das Licht zurücklegt so daß auch der Punkt mit der größten Helligkeit vor und zurückläuft. Am Ort des lichtempfindlichen Transistors erscheint dieses Vor- und Zurücklaufen als Helligkeitsänderungen. Da diese Helligkeitsänderung im Takt der Geräusche geschieht, kann sie direkt verstärkt und mit einem Lautsprecher hörbar gemacht werden.

Eine vereinfachte Technik verwendet eine verspiegelte Membran und zwei Glasfasern. Durch die eine Glasfaser wird ein Lichtstrahl auf die Membran geworfen, die sie auf die zweite Glasfaser reflektiert. Da die Membran sich durch den Schall bewegt verschiebt sich der reflektierte Lichtstrahl auf der Öffnung der zweiten Glasfaser, so daß in Abhängigkeit von den auf die Membran wirkenden Geräusche mehr oder weniger Licht in die zweite Glasfaser gelangt. Diese Lichtschwankungen können nun ebenfalls verstärkt und hörbar gemacht werden. Die folgende Darstellung dieses Verfahrens haben wir der Internetseite des Instituts für Mikrotechnik der TU Braunschweig entnommen.



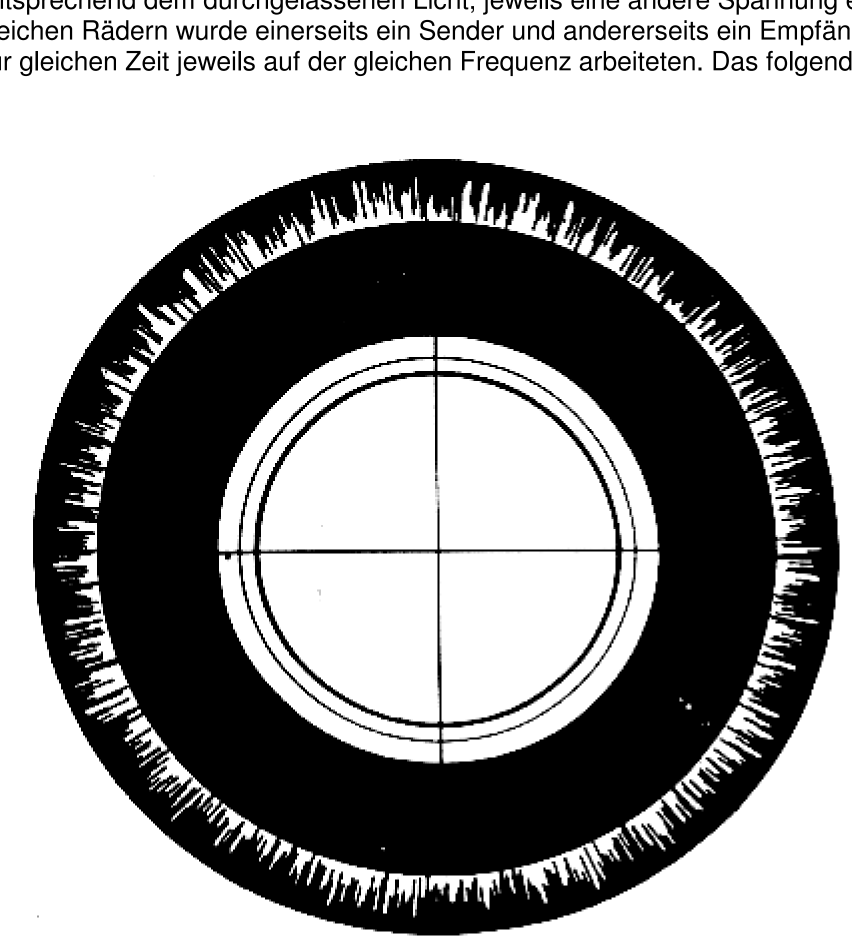

Eine von vielen Möglichkeiten ein optisches Mikrofon zu bauen. a: Membran in Ruhelage, b: Membran ausgelenkt

Um ein solches Glasfasermikrofon zu installieren benötigt man nur ein winziges Loch durch das man die Glasfaser schieben kann. Ein solches Mikrofon wäre sicher sehr schwierig zu entdecken, auch weil es keine Metallteile zu enthalten braucht. Trotzdem dürften diese Techniken von Geheimdiensten im eigenen Land wohl kaum angewendet werden, da man hier ja auf die gesamte Infrastruktur des Staates zurückgreifen kann. Im eigenen Herrschaftsbereich ist natürlich die Radartechnik das bei weitem einfachste und damit wichtigste Mittel zur Überwachung der Untertanen. Interessant wäre eine solche Überwachungsmethode vielleicht in der Industriespionage.

# Die Tarnung von Funksignalen

Bei militärischen- und Geheimdienstanwendungen werden Funksignale in der Regel getarnt. Dazu bedient man sich der Spreizspektrumtechnik. Hierbei wird sehr schnell die Frequenz von Sender und Empfänger nach dem Zufallsprinzip oder einem vorher verabredeten Muster gewechselt. Von Geheimdiensten verwendete Abhörgeräte wechseln beispielsweise 100 000 mal in der Sekunde die Frequenz, sodaß ein zufälliges Auffangen des Signals unmöglich wird. Die auf jedem einzelnen Kanal übertragene Energie ist durch die kurze Zeit in der er jeweils benutzt wird zu gering, um sie im Hintergrundrauschen aufzuspüren. Der Bereich über den solche Sender ihre Frequenz verändern, kann 1 GHz und mehr betragen. Nur ein Empfänger, der exakt dem Frequenzwechsel des Senders folgt, kann die Information empfangen. Diese Technik wird seit den 40er Jahren angewendet.

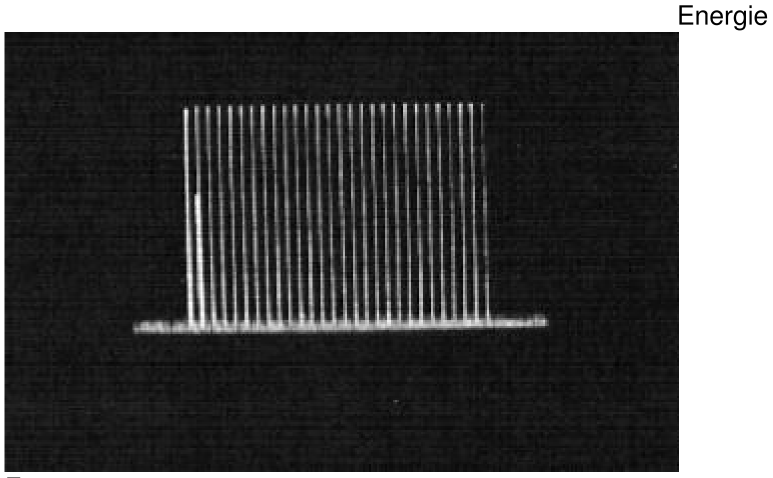
Um das Prinzip zu erklären, hat Ende der 40er Jahre ein Ingenieur von ITT 1440 Telefonnummern zufällig aus dem New Yorker Telefonbuch ausgewählt, und anhand der zwei vorletzten Zahlenwerte die Länge von Strichen festgelegt. Diese Striche wurden auf einem Rad aus Filmmaterial aufgetragen. Das Rad lief zwischen einer Lampe und einer Fotozelle, sodaß die unterschiedlich langen Striche, entsprechend dem durchgelassenen Licht, jeweils eine andere Spannung erzeugten. Mit zwei gleichen Rädern wurde einerseits ein Sender und andererseits ein Empfänger gesteuert, sodaß beide zur gleichen Zeit jeweils auf der gleichen Frequenz arbeiteten. Das folgende Bild zeigt das Rad.



Aus: "Digital Communications" von Bernard Sklar, Englewood Cliffs, 1988, Seite 545

Beim Springen zwischen verschiedenen festgelegten Funkkanälen wird jeder Kanal  für eine gleich lange Zeit und mit gleicher Sendestärke benutzt, auch wenn die Kanäle sehr schnell und in unterschiedlicher Reihenfolge gewechselt werden. Das veranschaulicht folgendes Bild, in dem jeder Strich einen einzelnen Kanal und die auf ihm übertragene Energiemenge darstellt. Dieses Verfahren nennt man Frequenzspringen (Frequency Hopping). Die folgenden 4 Bilder sind dem Buch "Spread Spectrum Systems" von Robert C. Dixon, New York 1984, entnommen, in dem diese Technik sehr ausführlich beschrieben wird.

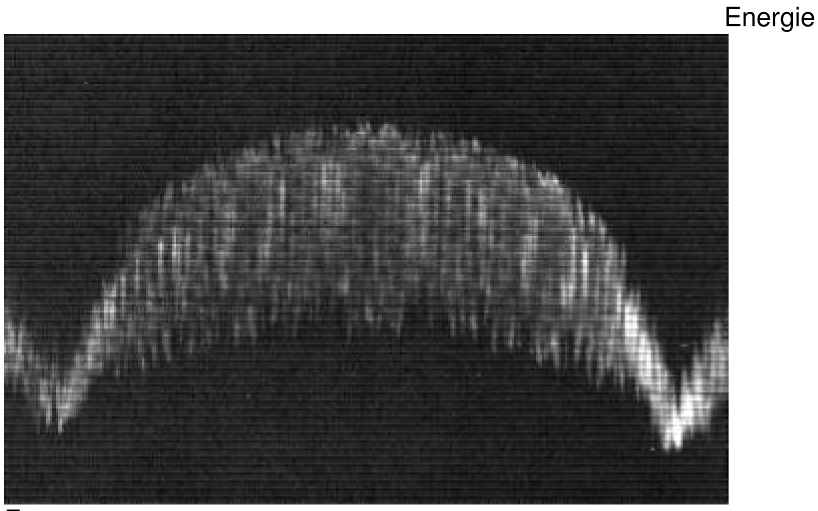
Energie



Frequenz
Seite 31

Das am häufigsten angewendete Verfahren bezeichnet man als Direct Sequence. Bei diesem Verfahren benutzen Sender und Empfänger nicht vorgegebene Kanäle, sondern werden direkt von einem Signalgenerator angesteuert, der unterschiedliche Frequenzen unterschiedlich schnell auf und ab durchläuft. Dabei ergibt sich dann folgendes Bild der Verteilung von Frequenz und übertragener Energie.

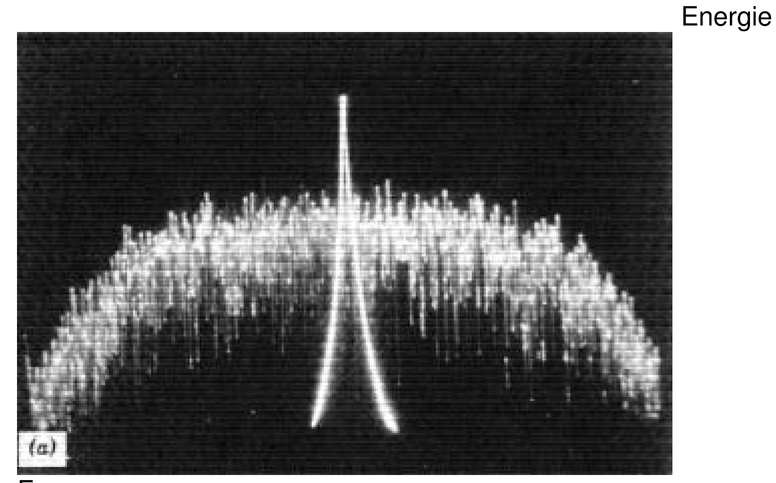
Energie



Frequenz
Seite 22

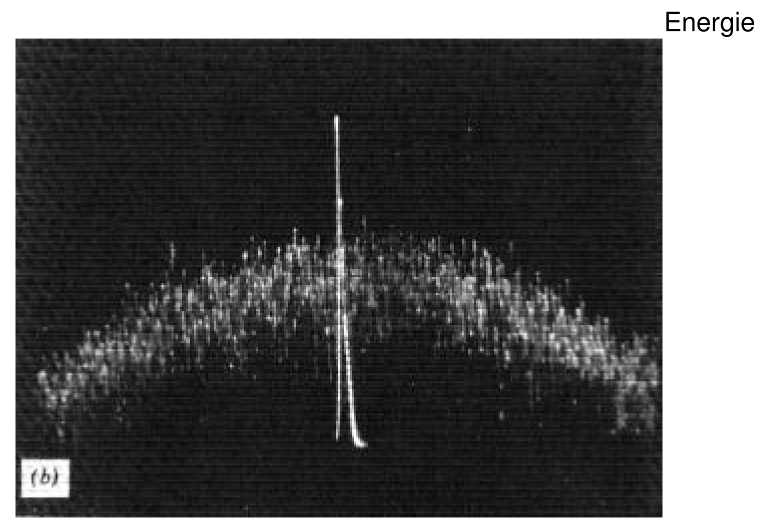
Die folgenden 2 Bilder zeigen jeweils ein Direct Sequence Signal im Vergleich zu dem Signal eines normalen Senders, dessen Energieverteilung der Zacken in der Mitte darstellt.. Bei Bild a wurde das Signal über 2 MHz gespreizt und bei Bild b über 10 MHz. Die geringere Energiedichte bei dem breiter gespreizten Sender ist deutlich zu erkennen, sodaß die Wahrscheinlichkeit des zufälligen Auffangens des Signals unwahrscheinlicher wird.

Energie




Frequenz
Seite 8

Energie




Frequenz
Seite 8

Ein weiteres Spreizspektrumverfahren nennt man Chirp Modulation ("Zwitschermodulation"). Dieses Verfahren wird bei gepulsten Sendern eingesetzt. Während jedes einzelnen Pulses wird der gesamte Frequenzbereich gleichmäßig durchlaufen. Durch diese Modulationsart können Radargeräte sicherer gemacht werden, denn es wird nicht nur eine einzige Frequenz benutzt, die gestört werden kann. Dieses Verfahren wurde bereits zu Beginn der Radartechnik vor 60 Jahren angewendet.

Angewendet werden auch Kombinationen aus den vorher beschriebenen Einzelverfahren.

Spreizspektrumtechnik wird inzwischen auch zur Datenübertragung im zivilen Bereich angeboten und kann von jedermann ohne Genehmigung betrieben werden, da sie im Frequenzbereich der Mikrowellenherde (2450 MHz) arbeitet. Damit werden vor allem Computer drahtlos vernetzt.

Um den schnellen Frequenzwechsel durchzuführen benutzt man einen Sender, bei dem das Kodierungssignal in eine entsprechende Spannung übertragen und damit die Frequenz des Senders gesteuert wird. Diese Sender heißen im englischen Voltage Controlled Oszillator (VCO). Die Schaltung eines solchen spannungsgesteuerten Senders findet sich in dem Buch "Minispione-Schaltungstechnik" Band 3 von Günther Wahl, Baden Baden 1996 auf Seite 35.

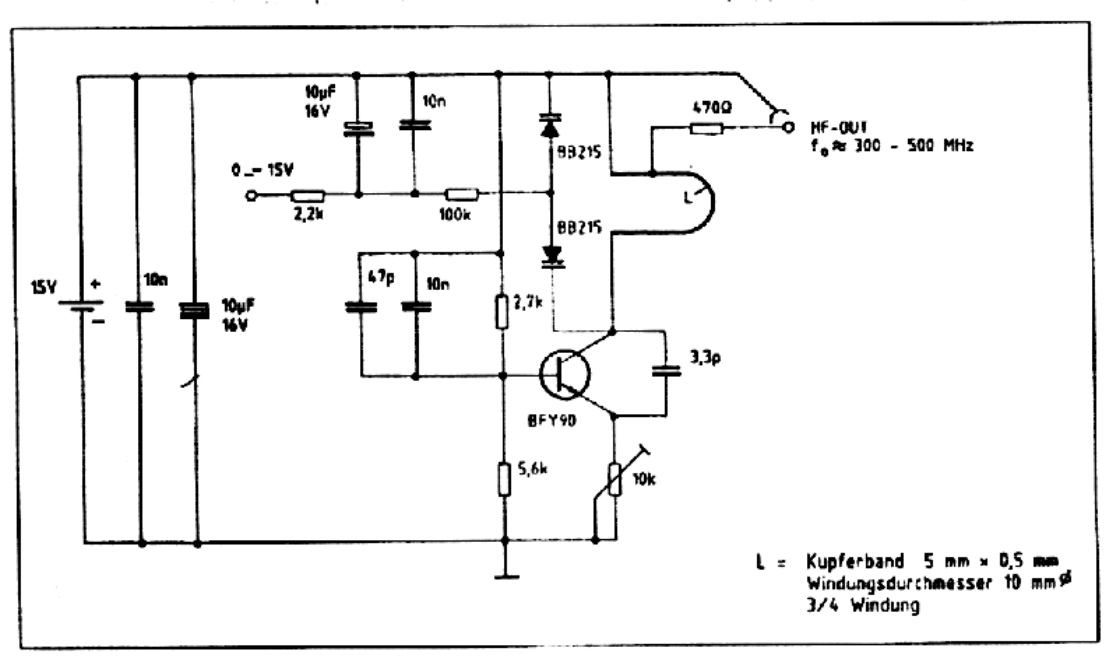



***Bild 29: UHF-Oszillator (300–500 MHz)***

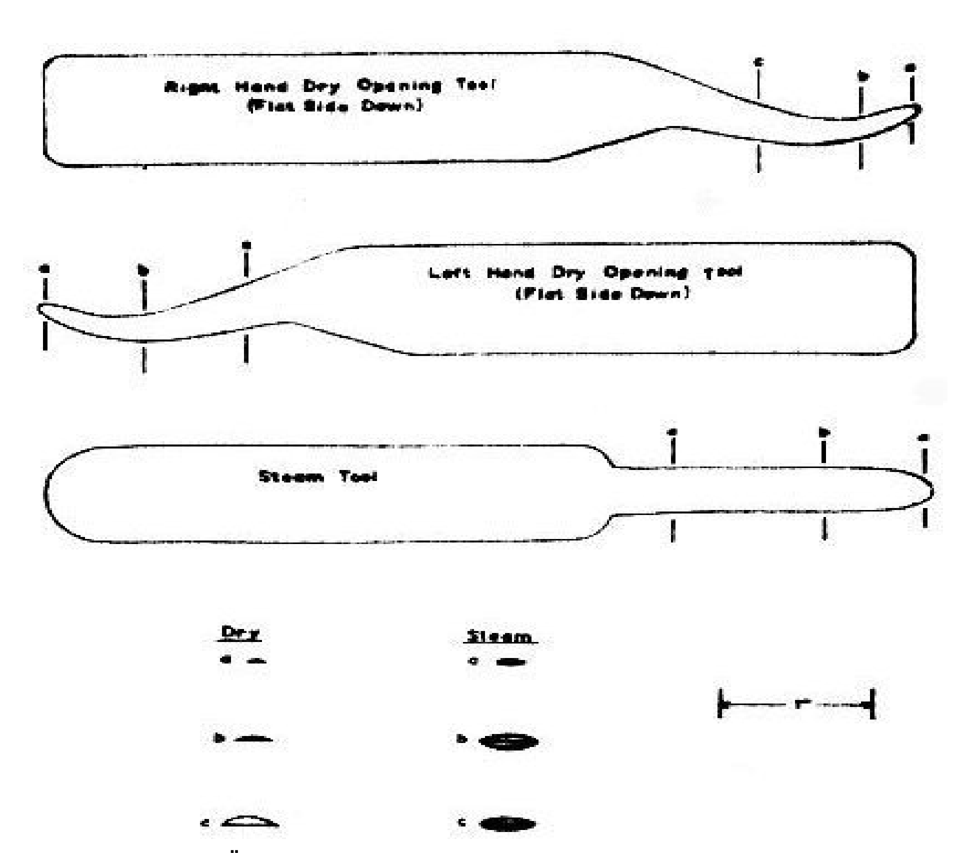
Um der schnellen Frequenzänderung eines solchen Senders folgen zu können benötigt man einen computergesteuerten Empfänger wie z.B.Winradio, für den man sich entsprechende Programme schreiben kann. Aber auch hierbei gilt, daß man die Kodierung des Senders kennen muß, um den Empfänger entsprechend zu steuern. Dagegen kann man mit einem Feldstärkemesser gleichzeitig einen breiten Frequenzbereich erfassen, da er keinen abgestimmten Schwingkreis hat. Das bedeutet aber, daß man nur den oder die jeweils stärksten Sender identifizieren kann, denn sie überlagern alle anderen. Mit einem solchen Gerät kann man relativ starke weil nahe Sender aufspüren, auch wenn sie mit der Spreizspektrumtechnik arbeiten.

# Wie werden Briefe geöffnet?

Siehe auch: Die Geschichte der Postöffnung

Zuerst werden Geheimdienstler versuchen, den Umschlag ohne die Anwendung von Wasser oder Dampf zu öffnen, da das die wenigsten Spuren hinterläßt. Das ist möglich, wenn sich der Klebstoff des verschlossenen Briefumschlages teilen läßt, so daß ein Teil auf dem Umschlag, der andere Teil auf dem Verschluß bleibt. Feste Umschläge mit viel Klebstoff und solche mit sehr wenig Klebstoff lassen sich so öffnen.

Bei diesem Verfahren wird das entsprechende Werkzeug an der Ecke des Umschlages angesetzt, die bei den normalen Umschlägen nicht mit Klebstoff versehen ist und so einen Ansatzpunkt für das Öffnen der Briefe bietet. Dann versucht man vorsichtig durch entsprechende Bewegung und Druck auf das Werkzeug den Umschlag zu öffnen. Oft läßt sich die untere Hälfte oder die Seite des Umschlages leichter öffnen, so daß man es auch hier versuchen kann.

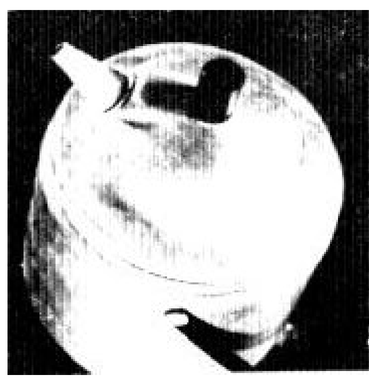



Werkzeuge zum Öffnen von Briefen (***1***)

Wenn sich ein Umschlag nicht oder nicht vollständig trocken öffnen läßt, verwendet man Wasser. Das Wasser trägt man vorsichtig von außen an der Stelle auf den Umschlag, an der sich der Klebstoff befindet, auf. Dazu kann man Wattestäbchen benutzen. Dabei muß vermieden werden, daß Tinte feucht wird, da sie sonst verläuft. Der Umschlag kann so gebogen werden, daß der Brief nicht mit der feuchten Stelle in Berührung kommt. Wenn der Umschlag bereits ein Stück geöffnet ist, kann mach zum Schutz des Briefes ein Stück Kunststoff hinein schieben.

Die einfachste und am weitesten verbreitete Methode heimlich Briefe zu lesen besteht in dem Öffnen mit Hilfe von Dampf. Diese Methode kann aber nur angewendet werden, wenn der Öffner überzeugt ist, daß der Inhalt nicht durch Dampf oder Hitze beschädigt werden kann. Bei diesem Verfahren wird das entsprechenden Werkzeug unter die Lasche des Umschlages geschoben und damit diese nach oben gedrückt, während man gleichzeitig Dampf auf diese Stelle leitet. Nachdem sich dieses Stück gelöst hat, setzt man das Werkzeug an der nächsten Stelle an und wiederholt den Vorgang bis der Umschlag geöffnet ist. Erfahrene Brieföffner können auch das Werkzeug über die Dampfquelle halten

und den Brief vorsichtig über das Werkzeug schieben. Die Geschwindigkeit richtet sich danach, wie schnell sich der Klebstoff löst.


Dampferzeuger (***1***)

Tesafilm Streifen auf dem Umschlag werden mit Tetrachlorkohlenstoff entfernt. Dazu wird das Lösungsmittel neben dem Klebestreifen auf den Umschlag gepinselt. Wenn sich der Klebestreifen gelöst hat kann er vorsichtig mit einer Pinzette am äußersten Ende gepackt und abgelöst werden, um zu verhindern, daß an sichtbaren Stellen sichtbare Marken zurückbleiben. Man fährt fort, mit dem Pinsel Lösungsmittel aufzutragen. Nachdem man drei Zentimeter des Klebestreifens abgelöst hat, wird dessen Ende auf einem glatten Holzspatel befestigt. Wenn das ganze Klebeband abgelöst ist, wird das andere Ende ebenfalls an einem Holzspatel befestigt und mit der Klebeseite nach oben vorsichtig auf den Tisch gelegt.

Das Verschließen eines Briefes ist genauso wichtig wie das Öffnen. Dabei wird wenn immer möglich, versucht mit dem ursprünglich benutzten Klebstoff auszukommen. Ein nicht zu nasses Wattestäbchen wird über die Klebestellen des Umschlages gerollt und der Umschlag danach sofort verschlossen. Wenn der vorhandene Klebstoff nicht ausreicht, wird vorsichtig eine dünne Schicht Klebstoff auf die alte Schicht aufgetragen. Nach dem Verschließen kann der Brief mit einem warmen Bügeleisen geglättet werden, ohne allerdings das Bügeleisen über den Umschlag zu bewegen. Zwischen Bügeleisen und Brief wird dabei ein Blatt Papier gelegt. Besser ist es den Brief mehrere Stunden zwischen schweren Büchern einzupressen, wenn die Zeit dazu vorhanden ist.

Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) betrieb eine vollautomatische Anlage zum Verschließen von vorher geöffneten Briefen. In der vertraulichen Verschlußsache MfS 052 Nr.: B49/72 heißt es: *"Die Anlage dient zum Verschließen von konspirativ geöffneten Normalbriefen (...). Der Verschluß erfolgt dadurch, daß auf die Leimstelle der geöffneten Klappe ein dem Klappwinkel entsprechender Abdruck mit Zweitleim ausgeführt wird. Anschließen wird der Brief gefaltet und gepreßt."* (***2***)

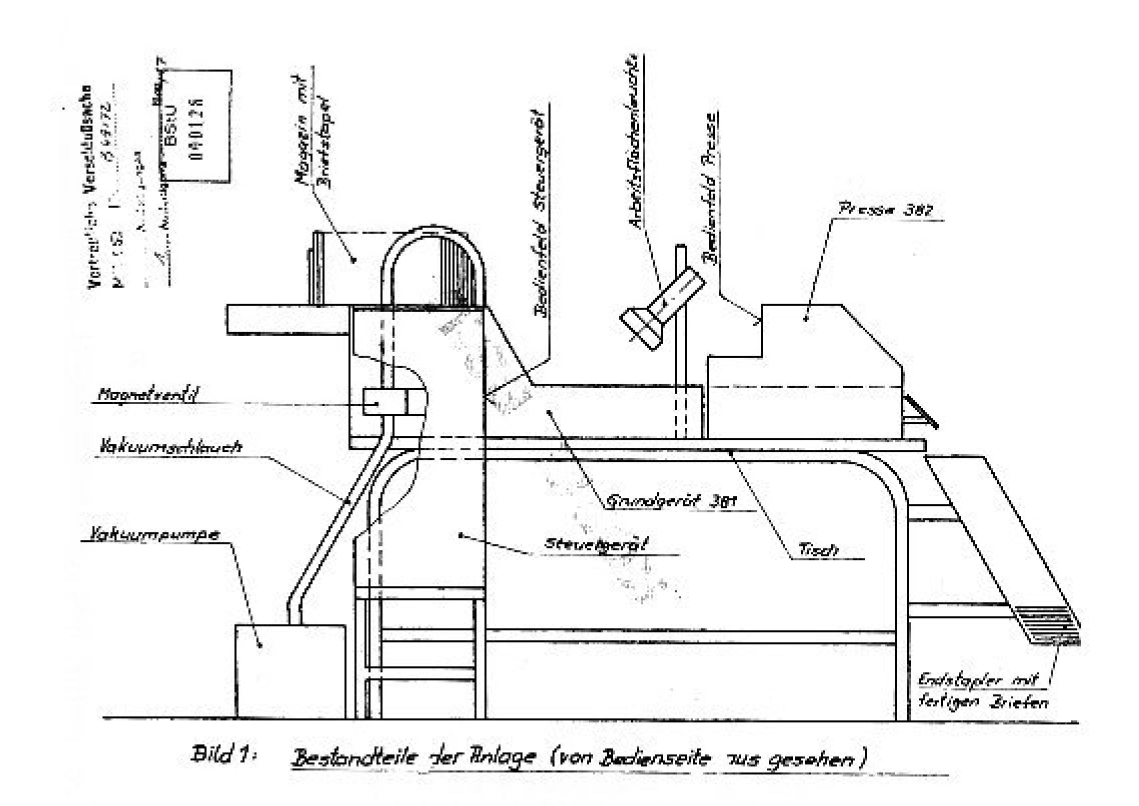
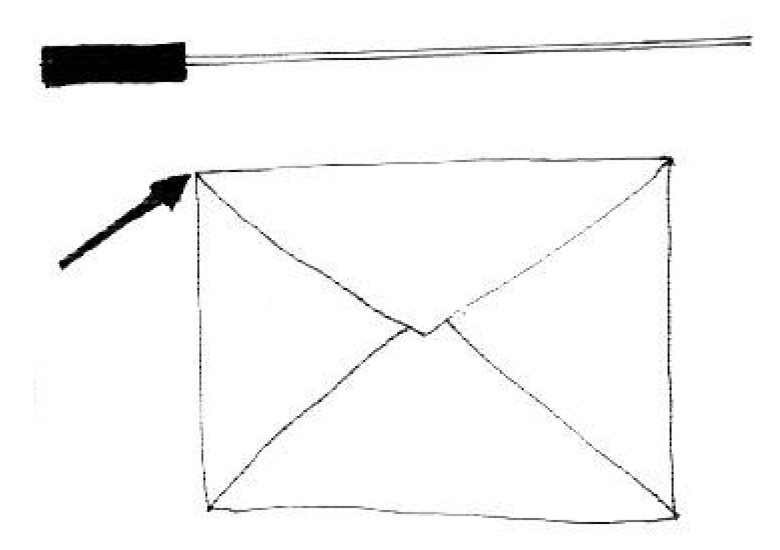



Bild 1: Bestandteile der Anlage (von Bedienseite aus gesehen)

Wenn sogar die rückständige Stasi solche Geräte betrieb, kann man davon ausgehen, daß unsere Geheimdienste ähnliche betreiben.

Oft ist es aber gar nicht nötig den Brief zu öffnen, um den Inhalt zu lesen. Mit einem geschlitzten Stäbchen kann man durch die Öffnung am oberen Rand des Umschlages den Brief packen, durch Drehen des Stäbchens den Brief auf dieses aufrollen und aus dem Umschlag ziehen. Dazu fehlt bei Briefumschlägen ein Teil der Gummierung...und nicht um die Benutzung eines Brieföffners zu erleichtern. Nach dem lesen wird der Brief wieder aufgerollt, in den Umschlag geschoben und dort entrollt. Diese Methode wird schon seit mehreren hundert Jahren angewandt.



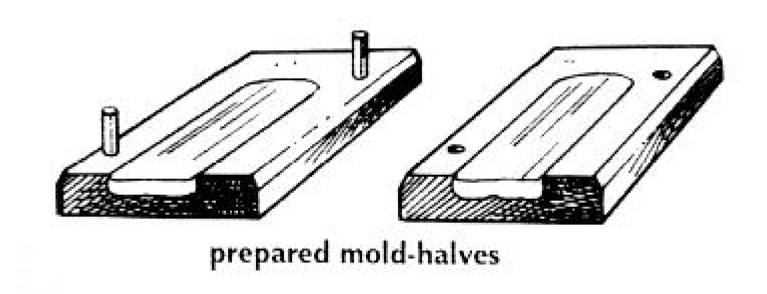
Eine neuere Methode besteht im Durchleuchten des Umschlages mit starken Lampen. Dabei wird eine Kamera eingesetzt, deren Objektiv eine sehr geringe Tiefenschärfe hat. Dadurch kann man auch bei

mehrlagigen Briefen die einzelnen Seiten getrennt aufnehmen, da, abhängig von der Einstellung der Kamera, jeweils nur eine Seite scharf erscheint, während die anderen unscharf bleiben.

(***1***) Die ersten beiden Bilder sind aus dem Buch "CIA Flaps and Seals Manual" herausgegeben von John M. Harrison, Boulder, Colorado 1975 entnommen. In diesem Buch finden sich detaillierte Beschreibungen zum Öffnen von Briefen.
(***2***) Das dritte Bild und das Zitat sind dem Buch " Zwischen Überwachung und Repression-Politische Verfolgung in der DDR 1971-1989", Johannes Raschka, Opladen 2001 entnommen.

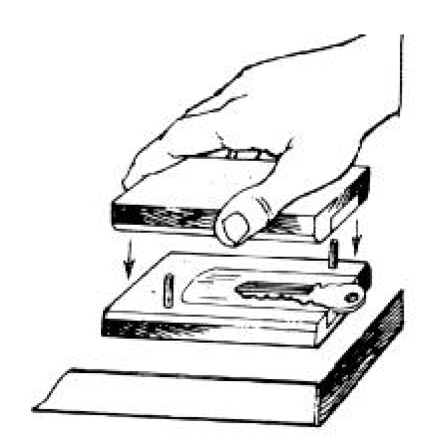
# Das Nachgiessen von Schlüsseln

Wenn man einen Schlüssel für eine gewisse Zeit aus der Hand gibt, kann davon auf einer entsprechenden Maschine innerhalb kurzer Zeit eine Kopie angefertigt werden.. Aber selbst wenn man den Schlüssel nur für wenige Sekunden unbeobachtet läßt, kann ein Abdruck hergestellt werden. Dazu wird der Schlüssel in eine mit Ton ausgelegte Form eingelegt.

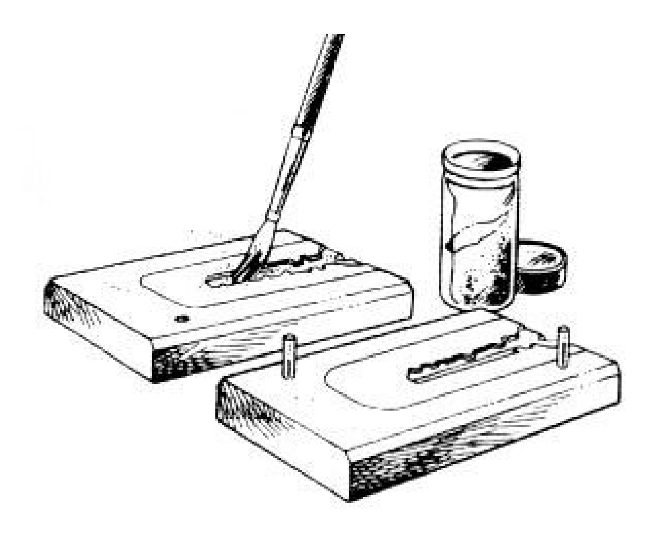


prepared mold-halves

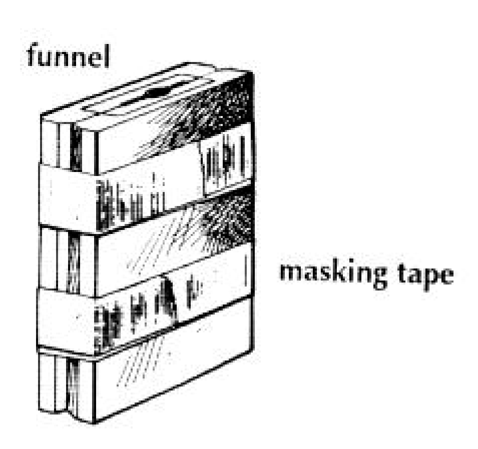
Danach wird die Form geschlossen und zusammengepreßt. Dann wird die Form wieder auseinandergenommen und der Originalschlüssel entnommen..



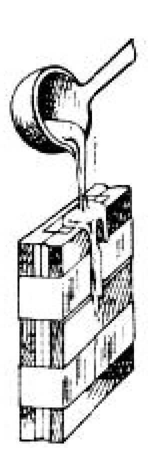
Um mit diesem Abdruck einen Schlüssel zu gießen, wird an der Eingußstelle ein Trichter aus dem Ton geschnitten und der Abdruck mit Talkum eingepinselt.



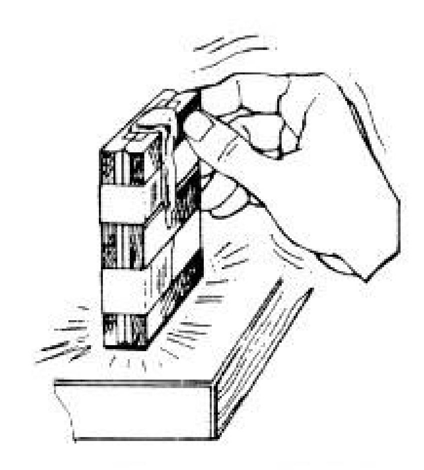
Danach wird die Form geschlossen und mit Klebeband gesichert.



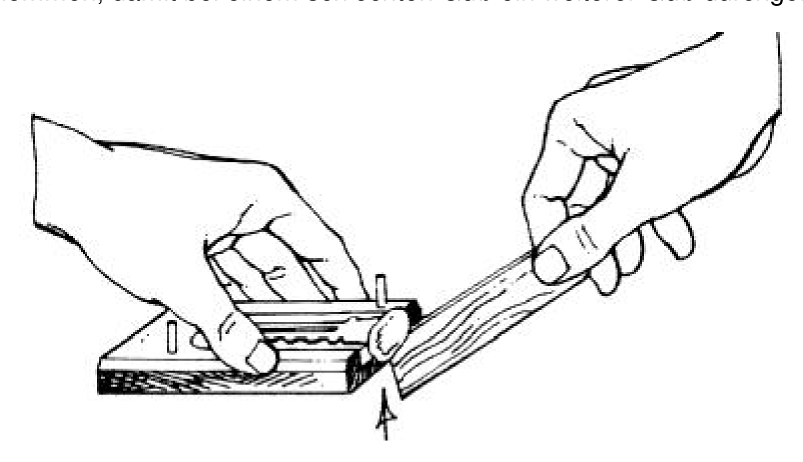

Nun wird ein bei niedriger Temperatur schmelzendes Metall erhitzt und in den Trichter gegossen. Empfohlen wird Cerrosafe, das zum Ausgiessen von Patronenlagern von Schußwaffen benutzt wird und gute Gußeigenschaften hat. Natürlich lassen sich auch leichter beschaffbare Metalle und Legierungen wie Zinn, Blei und Lötzinn verwenden. Es kann auch ein Schlüssel aus flüssigem Kunststoff, wie er zum Herstellen von glasfaserverstärkten Kunststoff verwendet wird, gegossen werden.



Nach dem Gießen klopft man mit der Form mehrere Male auf eine feste Unterlage um Luftblasen zu entfernen.



Wenn das Metall abgekühlt ist, wird die Form geöffnet und der Abguß des Schlüssels vorsichtig entnommen, damit bei einem schlechten Guß ein weiterer Guß durchgeführt werden kann.



Nach dem Gießen kann auf einer Maschine zum Kopieren von Schlüsseln mit Hilfe dieses Abgusses ein richtiger Schlüssel hergestellt werden. Wenn keine Kopiermaschine für Schlüssel zur Hand ist, kann mit einem Satz Schlüsselfeilen eine Kopie hergestellt werden, vorausgesetzt der richtige Rohling ist zur Hand. Wenn kein passender Rohling vorhanden ist, kann auch der Abguß in das Schloß eingesetzt werden. Dadurch wird das Schloß entriegelt. Um das Schloß zu drehen wird ein entsprechender Gegenstand (dünner Blechstreifen oder Zange) benutzt, da der Abguß zum Drehen des Schlosses zu weich ist.

Die Abbildungen wurden dem Buch "CIA Field-Expedient Key Casting Manual", Boulder, Colorado 1988 entnommen, das eine ausführlichere Beschreibung gibt.

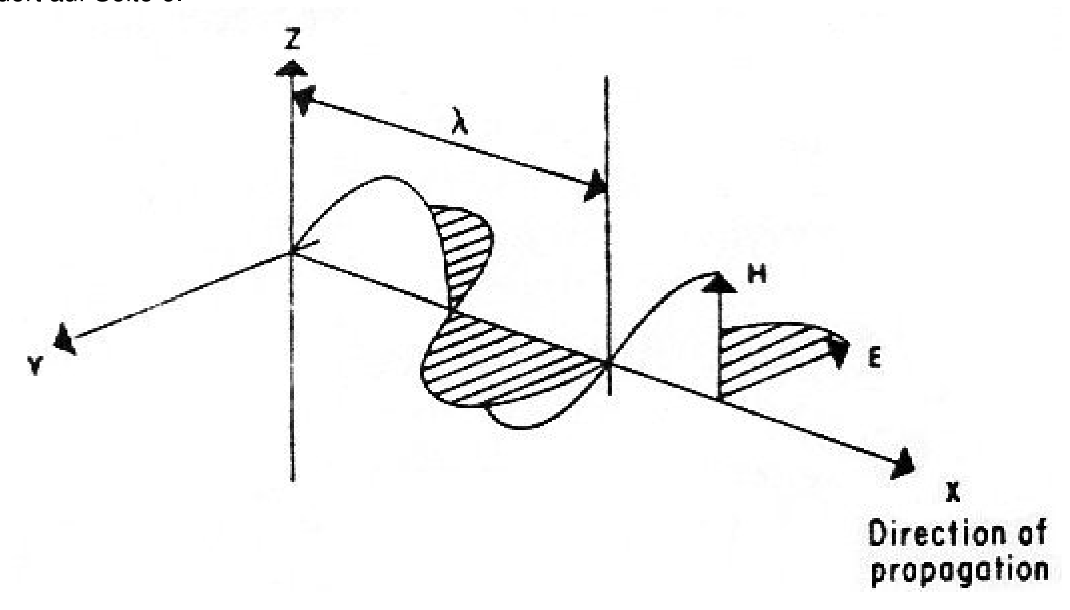
# Abstrahlung eines gleichgerichteten Radiofrequenzfeldes

In einer Antenne wie sie von Funkanlagen üblicherweise verwendet wird fließt der von der Sendeanlage hervorgerufene Hochfrequenzstrom in schneller Folge vor und zurück. Dadurch entsteht um die Antenne wie bei jedem von einem Strom durchflossenen Leiter ein Magnetfeld sowie ein elektrisches Feld wenn der Strom nach dem Einfließen in die Antenne in dieser eine Spannung verursacht. Bei hochfrequenten, also sich schnell ändernden elektromagnetischen Feldern lösen diese sich von der Antenne ab und strahlen in den Raum. Da sich die Richtung des elektrischen und magnetischen Feldes ständig in schneller Folge umkehrt, werden die in ihm befindlichen elektrisch geladenen Teilchen, also zum Beispiel Elektronen und Ionen, ständig im Takt der Hochfrequenz hin und her bewegt. In diesem Fall führt der hochfrequente Wechselstrom zu einer Erwärmung des Körpers. Nur wenn es zu einer Gleichrichtung der Hochfrequenz kommt, also der Strom für eine genügend lange Zeit in eine Richtung fließt, kann es zu einer direkten Beeinflussung der elektrischen Vorgänge im Körper kommen. Eine solche Gleichrichtung an der Zellmembran ist bereits seit 60 Jahren bekannt.

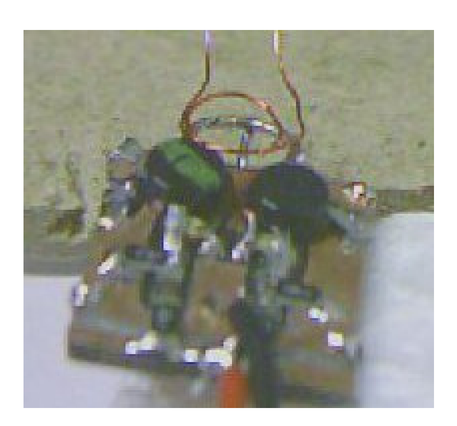
Wenn aber ein hochfrequenter Strom in einer Antenne ausschließlich in einer Richtung fließt anstatt wie üblich in der Antenne vor und zurück zu fließen, wird von dieser Antenne ein elektromagnetisches Feld abgestrahlt, das ausschließlich in eine Richtung wirkt. In diesem Fall fließt auch der Strom in einem Leiter der sich in diesem Feld befindet nur in diese eine Richtung.

Um ein solches gleichgerichtetes elektromagnetisches Feld abzustrahlen, muß vor die Antenne eine Diode eingeschaltet werden. Eine Diode ist ein elektronisches Bauteil, daß den Strom nur in einer Richtung durchlässt. Da die Antenne aber nur eine bestimmte elektrische Gesamtladung aufnehmen kann, benötigt man vom Ende der Antenne eine Rückleitung zum Hochfrequenzgenerator. Auch an dieser Seite der Antenne benötigt man eine Diode, um die in der falschen Richtung laufenden Hochfrequenzströme abzublocken. Um zu verhindern, daß der Hochfrequenzstrom einfach durch die Antenne abfließt ohne elektromagnetische Wellen in den Raum abzustrahlen, ist es wohl nötig zusätzlich einen elektrischen Widerstand am Ende der Antenne anzubringen, damit sich in ihr eine Spannung aufbauen kann. Ein solcher Widerstand würde vermutlich im Bereich um 50 Ohm die besten Ergebnisse bringen. Der genaue Wert lässt sich wohl experimentell ermitteln. Natürlich darf die verwendete Rückleitung selber keine elektromagnetischen Wellen abstrahlen, denn der Strom in ihr fließt ja entgegengesetzt zu dem in der Antenne fließenden Strom. Dadurch würden sich die beiden elektromagnetischen Felder aufheben. Es ist also notwendig für die Rückleitung ein Koaxialkabel zu verwenden dessen Abschirmung mit der Masse des Hochfrequenzgenrators, also in der Regel mit dem Minuspol der Stromversorgung zu verbinden ist.

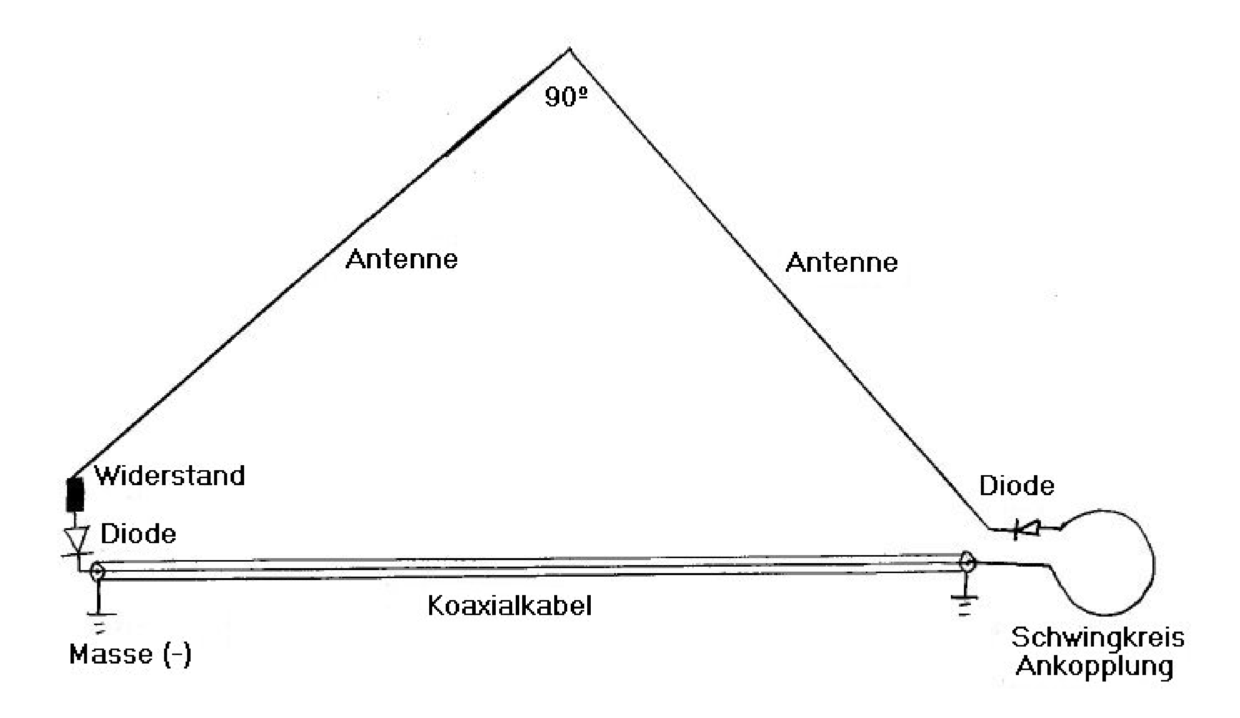
Die folgende Zeichnung ist aus dem Buch "Electromagnetic Fields and the Life Environment "von Karel Marha, Jan Musil und Hana Tuhá, erschienen 1971 in San Francisco entnommen und findet sich dort auf Seite 6.



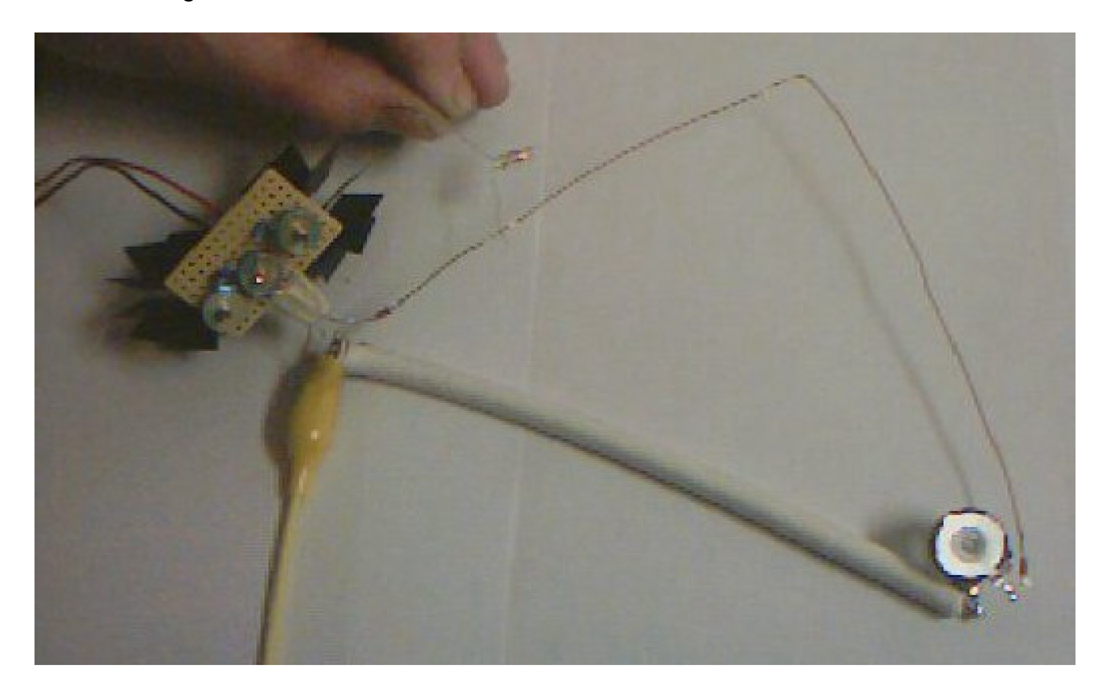

Die Antenne entspricht der Z-Achse. Wie man sieht nehmen bei einer normalen Antenne sowohl das magnetische als auch das elektrische Feld abwechselnd einen positiven und einen negativen Wert an, so daß die elektrisch geladenen Teilchen in diesem Feld hin und her bewegt werden.
Betrachten wir nun den Fall für eine Antenne, die mit jeweils einer Diode an beiden Enden sowie einem Koaxialkabel als Rückleitung versehen ist. Nehmen wir an, daß die Antenne wie auf dem folgenden Bild zu sehen mit einer oder mehreren Windungen ( rote Drahtschleife am oberen Bildrand ) an die Schwingkreisspule des Senders angekoppelt ist.



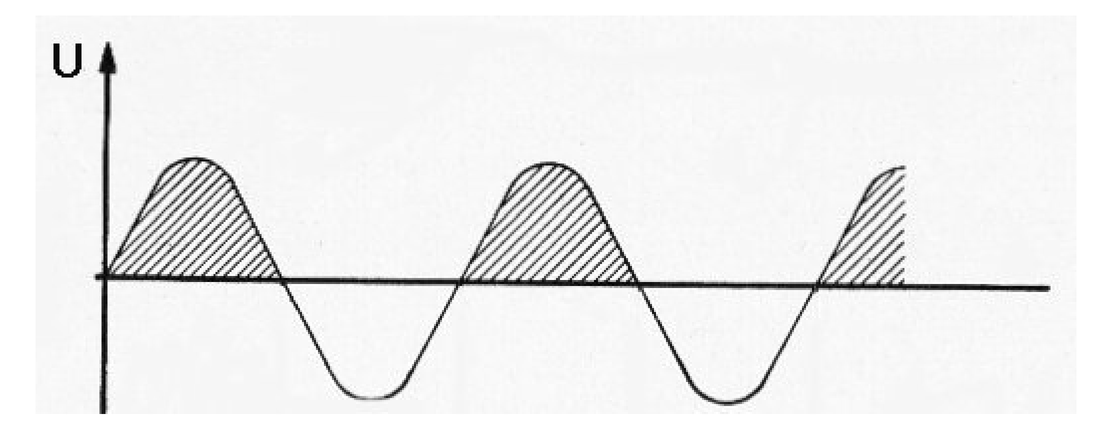
In der folgenden Antennenkonstruktion fließt der Strom ausschließlich in einer Richtung, da ja die beiden Dioden den Strom nur in einer Richtung durchlassen.



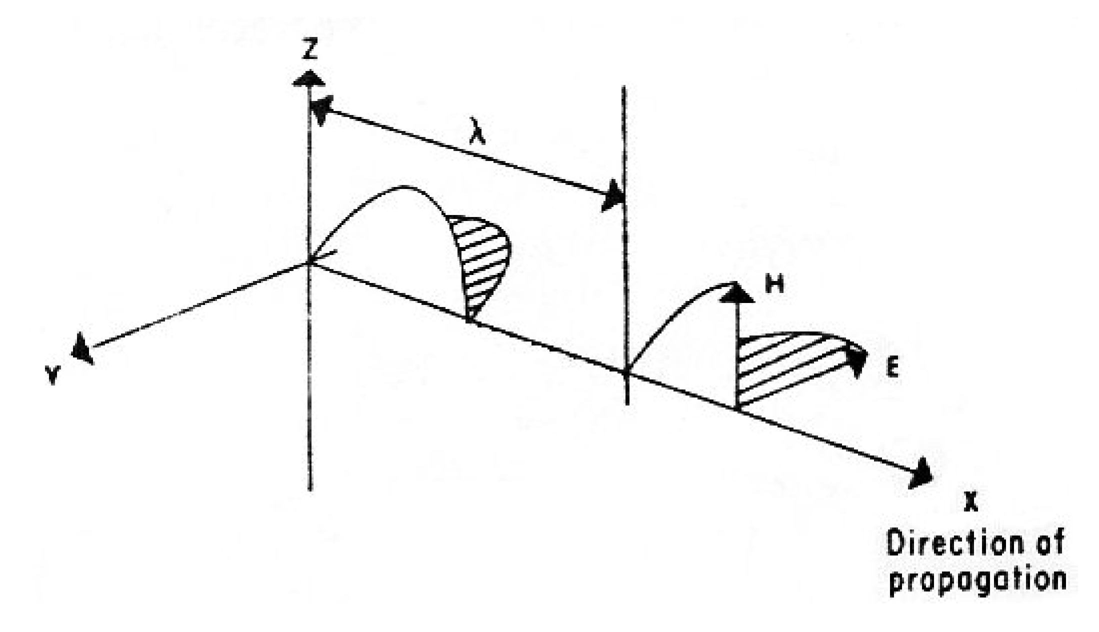

Natürlich sollte die Antenne auf die verwendete Frequenz abgestimmt, also beide Hälften der Antenne zusammen, aber ohne Koaxialkabel, zum Beispiel so lang sein wie die halbe Wellenlänge der jeweils verwendeten Radiofrequenzstrahlung. Ob die Antenne richtig abgestimmt ist, kann man mit einer Glühbirne nachprüfen. Man nimmt eine Zuleitung der Birne in die Hand und fährt mit der anderen Zuleitung an der Antenne entlang. Bei richtiger Abstimmung der Antenne auf den Sender leuchtet die Birne in der Mitte der Antenne am Stärksten. Also in unserem Fall an der Stelle wo sie um 90° abgewinkelt ist. Da hierbei ein Teil der Hochfrequenzstrahlung über die Finger in den Körper abfließt ist dieses Verfahren nur für kleine Hochfrequenzströme geeignet, denn sonst verbrennt man sich schnell die Finger. Bei Leistungen von mehr als ein ein oder zwei Watt sollte man die Zuleitung nicht in die Hand nehmen sondern eventuell über einen Widerstand an die Masse ( - ) des Senders oder an die Erdleitung einer Steckdose anschließen.



Der zeitliche Verlauf des Stromflusses in dieser Antenne entspricht der folgenden Zeichnung, entnommen aus dem Buch "Die Fernmeldetechnik" von Werner Feilhauer, Gießen 1952, Seite 362. Der schraffierte Teil der Kurve stellt den Stromfluß dar.

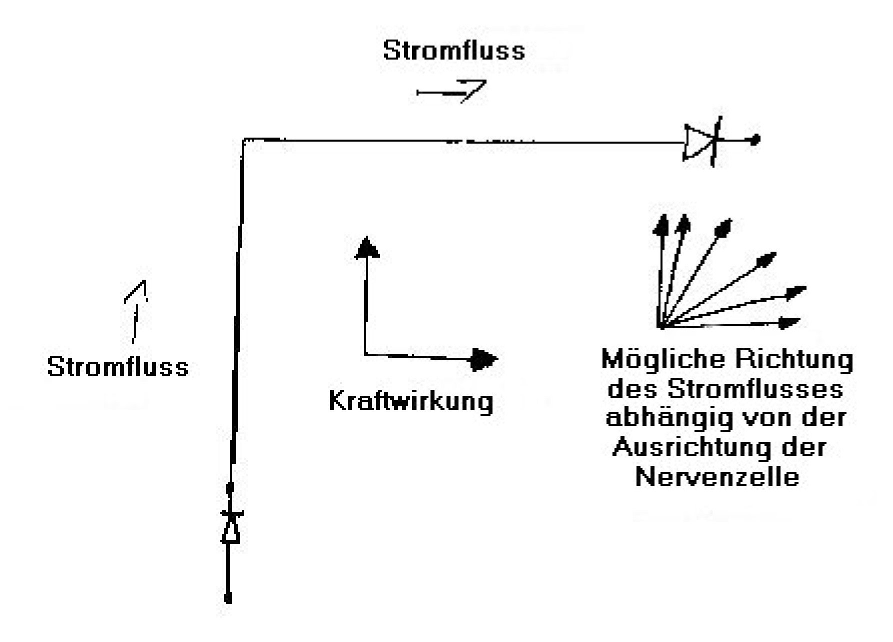



Weil der Strom nur in einer Richtung durch die Antenne fließt, ändert sich zwar die Stärke des elektromagnetischen Feldes im Takt der Hochfrequenz, aber das Feld hat immer die gleiche Richtung. Also werden die sich in diesem Feld befindenden Elektronen und Ionen nur in eine Richtung bewegen. Es fließt also ein Strom solange das gleichgerichtete elektromagnetische Feld einwirkt. Das elektromagnetische Feld hat also folgende Form ( verwendet wurde das abgewandelte Bild aus "Electromagnetic Fields and the Life Environment" ):

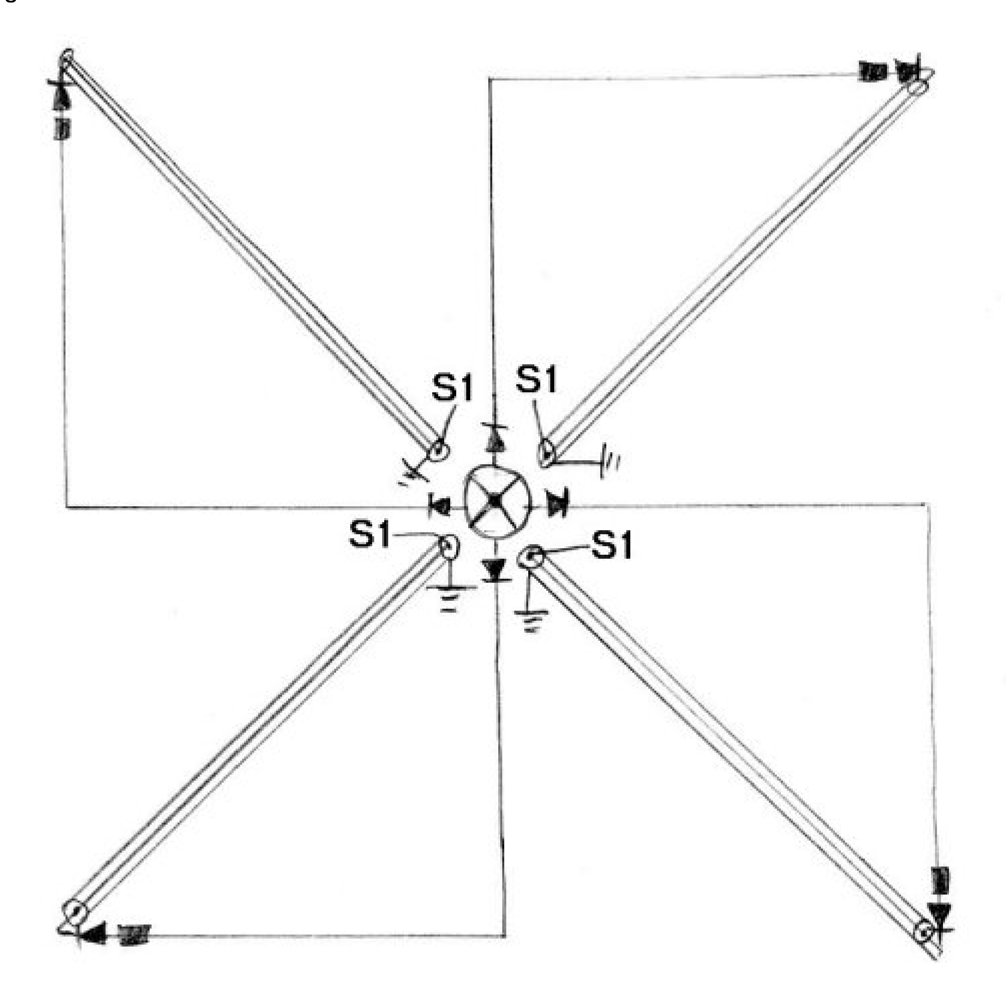



Wenn nun der Sender im Takt der natürlicherweise im Körper vorkommenden Ströme in seiner Stärke verändert, also amplitudenmoduliert wird, haben die durch das gleichgerichtete elektromagnetische Feld hervorgerufenen Ströme natürlich die gleiche direkte biologische Wirkung, wie man es von durch den Körper geleiteten Strömen kennt. Man liegt in diesem Zusammenhang sicher richtig, wenn man davon ausgeht, daß die meisten der weltweit verwendeten Foltergeräte die mit Elektroschocks arbeiten nach diesem Prinzip der gleichgerichteten Hochfrequenz oder der Wellenüberlagerung arbeiten.

Wie man erkennt verläuft die Antenne in einem rechten Winkel. Das ist einerseits notwendig um einen Abstand zwischen Antenne und Koaxialkabel zu schaffen, damit die Antenne das elektromagnetische Feld ungehindert abstrahlen kann. Diese Antennenform hat aber noch einen weiteren Vorteil. Da die Nervenzellen, vor allem die für die Reizweiterleitung verantwortlichen Axone im Körper in allen drei Dimensionen verlaufen, muß auch das gleichgerichtete elektromagnetische Feld abwechselnd möglichst in alle Richtungen wirken um alle Nerven beeinflussen zu können. Denn die Energieübertragung zwischen einer Sende- und einer Empfangsantenne, in unserem Fall Nervenzellen oder Axone, ist besonders effektiv wenn beide parallel zueinander ausgerichtet sind, also die gleiche Polarisation haben. Bei einer von gleichgerichteter Hochfrequenz durchflossenen rechtwinkligen Antenne werden in allen in dem entsprechenden Viertelkreis liegenden Leitern Ströme hervorgerufen.



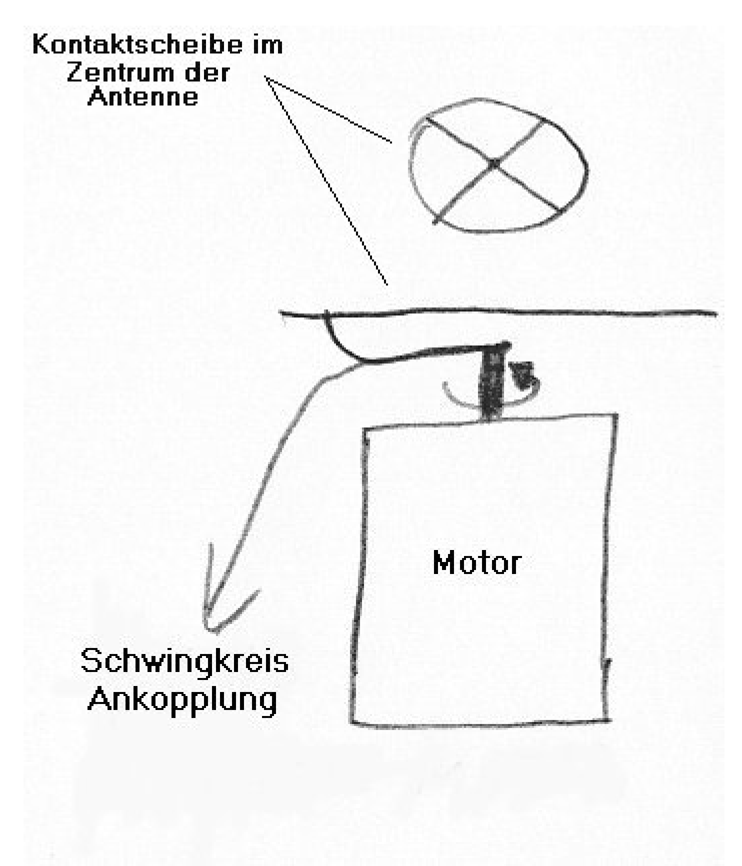
Um alle in einer Ebene verlaufenden Nervenzellen und Axone stimulieren zu können benötigt man folglich 4 solcher Antennen.




S = Gleicher Punkt in der Schwingkreisankopplung

Von diesen Antennenanordnungen wiederum benötigt man für jede räumliche Dimension eine, also insgesamt 3 um in allen Nervenzellen und Axonen ungeachtet ihres räumlichen Verlaufs Ströme hervorrufen zu können. Man kommt so auf insgesamt 12 Einzelantennen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß zur Auslösung eines Aktionspotentials in einem Nerven ein Strompuls mit einer Länge von ca. 0,5 Millisekunden Länge ausreicht und eine Nervenzelle nach ca. 2 Millisekunden wieder bereit ist ein weiteres Aktionspotential auszulösen.

Wenn also in der Mitte der Antennenanordnung für eine Ebene ein Motor mit einem Schleifer abwechselnd die 4 einzelnen Antennen mit dem Hochfrequenzgenerator verbindet bekommt man bei einer Drehzahl von 500 Umdrehungen in der Sekunde, also 30 000 Umdrehungen in der Minute auf eine Pulslänge von 0,5 Millisekunden bei einer Pulswiederholzeit von 2 Millisekunden.

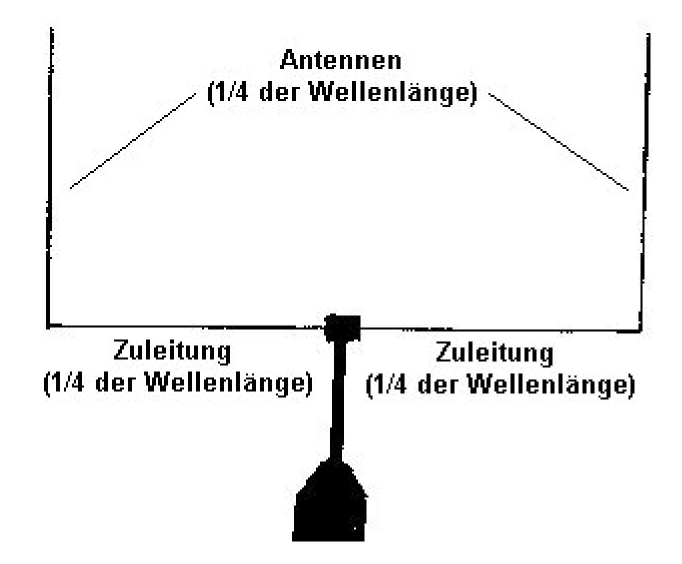



Um eine dreidimensionale Stimulierung der Nervenzellen zu erreichen kann jeweils eine Antenne für je eine Ebene gemeinsam eingeschaltet werden. Sicherlich benötigt man nicht unbedingt 12 verschiedene Einzelantennen um eine biologische Wirkung auszulösen. Möglicherweise genügen einige wenige, zum Beispiel 2 oder 3 die im rechten Winkel zueinander stehen und gemeinsam im Takt der Nervenzellen eingeschaltet werden. Möglicherweise kann man auch ein doppelt geschirmtes Koaxialkabel verwenden, wobei die äußere Abschirmung die Antenne, die mittlere Abschirmung die Abschirmung und der Innenleiter die Rückleitung bildet. Natürlich werden auch in diesem Fall die beiden Dioden und der Widerstand entsprechend in den Antennenkreis eingefügt.

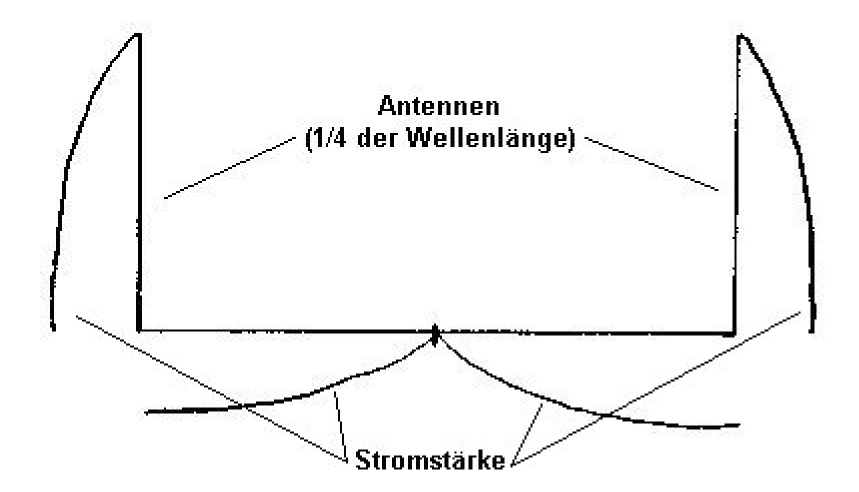
# Wir bauen uns einen Phasenschieber

Mit einem einfachen mechanischen Phasenschieber läßt sich das Prinzip der Wellenüberlagerung bei Mikrowellen zeigen. Bei diesem Phasenschieber werden zwei Antennen so bewegt, daß sich die Entfernungen zwischen den Antennen und einem beliebigen Punkt im Raum an dem die abgestrahlten Wellen sich überlagern, sich kontinuierlich ändert. Durch diese ständige Änderung der Entfernung ändert sich auch die Laufzeit der elektromagnetischen Wellen und damit die Phasenlage.

Um diesen Phasenschieber zu bauen haben wir zwei Antennen an einer Miniatur-Bohrmaschine mit Drehzahlregelung befestigt, so daß sie beim Einschalten der Bohrmaschine umeinander kreisen.

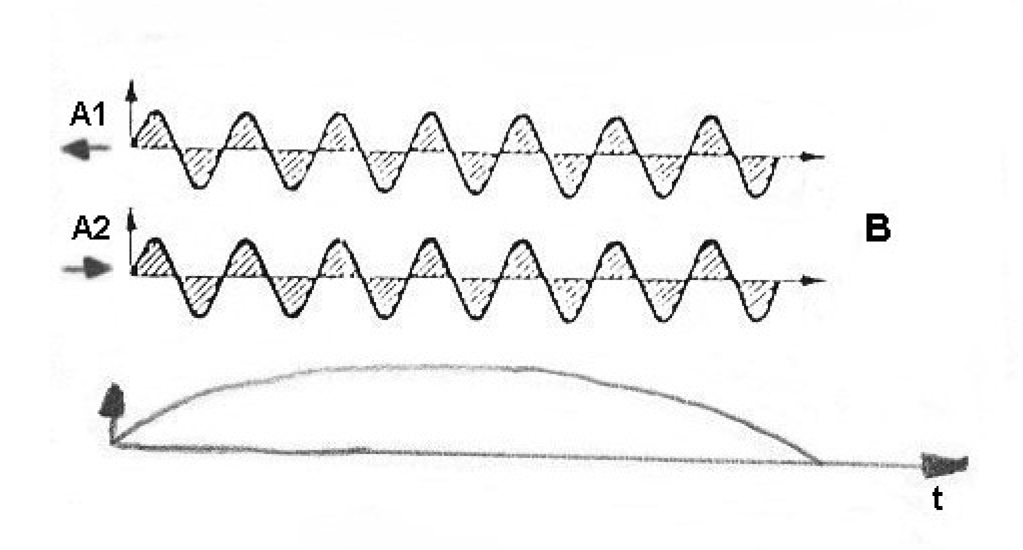



Sehen wir uns nun einmal den Stromverlauf an der Zuleitung und der Antenne beim Betrieb des Senders an. Da die Zuleitung und die Antenne jeweils eine Länge haben die einem Viertel der Wellenlänge entspricht, haben wir es hier mit einer auf die Sendefrequenz abgestimmten Antenne zu tun. Dadurch erhält man wesentlich günstigere Abstrahlungsverhältnisse gegenüber einer nicht abgestimmten Antenne.




Die Kurven geben die maximale Stromstärke an der Antenne und der Zuleitung wieder. Wir vernachlässigen für unsere Betrachtung die von der Zuleitung abgestrahlte Radiofrequenzstrahlung. Bei den durchgeführten Messungen sind diese Abstrahlungen nicht mitgemessen worden, denn die Polarisation der beiden Zuleitungen war senkrecht zu der Polarisation der Messantenne.

Nun betrachten wir was passiert, wenn die beiden Antennen sich umeinander drehen und die von ihnen abgestrahlten Wellen sich überlagern.

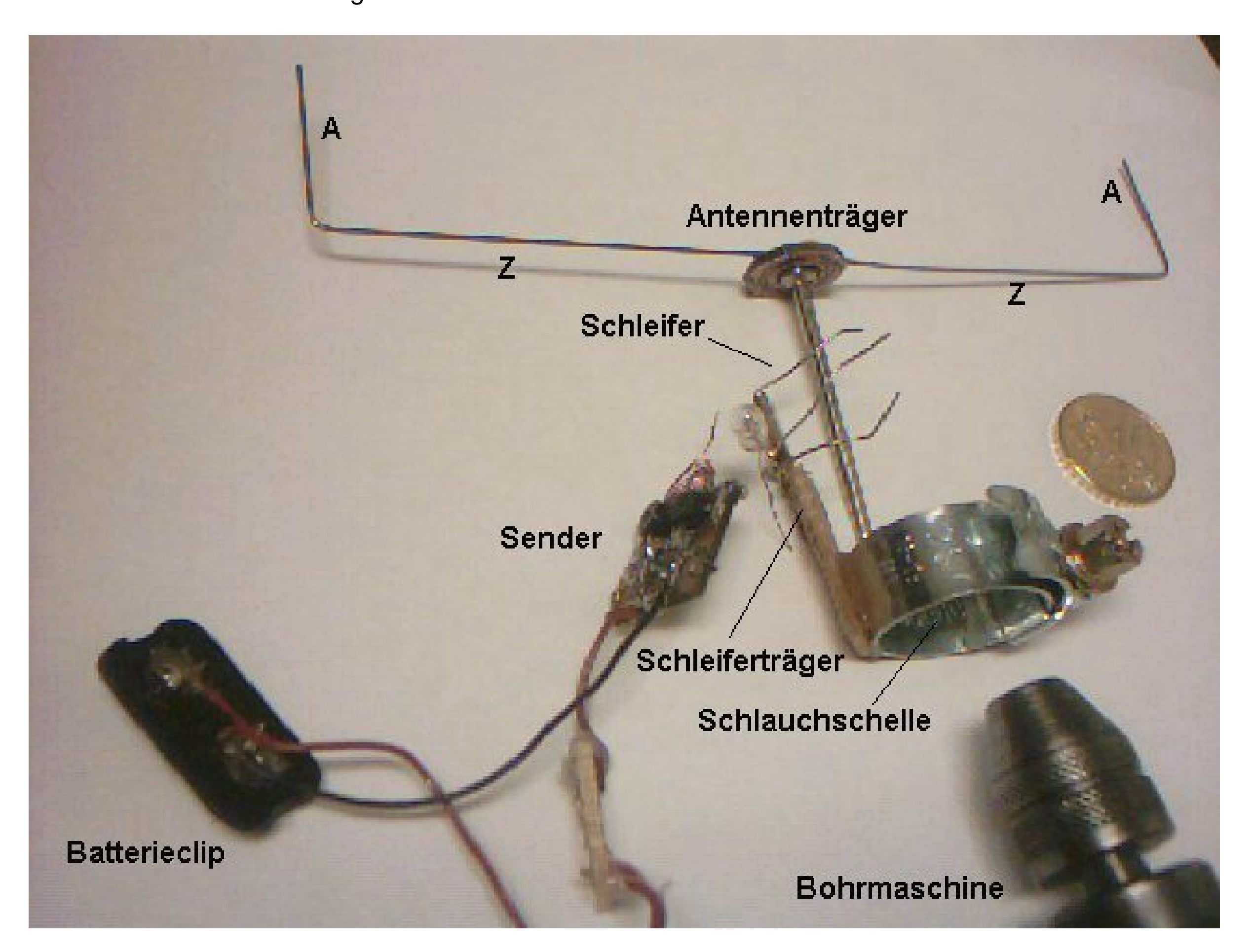



Für einen Betrachter der sich ausserhalb der sich umeinander drehenden Antennen befindet bewegt sich immer eine der beiden Antennen auf ihn zu während sich die andere von ihm wegbewegt. Das heißt durch die sich ändernden Laufzeiten der von den beiden Antennen abgestrahlten elektromagnetischen Wellen zum Betrachter ändern sich auch deren Phasenlagen. Eine kontinuierliche Änderung der Phasenlagen zweier ansonsten gleicher Hochfrequenzsignale erzeugt bei der Wellenüberlagerung ein niederfrequenteres Signal als die Ausgangssignale. Ein Beispiel für ein solches Signal zeigt die untere Kurve. Die Frequenz dieses Signals ist abhängig von der Änderungsrate der beiden Phasenlagen, in unserem Fall also von der Umdrehungsgeschwindigkeit der beiden Antennen.

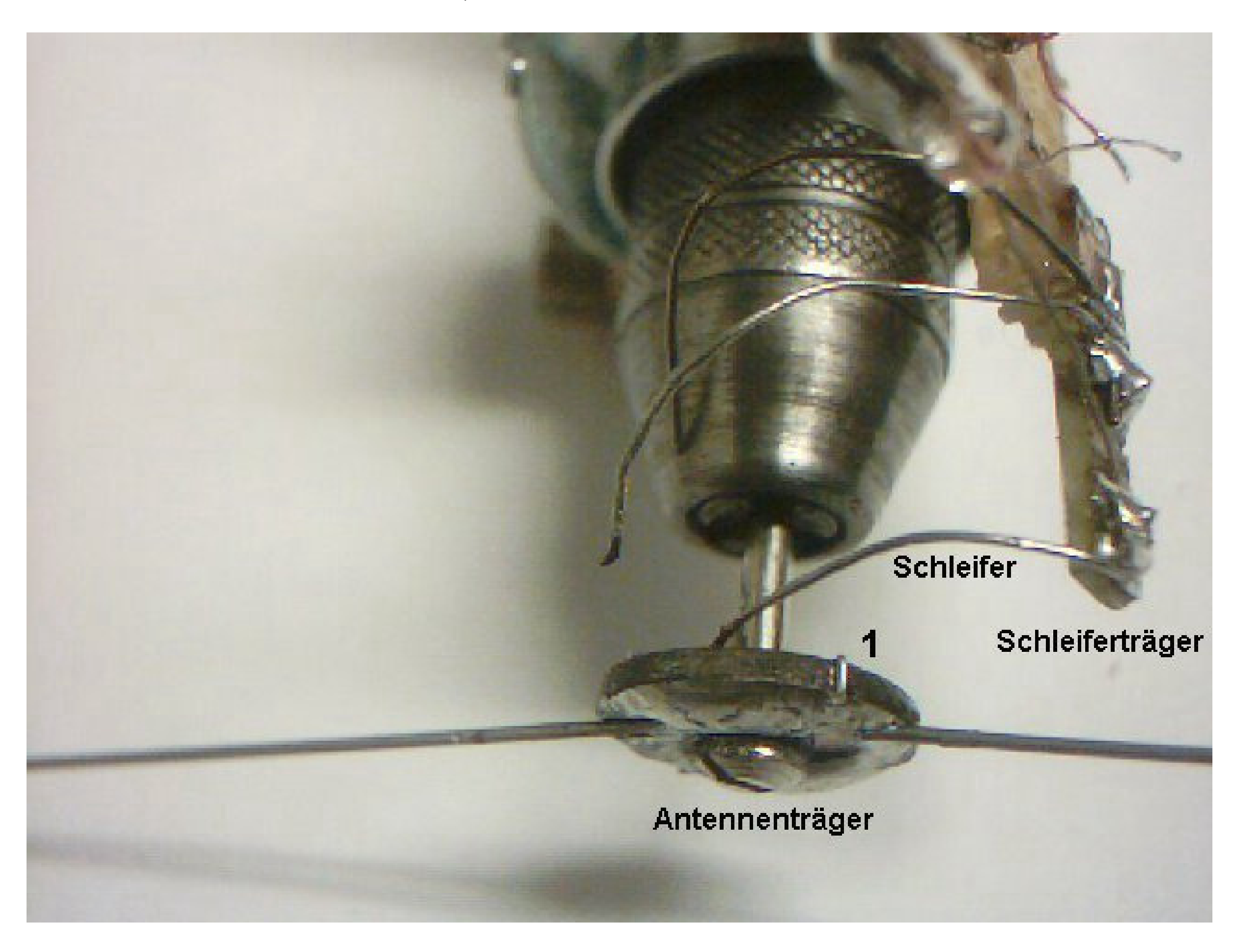
Für unseren Versuch benötigen wir zuerst einmal den Mikrowellensender 2 (Bauanleitung siehe übernächsten Beitrag). Die bei diesem Sender verwendeten Transistoren sind leicht erhältlich. Wer die Transistoren 2n3553 oder 2n3866 beschaffen kann (Bückware oder im Internet bestellen) sollte auf jeden Fall den „Sender 100 MHz bis 600 MHz“ (Bauanleitung in diesem Kapitel) für ca. 500 bis 600 MHz verwenden. Durch die höhere Ausgangsleistung ist die biologische Wirkung zwar schwach, aber etwas besser zu spüren. Die Antennenanlage hat in diesem Fall die gleichen Abmessungen, da die Wellenlänge doppelt so groß ist. Antennen die für 1 GHz abgestimmt sind, arbeiten auch bei 500 MHz in Resonanz, wenn auch mit einem etwas geringeren Wirkungsgrad.

Wir stellen uns einen Antennenträger aus einem runden Stück festem Material, zum Beispiel einer doppelseitig kupferbeschichteten Platine her. In diesen Antennenträger haben wir in der Mitte ein Loch gebohrt damit wir ihn auf einem Halter für Trennscheiben, Schleifscheiben usw. für eine Miniaturbohrmaschine befestigen konnten. Auf den Antennenträger haben wir die Antenne entsprechend der Zeichnung mit viel Lötzinn aufgelötet. Die Antenne wurde aus einem einzigen Stück Federstahldraht von ca. 0,6 mm Durchmesser (Modellbauzubehör) gebogen, in der Mitte mit Schmirgelpapier gesäubert, aufgerauht und dann verzinnt.

Die Maße der Antenne sind abhängig von der Frequenz des verwendeten Senders. Die kann man einerseits mit einem Scanner feststellen (teuer) oder mit einer Lecherleitung (preiswert) ausmessen. Die einzelne Antenne hat in unserem Fall eine Länge, die einem Viertel der Wellenlänge des verwendeten Senders entspricht. Auch die Länge der einzelnen Antennenzuleitungen entspricht einem Viertel der Wellenlänge.



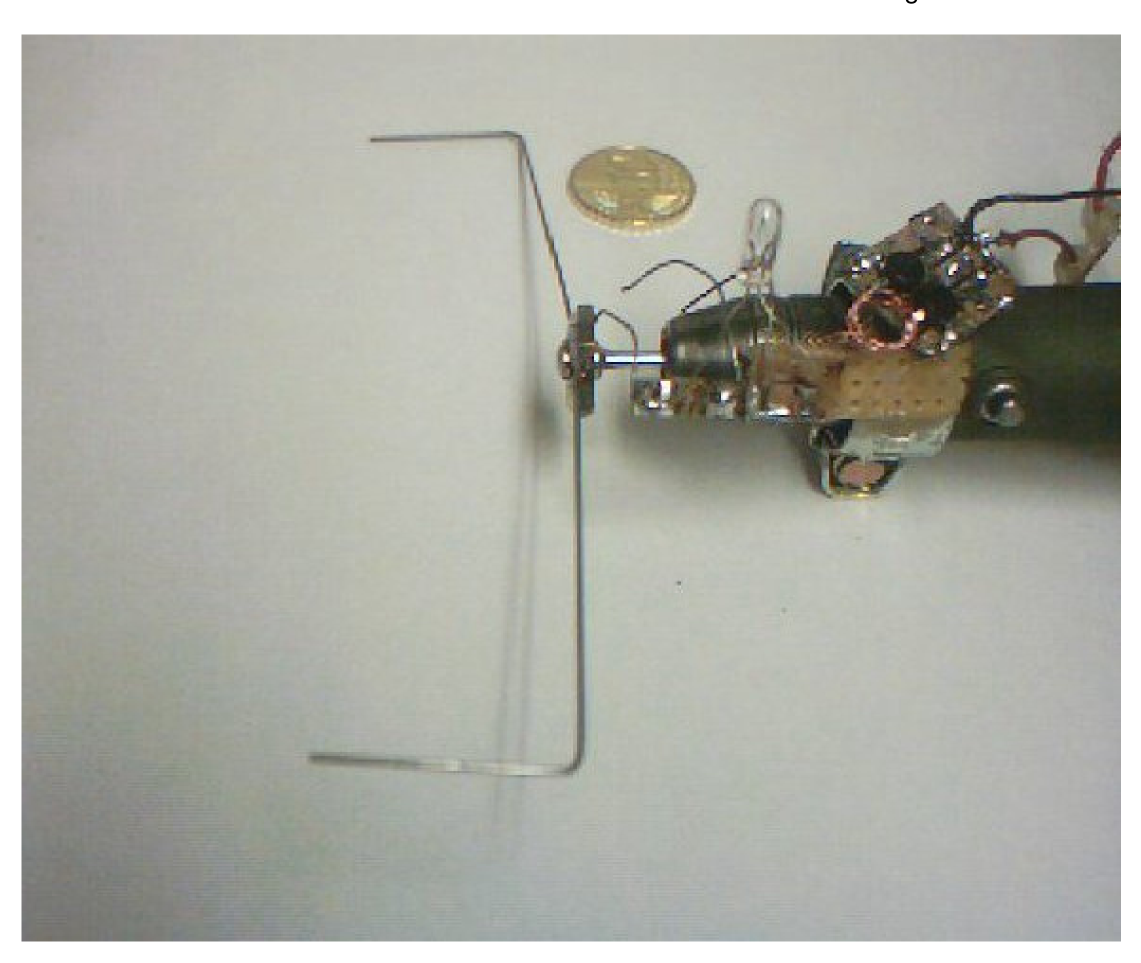
Wir verbinden die Oberseite mit der Unterseite des Antennenträgers indem wir an drei oder vier Stellen ein kleines Stückchen Draht (1) über die Kante des Antennenträgers biegen und jeweils an der oberen und der unteren Kupferbeschichtung verlöten. Nun wird eine passende Schlauchschelle über die Bohrmaschine geschoben und festgeschraubt. An dieser Schlauchschelle befestigen wir (z.B. mit 2-Komponentenkleber oder Heißkleber) ein Stück Platine als Schleiferträger. Auf die Platine löten wir ein Stück Federstahl als Schleifer. Der Schleifer wird so gebogen, daß das Kupfer die Unterseite des Antennenträgers berührt, wenn dieser in der Bohrmaschine eingespannt ist. Die Kontaktfläche zum Kupferblech sollte man polieren. Ansonsten wird das Kupferblech sehr schnell abgeschliffen. Im Bild sieht man noch zwei weitere Schleifer, die aber bei diesem Versuch nicht verwendet werden.



Nun wird der Sender mit dem Schleifer verbunden. Im Bild sieht man noch eine Glühbirne die zwischen den Sender und den Schleifer gelötet ist. Sie dient dazu festzustellen ob der Sender im Betrieb ist und seine Leistung an die Antenne abgibt. Je heller die Glühbirne leuchtet, umso bessere Ergebnisse kann man erwarten.



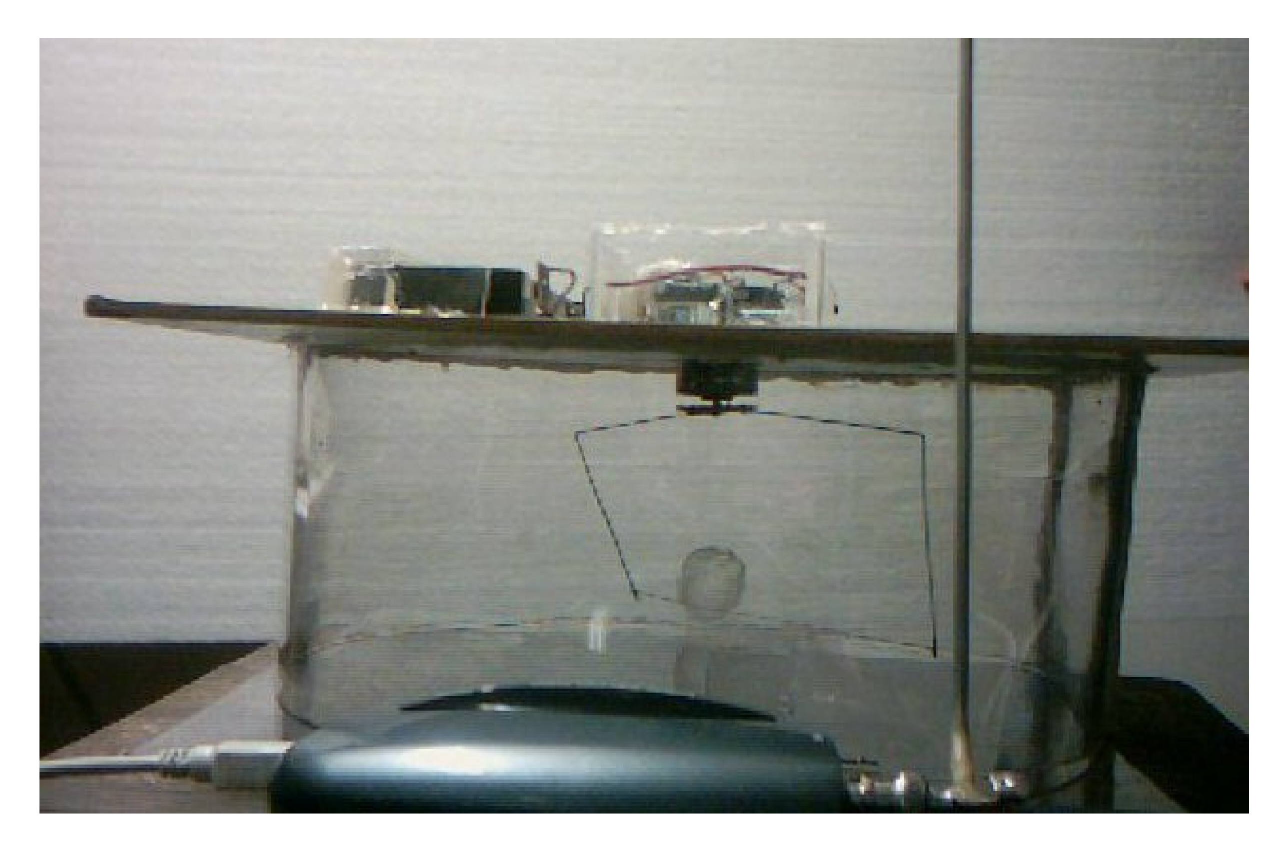
Die Bohrmaschine wird nun befestigt, zum Beispiel in einem Schraubstock oder mit Klebeband auf einer Tischfläche. Vor dem Anschalten der Bohrmaschine sollten die rotierenden Antennen mit einer nichtmetallischen Abdeckung versehen werden (Plastikeimer, Holzkiste etc.). Man kann nicht ausschließen daß die Antenne bei zu hoher Drehzahl bricht und ohne Abdeckung Verletzungen verursacht. Auch sollte die Drehzahl nur vorsichtig erhöht werden. Wenn der Motor zu unruhig läuft muß die Drehzahl sofort reduziert werden. Möglicherweise kann man durch einen exakteren Aufbau (die Antenne genau in der Mitte anlöten) einen ruhigeren Lauf erreichen. Das Verbiegen der Antenne durch die Fliehkraft kann man durch einen stärkeren Federstahldraht verringern.



Für Messungen haben wir uns nach dem gleichen Konstruktionsprinzip den folgenden Phasenschieber aufgebaut.



Im Vordergrund sieht man das SDS 200 Oszilloskop mit einer Antenne. Mit dieser Anordnung von Phasenschieber, Oszilloskop und Meßantenne haben wir unsere Messungen durchgeführt, die weiter unten beschrieben werden.



Seitenansicht des Phasenschiebers.



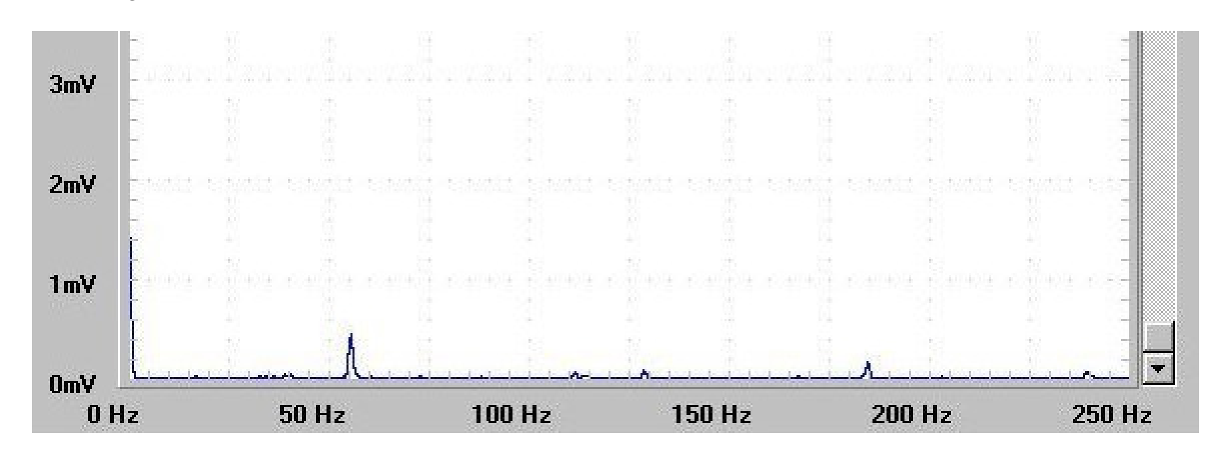
Die beiden Antennen.



Der Motor mit Schleifer und Antennenträger. Dieser Motor kann stufenlos in seiner Drehzahl von 0 bis ca. 5000 Umdrehungen pro Minute geregelt werden. 3000 Umdrehungen pro Minute entspricht 50 Umdrehungen pro Sekunde. Das durch Wellenüberlagerung der Mikrowellen (ca. 1 GHz) entstehende Niederfrequenzsignal muß in diesem Fall also eine Frequenz von 50 Hertz haben.

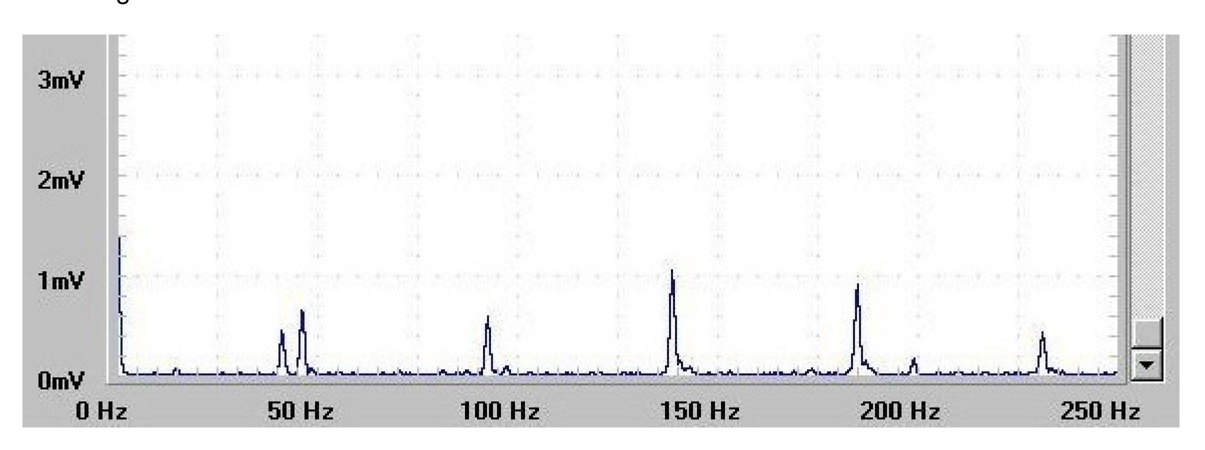
Dazu haben wir die folgenden Messungen durchgeführt. Es handelt sich um eine FFT Darstellung, das heißt daß die verschiedenen Frequenzanteile der gemessenen Schwingungen dargestellt werden. Obwohl wir die Messungen außerhalb des Hauses gemacht haben und alle Geräte mit Batterie betrieben worden sind, kann man auf jeder einzelnen Messung die 50 Hertz des Stromnetzes deutlich sehen. Um diese Störungen erkennen zu können haben wir zuerst eine Messung mit ausgeschaltetem Phasenschieber durchgeführt.

Messung 1



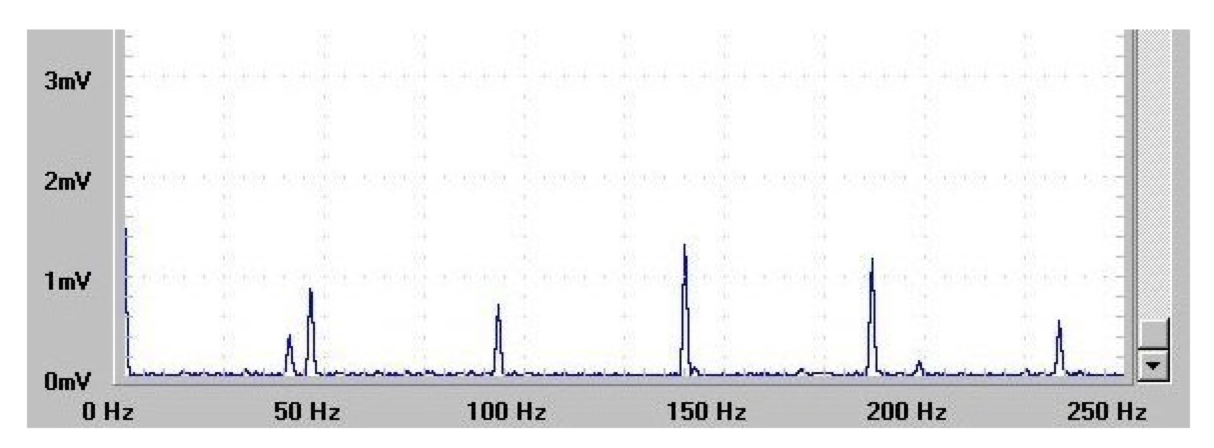

Diese Messung wurde bei ausgeschaltetem Sender und Motor gemacht.

Messung 2



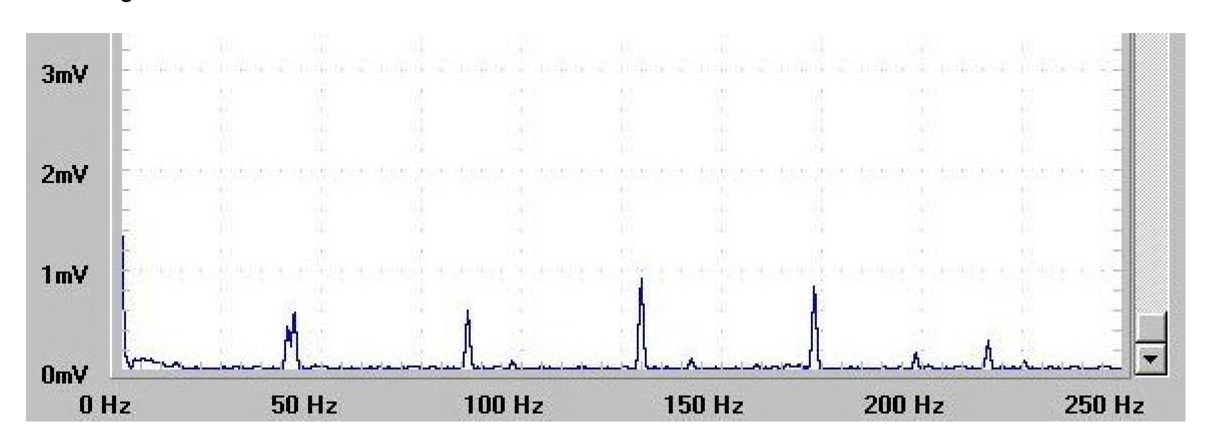

Diese Messung zeigt das gemessene Frequenzspektrum bei einer Umdrehungszahl des Motors von ungefähr 45 Umdrehungen pro Sekunde. Links neben der Frequenzspitze von 50 Hertz haben wir eine zweite Spitze mit einer Frequenz von etwas weniger als 50 Hertz. Hierbei handelt es sich um die durch Wellenüberlagerung hervorgerufene niederfrequente Schwingung. Die Frequenzanteile im Bereich von 100 Hertz, 150 Hertz, 200 Hertz und 250 Hertz sind die Oberwellen des durch die Phasenverschiebung der Mikrowellen erzeugten Niederfrequenzsignals.

Messung 3



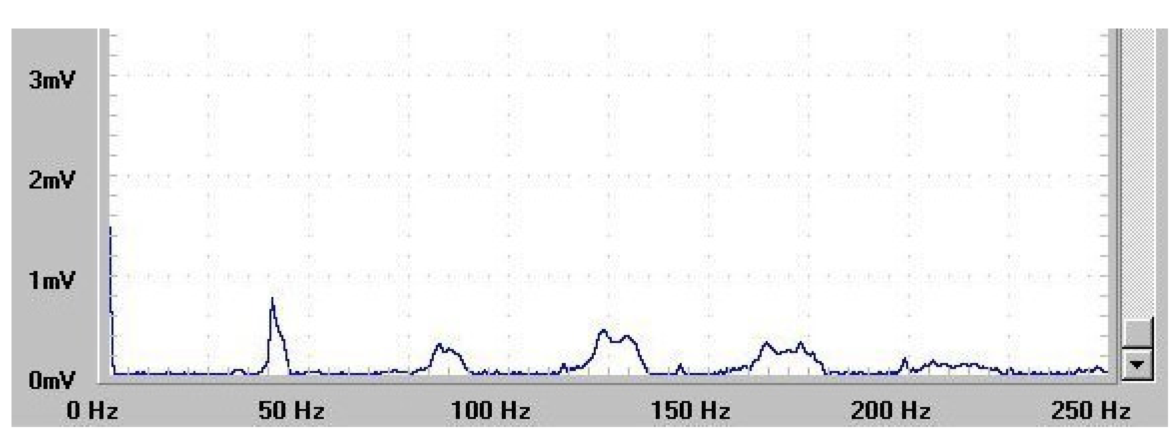

Bei dieser Messung sind die Oberwellen noch ausgeprägter.

Messung 4




Hier haben die erzeugten Niederfrequenzsignale fast die gleiche Frequenz wie die Stromversorgung (50 Hertz). Die beiden Spitzen liegen eng beieinander und überlagern sich zum Teil.

Messung 5



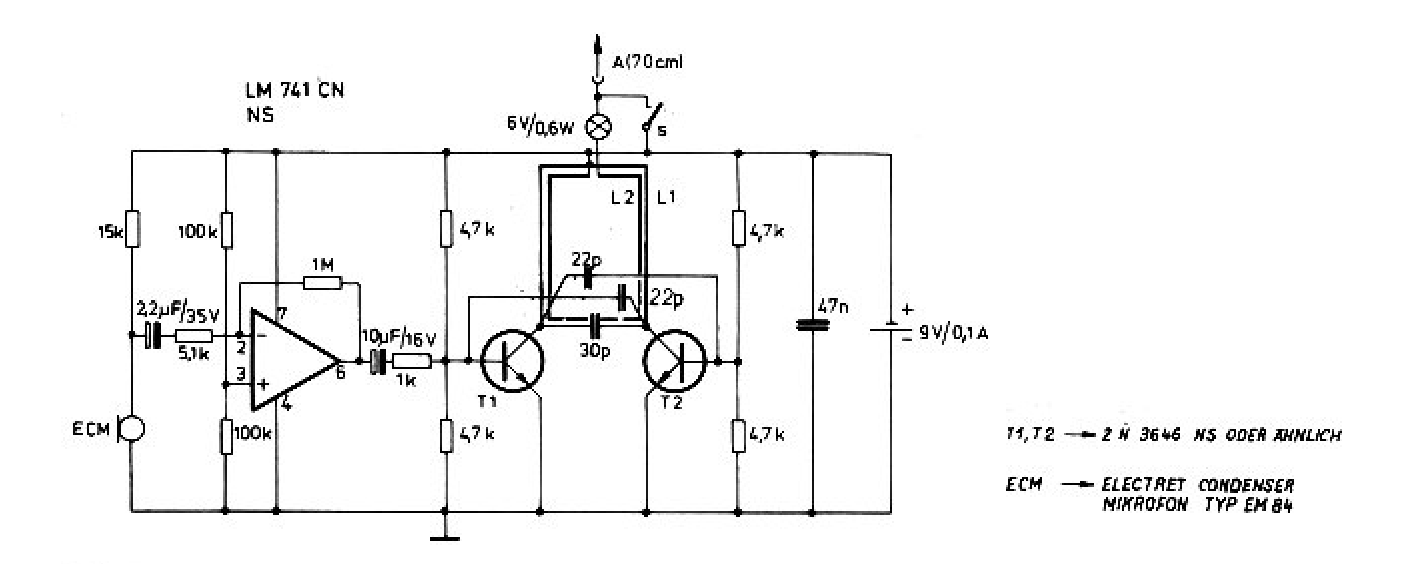

Während dieser Messung, die ja vom Oszilloskop über einen gewissen Zeitraum aufgezeichnet wird, haben wir die Drehzahl des Motors kontinuierlich verändert. Als Ergebnis erhalten wir keine ausgeprägte Frequenzspitze. Stattdessen sehen wir mehrere Frequenzbänder weil die Frequenz des entstehenden Signals sich während des Aufzeichnungszeitraums (ca. 0,5 Sekunden) in Abhängigkeit von der Drehzahl des Motors geändert hat.

Von mehreren Personen wurde uns bestätigt daß sie beim Betrieb des Gerätes eine leichte Wirkung gespürt haben. Ob diese Wirkung ausschließlich durch die beschriebene Versuchsanordnung hervorgerufen wurde oder ob Mitarbeiter von Bundesnachrichtendienst und/oder Verfassungsschutz "dazwischengefunkt" haben muß noch überprüft werden. Wenn das nicht der Fall sein sollte ist es doch überaus erstaunlich, daß mit einer so geringen Sendeleistung (vielleicht 0,3 Watt) eine leichte, aber doch deutlich spürbare biologische Wirkung zu erzielen ist. Bei Verwendung des Senders mit den Transistoren 2n3553 oder 2n3866 war die Wirkung ebenfalls schwach aber deutlicher, da dieser Sender eine Ausgangsleistung von 1 Watt hat.

Wer die Möglichkeit hat diesen Versuch mit mehr Leistung durchzuführen sollte in der Lage sein, eine biologische Wirkung hervorzurufen. Es empfiehlt sich aber in diesem Fall den Frequenzbereich um 50 Hertz für diese Versuche zu meiden. Ströme mit einer Frequenz um 50 Hertz sind besonders gefährlich, da sie Herzkammerflimmern auslösen und dadurch schnell zum Tod führen können.
Aus Mangel an stärkeren Transistoren haben wir uns bisher mit dieser geringen Sendeleistung begnügen müssen. Vor 10 bis 12 Jahren waren sehr leistungsstarke Transistoren noch über die Ladentheke erhältlich. Heute handelt es sich dabei um Bückware, die man nur mit besonders guten Beziehungen organisieren kann. Wie man einer örtlichen Zeitung entnehmen konnte, haben nicht einmal mehr Amateurfunker Zugriff auf Ersatzteile. Sie benötigten einige Jahre um eine durch einen Sturm zerstörte Relaisstation wieder in Stand zu setzen. Es hieß daß Ersatzteile nicht beschafft werden konnten.

# Mikrowellensender

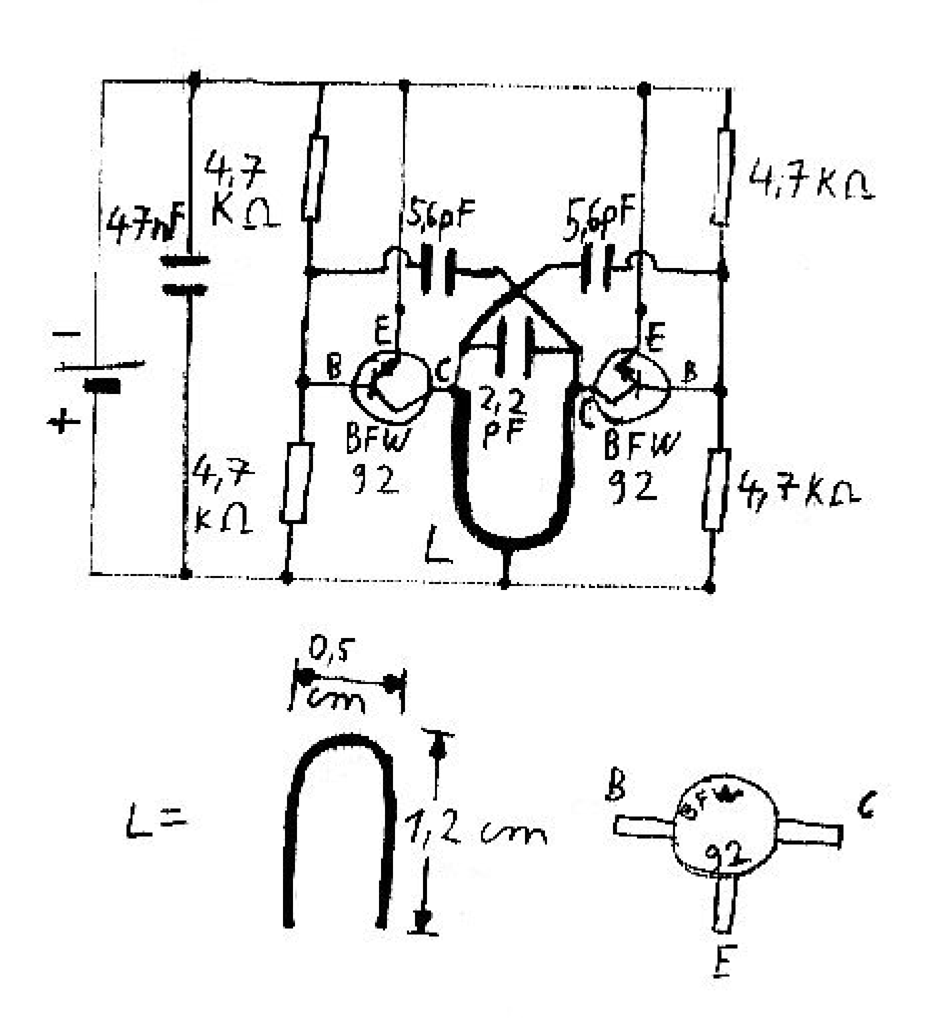
Günther Wahl gibt in seinem Buch "Minispione 3", Stuttgart 1976 auf Seite 60 den folgenden Schaltplan eines UKW-Senders mit einer Leistung von ungefähr 200 Milliwatt an.



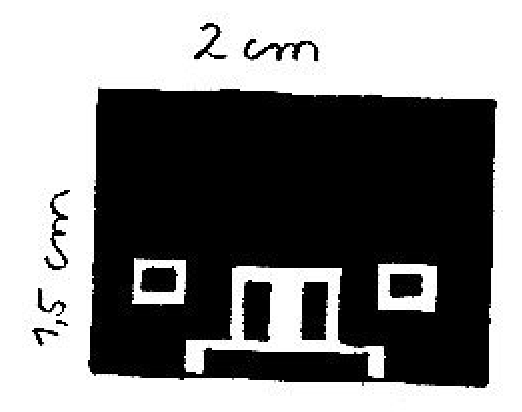

In diesen Sender werden anstelle der ursprünglichen Transistoren Mikrowellentransistoren vom Typ BFW 92 eingebaut. Außerdem müssen zur Erzielung der höheren Frequenz eine andere Spule und ein anderer Schwingkreiskondensator eingesetzt werden. Mit der Verstärkerschaltung und dem Mikrofon des vorhergegangenen Bildes läßt sich auch dieser Sender zur Übertragung von Sprache verwenden, wobei der Ausgang des Verstärkers ebenfalls auf die Basis eines der Transistoren gegeben wird. Dieser Sender kann mit einer Spannung von 3 - 5 Volt betrieben werden und arbeitet, je nach Spulengröße und Kondensatorkapazität im Bereich von ca. 1 GHz. Da die Transistoren BFW 92 für eine Frequenz von bis zu 1,6 GHz ausgelegt sind, läßt sich sicher noch eine etwas höhere Frequenz erreichen. Es gibt aber auch ähnliche Transistoren, die weitaus höhere Frequenzen erreichen können:

BFR 34 bis 3,3 GHz
BFR 34A bis 4,5 GHz
BFR 90, BFR 91, BFR 92 und BFR 93 bis 5 GHz

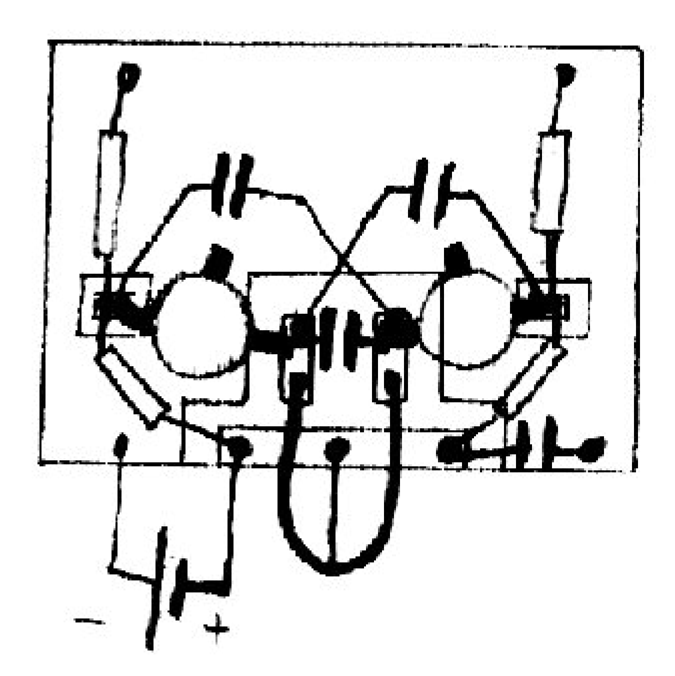
Daß die Schaltung mit diesen Transistoen funktioniert und eine entsprechend viel höhere Frequenz als die erwähnten 1 GHz zu erreichen ist, bleibt auszuprobieren. Dazu müßte auch der Schwingkreis aus Spule und Kondensator angepaßt werden. Die Frequenz des Senders können Sie mit einem Empfänger feststellen (z.B. www.winradio.com. Stellt solche Empfänger her) oder mit einer Lecherleitung (siehe Beitrag in diesem Kapitel).




Die Schaltung wird auf einer doppelseitig kupferbeschichteten Platine aufgebaut. Zu diesem Zweck werden die auf dem Bild weißen Stellen entweder durch Ätzen entfernt oder einfach abgeschliffen. Die rückseitige Kupferbeschichtung wird ebenfalls mit Masse ( - ) verbunden. Die angegebenen Maße stellen natürlich nur Richtwerte dar. Generell ist aber bei Mikrowellensendern auf einen möglichst kompakten Aufbau mit kurzen Verbindungsleitungen zu achten.



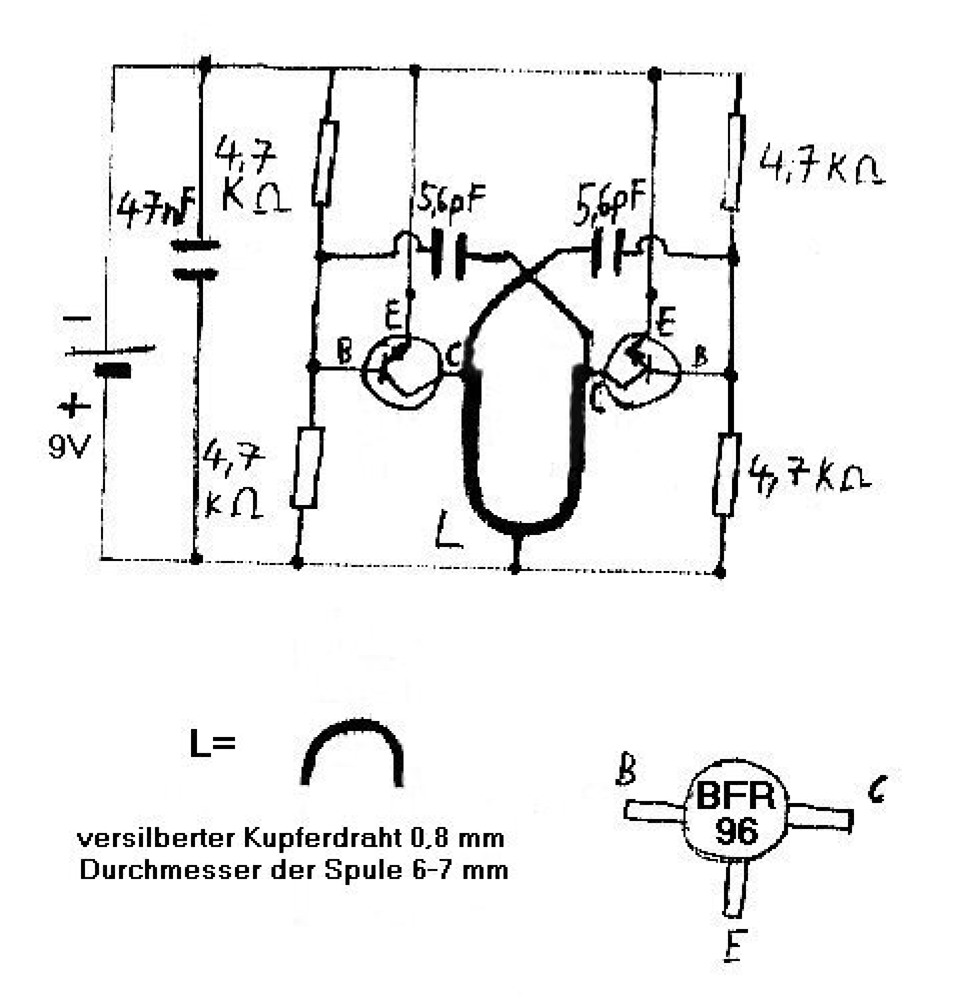
Dieses Bild gibt eine Zeichnung der Anordnung der Bauteile auf der Platine wieder.



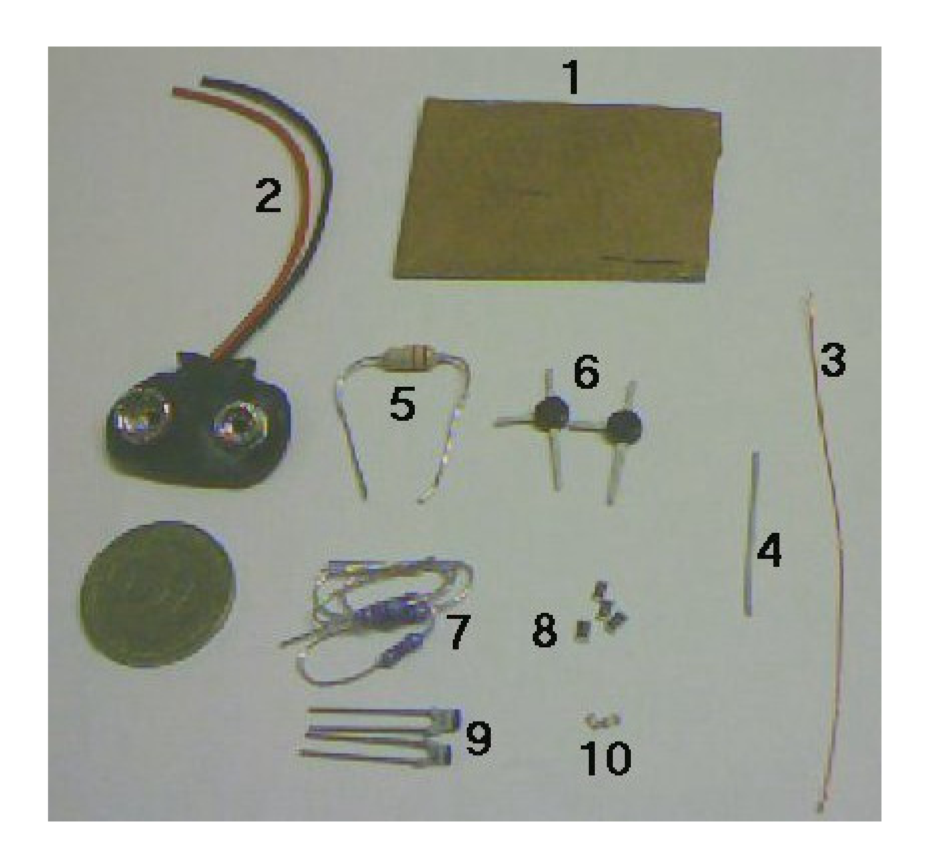

Man kann an diesen Mikrowellensender eine Antenne anschließen. Dazu wird ein isolierter Draht möglichst nahe an der Spule angelötet und ein oder zwei Windungen an der Spule entlang geführt. Am anderen Ende dieser Ankopplung wird eine Antenne mit einer Länge angeschlossen, die 1/4 der Wellenlänge beträgt. Diese Antenne kann z.B. aus einem Kupferlackdraht bestehen.

# Mikrowellensender 2: Eine Bauanleitung

Im folgenden haben wir beschrieben wie man einen Mikrowellensender für eine Frequenz um 1 GHz selber baut. Zuerst der Schaltplan:




Es handelt sich im Prinzip um den gleichen Mikrowellensender wie im Beitrag „Mikrowellensender“ beschrieben. Allerdings werden hier die leistungsfähigeren Transistoren BFR 96 verwendet, die Abmaße der Spule haben sich geändert und es ist kein Schwingkreiskondensator vorhanden, da die Kapazität der Transistoren ausreicht. Im folgenden Bild sind alle notwendigen Bauteile zu sehen.




**1** Doppelseitig mit Kupfer beschichtete Platine

**2** Batterieclip

**3** Kupferlackdraht ca. 0,2 mm Durchmesser

**4** Versilberter Kupferdraht ca. 0,5 - 0,8 mm Durchmesser

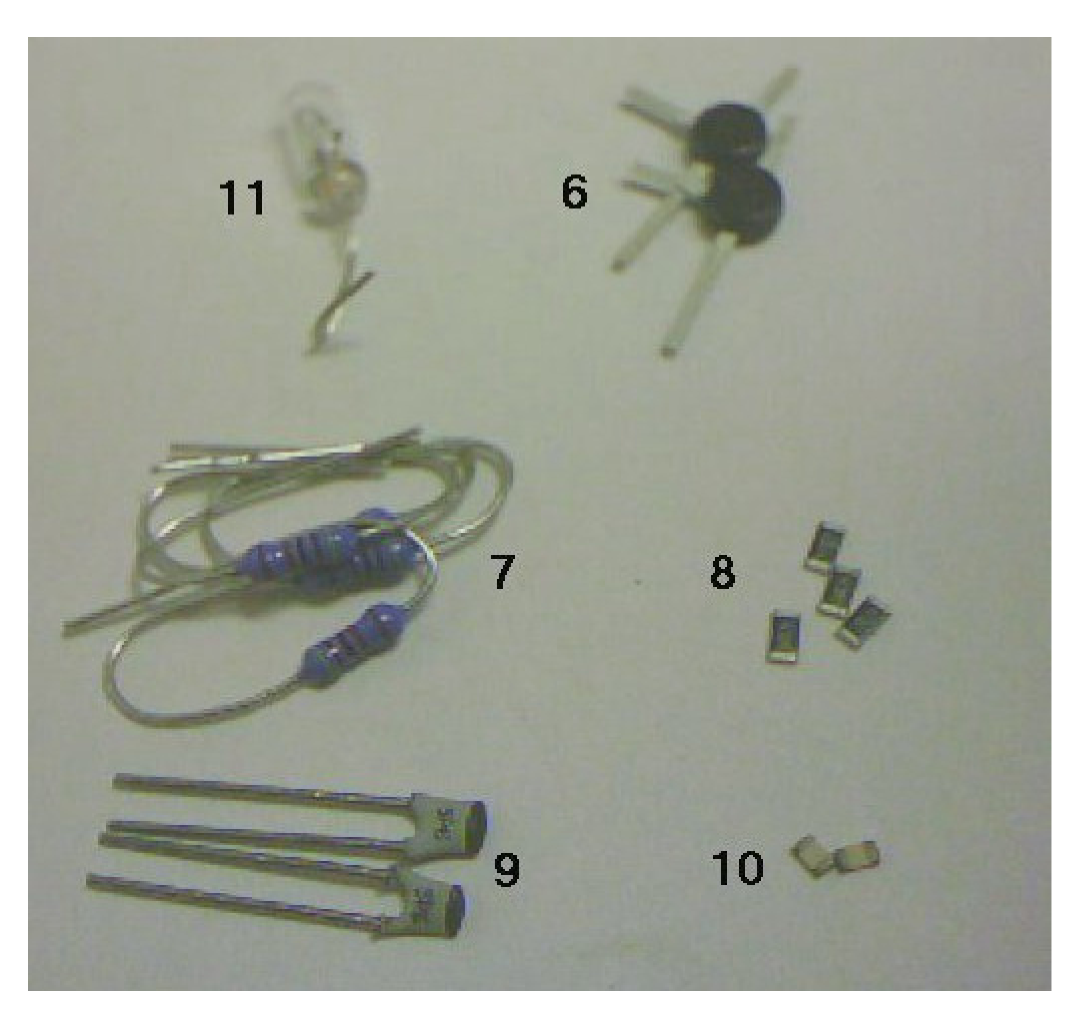
**5** UKW Drossel (ca. 1Mikrohenry)

**6** 2 Transistoren BFR 96

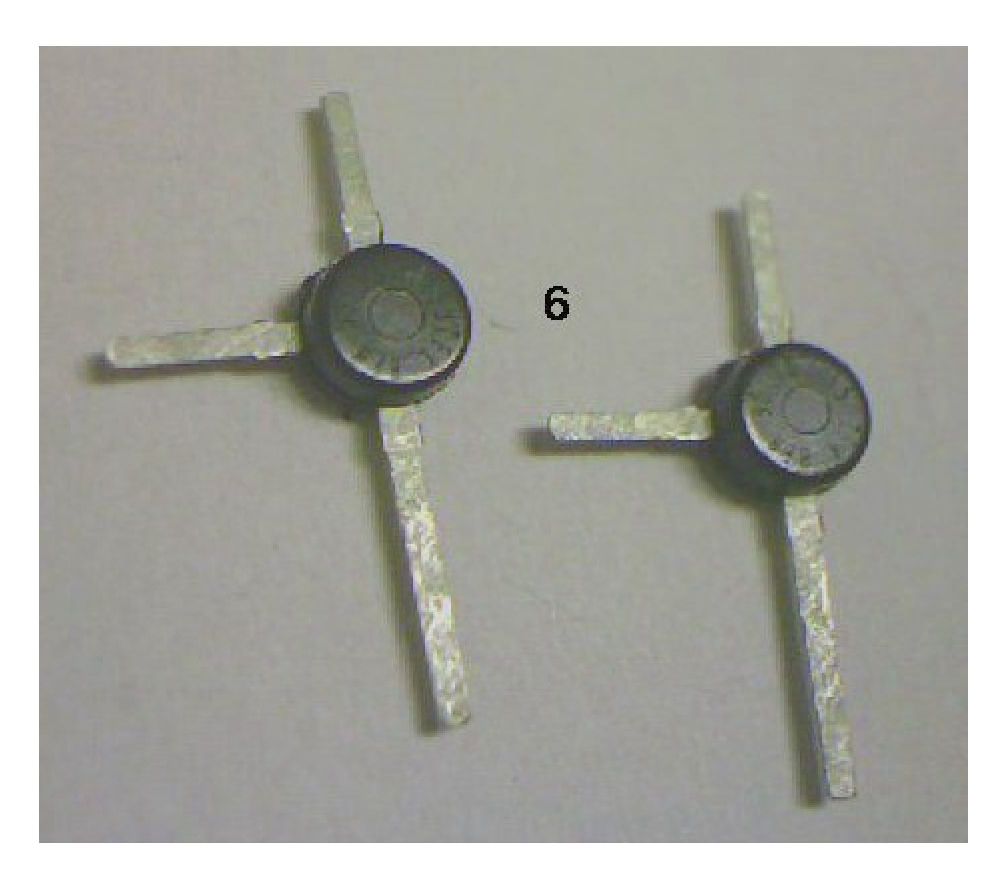
**7/8** 4 Widerstände 4,7 Kiloohm (verwendet werden entweder Standardbauteile Nr. 7, oder SMD Bauteile Nr. 8

**9/10** Kondensatoren 5,6 oder 5 Pikofarad

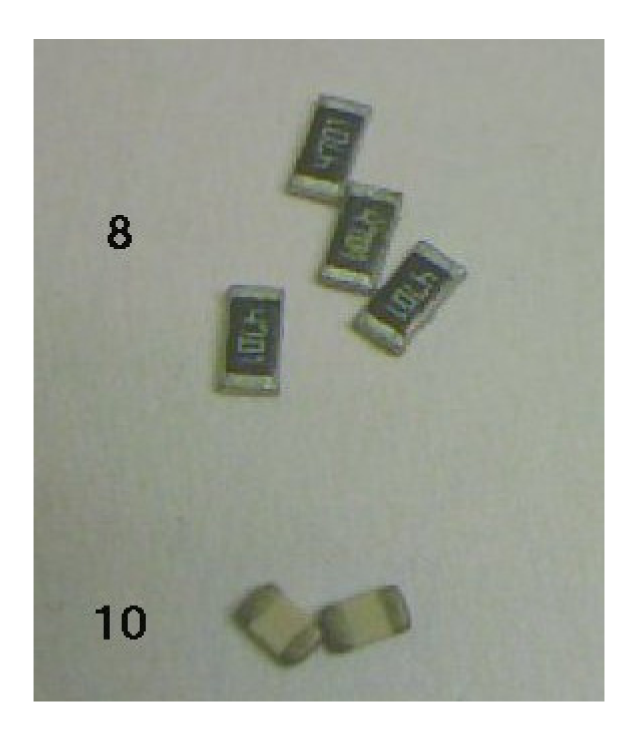
**11** Glühbirne 12 V, 20 Milliampere oder 5 V, 20 Milliampere (100 oder 200 Milliwatt)



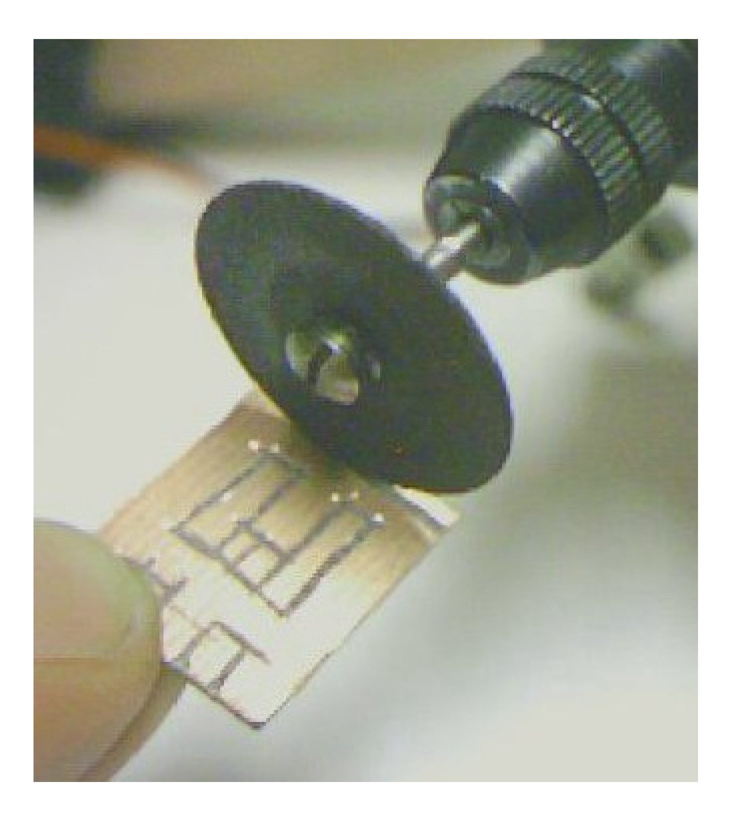

Die herkömmlichen Widerstände (7) und Kondensatoren (9) auf der linken Seite sind bereits die kleinsten üblicherweise erhältlichen Bauteile. Rechts davon befinden sich SMD Widerstände (8) und Kondensatoren (10). Wer es sich zutraut die SMD Bauteile aufzulöten, obwohl sie so klein sind, sollte sie auf jeden Fall verwenden. Sie benötigen weniger Platz und erlauben einen kompakteren Aufbau was für Mikrowellensender immer vorteilhaft ist.



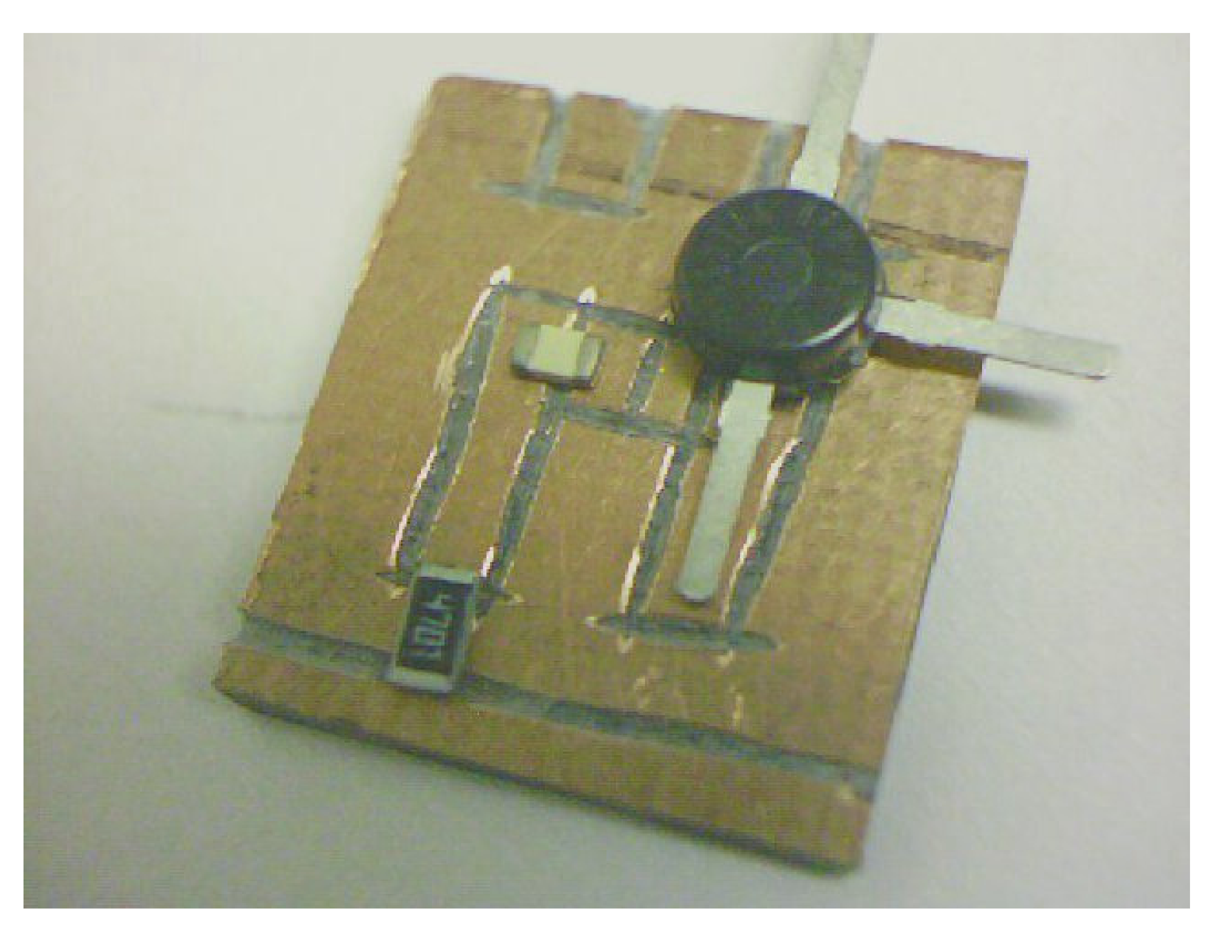

Die zwei Transistoren BFR 96.




SMD Widerstände (8) und Kondensatoren (10). Wer ungeübt ist, sollte jeweils 1-2 Widerstände und Kondensatoren mehr kaufen als er benötigt, denn sie gehen leicht verloren.

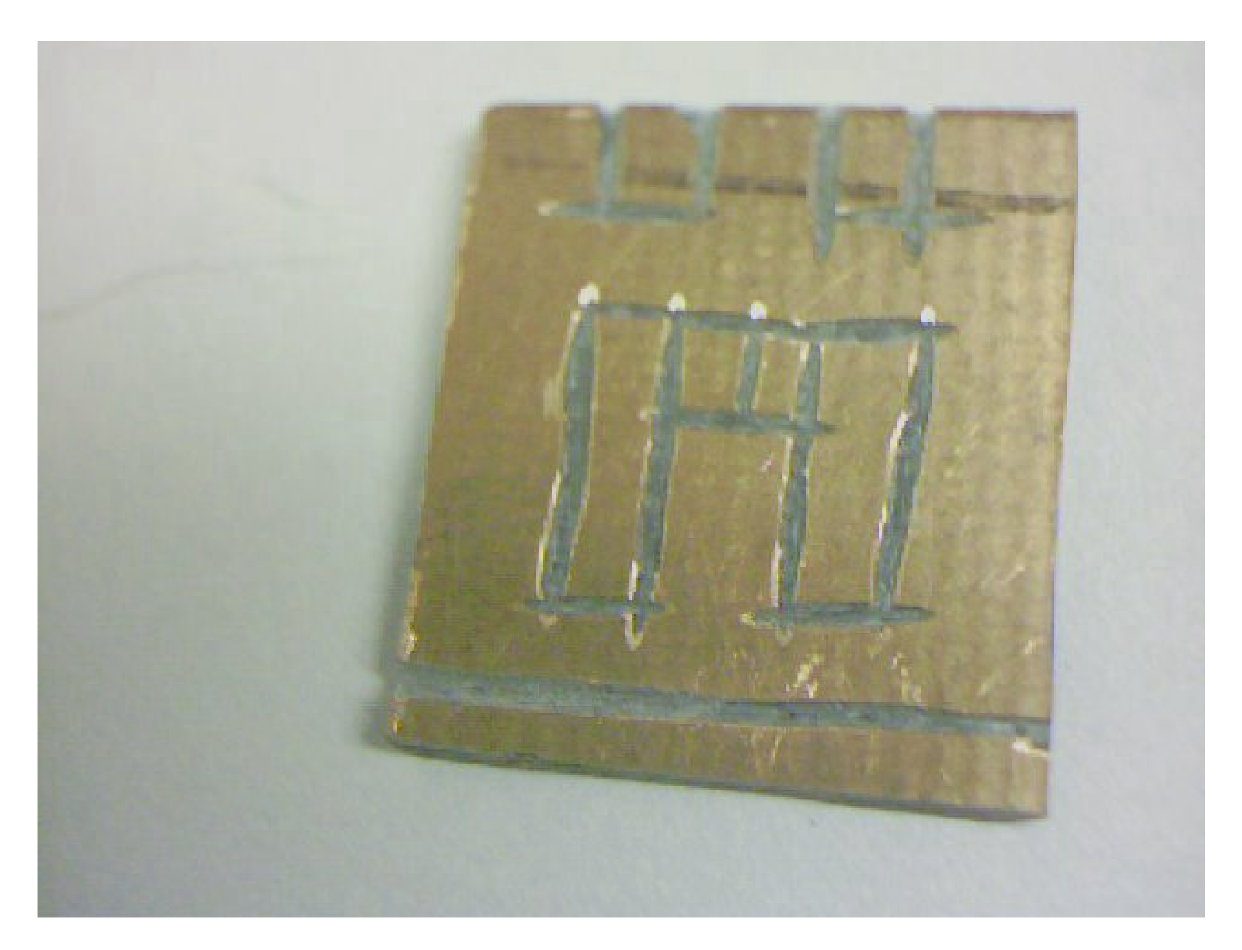


Mit einer Miniaturbohrmaschine und einer Trennscheibe wird die Kupferfolie auf der Platine vorsichtig zurechtgeschliffen um die Lötstellen herzustellen.

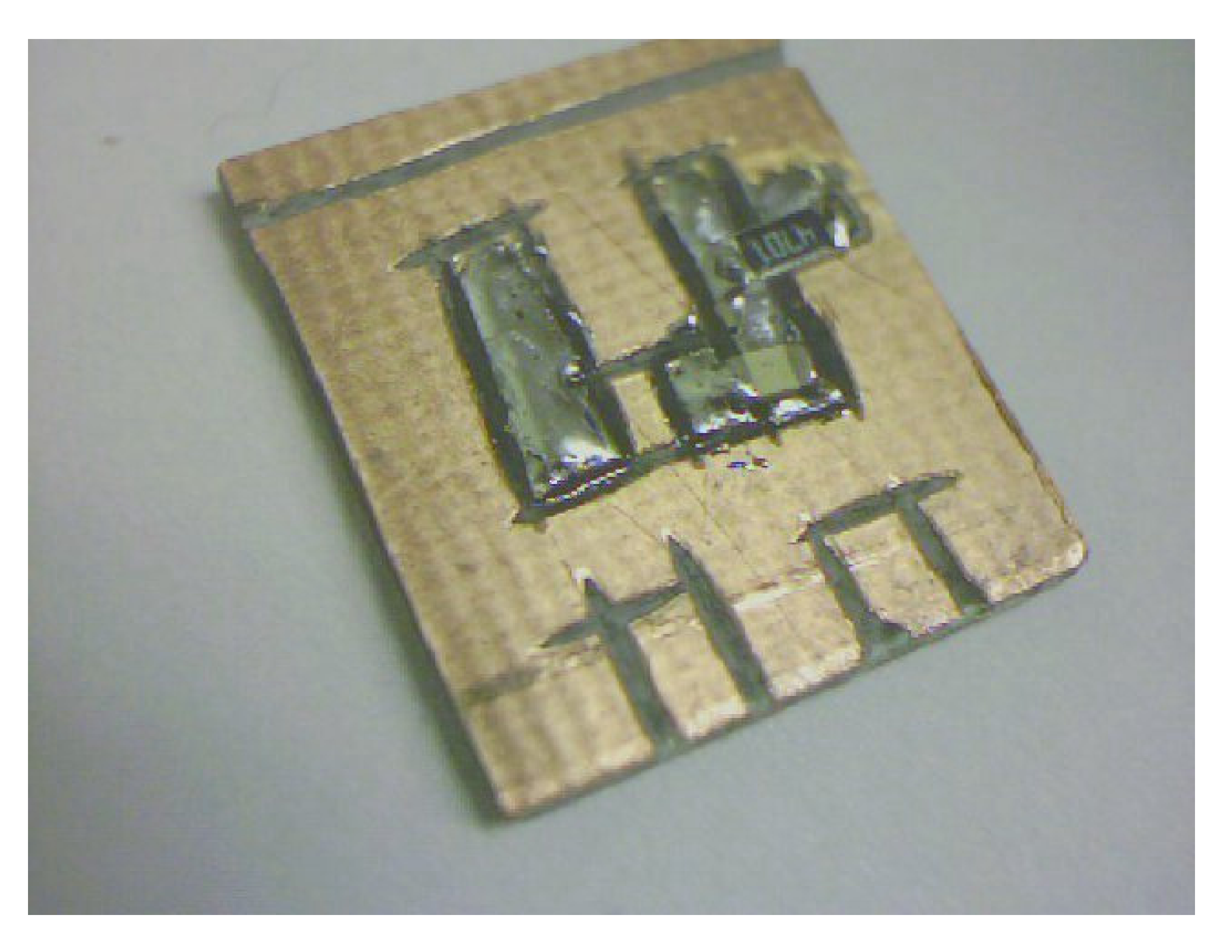


Beim Fräsen orientiert man sich an der Größe der Bauteile. Dazu kann man sie zwischendurch zur Kontrolle jeweils einzeln an die entsprechende Stelle legen um zu kontrollieren, ob die Lötstelle sich

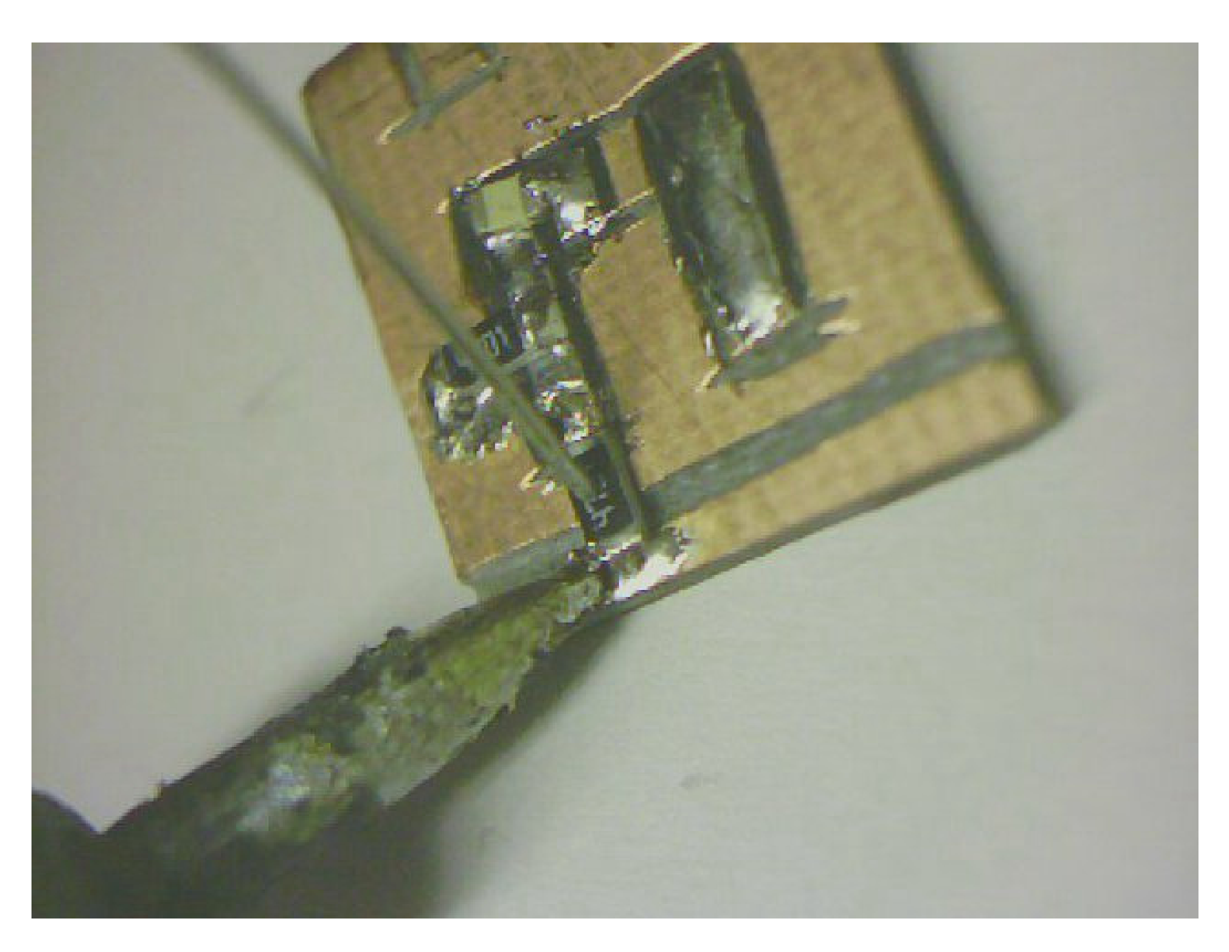
am richtigen Platz befindet und die richtige Größe hat. Weiter unten finden Sie ein Bild des fertigen Senders, das Sie als Vorlage für das Layout der Schaltung nehmen können. Wenn ein Schnitt mit der Trennscheibe an der falschen Stelle oder zu groß gemacht worden ist, so sollte man eine neue Platine anfertigen. Wer entsprechendes Werkzeug hat, kann die Platine natürlich auch ätzen. Notfalls kann man auch mit einem kleinen scharfen Messer (kleines Teppichmesser) die Kupferplatine an den entsprechenden Stellen zuerst durchtrennen und dann vorsichtig abkratzen ohne sich in die Finger zu schneiden.



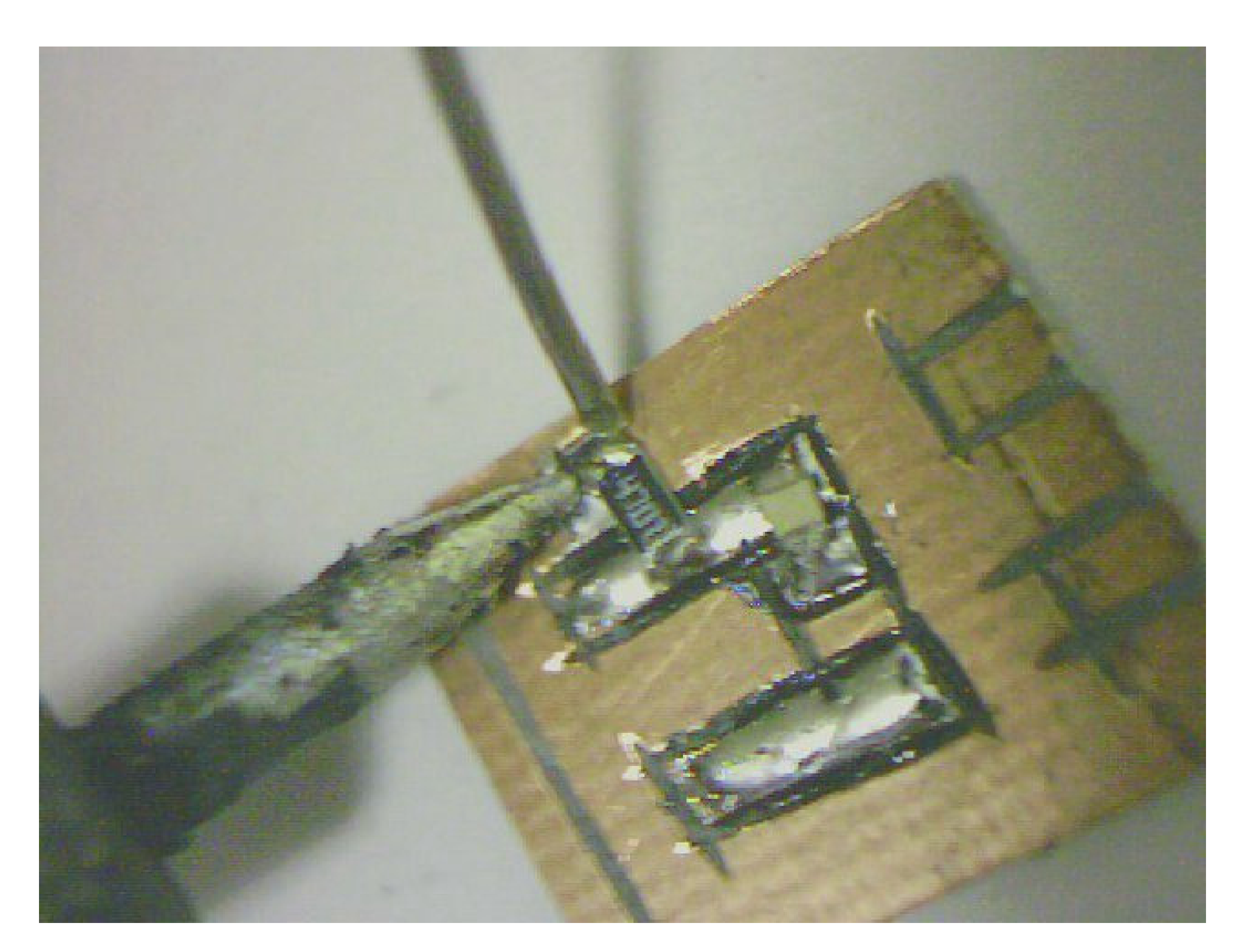
Die fertige Platine.



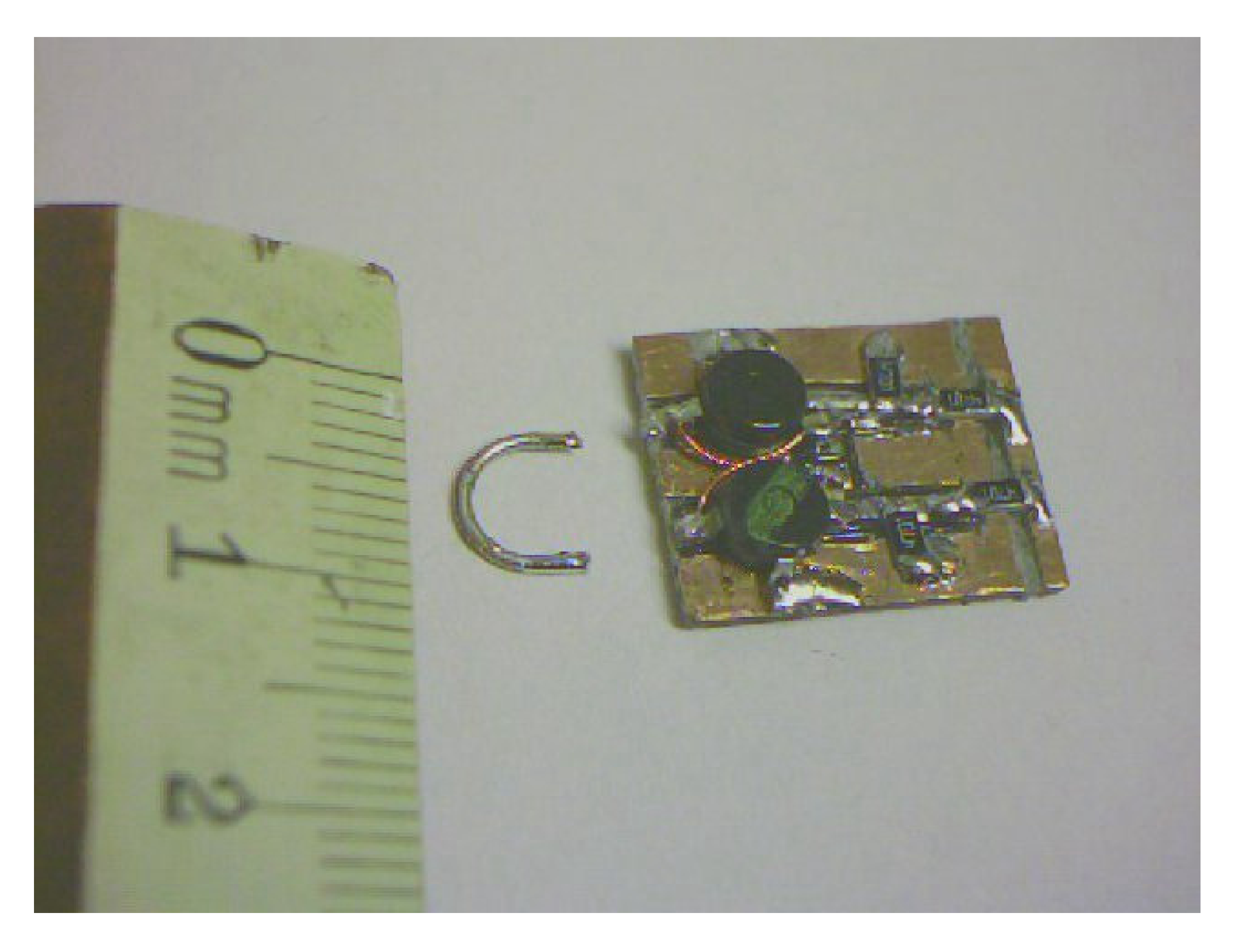
Zuerst werden die Lötpunkte mit sowenig Lötzinn wie möglich verzinnt, ohne daß Verbindungen zwischen den einzelnen Lötstellen entstehen.



Die Widerstände und Kondensatoren werden aufgelötet. Dazu wird das Bauteil an der richtigen Stelle auf die Platine gelegt und mit einem Stück Draht oder mit einer Pinzette festgehalten. Eine Lötstelle wird kurz erhitzt, so daß das Bauteil festsitzt.

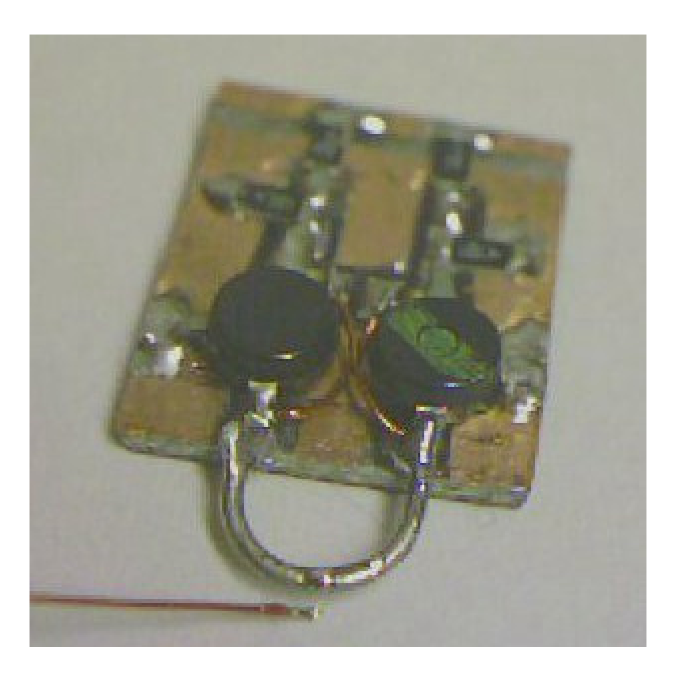


Dann wird die andere Lötstelle mit ganz wenig Lötzinn angelötet. Zuletzt kann die erste Lötstelle noch einmal mit ganz wenig Lötzinn nachgelötet werden. Zum Löten verwendet man einen Lötkolben mit möglichst geringer Leistung (10 oder 15 Watt) und dünner Lötspitze. Der Lötkolben wird wie auf dem Bild zu sehen so angesetzt daß Bauteil und Platine gleichzeitig erhitzt werden, wobei das Lötzinn nicht direkt auf die Lötspitze sondern an die Lötstelle gegeben wird. Es reicht vollkommen das Lötzinn ganz kurz zu erhitzen und den Lötkolben sofort wegzuziehen nachdem es geschmolzen ist. Dabei sollte man aufpassen, daß das Lötzinn keine Verbindung zwischen den einzelnen Lötstellen herstellt. Deswegen ganz wenig Lötzinn verwenden und die Lötstellen nur kurz, ca. 1-2 Sekunden oder noch kürzer erhitzen.




Nachdem Widerstände und Kondensatoren eingelötet sind, werden die beiden Transistoren montiert. Wie man sieht ist der eine mit der Beschriftung nach oben und der andere mit der Beschriftung nach unten aufgelötet, damit die Anschlüsse an die richtige Stelle kommen. Deshalb beim einlöten auf den Schaltplan achten und mit der Zeichnung des Transistors vergleichen. Nur wenn jeder Anschluß an der richtigen Stelle verlötet ist, kann die Schaltung funktionieren. Nach dem Montieren der Transistoren wird die Verbindung zwischen Basis (B) und Spule hergestellt (im Bild die roten Kupferlackdrähte). Diese verlaufen über Kreuz, das heißt vom oberen Ende der Spule geht ein Draht an die Basis (B) des unteren Transistors und von dem unteren Ende der Spule an die Basis (B) des oberen Transistors.

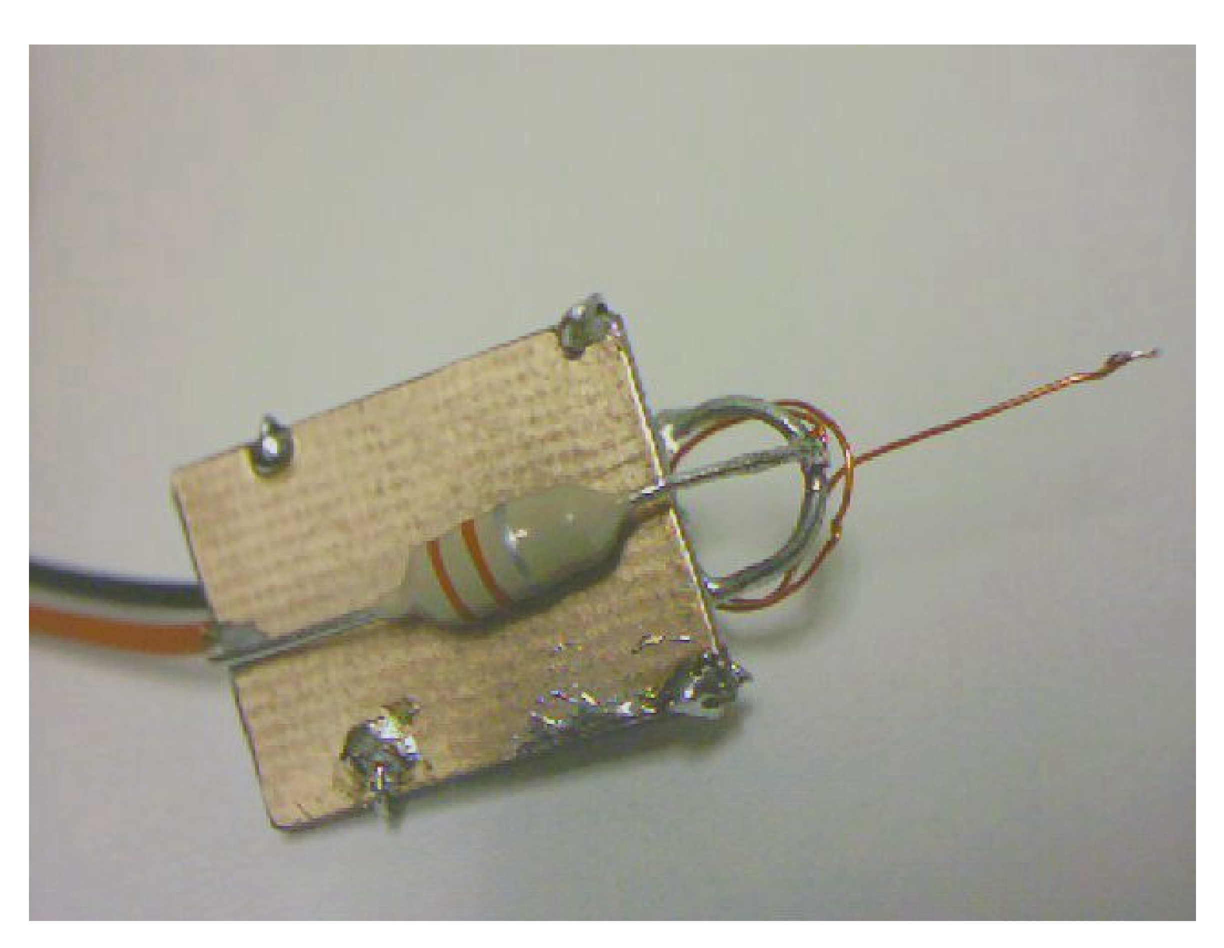
Nun wird der Silberdraht zur halbkreisförmigen Spule (Durchmesser 6-7 mm) gebogen. Danach wird die Spule angelötet.



Nun wird die Antenne in der Mitte der Spule an der Stelle angelötet, wo auch die Plusleitung der Stromversorgung angeschlossen wird.



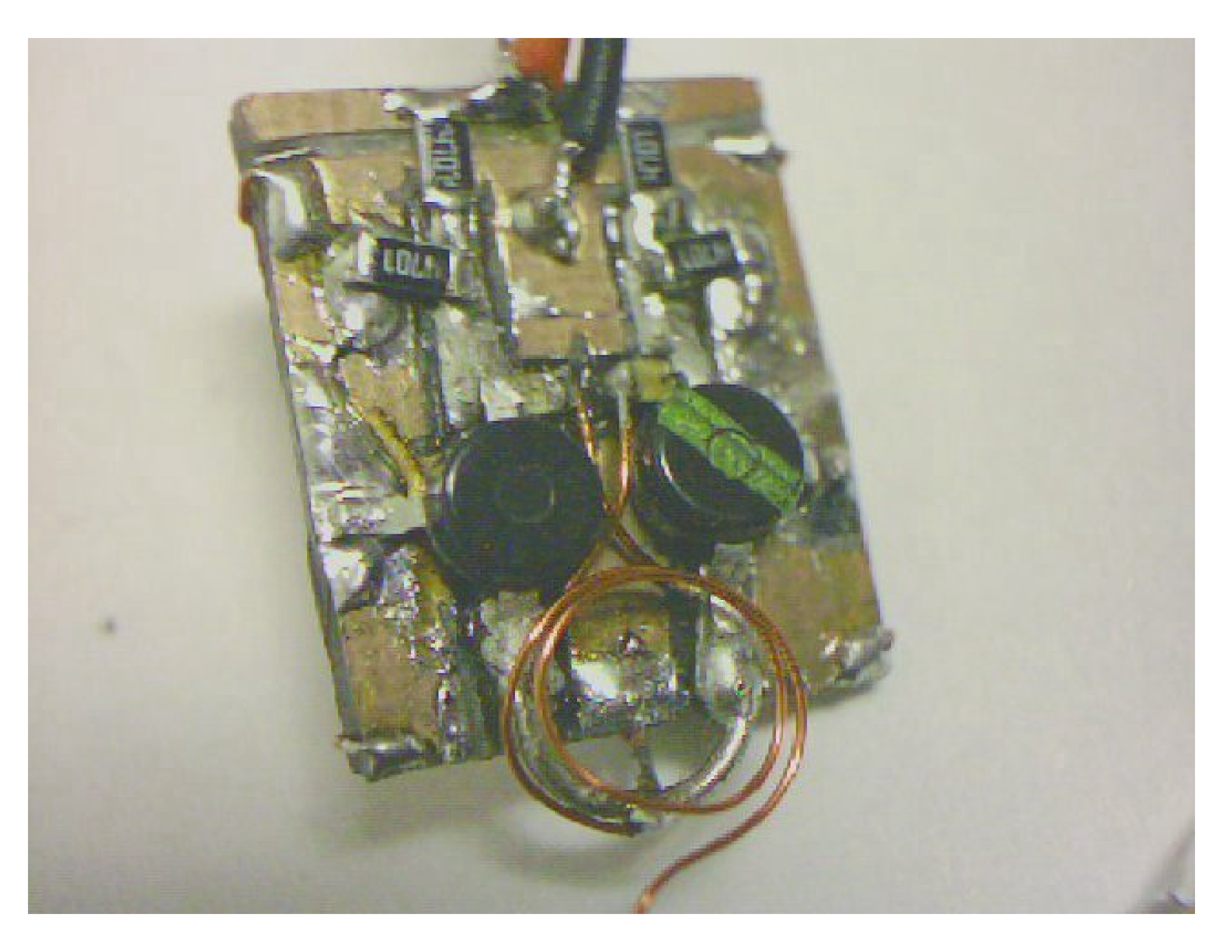
Die Antenne wird nun ein oder zwei Windungen entlang der Schwingkreisspule gewickelt, damit eine Übertragung der Hochfrequenz auf die Antenne erfolgt.



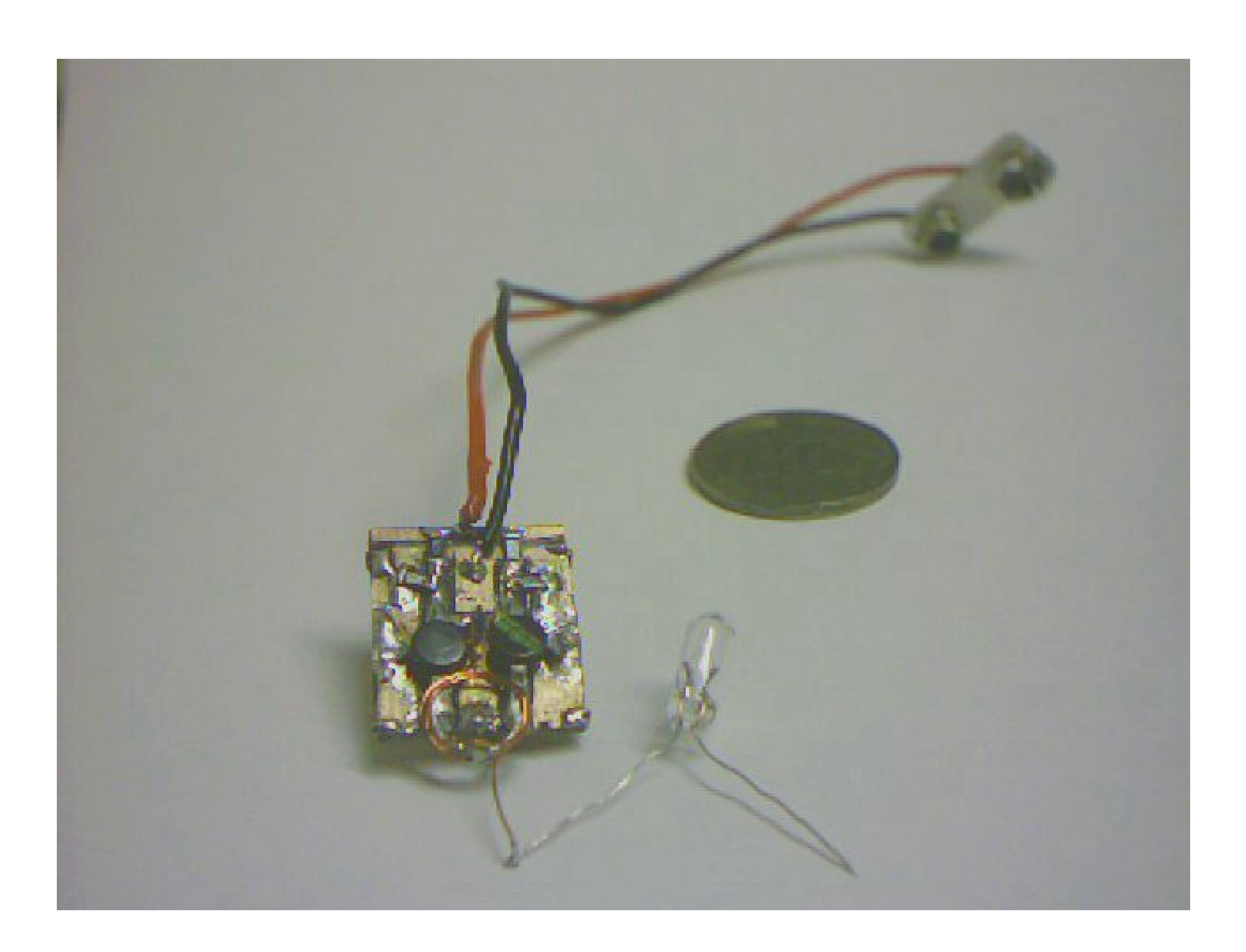
Nun wird auf der Rückseite die UKW Drossel an die Mitte der Spule gelötet. Dabei aufpassen daß die Antenne angelötet bleibt. Notfalls die Antennenspule mit etwas Klebstoff befestigen. Auf der anderen Seite wird die Zuleitung der UKW Drossel um die Platine herumgeführt, und an der Lötfläche für die positive Stromversorgung angelötet. Es darf keine Verbindung zwischen der Unterseite der Platine und der Zuleitung der UKW Drossel geben. Dazu muß am Rand der Platine möglicherweise die Kupferbeschichtung entfernt werden (links im Bild). Jetzt wird die Unterseite der Platine mit der negativen Leiterbahn an der Oberfläche verbunden. Dazu wird ein Stück dünner Draht an allen vier Ecken über die Kante der Platine gelötet. Aber Vorsicht: Keine Verbindung zur positiven Leiterbahn auf der Oberseite herstellen.



Hier noch einmal eine der Verbindungen zwischen der Oberseite und der Unterseite der Platine. Bei Mikrowellensendern wird in der Regel die untere Seite mit der negativen Stromversorgung verbunden.



Zum Schluß werden an den fertigen Sender die Stromzuleitungen für Plus und Minus angelötet (oberer Bildrand).

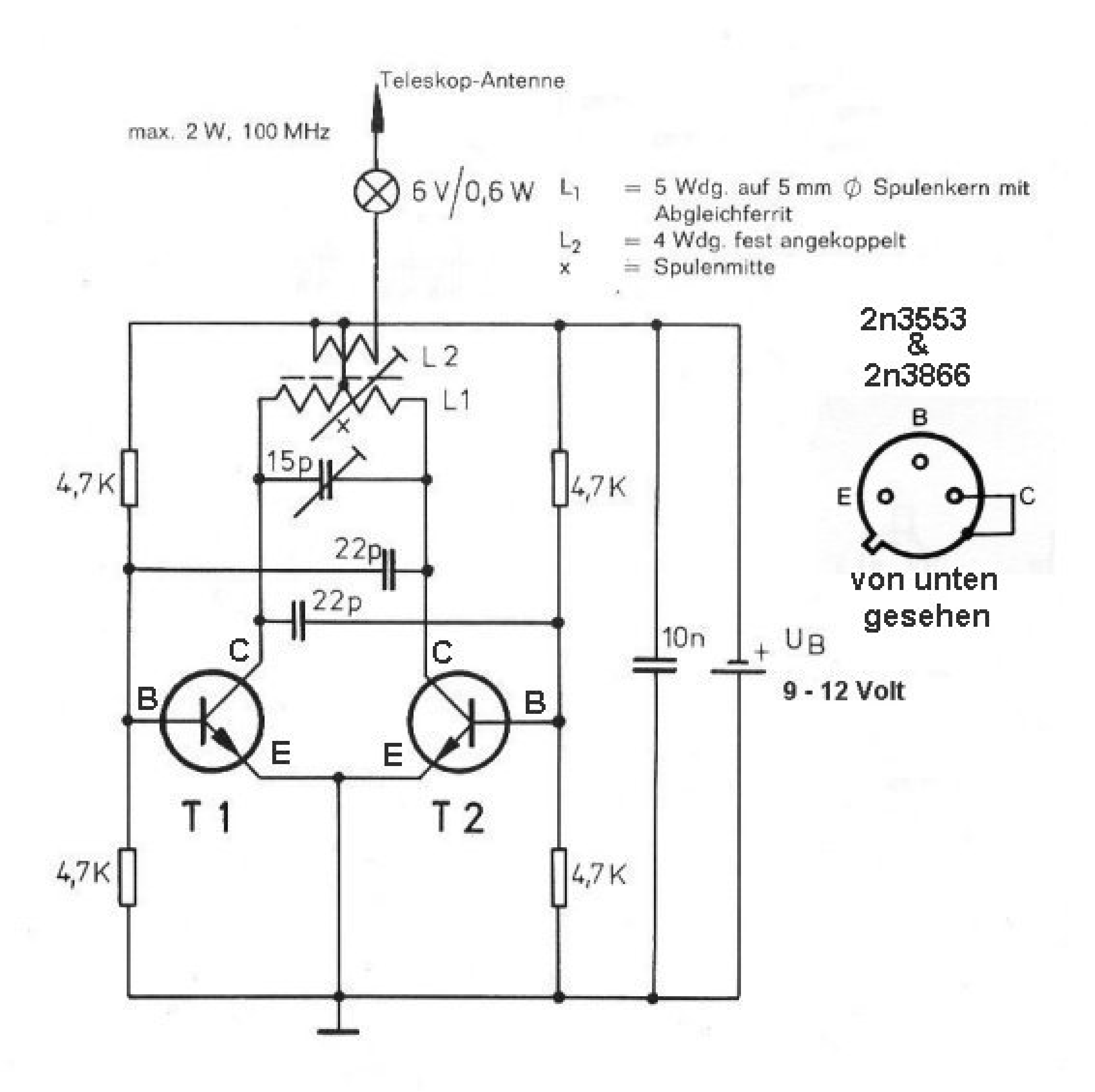


Der fertige Sender mit Stromzuleitung. Verwendet wird eine 9 Volt Blockbatterie oder ein Netzgerät. Bei zu hoher Spannung (z.B. 12 Volt) werden die Transistoren zerstört. An die Spule (Kupferlackdraht) ist die Glühbirne angelötet. An deren anderer Seite wird eine auf die Sendefrequenz abgestimmte Antenne angelötet (1/4 der Wellenlänge, also bei 1 GHz 7,5 cm). Wenn der Sender an die Stromversorgung angeschlossen wird und die Antenne an die Glühbirne, leuchtet diese auf wenn der Sender funktioniert. Falls der Sender nicht funktioniert, überprüft man die gesamte Schaltung auf richtige Montage der Bauteile, auf Kurzschlüsse zwischen den Leiterbahnen durch zuviel Lötzinn sowie darauf daß die Transistoren nicht zerstört sind, was leicht durch Verpolen der Stromversorgung oder zu hohe Spannung passieren kann. Die Transistoren prüft man mit einem Vielfachmeßgerät das auch über einen Transistorprüfer oder einen Diodenprüfer verfügt. Wie das gemacht wird steht in der Anleitung des Meßgerätes. Mit diesem Meßgerät kann man auch prüfen ob es Kurzschlüsse zwischen den Leiterbahnen gibt, zum Beispiel durch zuviel Lötzinn unter den Bauteilen.

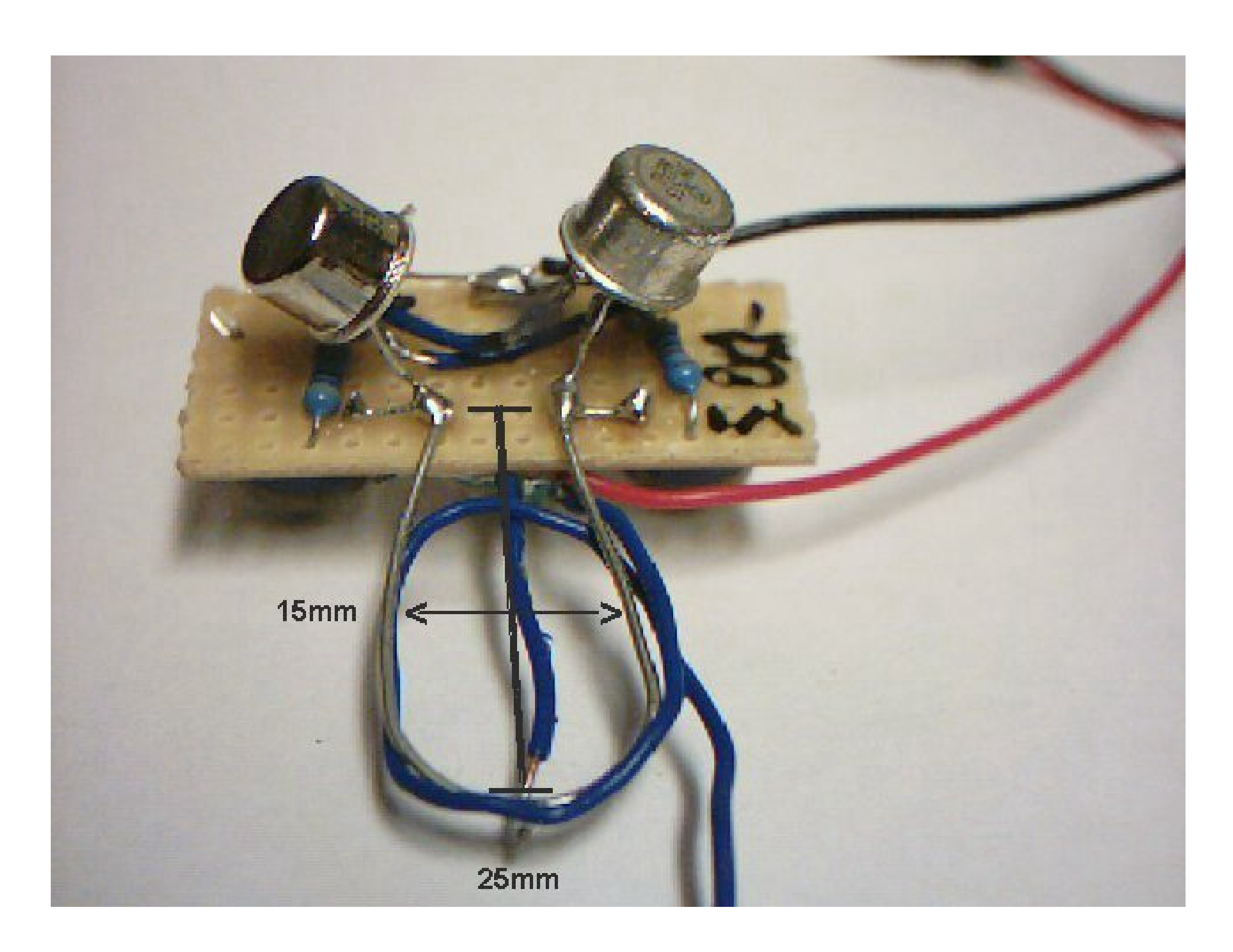
Die Frequenz des Senders kann durch Veränderung der Spule verändert werden, wenn die Spule vergrößert wird sinkt die Frequenz und wenn die Spule verkleinert wird erhöht sich die Frequenz. Die genaue Frequenz des Senders kann mit einem Scanner oder mit einem Frequenzzähler gemessen werden der diesen Bereich abdeckt. Wer aber nicht soviel Geld ausgeben möchte, kann ein einfaches und preiswertes Meßgerät für Frequenz und Wellenlänge aus den Anfängen der Funktechnik, die Lecherleitung verwenden.

# Sender 100 MHz bis 600 MHz, 1-2 Watt

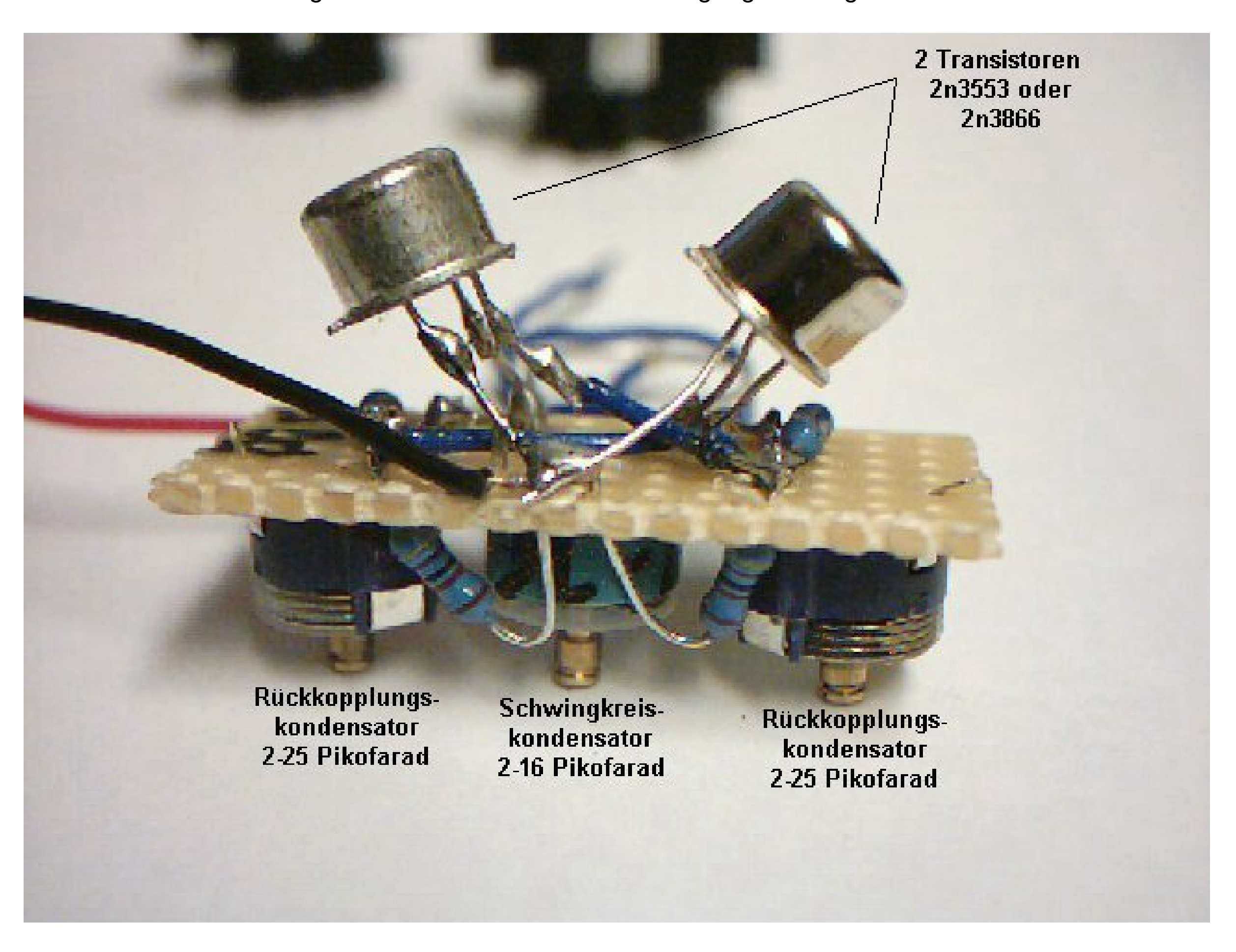
Der folgende Schaltplan ist dem Buch "Minispione II" von Günter Wahl, Stuttgart 1974 (Seite 26) entnommen. Mit der dort angegebenen Schwingkreisspule arbeitet der Sender mit einer Frequenz von 100 MHz. Wie man Spulen dieser Art herstellt, wird in einem weiterenBeitrag dieses Kapitels beschrieben. Beim Nachbau verwendet man natürlich die im Schaltplan angegebenen Daten für Spulendurchmesser und Windungszahl. Verwendet werden entweder 2 Transistoren vom Typ 2n3553 oder 2n3866. Die Transistoren 2n3866 sind für höhere Frequenzen etwas besser geeignet, haben aber insgesamt eine geringere Ausgangsleistung.



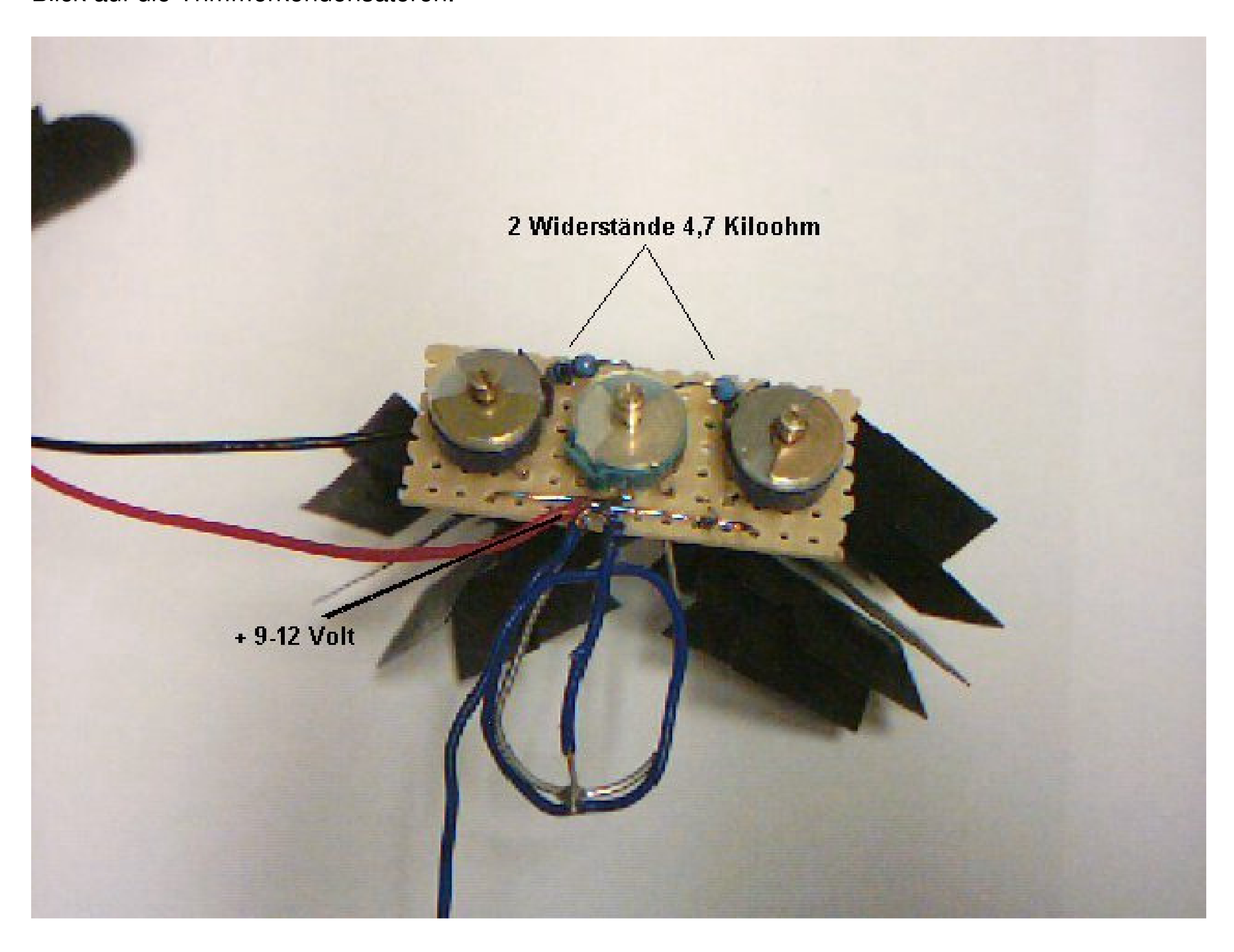
Wir haben diesen Sender für höhere Frequenzen auf einer Lochrasterplatine nachgebaut. Die Bauteile werden entsprechend dem Schaltplan in die vorgebohrten Löcher gesteckt und mit dünnem Draht werden die Verbindungen hergestellt. Wie man sieht haben wir für die höheren Frequenzen (ab 150 bis 200 MHz) eine Spule mit nur einer Windung verwendet. Die Spule besteht aus versilbertem Kupferdraht von ca. 1mm Durchmesser. Man wird wohl auch einfachen Kupferdraht verwenden können. Die Form und die Maße der Spule sind aus dem Bild ersichtlich. Mit den Maßen der Spule im folgenden Bild schwingt der Sender bei ca. 150 MHz. Eine Verkleinerung der Spule führt zu einer höheren Frequenz. Die Mittelanzapfung der Spule erfolgt durch den blauen Draht der in der Mitte der Spule angelötet ist.



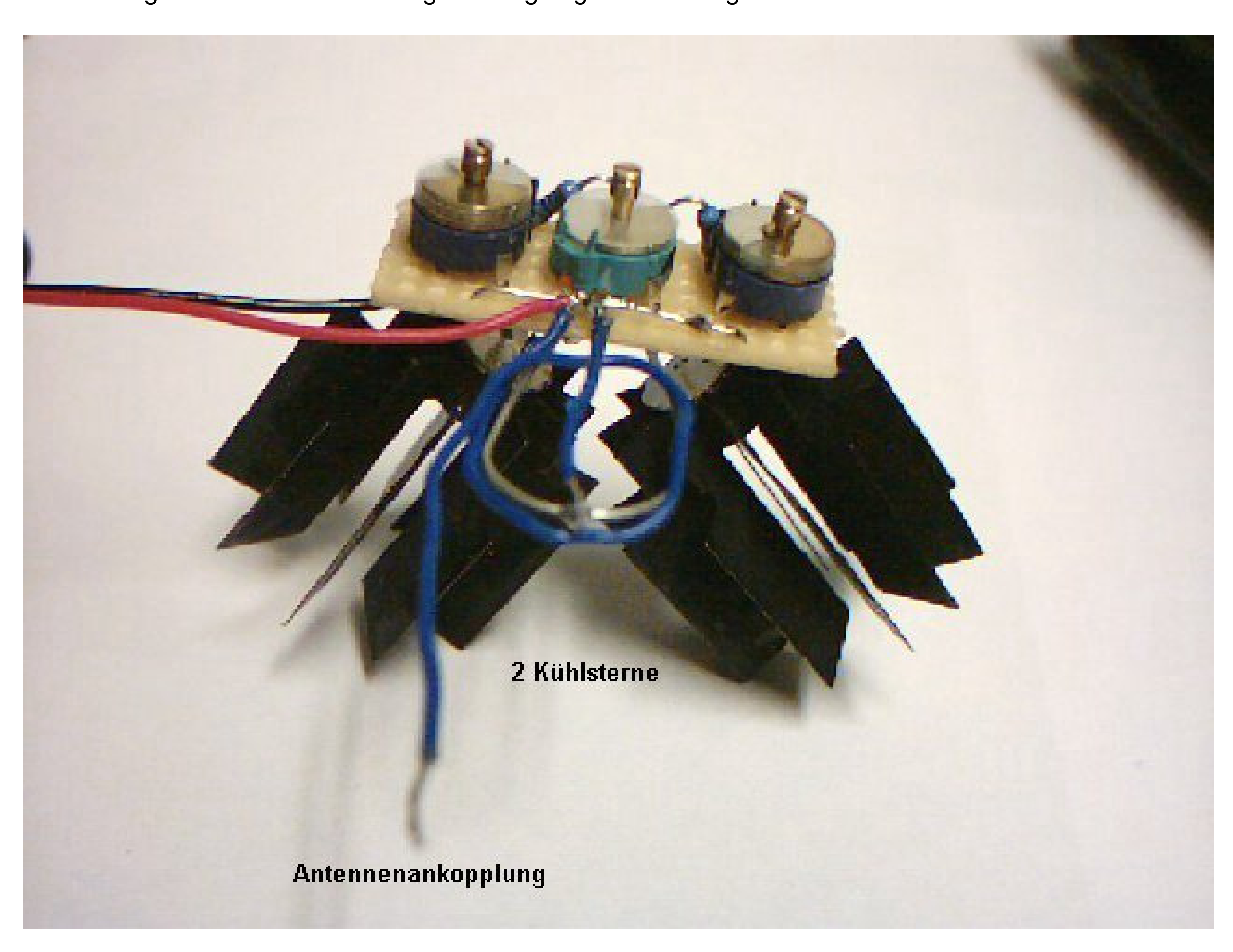
Die zwei Kondensatoren für die Rückkopplung an die Basis des Transistors (22 Pikofarad) haben wir durch Trimmerkondesatoren von 2-25 Pikofarad ersetzt. So kann man einen genaueren Abgleich auf höhere Leistung vornehmen. Je höher die Frequenz ist desto dichter sollten die Bauteile montiert werden. Dadurch schwingt der Sender besser und die Ausgangsleistung ist höher.



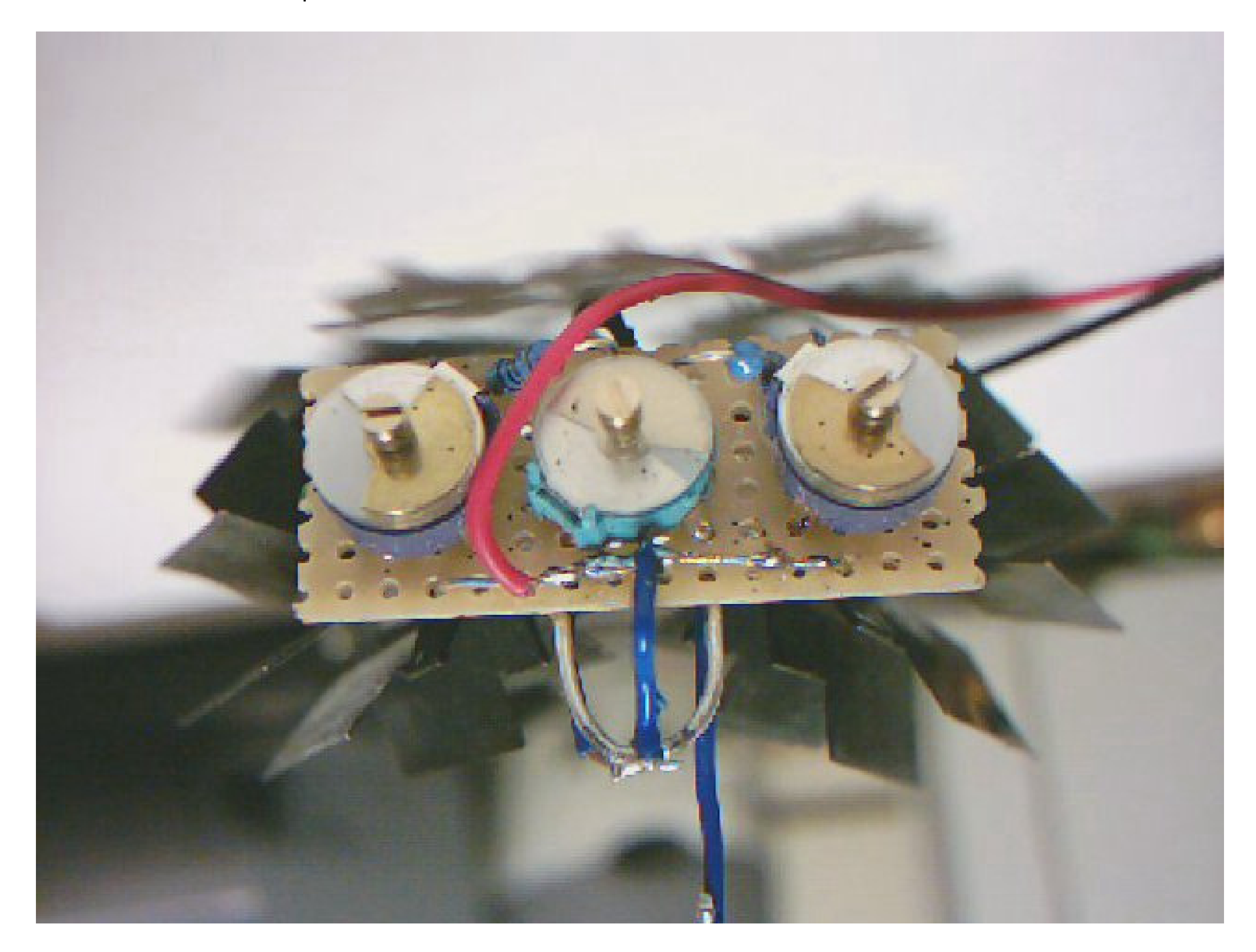
Blick auf die Trimmerkondensatoren.



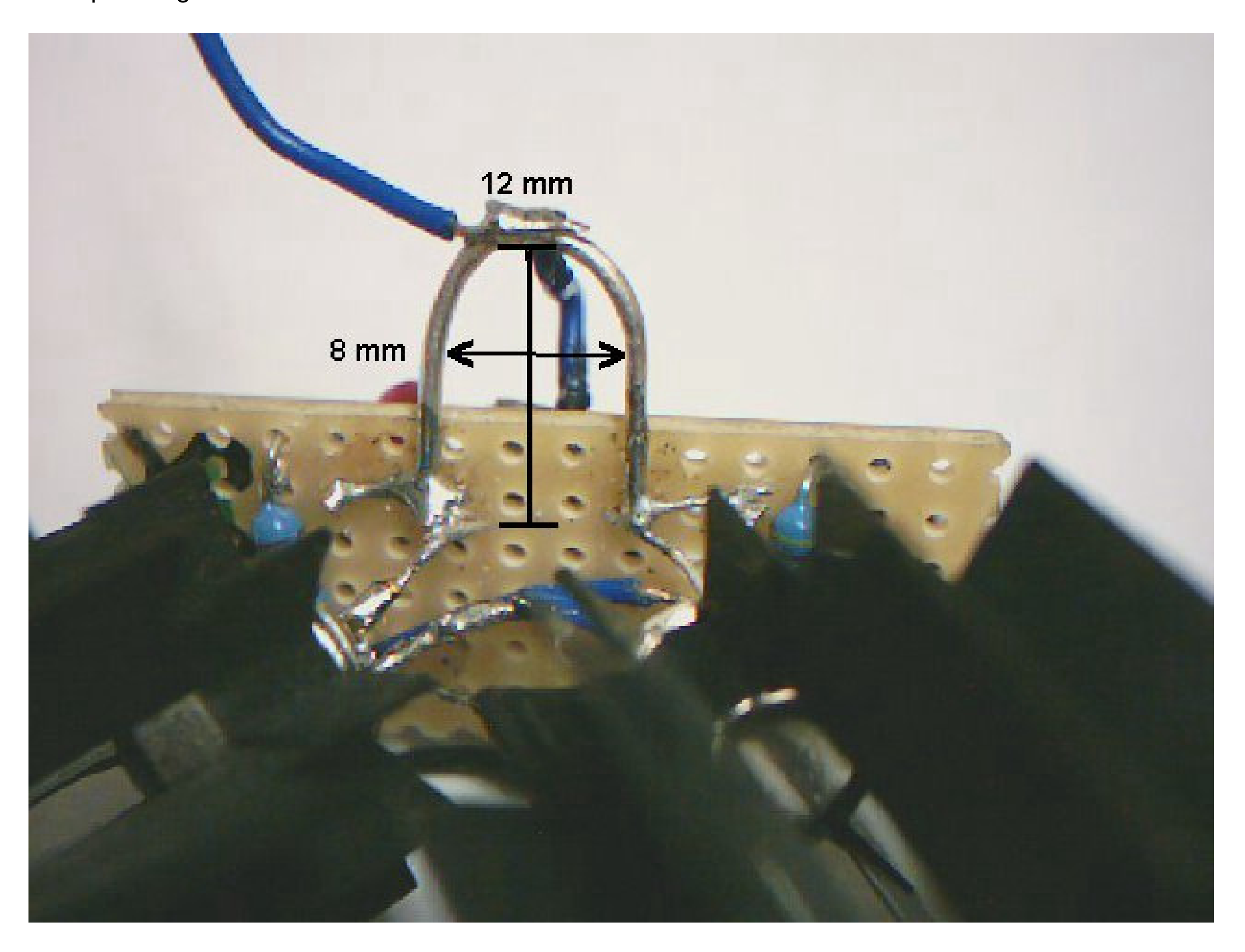
Die Schwingkreisspule für 150 MHz mit Antennenankopplung. Die Antennenankopplung wird an (+) angelötet und mit einer Windung entlang der Schwingkreisspule geführt. Der Sender darf nicht ohne Antenne oder ohne Kühlsterne betrieben werden da die Transistoren sonst zerstört werden. Ob die Transistoren noch funktionsfähig sind kann man mit einem Transistor- oder einem Diodenprüfer feststellen. Die allermeisten Vielfachmeßgeräte besitzen diese Funktion, auch wenn sie sehr preiswert sind. Man geht nach der dem Meßgerät beigelegten Anleitung vor.



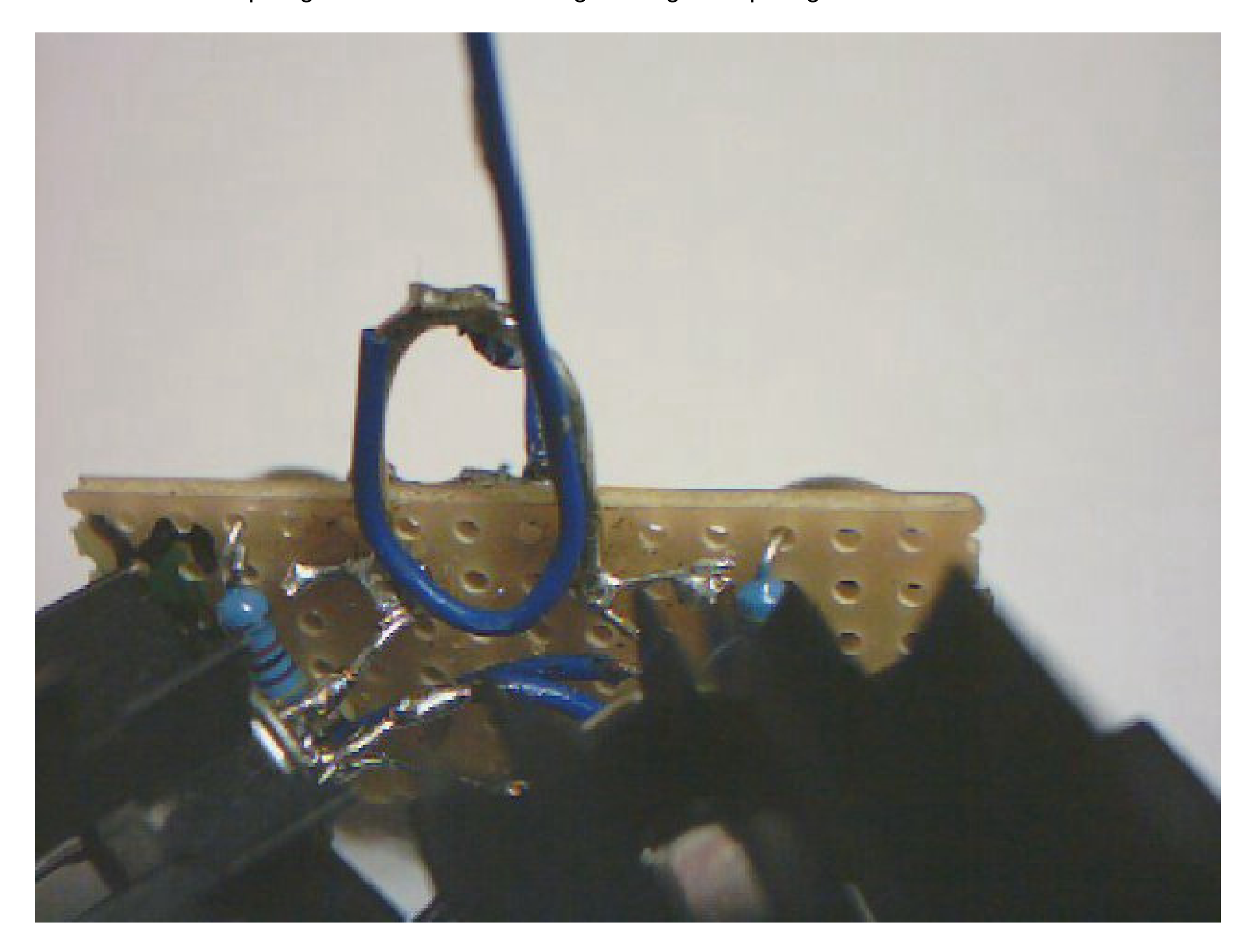
Der Sender mit einer Spule für 550 MHz.



Die Maße der Spule für 550 MHz sind aus dem Bild ersichtlich. Die Antennenanzapfung ist in der Mitte der Spule angelötet.



Die Antennenanzapfung wird mit einer Windung entlang der Spule geführt.



An die Antennenanzapfung wird eine abgestimmte Antenne (1/4 der Wellenlänge) oder eine Verstärkerstufe (z.B. der „RF Verstärker 520 MHz“ oder „RF Verstärker 175 MHz“ – Bauanleitungen in den nächsten beiden Beiträgen) angeschlossen. Hierbei wird die Antennenanzapfung an den Verstärkereingang und die Masse (-) des Steuersenders mit der Masse (-) des Verstärkers verbunden. Eine kleine Glühbirne kann zur Leistungskontrolle dazwischengeschaltet werden. Diese verbraucht allerdings einen Teil der Hochfrequenzleistung. Die Hochfrequenzspannung kann man mit einem Hochfrequenztastkopf messen (Bauanleitung weiter unten).

# Einfacher RF-Generator 175 MHz 20 Watt 12 Volt

Der folgende Schaltplan findet sich in dem Buch "Minispione 4" von Günter Wahl auf Seite 51.

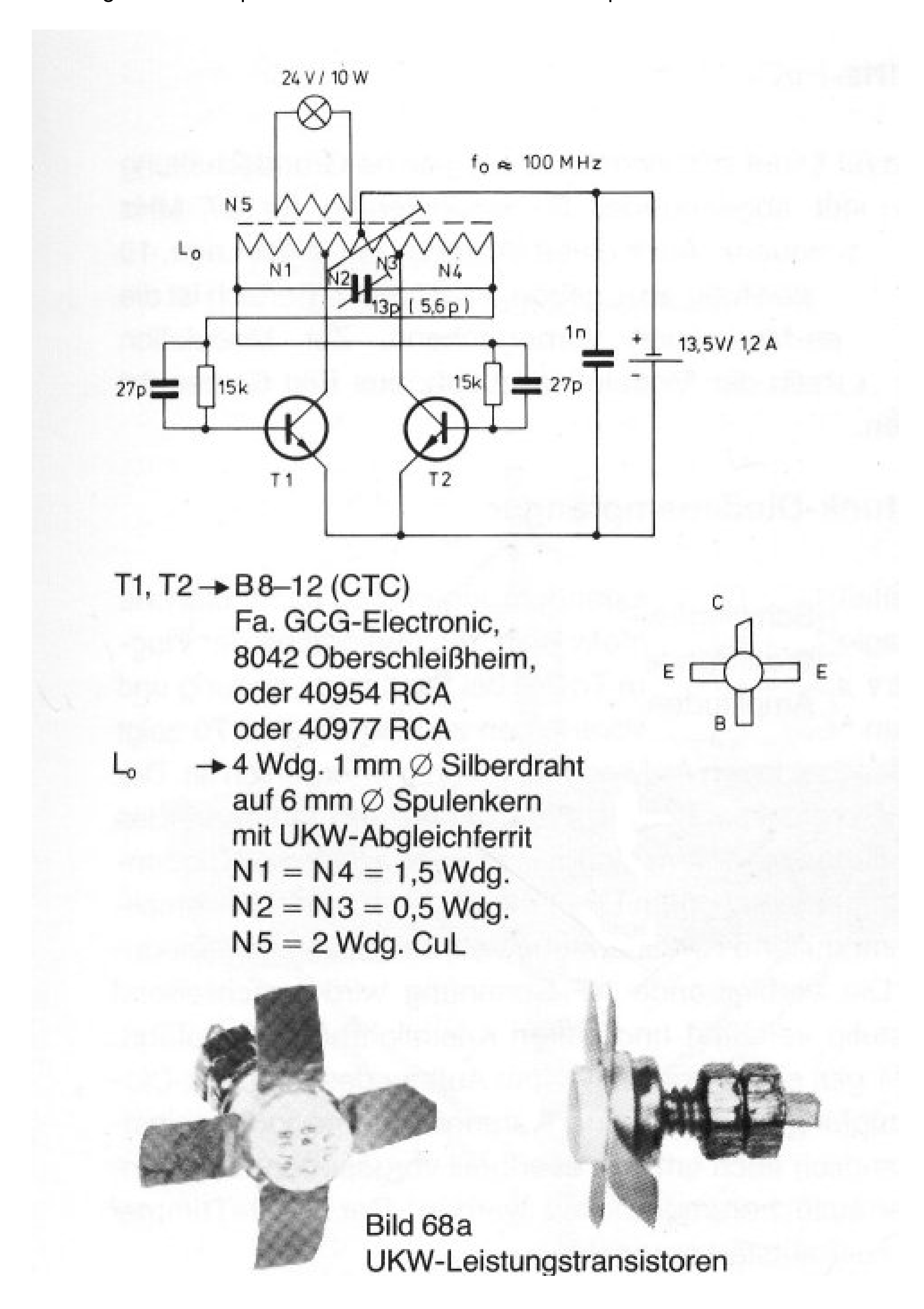
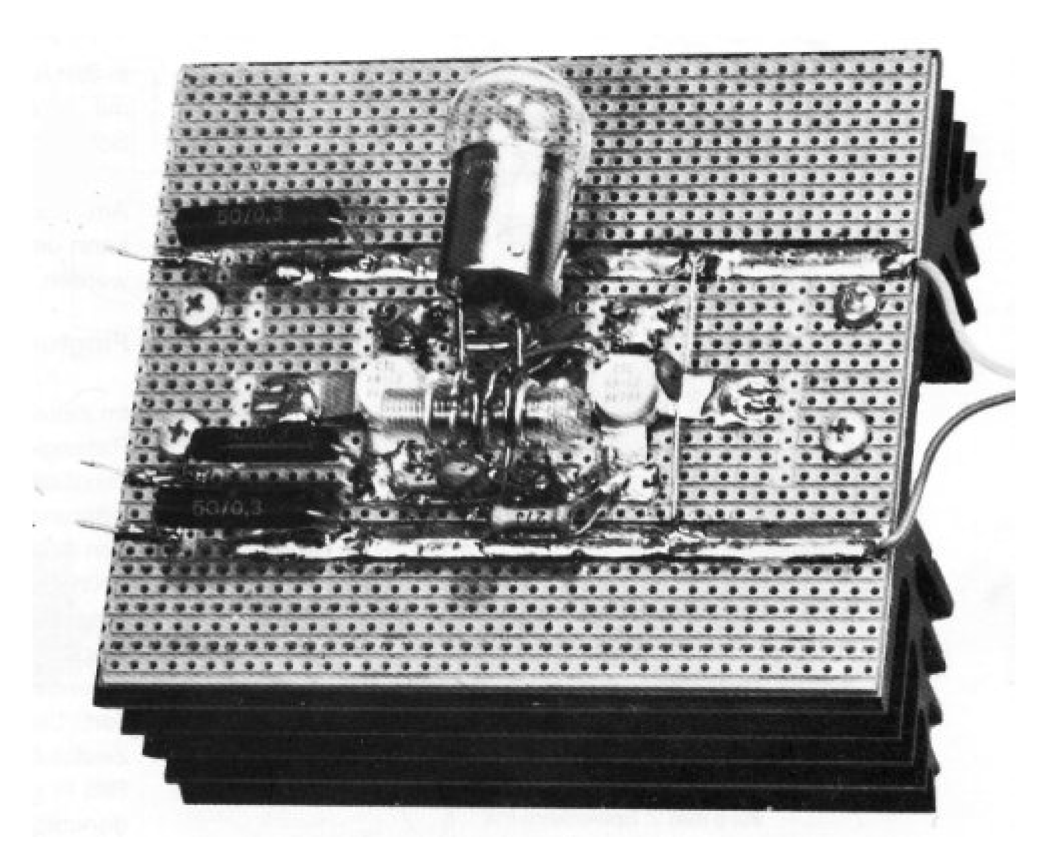


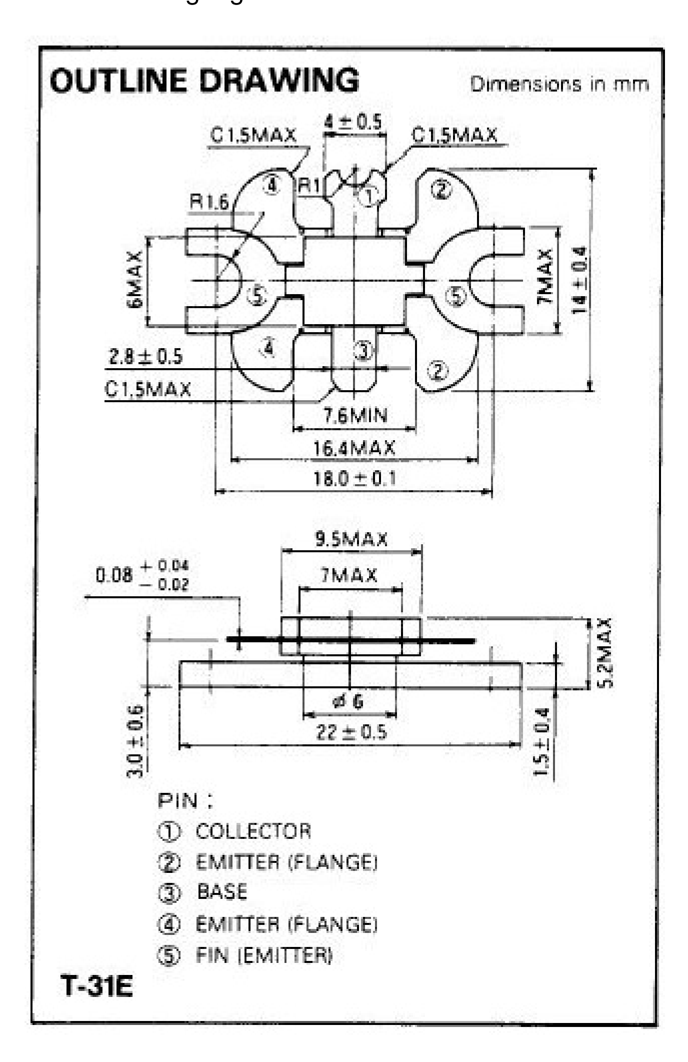

Bild 68a
UKW-Leistungstransistoren

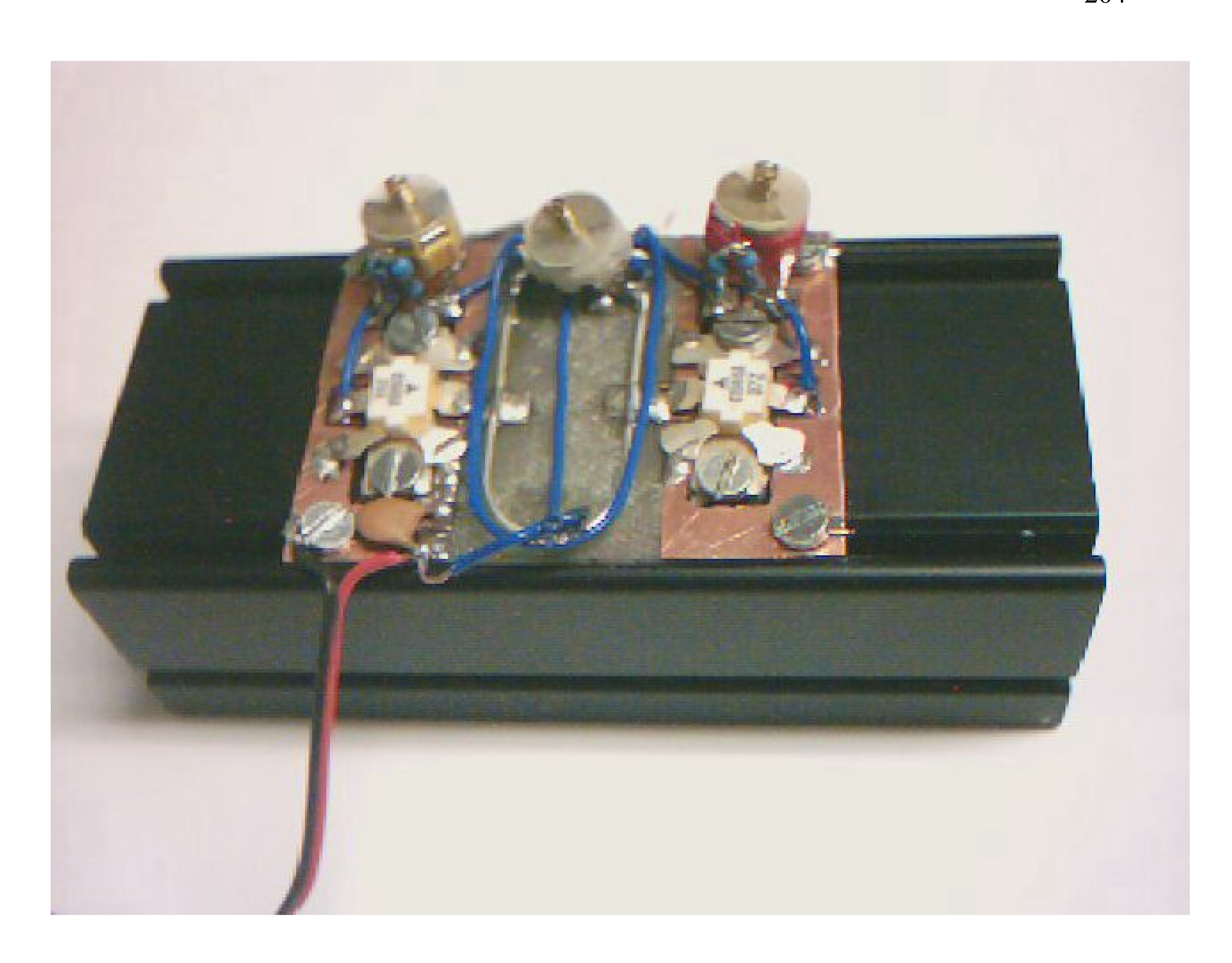
Die Transistoren dürften relativ schwierig erhältlich sein und sind sicher entsprechend teuer.




Ansicht des fertig aufgebauten Senders

Wir haben in die Schaltung die Mitsubishi-Transistoren 2SC 1946a eingesetzt. Die im Datenblatt angegebene Anschlußbelegung ist nach unseren Messungen falsch. Hier die richtige Anschlußbelegung:

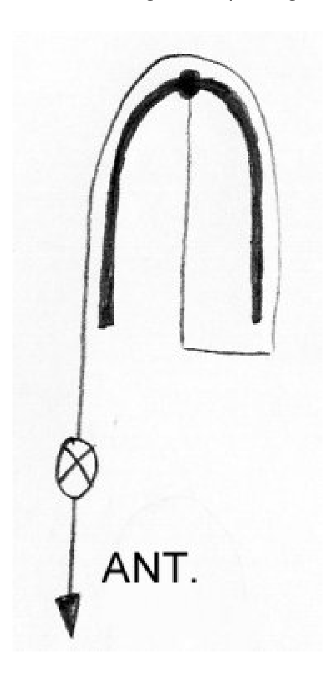


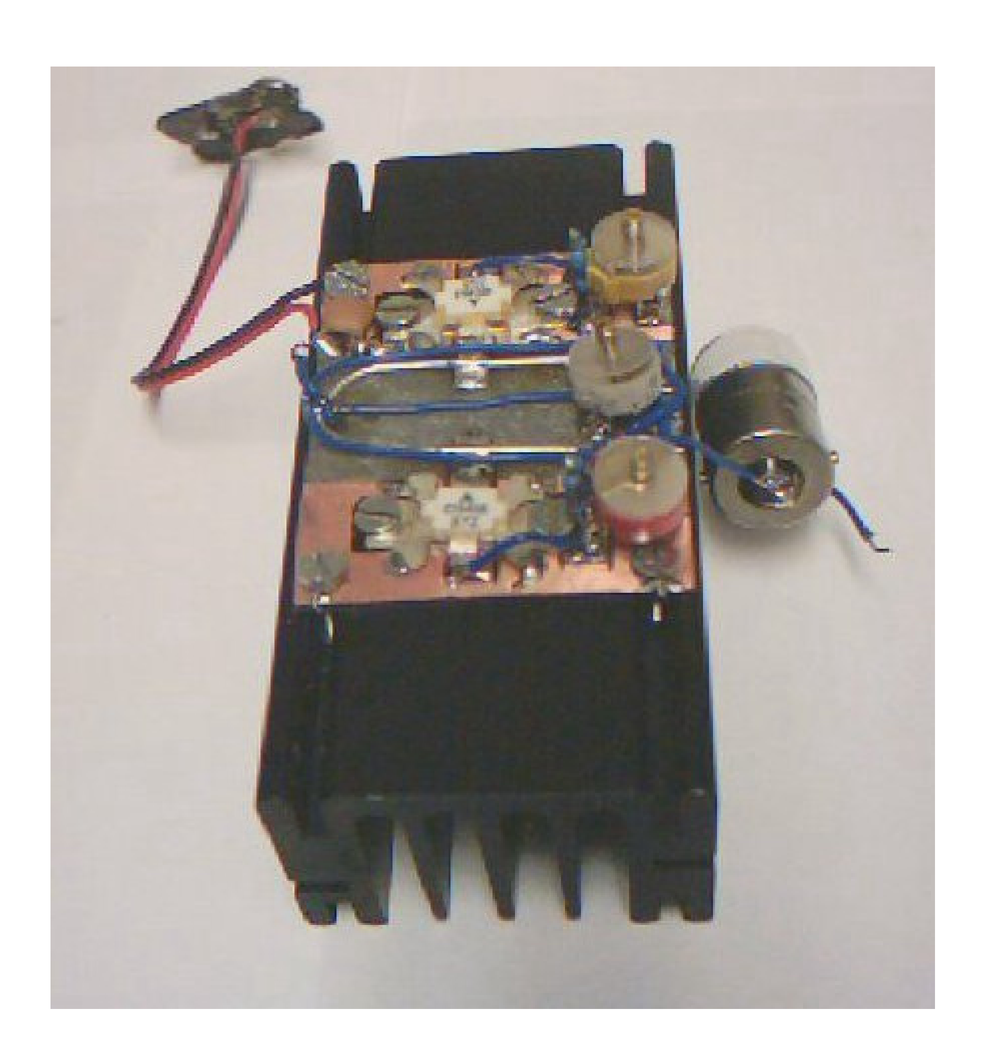


Der Schwingkreis wurde vereinfacht und besteht aus einer einfachen Windung versilberten Kupferdrahts. Die Maße der Spule betragen in der Länge 3,5 cm und in der Breite 1,5 cm.

I

n der Mitte die Schwingkreisspule aus versilbertem Kupferdraht (ca. 1 mm Durchmesser). Der Kollektor des jeweiligen Transistors ist links und rechts in der Mitte der Spule angelötet. Der optimale Punkt läßt sich durch Versuche bestimmen. An der oberen Biegung der Spule ist die positive Spannung angelegt. Dort ist ebenfalls die Spule angelötet die die Hochfrequenz auskoppelt (blauer Draht). Dieser Draht wird in der Mitte der Spule entlang geführt und dann mit einer Windung entlang der Schwingkreisspule geführt wie die folgende Zeichnung zeigt.

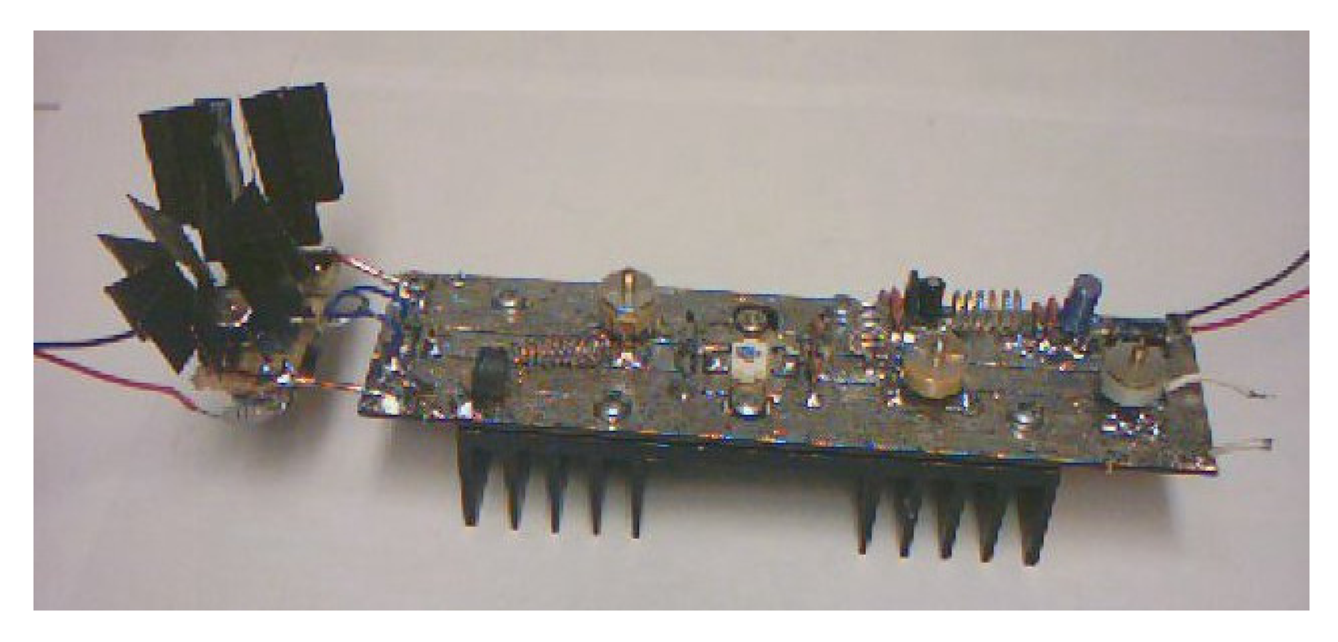




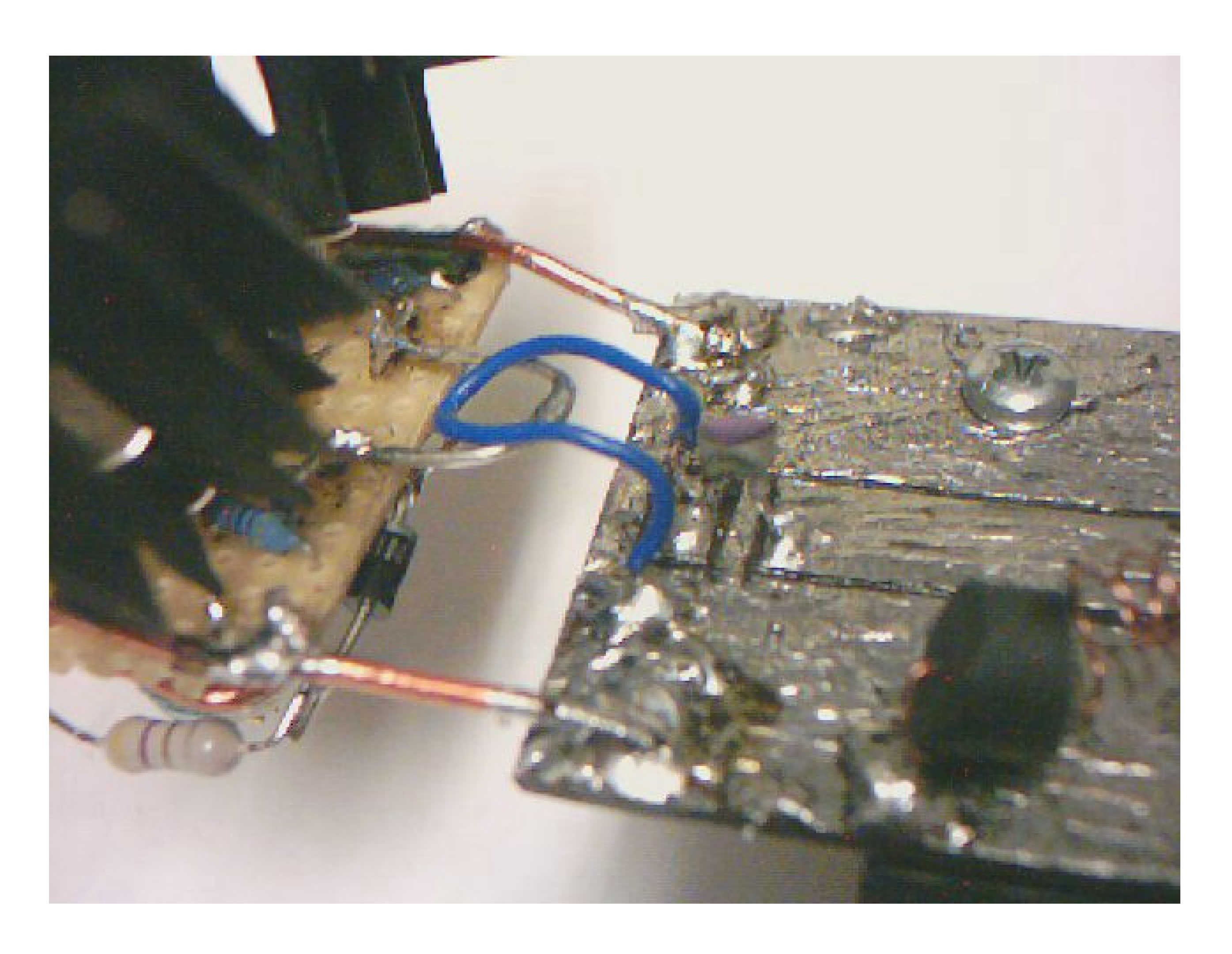
Die Gesamtansicht des Senders mit einem Kühlkörper und einer 10 Watt Birne in der Antennenleitung. Mit diesem relativ kleinen Kühlkörper kann der Sender nur kurz oder gepulst betrieben werden. Wegen der hohen Leistung muß auch für eine leistungsfähige Stromversorgung gesorgt werden. Wer kein Netzgerät hat kann auch eine alte Autobatterie verwenden. Bei zu schwacher Stromversorgung arbeitet der Sender nicht. Zum Abstimmen dreht man abwechselnd alle 3 Trimmerkondensatoren vorsichtig bis der Sender Radiofrequenz liefert, dabei nicht vergessen eine Antenne anzuschließen. Wenn die Schwingkreisspule verkleinert wird kann die Frequenz erhöht werden. Mit Transistoren vom Typ 2SC 2695 sollte es möglich sein Frequenzen von 500 MHz und darüber zu erreichen.

# RF-Generator 500 MHz 5 Watt

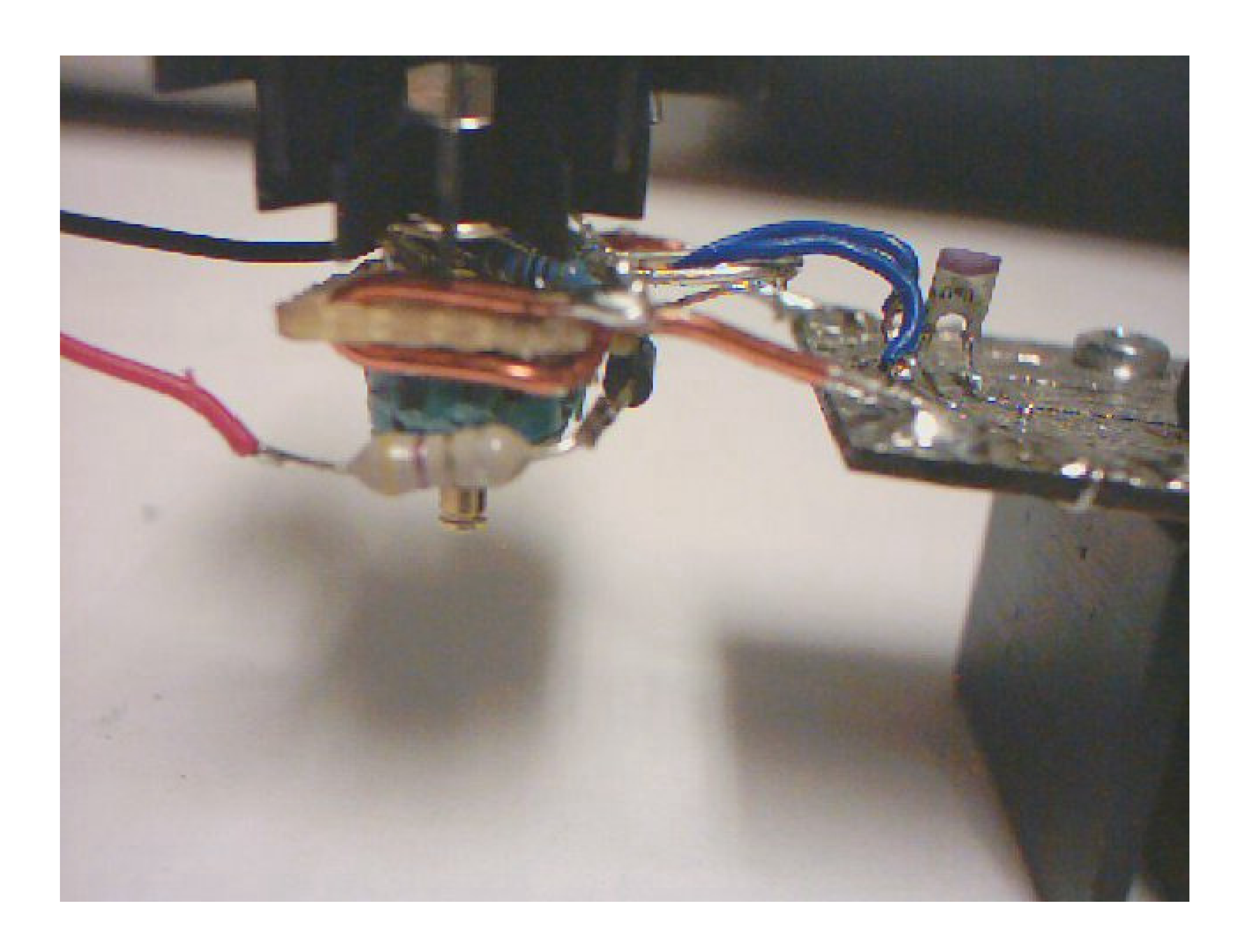
Der folgende Radiofrequenzgenerator besteht aus dem „Sender 100 bis 600 MHz“ und dem „Verstärker 520 MHz 7 Watt 12 Volt“ (siehe gleichnamige Beiträge).



Die Gesamtansicht des Radiofrequenzgenerators.



Die beiden Kupferlackdrähte oben und unten dienen alleine der Befestigung des Steuersenders am Verstärker und sind vom Steuersender elektrisch isoliert. Die Kopplung findet über eine Drahtschleife mit den Maßen 8 mm mal 15 mm statt, im Bild der blaue Draht. Diese Spule wird auf der einen Seite an den Eingang und auf der anderen Seite an die Masse (-) des Verstärkers angelötet.



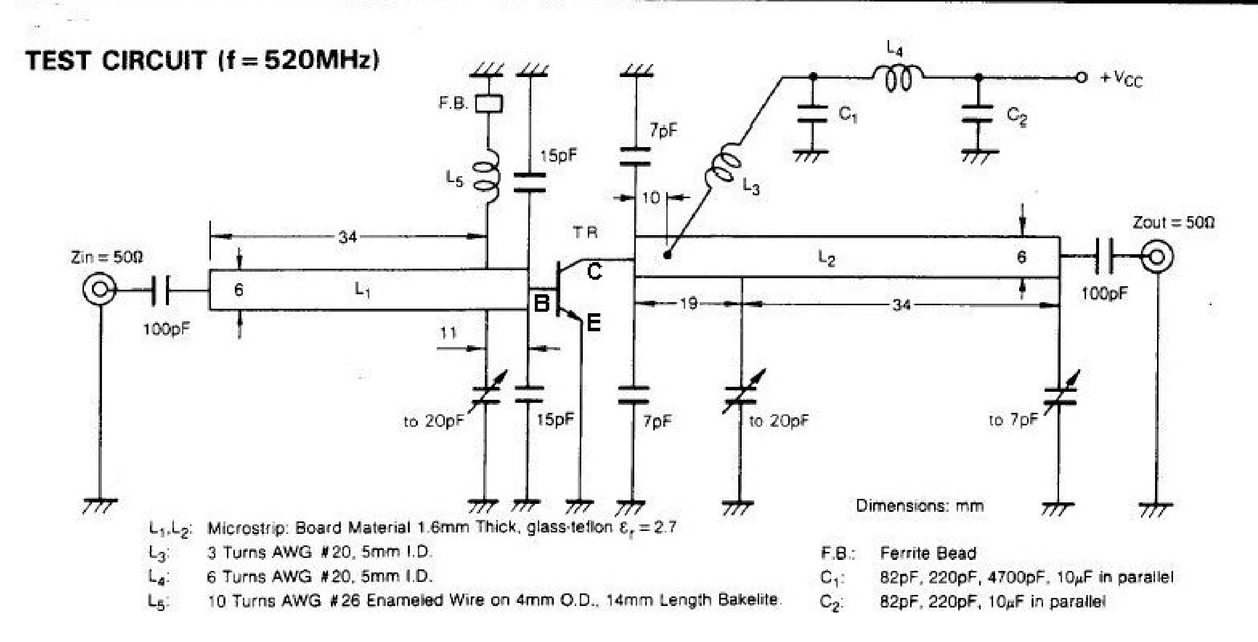
Seitenansicht der Kopplung zwischen Steuersender und Verstärker. Das Abgleichen wird im Beitrag „Sender abgleichen“ beschrieben.

# RF-Verstärker 520 MHz 7 Watt 12 Volt

Dieser Verstärker ist dem Datenblatt für den Transistor 2sc3021 von Mitsubishi Electric entnommen.

**2SC3021**

**NPN EPITAXIAL PLANAR TYPE**




Beim Transistor TR bezeichnet B die Basis (Base), E Emitter und C Kollektor (Collector).

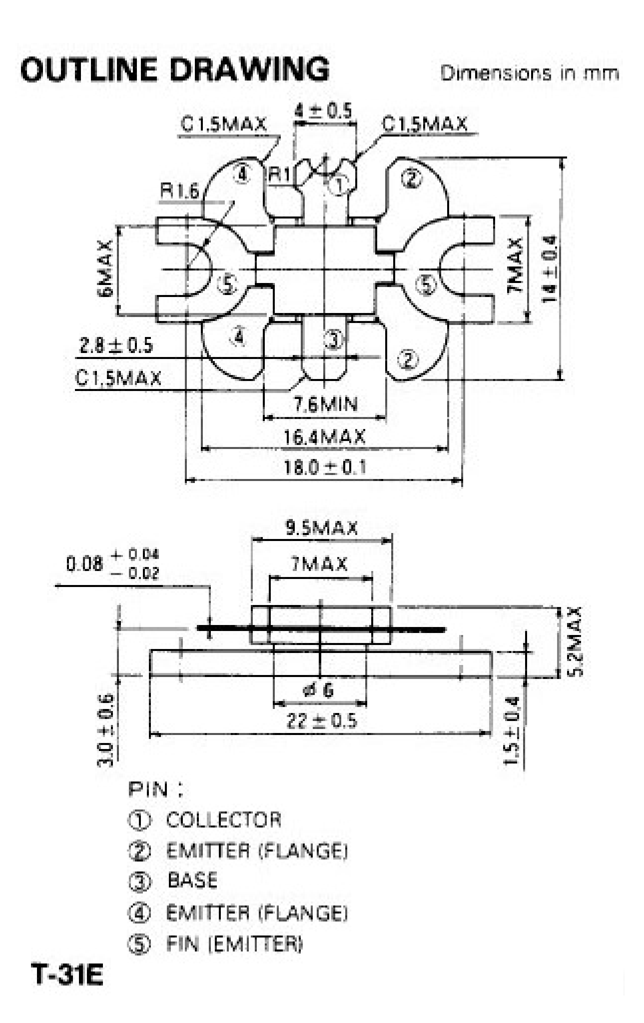
L1 und L2 sind Streifenleiter, die nach den Maßen im Schaltplan (in mm) aus der Platine gefräst oder auch geätzt werden.

Spule L3 besteht aus 3 Windungen versilbertem Kupferdraht mit einem Durchmesser von 0,7 mm, der Innnendurchmesser der Spule beträgt 5 mm.

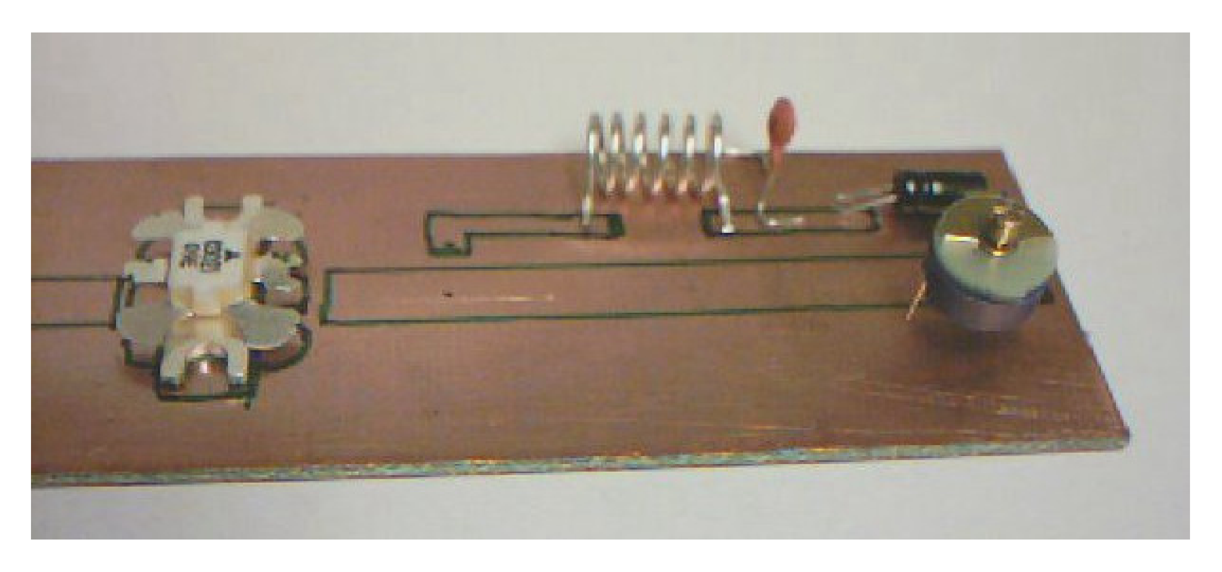
Spule L4 besteht aus 6 Windungen versilbertem Kupferdraht mit ebenfalls 0,7 mm Durchmesser und 5 mm Innendurchmesser

Die Spule L5 besteht aus 10 Windungen Kupferlackdraht von 0,4 mm Durchmesser. Der Innendurchmesser der Spule beträgt 4 mm und die Gesamtlänge 14 mm. Das Ende der Spule ist durch eine Ferritperle (F.B.) geführt.

Links im Schaltplan ist der Verstärkereingang, rechts der Verstärkerausgang. Bei einer Eingangsleistung von 1,2 Watt und einer Spannung von 12,5 Volt beträgt die Leistung nach dem Datenblatt am Ausgang 7 Watt.



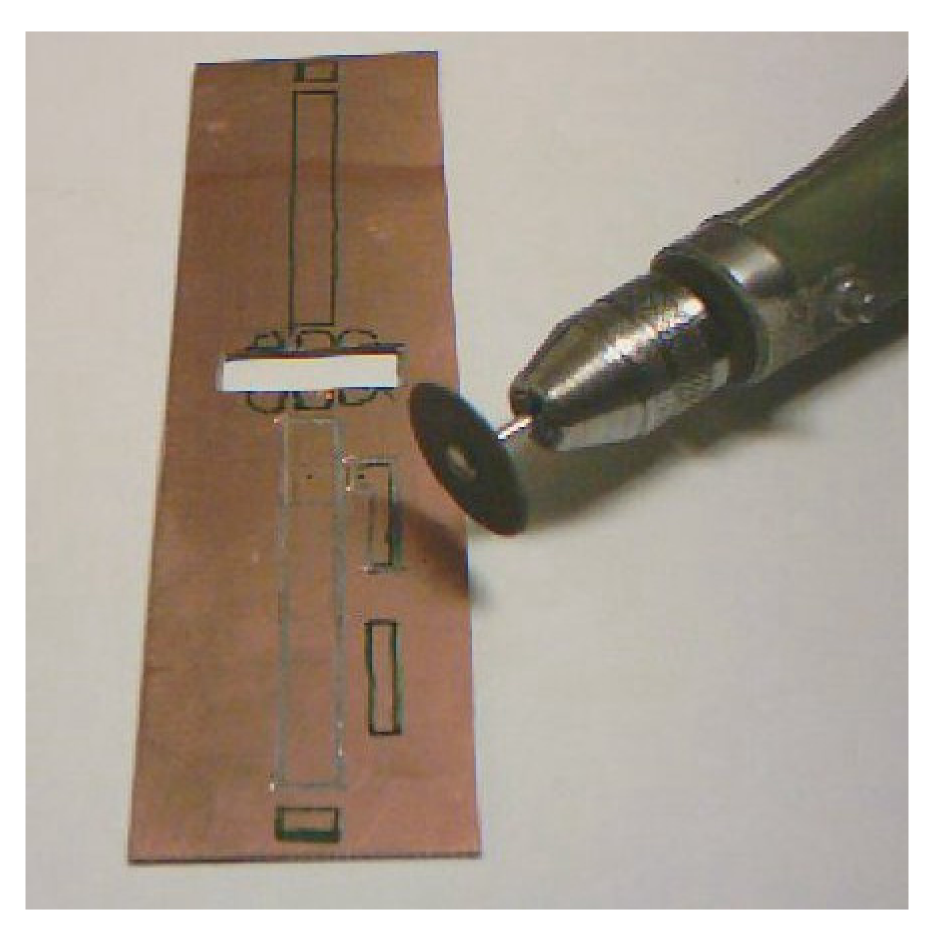

Die Zeichung des Transistors 2sc3021 aus dem Datenblatt mit den Anschlüssen Kollektor (C), Emitter (E) und Basis (B).



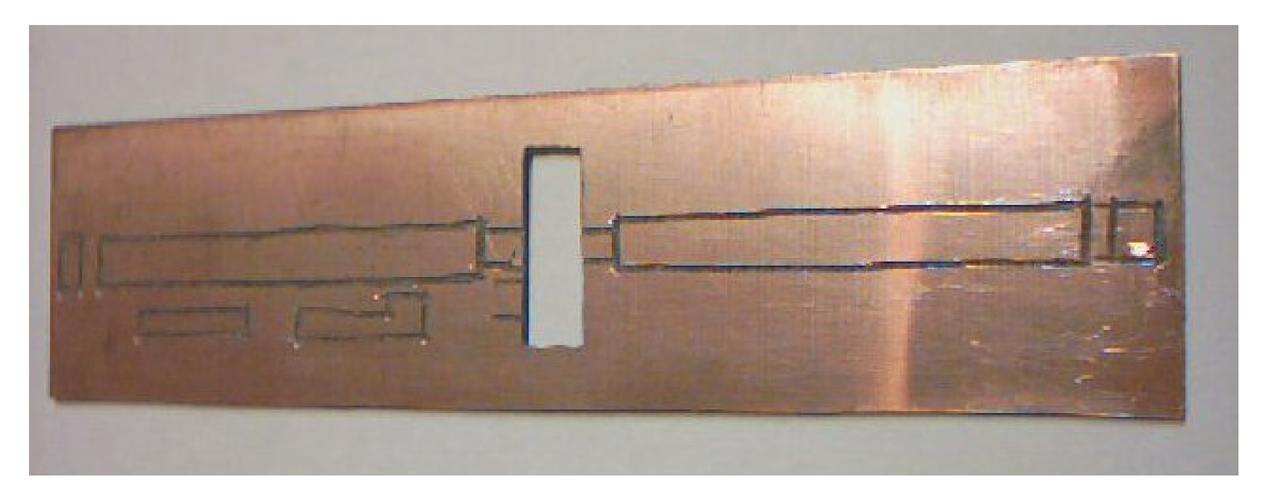
Auf eine doppelseitig mit Kupfer belegte Platine werden die Lötstellen und Streifenleiter entsprechend des Schaltplans angezeichnet. Zum Anzeichnen kann man die Bauteile auf die Platine legen.



Die fertig angezeichnete Platine.



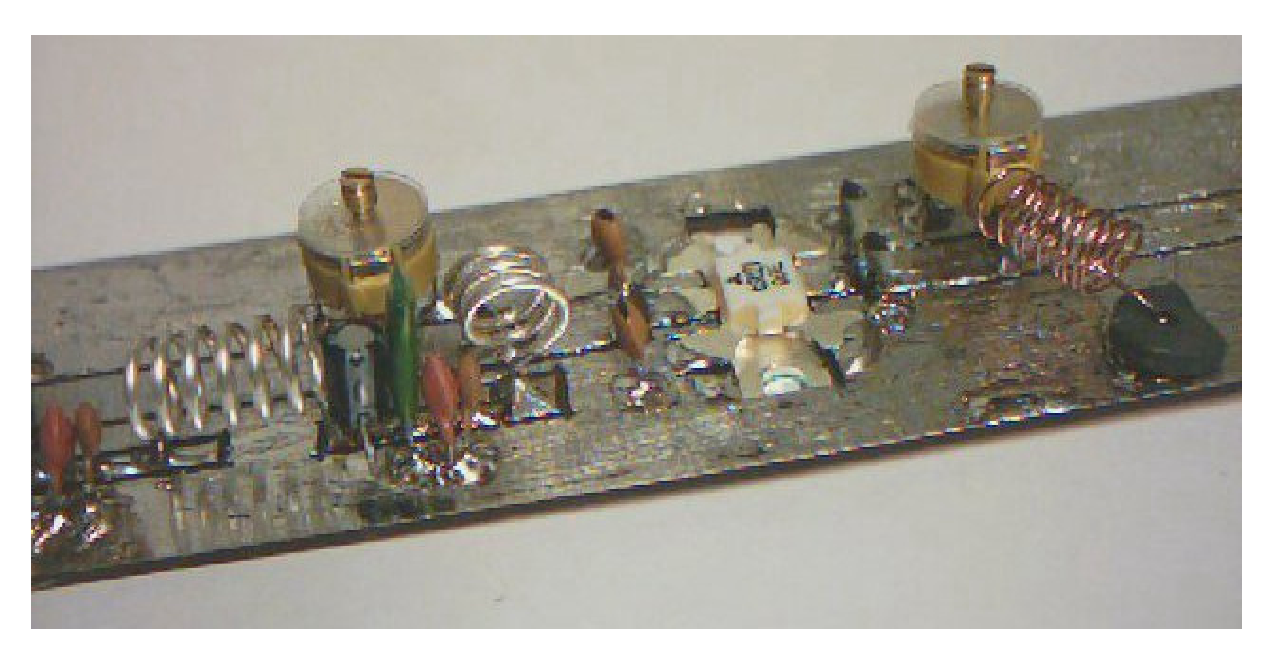
Da der Transistor durch die Platine gesteckt wird, schneidet man an der entsprechenden Stelle ein Loch hinein. Die Lötstellen und Streifenleiter werden entsprechend den angezeichneten Linien aus der Kupferbeschichtung herausgefräst.



Die fertig gefräste Platine. Natürlich kann man die Platine auch ätzen, aber für Einzelanfertigungen hat sich das Fräsen bewährt.



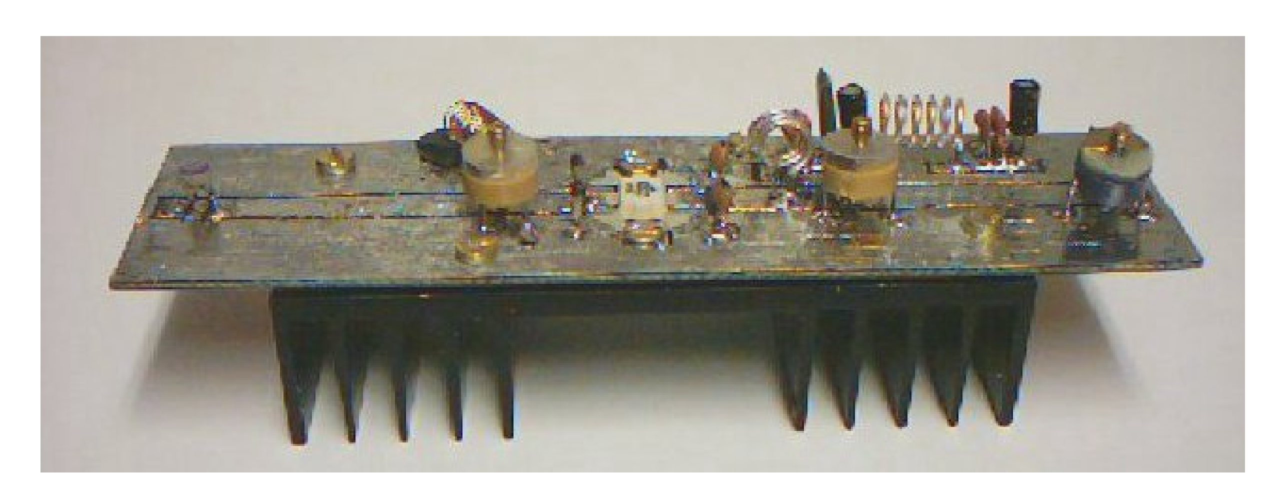
Man kann die ganze Platine sauber verzinnen. Das sieht ordentlich aus, ist aber nicht notwendig. Um das Verzinnen zu erleichtern kann man die Platine mit Lötlack bestreichen. Zum Verzinnen sollte der Lötkolben eine etwas höhere Leistung haben (25 Watt und mehr). Die Kupferschicht nur kurz erhitzen, sonst löst sie sich ab.



Die Bauteile werden entsprechend des Schaltplans auf die Platine gelötet. Rechts im Bild die Ferritperle an der Spule L5



Die Gesamtansicht der fertig bestückten Platine.



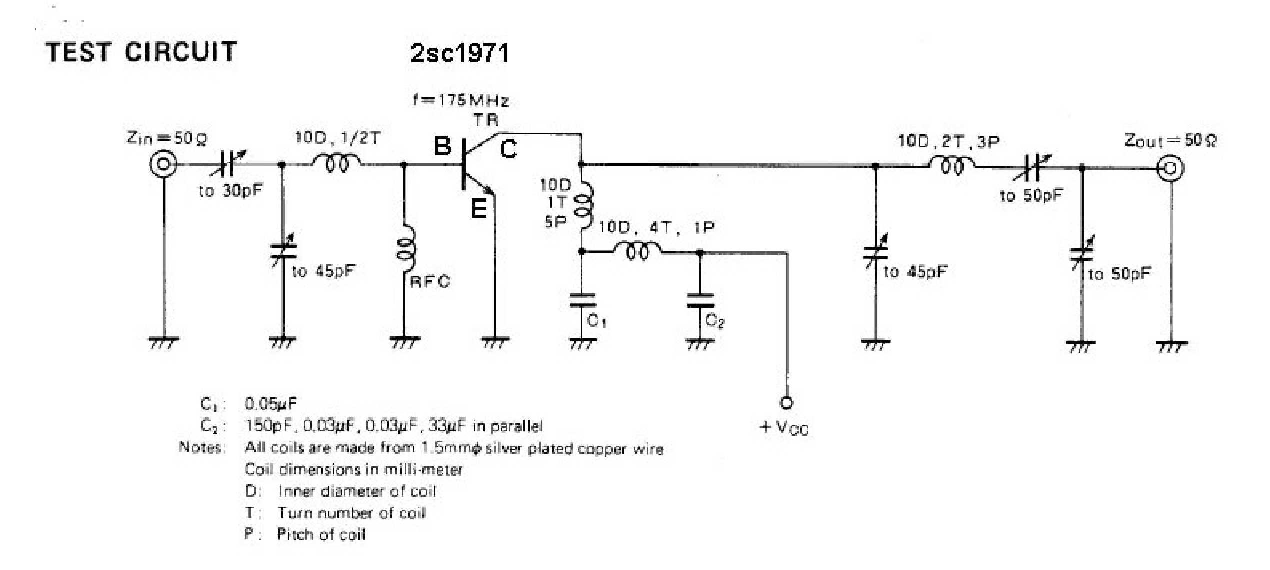
Der Transistor wird auf einen Kühlkörper geschraubt. Dazu werden Löcher in den Kühlkörper gebohrt und entweder ein Gewinde hineingeschnitten oder die Schraube auf der Rückseite mit einer Mutter befestigt. Auch die Platine wird auf dem Kühlkörper befestigt. Die Löcher für die Platine werden durch die große Massefläche gebohrt und zwischen die Platine und den Kühlkörper wird jeweils eine Unterlegscheibe gelegt. Die Unterlegscheiben sind nötig weil der Transistor ca. 1 mm unterhalb der Platine vorsteht.

Die Unterseite der Platine sollte mit Masse (-) verbunden werden. Dazu kann man über die Kanten der Platine kurze Stücke Draht löten um die Massefläche der Oberseite mit der unteren Kupferschicht zu verbinden. Sender und Verstärker mit Leistung von mehr als einigen Milliwatt sollten immer, auch für kurze Versuche, mit einer Antenne betrieben werden oder an eine weitere Verstärkerstufe angeschlossen sein. Sonst wird der Transistor sehr leicht durch Überhitzung zerstört, denn die Energie kann ja nicht abgestrahlt werden. Als Antenne kann man ein Stück Draht verwenden, dessen Länge mindestens einem Viertel der Wellenlänge entspricht.

Zur Inbetriebnahme wird am Eingang ein Steuersender (z.B. der „Sender 100 MHz bis 600 MHz, 1-2 Watt“-Bauanleitung in diesem Kapitel) mit einer Leistung von 1 bis 2 Watt angeschlossen. Zwischen Ausgang und Antenne wird eine Glühbirne mit einer Leistung von ca. 0,5 bis 1 Watt oder ein Leistungsmesser eingefügt. Nun werden die Trimmerkondensatoren so eingestellt, daß ihr Wert ungefähr den im Schaltplan angegebenen Werten entspricht. Zuerst wird der Verstärker und dann der Steuersender eingeschaltet. Nun wird mit einem Kunststoffschraubenzieher die Einstellung der Trimmerkondensatoren vorsichtig verändert, bis die Glühbirne am hellsten leuchtet, also eine maximale Verstärkung erreicht ist. Nach dem Abstimmen wird die Glühbirne entfernt, damit die Leistung an die Antenne oder die nächste Verstärkerstufe weitergegeben und nicht in Licht und Wärme umgewandelt wird.

# RF-Verstärker 175 MHz 6 Watt 13,5 Volt

Dieser Verstärker ist dem Datenblatt für den Transistor 2sc1971 von Mitsubishi Electric entnommen.

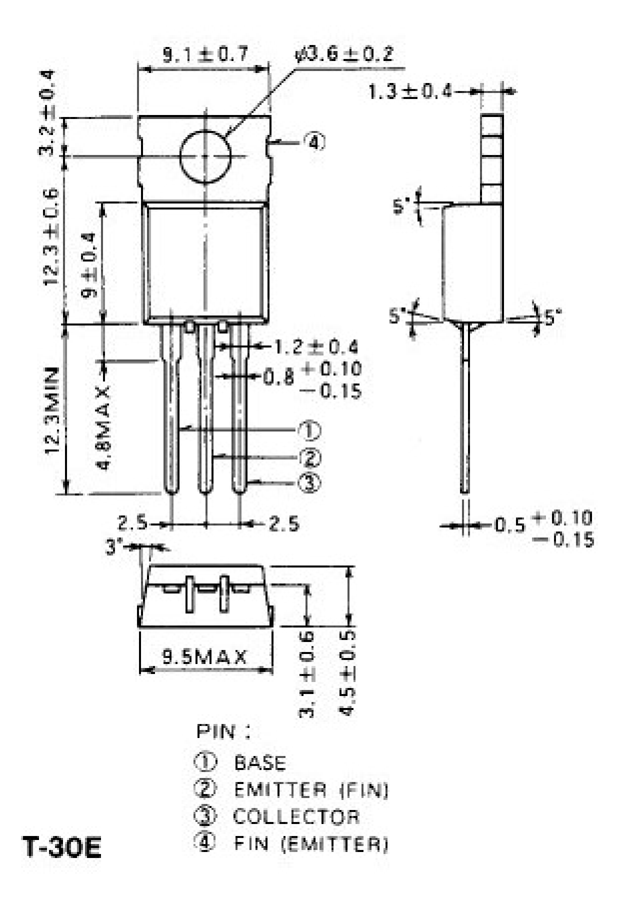



Beim Transistor TR bezeichnet B die Basis (Base), E Emitter und C Kollektor (Collector).
RFC (Radio frequency choke) bezeichnet die verwendete Hochfrequenzdrossel. Sie besteht aus einem Ferritring, durch den 12 Windungen eines Kupferlackdrahtes mit 0,4 mm Durchmesser gewickelt sind. Falls ein solcher Ferritring oder eine fertige Drossel nicht käuflich erworben werden kann, kann man sich den Ferritring selbst herstellen (wie das geht, ist in einem späteren Beitrag beschrieben). Die kleinen Festinduktivitäten die manchmal angeboten werden sind vermutlich nicht geeignet, da ihre Wicklungen aus sehr dünnem Kupferlack bestehen sodaß sie durch zu hohe Stromstärken zerstört werden könnten.

Die übrigen Spulen bestehen aus einem versilberten Kupferdraht von 1,5 mm Durchmesser. Wir haben ohne Probleme einen Durchmesser von 1,2 mm verwendet. Die Spulen sind mit Buchstaben gekennzeichnet, die die folgende Bedeutung haben:
D: Innerer Durchmesser der Spule (Diameter)
T: Anzahl der Windungen (Turn number)
P: Abstand zwischen den einzelnen Spulenwindungen (Pitch of coil)

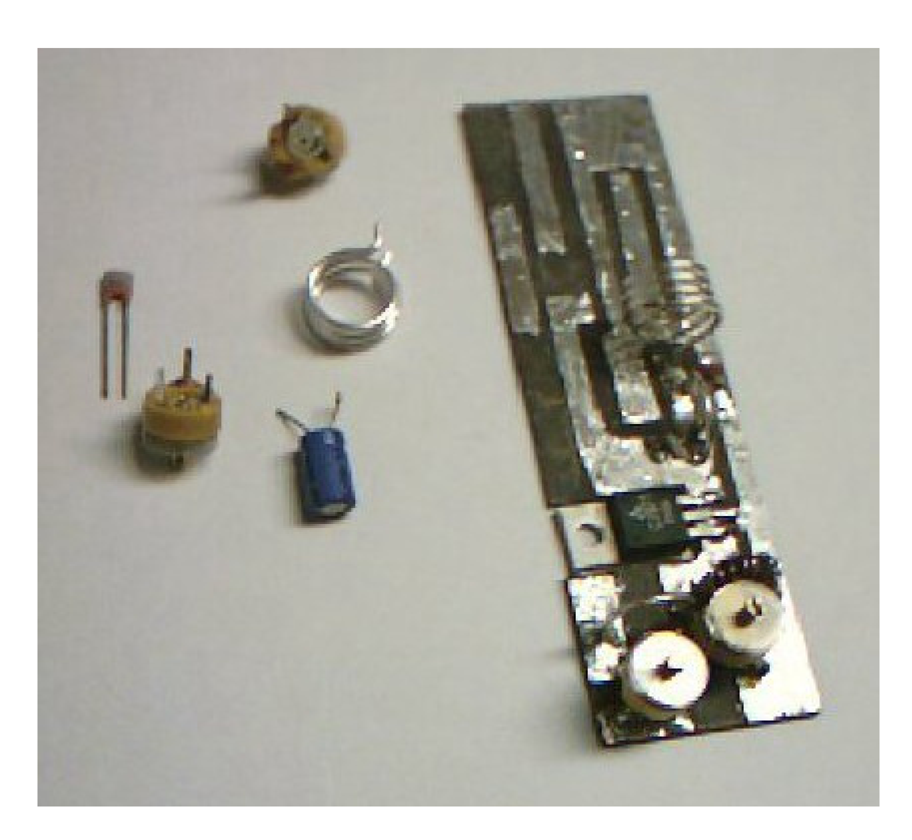
Also bedeutet zum Beispiel 10D, 2T, 3P: 10 mm Innendurchmesser, 2 Windungen, 3 mm Abstand zwischen den einzelnen Windungen.

Wie man Spulen wickelt, ist in dem Beitrag „Spulen wickeln“ erklärt.

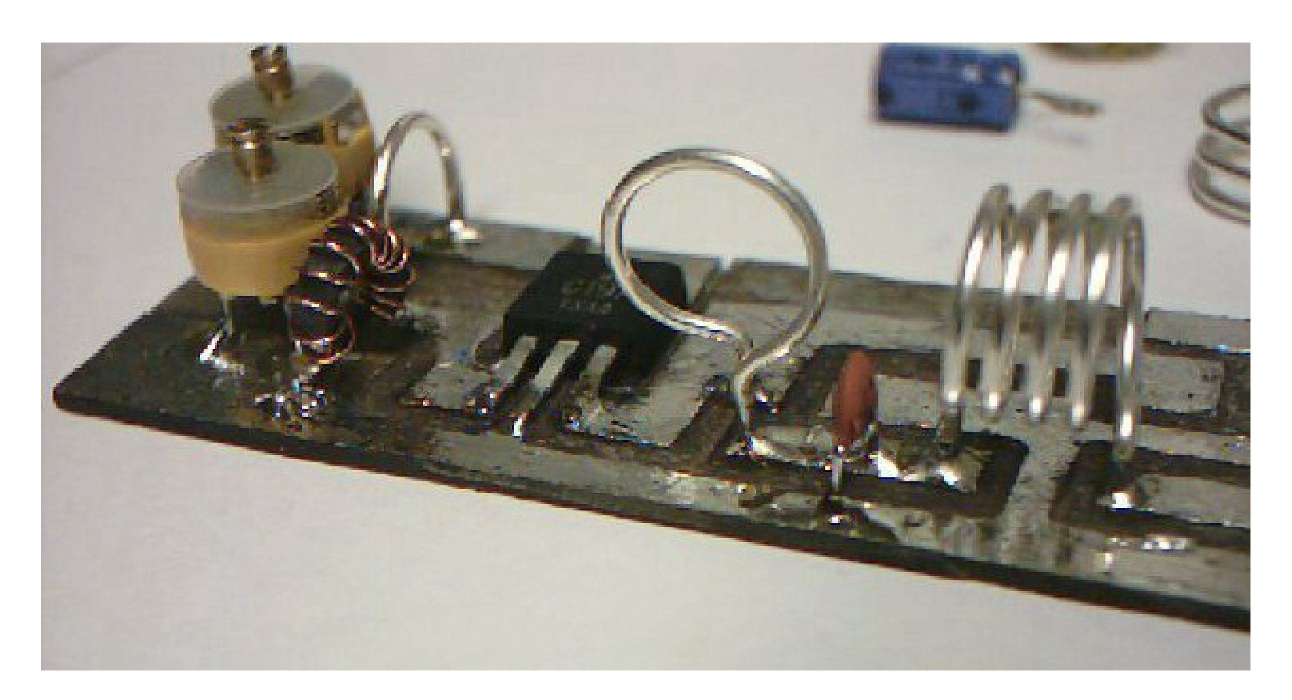



Die Zeichung des Transistors 2sc1971 aus dem Datenblatt mit den Anschlüssen Kollektor (C), Emitter (E) und Basis (B).

Zuerst fertigt man sich nach dem Schaltplan eine Platine an. Diese Platine kann geätzt oder wie im Beitrag „RF Verstärker 520 MHz" gezeigt gefräst werden. Wer möchte kann die Platine vor dem Bestücken auch verzinnen. Bei einer Arbeitsfrequenz von nur 175 MHz sollte es auch noch möglich sein die Schaltung auf einer Lochrasterplatine aufzubauen.



Die fertige Platine wird nun bestückt. Die Halbleiter werden in der Regel zuletzt eingebaut, weil sie am wärmeempfindlichsten sind und nicht zu lange mit dem Lötkolben erhitzt werden sollten.

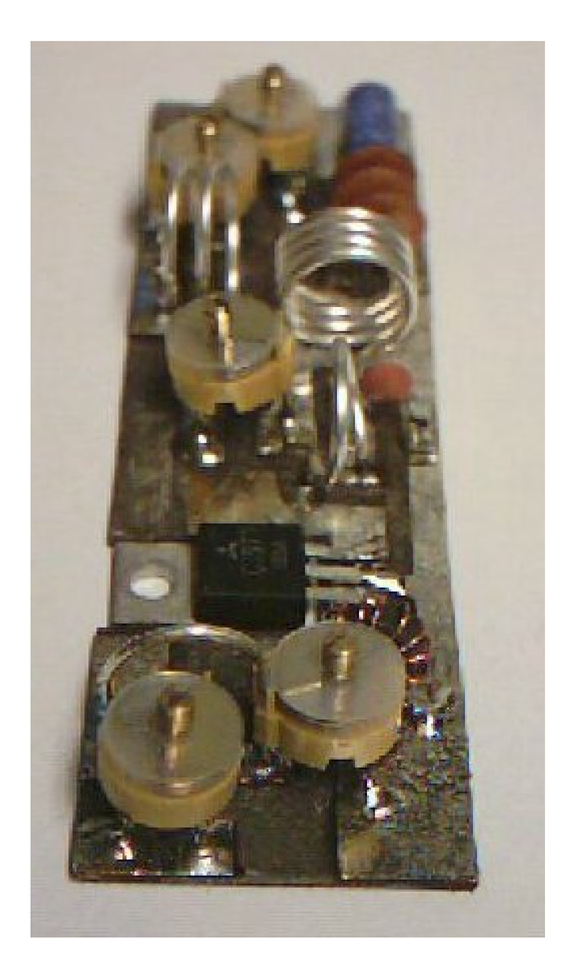


Auf die Oberfläche der Platine gelötete Bauteile.

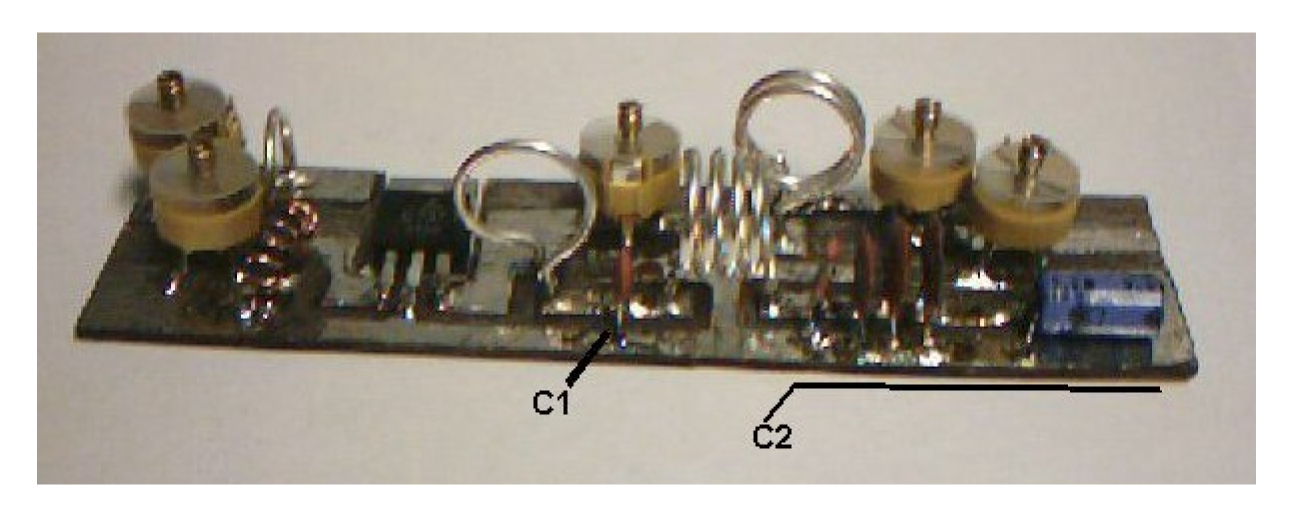
Die Spule mit einer halben Windung (10D, 1/2T) vor den 2 Trimmerkondensatoren (4-70 Pikofarad).
Links im Bild die Spule 10D, 1T, 5P. Dazwischen der Transistor 2sc1971.



Die Hochfrequenzdrossel (RFC).



Die Gesamtansicht des fertig aufgebauten Verstärkers.




Auf diesem Bild erkennt man den Kondensator C1 (0,05 Mikrofarad).

C2 besteht aus mehreren Kondensatoren. Ein Kondensator hat den Wert 150 Pikofarad (links). Anstatt der im Schaltplan vorgesehenen 2 Kondensatoren von 0,03 Mikrofarad haben wir als Ersatz 3 Kondensatoren zu 0,02 Mikrofarad eingesetzt. Die Kapazität dieser 3 Kondensatoren entspricht also den 0,06 Mikrofarad, die im Schaltplan durch die 2 Kondensatoren zu 0,03 Mikrofarad gebildet wird.

Am rechten Rand findet sich der Elektrolytkondensator (blau) mit 33 Mikrofarad. Bei der Montage dieses Kondensators ist darauf zu achten, daß er entsprechend seiner Polarität angelötet wird. Auf diesem Kondensatortyp ist der negative Anschluß mit (-) gekennzeichnet, bei manchen ist auch der positive Anschluß gekennzeichnet. Auch muß dieser Kondensator für die verwendete Spannung

geeignet sein, also mindestens 20 Volt vertragen. Wenn der Elektrolytkondensator verpolt montiert oder bei zu hoher Spannung verwendet wird, wird er zerstört. Unter Umständen kann es zu einem mehr oder weniger lauten Knall kommen.

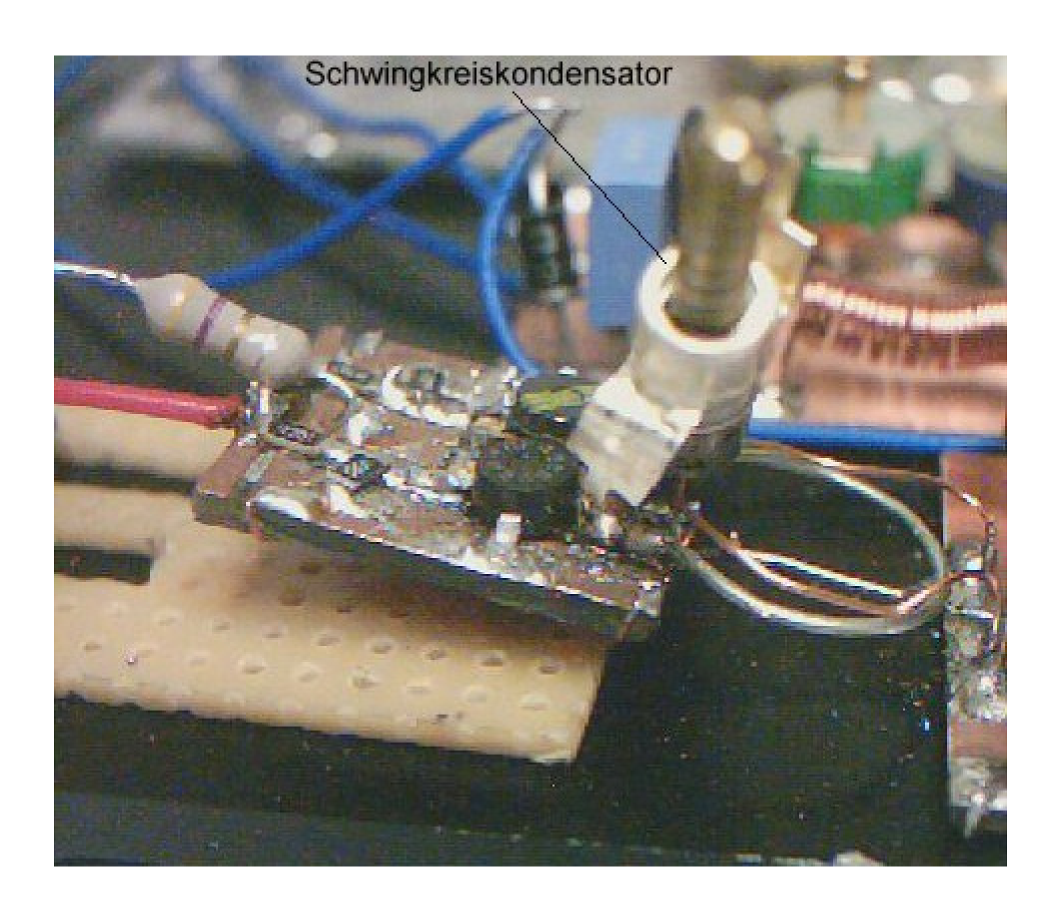
Vor der Inbetriebnahme muß an den Transistor noch ein Kühlkörper angeschraubt werden. Die positive Spannung von 12-13,5 Volt wird am Punkt +VCC im Schaltplan und die negative Spannung an die Masse angeschlossen. Der Verstärker sollte nicht ohne Antenne betrieben werden, da sonst der Transistor zerstört werden kann. Als Steuersender kann ein Sender mit 0,2-0,8 Watt Ausgangsleistung bei ca. 175 MHz verwendet werden (z.B. der „Sender 100 MHz bis 600 MHz", siehe Bauanleitung in diesem Kapitel). Um den Sender abzugleichen lötet man zwischen dem Ausgang des Verstärkers und der Antenne eine Glühbirne von 0,5 bis 1 Watt Leistung. Die Trimmerkondensatoren werden nach Sicht auf den ungefähren Wert in der Schaltung eingestellt. Wenn die Kondensatorplatten vollständig ineinander greifen erreichen wir die höchste Kapazität und wenn sie voneinander getrennt sind die niedrigste. Bei den von uns verwendeten Trimmkondensatoren von 4-70 Pikofarad würde man die beiden Plattengruppen ungefähr zur Hälfte ineinander greifen lassen um 30 Pikofarad zu erreichen.

Nach Inbetriebnahme des Verstärkers werden die Kondensatoren sorgfältig so abgestimmt, daß die größtmögliche Leistung erreicht wird, also die Glühbirne am hellsten leuchtet oder ein angeschlossener Leistungsmesser den höchsten Wert anzeigt. Man kann auch einen Hochfrequenztastkopf  (Bauanleitung weiter unten) verwenden um die Ausgangsspannung direkt zu messen.

Um die Schaltung zu schützen sollte man sie in ein Metallgehäuse einbauen. Das Gehäuse wird an Masse angeschlossen. Zum Abgleichen bohrt man in das Gehäuse kleine Löcher durch die man mit einem Kunststoffschraubenzieher die Trimmerkondensatoren verstellen kann. Als Verpolungsschutz kann man außerdem noch eine Diode in die positive Stromzuleitung einfügen.

# RF-Generator 520 MHz 20 Watt

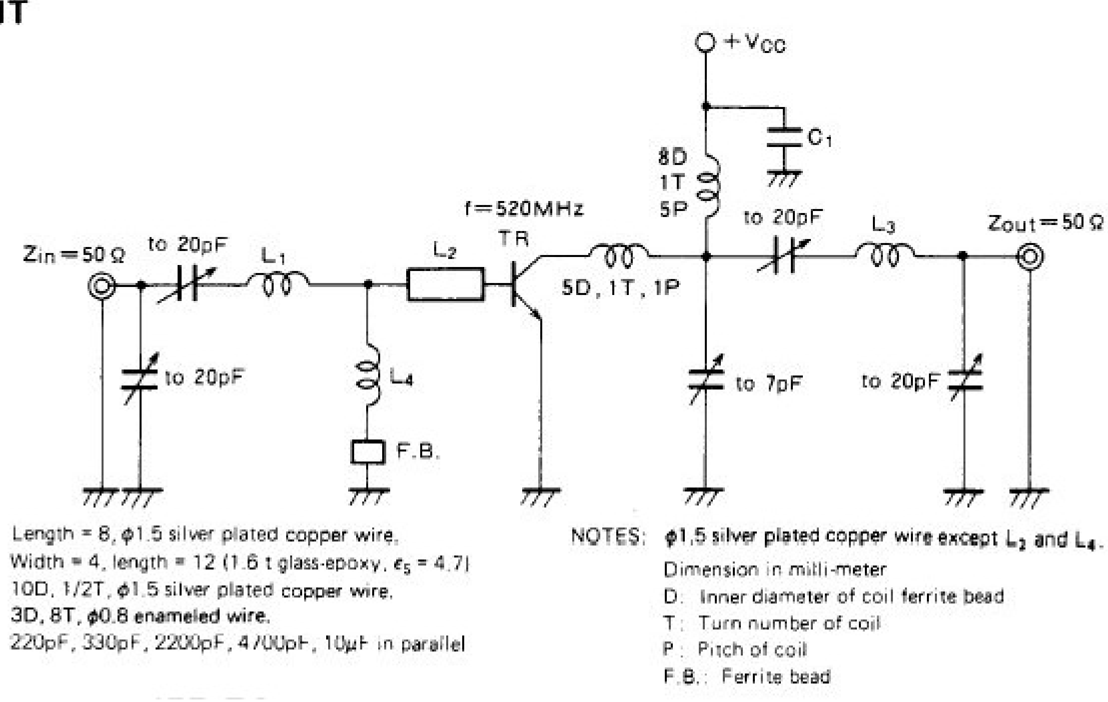
Für diesen Radiofrequenzgenerator brauchen wir einen Steuersender und 4 Verstärkerstufen. Als Steuersender verwenden wir den „Mikrowellensender 2“ (siehe gleichnamiger Beitrag). Zur Verstärkung des von dem Steuersender gelieferten Signals werden die Verstärkerstufen hintereinander geschaltet.



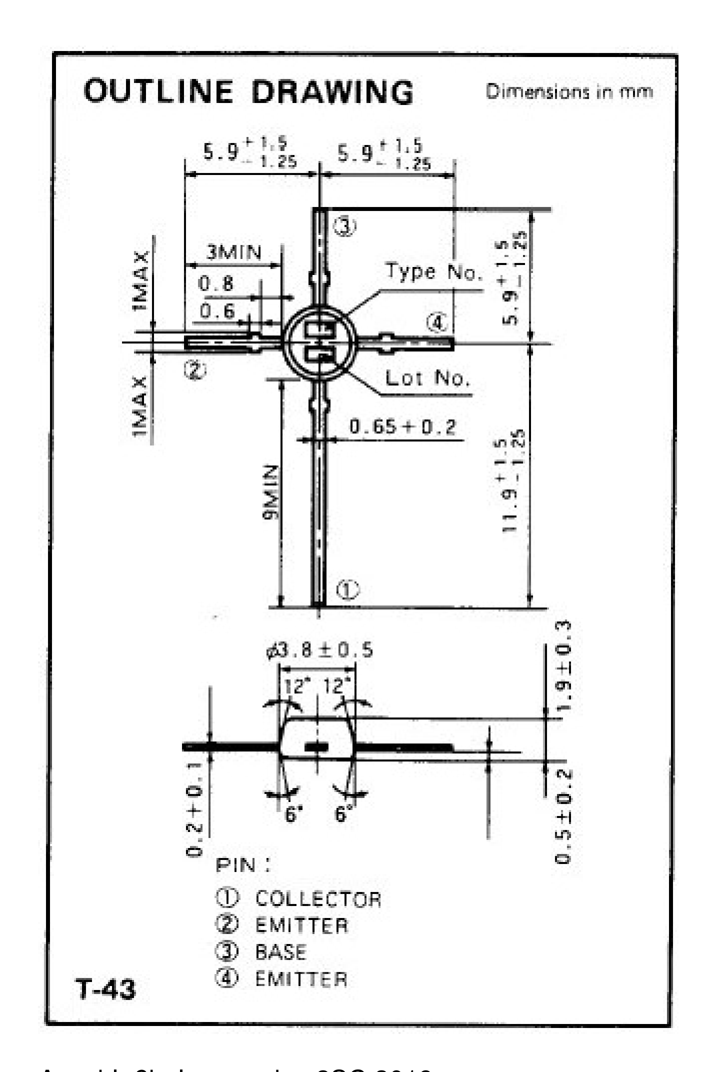

Der Mikrowellensender wurde an die Frequenz angepasst indem eine Spule mit einem Durchmesser von 12 mm verwendet wurde. Die Spule besteht aus einem versilberten Kupferdraht mit 0,5 bis 1 mm Durchmesser. Mit der im Bild sichtbaren zweiten Spule (Kupferlackdraht ca. 0,5 mm Drahtdurchmesser) wird die erste Verstärkerstufe angekoppelt.

Die Stärke der Kopplung kann durch Verbiegen dieser Spule eingestellt werden. Je dichter diese beiden Spulen nebeneinander liegen desto fester die Kopplung. Prinzipiell ist es wünschenswert einen Steuersender so schwach wie möglich an den ersten Verstärker anzukoppeln weil diese erste Verstärkerstufe auf den Steuersender zurückwirkt. Das heißt, daß wenn man an der Verstärkerstufe Einstellungen vornimmt, diese Einstellungen auch den Steuersender beeinflussen und sich so seine Frequenz verschiebt. Zusätzlich wurden gegenüber dem Schaltplan die beiden Enden der Spule mit einem Schwingkreiskondensator verbunden (Trimmer 0,5 Pikofarad bis 3,5 Pikofarad), mit dem die Frequenz des Steuersenders eingestellt werden kann.

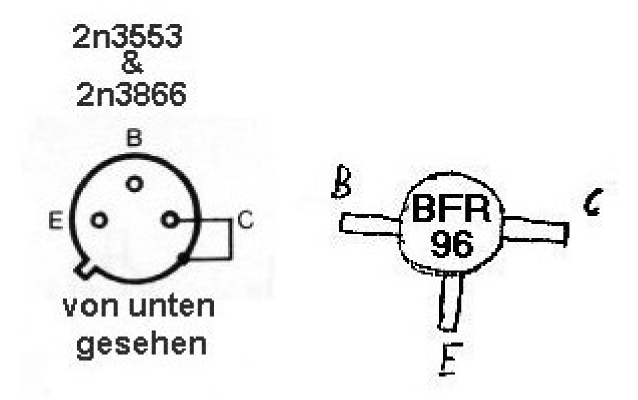
Die erste Stufe ist dem Datenblatt von Mitsubishi für den Transistor 2SC 3019 entnommen. Wir haben für diese Verstärkerstufe allerdings den Transistor 2N 3866 verwendet, der leichter erhältlich ist. Prinzipiell kann auch ein BFR 96 verwendet werden.




Schaltplan

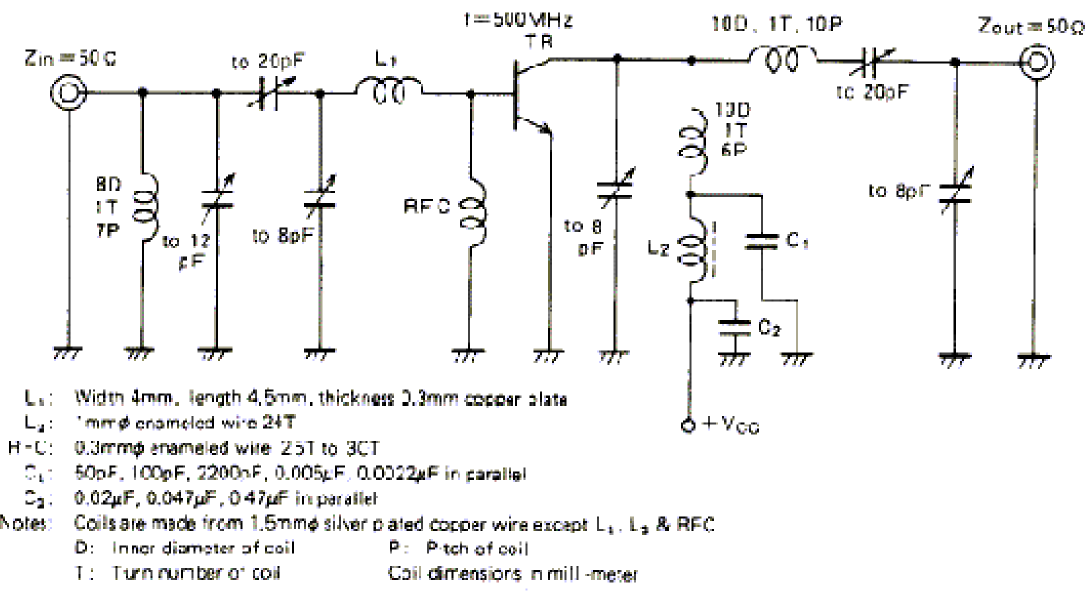



Anschlußbelegung des 2SC 3019

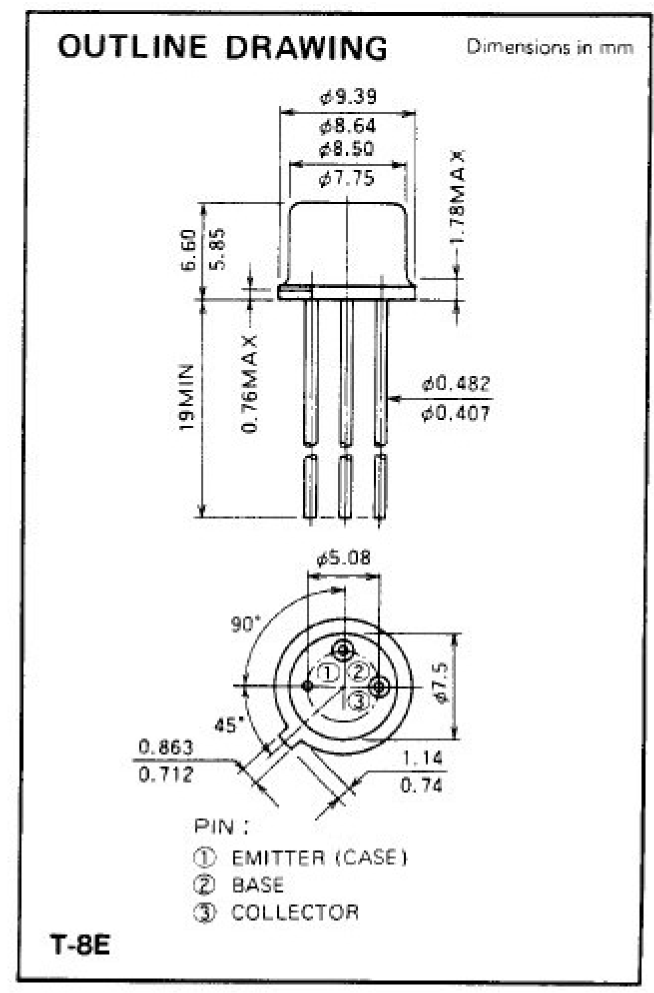



Anschlußbelegung von 2N 3866 und BFR 96

Die zweite Verstärkerstufe ist dem Datenblatt von Mitsubishi für den Transistor 2SC 2131 entnommen. Wir haben auch hier den Transistor 2N 3866 verwendet, der mit einem Kühlstern versehen werden sollte.

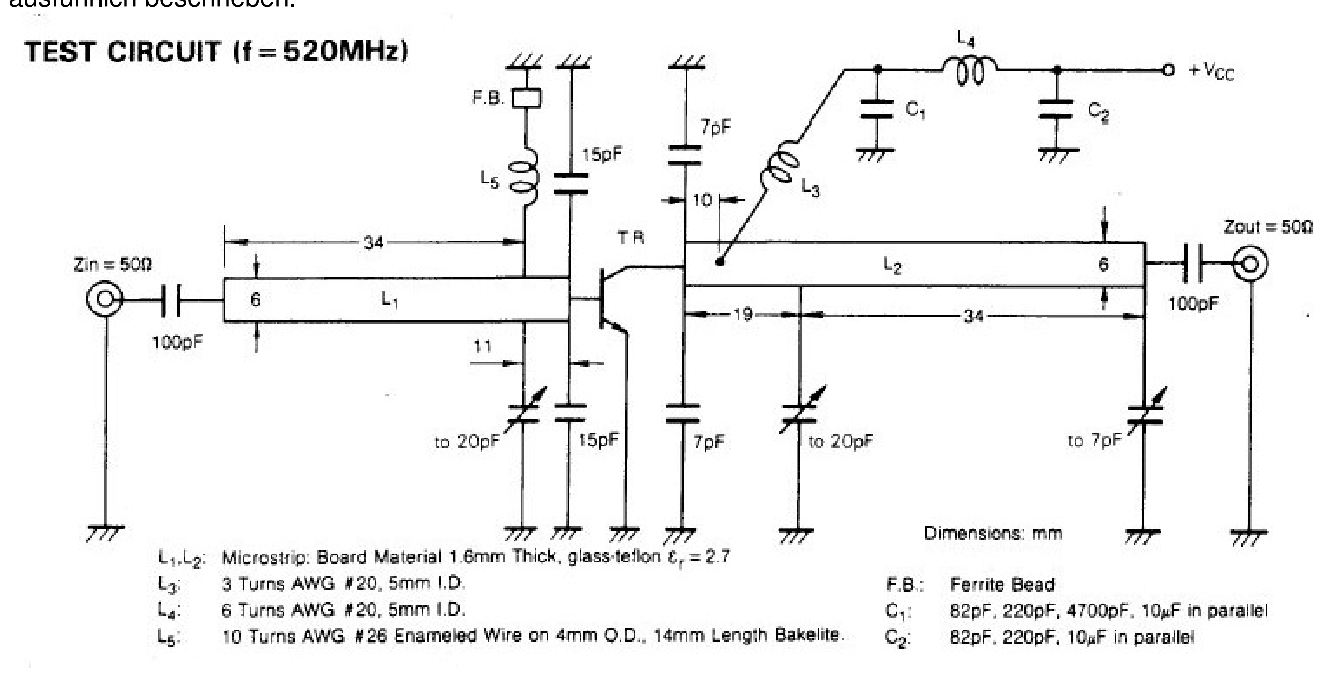



Schaltplan

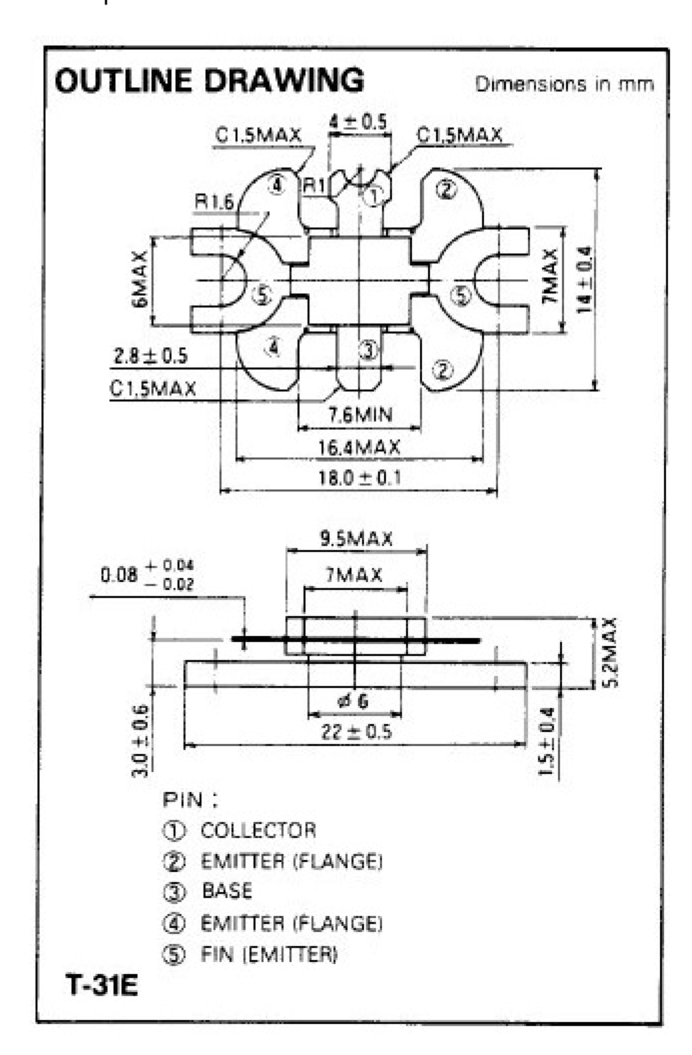



Anschlußbelegung des 2SC 2131

Die dritte Verstärkerstufe ist dem Datenblatt von Mitsubishi für den Transistor 2SC 3021 entnommen. Den Aufbau dieser Verstärkerstufe haben wir unter „RF-Verstärker 520 MHz 7 Watt 12 Volt“ ausführlich beschrieben.

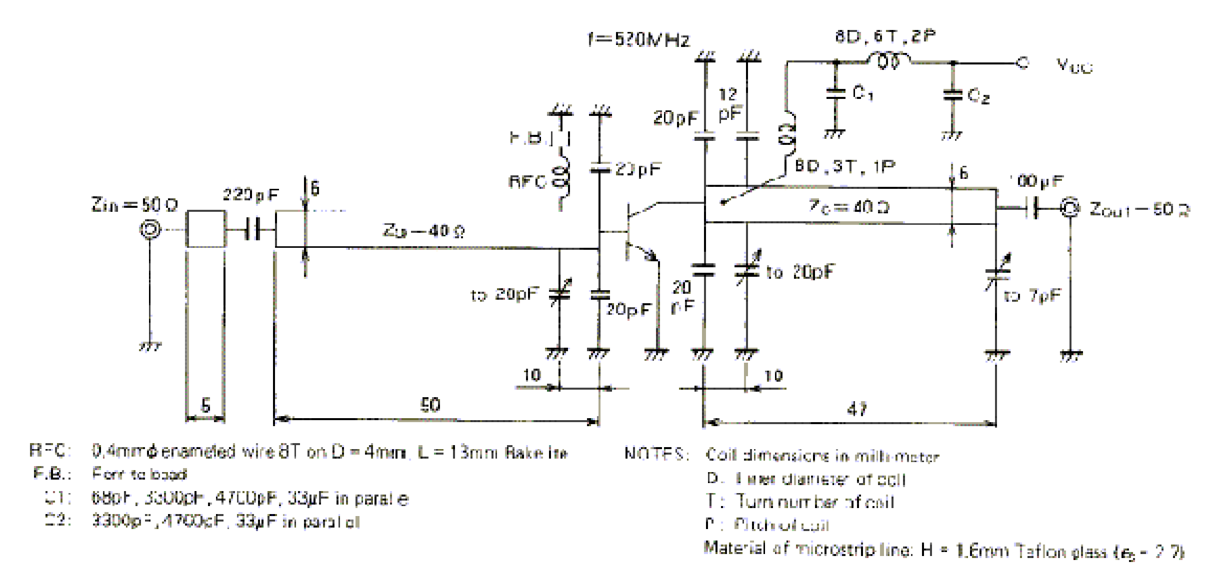



Schaltplan

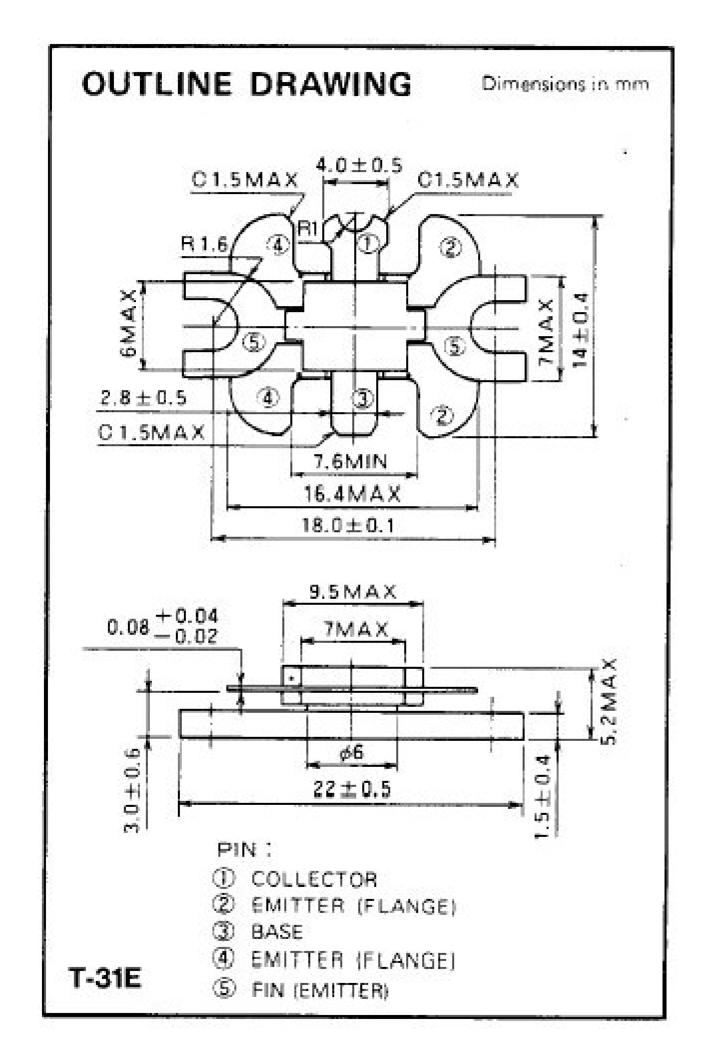



Anschlußbelegung des 2SC 3021.

Die Endstufe ist dem Datenblatt von Mitsubishi für den Transistor 2SC 2695 entnommen.



Schaltplan. Die drei Streifenleiter werden mit den im Schaltplan angebenen Abmessungen (Angaben in mm) hergestellt. Wie das gemacht wird, ist in der Schaltung für den 2SC 3021 beschrieben.

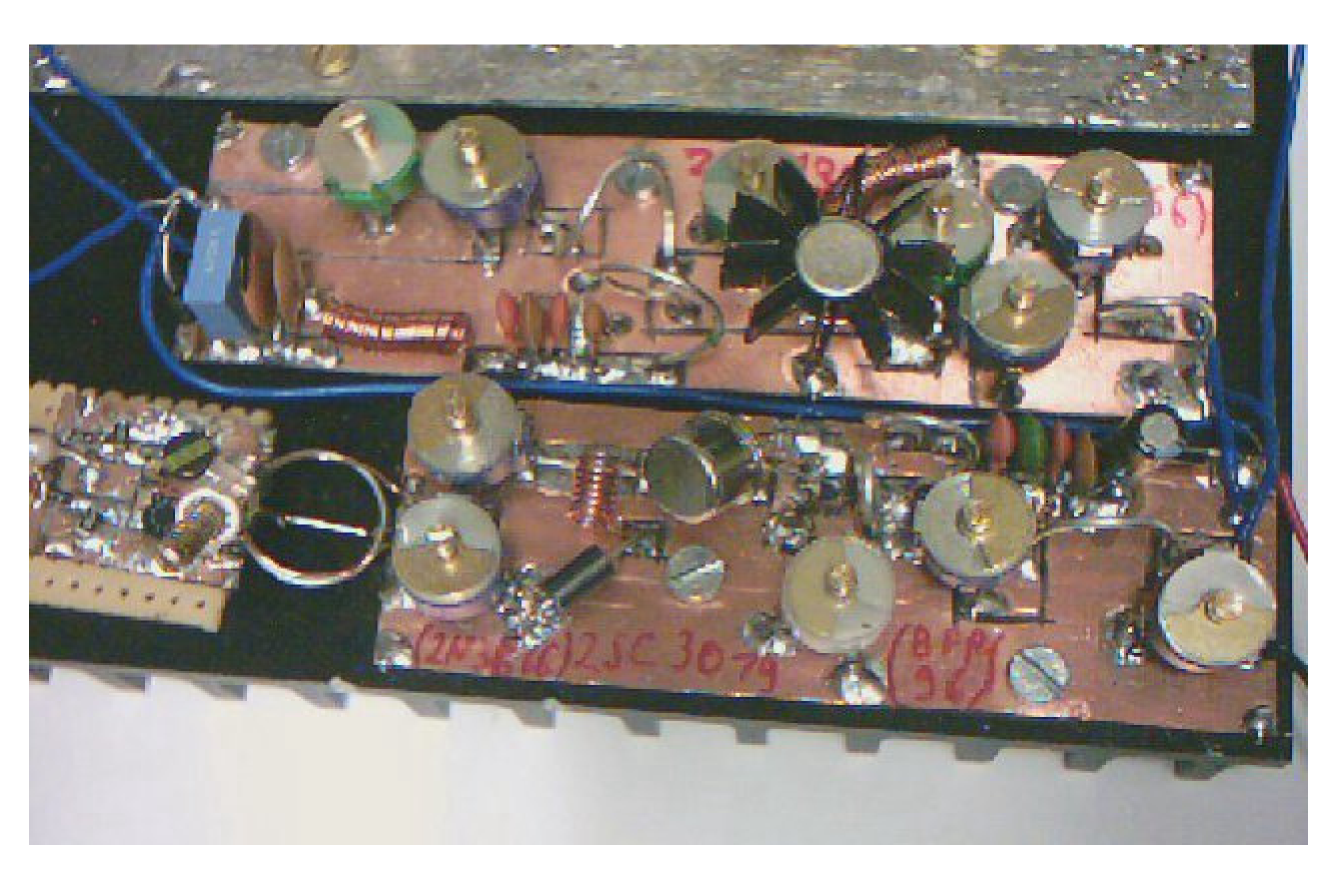



Anschlußbelegung des 2SC 2695.

Alle Verstärkerstufen und der Steuersender werden mit doppelseitig kupferbelegtem Platinenmaterial hergestellt wobei die untere Kupferfläche mit Masse (-) verbunden wird. Alle Verstärkerstufen werden auf eine Kühlfläche geschraubt, wobei die Transistoren 2SC 3021 und 2SC 2695 direkt auf die Kühlfläche geschraubt werden. Dazu können entweder Gewinde in die Kühlfläche geschnitten werden oder nach dem Bohren der Löcher auf der Unterseite Muttern zur Befestigung der Schrauben verwendet werden. Zur besseren Wärmeableitung kann man zwischen Transistor und Kühlfläche Wärmeleitpaste aufbringen.

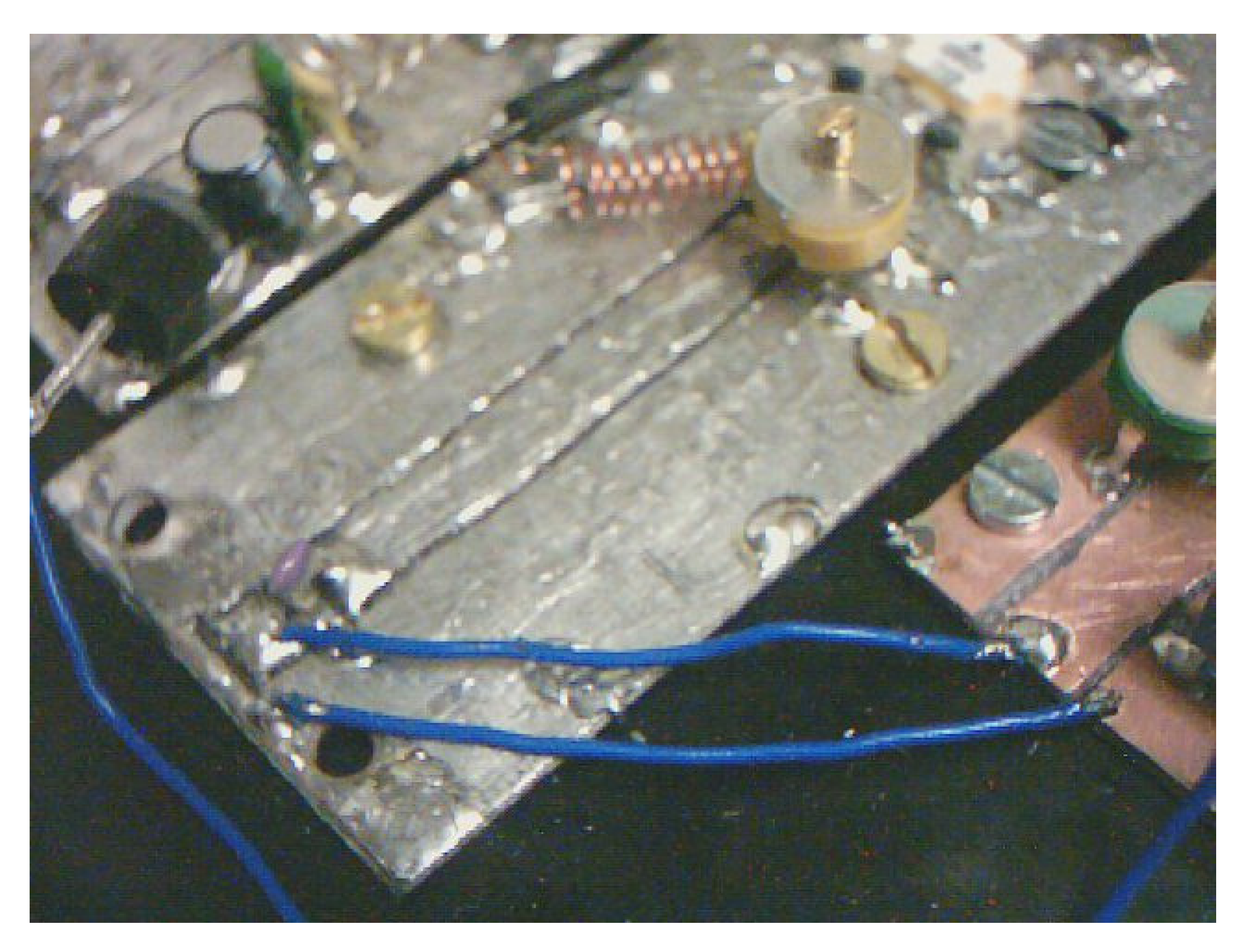


Gesamtansicht des Radiofrequenzgenerators.

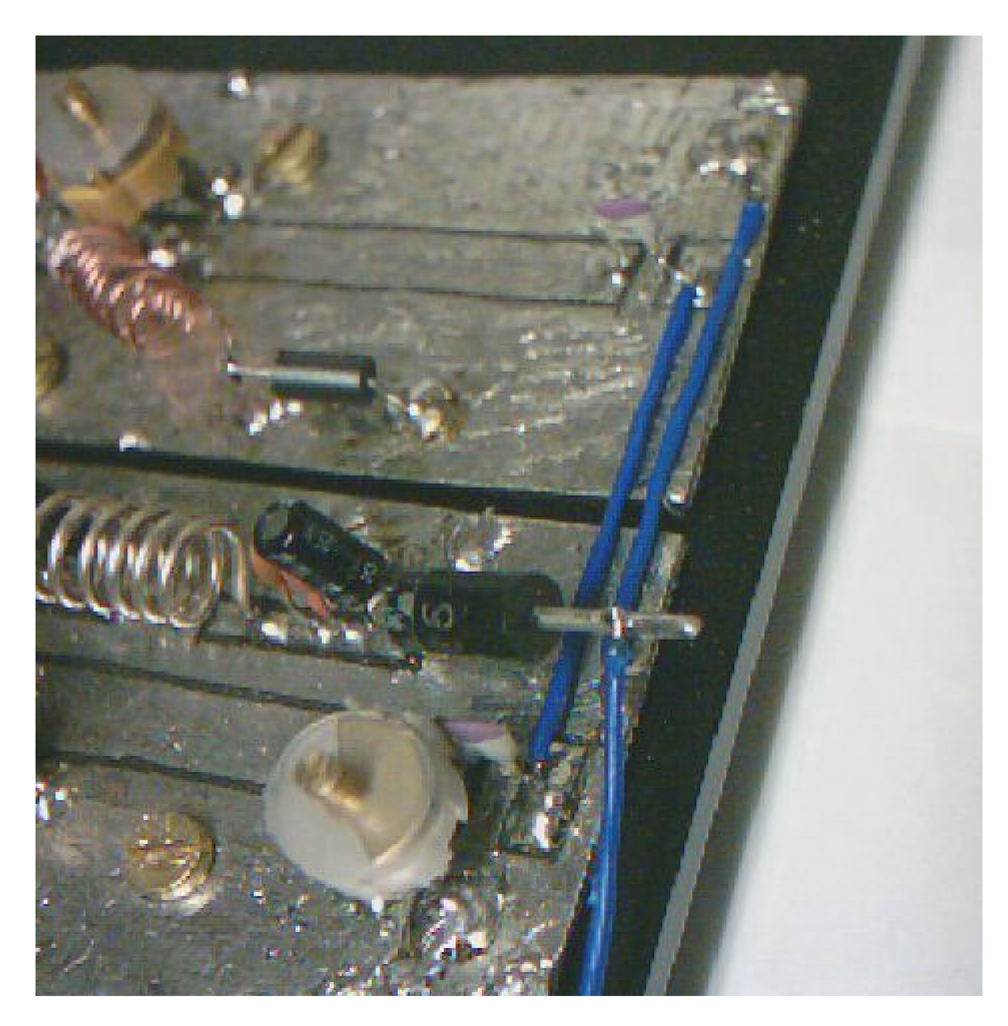


Der Steuersender und die ersten beiden Verstärkerstufen, hier mit jeweils einem 2N 3866 aufgebaut.

Zwei Endstufen mit je einem 2SC 3021 (unten) und 2SC 2695 (oben).



Die Verbindung zwischen zwei Verstärkerstufen ist in diesem Fall durch eine direkte Drahtverbindung, also ohne Spulen hergestellt worden. Dazu wurde der Ausgang der einen Verstärkerstufe (rechts) mit dem Eingang der anderen Verstärkerstufe (links) verbunden (oberer blauer Draht). Der untere blaue Draht verbindet als Rückleitung die Masse (-) der beiden Stufen. Beide Drähte sind gleich lang.



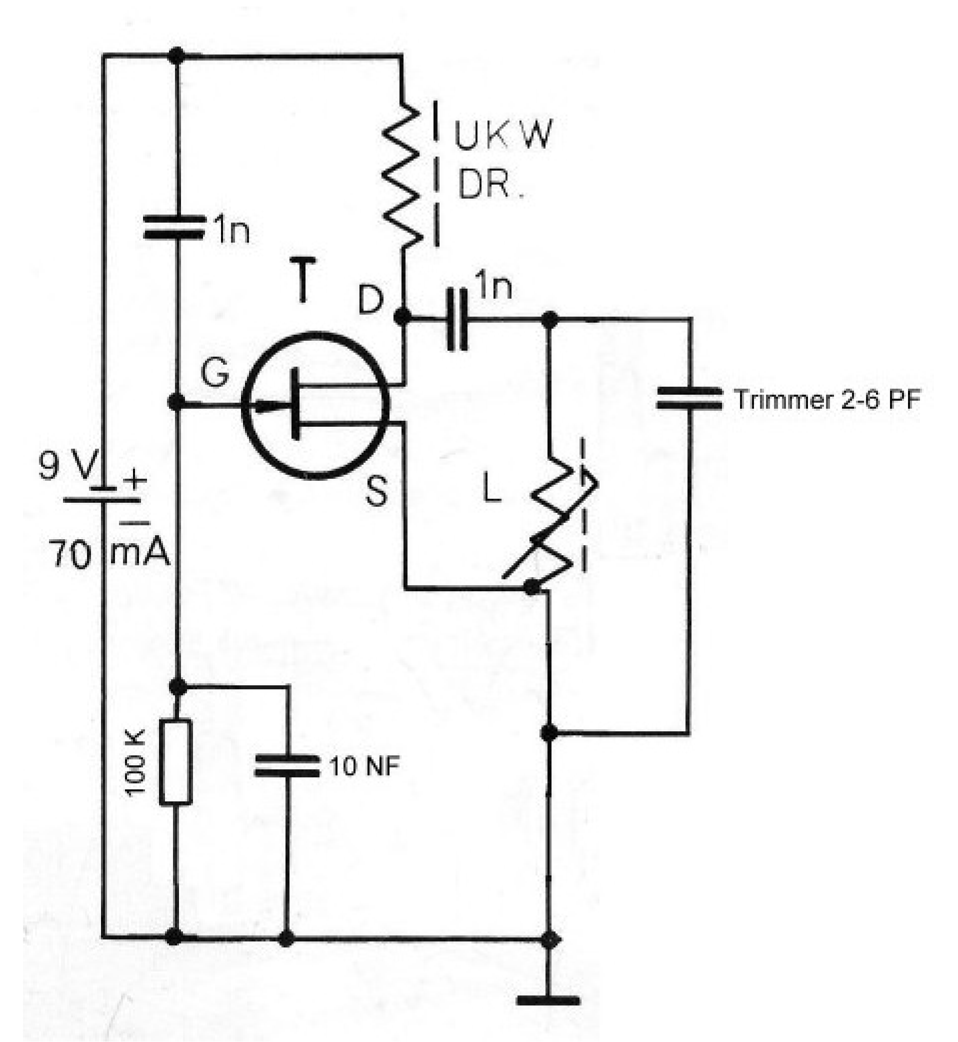
Die Verbindung zwischen den letzten zwei Verstärkerstufen. Der dritte nach unten führende Draht hat mit der Kopplung nichts zu tun, er ist die Plusleitung zur Verstärkerstufe die hier über eine Diode geführt wird damit der Transistor bei der Verpolung der Betriebsspannung nicht zerstört wird. Die vier Verstärkerstufen werden mit 12 bis 13 Volt Gleichstrom betrieben.

Der Steuersender kann mit dem Strom aus einem Funktionsgenerator betrieben werden (siehe auch Elektrische Wirkung auf die Nerven) und arbeitet mit Spannungen von 5-12 Volt. Zum Betrieb muß eine Antenne (siehe „Antennen abstimmen“) an den Radiofrequenzgenerator angeschlossen werden damit die Transistoren nicht durch Überlastung zerstört werden. Die Antenne kann aus einem Stück Draht (15 bis 20 cm) bestehen.

Das Abgleichen von Radiofrequenzgeneratoren wird unter „Sender abstimmen“ beschrieben.

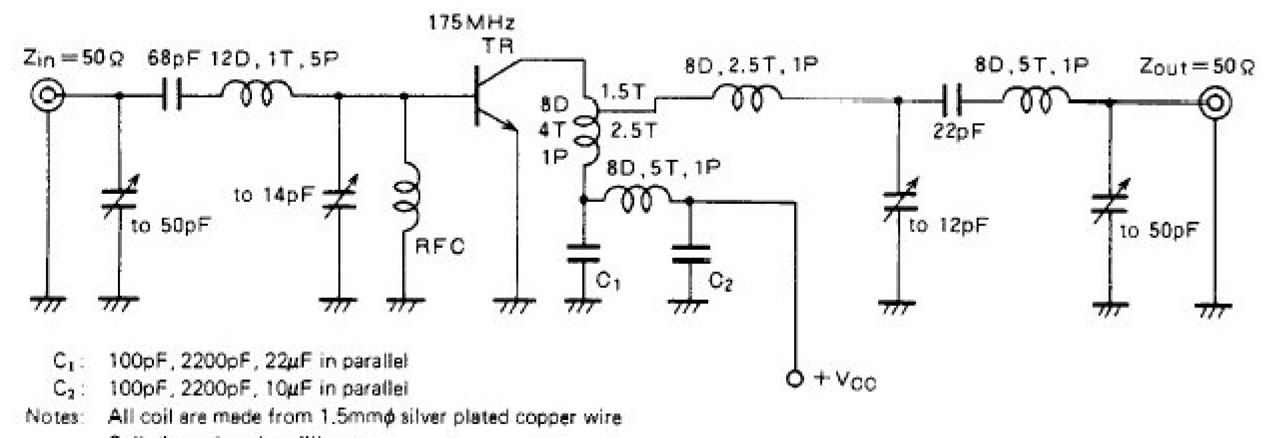
# RF-Generator 175 MHz 40 Watt

Der folgende Radiofrequenzgenerator besteht aus einem Steuersender und 6 Verstärkerstufen. Der Steuersender kann mit einem Funktionsgenerator betrieben werden der eine Ausgangsspannung von 5 bis 12 Volt liefert. Die übrigen Verstärker werden dann mit einer anderen Spannungsquelle von 12 bis 13 Volt betrieben, die aber einen relativ hohen Strom von 10 Ampere und mehr liefern muß. Wer kein passendes Netzgerät hat kann diesen Verstärker mit einem 12 Volt Akku betreiben.

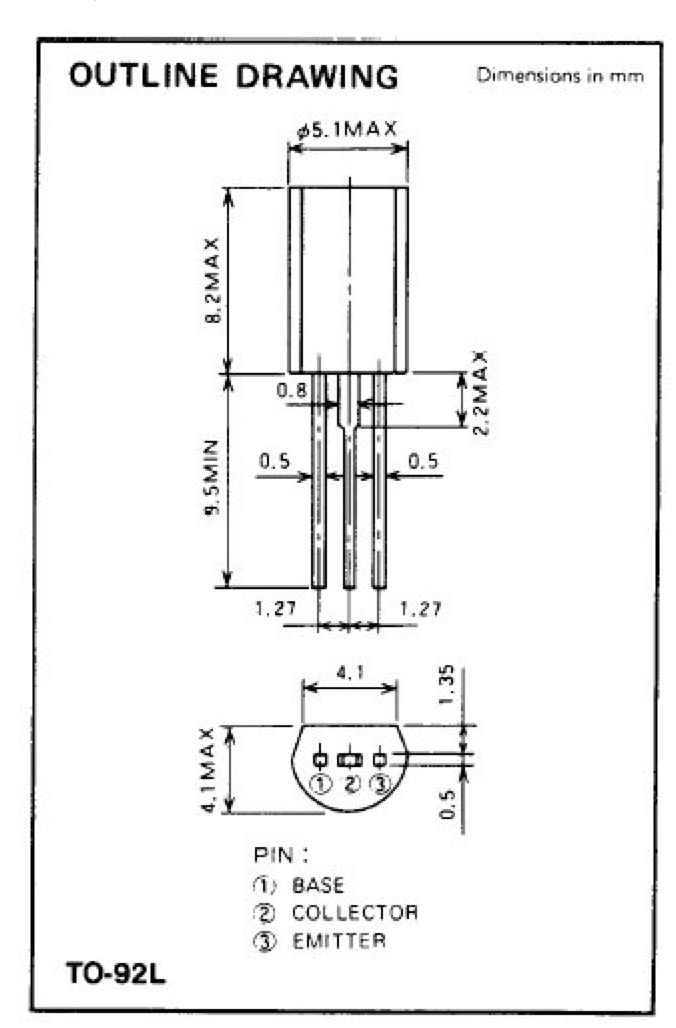



Schaltplan des Steuersenders. Wir haben den Transistor BF 246 verwendet. Die Spule L besteht aus 4 Windungen versilbertem Kupferdraht von ca. 0,5 - 1 mm Durchmesser. Der Durchmesser der Spule beträgt 5 mm. Die UKW-Drossel hat einen Wert von 5 Mikrohenry.

Die erste Verstärkerstufe ist dem Datenblatt von Mitsubishi für den Transistor 2SC 2053 entnommen.

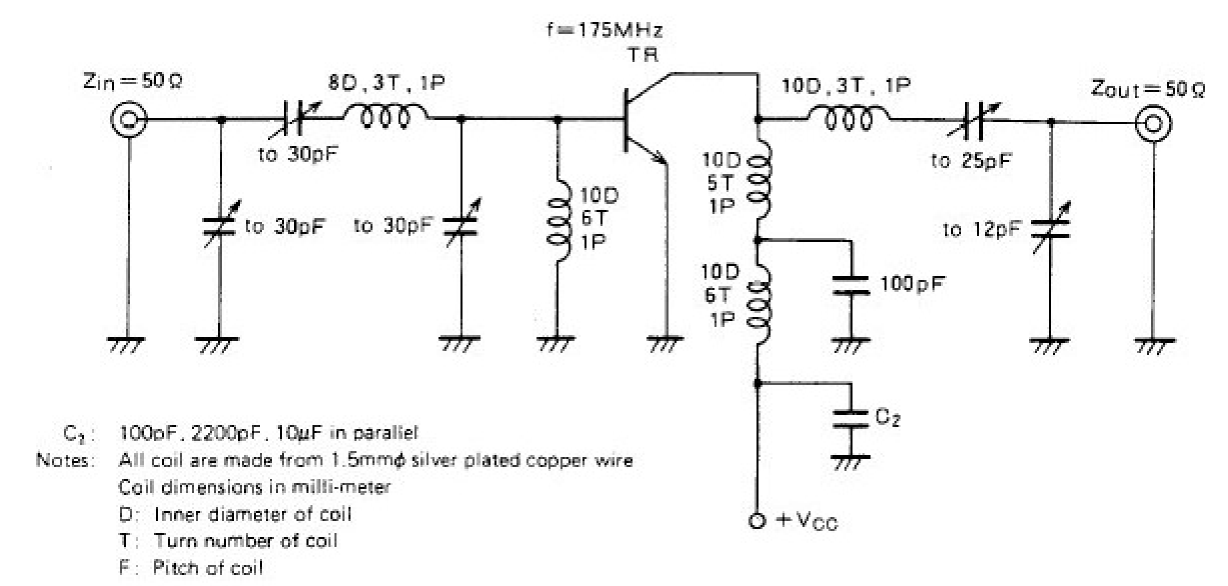



Schaltplan

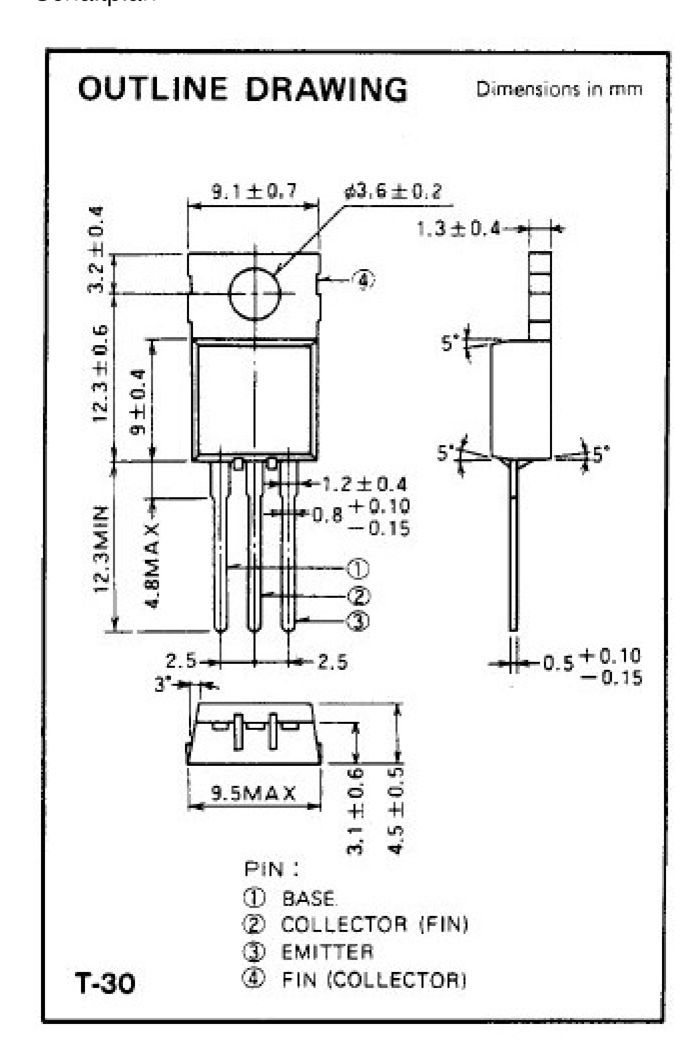



Anschlußbelegung des 2SC 2053.

Die zweite Verstärkerstufe ist dem Datenblatt von Mitsubishi für den Transistor 2SC 1970 entnommen.

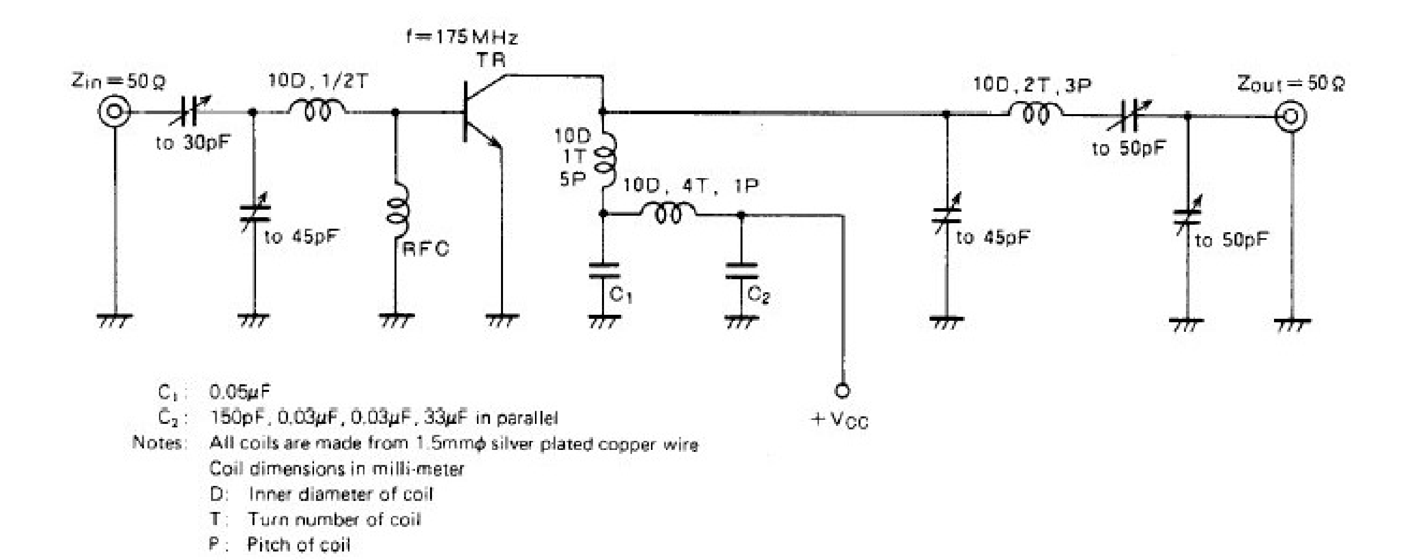



Schaltplan

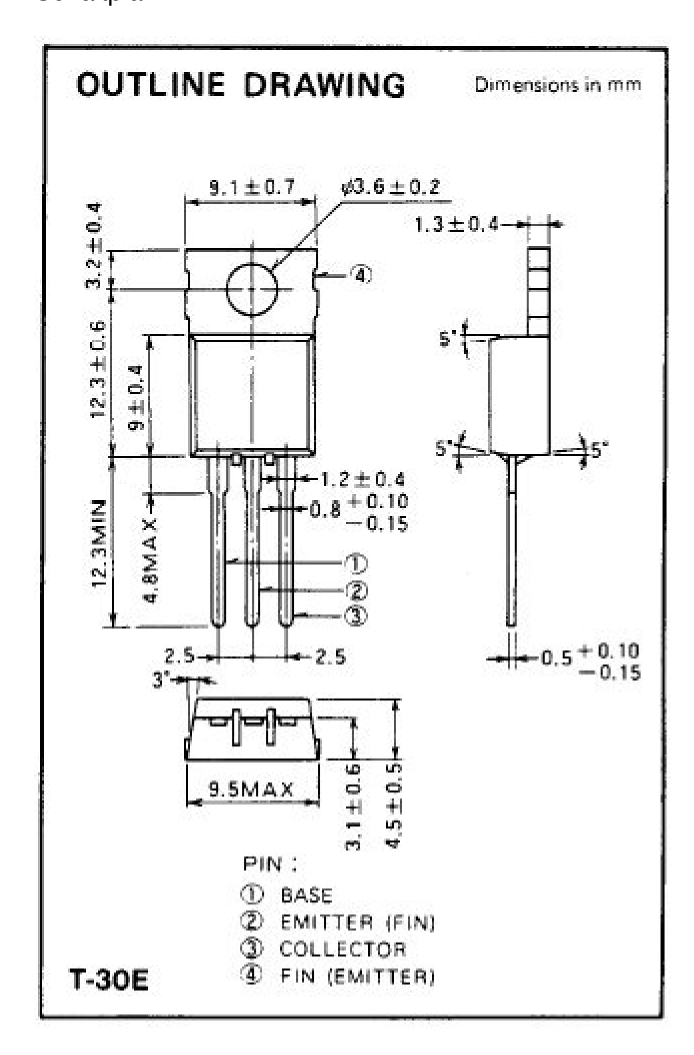



Anschlußbelegung des 2SC 1970. Die Anschlußfahne darf nicht auf den Kühlkörper für die anderen Transistoren geschraubt werden da er nicht mit Masse (-) verbunden werden darf. Für diesen Transistor braucht man deshalb einen eigenen kleinen Kühlkörper.

Die dritte Verstärkerstufe ist dem Datenblatt von Mitsubishi für den Transistor 2SC 1971 entnommen.

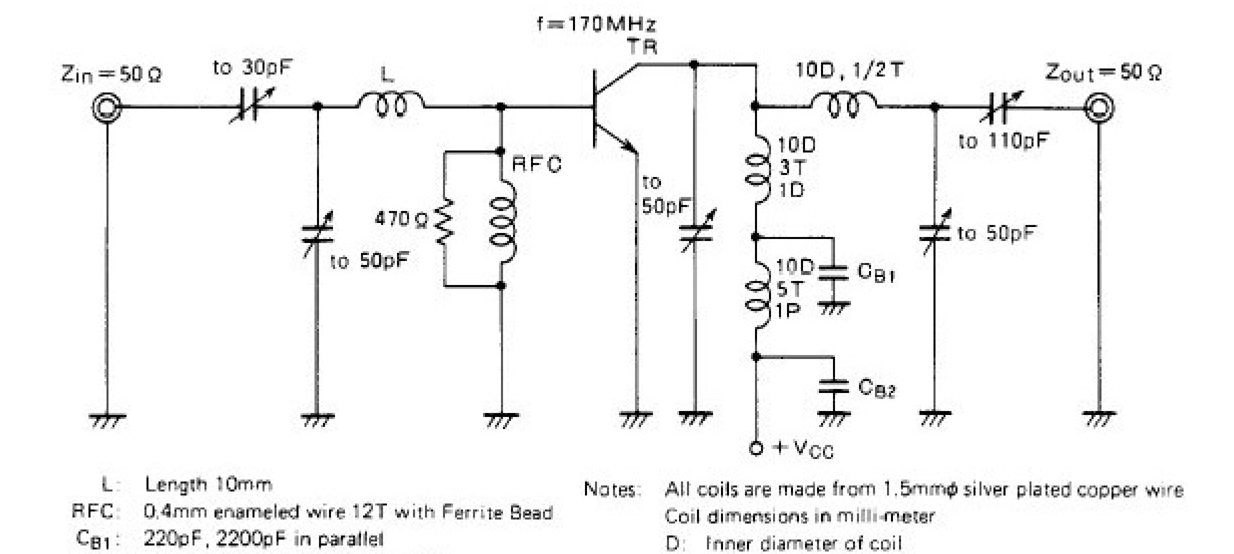



Schaltplan

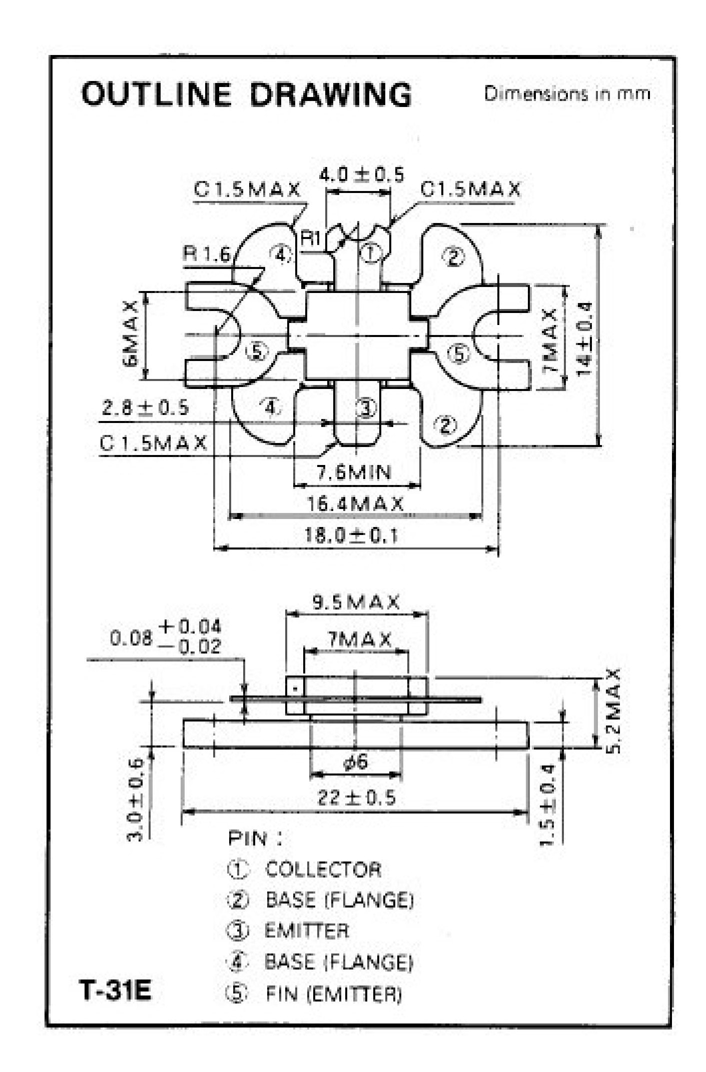



Anschlußbelegung des 2SC 1971. Die Anschlußbelegung unterscheidet sich trotz des gleichen Gehäuses von der des 2SC 1970.

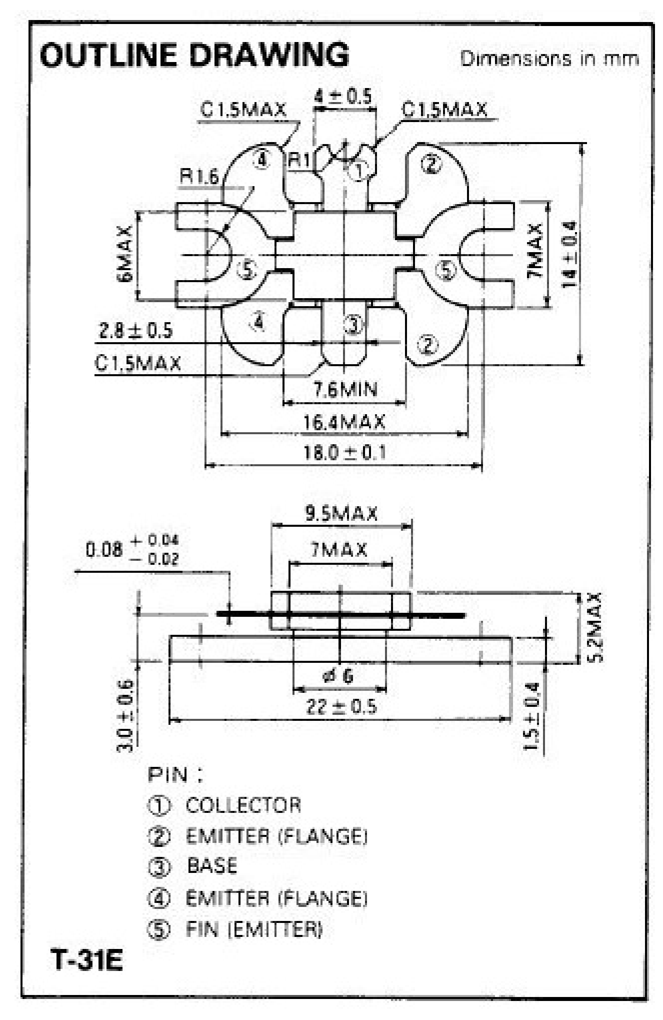
Die vierte und die fünfte Verstärkerstufe sind baugleich. Die Schaltung ist dem Datenblatt von Mitsubishi für den Transistor 2SC 1946a entnommen. Bei unseren 2SC 1946a unterscheidet sich die Anschlußbelegung von der im Datenblatt angegebenen. Es empfiehlt sich also vor dem Aufbau der Schaltung die Transistoren durchzumessen (Transistor- oder Diodenprüffunktion bei einem digitalen Multimeter). Wir haben hier die Anschlußbelegung aus dem Datenblatt und die von uns ermittelte Anschlußbelegung wiedergegeben.




Schaltplan

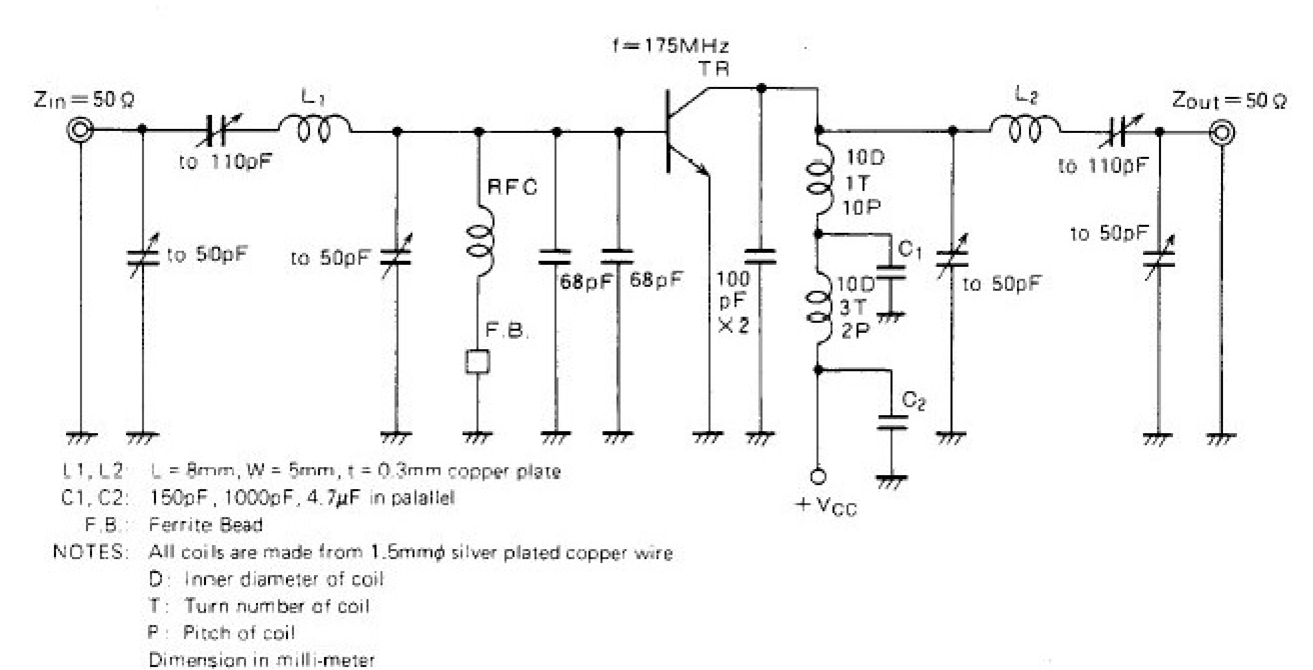



Die falsche Anschlußbelegung aus dem Datenblatt des 2SC 1946a.




Die richtige Anschlußbelegung.

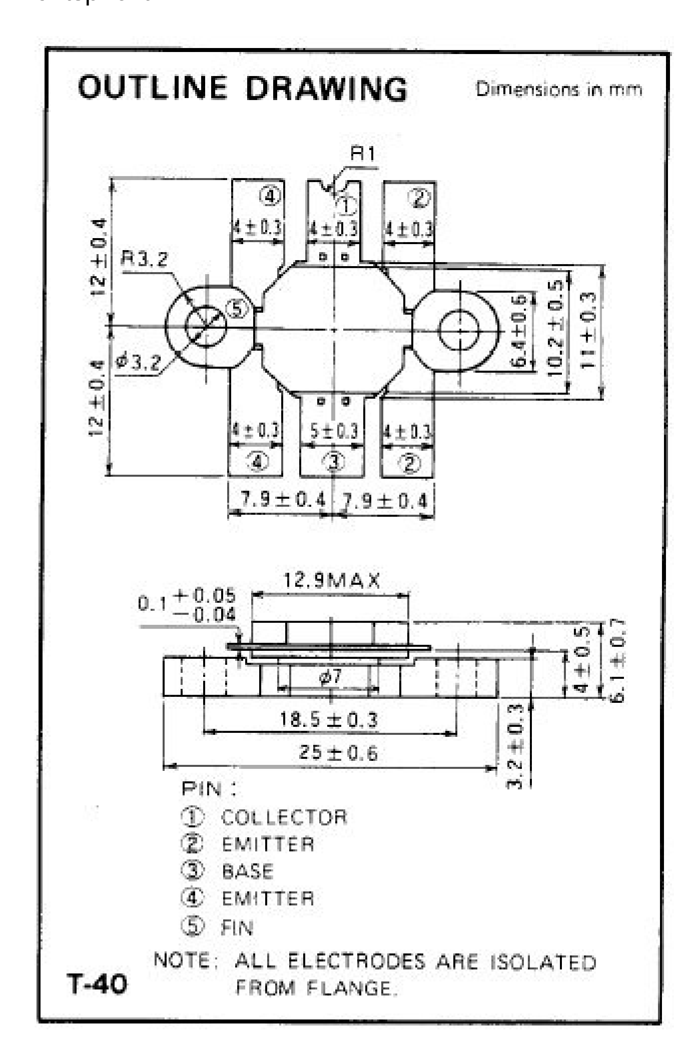
Die sechste Verstärkerstufe ist dem Datenblatt von Mitsubishi für den Transistor 2SC 2630 entnommen.




Schaltplan.

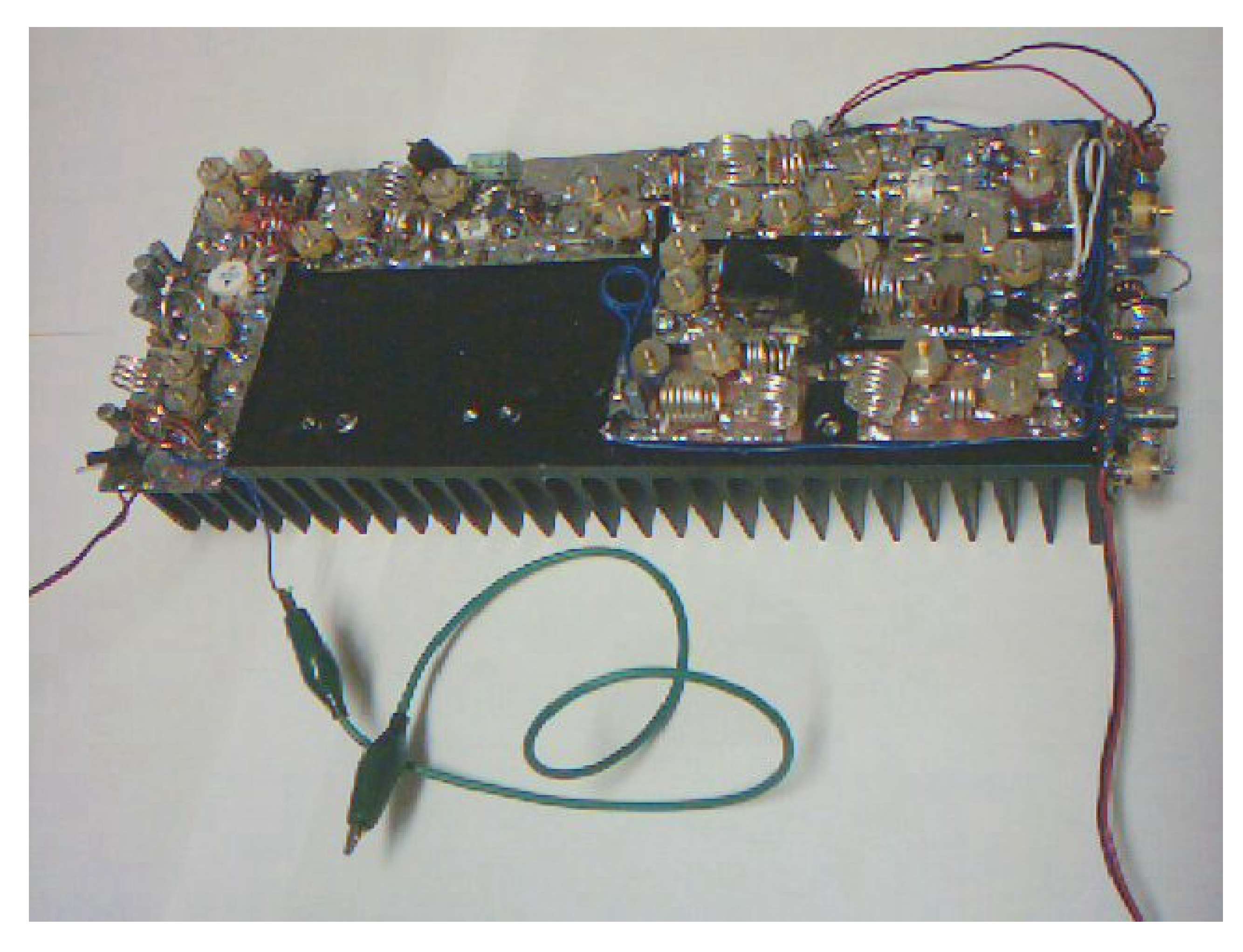
Der von uns verwendete Kondensator 4,7 Mikrofarad, 100 Volt (C1) war unterdimensioniert und ist explodiert. Es schadet also nicht bei Hochfrequenzversuchen mit hoher Leistung eine Schutzbrille zu tragen. Auch kann man sich gehörig die Finger verbrennen wenn man hochfrequenzführende Bauteile berührt! Der explodierte Kondensator wurde ersetzt durch 4 Kondensatoren von 22 Mikrofarad, 50 Volt, die hintereinander geschaltet wurden. Die Lötfläche am Ausgang des Verstärkers muß einen genügenden Abstand zur Masse (-) haben da es sonst bei der hohen Leistung zu Überschlägen kommen kann

Auch sind die Trimmer bei der hohen Leistung stark belastet. Besser ist es entsprechende Drehkondensatoren mit größerem Plattenabstand zu verwenden die aber nicht so leicht erhältlich sind. Man kann sich behelfen indem man mehrere Trimmer parallel schaltet die dann natürlich jeweils eine kleinere Kapazität haben müssen damit die Gesamtkapazität dem im Schaltplan genannten Wert entspricht.

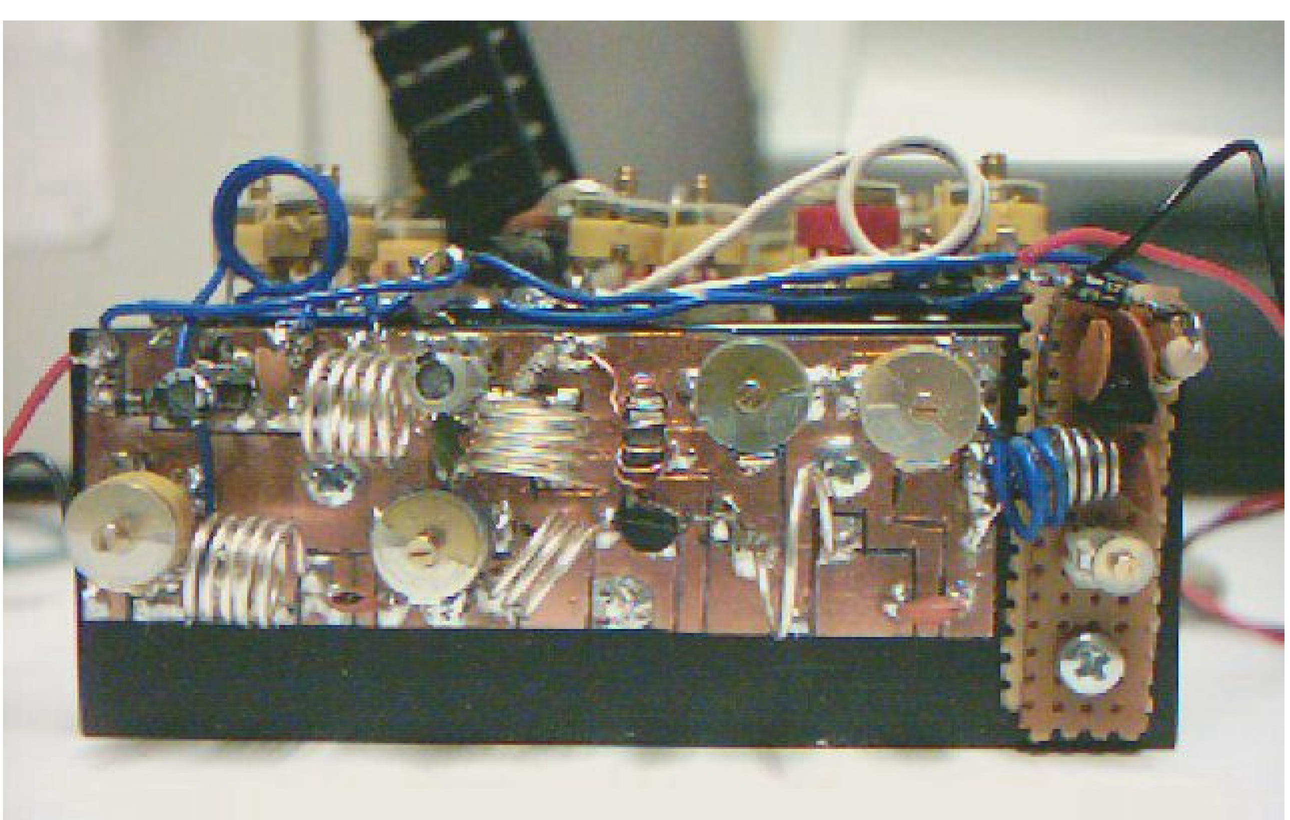



Anschlußbelegung des 2SC 2630.

Im folgenden eine Gesamtaufnahme des fertig aufgebauten Hochfrequenzgenerators mit Steuersender. Bei der hohen Leistung ist es notwendig eine große Kühlfläche zu verwenden.

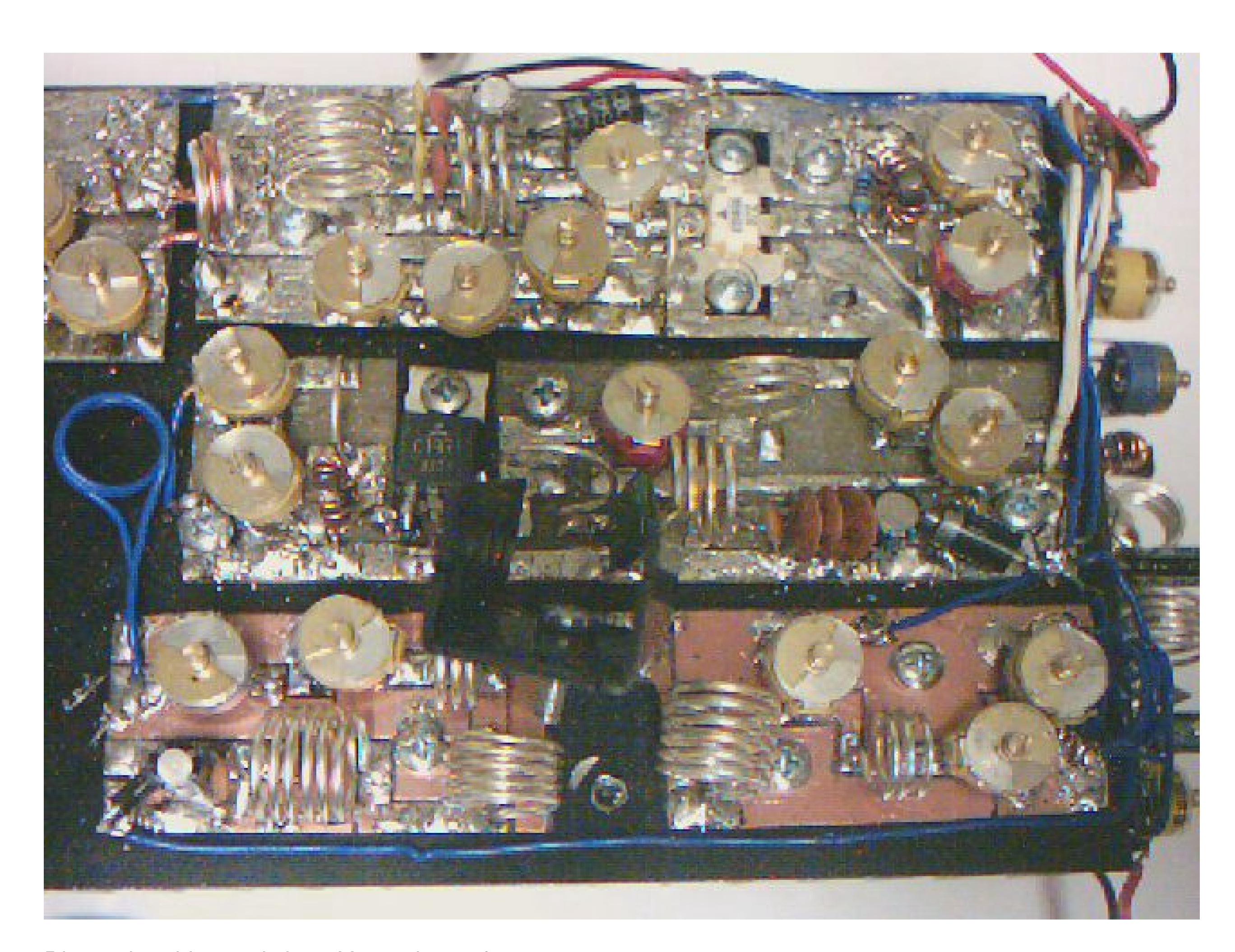


Hochfrequenzgenerator mit Hilfsantenne am unteren Bildrand. Wenn der Generator ohne Antenne oder mit einer zu kleinen Kühlfläche betrieben wird besteht die Gefahr daß der Transistor der Endstufe zerstört wird.



Steuersender und erste Verstärkerstufe mit 2SC 2053.

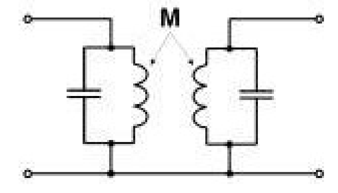
Die Kopplung zwischen dem Steuersender (rechts im Bild) und der ersten Stufe erfolgt durch eine Spule aus Klingeldraht oder Kupferlackdraht mit einem Durchmesser von 5 Millimetern und 2 Windungen. Es ist darauf zu achten daß der Steuersender nur so stark angekoppelt wird wie notwendig, da es bei einer zu starken Ankopplung beim Einstellen der Verstärkerstufe zu Rückwirkungen auf den Steuersender kommen kann. Die Einstellung der Kopplung kann durch Veränderung des Abstands der Spule am Eingang des Verstärkers von der Spule des Steuersenders vorgenommen werden. Dazu kann man die Spule vor- oder zurückbiegen.



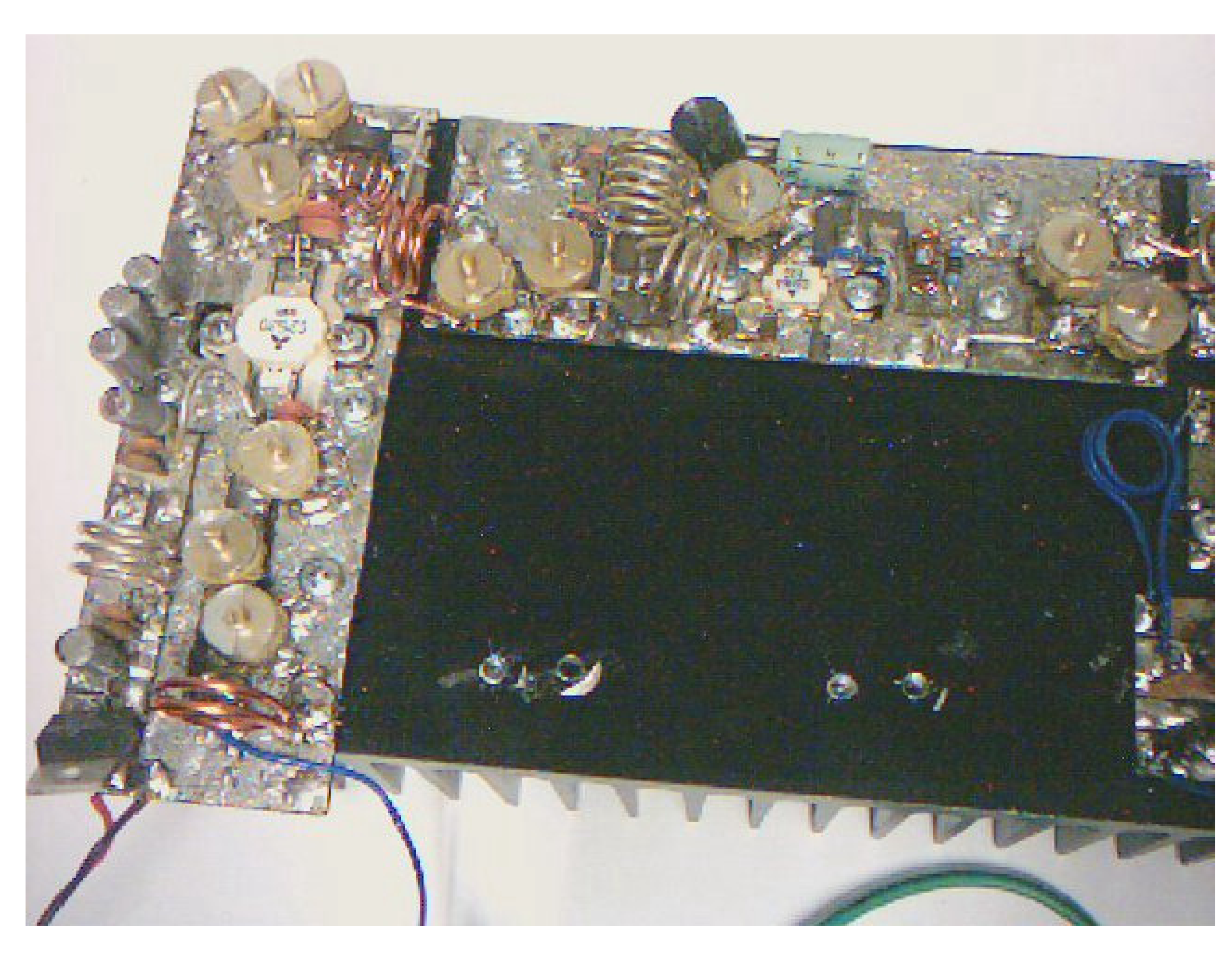
Die zweite, dritte und vierte Verstärkerstufe.

Die Kopplung zwischen den einzelnen Stufen wurde hier durch Spulen vorgenommen. Diese Spulen werden jeweils zwischen dem Hochfrequenzausgang des einen Verstärkers und Masse (-) sowie dem Hochfrequenzeingang des folgenden Verstärkers und Masse (-) eingelötet. Diese Spulen haben hier einen Durchmesser von 10 mm. Auch Spulen von 12 bis 13 mm wurden mit Erfolg verwendet. Der richtige Durchmesser kann experimentell ermittelt werden. Jede Stufe verstärkt den Strom, hebt aber auch die Spannung an. Die Spulen wirken wie ein Transformator der die Spannung herabsetzt aber dafür den Strom erhöht.

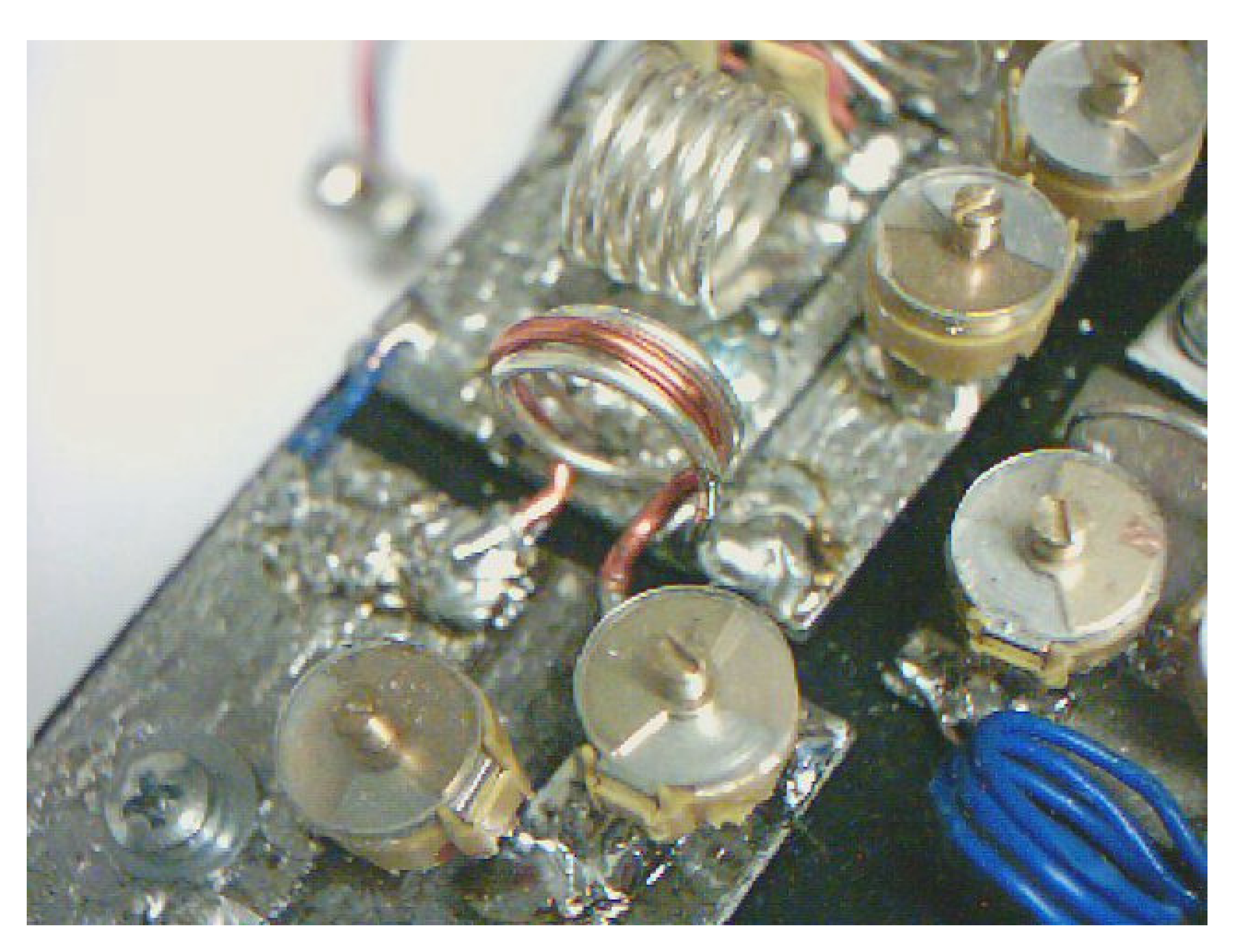
Auf der Ausgangsseite einer jeden Verstärkerstufe hat die Spule 2 Windungen (im Bild weiß). Die Spule am Eingang eines jeden Verstärkers hat dagegen nur 1 Windung (blau). Es muß darauf geachtet werden daß die Spulen beide in der gleichen Richtung gewickelt sind. Die beiden Masse-Anschlüsse und die beiden Hochfrequenzanschlüsse befinden sich jeweils am gleichen Ende der Spulenpaares. Die im folgenden Plan eingezeichneten Kondensatoren sind die in den Schaltungen bereits vorhandenen Trimmerkondensatoren die den jeweiligen Ausgang und Eingang mit Masse (-) verbinden.




Das Bild haben wir der Internetseite http://www.qsl.net/dj4uf/klasse1/lektion04/lektion04.htm entnommen.



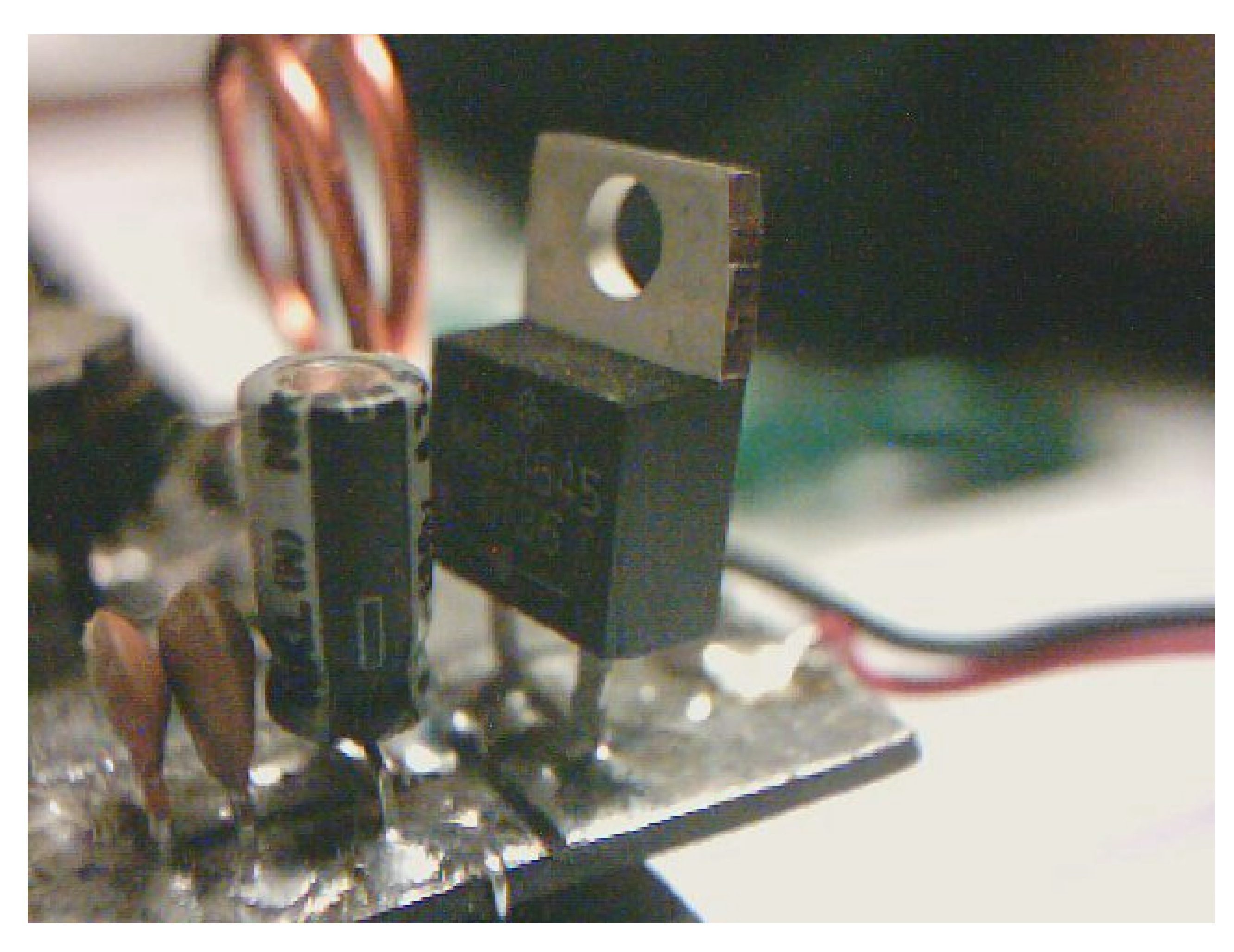
Die fünfte und sechste Verstärkerstufe.



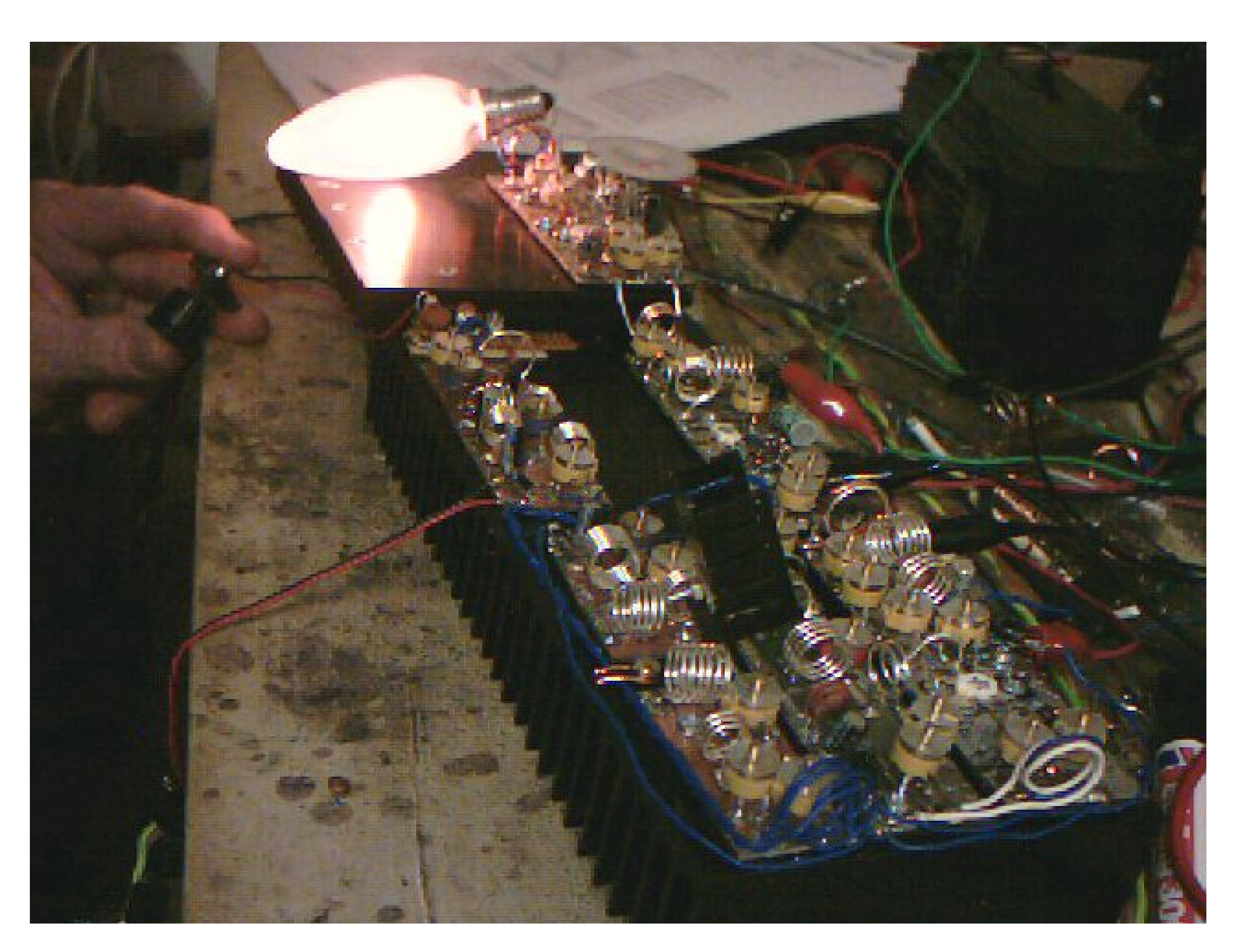
Die Kopplung zwischen der vierten und fünften Stufe. Wegen der hier schon relativ großen Leistung wurde eine Spule aus versilberterm Kupferdraht von 1,2 mm Durchmesser für den Hochfrequenzausgang und eine Spule aus Kupferlackdraht von 1,4 mm Durchmesser für den Eingang der nächsten Stufe verwendet. Prinzipiell können auch beide Spulen aus Kupferlackdraht hergestellt werden. Durchmesser und Aufbau sind wie bei den vorhergehenden Spulen.




Die 4 hintereinandergeschalteten Kondensatoren (22 Mikrofarad, 50 Volt) die den explodierten Kondensator von 4,7 Mikrofarad ersetzen.



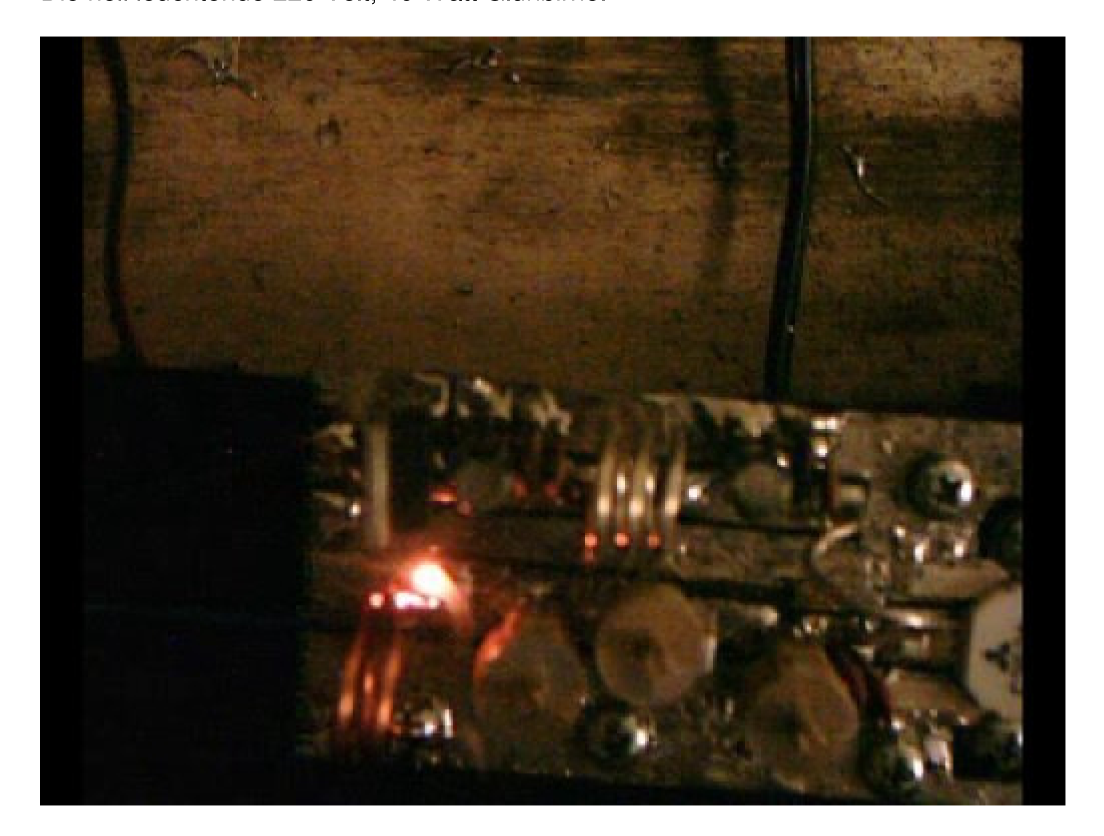
Vorne eine Diode als Verpolungsschutz, im Hintergrund die Spule am Ausgang des Endverstärkers.



Der Verstärker wurde nach den im Beitrag „Sender abstimmen“ angegebenen Verfahren abgestimmt.

Der Radiofrequenzgenerator ist in der Lage eine gewöhnliche 220 Volt, 40 Watt Glühbirne zum Leuchten zu bringen.

Die hell leuchtende 220 Volt, 40 Watt Glühbirne.



Funkenüberschlag an der Endstufe.

# Sender abstimmen

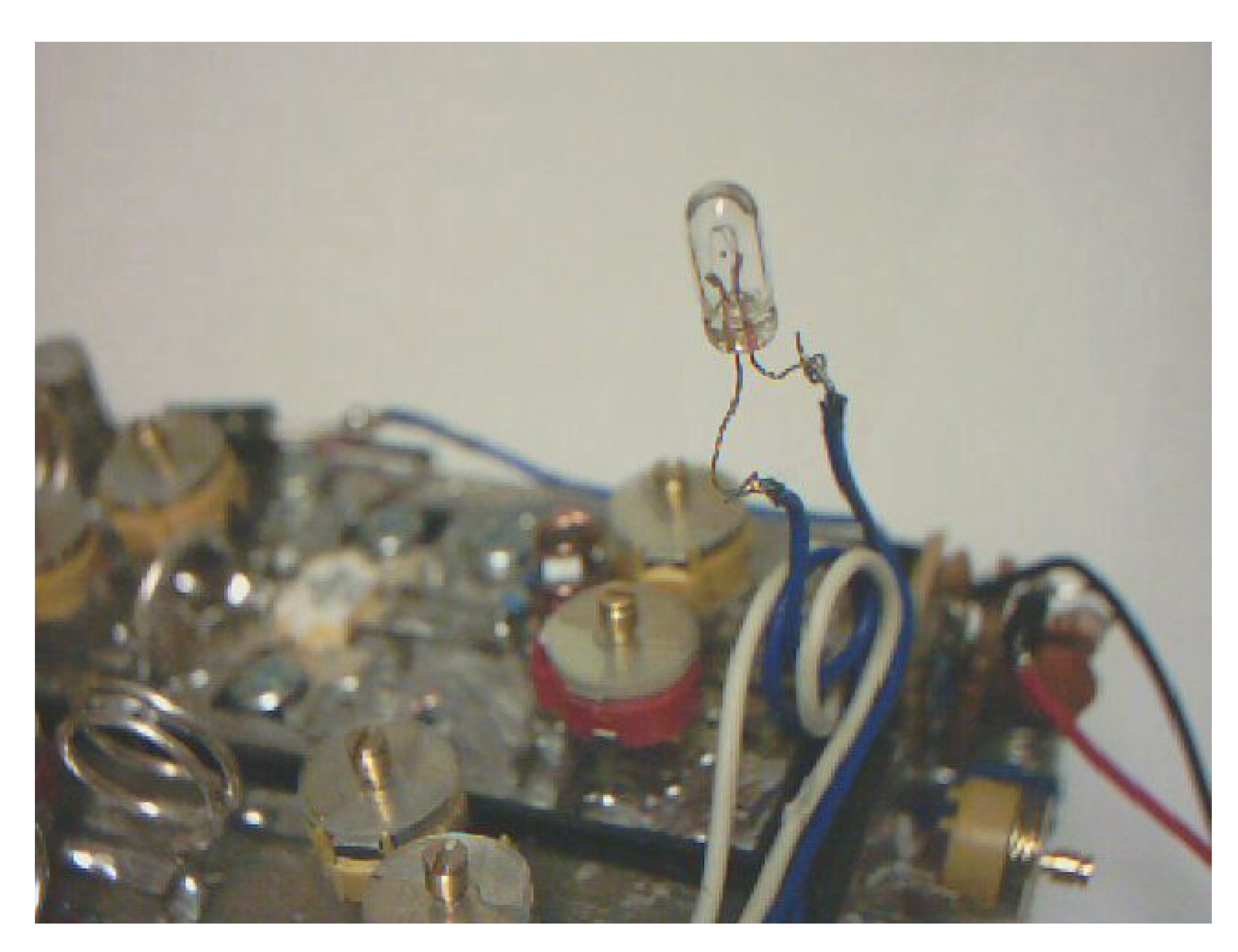
Damit Sender und Verstärker funktionieren, müssen sie auf die jeweilige Frequenz abgestimmt werden. Dazu braucht man unter Umständen viel Geduld. Man stellt die Drehkondensatoren nach Sicht auf den in der Schaltung angegebenen Wert ein. Dann wird durch vorsichtiges Verstellen der Kondensatoren der Sender auf die höchste Ausgangsleistung eingestellt. Dabei fängt man mit dem Steuersender an. Wenn dieser richtig eingestellt ist, lötet man die zweite Stufe an. Diese wird dann abgeglichen. Danach wird die nächste Stufe angelötet und abgeglichen bis alle Stufen richtig eingestellt sind. Bei Sendern mit höherer Sendeleistung als 10 bis 20 Watt ist es notwendig die einzelnen Stufen voneinander durch Bleche abzuschirmen, da die von den Endstufen abgestrahlte hohe Leistung auf die Vorverstärkerstufen und den Steuersender einwirken kann. Das macht sich dadurch bemerkbar daß einzelne Verstärkerstufen nach Abschalten des Steuersenders weiter schwingen.

Bei jeder einzelnen Verstärkerstufe stellt man zuerst die Kondensatoren vor dem Transistor ein. Dazu mißt man die Spannung an der Basis des Transistors. Diese Spannung kann man mit einem Demodulatortastkopf messen. So einen Tastkopf kann man z.B. bei Conrad Elektronik bekommen. Danach werden die Kondensatoren auf der Ausgangsseite der Verstärkerstufe eingestellt. Wenn die Kopplung zwischen den Stufen mit Spulen stattfindet, kann auch durch variieren des Abstandes zwischen den Spulen bzw. zwischen den einzelnen Windungen eine Einstellung durchgeführt werden. Dabei kann man feststellen daß bei zu starker Kopplung zwischen den einzelnen Stufen die Sendeleistung wieder abnimmt weil die Spannung am Transistor zu hoch ist.

Im folgenden einige Meßinstrumente und Werkzeuge die beim Abstimmen von Sendern nützlich sind.



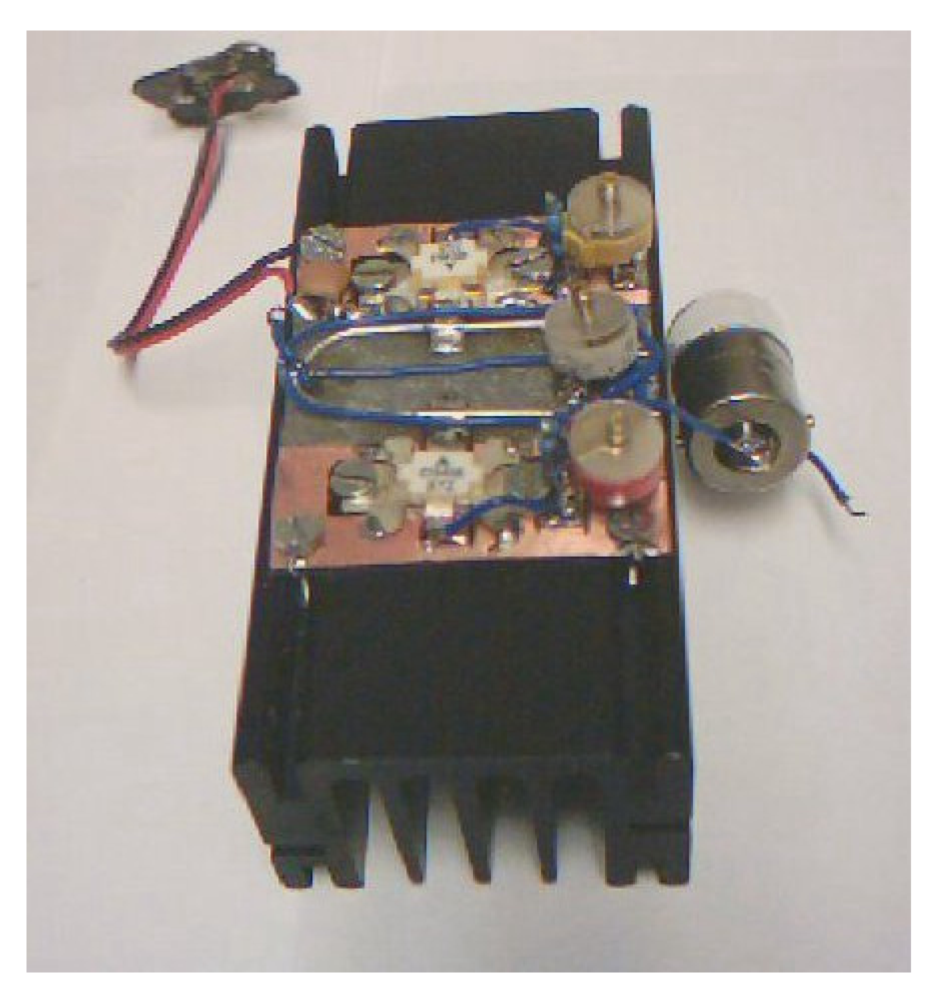
Verschiedene Glühbirnen mit angelöteter Drahtschleife. Die kleinste hat eine Leistung von 100 Milliwatt, die große ist eine 40 Watt, 220 Volt Glühbirne. Mit Hilfe dieser Birnen kann man die Ausgangsleistung von Hochfrequenzverstärkern sichtbar machen.



Die Birnen werden während des Abstimmens in die Ausgangsspule gesteckt oder daneben gehalten.




Die 40 Watt Birne an der Ausgangsspule. Natürlich kann die von der Glühbirne aufgenommene Leistung nicht mehr abgestrahlt werden, da sie ja in Wärme und Licht umgewandelt wird. Aus diesem Grund muß die Glühbirne nach dem Abstimmen entfernt werden, wodurch dann aber wieder die Abstimmung beeinflußt wird. Wenn eine kleine Birne in einigem Abstand von der Spule befestigt wird beeinflußt sie die Abstimmung viel weniger.



Auch in die Antennenleitung kann eine Glühbirne eingelötet werden. So kann der Strom sichtbar gemacht werden der in die Antenne und zurück fließt.

Ein einfaches Instrument um die von einer Antenne abgestrahlte Leistung zu messen kann man selber bauen. Dazu benötigt man ein Mikroamperemeter (ca. 100 Mikroampere Meßbereich) und eine Diode (zum Beispiel 1N4148). Mit der Diode werden die beiden Eingänge des Meßgerätes verbunden. Die Zuleitung der Diode dient dabei als Antenne. Die von dieser Antenne aufgenommene Radiofrequenzstrahlung wird von der Diode nur in einer Richtung durchgelassen. Sie wirkt in dieser Richtung wie ein Kurzschluß so daß der ganze Strom durch sie hindurchfließt. Während die Diode den Strom in der Gegenrichtung sperrt fließt durch das Meßinstrument ein Gleichstrom. Den durch die Diode hervorgerufenen gepulsten Gleichstrom kann das Meßinstrument im Gegensatz zu hochfrequentem Wechselstrom messen.




Mikroamperemeter



Rückseite des Mikroamperemeters mit der Diode zwischen den beiden Eingängen. Wenn das Mikroamperemeter zur falschen Seite ausschlägt, müssen die Anschlüsse der Diode an das

Amperemeter vertauscht werden. Mit diesem einfachen Meßinstrument läßt sich auch die Abstrahlung von Handys zeigen.



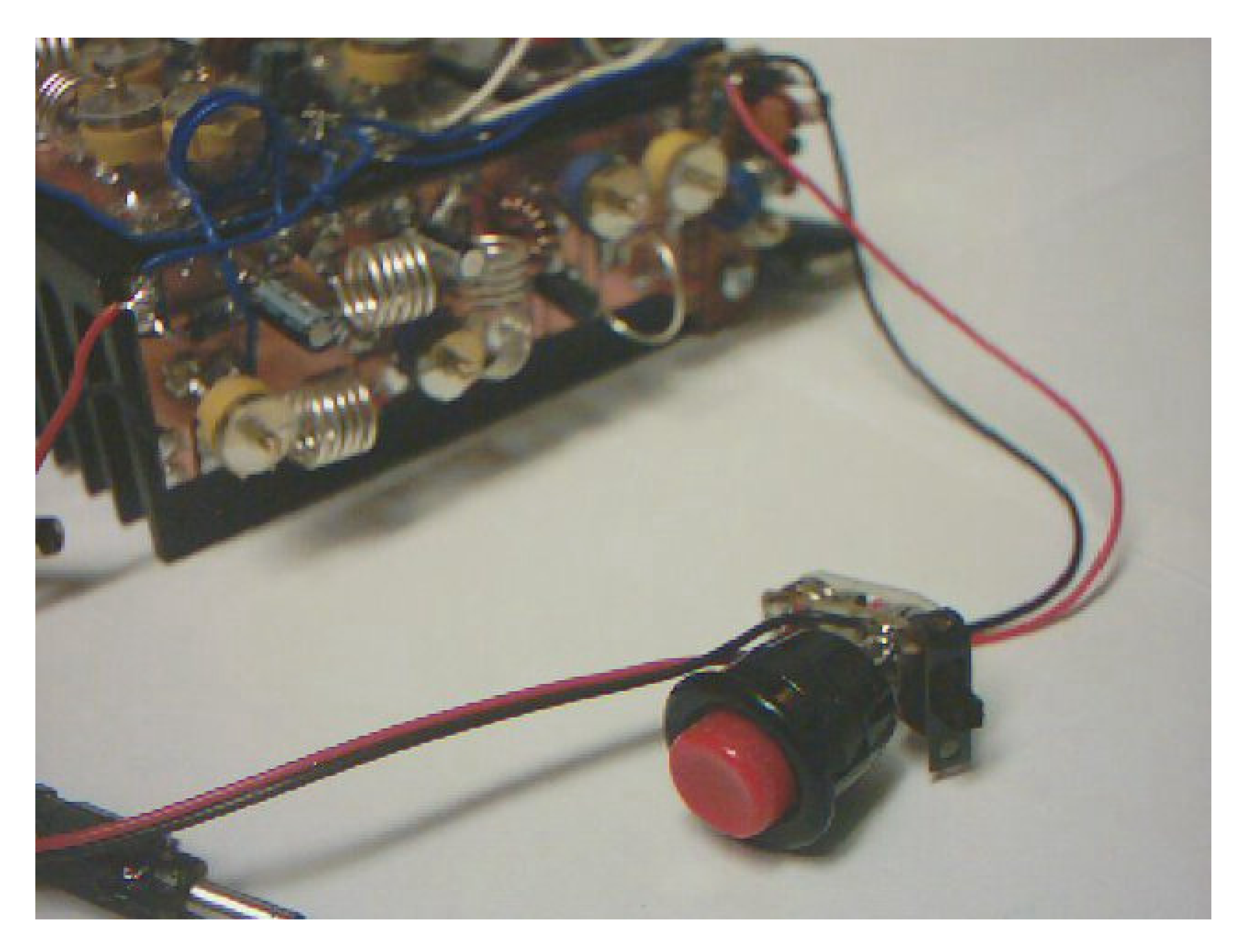

Ein Frequenzzähler (hier ein FC500, erhältlich z.B. bei ELV Elektronik). Er zeigt sofort die Sendefrequenz an. Der hier verwendete Tastkopf stammt von einem Oszilloskop. An die Spitze des Tastkopfes ist ein kleiner Kondensator angelötet (1 Pikofarad) damit der Tastkopf der Schaltung möglichst wenig Energie entnimmt und dadurch die Abstimmung nicht zu sehr beeinflußt wird. Solche Tastköpfe haben normalerweise Kapazitäten von 15 bis 50 Pikofarad. Je kleiner der Kondensator desto besser.

Wer einen Scanner hat und die nötige Zeit und Geduld aufbringt, kann auch damit die abgestrahlte Frequenz messen. Leistungen von einem Viertel Watt und mehr lassen sich relativ unkompliziert mit der Lecherleitung (siehe gleichnamiger Beitrag) messen.



Ein Tastkopf mit Demodulator. Dieser richtet die Hochfrequenz mit einer Diode oder mit einem Transistor gleich. Diese gleichgerichtete Spannung kann im Gegensatz zu der Hochfrequenz mit einem einfachen Meßgerät angezeigt werden. Wir haben diesen Tastkopf an ein Oszilloskop angeschlossen. Sicher kann man den Tastkopf auch an ein digitales Multimeter anschließen und die Spannung direkt ablesen. Während der Messung muß die Krokodilklemme des Tastkopfes an Masse (-) angeklemmt werden. Im Bild ist außerdem ein Widerstand zu sehen (100 Kiloohm). Dieser Widerstand wird bei hoher Sendeleistung an die Spitze des Tastkopfes angeklemmt um den Meßbereich zu erweitern.

Einen Hochfrequenztastkopf kann man sich auch, wie im Beitrag „HF-Tastkopf“ beschrieben, selber bauen. An den Eingang dieses selbstgebauten Tastkopfs sollte ein möglichst kleiner Kondensator angelötet werden damit die zu messende Schaltung wenig belastet wird. In diesem Fall kann man davon ausgehen daß die gemessenen Werte nicht der tatsächlichen Spannung entsprechen. Aber das spielt bei Vergleichsmessungen nur eine untergeordnete Rolle.

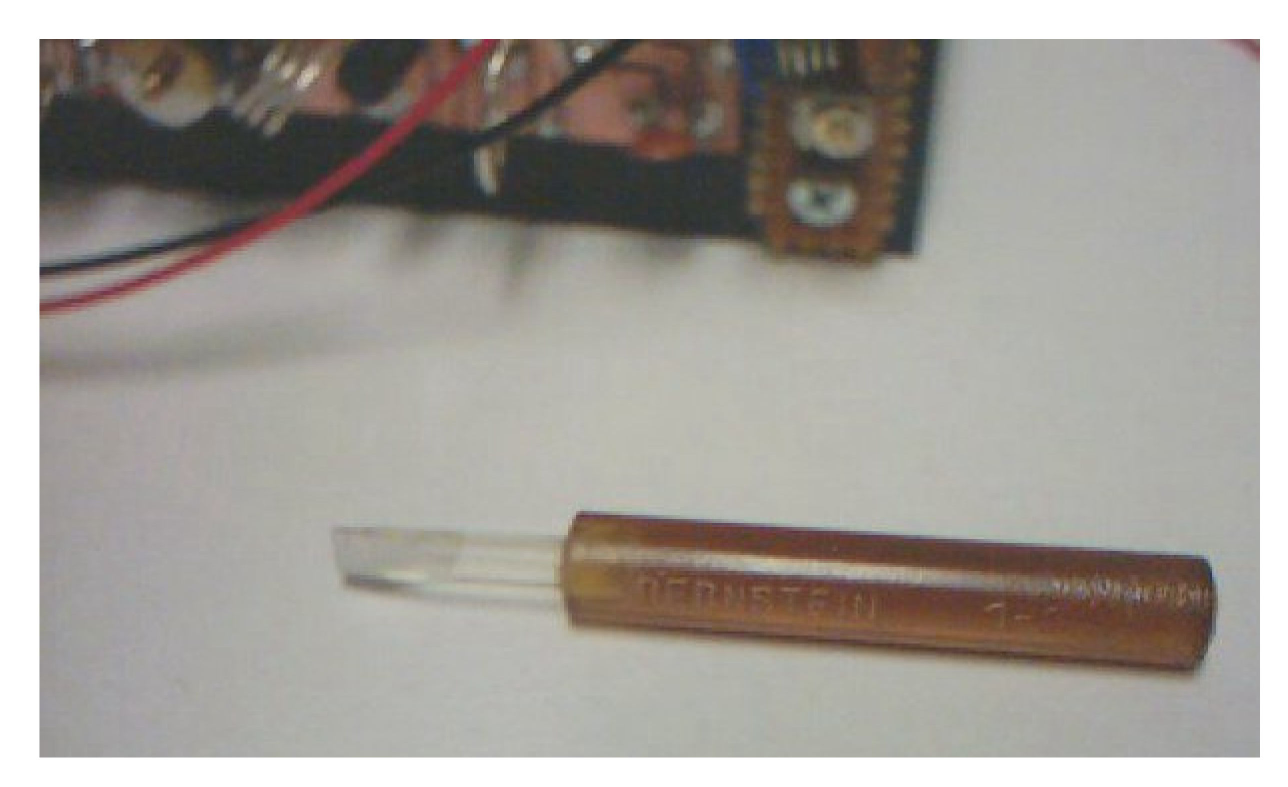


In der Stromzuleitung für den Steuersender eines mehrstufigen Hochfrequenzgenerators sind zwei Schalter eingefügt mit denen man unabhängig voneinander den Strom einschalten kann. Die nachfolgenden Stufen werden mit einer anderen Stromversorgung betrieben. Mit dem Tastschalter kann man den Sender gepulst ein- und ausschalten und das Verhalten des Senders dabei testen. Beim Einstellen ist darauf zu achten daß der Sender sofort seine volle Leistung hat und beim Ausschalten nicht nachschwingt. Dazu wird in die Stromzufuhr zu den Verstärkerstufen ein Amperemeter eingeschaltet.

Die Anzeige dieses Amperemeters muß sofort nach dem Ausschalten des Steuersenders auf 0 gehen. Wenn es zu unerwünschten Schwingungen kommt kann man mit dem Demodulatortastkopf feststellen wo diese Schwingungen auftreten und durch Einstellen der Trimmerkondensatoren diese Schwingungen verhindern.



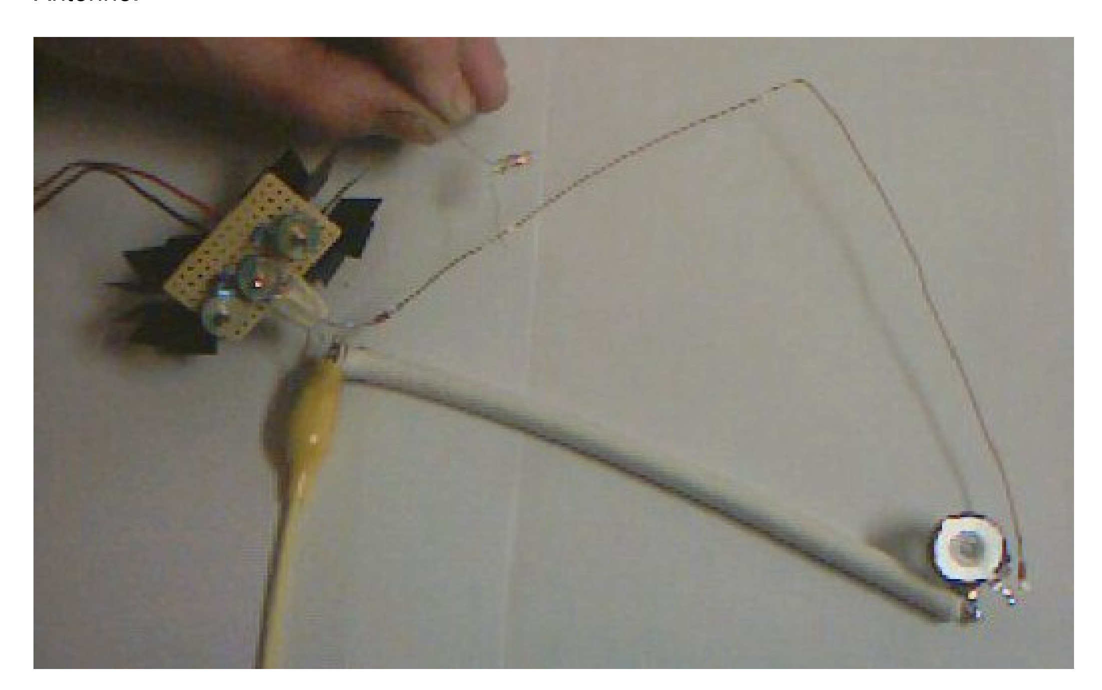
Draht mit Krokodilklemmen. Dieser Draht wird an den Ausgang der jeweils zu testenden Verstärkerstufe als Antenne angeklemmt, denn ohne Antenne kann der Transistor, vor allem bei hohen Leistungen, zerstört werden.

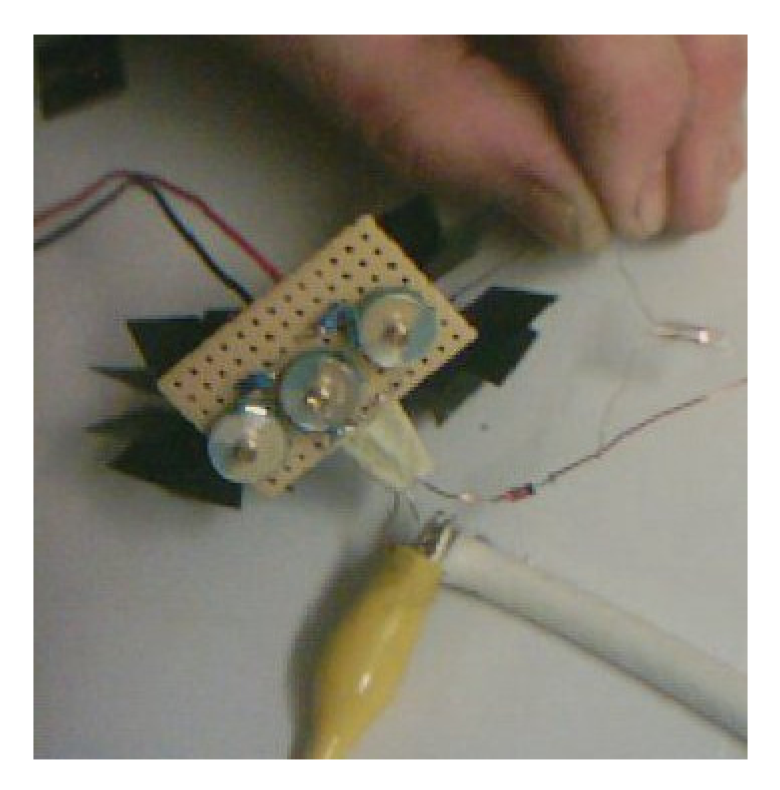


Abstimmschraubenzieher der Firma Bernstein aus speziellem Kunststoff für die Trimmerkondensatoren. Diese können mit einem Metallschraubenzieher nur unsauber eingestellt werden da dieser die Kapazität zu sehr beeinflußt. Vernünftige Abstimmschraubenzieher sind sehr schwer zu bekommen, die meisten erhältlichen sind kaum geeignet weil sie nach kurzer Zeit abgenutzt sind. Der hier gezeigte Schraubenzieher läßt sich leicht nachschleifen wenn er abgenutzt ist. Noch besser sind Abstimmschraubenzieher aus Keramik.

# Antennen abstimmen

Um die Stromverläufe der Hochfrequenz an Antennen sichtbar zu machen, kann man eine Glühbirne verwenden, im Bild zum Beispiel 5 Volt, 20 Milliampere. Bei höheren Leistungen verwendet man eine stärkere Glühbirne. Die eine Zuleitung der Glühbirne hält man in der Hand und mit der anderen fährt man an der Antenne entlang. An den Punkten an denen der stärkste Strom fließt, leuchtet die Birne am stärksten auf. Bei einer richtig abgestimmten Antenne befindet sich dieser Punkt in der Mitte der Antenne.

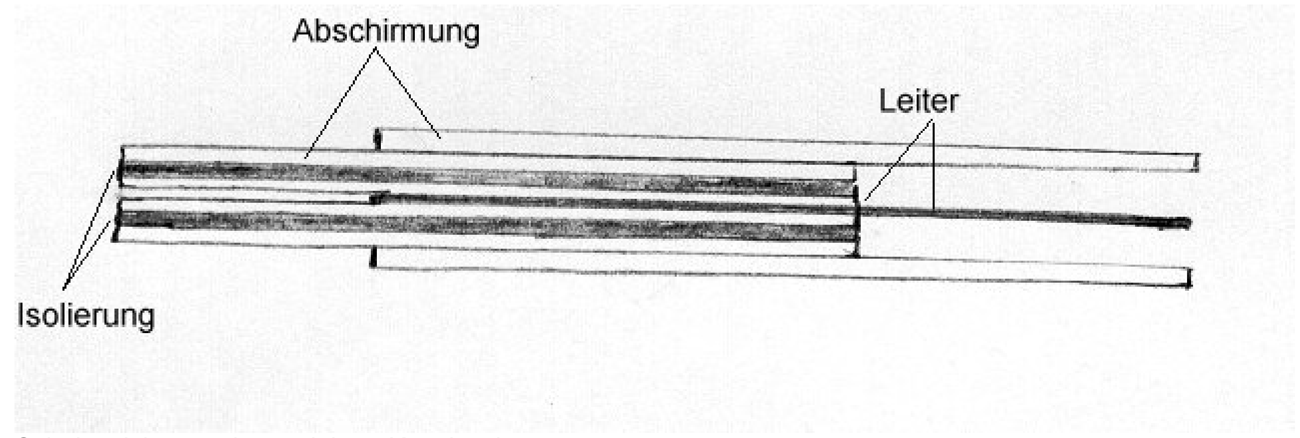




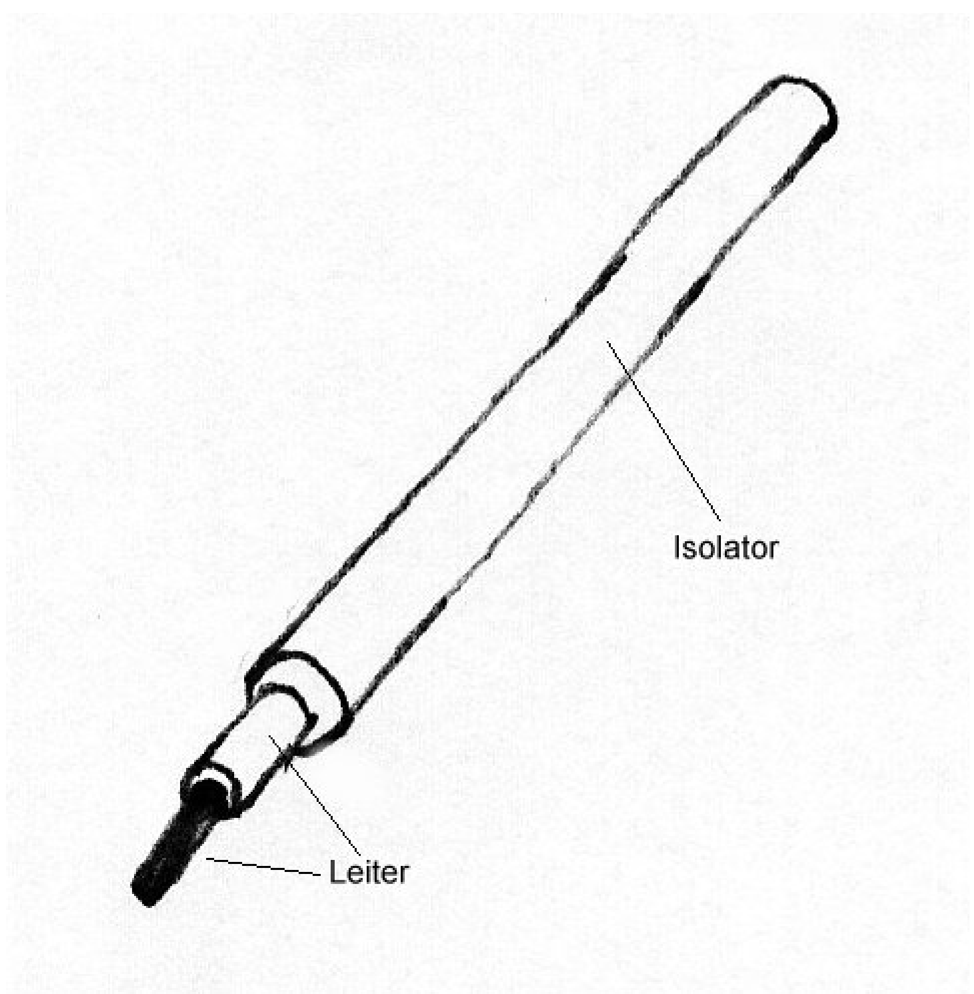
Auch die Hochfrequenzspannung kann man sichtbar machen. Hierzu verwendet man eine Glimmlampe. Bei einer richtig abgestimmten Antenne befinden sich die Punkte mit der höchsten Spannung an ihren Enden. Da eine Glimmlampe eine bestimmte Mindestspannung (65 bis 100 Volt)

braucht, kann man damit nur relativ hohe Spannungen sichtbar machen. Um auch niedrigere Spannungen messen zu können, verwendet man ein Voltmeter mit einem Hf-Tastkopf.

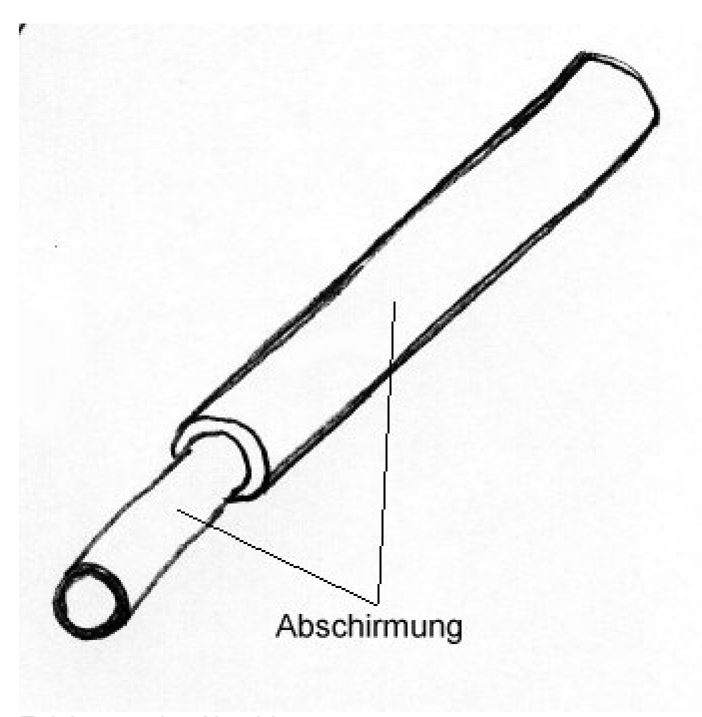
Der beschriebene Stromkreis aus Antenne und Rückleitungskabel sollte exakt eine oder mehrere Wellenlängen lang sein, damit sich eine stehende Welle ausbilden kann. Um diese Länge des Stromkreises anzupassen haben wir uns einen Koaxialleiter mit einstellbarer Länge gebaut.




Schnittzeichnung des variablen Koaxialleiters.



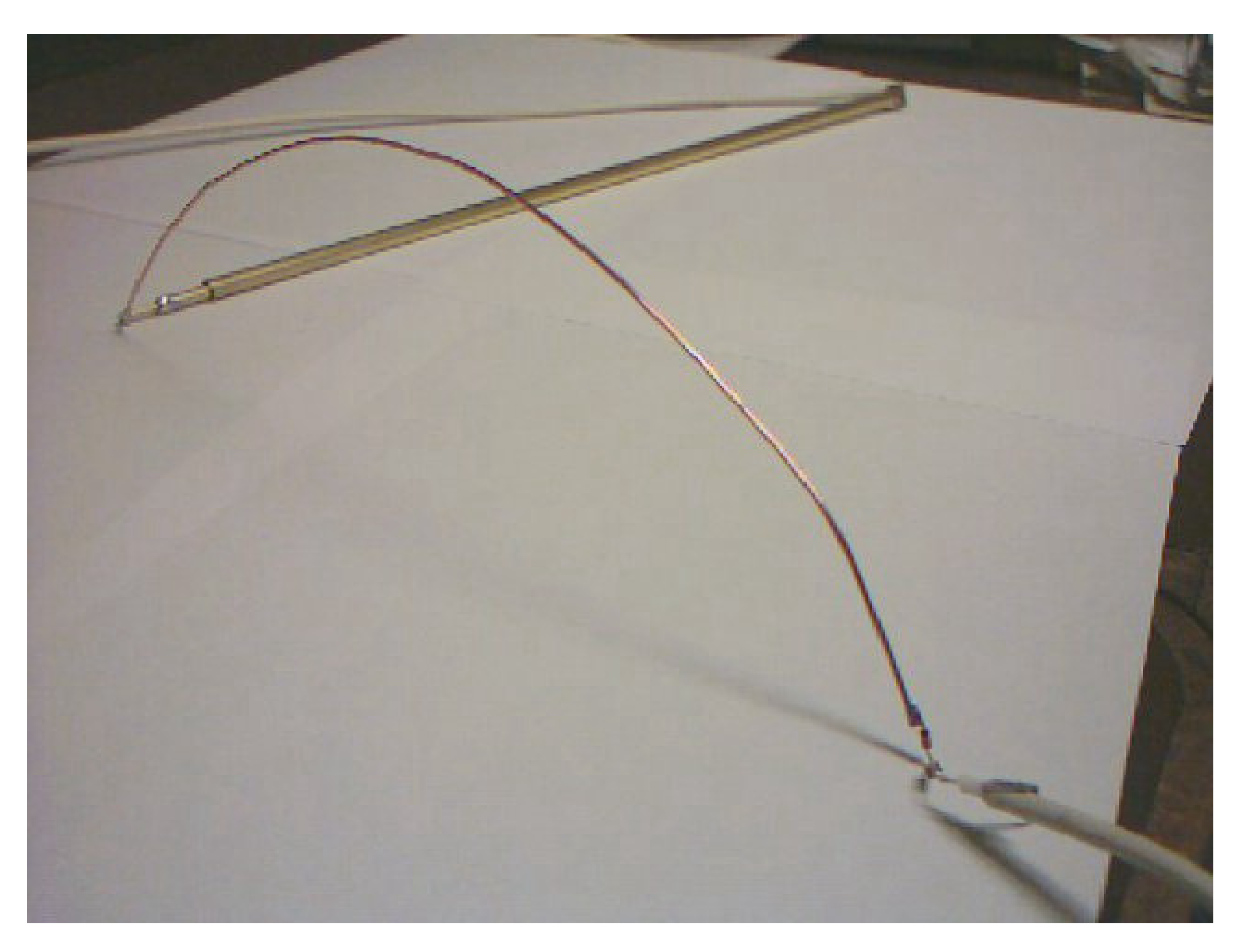

Zeichnung der beiden Leiter mit der Isolierung.



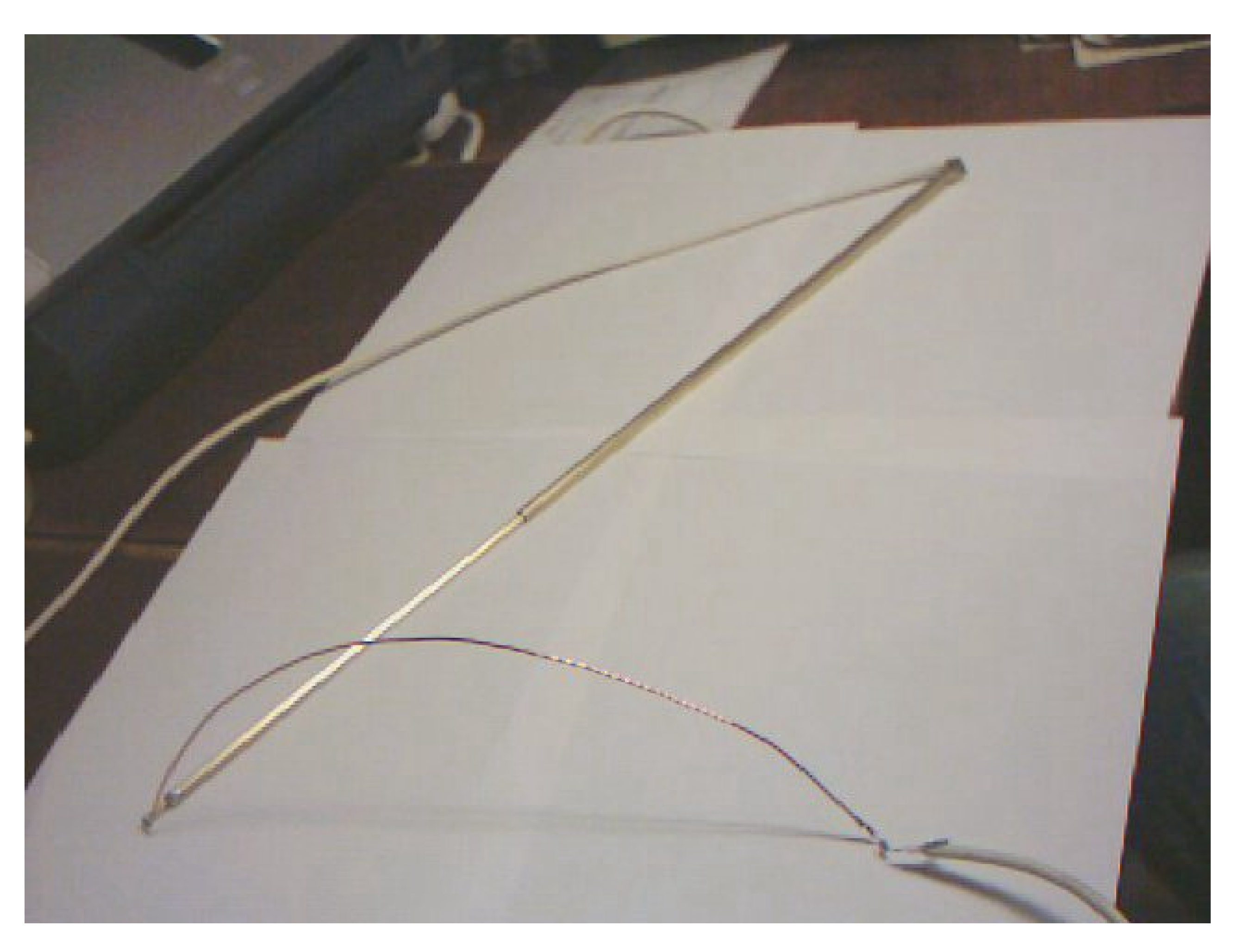

Zeichnung der Abschirmung.

Für Abschirmung und Leiter nimmt man Messingrohre die ineinander passen. Der innerste Leiter kann auch aus einem einfachen Draht bestehen. Für die Isolierung verwendet man ein passendes Kunststoffrohr oder ein Stück Schrumpfschlauch.

Das folgende Bild zeigt eine Antenne, die in der Länge abstimmbare Koaxialleitung sowie das dazugehörige Kabel und die Dioden. Die Antenne ist um 90° gebogen. Dadurch erhöht sich im Brennpunkt, wie bei einem Parabolspiegel, die Leistung pro Quadratzentimeter.

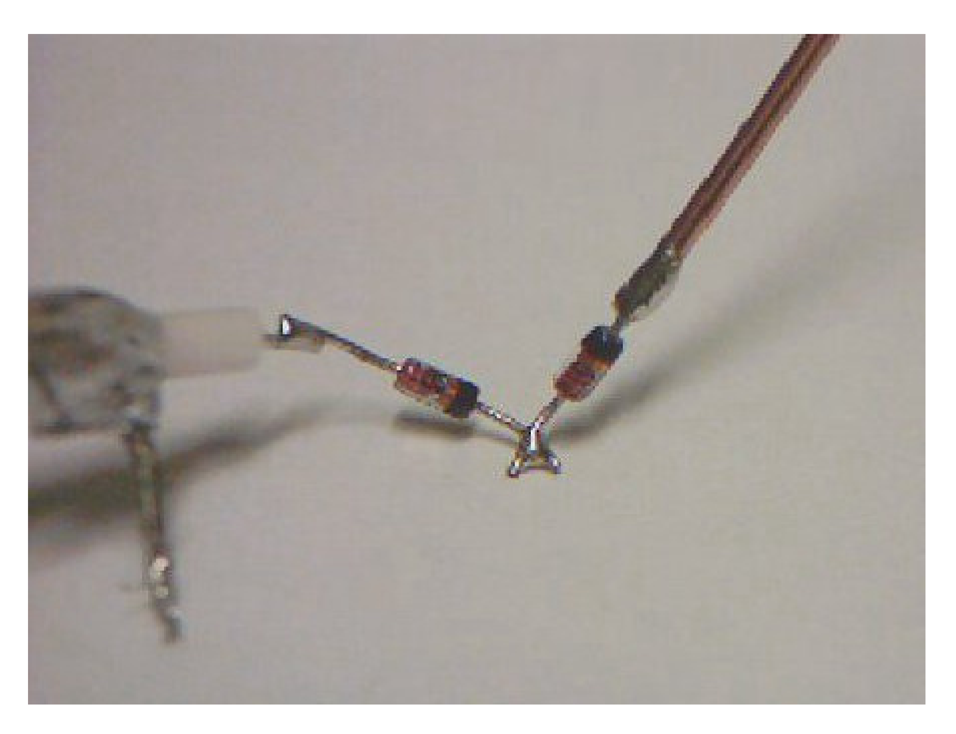


Antenne und zusammengeschobene Koaxialleitung.



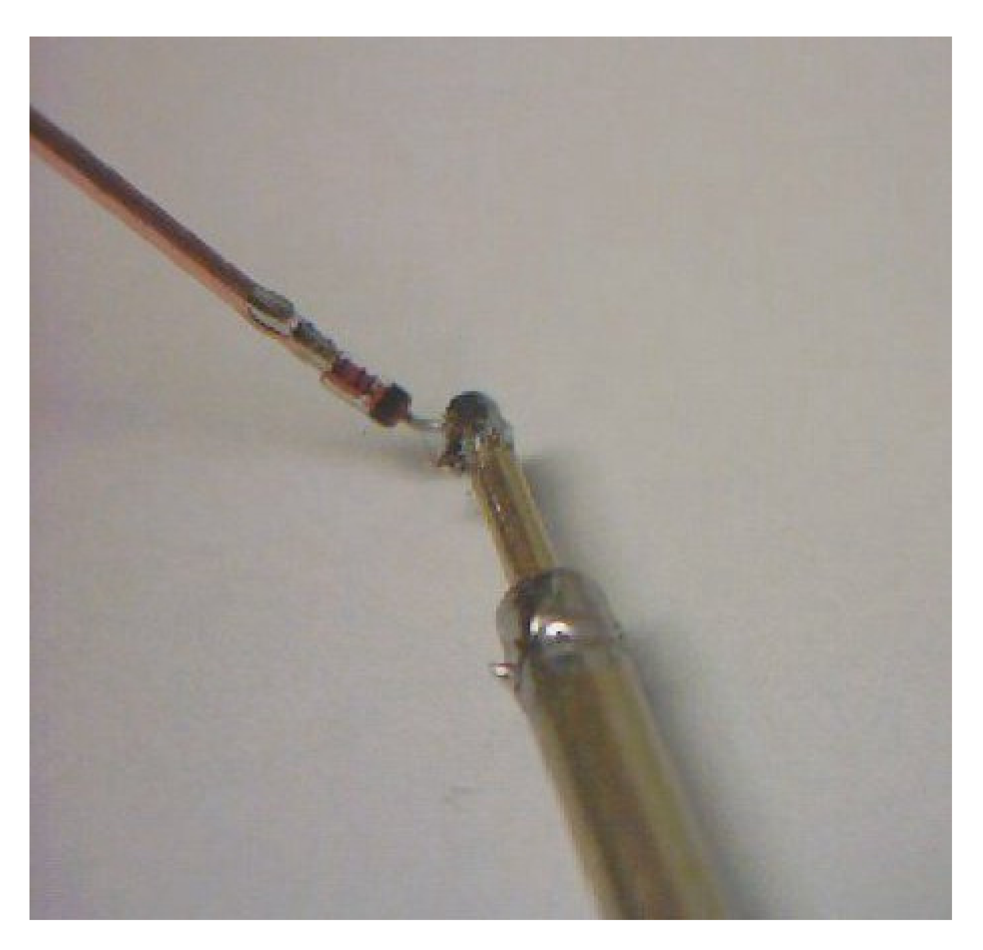
Antenne und auseinandergezogene Koaxialleitung.

Die Antenne mit den Dioden an ihrem Anfang und an ihrem Ende.

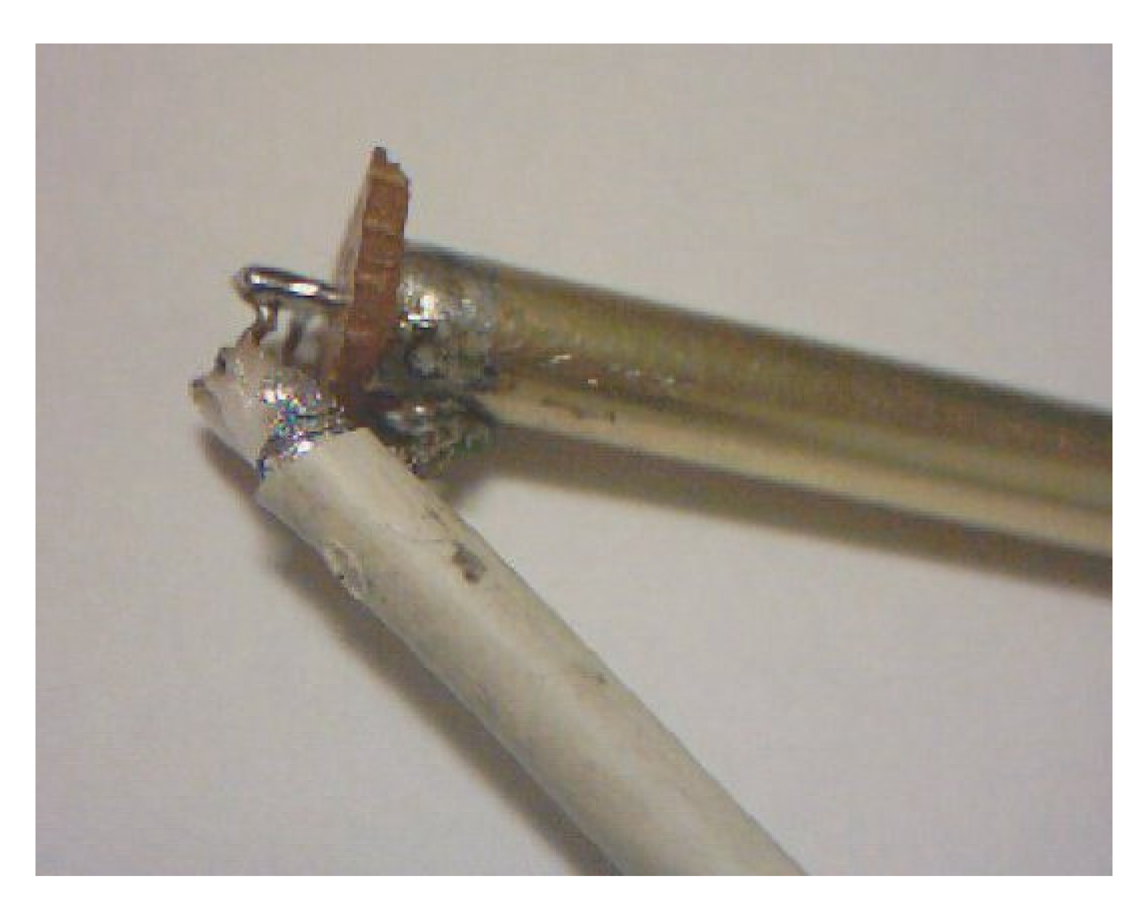


Zwei Dioden am Anfang der Antenne. Der Ausgang des Senders wird in der Mitte der beiden Dioden angelötet. Die Abschirmung des Koaxialkabels links im Bild an Masse (-). Wenn diese Antenne mit einer Spule an der Ausgangsspule des Senders angekoppelt werden soll werden die zwei Dioden in

der Mitte auseinandergelötet und jewels an einem Ende dieser Spule befestigt. Diese Kopplungsart wird auch bei der Lecherleitung verwendet.

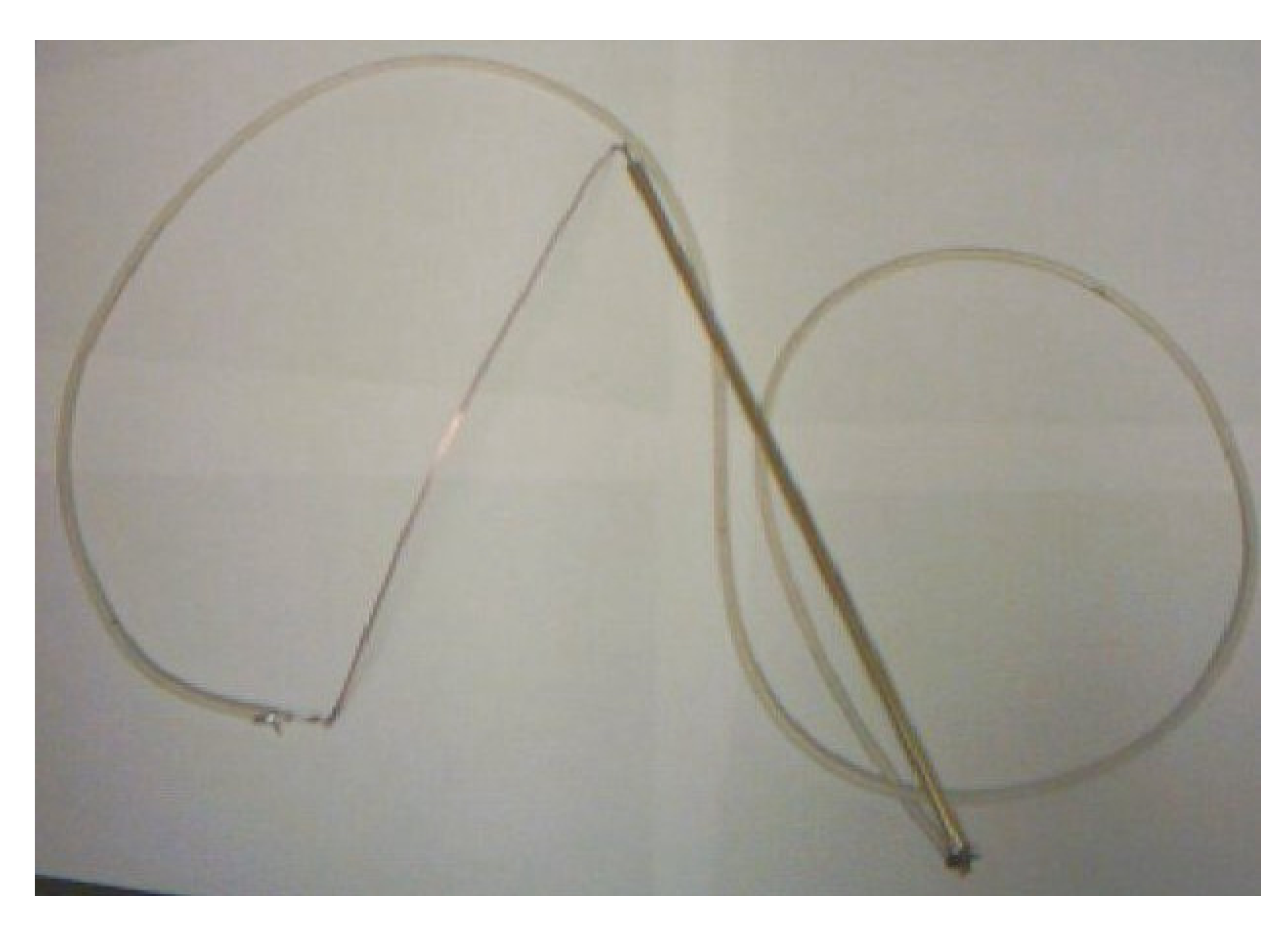


Die Diode am Ende der Antenne.



Die Verbindung zwischen Koaxialkabel und dem in der Länge abstimmbaren Koaxialleiter. Die Leiter und die Abschirmungen werden jeweils miteinander verbunden.

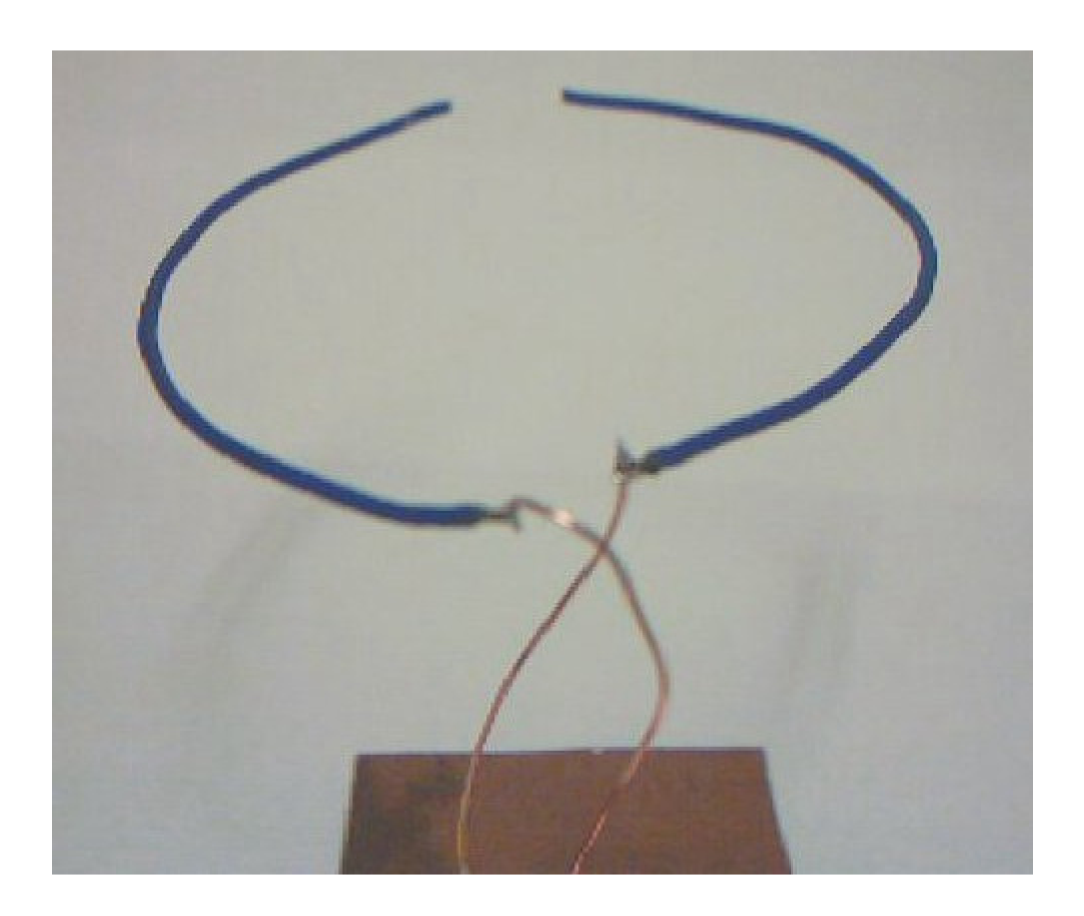
Bei den Dioden muß darauf geachtet werden daß sie für die Gleichrichtung von Hochfrequenz geeignet sind und die verwendete Leistung vertragen. Notfalls können mehrere Dioden geringerer Leistung zusammengeschaltet werden. Da die Nerven im Körper nicht alle parallel laufen ist es nötig 2 oder besser 3 Antennen zu verwenden die senkrecht aufeinander stehen und so jeweils andere Nerven reizen. Wenn die Brennpunkte aller 3 Antennen am gleichen Ort sind sollte eine relativ hohe örtliche Leistungsdichte erzielbar sein.

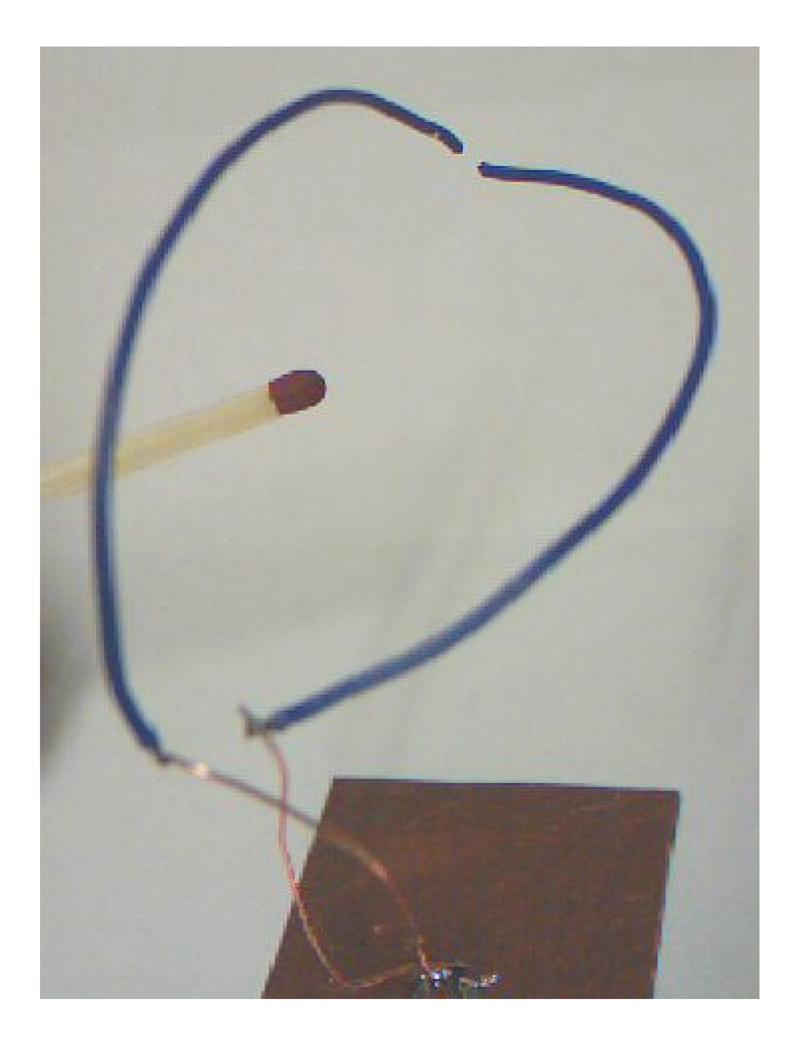


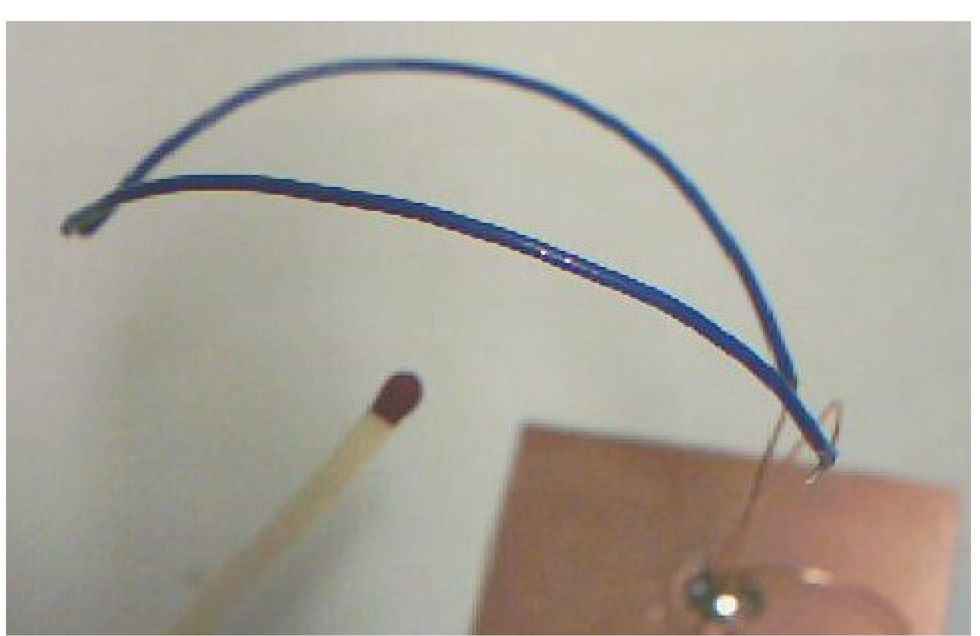
Gesamtansicht von Antenne, Koaxialkabel und abstimmbarem Koaxialleiter.

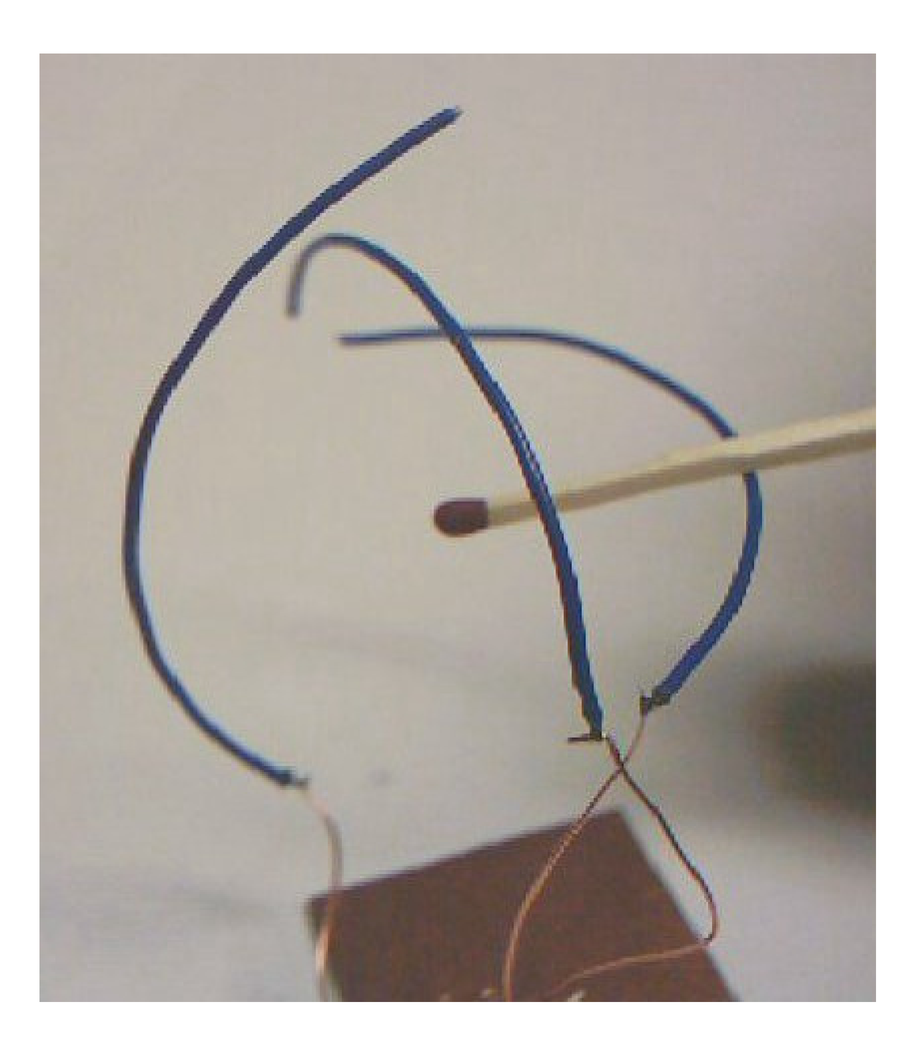
Da der Ausgang von Hochfrequenzverstärkern für einen Widerstand von 50 Ohm ausgelegt ist kann es notwendig sein hinter der Antenne einen entsprechenen Widerstand einzufügen. Ein solcher Widerstand kann auch eine auf die verwendete Frequenz abgestimmte Spule sein.

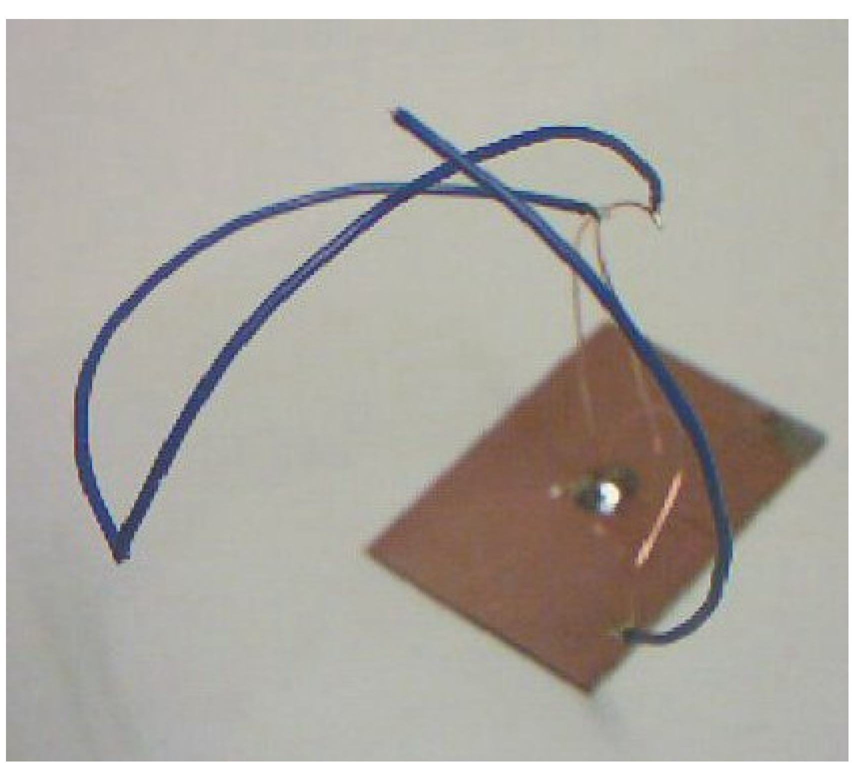
Die folgenden Bilder zeigen im Modell die mögliche räumliche Anordnung von 2 bzw. 3 solcher Antennen zur Erzielung einer biologischen Wirkung von Radiofrequenzstrahlung. Dadurch daß die Antennen gebogen sind, konzentriert sich die Strahlung im Brennpunkt der Antennen (in einigen Bildern wird dieser Punkt durch einen Streichholzkopf markiert). An diesen Punkten sollte mit relativ geringer Sendeleistung noch eine biologische Wirkung zu erzielen sein.





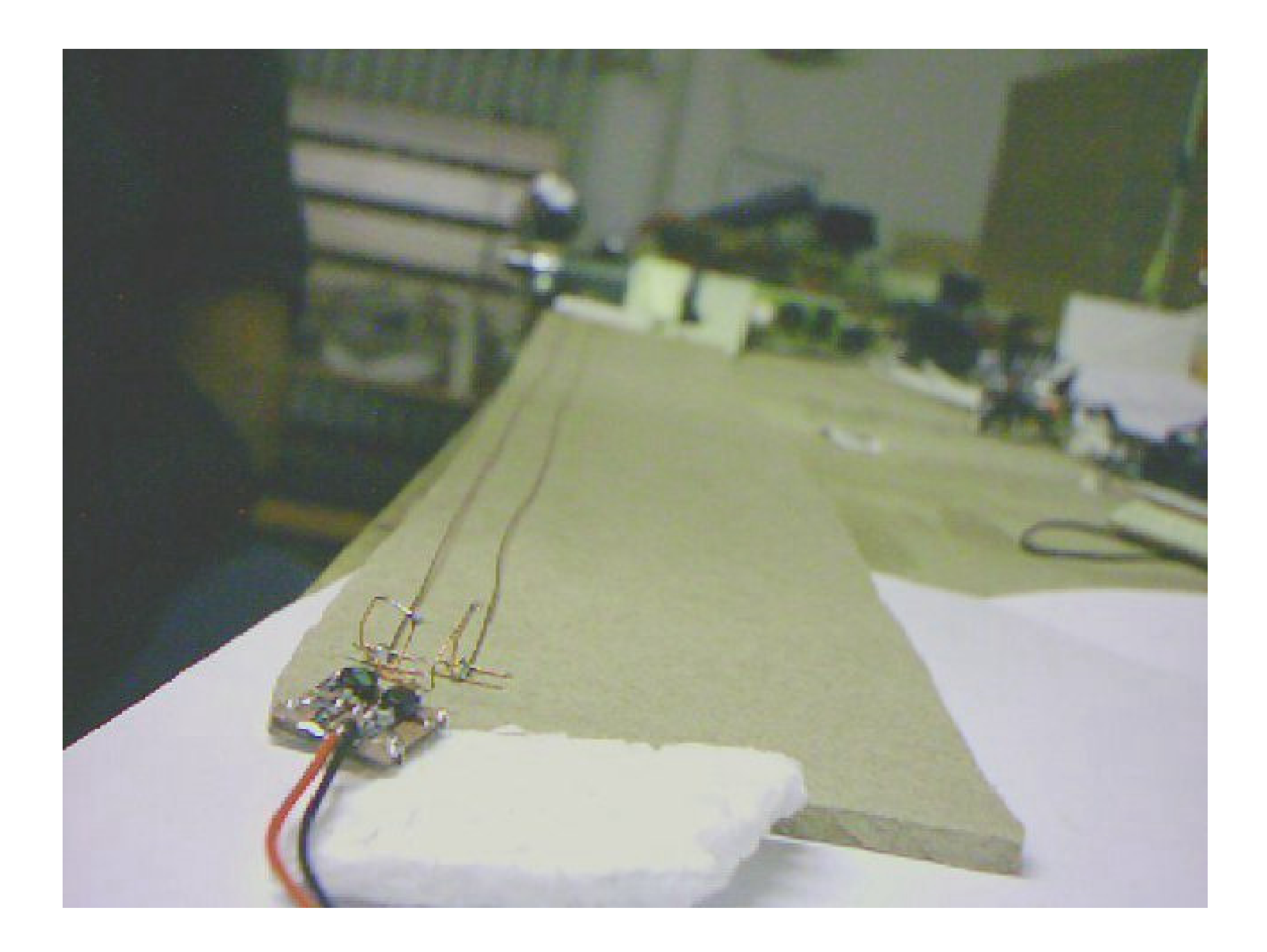


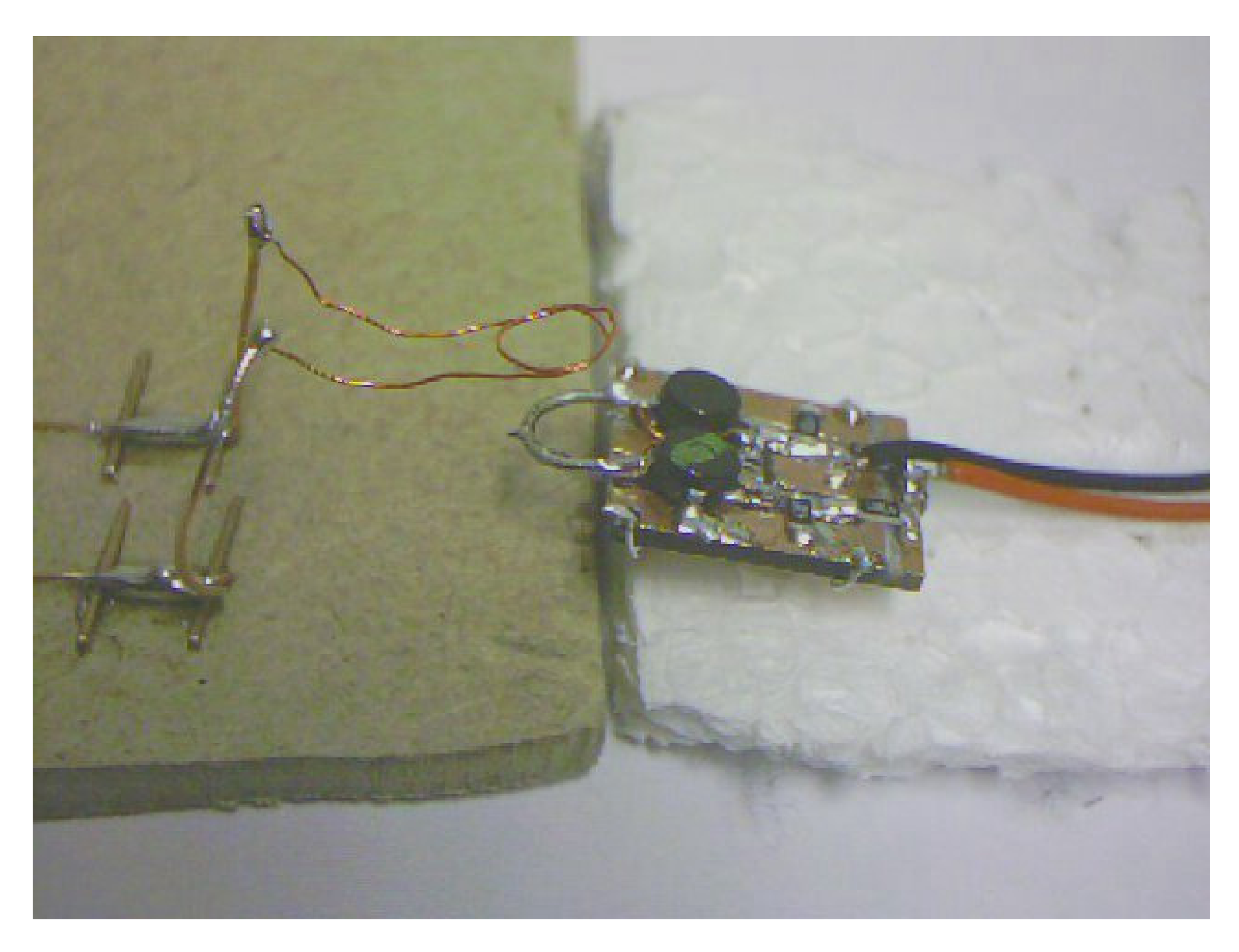




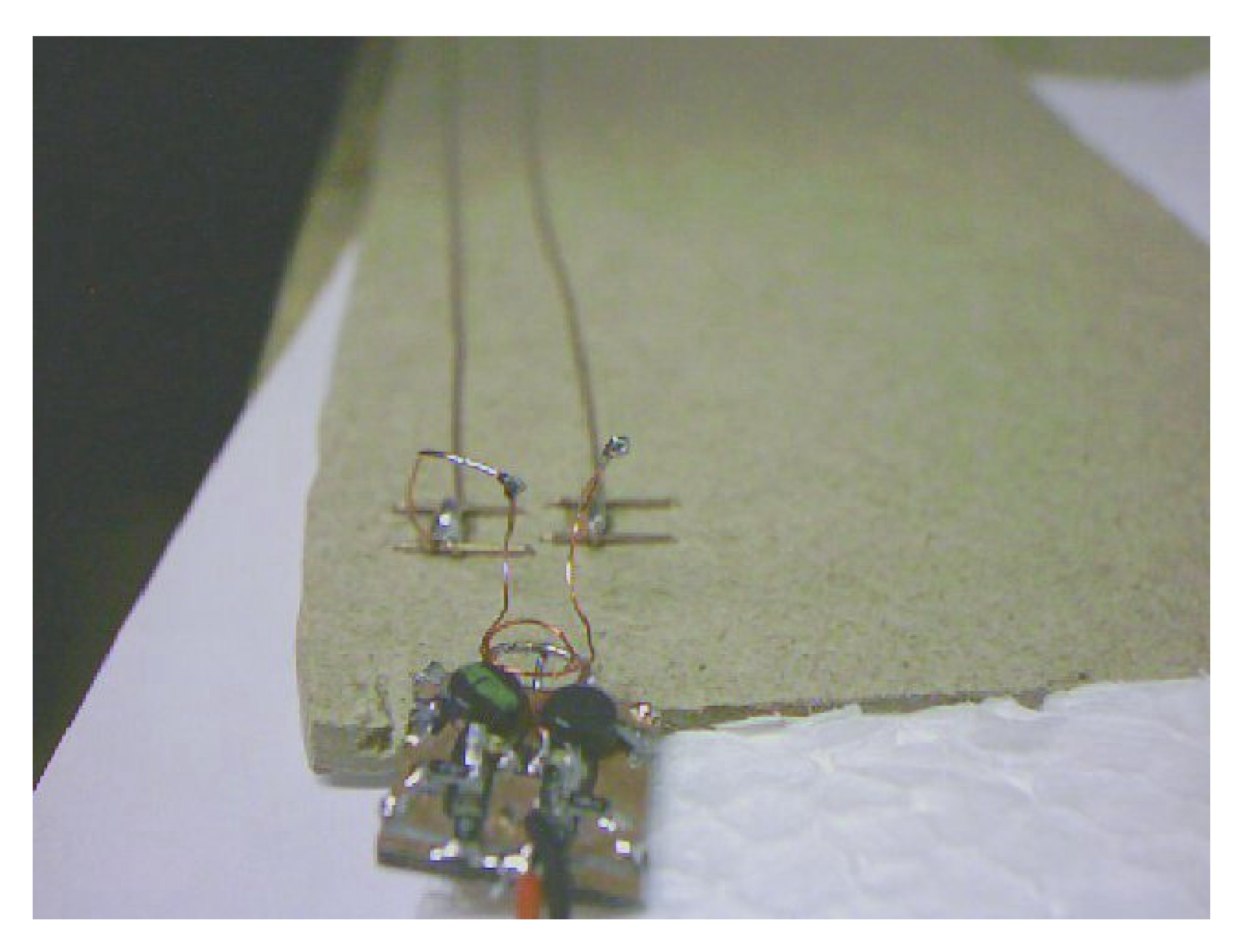
# Die Lecherleitung: Ein einfaches Gerät zur Messung der Wellenlänge und Frequenz eines Senders

Im folgenden wollen wir mit einer Lecherleitung die Wellenlänge und damit die Frequenz eines Senders (siehe Bauanleitung „Mikrowellensender 2“ in diesem Kapitel) im Bereich von 1 GHz messen. Dazu spannen wir zwei blanke Drähte in einem Abstand von ca. 1 cm über eine Länge von 80 bis 100 cm. Diese Drähte kann man auch, wie hier zu sehen auf einem Holzbrettchen montieren, wobei die Drähte zum Beispiel mit Klammern aus einem Hefter oder Tacker befestigt werden können. Die Drähte sind genau gleich lang und an den Enden nicht miteinander verbunden. An der Lecherleitung wird der zu messende Sender mit einer an die zwei Drähte der Lecherleitung angelöteten Drahtschleife angekoppelt.

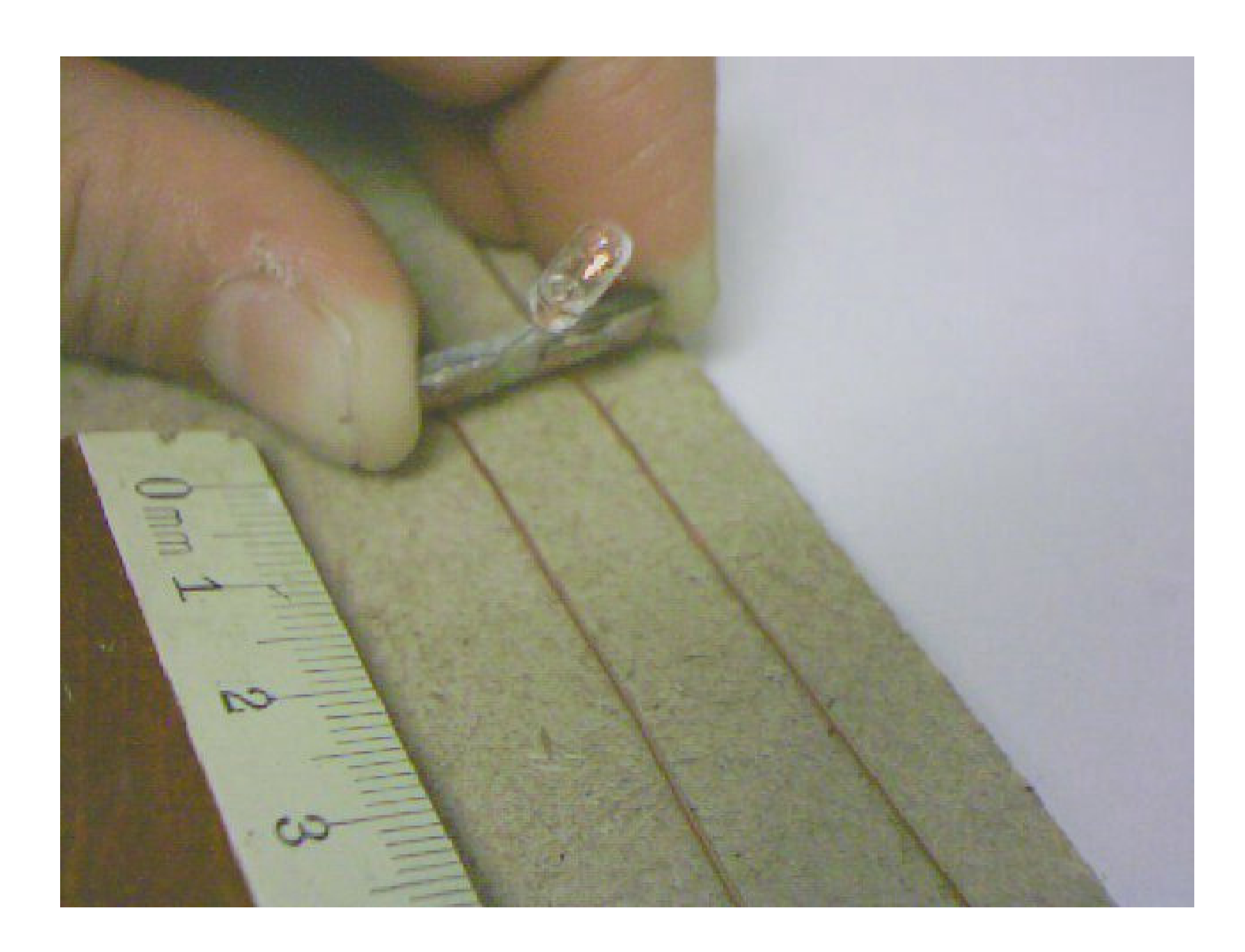




Das Bild zeigt das Ende der Lecherleitung mit der angelöteten Drahtschleife.

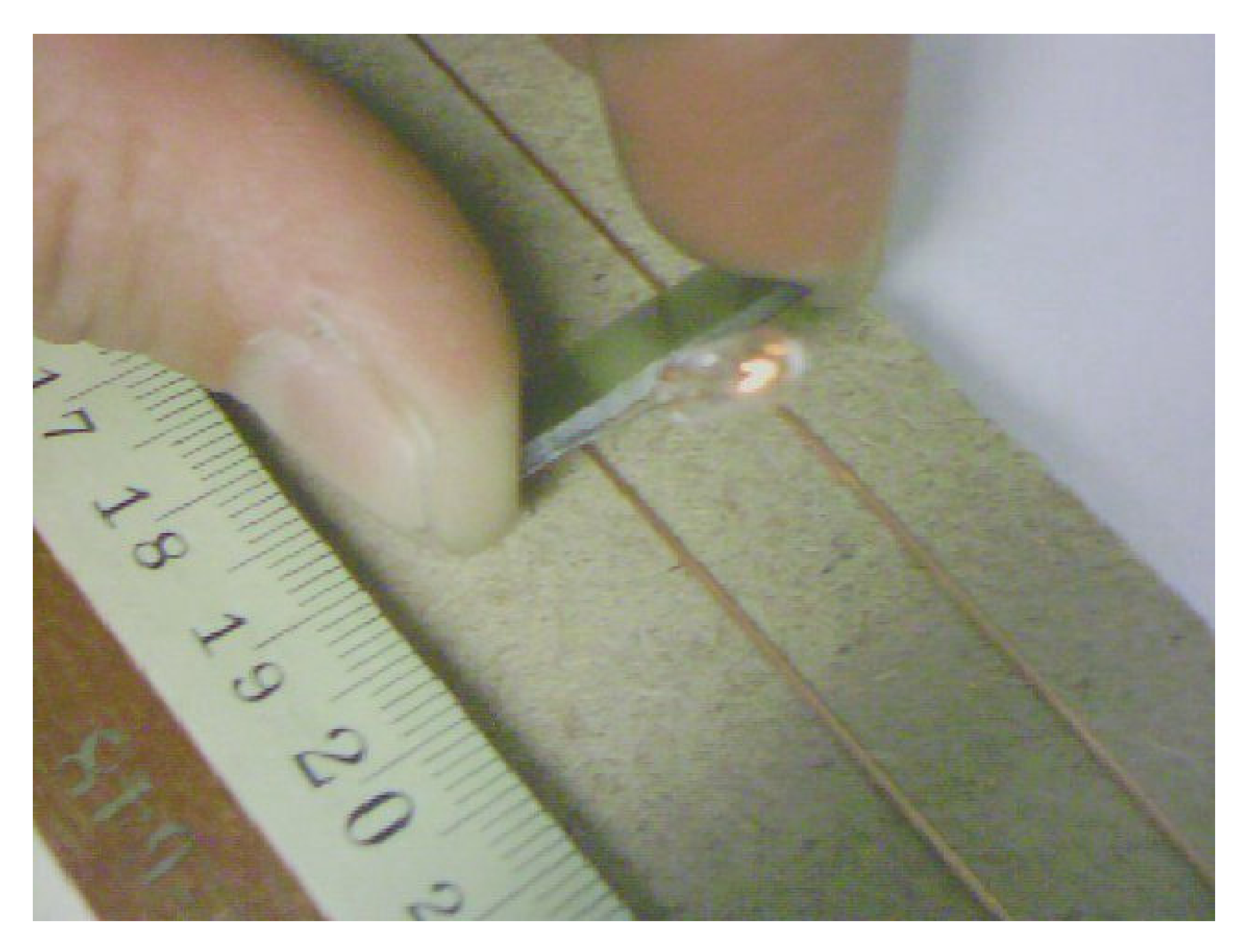


Die an der Lecherleitung angelötete Drahtschleife wird so nah wie möglich an der Spule des Senders befestigt damit eine Energieübertragung stattfinden kann. Dazu kann man Klebeband verwenden.




Nun fahren wir mit einer Glühbirne passender Stärke (in unserem Fall 5 Volt, 20 Milliampere, also 100 Milliwatt) so über die Lecherleitung, daß jeweils ein Anschluß der Birne einen Draht der Lecherleitung berührt. Im Bild ist die Glühbirne auf ein Stück Platine gelötet so daß man sie leichter halten kann. Wir erkennen daß sich auf der Lecherleitung einzelne Punkte befinden an denen das Lämpchen besonders hell leuchtet und andere Punkte an denen es nicht leuchtet. Der Grund dafür liegt darin, daß der Hochfrequenzstrom des Senders am Ende der Lecherleitung reflektiert wird und zurückläuft. Dadurch entsteht eine stehende Welle so daß bei der Überlagerung der vorlaufenden und der rücklaufenden Welle Punkte entstehen an denen die Spannung zwischen den beiden Drähten besonders hoch ist. Diese Punkte haben einen Abstand der der Hälfte der Wellenlänge entspricht.

Wir messen nun den Abstand zwischen zwei benachbarten Punkten, an denen die Lampe besonders hell leuchtet.



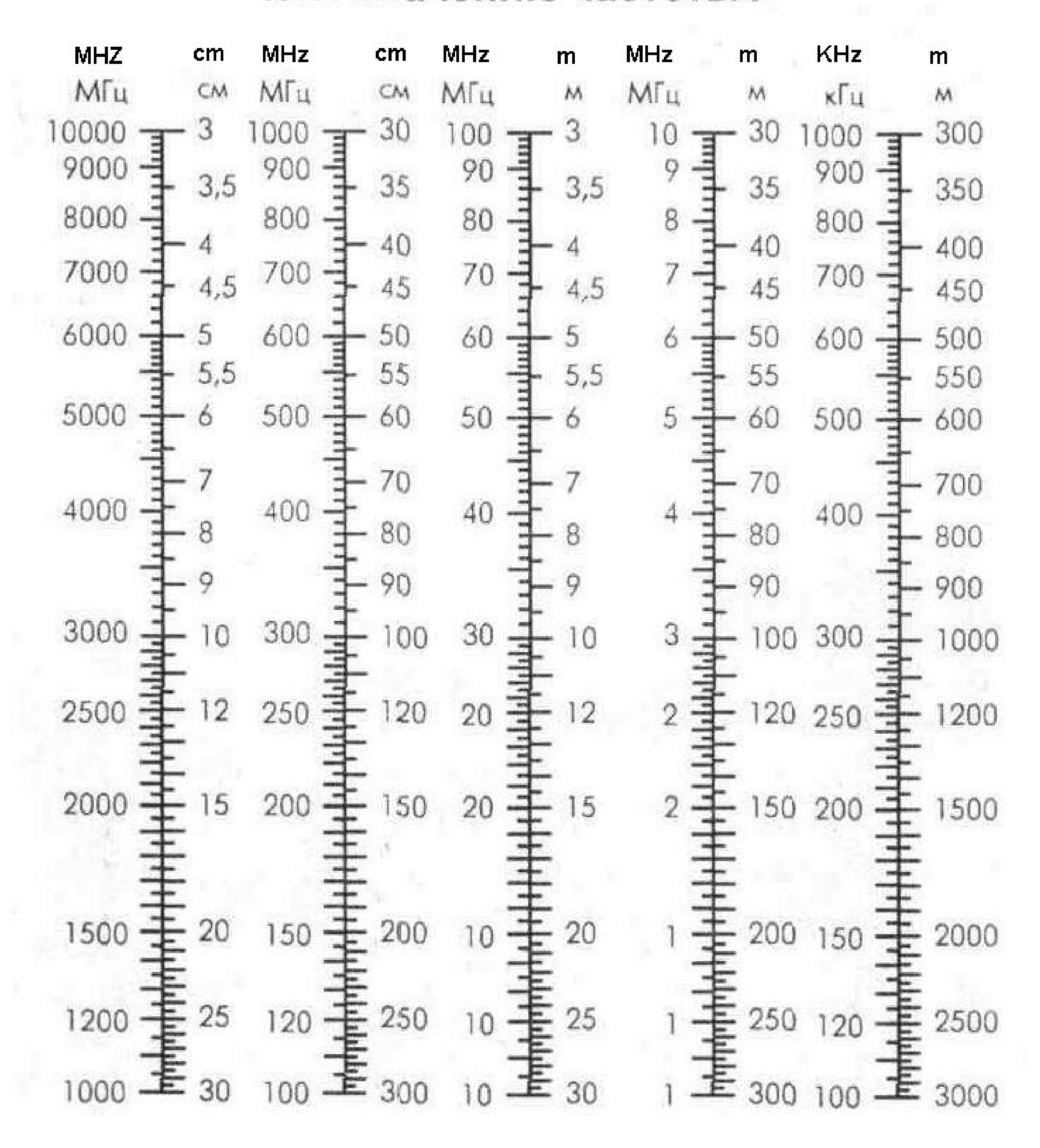

Der Abstand zwischen den zwei Punkten beträgt 19 cm. Natürlich kann man auch die Punkte messen an denen das Lämpchen am geringsten leuchtet, wenn das genauere Werte gibt. Die Spannung kann auch mit einem Voltmeter gemessen werden, wenn man einen Hochfrequenztastkopf (Bauanleitung im übernächsten Beitrag) verwendet.

Wir können nun die Wellenlänge berechnen. Die beträgt 2 mal 19 cm, also 38 cm. Elektromagnetische Wellen breiten sich mit Lichtgeschwindigkeit aus. Deshalb kann man aus der Wellenlänge die Frequenz des Senders errechnen indem man die Lichtgeschwindigkeit durch die Wellenlänge teilt. Die Lichtgeschwindigkeit beträgt 300000 km/s. Also 300 Millionen m/s durch 0,38 m.

300000000m/s : 0,38m = 789473684 pro Sekunde, also gerundet 790 MHz

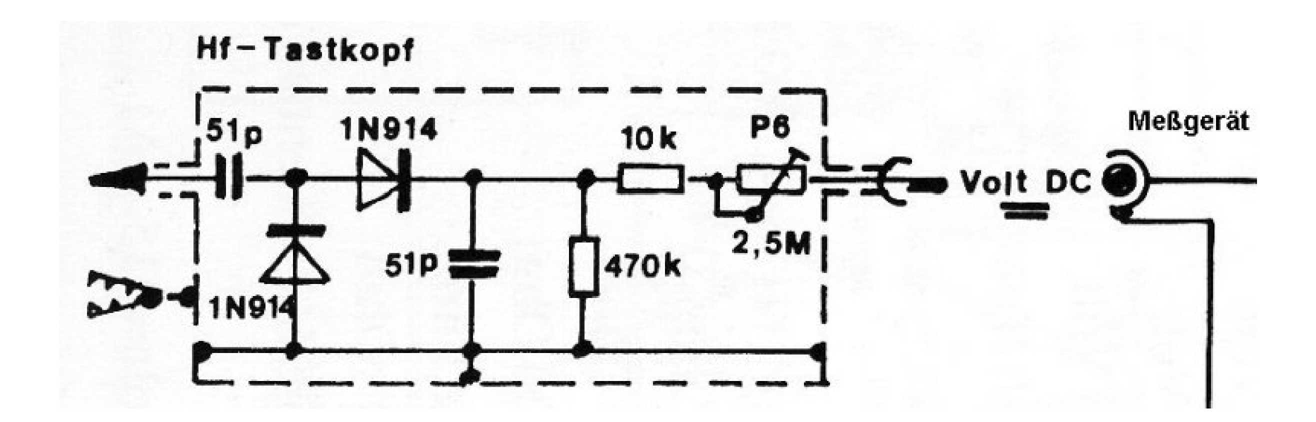
Das Nomogramm im folgenden Bild zeigt den Zusammenhang zwischen Wellenlänge und Frequenz, sodaß man nicht ständig nachrechnen muß.
(Quelle: http://sasoft.qrz.ru/___/radio/liter/chooant/chapter7/7-1.htm)

## 1. Номограмма для определения длины волны λ по значению частоты f

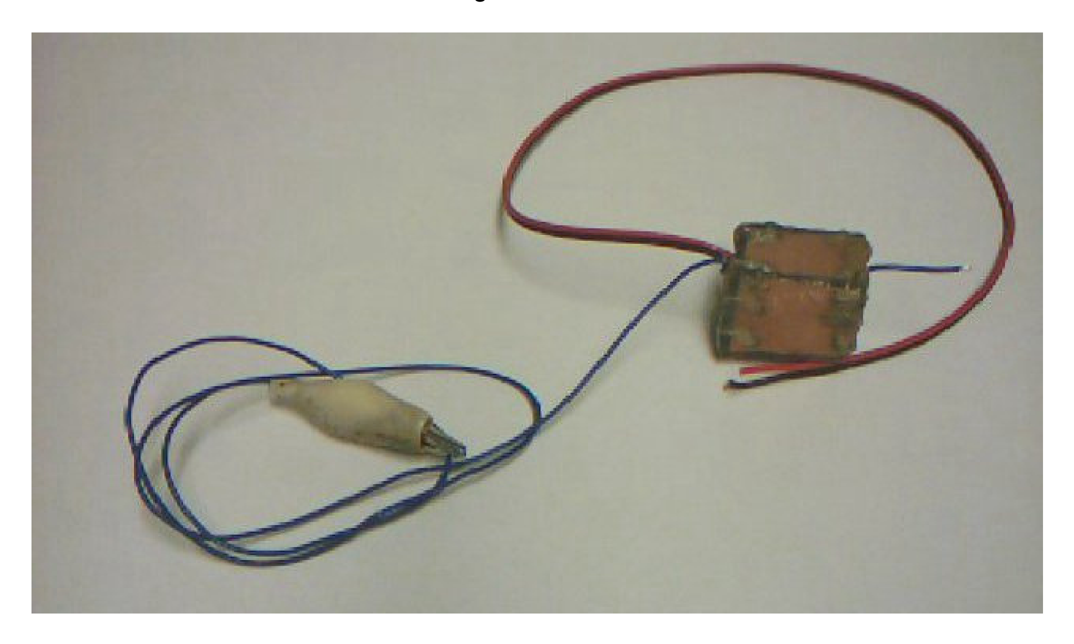


# Hf-Tastkopf

Um Hochfrequenzspannung mit einem Voltmeter messen zu können, muß diese gleichgerichtet werden. Dazu kann man die folgende Schaltung verwenden. An den Ausgang des Meßkopfes (im Schaltplan rechts) wird das Meßgerät angeschlossen. Die Krokodilklemme wird an die Masse (-) des Senders angeschlossen und mit der Tastspitze werden die entsprechenden Stellen abgetastet. Der Tastkopf erleichert das Abstimmen von Sendern und die Anpassung von Antennen.




Die Schaltung wird in ein Gehäuse eingebaut, das mit der Masse (-) verbunden ist. Der rote und der schwarze Draht werden mit dem Meßgerät verbunden und der kurze blaue Draht ist die Meßspitze.



Um exakte Spannungswerte zu erhalten muß man den Hf-Tastkopf mit dem Potentiometer (regelbarer Widerstand) P6 abgleichen. Dazu schließt man eine Hochfrequenzquelle mit bekannter Ausgangsspannung an und verstellt das Potentiometer bis das Meßgerät den Wert der verwendeten Hochfrequenzspannung richtig anzeigt. Man kann auch eine beliebige Hochfrequenzspannung verwenden wenn man ein zweites geeichtes Hochfrequenzmeßgerät zur Verfügung hat. Man verstellt das Potentiometer bis beide Meßgeräte den gleichen Wert anzeigen.

Aber auch ohne richtigen Abgleich ist dieser Hochfrequenzmeßkopf ein nützliches Werkzeug, denn es erlaubt genaue Vergleichsmessungen an verschiedenen Punkten einer Schaltung, entlang einer Antenne oder auch einer Lecherleitung (Bauanleitung weiter oben).

# Ferrit-Bauteile

Oft ist es schwierig, die richtigen Bauteile aus Ferrit zu beschaffen. Bei Bauteilen wo es nicht so sehr auf die Eigenschaften des Ferrits ankommt, wie zum Beispiel bei Hochfrequenzdrosseln, kann man sich diese auch selber herstellen.

Man schneidet von einem Ferrit-Bauteil (Ferritstab aus einem Mittelwellenradio, Ferritdrosseln von Computerkabeln usw.) ein entsprechendes Stück ab. Bei manchen Ferrit-Bauteilen genügt eine normale Trennscheibe. Bei besonders harten Ferrit-Bauteilen verwendet man eine Diamanttrennscheibe (im Bild links), wobei die Schnittstelle ständig mit genügend Wasser zu kühlen ist, da sonst das Diamantwerkzeug schnell zerstört wird. Aus diesem Grund sollte auch nur wenig Druck ausgeübt werden.



Um einen Ferritring herzustellen, wird nun mit einem Schleifstift entsprechender Größe ein Loch in die Ferritscheibe geschliffen.



Ein Ferritperle wird hergestellt indem man ein kleines Loch (hier mit einem Diamantbohrer) durch eine Ferritscheibe bohrt. Auch bei dem Diamantbohrer ist die Bohrstelle immer naß zu halten und beim Bohren wenig Druck auszuüben.

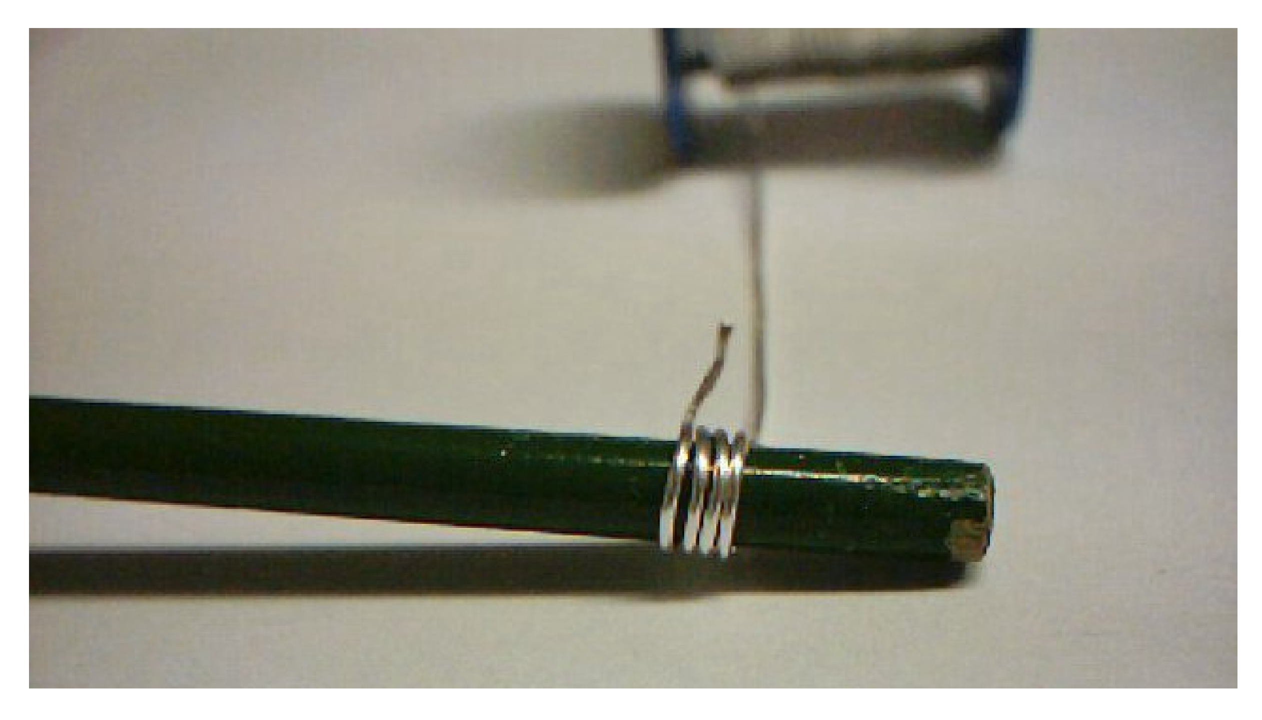


# Spulen wickeln

Für den Schwingkreis von Sendern benötigt man Spulen. Diese werden hergestellt, indem man einen entsprechenden Draht um einen Stab (Bleistift, Bohrer, etc.) mit dem richtigen Durchmesser herum wickelt. Der hier verwendete versilberte Kupferdraht hat einen Durchmesser von 1 mm. Der blau isolierte Draht im Hintergrund dient bei dieser Spule zur Ankopplung der Antenne.



Die Spule wird hergestellt indem der Draht sorgfältig um den Stab herum gewickelt wird. Man hält sich dabei an die Vorgaben in der Schaltung (Drahtdurchmesser, Spulendurchmesser, Anzahl der Wicklungen und Abstand der Wicklungen voneinander).



Eine fertig gewickelte Spule.



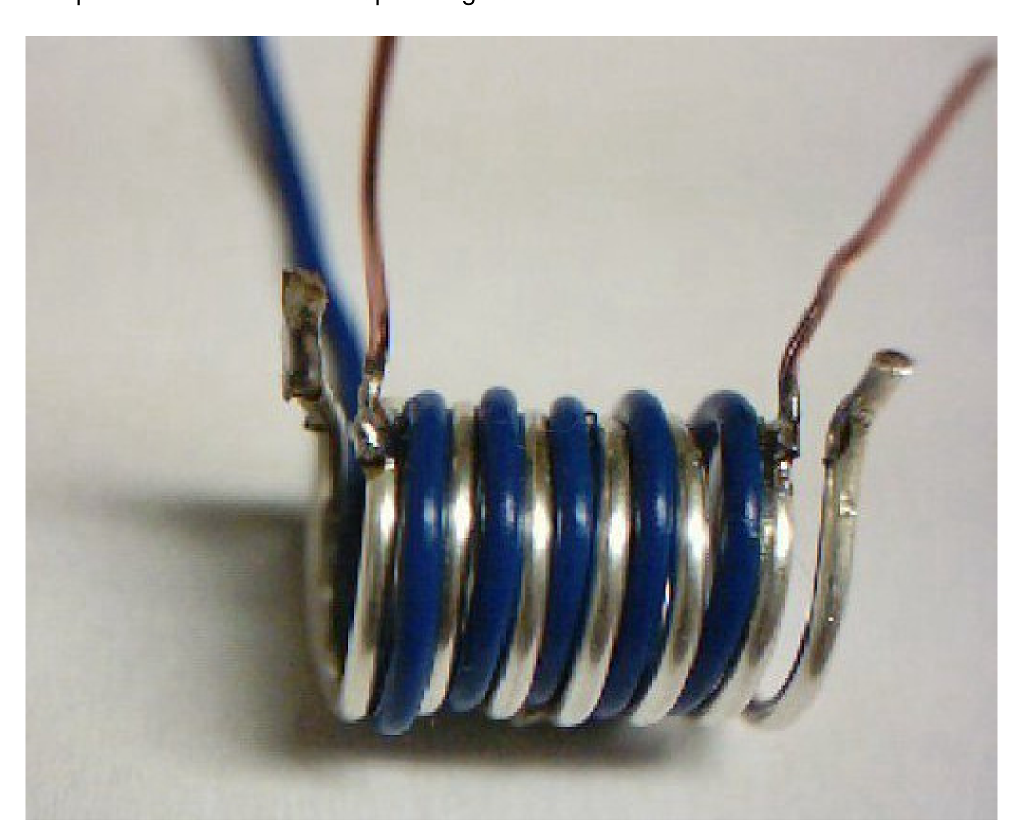
Bei manchen Spulen wird mit einer zweiten Wicklung eine Antenne oder eine weitere Verstärkerstufe angekoppelt. In diesem Fall wird die zusätzliche Wicklung mit einem isolierten Draht in die Spule hineingewickelt. Auch hier hält man sich an die Vorgaben des Schaltplans (Anzahl der Wicklungen usw.).



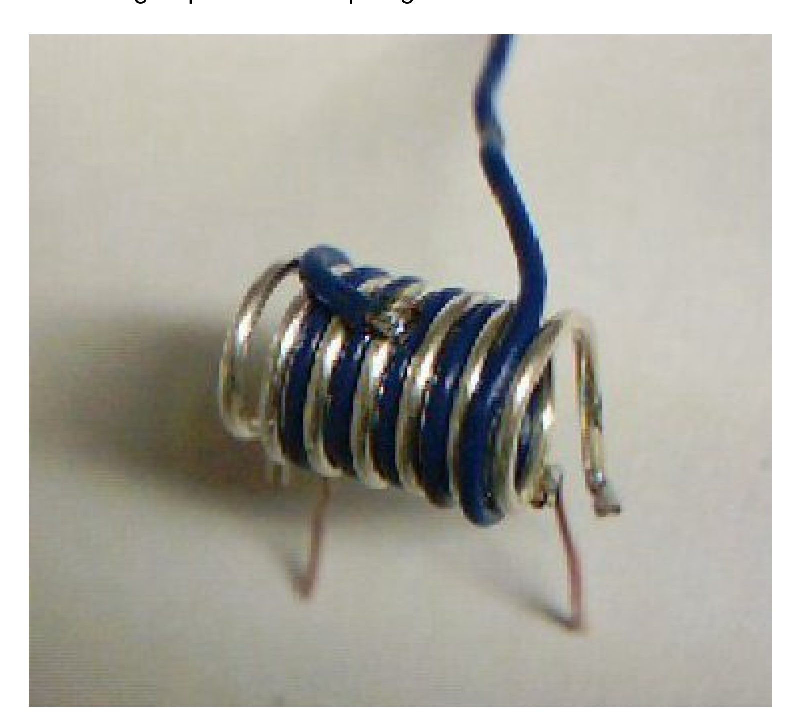
Die fertig gewickelte Spule mit hineingewickelter zweiter Spule.



Bei manchen Schaltungen haben die Spulen zusätzliche Anzapfungen. Dazu werden Drähte an den entsprechenden Stellen der Spule angelötet.



Eine fertige Spule mit Anzapfungen in der Mitte und an beiden Enden nach jeweils einer Wicklung.



Zum Schluß noch ein Nomogramm mit dessen Hilfe man sich Spulen für beliebige Frequenzen wickeln kann. Die Anleitung zum Gebrauch findet sich im Bild.
(Quelle: http://home.arcor.de/fredrik.matthaei/dl8wa/1967_Spulennomogramm.html)

